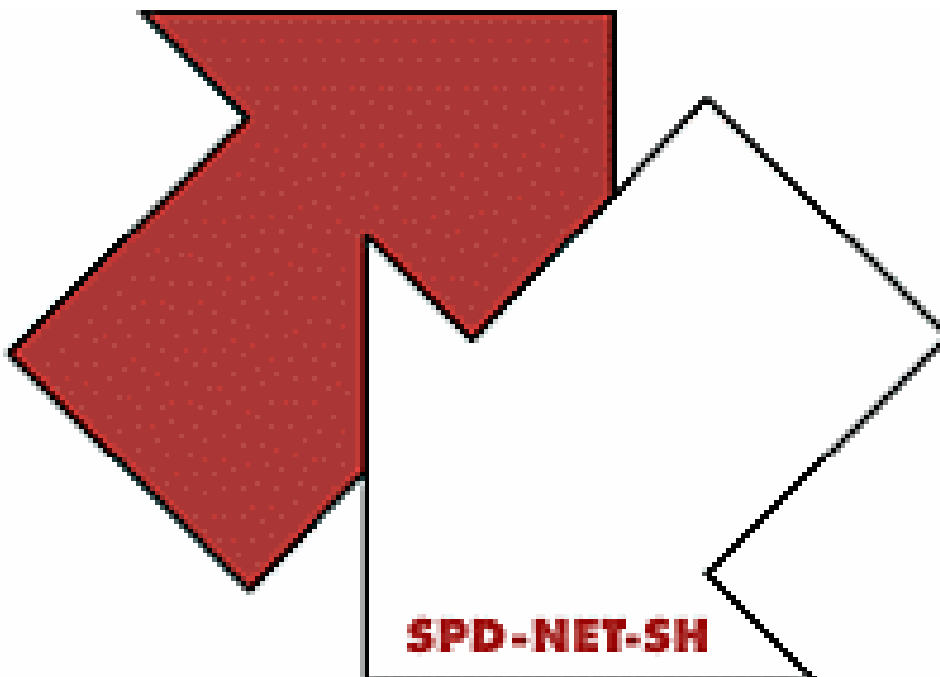


SPD-NET-SH
Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein

Artikelarchiv 2006, 1. Halbjahr



Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.

Norderstedt, im Dezember 2011

Von hilfloser zu herzloser Inkompetenz

Kinder- und Jugendpolitik: OB Grote ist Teil des Problems

Die Norderstedter SPD kritisiert die Vorgehensweise von Oberbürgermeister Grote bei der Schließung und dem Abriss des Sozialen Zentrums in Norderstedt. Die SPD wird in den zuständigen Gremien Aufklärung fordern, wie die bisher ungeklärten Aufbrüche von Fenstern und Türen vor der Schlüsselübergabe erfolgt sind.

"Die fadenscheinigen Begründungen, die zur Schließung und jetzt zum Abriss geführt haben, sind vorgeschoben und nicht nachvollziehbar! Tatsache ist, dass das Planfeststellungsverfahren für die von der SPD beschlossene Unterführung des Knoten Ochsenzoll frühestens im Jahre 2007 abgeschlossen sein wird. Wann mit dem Bau begonnen werden kann, steht bisher in den Sternen und ist nicht von dem Willen der Stadt Norderstedt abhängig. Wer also den Abriss zum jetzigen Termin mit dem Bau der neuen Unterführung am Ochsenzoll begründet, handelt unredlich und ist unglaubwürdig!", so Thomas Jäger, Pressesprecher der SPD Norderstedt.

Tatsache sei, so Jäger, dass Grote jetzt schon zum zweiten Mal mit der Abrissbirne gegen Jugendzentren vorgehe.

Die Argumentation für den Abriss sei in beiden Fällen vorgeschoben und nicht nachvollziehbar und ein weiteres Beispiel dafür, wie bedenkenlos die CDU in Norderstedt mit ihrer absoluten Mehrheit umgehe.

"Es handelt sich hierbei wohl um ideologische Gründe seiner CDU, der diese Einrichtungen suspekt sind. Dass die Stadt kein Geld für die Jugendlichen habe und sparen müsse, ist ebenfalls unglaubwürdig.

Wer wie Herr Grote stolz darauf ist, dass bereits im Jahre 2005 die Finanzierung der Landesgartenschau für das Jahr 2011 in Höhe von rund 20 Mio. € gesichert ist, wer für eine nicht geplante und nicht im Haushalt enthaltene Flutlichtanlage mal eben im Haushalt die nötigen Mittel findet und wer Mittel für Planungen von Autobahnanschlüssen und Feuerwehrtürmen in die Haushalte einstellt und ausgibt, ohne in den nächsten Jahren auch nur ansatzweise an eine Realisierung zu denken, sollte nicht mit Geldmangel argumentieren!

Der Weg vom Abriss von Jugendzentren bis zur Demontage der Jugendarbeit in den Sportvereinen lässt sich kurz und knapp zusammenfassen: von hilfloser zu herzloser Inkompetenz.

Welchen Stellenwert die Jugend unserer Stadt bei diesem Oberbürgermeister hat, ist ersichtlich an der Sperre von 133 000 € der im Haushalt eingestellten und versprochenen Mittel für die Jugendlichen in den Sportvereinen.

Auch hierfür ist OB Grote als zuständiger Finanzdezernent verantwortlich und sollte sich jetzt auch nicht hinter seinen Dezernenten und anderen Mitarbeitern verstecken, sie sind alle weisungsgebunden und führen nur seine Anordnungen aus.

Als Oberbürgermeister ist er jedenfalls nicht Teil der Lösung, er ist Teil des Problems. Wir fordern Herrn Grote auf, die Mittel für die Sportvereine unverzüglich auszuzahlen!", betont Jäger.

Keine Kommentare

Parkhaus unter dem Mühlenteich – Tiefer Griff in die politische Mottenkiste

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„Der Verstoß des wackeren Streiters gegen angeblich Parkraum vernichtende Poller Thomas Schalies und die aufgeregte Diskussion in den Medien sind nur durch die „Sauren Gurken Zeit“ zum Jahreswechsel zu erklären.

Die begeisterte Zustimmung des Sprechers der IHK Hans Jochen Arndt für die alte und aus guten Gründen längst verworfenen Schnapsidee des ehemaligen Königs des Lübecker Nachtlebens Hans Lothar Fauth lassen mich am wirtschaftlichen und verkehrlichen Sachverstand des hochrangigen Vertreters der Lübecker Wirtschaft zweifeln.

Der vorgeschlagene Standort macht mit Blick auf immer wieder beklagte angeblich viel zu „weite Wege“ zwischen Kanalstraße und der Forderung nach Drive-in Lösungen nur dann Sinn, wenn gleichzeitig ein schwimmendes Kaufhaus für zahlungskräftige Kundschaft auf dem Mühlenteich vor Anker geht.

Lübeck braucht stadtnahe Erholungsflächen. Die Befürworter der wie das Ungeheuer von Loch Ness immer wieder einmal auftauchenden Idee legen wohl erst dann die Hände in den Schoß, wenn das letzte Zipfelchen Stück Natur für parkende Autos hergerichtet ist.

Motto der Betonfraktion: Wer unverbautes Wasser sehen will und sich dort erholen will, kann ja nach Travemünde fahren. Auch eine Form von Wirtschaftsförderung.

Der Bau von An und Abfahrten, aufwendige Entlüftungsanlagen, Treppen und Aufzüge werden das Gesicht des Viertel um den Dom verändern und die Lebensqualität nachhaltig verschlechtern.“

Keine Kommentare

zum Gedenktag der Ermordung Julius Lebers

Im Nachfolgenden finden Sie die Ansprache zum Gedenktag der Ermordung [Julius Lebers](#).

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,
die meisten der hier Anwesenden werden auch bei der großen Gedenkfeier der SPD, vor genau einem Jahr im Lübecker Bürgerschaftssaal, dabei gewesen sein und also zusätzlich zu ihren Gedanken für den heutigen Tag auch viele Erinnerungen bewegen. Bei jener Feier stand die historische Würdigung der Person Dr. Julius Lebers im Mittelpunkt:

seines Werdegangs als Journalist und Politiker, seiner Ideen, die eine Chance auf Verwirklichung erst nach seinem Tode, unter gefestigten demokratischen Verhältnissen, erhielten – vor allem aber seiner Verfolgung, Inhaftierung und Ermordung durch die Nationalsozialisten – seines unerschütterlichen Widerstands bis in den Tod.

Ich denke, diese Veranstaltung war in ihrer Art nicht zu übertreffen – vor allem nicht an Aufrichtigkeit

und Authentizität, wie sie durch das biographische Zeugnis der Tochter Julius Lebers, durch die Lektüre aus Lebers Gefängnisbriefen, durch Peter Strucks Auftritt zumal (derzeit sozusagen als Lebers Kollege) gegeben war.

Dass eine umfassende Würdigung des großen Lübecker Sozialdemokraten somit noch nahe präsent ist, gibt mir heute erweiterte Freiheit, unter Lebers Gedanken nach eigenem Ermessen auszuwählen. Was ist wichtig für das angefangene Jahr und für unsere momentane Situation? (Und auch da war die Entscheidung schwer genug; denn Ihr wisst es, es gibt kaum ein wichtiges politisches und heute wieder aktuelles Thema, zu dem Julius Leber sich – und dies in kompetenter, klarsichtiger und mutiger Weise – nicht geäußert hätte.)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß nicht, ob die beiden folgenden Textstellen an diesem Ort schon häufiger zitiert worden sind. Ich hätte mich vergewissern können, aber es schien mir dann doch nicht nötig. Denn beide Texte, meine ich, können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht oft genug hören und bedenken. Beim ersten Zitat handelt es sich um die Schlusspassage von Lebers berühmter Rede vor der Lübecker Bürgerschaft – als die Machtergreifung durch den Nationalsozialismus nur noch ein Dreivierteljahr entfernt war. Insofern enthält es eine allzeit gültige Warnung:

„Diese Regierung [= gemeint ist das Kabinett v. Papen] hat es fertiggebracht, der Hälfte der deutschen Nation die nationale Gesinnung abzusprechen. Und für diese andere Hälfte, die sie nicht mehr vollwertig zum deutschen Volk zählt, hatte sie nur das Urteil, dass die bisherigen sozialen Leistungen nur dazu beigetragen hätten, ihre Moral zu untergraben. Und dann kam Herr v. Papen gar zu jener verhängnisvollen Feststellung, die so berüchtigt geworden ist, dass Deutschland in den letzten Jahren ein Wohlfahrtsstaat geworden sei.

Man kann zu der Politik der Sozialdemokraten stehen, wie man will. Niemand wird verlangen, dass ihre politische Auffassung von allen gutgeheißen wird. Das eine steht aber fest: Die Sozialdemokratie hat sich ganz in den Dienst der größten geschichtlichen Aufgabe gestellt, auch die besitzlose Masse hineinzuführen in die Republik als Fundament eines neuen deutschen Staates. [...] Gerade sie, die so ungeheuer durch den Krieg und die Inflation gelitten haben und die auch heute viel mehr leiden müssen als alle anderen [...] sind es gewesen, die viel mehr Staatsgefühl, viel mehr Treue zum neuen Staat aufbrachten als alle Besitzenden.

Das zweite Zitat stammt aus einer Schrift, der Julius Leber im Entsetzen über den Anbruch der NS-Zeit einen allzu harten Titel gegeben hat. Das wissen wir heute. Diese Härte hat Leber aber auch einen Abstand ermöglicht, ein Absehen von alten und oft personenbezogenen Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie, was wir heute – im Jahr einer erneuten Grundsatzdebatte und notwendigen inhaltlichen Besinnung – dringend brauchen können.

Im Wortlaut:

„Die großen Ideen, die die Menschheit bewegen, haben ihre eigenen inneren Gesetze. Sie kommen, sie gehen, sie kommen wieder. Erst dann verlöschen sie im Nichts, wenn die Zeit ihnen Erfüllung brachte oder wenn sie durch ein Neues überholt und gegenstandslos wurden. [...] Niemand wird behaupten, dass der Sozialismus [Leber sagte in den Begriffen seiner Zeit „Klassensozialismus“] aus dem Nichts entstanden sei und nur im Hirn böswilliger Menschen lebte. Er war im Gegenteil eine ganz natürliche und zwangsläufige Gegenwirkung auf jenen allmächtigen Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts, der die Freiheit des Besitzes und damit die Herrschaft des Kapitals als gottgegeben von Ewigkeit zu Ewigkeit stabilisieren wollte.

Herrschaft des Kapitals bedeutet aber nicht nur, dass derjenige, der ohne jeden Kapitalbesitz ist, arm sei und um sein tägliches Brot arbeiten muss. Sie bedeutet mehr. Denn der Kapitalismus hat den Besitz zum Fundament aller sozialen Geltungen und Wertungen erhoben. Die Teilnahme sogar an den Kultur- und Bildungsstätten der Nation hängt davon ab.

Dass dieses gesellschaftliche Wertprinzip ungerecht ist, gerade gegen den Arbeiter, der durch seine Leistung soviel zum Kultur- und Wohlstand seines Volkes beiträgt, wird von keiner Seite bestritten. Der Streit geht nur darum, ob diese Ungerechtigkeit ewig und unabänderlich ist oder ob es dem menschlichen Willen unterliegt, sie durch etwas Besseres abzulösen. Die an eine solche Möglichkeit sozialer Umformung glauben, sind Sozialisten im weitesten Sinne.“

Ich wünsche allen Anwesenden ein gutes Jahr! Cornelia Östreich, stellv. Kreisvorsitzende der SPD Lübeck

(Das Bild wurde uns von [HL-Live](#) freundlicherweise zur Verfügung gestellt)

Keine Kommentare

[SPD-Hattstedt](#) - veröffentlicht am 08.01.2006, 00:33 Uhr - 2698 Clicks - Nr. 4

Download: Die Internationale

Download: Die Internationale

Auf der folgenden Seite gibt es Die Internationale in vielen verschiedenen Sprachen und Versionen kostenlos zum Download:

<http://www.hymn.ru/internationale/index-en.html>

Kommentar von [Christoph Nöhrenberg](#) vom 21.01.2006, 23:05 Uhr:

RE:Download: Die Internationale

Ich habe diesen Link online gestellt, falls von irgendeiner Seite Interesse besteht, ohne Klassenkampf propagieren zu wollen. Die Internationale ist wie die gesamte Arbeiterbewegung ein Stück SPD-Geschichte und ein Stück SPD-Tradition. Das sollten wir nicht vergessen.

Kommentar von [Oskar Lafontaine](#) vom 18.01.2006, 23:12 Uhr:

RE:Download: Die Internationale

Hallo, ist das nicht etwas sehr Ewiggestrig? Internationale? Klassenkampf noch nicht vorbei? Oder habt Ihr nix anderes mehr im Hirn?

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 08.01.2006, 17:13 Uhr - 3128 Clicks - Nr. 5

NEUJAHRSEMPFANG DES OV GLÜCKSBURG

Im Ev. Gemeindehaus in Glücksburg, Waldstr. fand heute der Neujahrsempfang des OV Glücksburg statt.

Um 11.00 Uhr begrüßte Dr. Uwe Kötschau die Anwesenden und die angereisten Gäste, als da waren Lothar Hay und Dirk Peddinghaus.

Die Bürgervorsteherin Frau Hackelsberger und Bürgermeister Witt waren als Vertreter der Stadt Glücksburg herzlich willkommen.

Mit einem Rückblick auf die politische Arbeit des vergangenen Jahres und einem Ausblick auf die noch anstehenden Aufgaben beendete Uwe Kötschau die Begrüßung.

Danach wurde die Veranstaltung von einem Duett, besetzt mit Herrn Willy und Herrn Koeppen musikalisch untermalt.

In der anschließenden Rede stellte Lothar Hay die positive Arbeit der Großen Koalition in Kiel dar.

Mahnte jedoch, auch den Blick nicht nur auf die handelnden Politiker zu richten, sondern sich auch zu fragen, welche Arbeit ein Jeder selbst erbringen kann, um ein menschenwürdiges Leben Anderer zu ermöglichen.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 08.01.2006, 17:17 Uhr - 2508 Clicks - Nr. 6

SPD-Engelsby: Neujahrsempfang der Stadt Flensburg

Zum 23. mal in Folge hat die Stadt Flensburg alle Flensburgerinnen und Flensburger, Gäste und Freunde herzlich zum Neujahrsempfang eingeladen. Im Großen Saal und in allen weiteren Räumen des Deutschen Hauses wurde ein umfangreiches buntes Programm geboten.

Mit der Begrüßung der Besucher/innen durch Stadtpräsident Hans Hermann Laternus und Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner im Foyer begann um 10.30 Uhr die Veranstaltung. Das komplette Programm wurde moderiert von Holger Heitmann. Mit dabei waren unter anderem:

- Die Flensburger Stadtbläser
- Die Gymnastic-forening DAN
- Die A capella Gruppe F.A.C.E.
- Die Oldie-Band What´s up und viele andere mehr.

Infostände von Institutionen, Parteien und Verbänden in den Wandelgängen boten hinreichend Gelegenheit um sich zu informieren.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 09.01.2006, 22:43 Uhr - 3241 Clicks - Nr. 7

Schwierige Lage des Lübecker Bauhandwerks zwingt zum Umdenken bei der CDU

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„Die Kritik des Obermeisters der Lübecker Bauinnung Bertold Möller an der völlig unzureichenden Berücksichtigung ortsansässiger Betriebe bei der Vergabe städtischer Aufträge ist berechtigt. Lautstarkes Jammern allein reicht aber nicht aus. Eine eindeutige politische Positionierung der Vertreter des Lübecker Handwerks und der Wirtschaft sind notwendig. Nur so kann eine politische Wende bei der Lübecker CDU eingeleitet werden.

Die Politik in Bund, Land und Stadt darf nicht länger untätig bleiben und achselzuckend auf das bestehende Vergaberecht verweisen.

Wir fordern die Lübecker CDU auf, endlich ihren Widerstand gegen eine Anwendung des schleswig-holsteinischen Tariftreuegesetzes in unserer Stadt aufzugeben. Mit dieser Grundsatzentscheidung kann die Lübecker Bürgerschaft bisher bestehende Wettbewerbsnachteile für tariftreue Firmen

beseitigen.

Die Ablehnung der Anwendung des Tariftreuegesetzes ist eine entscheidende Ursache dafür, dass bei der Abarbeitung des Programms zur Sanierung der Dampfheizungen und anderen Aufträgen Vergaben fast nur noch an ortsfremde Anbieter erfolgt sind.

Der billigste Anbieter darf nicht das alleinige Maß der Dinge sein.

Wir halten einen entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss für überfällig und im ureigensten Interesse des Lübecker Handwerks.

Eine Auftragserteilung nur an tariftreue Betriebe ist ein entscheidender Mosaikstein zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Lübeck und für mehr Chancengleichheit für das Lübecker Handwerk. Wir setzen darauf, dass in der Lübecker CDU die Kräfte die Oberhand gewinnen, die bereit sind, sich ohne Scheuklappen für das Lübecker Handwerk und für gleiche Wettbewerbsbedingungen und die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort einzusetzen.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.01.2006, 11:44 Uhr - 1386 Clicks - Nr. 8

Bäderbilanz schön gerechnet

Schlechter Start von Stadtrat Möller in 2006

Der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zur heutigen Berichterstattung in den KN über die Bäderbilanz:

"Die SPD-Ratsfraktion hatte den Wegfall nahezu aller Sozialermäßigungen und die überzogene Erhöhung der Eintrittsgelder - insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sowie Schwerbehinderten - abgelehnt.

Nach der Ausweitung der Öffnungszeiten ab dem 1. April 2005 hatten die Bäder für 2005 das Ziel, ca. 65.000 Besucher mehr als 2004 zu erreichen.

Dieses Ziel wurde, wie auch die angestrebte Entlastung des Haushaltes um 187.000 €, deutlich verfehlt.

Bezogen auf die ausgeweiteten Öffnungszeiten hatte es einen drastischen Besucherrückgang gegeben. Dadurch sehen wir uns in unserer damalige Ablehnung der Eintrittsgelder bestätigt. Für die SPD-Fraktion ergibt sich aus der Vorlage der Eindruck des Schön-rechnens. Der alleinige Verweis auf Mehreinnahmen, ohne die Öffnungszeiten dazu in Bezug zu setzen und der von der Verwaltung nicht erwähnte Zuschussbedarf, sind Beleg genug. Ein schlechter Start ins Jahr 2006 für Stadtrat Möller."

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 10.01.2006, 20:40 Uhr - 3986 Clicks - Nr. 9

Fischer: Bereitet OB den Sündenfall vor?

Zur aktuellen Debatte über die **Zukunft des Kieler Hafens und der Nachfolge des Hafen-Chefs** erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

„Wenn sich die OB wirklich entschieden hat, die Funktion des Hafenchefs intern zu besetzen und gleichzeitig ihre Pläne zur Privatisierung zu verwirklichen, so führt dies zur Zerschlagung



der erfolgreichen Kieler Hafenwirtschaft.

Eine solche Strategie ist in einer Stadt am Wasser

der „Sündenfall“ schlechthin, denn für Kiel ist und bleibt der Hafen und die Hafenwirtschaft eine der Lebensadern. Hier muss der zentrale Einfluss der Stadt gewahrt bleiben, damit nicht ausschließlich Marktinteressen entscheiden. Die Kieler Sozialdemokraten warnen davor, unseren Hafen und die Hafenspolitik aus ideologischen Gründen aufs Spiel zu setzen. Hier melden wir, nicht zuletzt aus Sorge um die Arbeitsplätze, erheblichen Widerstand an.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.01.2006, 12:55 Uhr - 1061 Clicks - Nr. 10

CDU und Grüne verhöhnen Ratsversammlung und Aufsichtsräte

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer weist die Erklärung von CDU und Grünen zur Neubesetzung der Geschäftsführung der Seehafen Kiel GmbH mit Dr. Claus entschieden zurück: " Es gibt einen einstimmigen Beschluss der Ratsversammlung zur Ausschreibung der Geschäftsführerpositionen städtischer Gesellschaften. Die Ausschreibung für den Seehafen soll nach einer Vorlage der Oberbürgermeisterin gestoppt werden.

Die Tätigkeit als Geschäftsführer stellt hohe fachliche Anforderungen. Alleine mit der Oberbürgermeisterin "gut zu können" reicht nicht aus.

Die Position ist selbstverständlich auszuschreiben, um auf ein möglichst großes Personalpotential in der jeweiligen Branche zurückgreifen zu können. Die letzten erfolgreichen Besetzungen von Führungspositionen bei der MVK und der KVG bestätigen dies eindrucksvoll. Wir brauchen für die Seehafen Kiel GmbH einen ausgewiesenen Hafenspezialisten als Geschäftsführer.

Wenn CDU und Die Grünen sich für die Besetzung der Nachfolge von Jörg Rüdell mit Dr. Claus aussprechen und gleichzeitig von der "auszuschreibenden Stelle" sprechen ist das eine Farce und Verdummung der Öffentlichkeit.

Zur Zeit werden im Rathaus Verfahrensstrukturen eingeführt, die eine Verhöhnung der Ratsversammlung und der Aufsichtsräte der städtischen Gesellschaften sind."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.01.2006, 13:11 Uhr - 1089 Clicks - Nr. 11

Postengeschacher innerhalb der CDU geht in die nächste Runde!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu den Bestrebungen der CDU, das Dezernat für Finanzen, Kultur und Abfallwirtschaft mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Gerd Meyer zu besetzen:

"Nach der Gemeindeordnung muss die Stelle ausgeschrieben werden. Dieses ist nicht pro forma gemeint, sondern nach dem Gesetz umzusetzen. Damit soll erreicht werden, den am besten geeigneten Bewerber ins Amt zu wählen. Die CDU-Ratsfraktion macht aus der Ausschreibung eine Farce, wenn sie im Vorfeld erklärt, dass sie ihren Fraktionsvorsitzenden, der erst im Juni 2005 zum Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion aufgestiegen war, als Stadtrat wählen will.

Die CDU-Fraktion ignoriert bewährte Personalauswahlverfahren. Schon bei der Besetzung der Stelle des persönlichen Referenten der Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) hatte die CDU nicht gezögert,

mit Jacob Vieregge ein Ratsmitglied in der Verwaltung zu installieren.

"Es ist schon erstaunlich, mit welcher Dreistigkeit die CDU-Fraktion Personalpolitik zu ihren Gunsten betreibt und frei werdende Stellen mit Mitgliedern aus den eigenen Reihen besetzt.

Die Landeshauptstadt Kiel und ihre Ämter sind nicht das Eigentum der CDU. Dies ist schwarzer Filz pur."

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 12.01.2006, 09:20 Uhr - 2625 Clicks - Nr. 12

Port Package II ablehnen

Zu den aktuellen europaweiten Demonstrationen der Hafentarbeiter erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Eine Beschlussfassung des vorliegenden Hafentpakets würde auch zu erheblichen Einschnitten in der schleswig-holsteinischen Hafengewirtschaft führen.

Es ist anzunehmen, dass insbesondere Fährverkehre und Kreuzfahrer betroffen sein würden, da sie lukrative Geschäfte versprechen. Die Europapolitik Schleswig-Holsteins wird alle politischen Möglichkeiten nutzen, um fraktionsübergreifend die Verabschiedung zu verhindern. Es gibt in der schleswig-holsteinischen Europapolitik eine große Koalition gegen das Hafentpaket.



Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 12.01.2006, 11:30 Uhr - 10133 Clicks - Nr. 13

Verwunderung über Hans-Jörn Arp (CDU)

Mit Erstaunen hat die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen die Äußerungen ihres CDU Kollegen Arp zur Ämterstrukturreform zu Kenntnis genommen. Insbesondere die Absage an Zwangsvereinigungen decke sich weder mit den Aussagen des Koalitionsvertrages noch mit den Vorgaben der Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Carstensen, so Herdejürgen.

Richtig sei, dass das Land unter anderem durch finanzielle Anreize freiwillige Zusammenschlüsse von Verwaltungen unterstützt. Die Vorstellungen der kommunalen Vertreter haben aber absoluten Vorrang. Die Notwendigkeit von Verwaltungsstraffung aus Kosten- und Effizienzgründen werde in der derzeitigen Diskussion von kaum jemandem grundsätzlich infrage gestellt. Die Tücke liege aber auch hier im Detail. Dies habe in der Vergangenheit dazu geführt, dass zwar vielerorts Verhandlungen geführt wurden, die Zahl der tatsächlichen Zusammenlegungen aber sehr gering war.

„Mit Inkrafttreten des Ämterreformgesetzes im April 2007 wird es daher nur dort zu Zwangsfusionen kommen müssen, wo auf freiwilliger Basis keine Einigung erzielt werden konnte“, erläutert Herdejürgen. „Dies weiß natürlich auch der Kollege Arp. Allerdings scheint er immer noch nicht gemerkt zu haben, dass er inzwischen Mitglied einer regierungstragenden Fraktion ist und damit auch unbequeme Entscheidungen in die Fläche tragen muss.“

Die Absage an zwangsweise Zusammenlegungen ab 2007 dient wohl eher dazu, der kommunalpolitischen Kritik zu entgehen als den laufenden Prozess konstruktiv zu befördern. Haben doch der Ministerpräsident und die CDU-Landtagsfraktion die Vorgaben dieser Reform ausdrücklich gebilligt.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.01.2006, 12:43 Uhr - 1325 Clicks - Nr. 14

Lösung für kranke Kinder suchen - Eltern weiterhin unterstützen!

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Wolfgang Schulz erklärt zur Absicht des Städtischen Krankenhauses, die dort vorhandene Sozialpädiatrie - heutiger Bericht in den KN - zu schließen:

"Öffentliche Spekulationen über die künftigen Behandlungsmöglichkeiten von Kindern in der Sozialpädiatrie des Städtischen Krankenhauses Kiel sind nicht hilfreich.

Sie verunsichern die Betroffenen vor allem die Eltern kranker Kinder. Statt Unsicherheit muss mit allen potentiellen Partnern und Finanzgebern eine ortsnahe Lösung in der Landeshauptstadt Kiel gesucht werden. Kinder und ihre Eltern benötigen realistische und verlässliche Lösungswege mit einer bestmöglichen Behandlung.

Die SPD-Fraktion fordert deshalb einen Bericht zur Lage der Betroffenen und mit Aufzeigen von Lösungsvorschlägen für den kommenden Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit, der am 26.1. tagt."

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 12.01.2006, 22:20 Uhr - 2224 Clicks - Nr. 15

SPD-Ortsverein Schlutup überbrachte verspätetes Weihnachtsgeschenk

2047€ hatte der Herbstmarkt der Schlutuper SPD eingebracht, die dieses Jahr der Freiwilligen Feuerwehr Schlutup zugedacht waren. Ortswehrführer Christian Kröger und sein Stellvertreter Thorsten Persohn nahmen den Scheck vom Ortsvereinsvorsitzenden Harald Quirder und vom Initiator des Herbstmarktes Peter Biedermann in Empfang. Es sollen dafür ein Beamer für eine moderne und zeitgemäße Schulung der Feuewehrkameraden und Ausrüstungsgegenstände angeschafft werden. Christian Kröger hob in seiner Dankesrede die gute Zusammenarbeit in Schlutup zwischen den Vereinen und Verbänden und der SPD hervor. Harald Quirder betonte, die Freiwillige Feuerwehr trüge dazu bei, dass die Schlutuper ruhiger leben könnten und dass man dieses nicht ungefährliche, ehrenamtliche Engagement nicht hoch genug bewerten könne.

Harald Quirder, Vorsitzender des SPD-OV Schlutup, Voßerbogen 21, 23568 Lübeck, Mobil 01732416413

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 12.01.2006, 22:21 Uhr - 2882 Clicks - Nr. 16

Staffelung der Hafengebühren

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„Die öffentlichen Alarmmeldungen der Travemünder CDU und die lautstarken Vorwürfe an die

Adresse eines wichtigen Kunden des Lübecker Hafens erschweren mutwillig die Suche nach einem vernünftigen Interessenausgleich zwischen der LHG, der TT-Line, den Anwohnern und dem Schutz der Umwelt. Die Lübecker CDU täte mit ihrer Mehrheit im Aufsichtsrat der LHG gut daran, sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Unternehmen und dem Lübecker Hafen zu stellen und rechtzeitig nach Kompromissen zu suchen.

Wir sehen unverändert die dringende Notwendigkeit, gemeinsam mit den anderen Ostseehäfen, nicht nur die technischen Voraussetzungen für eine landseitige Stromversorgung während der Liegezeiten zu schaffen, sondern auch finanzielle Anreize für den Einsatz von umweltschonenden Schiffen zu setzen

Die SPD nimmt die Kritik der Reederei TT an fehlenden ökologischen Anreizen im Lübecker Hafen sehr ernst und wird die Forderung nach einer Staffelung der Hafengebühren nach Umweltkriterien neuerlich auf die politische Tagesordnung setzen und einen entsprechenden Antrag zur Januar-Sitzung der Bürgerschaft einbringen. Wer umweltfreundliche Treibstoffe verwendet und leisere Schiffe zum Einsatz bringt, soll in allen Ostseehäfen zukünftig weniger zahlen als andere. Wer weniger auf die Umwelt Rücksicht nimmt, soll dann mehr zahlen.

Die SPD fordert Bund und Land auf, endlich zu einer Gesamtlösung zu kommen. Bei einer isolierten Lübecker Lösung droht eine Abwanderung im großen Stil.

Für die SPD stehen einschneidende Maßnahmen zur Senkung der Immissionsbelastungen aus dem Hafenumschlag und dem zunehmenden Fährverkehr im Zentrum des politischen Handelns“.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 12.01.2006, 22:23 Uhr - 2356 Clicks - Nr. 17

Zwiespältige Erfahrungen bei Privatisierung kommunaler Betriebe

„Die SPD tritt auf die Euphoriebremse. Eine Privatisierung städtischer Aufgaben und Gesellschaften ist mit Blick auf die in Lübeck gemachten Erfahrungen kein Allheilmittel.

Lohndrückerei, Arbeitsplatzabbau, erhebliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und umfangreiche Vorleistungen der öffentlichen Hand trüben die angebliche Erfolgsbilanz der Privatisierungsfans.

Bei der positiven Bewertung der Privatisierung des Krankenhauses Süd fällt negativ ins Gewicht, dass umfangreiche Nachforderungen von der öffentlichen Hand zu erfüllen waren und ein weiterer Verkauf von Gesellschafteranteilen zu einem symbolischen Preis notwendig wurden. Ebenso negativ fällt der Verlust von 77 Arbeitsplätzen und der Abbau von 17 % der Betten ins Gewicht.

Die geforderte Übertragung der städtischen Gebäudereinigung versagte im Praxistest. Sie erwies sich bei genauer Betrachtung mit spitzem Bleistift als unwirtschaftlich und hätte zu erheblichen Mehrkosten für den Steuerzahler geführt. Gleiches gilt für die neuerlich von der Mehrheit in der

Bürgerschaft geforderte Privatisierung der öffentlichen Beleuchtung.

Die heutigen Berichte über die angestrebte Erhöhung der Mieten für die Geschäftsräume sind nicht verwunderlich. Sie sind die zwingende Konsequenz aus der nur „mit erheblichen Bauschmerzen“ zugestimmten Veräußerung der Flughafengesellschaft und der Ankündigung des neuen Gesellschafters, Umsatz und Ertrag erheblich auszuweiten.

Die SPD sieht deshalb keine Notwendigkeit, ihre Haltung zur Zukunft des Entsorgungsbetriebs zu überdenken. Wir fordern unverändert eine Überführung der EBL in eine Anstalt öffentlichen Rechtes. Abfallbeseitigung, Entwässerung und Straßenreinigung sind Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 13.01.2006, 09:05 Uhr - 1953 Clicks - Nr. 18

Schulweg in der Geschwister-Scholl-Strasse ??

Kirsten Tödt, Stadtvertreterin der SPD, steht allen Bürgerinnen und Bürgern in der nächsten Sprechstunde der SPD-Fraktion am 19.01.2006 zur Verfügung

Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus (A0.05) von 16.00 - 17.30 statt und Kirsten Tödt ist dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde wird sein:

Wie kann der Schulweg der Kinder in der Geschwister-Scholl-Strasse sicherer gemacht werden ?

Kirsten Tödt würde sich freuen, wenn insbesondere Eltern dieses Gebietes dieses Gesprächs- und Mitwirkungs-Angebot annehmen, damit ein entsprechender Antrag der SPD in die Stadtvertretung eingebracht werden kann.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.01.2006, 08:06 Uhr - 1307 Clicks - Nr. 19

Stadt braucht mehr Feuerwehrleute - Belastungsgrenze nicht überschreiten

Die personal- und frauenpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Ingrid Lietzow erklärt:

"Die bestehenden Arbeitszeiten der Feuerwehrleute von 54 Stunden in der Woche führen an die psychische und physische Belastungsgrenze. Die SPD-Fraktion unterstützt deshalb die Bestrebungen, die EU-Arbeitszeitrichtlinie bei der Kieler Berufsfeuerwehr einzuführen und die Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche zu begrenzen.

Bereits bei den Haushaltsberatungen für 2006 beantragte die SPD-Fraktion, die 26 zusätzlichen Planstellen für Brandmeisterinnen und Brandmeister einzurichten, die nach den Berechnungen der Verwaltung erforderlich sind, um die 48-Stunden-Woche gem. EU-Arbeitszeitrichtlinie einzuführen.



Wer sein Leben für die Sicherheit seiner Mitmenschen einsetzt, braucht erträgliche Rahmenbedingungen. Aus diesem Grund fordert die SPD-Fraktion von Fr. Volquartz und Schwarzgrün, ihre Verweigerungshaltung aufzugeben und die dringend notwendige Entlastung der Feuerwehrleute - wie bereits zugesagt - umzusetzen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.01.2006, 08:15 Uhr - 2170 Clicks - Nr. 20

Kietzer zur Bewerbung von Gert Meyer:

"Weiter drohender Qualitätsverlust bei den Dezernenten"

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:

"Es gibt in den kommenden Jahren kaum ein städtisches Amt mit so hohen administrativen und fachlichen Herausforderungen wie der Aufgabenbereich des Kämmerers und Kulturdezernenten der Landeshauptstadt Kiel.

Woher nimmt Ratsherr Meyer die Kühnheit, sich für solch eine Aufgabe anzubieten?

Mit Realschulabschluss, dem anschließenden Fachabitur und der dreijährigen Ausbildung zum Diplombetriebswirt (FH) dürfte der 34 jährige bei einem ordentlichen Stellenbesetzungsverfahren Schwierigkeiten haben, in die engere Wahl zu kommen.

Seine bisherigen kommunalpolitischen Aktivitäten weisen ihn jedenfalls nicht als in Frage kommende Besetzung der Nachfolge von Torsten Albig aus. Von 1998 bis 2003 gehörte er dem Finanzausschuss an. Er ist dort seit 2003 der 7. Stellvertreter der CDU-Fraktion. Im Wirtschaftsausschuss, der Beteiligungsausschuss für den ABK ist, war er kein ordentliches Mitglied. Dem Kulturausschuss hat Gert Meyer bisher nicht angehört.

Diese Fakten in Verbindung mit dem über ihn bekannten beruflichen Werdegang als "Anwendungsberater und Projektmanager in der IT-Branche mit der Spezialisierung auf personalwirtschaftliche Systeme" (Gert Meyer selbst), berechtigen zu der Frage:

Wo ist der Nachweis der für dieses Amt erforderlichen Eignung, Befähigung und Sachkunde, den Bewerberinnen und Bewerber nach der Gemeindeordnung erbringen müssen?

Die Stellenausschreibung eines Stadtrates/einer Stadträtin für Finanzen, kulturelle Angelegenheiten und Abfallwirtschaft ist von Anfang an mit einem Makel behaftet. Der Makel bleibt auch an Herrn Meyer kleben.

Was hat die CDU veranlasst, die Bewerbung zu unterstützen, statt ein geordnetes Verfahren abzuwarten?

Warum unterstützen ihn die Grünen?

Immerhin hatte sich Ratsherr Rainer Pasternak von Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2004 bei seiner Bewerbung für die Kulturamtsleitung einem ordentlichen Auswahlverfahren unterzogen, wo er allerdings nicht überzeugen konnte.

Insgesamt muss ein radikaler Abstieg der Qualität der Dezernenten der Landeshauptstadt Kiel festgestellt werden.

Der nette Herr Kurbjuhn, der nach Realschulabschluss seine Beamtenausbildung zum gehobenen nichttechnischen Dienst abschloss, kämpft in seinem Amt ums Überleben. Anders die vorherigen Dezernenten und Volljuristen Torsten Albig und Erich Schirmer.

Im Baudezernat hat Kiel immerhin einen Volljuristen als Dezernenten, allerdings ohne Fachausbildung, im Gegensatz zu den Stadtbauräten Dipl.Ing. Ronald Klein-Knott und Dr. Ing. Otto Flagge.

Einen ausgewiesenen Fachmann als Wirtschaftsdezernenten hat Kiel seit Dr. Heinz Rethage und Dr. Peter Kirschnick nicht mehr.

Einsame Spitze beim Qualitätsverlust bleibt der Übergang von Oberbürgermeister Norbert Gansel zu

Fr. Volquartz. Von Norbert Gansel gab es nur sicher geprüfte Vorlagen, dazu war er selbst in der Lage. Von Frau Volquartz gibt es Vorlagen, die zum Teil nicht einmal mit dem Rechtsamt und dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmt wurden, bevor sie den Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Wer schreibt solche Vorlagen für Frau Volquartz?"

Kommentar von [Siemen](#) vom 30.01.2006, 10:40 Uhr:

RE:Kietzer zur Bewerbung von Gert Meyer:

Diese Pressemitteilung zeigt, dass Sie keine Ahnung vom schleswig-holsteinischen Bildungssystem haben. Wer in Schleswig-Holstein ein Fachgymnasium absolviert, hat kein Fachabitur, sondern die allgemeine Hochschulreife, d.h. er oder sie kann auch an der Universität studieren. Bevor man eine Pressemitteilung an die Öffentlichkeit bringt, sollte man sich vielleicht doch noch mal informieren. Hoffentlich sind Sie für Ihre Tätigkeiten auch genug qualifiziert?!

Kommentar von [Dr. Dieter Sinhart-Pallin](#) vom 20.01.2006, 12:00 Uhr:

RE:Kietzer zur Bewerbung von Gert Meyer:

Nachtrag, weil etwas missverstännden werden kann. Ich wollte nicht ausdrücken, dass Herr Meyer aus einer bildungsfernen Schicht kommt. Ich habe darüber keine Kenntnis. Im übrigen würde ihn das auch nicht diskreditieren. Dr. Sinhart-P.

Kommentar von [Dr. Dieter Sinhart-Pallin](#) vom 20.01.2006, 11:55 Uhr:

RE:Kietzer zur Bewerbung von Gert Meyer:

Sehr geehrte Frau Kietzer, sicher haben Sie recht, wenn Sie meinen, dass ein Kämmerer etwas von Finanzen verstehen muss. Als Fraktionsvorsitzender wird Herr Meyer das wohl müssen. Und ich hoffe, auch Sie als Fraktionsvorsitzende verstehen genug vom Haushalt, wenn Sie über den abstimmen. Ich bin erstaunt über Ihr Demokratie- und Bildungsverständnis! Es war immer die bildungspolitische Position der SPD, jungen Menschen aus bildungsfernen Schichten Bildungsoptionen (über einen dritten Weg) zu eröffnen. So einen Weg hat Herr Meyer wahrgenommen, wie übrigens auch viele in Ihrer eigenen Kieler Partei. (Soll ich Ihnen Namen nachreichen?). In einer Demokratie kann grundsätzlich jedes politische Amt von jeder Person wahrgenommen werden - unabhängig von ihrer beruflichen Vorbildung (Georg Leber und Norbert Blüm lassen grüßen). Ich erwarte von der Kieler SPD, dass sie sich öffentlich erklärt und den Menschen mitteilt, ob die SPD nun ein elitäres Bildungskonzept verfolgt und nur noch auserwählte, formal hochgebildete Personen in politischen Ämtern sehen möchte. Mit freundlichen Grüßen Dr. Dipl.-Päd. D. Sinhart-Pallin

Kommentar von [Ulrich Bach](#) vom 15.01.2006, 18:27 Uhr:

RE:Kietzer zur Bewerbung von Gert Meyer:

Sehr geehrte Frau Kietzer, Ihre Qualitätskritik an den Dezernenten ist für mich unerträglich. Da bietet uns als Bürger die SPD seit Jahrzehnten Parteibuchstrategen, deren einzige Qualifikation das Parteibuch ist, um jetzt plötzlich bei den anderen politischen Gruppierungen mangelnde Qualität feststellen zu müssen. Zielstrebige Quereinsteiger aus der Wirtschaft sind mir alle mal lieber als Berufspolitiker, die außer der Mitgliedschaft in der Parteijugend und dem Politologiestudium noch nichts aufzuweisen haben. Wer Herrn Gabriel zum Umweltminister macht, hat eh sein Recht auf Qualitätsanmahnung verloren. mfg Ulrich Bach

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.01.2006, 08:17 Uhr - 1208 Clicks - Nr. 21

Hafenspezialist für Seehafen Kiel gewinnen! - Strategie der Schwächung beenden!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:

"Die SPD-Fraktion gratuliert der Seehafen Kiel GmbH und dem Hafenchef Jörg Rüdel zum finanziell

besten Ergebnis in der zehnjährigen Unternehmensgeschichte.

Der um 20 % gestiegene Passagierverkehr unterstreicht die Bedeutung des Kieler Hafens als führender Kreuzfahrer- und Fährhafen Deutschlands.

Der Erfolg des Seehafens, den Güterumschlag wieder deutlich in die Wachstumszone zu bringen, stellt eine enorme Leistung dar. Alles spricht dafür, dass mit der 2 % igen Steigerung des Güterumschlages in 2005 der Seehafen Kiel auf einem guten Weg ist, den ersten großen Fehler, den Frau Volquartz zu verantworten hat, zu bereinigen. Die SPD-Fraktion hatte sich, der Empfehlung des Seehafens folgend, für die Übernahme von Cellpap und Vermeidung der Insolvenz durch den Seehafen eingesetzt, um die Frachtmengen in Kiel zu halten.

Mit der von ihr angezettelten Diskussion um die Kieler Hafenordnung setzte Frau Volquartz gemeinsam mit CDU und Grünen ihre Strategie der Schwächung des Seehafens fort.

Damit Seehafen Kiel weiterhin eine positive Entwicklung ermöglicht wird, ist es von großer Bedeutung, dass der beste Hafenspezialist, den es in Deutschland gibt, als Nachfolger für Geschäftsführer Jörg Rüdel für Kiel gewonnen werden kann. Das Ausschreibungsverfahren läuft. Es muss fortgesetzt werden.

Warum beschädigen CDU/Grüne Dr. Claus, indem die sie ihm nicht zunächst die Möglichkeit geben, sich regulär an dem Ausschreibungsverfahren zu beteiligen?

Auch diese Ausschreibung ist bereits jetzt mit einem Makel behaftet, der sich auch auf die Person von Dr. Claus erstreckt."

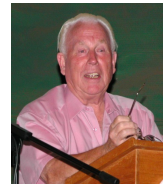
Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 14.01.2006, 10:49 Uhr - 2405 Clicks - Nr. 22

60 Jahre Rot !

60 Jahre Rot !

Johannes Henkens - ein großer Sozialdemokrat feiert sein 60-jähriges Parteijubiläum.



Durch sein Elternhaus geprägt, beide Eltern waren in der SPD, trat Johannes ("Hanne") Henkens am 16. Januar 1946 als 18-jähriger in die SPD ein.

In den Jahren 1950-1954 wurde er als junger Ortsvereinskassierer schon Vorstandsmitglied. OV-Vorsitzender war er von 1954 bis 1962 und 1982 bis 1991. Seine Arbeit, seine Überzeugungskraft und sein visionäres Denken haben maßgeblich dazu beigetragen, dass aus der kleinen Gruppe der SPD-Genossen (1946 rund 10 Mitglieder) ein starker Ortsverein mit über 100 Mitgliedern in Spitzenzeiten wurde, der zudem bei den Kommunalwahlen in den meisten Wahlperioden die absolute Mehrheit errang.

Gemeindevertreter war er von 1955 bis 1962 und von 1964 bis Mai 2000. Als Vorsitzender der SPD-Fraktion agierte er von 1966 bis 1970 und war gleichzeitig stellvertretender Bürgermeister. 1970 wurde Hanne das erste Mal zum Bürgermeister gewählt und blieb es dann ganze 30 Jahre bis zum Jahr 2000. Darüber hinaus war er Mitglied bzw. Vorsitzender in den verschiedensten Ausschüssen der Gemeinde, im Schulverband Mildstedt/Südermarsch, Vorsitzender des Schulverbandes Mildstedt-Rosendahl-Iperstedt, Vorsitzender des Zweckverbandes Kanalisation Mildstedt-Rosendahl, Mitglied im Amtsausschuss und 1. bzw. 2. stellvertretender Amtsvorsteher.

Um seine Leistungen einzuordnen muss man wissen, dass die heutige Ortschaft Mildstedt 1946 aus zwei kleinen beschaulichen Dörfern, Mildstedt und Rosendahl, bestand. In Mildstedt gab es damals nur eine befestigte Straße. Die Struktur war ländlich bäuerlich und sehr konservativ. Die SPD hatte es, trotz der gerade zu Ende gegangenen Naziherrschaft, ausgesprochen schwer mit ihrem Verständnis

von Demokratie und Gemeinwohl Fuß zu fassen. Diese „linken Gesellen“ passten zu der Zeit noch nicht in die Köpfe der Altvorderen.

Hanne hat es dann in seiner Zeit als Bürgermeister geschafft, aus der bestehenden Situation ein zeitgemäßes, gut funktionierendes Gemeinwesen zu schaffen, das bei seiner Größe beispielhaft in der Bundesrepublik ist. Eine moderne Gemeinde, in der es sich lohnt zu leben. Es gibt nicht nur die obligatorische Kirche, Schule und den Krug, sondern auch rund 70 betreute Senioren-Wohnungen; es gibt eine gut funktionierende Sozialstation mit Kurzzeitpflege; für finanziell nicht ganz so starke gibt es 30 Sozialwohnungen; die Vereine werden in ihrer Arbeit für die Bürger unterstützt; die Öffentlichkeit der Sitzungen von Gemeindevertretung und deren Ausschüssen ist schon lange vor den Landesgesetzen in Mildstedt selbstverständlich gewesen; Bürgeranhörungen sind bei größeren Vorhaben selbstverständlich; Bodenspekulation ist durch die Baupolitik der Gemeinde weitestgehend der Boden entzogen, die Umweltpolitik führte zu dem Preis „Umweltfreundliche Gemeinde“, die Dorfgestaltung wurde beim Kreiswettbewerb 1987 mit der Auszeichnung 2. Sieger belohnt, schon damals hatte Mildstedt, als eine der wenigen Gemeinden, für alle angemeldeten Kinder einen Kindergartenplatz in seinen beiden Kindergärten. Der Schule und dem Turnverein wurde eine zweite Halle als Gymnastikhalle zur Verfügung gestellt. Eine große Mehrzweckhalle, die mit Mitteln der Gemeinde gefördert wurde, steht zur hauptsächlichen Nutzung dem Reitverein zur Verfügung. Sein Wirkungsfeld war jedoch nicht nur auf den SPD-Ortsverein begrenzt. In der Zeit von 1985 bis 1987 war er Beisitzer im SPD-Kreisvorstand. Dem Kreistag gehörte er als Mitglied im Bauausschuss von 1970 bis 1974 an. Den Förderverein Sportstättenbau führte er als Vorsitzender 15 Jahre. Im Sportverein selbst war er 10 Jahre im Vorstand.

Seit 01.03.1946 ist er Mitglied der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden. Der Arbeiterwohlfahrt gehört er seit Januar 1946 an. Deren stellvertretender Vorsitzender war er von 1971 bis 1980 und seit 1980 ist er bis heute der Vorsitzende eines der leistungsfähigsten Ortsvereine der gesamten deutschen AWO-Landschaft. Von 1986 bis 1989 war er Kreisvorsitzender der AWO in Nordfriesland und gleichzeitig Mitglied des Landesvorstandes.

Im Jahre 1999 initiierte Hanne eine Stiftung, welche die Sozialstation langfristig von Zuschüssen der Gemeinden unabhängig machen sollte; diese Stiftung wurde im Jahre 2000 vom Land Schleswig-Holstein genehmigt. Die Stiftung hat heute schon ein Vermögen von über 500.000,00 €.

Es gibt noch eine Reihe weiterer Maßnahmen, die Hanne angezettelt hat oder an deren Verwirklichung er maßgeblich beteiligt war. Diese alle aufzuzählen würde hier den Rahmen sprengen. Diese enorme ehrenamtliche Betätigung über ein halbes Jahrhundert blieb auch andersorts nicht unbemerkt. Am 26. Oktober 1989 erhielt er vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Der Ortsverein der SPD würdigte diese Leistungen bei Hannes Ausscheiden aus der aktiven Parteiarbeit und ernannte ihn zum Ehrenvorsitzenden. Die Gemeinde Mildstedt ehrte ihren Bürgermeister nach dessen Abschied und verlieh ihm das Amt des Ehrenbürgermeisters.

Johannes Henkens ist in unserer Gemeinde und unserer Partei eine hoch geachtete und respektierte Persönlichkeit, er ist ein Vorbild an dessen sozialer und politischer Haltung sich nachfolgende Generationen immer wieder messen lassen müssen.

Der SPD-Ortsverein Mildstedt/Rosendahl gratuliert herzlich zu 60 Jahren Parteizugehörigkeit und wir ziehen den Hut vor einer Lebensleistung die nicht Ruhm und Geld sondern ausschließlich das Wohl der Menschen zum Ziel hatte.

Alles Gute Hanne !

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 15.01.2006, 17:08 Uhr - 2384 Clicks - Nr. 23

SPD-Engelsby: Rechtsabbiegerspur möglich?

Dass der Trögelsbyer Weg eine der Hauptverkehrsadern in Engelsby ist, ist hinreichend bekannt. Wer von der Mozartstraße kommend als Rechtsabbieger in den Trögelsbyer Weg einfahren möchte, wird hier oftmals von Linksabbiegern, die sich zu weit rechts eingeordnet haben, behindert. Ein Anwohner machte den Vorschlag, in der Mozartstraße/ Einmündung Trögelsbyer Weg, eine Rechtsabbiegerspur einzurichten. Wir haben die Anregung des Mitbürgers in der letzten Sitzung des Infrastrukturausschusses vorgetragen.

Die Verwaltung wird den Sachverhalt prüfen und dem Ausschuss in Kürze berichten.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 16.01.2006, 19:44 Uhr - 2514 Clicks - Nr. 24

SPD-Engelsby: Bildergalerie vom Neujahrsempfang 2006

Am 08. Januar hatte die Stadt Flensburg alle Flensburgerinnen und Flensburger, Gäste und Freunde zum Neujahrsempfang eingeladen. Im Großen Saal und in allen weiteren Räumen des Deutschen Hauses wurde ein umfangreiches buntes Programm geboten.

Wir haben von dem großen Ereignis eine kleine Auswahl von Fotos zusammengestellt. Wenn Sie sich die Fotos anschauen möchten, dann klicken Sie bitte [hier](#)

Wir wünschen Ihnen viel Spaß dabei!

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 16.01.2006, 21:45 Uhr - 2733 Clicks - Nr. 25

SPD kritisiert säumige Stromkunden und Stadtwerke (EWL)

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt und das Mitglied des Fraktionsvorstandes Ulrich Pluschkell erklären:

„Die SPD hat kein Verständnis für Stadtwerke - Kunden, die aus Nachlässigkeit oder böswilliger Absicht ihre Stromrechnungen nicht pünktlich bezahlen. Wegen mangelnder Zahlungsmoral ihrer Kunden sind schon viele mittelständische Betriebe in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Deshalb muss auch im Interesse der ehrlichen Kunden konsequent dagegen gehalten werden“.

Kritik üben die Sozialdemokraten aber auch an den Stadtwerken. „Es ist mit Sicherheit keine Meisterleistung des Management der EWL wenn sich Außenstände auf rund 12 Mio. EURO aufgetürmt haben, ohne dass entschlossen von dem Unternehmen entgegengesteuert wird“, so Reinhardt.

„Schließlich steigt die Zahl der Zahlungsunwilligen und die Höhe der offenen Forderungen schon seit Jahren an. Das hätte auch bei den Stadtwerken zu Konsequenzen führen müssen. Verschärft wird die Situation dadurch, dass die Umstellung des Kundenvertriebssystems bei der EWL scheinbar unkoordiniert organisiert wurde. Für aufgelaufene Außenstände soll es deshalb seit Monaten keine

Mahnungen mehr gegeben haben. Damit wird das unseriöse Verhalten zahlungsunwilliger Kunden auch noch begünstigt! Und die Mehrkosten, die sich durch das erst jetzt anlaufende Mahnverfahren ergeben, wie z. B. Zinsen für fehlende Einnahmen, nicht mehr eintreibbare Rechnungen und Verwaltungsmehrkosten, gehen zu Lasten der ehrlichen Kunden“, so das Mitglied des Vorstands der SPD-Bürgerschaftsfraktion Ulrich Pluschkell.

„Hier haben auch die CDU-Mitglieder im Aufsichtsrat EWL versagt, weil sie diese Versäumnisse viel zu lange geduldet haben“, so Pluschkell weiter.

Besonders bitter stößt den Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang auf, dass gleichzeitig die Zahlungsmodalitäten für echte Sozialfälle, die Zahlungsschwierigkeiten bei der Stromrechnung haben, durch die Stadtwerke nur scheinbar verbessert wurden. Pluschkell: „Bislang vereinbarte die EWL in solchen Fällen eine Zahlung von höchstens 6 Raten zu jeweils mindestens 50 EUR, insgesamt also einen Stundungsbetrag von maximal 300 EUR. Jetzt – bei höchstens 8 Raten zu 30 EUR – ist der Stundungsbetrag auf maximal 240 EUR reduziert.

„Wir fordern tatsächliche Erleichterungen für unverschuldet in Not geratene Kunden. Die Anzahl der zum Ausgleich der Zahlungsrückstände eingeräumten und die Summen der Stundungsbeträge sollten wesentlich erhöht werden.“, so Reinhardt abschließend. „Damit würden auch die Stadtwerke besser zu ihrem Geld kommen!“

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 16.01.2006, 21:47 Uhr - 2969 Clicks - Nr. 26

AfA-Lübeck solidarisch mit Hafen-Protest

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) erklärt sich mit dem Protest der Lübecker Hafentarbeiter solidarisch. Die Hafentarbeiter und Seeleute aus Lübeck sind Sonntag abend zu einer Demonstration in Straßburg gegen die geplante EU-Richtlinie „Port Package II“ gestartet. Dort treffen sie zum Protest auf Gewerkschafter aus ganz Europa. „Der Protest der Hafentarbeiter ist ein Zeichen für ein Europa der Menschen, die sich nicht weiter dem neoliberalen Wettbewerbswahn unterwerfen wollen“, sagte Daniel Friedrich, stellvertretender Vorsitzender AfA-Lübeck heute in Lübeck. „Es kann nicht sein, dass Europa nur als Wettbewerbsregion verstanden wird und die Beschäftigten immer stärker verunsichert werden.“

Die AfA werde auch in Zukunft an der Seite der Beschäftigten für ihre Rechte kämpfen. Friedrich begrüßte, dass der SPD-Europaabgeordnete Willy Pyck sich ebenfalls gegen "Port Package II" aussprach. "Wir können keinen Ausverkauf der Arbeitnehmerrechte mehr hinnehmen.

Keine Kommentare

[Lothar Hay, Mdl](#) - veröffentlicht am 17.01.2006, 09:47 Uhr - 3541 Clicks - Nr. 27

Lothar Hay: Konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung auf Umsetzbarkeit prüfen

Zur heutigen Übergabe des Berichts zur Entbürokratisierung durch Staatssekretär Schlie an den Ministerpräsidenten erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay:

„Heute hat Staatssekretär Klaus Schlie seinen Bericht zur Entbürokratisierung an den Ministerpräsidenten übergeben. Der Bericht ist damit – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – zeitgerecht vorgelegt worden. Die Koalition ist damit bei Verwaltungsstrukturreform und Entbürokratisierung voll im Zeitplan.

Wir werden das vorgelegte Tempo weiter halten und die vom Kabinett noch zu beschließenden Vorschläge zügig auf ihre Umsetzbarkeit prüfen. Dabei stehen die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßstäbe Bürgernähe, Wirtschaftlichkeit und Effizienz ganz vorne.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.01.2006, 13:57 Uhr - 1383 Clicks - Nr. 28

SPD setzt auf Vorbeugung gegen Kindesvernachlässigung für Kiel

Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklärt:

"Die SPD-Fraktion hat die Berichterstattung und die Begleitumstände aus dem Hamburger "Fall Jessica" zum Anlass genommen, sich mit Kindesvernachlässigung/-missbrauch zu befassen. Wir vertreten die Auffassung, dass es viele Möglichkeiten gibt, vorzubeugen und Kinder vor Vernachlässigung zu schützen.

Gerade die Stadt hat viele Möglichkeiten, rechtzeitig auf Missstände in Elternhäusern aufmerksam zu werden und zu reagieren. Außerdem ist Kiel in der Pflicht, alle, die sich mit Kindern beschäftigen, darüber aufzuklären, welche Merkmale von Vernachlässigung es gibt.

Die SPD-Fraktion will mit ihrem Antrag zur nächsten Ratsversammlung das Thema öffentlich behandeln.

Der "Fall Jessica" und die Meldungen der letzten Zeit über das Schicksal anderer Kinder haben viele wachgerüttelt. Deshalb ist es für die Kielerinnen und Kieler wichtig zu erfahren, welche Maßnahmen von der Verwaltung ergriffen wurden, um Kieler Kinder zu schützen. Die Verwaltung soll außerdem beauftragt werden, weitere Überlegungen anzustellen, wie Kindesvernachlässigung/-misshandlung vorgebeugt oder frühzeitig festgestellt werden kann.

Möglichkeiten sehen wir in niedrigschwelligen Gesprächsangeboten beim Kinderarzt, in der Kita oder den Schulen, in der engen Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften oder in den zur Zeit noch freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen für Kinder U1-O10."

Antrag zur Ratsversammlung am 19.01.2006

Betreff: Vorbeugende Hilfe bei Kindesvernachlässigung

Antrag: Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert darzulegen, welche Maßnahmen - nach bekannt werden des Hamburger "Fall Jessica" - von ihr ergriffen wurden, um Kieler Kinder zu schützen.

Ferner wird die Oberbürgermeisterin aufgefordert, ihre Überlegungen offen zu legen, welche Hilfen und Vorbeugemaßnahmen der Landeshauptstadt Kiel beim Verdacht auf Kindesvernachlässigung/-misshandlung verstärkt werden sollten, um einen Kieler "Fall Jessica" zu verhindern.

In diese Überlegungen sollen folgende Kriterien einbezogen werden:

1. Niedrigschwellige Gesprächsangebote, z.B. Schule, KITA, Kinderarzt,
2. Hilfen vor Ort, Sozialraumorientiert, z.B. mit Wohnungsgesellschaften,
3. Elternschulung in Zusammenarbeit z.B. mit Hebammen und dem ASD,

4. Einbindung der Vorsorgeuntersuchungen für Kinder U1 - U 10,
5. Vernetzung des Schulamtes und der Städtischen Ämter z.B. bei Nichteinhaltung der Schulpflicht,
6. Hotlineschaltung zum Amt für Soziales und Kinder und Jugend über eine zentrale Rufnummer für Hilfebedürftige selbst und auch Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern.

Dem Jugendhilfeausschuss und der Ratsversammlung ist Bericht zu geben, auch über bereits durchgeführte Maßnahmen und daraus eventuell neu aufgedeckte Fälle von Kindesmissbrauch.

Begründung: Vor dem Hintergrund immer neuer Berichte über Kindesvernachlässigung, muss die Stadt Kiel ein festes Netz von Hilfen und Vorsorgemaßnahmen anbieten. Zudem muss die Bevölkerung für den Themenkomplex sensibilisiert werden, um dann ohne Angst Verdachtsmomente an eine zentrale Stelle zu melden. Um sich dem Ziel Familienfreundlichkeit wirklich zu nähern, sind Hilfsmaßnahmen und freiwillige Hilfsangebote unabdingbar.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 18.01.2006, 10:11 Uhr - 2541 Clicks - Nr. 29

Auf Kosten anderer lässt es sich leicht mutig sein...

Zu der Aufforderung von Bundesfamilienministerin von der Leyen, die Länder und Gemeinden sollten „ganz mutig“ auf KiTa-Gebühren verzichten, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber: Es ist doch immer wieder erstaunlich, wie schnell mit einem neuen Amt auch eine neue Grundsatzzposition kommt. Frau von der Leyen hat noch bis vor wenigen Wochen einer Landesregierung angehört, in der sie die Abschaffung von KiTa-Gebühren nicht durchsetzen konnte.

Es geht nicht an, sich mit Aufforderungen an andere zu profilieren, ohne Rücksicht auf deren Haushalte Wohltaten zu beschließen und ihnen anschließend Vorhaltungen zu machen, wenn die Bundesrepublik erneut über den EU-Defizitgrenzen liegt.

Natürlich besteht Einigkeit darüber, dass Betreuungskosten niemanden davon abhalten dürfen, seine Kinder in Betreuungseinrichtungen zu schicken, wie es auch im Berliner Koalitionsvertrag steht.

Der Beschluss der Bundesregierung über die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten über 1.000 € nimmt zu wenig Rücksicht auf Geringverdienende. Sämtliche Betreuungskosten müssten absetzbar sein, wie heute vom SPD-Parteivorstand beschlossen. Man muss auch vorurteilsfrei über alternative Modelle nachdenken; so hat der Fraktionsvorsitzende der SPD in Niedersachsen, Wolfgang Jüttner, angeregt, auf die Absetzbarkeit der Betreuungskosten zu verzichten und das Geld direkt in die Gebührenfreiheit der Kitas zu investieren.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 18.01.2006, 14:25 Uhr - 7618 Clicks - Nr. 30

MdB Sönke Rix: Familienpolitik rückt weiter in den Vordergrund

Unübersehbar wird die Familienpolitik als das gesellschaftspolitische Zukunftsthema erkannt. Was in früheren Jahren noch als „Familie und Gedöns“ abqualifiziert wurde, rückt heute weiter ins Zentrum

der Politik. Wir Sozialdemokraten können dabei auf qualifizierte Vorarbeit der rot-grünen Bundesregierung und ihrer Familienministerin Renate Schmidt zurückgreifen.

Das zeigt sich zum Beispiel am so genannten Elterngeld, das die Bundesregierung für die Eltern, deren Kinder ab dem 1. Januar 2007 geboren werden, einführt. Es wird als einkommensabhängige Leistung ausgestaltet und das bisherige Erziehungsgeld ablösen. Im ersten Lebensjahr des Kindes erhält ein zuvor berufstätiger Elternteil 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens, höchstens aber 1.800 Euro monatlich. Das Elterngeld wird für ein Jahr gezahlt. Die zwölf Monate des Bezugszeitraums können zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Zwei Monate bleiben allerdings dem Vater, zwei Monate der Mutter reserviert. Nimmt ein Elternteil allein das Elterngeld in Anspruch, verkürzt sich die Bezugsdauer entsprechend auf zehn Monate. Die Bezugsdauer des Elterngeldes kann bei entsprechender Reduzierung der monatlichen Höhe auf bis zu zwei Jahre ausgedehnt werden.

Der Stellenwert des Themas zeigt sich auch daran, dass die Bundesregierung zusätzliche Beschäftigung im Bereich der Kinderbetreuung schaffen und Familien entlasten will. Wer erwerbstätig ist und Kosten für Kinderbetreuung zu tragen hat, kann diese jetzt stärker als bisher von der Steuer absetzen. Die steuerliche Absetzbarkeit gilt rückwirkend zum 1. Januar 2006. Das Gesamtvolumen für diese Förderung beträgt 460 Millionen Euro.

Über die konkrete Ausgestaltung dieser Regelung muss aber noch gesprochen werden, denn der Vorschlag des Kabinetts ist nicht befriedigend. Mir leuchtet zum Beispiel nicht ein, warum Betreuungskosten für Kinder bis zu fünf Jahren erst oberhalb von 1.000 Euro berücksichtigt werden sollen. Das würde sich für Alleinerziehende und Geringverdiener negativ auswirken und sieht meiner Meinung nach nicht verfassungsfest aus.

Trotzdem ist dieser Entwurf ein weiterer Schritt in die Richtung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich aber dafür einsetzen, dass für alle Kinder bis 13 Jahre die Betreuungskosten ab dem 1. Euro steuerlich absetzbar sind.

Weiter unterstützt die Bundesregierung die Länder und Kommunen beim Ausbau der Betreuungsangebote. Sie entlastet die Kommunen um 1,5 Milliarden Euro pro Jahr bei der frühkindlichen Betreuung. So soll das Angebot an Kinderbetreuung für unter Dreijährige bedarfsgerecht verbessert werden. Zudem wird der Ausbau von Ganztagschulen bis 2010 fortgeführt. Dafür stellt die Bundesregierung zusätzliche vier Milliarden Euro bereit.

Die verbesserte Förderung von Familien ist eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft des Landes – oder um es anders herum zu sagen: Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft – sozial, wirtschaftlich und kulturell.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.01.2006, 14:55 Uhr - 1313 Clicks - Nr. 31

Kieler Familien können von Frau Volquartz nichts erwarten!

Die familienpolitische Sprecherin Gesa Langfeldt und der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklären zu der Debatte um Kita-Gebühren und die Aussagen von Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU):

"Frau Volquartz schürt eine Erwartungshaltung bei den auf Betreuung angewiesenen Eltern, die sie nicht erfüllen kann", sagt Gesa Langfeldt. "Sie setzt damit eine weitere Falschmeldung zur Familienfreundlichkeit in die Welt. Die Familien haben seit dem Amtsantritt von Frau Volquartz nur Mehrbelastungen zu spüren bekommen: Die Schließungen von Stadtteilbüchereien, die Sporthallegebühren und der Zwang zu vorgeblicher Ehrenamtlichkeit. Sollen Kindergärten künftig auch durch ehrenamtliche Arbeit der Eltern und anderer Engagierter geführt werden?" Die Aussagen der Bundesfamilienministerin sind in der Aufregung der letzten Tage in Vergessenheit geraten. "Die Politiker, die jetzt in Ländern und Gemeinden nörgeln, müssen ihren eigenen Beitrag zur Kinderfreundlichkeit leisten", schrieb von der Leyen (CDU) in der Bild am Sonntag. "Ich fordere Sie auf: Habt Mut zu neuen Prioritäten. Senkt die Kita- Gebühren - oder noch besser: Schafft sie ganz ab." Einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung machte von der Leyen allerdings nicht.

"Zu dieser unseriösen, nur auf die Schlagzeile gierigen Ministerin passt Frau Volquartz sehr gut", so der finanzpolitische Sprecher der SPD Alexander Möller. "Frau Volquartz sollte Druck machen, um für eine stabile Finanzpolitik zugunsten der Städte und Gemeinden zu sorgen. Ihre Aussage führt dazu, dass in Berlin nun gesagt wird: Seht, es geht den Kommunen doch gar nicht so schlecht. Schade, dass Frau Volquartz ihre Kreativität nicht für die Kinder Kiels einsetzt, die in Armut leben."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.01.2006, 14:56 Uhr - 1155 Clicks - Nr. 32

CDU/Grüne machen munter weiter - SPD beantragt aktuelle Stunde

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:

"Trotz der ablehnenden Reaktion der Öffentlichkeit auf die Bekanntgabe der CDU-Fraktion, dass Ratsherr Meyer unabhängig vom Ausgang einer Ausschreibung Dezernent für Finanzen, Kultur und Abfall werden soll, wollen die Grünen anscheinend als Dank für ihre Zustimmung für Ratsherr Pasternak einen Posten als Kulturreferent haben.

Diese "gutsherrenartige" Besetzung wichtiger Stellen bedeutet reine Selbstbedienung und Selbstversorgung der ehrenamtlichen Ratsmitglieder der CDU/Grünen!

Anscheinend gibt es weder bei der CDU noch bei den Grünen in ihren Kreisverbänden irgendjemand, der daran Anstoß nimmt.

Diese 3 Personalentscheidungen durch Schwarz-Grün (Meyer, Dr. Claus, Pasternak) bedeuten einen Bruch in bisherigen Verfahren zur Sicherung der bestmöglichen Fachleute für die Stadt Kiel, deren Dezernate und Gesellschaften.

Wir beantragen eine aktuelle Stunde zur Ratsversammlung am 19.01.2006 zu "Besetzung von Führungspositionen und anderen Positionen bei der Landeshauptstadt Kiel und ihren Gesellschaften"

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.01.2006, 15:40 Uhr - 2205 Clicks - Nr. 33

Kein Verkauf des Kollunder Waldes an einen privaten Investor

In der Sitzung des Finanzausschusses am kommenden Donnerstag steht erneut der Verkauf des Kollunder Waldes auf der Tagesordnung.

Die SPD-Ratsfraktion bekräftigte in ihrer Sitzung am 16.01. ihre Position, dass ein Verkauf an einen privaten Investor für sie weiterhin nicht in Frage kommt.

Außerdem wurde beschlossen, dass das Bemühen des Verschönerungsvereins zur Gründung einer Stiftung, die den Wald erwerben kann, unterstützt wird.

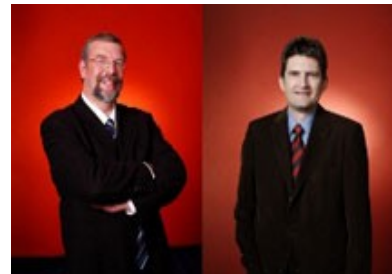
Christian Reimer
Pressesprecher

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 19.01.2006, 12:32 Uhr - 2690 Clicks - Nr. 34

Erfolg der Proteste der Hafendarbeiter

Zur Ablehnung der EU-Hafenrichtlinie im Europäischen Parlament erklären der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Rolf Fischer**, und der hafenspezifische Sprecher, **Thomas Rother**:



Wir begrüßen die Ablehnung der EU-Hafenrichtlinie durch das Europäische Parlament. Die beeindruckenden Proteste der Arbeitnehmer in zahlreichen Häfen Europas und der politische Druck waren somit erfolgreich. Die EU-Kommission wollte mit der Richtlinie mehr Wettbewerb bei den Hafendiensten in den europäischen Seehäfen erreichen. Gegner des Vorhabens befürchteten durch „Port Package II“ eine Bedrohung der Hafeninfrastruktur, Sozialdumping und den Verlust von Arbeitsplätzen.

Falls die EU-Kommission – nach nunmehr zwei Misserfolgen – eine neue Regelung anstrebt, muss sie die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Häfen berücksichtigen. Es kann nicht sein, dass diese einem gnadenlosen Wettbewerbs geopfert werden.

Als Initiatoren des im Dezember 2005 vom Schleswig-Holsteinischen Landtag verabschiedeten Antrags an die Landesregierung, sich gegenüber der Bundesregierung und in EU-Gremien für eine Ablehnung der EU-Vorlage einzusetzen, freuen wir uns auch persönlich darüber, einen kleinen Teil zu diesem Erfolg beigetragen zu haben.

Kommentar von [Alexander Kanevski](#) vom 22.01.2006, 14:24 Uhr:

RE:Erfolg der Proteste der Hafendarbeiter

An dem Protesten sieht man, dass die Gewerkschaften und Arbeiter nicht ohnmächtig sind. Und es ist nur anständig und zu begrüßen, wenn die Politiker sich hinter ihnen stellen.. Die Richtlinie der EU ist in diesem Fall völlig weltfremd und gefährdet Arbeitsplätze.

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 19.01.2006, 19:46 Uhr - 2510 Clicks - Nr. 35

Grundsatzentscheidung für Lichtskulptur auf dem Koberg überfällig

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Frank Thomas Gaulin erklärt:

„Die SPD unterstützt die Idee der Possehl - Stiftung, den Koberg durch eine Lichtinstallation von Peter Turpin zu ergänzen und städtebaulich aufzuwerten.

Deutlich wurde in der gestrigen gemeinsamen Sitzung des Bau- und des Kulturausschusses dabei das Konzept des Künstlers, wie der Wunsch der Possehl – Stiftung, den Koberg eine höhere Annahme des Platzes in der Bevölkerung zu erreichen, mit Leben erfüllt wird.

Mit seinem Vertagungsantrag hat der baupolitische Sprecher der CDU Christoph Lötsch die intensiv diskutierte Grundsatzentscheidung der Stadt über eine Neugestaltung des Koberg unnötig weiter hinaus gezögert.

Unklar bleibt die Motivation der Mehrheitsfraktion. Handelt es sich dabei mehr um Klientelpolitik für ein Riesenrad auf dem Weihnachtsmarkt oder kann sie sich immer noch nicht von der Idee, dort Parkplätze einzurichten, endgültig verabschieden.

Peinlicher noch:

Die Bedenken sind ausgeräumt. Lichtinstallation und die zeitweise Nutzung des Platzes für Weihnachtsmarkt, Weinfest und andere Aktivitäten schließen sich nicht aus.

Das Ergebnis des Wettbewerbs und die Empfehlung der Jury für die Installation von Turpin stammt immerhin vom 5. April 2005. Die CDU hatte viele Monate Zeit das für und wider zu diskutieren und die überfällige Weichenstellung vorzubereiten.

Die zögerliche Hängepartie der Mehrheitsfraktion wirkt sich langfristig negativ auf Lübeck als Kulturstadt aus. Private Stifter wie die Possehl - Stiftung drohen, nachhaltig abgeschreckt und vergraut zu werden.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 19.01.2006, 19:47 Uhr - 3125 Clicks - Nr. 36

„Grünen Pfeil“ abbauen - Schulwegsicherung geht vor

Das Moislinger Bürgerschaftsmitglied Lienhard Böhning (SPD) fordert Konsequenzen aus den Ergebnissen der Verkehrskontrollen der Polizei an der Kreuzung August-Bebel-Straße / Andersenring zu ziehen.

Deutlich wurde dabei, dass sich rund 70 % der Autofahrer verkehrswidrig verhalten und nach rechts einbiegen, ohne vorher anzuhalten und nur dann weiter zu fahren, wenn eine Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist.

„Die SPD nimmt die in Gespräche mit Eltervertretern und Schulleitern deutlich angesprochenen Klagen über einen unsicheren Schulweg und der deutlich zu tragenden Gefährdung der Kinder sehr ernst.

Der Abbau des dort versuchsweise angebrachten „Grünen Pfeil ist längst überfällig. Seit Einrichtung des „Grünen Pfeils“ ist es an der Kreuzung immer wieder zu gefährlichen Situationen und zu Beinahe-Zusammenstößen mit Schulkindern gekommen.

„Der von der CDU ohne exakte Ortskenntnis und ohne ausreichende Diskussion über das Für und Wider durchgesetzte Verkehrsversuch mit dem Grünen Pfeil ist gescheitert. Die SPD fordert nachdrücklich, den Grünen Pfeil abzubauen und endlich einzumotten, bevor Schulkinder oder andere Fußgänger zu Schaden kommen“, so Böhning abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 19.01.2006, 19:49 Uhr - 3052 Clicks - Nr. 37

Erfolgreiche Bilanz der Ice-World - Die SPD unterstützt Mut zu neuen Ideen

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„ Es ist eine erfreuliche Nachricht, dass der neue private Veranstalter der Ice-World eine erfolgreiche Bilanz ziehen konnte und die negativen Vorhersagen der Miesepeter sich nicht erfüllt haben.

Schwierigkeiten wie die Konkurrenz der Eisskulpturenschau in Hamburg oder der neue Standort vor den Media Docks sind durch den neuen privaten Betreiber erfolgreich gemeistert worden.

Auswärtige Veranstalter, die neue Ideen haben, etwas anpacken und neue Wege gehen wollen, können zu recht erwarten, dass die Verwaltung sie unterstützt und mögliche Hindernisse aus dem Weg räumt.

Wer positive Signale für eine Neuauflage der Ice-World aussendet und zudem großes Interesse an weiteren Veranstaltungen in unserer Stadt zeigt, muss sich darauf verlassen können, dass die gesamte Verwaltung seine Pläne unvoreingenommen begleitet.

Seine Motivation darf nicht schon im Vorwege durch vorherige öffentliche Festlegungen und einem Nein zu einem möglichen finanziellen Beitrag der Stadt Schaden nehmen.

Wenig hilfreich sind dabei auch die negativen Aussagen der Verwaltung, die noch vor Ende der Ausstellung darauf verweist, die ausgestellten Skulpturen könnten auch in Hamburg oder Oberhausen besichtigt werden. Solche Aussagen schrecken private Veranstalter von einer Entscheidung für Lübeck als Standort für neue Ideen ab.

Gleiches gilt für die Diskussion über den zukünftigen Stellenwert von Großveranstaltungen in der Tourismus-Werbung der Stadt. Die öffentliche Kritik an zu viel Werbung für in Lübeck und Travemünde durchgeführte Events und an einer unzureichenden Vermarktung der Kulturstadt Lübeck ist nicht hilfreich.“

Keine Kommentare

Enge Zusammenarbeit von Hamburg und Schleswig-Holstein in der Europapolitik

Das Thema „Zukunft Meer“ stand im Mittelpunkt der zweiten gemeinsamen Sitzung der Arbeitskreise Europa der SPD- Fraktionen aus der Hamburger Bürgerschaft und des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 19. Januar 2006 im Lübecker Rathaus. Auf Initiative Schleswig-Holsteins wird EU- Kommissar Borg im September das „Grünbuch“ der EU zur Meerspolitik in Kiel vorstellen. Europaminister Döring hatte zuvor im Ausschuss der Regionen der EU einen Bericht vorgelegt.



Als einen wichtigen Teil der integrativen Meeresspolitik bezeichneten die europapolitischen Sprecher der SPD- Fraktionen **Günter Frank** (Hamburg) und **Rolf Fischer** (Schleswig-Holstein) die Kooperation der Häfen Hamburg und Lübeck. Dies gelte besonders für den Seeverkehr auf der Ostsee, der große steigende Tendenzen aufweist. Die Verbindung werde sich nach der Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Travemünde und der Fertigstellung der Kanalverbindung wesentlich verbessern.

Eine Zusammenarbeit könne auch im wissenschaftlichen Bereich erfolgen. Hier nannten die Abgeordneten besonders das Leibnitz-Institut in Kiel (Geomar) zur Erforschung der Meere. Für die gemeinsame Region sei der Hafen Hamburg nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber sondern auch ein Wachstumsmotor, der weit über die Grenzen Hamburgs hinaus ausstrahle. Die SPD- Politiker begrüßten die Entscheidung des Europäischen Parlaments die Hafenwirtschaftsrichtlinie der EU-Kommission abzulehnen. Dadurch würden nicht nur Arbeitsplätze gesichert sondern auch Lohndumping vermieden. Die gewachsenen Strukturen der Hafenwirtschaft in den schleswig-holsteinischen Häfen und in Hamburg, die sich bewährt hätten, blieben bestehen.

Einig waren sich die SPD- Europapolitiker, dass die Parlamente der Bundesländer stärker in die Entscheidungsprozesse der Europapolitik eingebunden werden müssten. Dazu diene ein so genanntes Frühwarnsystem in Verbindung mit einem Parlamentsinformationsgesetz, das in der Februarsitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages eingebracht werden soll. Dies sichere dem Parlament eine frühzeitige Information über EU- Rechtssetzungsvorhaben und andere politische Initiativen in Brüssel und damit auch eine Möglichkeit der Mitberatung in allen Bereichen der Europapolitik. Die Parlamente dürften nicht nur Gesetze „abnicken“, die die Regierungen vorher im Bundesrat beschlossen hätten. Eine Europakammer des Landesparlaments mit eigener Beschlussfassungskompetenz soll im Rahmen des EU- Frühwarnsystem Stellungnahmen abgeben können, wenn das Landesparlament aus zeitlicher Sicht dazu nicht in der Lage ist. Ähnliche Einrichtungen sind für den Bundesrat und den Bundestag vorgesehen.

Die SPD- Abgeordneten forderten in Lübeck die CDU in der Hamburger Bürgerschaft auf, sich solchen Initiativen nicht mehr zu verschließen. Die Stärkung der Kontrollrechte und die Mitbeteiligungs- und Mitbestimmungsrechte des Parlamentes müssen im Vordergrund stehen. Das gelte auch für den Bundesrat, in dem die Länderparlamente kaum eine Rolle spielten. Föderalismus müsse wieder gestaltend wirksam sein und nicht nur begleitend. Einig waren sich die SPD- Europapolitiker auch über eine weitere und stärkere Zusammenarbeit der Europaausschüsse beider Parlamente. Eine erste gemeinsame Sitzung habe im Dezember stattgefunden.

Die Delegationen aus Hamburg und Schleswig-Holstein sprechen sich für weitere regelmäßige Treffen der Europaausschüsse aus, um die Europapolitik beider Länder zu koordinieren und gemeinsame

Initiativen anzuschließen. Die Länderparlamente müssen die Europapolitik der Landesregierungen stärker als bisher mitgestalten. Die fortschreitende enge Zusammenarbeit der Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein und die gemeinsame Interessenvertretung Norddeutschlands in Europa erfordern nach Ansicht der SPD-Europapolitiker auch eine enge Zusammenarbeit beider Parlamentsausschüsse. Die Europapolitiker sprachen sich darüber hinaus für die Bildung eines gemeinsamen Europaausschusses beider Länder aus, dessen Zusammensetzung, Kompetenz und Kontrollrechte zu klären seien. Über das Treffen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein hinaus wolle man die Zusammenarbeit der SPD-Europapolitiker aus ganz Norddeutschland fortsetzen. Seit vier Jahren treffe sich regelmäßig das NordForum, um gemeinsame Initiativen auf den Weg zu bringen und sich zu informieren.

Auf der nächsten Sitzung werden Hamburg und Schleswig-Holstein über eine mögliche Kooperation bei den Partnerschaften der Parlamente und über einen Probelauf des Ausschusses der Regionen (AdR) der EU zum Frühwarnsystem im Schleswig-Holsteinischen Landtag beraten.

Die norddeutschen Europapolitiker fordern alle norddeutschen Länder auf, sich an möglichen Kooperationen zu beteiligen und die Interessen Norddeutschlands gemeinsam zu vertreten. In der erweiterten EU ist die einheitliche Stimme Norddeutschlands von großer Bedeutung, zumal ein Europa der Regionen immer mehr Bedeutung erlangt, so die Delegationsmitglieder in ihrem Beschluss.

Gemeinsame Erklärung der Arbeitskreise Europa der SPD- Bürgerschaftsfraktion Hamburg und der SPD- Landtagsfraktion Schleswig Holsten.

Die Europäische Verfassung muss wieder auf die Tagesordnung

Nach dem Nein der Franzosen und Niederländer zur EU-Verfassung sind die EU- Mitgliedsstaaten in eine Phase des Nachdenkens eingetreten, wie es mit der Verfassung weiter gehen soll. Dabei wird auch überlegt, den Grundrechtekanon als eigentliche Verfassung von den vorhandenen Verträgen zu trennen, um so ein kurzes und übersichtliches Werk zu schaffen und einen Neuanfang zu versuchen.

Die beiden Arbeitskreise kamen überein, dass

- die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hervorragend geeignet sei, um das Thema Verfassung auf nationaler und europäischer Ebene wieder aufzugreifen.
- dazu im Vorfeld während des laufenden Jahres 2006 eine groß angelegte öffentliche Kampagne zum Inhalt der Verfassung auf den Weg gebracht werden muss.
- die SPD- Europapolitiker aus Hamburg und Schleswig-Holstein und darüber hinaus in Norddeutschland (NordForum: eine Gremium der norddeutschen SPD- Europapolitiker, das sich regelmäßig zwei mal im Jahr zu Beratungen trifft) gemeinsame Veranstaltungen durchführen und in den Landesparlamenten initiativ werden,
- besonders in den Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen das Thema Verfassung eingehend behandelt werden muss,
- zusammen mit der EUROPA-UNION und anderen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) Informationskampagnen durchgeführt werden sollen,
- eine Initiative im Ausschuss der Regionen zur Verfassung zu einer Stellungnahme der Regionen und Kommunen in Europa führen soll, um das Bewusstsein für die Grundrechte und Grundwerte Europas in diesem Gremium zu schärfen,
- in den Landtagsfraktionen das Thema Europa und Verfassung aufgegriffen werden muss und
- die Europapolitiker in den Ortsvereinen sowie in regionalen oder kommunalen Foren über das Thema berichten und diskutieren.

Dieser Aktionsplan stellt eine hohe Anforderung an alle Akteure dar. Die SPD- Europapolitiker wollen alle Abgeordneten und Funktionsträger in die Diskussion einbinden und deutlich machen, dass Europapolitik alle Politikbereiche umfasst und alle Bürgerinnen und Bürger davon betroffen sind. Landespolitik ist auch Europapolitik. Sie ist damit eine originäre Aufgabe der Landesparlamente und darf nicht allein den Regierungen überlassen bleiben.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 21.01.2006, 16:04 Uhr - 10850 Clicks - Nr. 39

Eine Feier wie ein kleiner Parteitag

Der ehemalige langjährige Vorsitzende der SPD-Steinburg, Klaus Albrecht, konnte am 21. Januar zahlreiche Gäste im Oelixdorfer Gasthof "Unter den Linden" zur Feier seines runden Geburtstags begrüßen.

Aktive und ehemalige Abgeordnete im Landtag und im Bundestag, viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus dem Kreis Steinburg, aber auch Oelixdorfer Gemeinderäte und Mitglieder der Amtsverwaltung Breitenburg, sowie zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem Betrieb und den Gremien des DGB im Kreis und der Region Untere Elbe blickten in geselliger Runde zusammen mit Klaus Albrecht, seiner Familie und Freunden, in viele gemeinsame Jahre zurück und entwickelten zugleich Ideen für die Zukunft. Der SPD-Kreisverband gratuliert an dieser Stelle ebenfalls herzlich, dankt für sein unermüdliches soziales und politisches Engagement in den letzten Jahrzehnten und wünscht Klaus Albrecht vor allem Gesundheit und weitere aktive Jahre für die Menschen unserer Region.

Kommentar von [Ecki](#) vom 21.01.2006, 21:05 Uhr:

RE: Eine Feier wie ein kleiner Parteitag

Hallo Klaus, ich musste die Seite mit der andere ihren Tag beginnen doch auch mal sehen und grüsse Dich auf diesem Weg noch einmal. Es waren schöne Stunden auf Deiner Geburtstagsfeier. Und denk an das Musikstück mit Klaus Schröder (Stichwort norddeutsche Ausgabe des Buena Vista Social Club)

Kommentar von [Jürgen Klein](#) vom 21.01.2006, 19:17 Uhr:

RE: Eine Feier wie ein kleiner Parteitag

Herzlichen Glückwunsch, lieber Klaus auch vom OV- Hohenlockstedt. Liebe Grüße i.A. und von Herzen Jürgen



[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 22.01.2006, 11:26 Uhr - 2556 Clicks - Nr. 40

SPD-Engelsby: Schottwegtunnel behindertengerecht

Ein besorgter Hinweis auf die noch im Bau befindliche Unterführung der Nordstraße erreichte uns von einer Mitbürgerin aus der Engelsbyer Straße. Ihrer Meinung nach werden die Rampen auf der nördlichen und südlichen Seite des Tunnels zu steil angelegt, so dass diese für Rollstuhlfahrer und Gehwagenbenutzer ungeeignet sind.

Wir sind sofort mit dem zuständigen Fachbereich in Verbindung getreten damit, wenn der Hinweis sich bewahrheitet, noch bauliche Veränderungen vorgenommen werden können. Darüber hinaus haben wir die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen über den Sachverhalt informiert.

Klarheit verschaffte dann die sofortige Antwort aus dem Rathaus. Aus dem Schreiben wurde



ersichtlich, dass die gesetzlichen Vorgaben der Rampenkonstruktionen (6%) eingehalten werden. Die Nordrampe zum Schottweg erhält eine Neigung von 3,1% und die Südrampe zur Engelsbyer Str. von 5,8%.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 23.01.2006, 12:08 Uhr - 2164 Clicks - Nr. 41

Diskussion zum Ehrenamt

Die stellvertretende Stadtpräsidentin Barbara Philipson (SPD) wird am Mittwoch, 1. Februar 2006, 19.30 Uhr, für die Stadt an der Diskussion "Die Bedeutung des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft" teilnehmen.

Der SPD-Kreisverband Flensburg wird in dieser Diskussionsveranstaltung vertreten durch seinen Pressesprecher Petrick Mielke.

Die Veranstaltung findet im Vorfeld der Ehrenamtsmesse am 12. Februar 2006 im Fliednersaal der Diako statt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.01.2006, 12:20 Uhr - 1342 Clicks - Nr. 42

Das Protonentherapiezentrum muss in Kiel ermöglicht werden

Pastor-Husfeldt-Park geeigneter Standort

Der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Achim Heinrichs erklärt:

„Das Protonentherapiezentrum muss in Kiel ermöglicht werden. Es ist eine bedeutende Investition für den Wissenschaftsstandort Kiel. Als Standort eignet sich der Pastor-Husfeldt-Park.

Nach der gestrigen Diskussion in der Ratsversammlung hat die SPD-Fraktion den Eindruck gewonnen, dass in der Verwaltungsspitze die Entscheidung über den Standort bereits gefallen ist.

Frau Volquartz setzt sich vehement für den Schlossgarten ein und macht damit die im Jahr 2005 beschlossene Umgestaltung dieses Bereiches zunichte. CDU und GRÜNE griffen mit keinem Wort in die Diskussion ein, sondern schwiegen sich vielsagend aus. Dabei sind für den erfolgreichen und zügigen Bau des Protonentherapiezentrums, die öffentliche Begleitung des Planungsprozesses, ein attraktiver Standort und nicht anfechtbares Baurecht entscheidende Voraussetzungen.

Frau Volquartz und ihr Erfüllungsgehilfe Bürgermeister Todeskino sind nach eigenem Bekunden seit dem 2. Januar 2006 über die Pläne des Universitätsklinikums für das Protonentherapiezentrum informiert. Erst auf Nachfrage der SPD waren sie in der Ratsversammlung bereit, sich dazu zu äußern. Obwohl Frau Volquartz noch am gleichen Tag eine umfangreiche Pressemitteilung abgeben konnte, hatte sie nicht die Zeit gefunden, von sich aus der Ratsversammlung zu berichten, geschweige denn vorher die Fraktionen umfassend über das Projekt und die Standortfrage zu unterrichten.

Dies soll jetzt erst mit dem Versand einer Beschlussvorlage für den Bauausschuss am 2. Februar 2006 erfolgen.

Es ist schon skandalös, wie sich die Oberbürgermeisterin über die Beschlüsse und Rechte der Ratsversammlung hinweg setzt und nach Gutsherrenart über die Landvergabe entscheidet. Wir erwarten, dass Frau Volquartz auch angesichts der Kritik aus Fachkreisen ihre Standortentscheidung überdenkt und dem Bauausschuss den Vorschlag Pastor-Husfeldt-Park unterbreiten wird. Sollte dieser

Standort nicht in Betracht kommen, sind andere Alternativen, wie z.B. das Hörngelände, in Erwägung zu ziehen“.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 24.01.2006, 01:09 Uhr - 3699 Clicks - Nr. 43

Rathausarkaden – Zügig umgestalten

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt und ihr baupolitischer Sprecher Sven Schindler erklären:

„Die SPD setzt sich seit langem für eine grundlegende bauliche Aufwertung der Rathausarkaden durch ein gläsernes Cafe, das die Sichtbeziehung zwischen der Breitenstraße und dem Kohlmarkt und der übrigen Marktbebauung erhält, ein.

Bei der Suche nach einem späteren Betreiber legen wir besonderen Wert auf ein sauberes Verfahren. Wir haben deshalb die Verwaltung aufgefordert, Vorschläge zu machen, wie ein transparentes Verfahren gewährleistet werden kann und gleichzeitig keine unnötigen Verzögerungen eintreten“, so Schindler.

„Ärgerlich ist, dass die CDU sich in der letzten Sitzung des Bauausschusses wie in vielen anderen Fragen zuvor wiederum vor einer überfälligen Entscheidung drückt und mit ihrer Mehrheit eine Vertagung durchgesetzt hat.

„Mit Blick auf den gelungenen Umbau des Kanzleigebäudes und die erfolgreiche Abwicklung der Vermietung und die fehlenden städtischen Haushaltsmittel sehen wir in der KWL den geeigneten Partner, um den Umbau und die anschließende Vermietung zügig abzuwickeln“, so Reinhardt.

Keine Kommentare

[Lothar Hay, Mdl](#) - veröffentlicht am 24.01.2006, 08:43 Uhr - 3690 Clicks - Nr. 44

Neu: Offener Besucherabend im Landeshaus - Ein Blick hinter die Kulissen

Kiel (SHL) – Was bislang nur mit Voranmeldung möglich war und im vergangenen Jahr von etwa 10.000 Gästen genutzt wurde, geht seit Januar 2006 auch ohne Terminabsprache:

Der Landtag lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger ein, an jedem letzten Montag im Monat, jeweils um 18:00 Uhr, hinter die Kulissen des Landeshauses zu schauen.

Während der rund einstündigen Führung erhalten die Gäste Gelegenheit, den Plenarsaal und weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes kennen zu lernen.

Der Besucherdienst informiert sie dabei über das Haus und die Arbeit des Landesparlamentes.

Dieses neue Angebot des Besucherdienstes richtet sich an Interessierte, die nicht die Möglichkeit haben, das Haus im Rahmen eines der traditionellen Besucherprogramme für Gruppen – wie Schulklassen, Vereine und Verbände – zu besuchen.

Treffpunkt ist der Haupteingang des Landeshauses, Düsternbrooker Weg 70.

Lageskizze: www.sh-landtag.de/oeffentlichkeit/lageplan.html

Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich, lediglich der Personalausweis muss mitgebracht werden.

Die Termine für 2006 sind jeweils Montag um 18:00 Uhr:

30. Januar,

27. Februar,

27. März,

24. April,

29. Mai,

26. Juni,

28. August,

25. September,

30. Oktober,

27. November

(wegen Parlamentsferien nicht im Juli und Dezember).

Keine Kommentare

[AfA Stormarn](#) - veröffentlicht am 24.01.2006, 15:43 Uhr - 1768 Clicks - Nr. 45

AfA Vorstand für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt

Die Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD hat am 23. Januar 2006 auf ihrer Arbeitnehmerkonferenz, den AfA Kreisvorsitzenden Nils Bolwig (31), Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Bergedorf sowie den stellvertretenden AfA Kreisvorsitzenden Uwe Teut (50), Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt.

„Wir haben uns als Ziel gesetzt, noch näher mit den Menschen in Stormarn die Politik in der Region zu gestalten“, so der AfA Kreisvorsitzende Bolwig. Hierzu wird die AfA die wesentlichen, großen Politikfelder der Bundes- und Europapolitik „übersetzen“ und die Auswirkungen für die Menschen hier vor Ort darstellen. In spannenden Themenkonferenzen wie zum Beispiel zur Gewerbeansiedlungspolitik in Stormarn soll die Aufgabe der ehrenamtlichen Wirtschaftspolitik herausgearbeitet werden, damit neue Arbeitsplätze auch hier vor Ort entstehen können.

„Die Teilnehmer der Arbeitnehmerkonferenz machten in Diskussionsbeiträgen deutlich, dass die Eingriffe in die Arbeitswelt und die direkten Folgen für jeden Einzelnen in der SPD klar herausgearbeitet werden müssen“, so der stellvertretende AfA Kreisvorsitzende Uwe Teut. „Wir wollen uns dieser Aufgabe stellen und vor Ort im Kreisverband der SPD damit beginnen!“ so Teut abschließend.

Der Stormarner Arbeitnehmerflügel der SPD (AfA) setzt sich zusammen aus engagierten Kollegen, aus den Betrieben, aus den Verwaltungen und von den DGB-Gewerkschaften. Die AfA möchte die Anliegen der Arbeitnehmer in der SPD zum Thema machen. Jede und jeder interessierten Bürger ist hierzu herzlich eingeladen, in der AfA mit zu arbeiten. Die nächste Sitzung findet statt, am Montag, den 20. Februar 2006, um 18:30 Uhr, im SPD Kreisbüro Bad Oldesloe, in der Kurparkallee 2.

Keine Kommentare

Kiel darf nicht von der Landkarte verschwinden!

Möller zum Kabinettschluss:

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu dem Beschluss der schleswig-holsteinischen Landesregierung, einen möglichen Ausbau des Flughafens Kiel - Holtenau nicht weiter zu betreiben:

"Die Folgen der Entscheidung der Landesregierung für Kiel müssen schnell geprüft werden. Wir müssen diskutieren und entscheiden, wie es in Holtenau weiter gehen soll. Das gilt für den Flughafen mit seinen Beschäftigten. Das gilt auch für die Unternehmen vor Ort.

Die SPD-Fraktion fordert Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) auf in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 1. Februar ihre Pläne für die Zukunft Holtenaus zu präsentieren.

Die Ausbaueegner haben gewonnen. Jetzt dürfen Kiel und die Region nicht verlieren. Eine gute Verkehrsinfrastruktur beinhaltet die Erreichbarkeit mit dem Flugzeug. Kiel darf nicht von der Landkarte verschwinden."

Keine Kommentare

AfA weist Angriffe von Stefan Dräger auf Tarifautonomie zurück

Der Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) Peter Reinhardt erklärt:

„Die gestrigen Angriffe des Vorstandsvorsitzenden der Dräger AG Stefan Dräger auf Tarifautonomie und Flächentarif gefährden den inneren Zusammenhalt unseres Landes.

Stefan Dräger reiht sich mit seinen haltlosen Vorwürfen an die Adresse der IG Metall nahtlos in eine lange Liste von konservativen Politikern ein, die eine politische Wende zurück in die 50iger Jahre anstreben und die Gewerkschaften als Vertreter der arbeitenden Menschen entscheidend schwächen wollen und damit die Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft und den inneren Frieden erschüttern.

Die Attacke ist umso unverständlicher als IG Metall und die Betriebsräte in den vergangenen Monaten zur Sicherung des Standortes zu großen finanziellen Opfern bereit waren.

Die IG Metall und die betroffenen Betriebsräte haben mit der gefundenen betrieblichen Vereinbarung beispielhaft den Beweis erbracht, dass die bestehenden Tarifverträge den Tarifparteien genügenden Spielraum für intelligente Arbeitszeitmodelle und für betriebsbezogene Lösungen geben.

Herr im Haus Mentalität ist ein schlechter Ratgeber! “.

Keine Kommentare

Lothar Hay: Reform ja, Wettbewerbsföderalismus nein

Bei der Forderung, gleiche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu schaffen, „habe ich allerdings noch Probleme mit der Föderalismusreform“, führt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in seinem Redebeitrag aus. Für Schleswig-Holstein gelte dies insbesondere für die Beibehaltung eines einheitlichen Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts.

Denn insbesondere hier bestehe die Gefahr, dass die „reichen“ Länder eigene Standards entwickeln, um sich von anderen Ländern abzugrenzen und sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Situation einen Wettbewerbsvorteil verschaffen zu können. „Dann haben die nicht so finanzstarken Länder von vornherein keine Chance, weil der Start zum Wettbewerb aus einer völlig ungleichen Konkurrenzsituation erfolgt“, so Hay. Wenn man jedoch die Forderung nach gleichen Lebensverhältnissen aufbehalte, dann lege man die Axt an die Grundfesten unserer föderalen Struktur, mahnt er.

Er spricht sich auch gegen die Verlagerung des Strafvollzugs auf Länderebene aus.

„Da es auf europäischer Ebene gerade Bemühungen um eine Vereinheitlichung im Strafvollzug gibt, wäre es geradezu widersinnig, innerhalb Deutschlands jetzt die vorhandene Einheitlichkeit aufzugeben.“ Ähnliche Probleme würde die Übertragung der Zuständigkeit für das Heimrecht auf die Länder haben. Und die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau würde für Schleswig-Holstein mehr Probleme schaffen als lösen, führt Lothar Hay aus. Die Länder müssten mehr eigenständige Gestaltungsbereiche erhalten – aber eben „da, wo es sinnvoll ist“.

Die Rede im Wortlaut:

In der Bewertung der Föderalismusreform und ihren Auswirkungen auf Schleswig-Holstein sind wir ganz offensichtlich sehr nah beieinander. So heißt es in der Januar/ Februar-Ausgabe des DBB-Magazins des Deutschen Beamtenbundes: „Carstensen: Föderalismusreform noch verbesserungsfähig. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen sieht vor einer abschließenden Entscheidung zur Föderalismusreform noch Klärungsbedarf. Über jede einzelne auf Bundesebene vorgeschlagene Grundgesetzänderung solle erst im Bundesratsverfahren nach sorgfältiger Einzelprüfung und Abwägung, insbesondere hinsichtlich möglicher negativer Auswirkungen auf alle oder einzelne Länder entschieden werden, sagt Carstensen dem DBB-Magazin. ‚Für Schleswig-Holstein gilt dies insbesondere für die Beibehaltung eines einheitlichen Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts‘, fügte der CDU-Politiker hinzu.“

Dies ist exakt die Meinung der SPD-Landtagsfraktion!

Diese richtige Positionsbestimmung ist das eine, die Möglichkeit der Durchsetzung in Berlin das andere. Die Landtags- und auch die Bundestagsabgeordneten sind gewählt, um die Interessen ihres Landes zu vertreten. Bei den Bundestagsabgeordneten, auch der SPD, steht dieses Ziel im wahrsten Sinne des Wortes ganz vorn. Und das heißt, bei der Föderalismusreform vertreten die Bundestagsabgeordneten aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und auch Nordrhein-Westfalen zunächst einmal die Interessen ihrer Länder und dann die der Bundesrepublik in ihrer Gesamtheit.

Und die Interessen der bisherigen Geberländer im Länderfinanzausgleich sind über die Parteigrenzen hinweg gleich. Sie wollen a) weniger zahlen und b) im Rahmen der Föderalismusreform neben vielen Punkten, in denen wir übereinstimmen, Wettbewerbsvorteile für ihr Land. Ich kann das aus der Interessenlage der reicheren Länder heraus nachvollziehen. Bei der Zielsetzung der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet habe ich allerdings noch Probleme mit der Föderalismusreform.

In der Diskussion über die Neuordnung des föderativen Systems fordern die so genannten reichen Länder einen Wettbewerbsföderalismus. Sie sind zwar auch der Auffassung, dass die Länder mehr Kompetenzen erhalten sollten und die Finanzkraft der Länder durch eigene Steuern gestärkt werden muss, sie wollen aber in ihren Ländern eigene Standards entwickeln, um sich von anderen Ländern abzugrenzen und sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Situation einen Wettbewerbsvorteil verschaffen zu können.

Bei dieser Form von Wettbewerbsföderalismus, wie er angedacht ist, haben die nicht so finanzstarken Länder von vornherein keine Chance, weil der Start zum Wettbewerb aus einer völlig ungleichen Konkurrenzsituation erfolgt. Hier von Wettbewerb zu reden, das ist in etwa so, als würde man beim Start zum 100 m-Lauf einem Teilnehmer einen Rucksack mit 10 Kilo Gewicht aufschnallen.

Wir sind uns bewusst, dass - wenn überhaupt - Änderungen nur in ein oder zwei Punkten möglich sein werden. Die Frage der Beamtenbesoldung steht für uns ganz vorne. Bereits in der vorigen Legislaturperiode haben wir mehrere Debatten zum Thema Föderalismusreform geführt und im November 2004 eine Entschließung in Anlehnung an die Münchner Erklärung der Landtagspräsidenten verabschiedet. Bereits in dieser Erklärung hatten wir auf die Festlegung der Beamtenbesoldung als Ländersache bewusst verzichtet. Das war richtig und bleibt auch heute richtig.

Ich erlaube mir, die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen aus den heutigen Geberländern in diesem Zusammenhang noch einmal dezent daran zu erinnern, dass beispielsweise Baden-Württemberg noch 1988 982 Mio. € aus dem Länderfinanzausgleich erhalten hat, Bayern 1994 noch 342 Mio. € und Hessen noch 1992 942 Mio. €. Bei Nordrhein- Westfalen liegen die letzten spürbaren Zahlungen als Nehmerland in der Mitte der 70er Jahre.

Das heißt doch, die heutigen großen Geberländer haben über Jahrzehnte von den Regelungen mit dem Ziel, gleiche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu schaffen, durchaus erhebliche Vorteile gezogen. Und nachdem dann die östlichen Bundesländer ab 1995 in den Finanzausgleich einbezogen wurden, wurde die Sache für die Geberländer richtig teuer. Wenn wir die Forderung nach gleichen Lebensverhältnissen aufgeben, dann legen wir die Axt an die Grundfesten unserer föderalen Struktur. Ein weiterer Punkt, der uns in die Kleinstaaterei zurückführen würde, ist die Übertragung des Strafvollzugs auf die Länder. Es gibt keine fachlichen Gründe, die für eine Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder sprechen. Da es auf europäischer Ebene gerade Bemühungen um eine Vereinheitlichung im Strafvollzug gibt, wäre es geradezu widersinnig, innerhalb Deutschlands jetzt die vorhandene Einheitlichkeit aufzugeben. Die Übertragung der Zuständigkeit für das Heimrecht auf die Länder birgt ähnliche Schwierigkeiten wie beim Strafvollzug. Nachdem es seit 1972 intensive Bemühungen der Länder um eine bundeseinheitliche Regelung der Heime gegeben hat, ist 2002 mit Zustimmung der Länder ein grundlegend novelliertes Heimrecht in Kraft getreten. Dabei ging es um eine Verbesserung der Rechtsstellung der Heimbewohner, Verbesserung der Eingriffsmöglichkeiten der Heimaufsicht und weitere grundsätzliche Regelungen. Bei unterschiedlichen Standards in den Ländern besteht die Gefahr eines „Sozialdumpings“, das wir nicht wollen.

Auch die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wird für das Land Schleswig-Holstein mehr Probleme schaffen als lösen. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Dezember heißt es: „Die Bundesregierung erwartet, dass die Länder die ihnen nach der angestrebten Föderalismusreform zustehenden Kompensationsbeträge des Bundes entsprechend ergänzen.“ Und genau darin kann unser Problem liegen. Auf die Schwierigkeiten, die sich für unsere Blaue-Liste-Institute ergeben können, will ich hier nicht eingehen. Die Zeit reicht nicht, um auf weitere Punkte wie Umweltgesetzgebung, Presserecht und Europa-Fragen einzugehen. Die Neuordnung des Föderalismus ist ohne Zweifel eine vordringliche Aufgabe. Es ist gut, dass sie jetzt von der Großen Koalition in Berlin angepackt wird. Gerade die Rolle des Bundesrates ist immer problematischer geworden. Wir brauchen hier Reformen. „Ein verkrustetes System des

koordinierenden Föderalismus hemmt Innovationen auf fast allen Gebieten. Der ursprüngliche Gestaltungsföderalismus ist längst zu einem bloßen Beteiligungsföderalismus geworden.“ (Kayenburg 2004)

Und genau hier müssen wir ansetzen. Wenn also der Bundestag zukünftig deutlich mehr Gesetze ohne Zustimmung des Bundesrates beschließen können soll, dann müssen die Länder - und hier auch die Landesparlamente – mehr eigenständige Gestaltungsbereiche erhalten. Aber eben da, wo es sinnvoll ist. Eine sinnvolle Entscheidung kann jedoch nur gelingen, wenn die europäische Entwicklung in die Überlegungen mit einbezogen wird. Wir Sozialdemokraten werden die Föderalismusreform unterstützen. Allerdings kommt es uns schon darauf an, Änderungen an einigen Punkten - wie Beamtenrecht und Strafvollzug - vorzunehmen. Wir rechnen hier fest mit der Unterstützung unseres Koalitionspartners.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 25.01.2006, 11:44 Uhr - 2731 Clicks - Nr. 49

Chancen für Holtenau weiter nutzen

Zum Beschluss des Landeskabinetts die Ausbauplanungen für den Flughafen Kiel-Holtenau zu beenden, erklären der wirtschaftspolitische Sprecher Bernd Schröder und der Kieler Landtagsabgeordnete Rolf Fischer:



Die Entscheidung der Landesregierung ist die Umsetzung der Ergebnisse des vorliegenden Luftverkehrsgutachtens.

Bernd Schröder:

„Ich halte meinen mehrfach geäußerten Vorwurf aufrecht, dass Frau Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz es in den vergangenen Jahren versäumt hat, die Zukunftsfähigkeit des Flughafen Holtenau zu erreichen. Mit Rücksicht auf ihren „grünen“ Koalitionspartner hat sie darauf verzichtet, die wirtschaftlichen Weichenstellungen für Kiel und die KERN-Region rechtzeitig auf den Weg zu bringen. Wer wartet, bis die Fluglinien eingestellt werden, kann sich über das Ergebnis des Gutachtens nicht wundern. „

Rolf Fischer und Bernd Schröder:

„Dennoch sollten die verbleibenden Chancen weiter genutzt werden. Wir hoffen jetzt, dass alles getan wird, dass die Fluggesellschaft „Sylt-Air“ die angekündigten Verbindungen nach Frankfurt und Berlin-Tempelhof aufnehmen und dauerhaft betreiben kann. Dies wäre im Interesse der Menschen und der Wirtschaft in der KERN-Region.“

Keine Kommentare

[SPD-Silberstedt](#) - veröffentlicht am 25.01.2006, 23:42 Uhr - 2240 Clicks - Nr. 50

Landratswahl im Kreis Schleswig-Flensburg

Das Vorgehen einiger Mitglieder des Vorstandes in Sachen Nominierung des Kandidaten für das Amt des Landrates hat für reichlich Ärger im Kreisverband gesorgt

Das Vorgehen einiger Mitglieder des Vorstandes in Sachen Nominierung des Kandidaten für das Amt des Landrates hat reichlich Anlass zur Kritik in den OV gegeben. Auch ich hatte mich beim

Vorsitzenden des Kreisverbandes über die Art der Nominierung beschwert. Seine Antwort auf mein Schreiben hat mich in keiner Weise zufrieden gestellt. Leider war ich aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, an der Vorstandssitzung am 16. Januar teilzunehmen.

Für die 3. Kalenderwoche wurde ein Brief an die Mitglieder im Kreis Schleswig-Flensburg angekündigt, in dem die Vorgehensweise erläutert werden sollte, dieser Zeitpunkt ist bereits überschritten, deshalb stelle ich die Kritik nun in die Öffentlichkeit.

Nach meiner Auffassung diene die Sitzung des Kreisvorstandes am 16.1. nur dem Zweck, die Entscheidung einiger Vorstandsmitglieder nachträglich „abzunicken“.

Wie ich aus Gesprächen mit vielen Genossinnen und Genossen weiß, stehe ich mit meiner Kritik nicht allein. Auch die Aussage, der besagte Kandidat von Gerlach sei ein Kandidat, der von einer breiten Mehrheit im Kreis getragen wird, ist nur subjektiv. Ich bin der Meinung, dass eine Person, die schon so lange Beschäftigter des Kreises ist, die Verfilzungen und Machenschaften in der Verwaltung nicht beseitigen wird, auch wenn oder gerade weil dieser die Strukturen genauestens kennt. Will er überhaupt etwas reformieren?

Die Herrn von Gerlach zugesprochene Loyalität zum Amtsvorgänger war, wenn er denn, wie behauptet wird, schon seit langem der eigentliche Landrat war, falsch. Gerade weil seit längerer Zeit feststand, dass Amtsinhaber Kamischke ein anderes Amt anstrebt, hätte diese Tatsache in der Öffentlichkeit wesentlich mehr publik gemacht werden müssen.

Wegen dieser Geschichte wird sich der Vorstand des Kreisverbandes auf dem nächsten Parteitag sicherlich herbe Kritik gefallen lassen müssen. Ich für meine Person bleibe bei meiner Aussage, im kommenden Wahlkampf (zum Glück gibt es mehrere geeignete Kandidaten) für einen Herrn von Gerlach keinen Finger zu krümmen, auch werde ich den Mitgliedern im OV Silberstedt empfehlen, es mir gleich zu tun.

Hans-Christian Koch

Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 25.04.2006, 12:37 Uhr:

RE:Landratswahl im Kreis Schleswig-Flensburg

*SSW FORUM Landratswahl oder Muppet-Show :)) SSW FORUM Foren-Übersicht -> Allgemein Vorheriges Thema anzeigen :: Nächstes Thema anzeigen Autor Nachricht Dr. jur. von Campe
Anmeldungsdatum: 25.02.2005 Beiträge: 194 Wohnort: Grenzgebiet Verfasst am: 25.04.2006 11:34
Titel: Landratswahl oder Muppet-Show :))*

----- Alle rechte dieser Glosse / Satire bei : Dr. jur. Theodor von Campe -----
Man stelle sich das bildlich vor. Die Vorstellung der Landratskandidaten. Da oben auf der Bühne, zumindest vor dem Wahlvolk. Als Erster sitzt er dort, der Adelige aus Barkelsby, dessen Anwesen in einer Zeit in den Familienbesitz kam, als in Schleswig-Holstein "der Bär" tobte. In der Literaturgeschichte die zeit des VORMÄRZ. "Herrn von" deshalb einen Raubritter zu nennen, wäre wohl falsch, denn er kann sich, wie parteikollege Dr. Helmut Kohl, zumindest auf die "Gnade der späten Geburt" berufen oder so Dennoch würde mich mal interessieren, wie der Herr von aus der Nachbarschaft neben seinen zahlreichen Freizeitaktivitäten und anderen Nebenjobs, er tritt im Internet als Vermieter von Ferienwohnungen auf oder in der Campushalle ist er Geschäftsführer oder in der kreiseigenen ASF-GmbH ist er "ganz oben dabei", die Zeit finden will, den Kreis "angemessen zeitlich" zu vertreten. Auch würde ich gern wissen, ob Zahlungen der ASF-GmbH auf dem Konto des Herrn Nachbarn landen Irgendwie, wenn ich es mir so überlege, bekommt die ganze Sache einen faden Beigeschmack Dann sitzt neben ihm ein Polizeibeamter. iiiiiiiiiiiii - nun habe ich einen bösen Gedanken. Dem Herrn "nicht Raubritter" (!) würde doch etwas nachgewiesen werden, was mit Gesetzestexten nicht im Einklang

stehen würde, möglicher Weise durch den Grundbesitz, evtl. eine "moralische Hehlerei" dann wäre es doch ggf. angebracht, den Herrn Polizisten zu bitten, sich der Sache anzunehmen. Oder wie oder was ? Der Herr Polizist gibt die Sache weiter. Klarer Fall an die Frau Justizministerin ausser Dienst aber immerhin Und nachdem die Frau Justizministerin mit dem Herrn "von" fertig ist gehts ab mit der Sache an den Herrn Sozialarbeiter Irgendwie doch fast wie im richtigen Leben. Oder wie oder was Echte Irre sitzen in Parlamenten ! Nach oben Beiträge der letzten Zeit anzeigen: Alle Beiträge1 Tag7 Tage2 Wochen1 Monat3 Monate6 Monate1 Jahr Die ältesten zuerstDie neusten zuerst SSW FORUM Foren-Übersicht -> Allgemein Alle Zeiten sind GMT + 1 Stunde Seite 1 von 1 Bei Antworten zu diesem Thema nicht mehr benachrichtigen Gehe zu: Forum auswählen Generelles Forum-----AllgemeinSozialesArbeitRegionalesMinderheitenBildungWie finden Sie unseren Auftritt im Internet? Du kannst Beiträge in dieses Forum schreiben. Du kannst auf Beiträge in diesem Forum antworten. Du kannst deine Beiträge in diesem Forum bearbeiten. Du kannst deine Beiträge in diesem Forum löschen. Du kannst an Umfragen in diesem Forum mitmachen. SwiftBlue Theme created by BitByBit Powered by phpBB © 2001, 2002 phpBB Group

Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 15.04.2006, 19:40 Uhr:

RE:Landratswahl im Kreis Schleswig-Flensburg

In der SPD rumort es wegen der Nominierung des Herrn von Gerlach durch die "Kreis-SPD". Wen wundert es Es gibt in Schleswig-Holstein ausgezeichnete Politiker wie Harry-Peter Carstensen, CDU oder Dr. med. Wodarg, SPD, MdB. Man muß bei der Nominierung des Herrn von Gerlach schon bald vermuten, daß der "Kreis-SPD" klar ist, welches Chaos nach Herrn Kamischke ausbricht, wenn ausgerechnet einer der führenden Verwaltungsbeamten Landrat werden sollen. Dieses wäre die Erklärung, nachher den "schwarzen Vogel" der CDU zuschieben zu können. Die CDU hat in ihren Reihen, wie auch die SPD hervorragende Persönlichkeiten. Daß die CDU aber bsplw. auch schon öfter mal kräftig daneben gegriffen hat, steht wohl ausser Frage. Mal mußte in Lübeck ein Bürgermeisterkandidat in letzter Sekunde zurückgerufen werden, weil der psychisch krank war. Und wenn der Herr von Gerlach mir in einem seiner Schreiben mitteilen ließ, einer seiner leitenden Beamten habe ihm "glaubhaft" erklärt, er sei, so meine Zusammenfassung, "seriös", dann erinnert mich diese Selbstbeschreibung an die "Ehrenworterklärung des Herrn Uwe Barschel", die ich noch deutlich vor Augen habe. Wenn Frau Lüttkes, von den Grünen nun ihrerseits auf der Home-Page der Grünen über Herrn von Gerlach herzieht, weil dieser öffentlich verkündet habe, künftig sollen "kleinere Verstöße" nicht mehr verfolgt werden; und, so die Grünen, man müsse sich masl vorstellen, auch die Polizei würde demnächst öffentlich (in der Zeitung) verkünden, Straftaten nicht mehr verfolgen, dann, dann hat die ehemalige Justizministerin des Landes Schleswig-Holstein wohl das zweite Semester im Jurastudium übersprungen, denn in der (Bundes-) Strafprozeßordnung steht ausdrücklich, Staatsanwaltschaften und deren Hilfsbeamte (also die Polizei) HABEN Straften zu verfolgen / aufzuklären. Von "können oder sollen" steht dort nichts. Dort steht : "haben" es tun. Basta ! Anders sieht das eben bei OWI-Verfahren aus. Dabei ist aber nicht die Polizei erst am Ruder, sondern die Verwaltung, sprich der Landkreis. Möglicher Weise hat die ehemalige Ministerin aber nicht alle Semester übersprungen und könnte denn mal Herrn von Gerlach aufklären, mit welchen Konsequenzen zu rechnen ist, wenn in Zivilverfahren "wissentlich falsch" von seinen "schwarzen Schaafen" vorgetragen wird. Im Zivilverfahren gibt das Gericht dann die Akten nämlich ab an die Staatsanwaltschaft und die Verfahren dort heißen dann Betrug-Prozeßbetrug, so steht das im §§ 263 StGB - Bundesrecht und nicht schleswiger Land- oder Adelsrecht. Es ist noch Zeit, den imensen Fehler zu korregieren und einen seriösen Kandidaten zu unterstützen. Die gibt es nämlich in der Bewerberliste. Loyal, Seriös gegenüber Staat und Bürger. Aber nach den Eskapaden mit Peter Hartz, Wolfgang Clement und auch Otto Schily scheint das offenbar nicht "opportun" zu sein. Herr von Gerlach jedenfalls ist noch der Leitende Beamte im Kreishaus, der für etliche Schlappen unter Herrn Kamischke zuständig war. Hartz-4, es wird im Landkreis nur gedrückt und gegängelt. Die kleinen Sachbearbeiter, vor denen ich hohen Respekt habe, müssen diese Suppe auslöffeln. Arbeitsplätze schaffen ??? das wäre ja was Neues Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hat den Volljuristen

des Landkreisses mit seiner Tochter der ASF-GmbH denn die Satzung der Müll-Orga auch gleich um die Ohren gehauen und dieser Salat ist dort gelandet, wohin er gehörte - im Müll. Im letzten Quartal des Jahres 2005 berichtete ausgerechnet der sh:z - Verlag über die Kreis-Aktivitäten auch des Herrn Kamischke. Pleite sei der Kreis, hiess es dort und Banken wollten keine Kredite mehr geben..... Aber nun ist ja Herr Kamischke beim Sparkassen- und Giroverband gelandet. Ein Schelm, wer böses dabei denkt.

Kommentar von [Hans-Christian Koch](#) vom 18.03.2006, 18:34 Uhr:

RE:Landratswahl im Kreis Schleswig-Flensburg

Wenn auch einige Fraktionsmitglieder der SPD im Kreistag Schleswig-Flensburg sich für den Kandidaten von Gerlach ausgesprochen haben, so kann dennoch nicht behauptet werden (wie vom Kreisvorsitzenden geschehen) die SPD unterstützt die Wahl dieses Herrn zur Landratswahl 2006. Es hat KEINE Abstimmung unter den Mitgliedern gegeben, nicht einmal eine Information über diesen Schritt. Somit ist diese Behauptung schlichtweg falsch. Wenn jetzt behauptet wird - der Genannte wäre Kandidat von SPD und CDU, so ist dies eine Unwahrheit.

Kommentar von [Dirk Peddinghaus](#) vom 15.02.2006, 11:49 Uhr:

RE:Landratswahl im Kreis Schleswig-Flensburg

Lieber Hans-Christian, da deine Kritik nun in einem öffentlichen Medium erfolgt, hier auch meine Antwort in dieser Form: Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich mehrheitlich für den Kandidaten von Gerlach ausgesprochen. Dieses Recht steht ihr nach der Kommunalverfassung zu. Bereits im Vorfeld habe ich dir die zeitliche Abfolge der Kandidatenbenennung aufgezeigt. Auch wenn ich den Weg zur Nominierung als nicht optimal ansehe, das Ergebnis wird von mir persönlich mitgetragen. Herr von Gerlach besitzt mein persönliches Vertrauen, seine fachliche Kompetenz wird auch vom Kreisvorstand gesehen. Zum Vorwurf der mangelnden Information und die Verspätung der angekündigten Schreiben, sei gesagt, dass der Kreisvorstand auf eine Aufteilung der Schreiben zwischen dem Fraktionsvorsitzenden und dem Kreisvorsitzenden bestanden hat. Die entsprechenden Abstimmungen in den Gremien waren daher etwas zeitaufwendiger, insbesondere da noch drei Kreisverbandsausschüsse geplant werden mussten. Nach dieser kurzen Verzögerung ist das Schreiben nun an alle Mitglieder gegangen und somit wurde das Versprechen eingehalten. Nebenbei sei bemerkt, dass du persönlich frühzeitig von mir eine erste ausführliche Stellungnahme zum Thema erhalten hast! Dirk Peddinghaus

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 26.01.2006, 09:48 Uhr - 9065 Clicks - Nr. 51

Beratungsstellen „Frau & Beruf“ sind nach wie vor nötig

Im Rahmen einer Debatte im Landtag zu einem Antrag der Grünen, machte Birgit Herdejürgen deutlich, dass die Beratungsstellen "Frau & Beruf" nach wie vor notwendig sind. Gleichzeitig lobte sie die bisherige Arbeit der Beratungsstellen.

Die Rede im Wortlaut:

Über den im Grünen-Antrag genannten Termin haben wir uns etwas gewundert. Für den einen Teil kommt er zu spät die Veränderungen der Strukturen für 2006 haben wir im Dezember mit dem Beschluss des Haushalts vorgegeben. Für den anderen Teil die Auswirkungen der zukünftigen EU-Förderung kommt er zu früh. Zurzeit kann noch keiner sagen, welche Mittel in der neuen Förderperiode nach Schleswig-Holstein fließen.

Von daher bleibt der Sinn des Antrages etwas im Dunkeln. Aber wir nehmen natürlich gerne die

Gelegenheit wahr, noch einmal grundsätzlich die Bedeutung von Frau & Beruf herauszustellen. Seit Einrichtung der Beratungsstellen hat sich am grundsätzlichen Rahmen, aus dem sich damals die Notwendigkeit spezieller Angebote für Frauen ergeben hat, wenig geändert. Das kann man beklagen, es zeigt aber, dass dieses Angebot nach wie vor nötig ist.

Dabei geht der Auftrag der Beratungsstellen folgerichtig über die Einzelberatung von Frauen hinaus. Sicher ist es wichtig, den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen effektiv und bedarfsgerecht zu organisieren. Ziel muss es aber doch sein und das findet sich in den Schwerpunkten von Frau & Beruf wieder, die wirtschaftlichen und familienpolitischen Infrastrukturen langfristig so zu organisieren, dass Qualifizierungsdefizite bei Frauen gar nicht erst entstehen können. Der Katalog ist bekannt, die Umsetzung zäh. Das beginnt bei der Organisation der Kinderbetreuung und reicht bis zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen.

Das landesweite Netz der Beratungsstellen auch durch mobile Angebote sichert eine flächendeckende Beratung von Frauen, von Betrieben. Die Kontakte in die Region hinein sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. In den vergangenen Jahren sind die Beratungsstellen Frau & Beruf fester Bestandteil der regionalen Netzwerke geworden. Dabei haben sich unterschiedliche Schwerpunkte herausgebildet eine Arbeitsteilung, die durch den engen Kontakt innerhalb dieses Netzes ein breites Spektrum an Themen abdeckt.

Für uns war daher immer wichtig, unterschiedliche Träger mit natürlich unterschiedlichen fachlichen Hintergründen zuzulassen. Im Laufe der Zeit waren aus unterschiedlichen Gründen Veränderungen der Trägerschaft geboten. So ist das Frauennetzwerk Kiel als Träger der Lübecker Beratungsstelle ins Spiel gekommen. Aus unserer Sicht hat sich die Arbeit dort sehr positiv entwickelt mit dem Nebeneffekt, dass sich durchaus Synergien mit dem Aufgabenspektrum der Existenzgründungsberatung und der speziellen Kontakte des Frauennetzwerkes ergeben haben.

Die SPD-Landtagsfraktion hat das Vorgehen des Ministeriums im Rahmen der Haushaltsaufstellung grundsätzlich begrüßt: Keine Rasenmähermethode und damit Existenzsicherung für kleinere Projekte. Wir haben, denke ich, trotz der notwendigen Einsparungen ein für alle zufrieden stellendes Ergebnis erreicht. Und ich gehe davon aus, dass die Beratung in den Kreisen Kiel und Plön sowie die besondere Unterstützung für Bäuerinnen zeitnah und ohne größere Brüche weitergeführt wird.

Was die Zukunft der Beratungsstellen angeht, ist die Abhängigkeit von den Entscheidungen auf EU-Ebene dargestellt worden. Klar ist: Aus Landesmitteln allein ist die jetzige Struktur nicht finanzierbar. Auch was dieses Thema betrifft, hat unsere Fraktion Gespräche darüber geführt, was sich die Landesarbeitsgemeinschaft Frau & Beruf vorstellen kann. Möglicherweise wird man auch zu regional unterschiedlichen Lösungen kommen.

Grundsätzlich wird es aber darauf ankommen, die neuen Strukturen der EU-Förderung als Chance zu verstehen und im Sinne Schleswig-Holsteins zu nutzen. An zeitgemäßen, moderneren und am Kriterium der Qualität orientierten Schwerpunkten ist ja nichts auszusetzen. Wir werden uns entsprechend präsentieren müssen. Ich denke, wir können uns relativ zuversichtlich darauf einlassen.

Abschließend möchte ich mich bei den Trägern, vor allem aber bei den Mitarbeiterinnen von Frau & Beruf für die gute Arbeit und nicht unwichtig für die gute Zusammenarbeit bedanken. Die Arbeit der Beratungsstellen ist ein Weg, landespolitische Ansätze in die Fläche zu transportieren. Und uns liegt sehr daran, dass dies auch weiterhin geschehen kann.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 26.01.2006, 09:51 Uhr - 3992 Clicks - Nr. 52

Offenes Wahlkreisbüro

Am vergangenen Sonnabend, 21.01., gab es Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit der Landtagsabgeordneten Astrid Höfs, SPD in ihrem Wahlkreisbüro. Dieses Angebot wurde sehr gut angenommen.

Folgende Themen wurden teilweise sehr heftig diskutiert.

Betreuungsplätze für Kinder schaffen

Für Kinder unter drei Jahren werden zukünftig deutlich mehr Plätze benötigt. Eltern fragen immer häufiger nach dieser Möglichkeit, da sie sonst oft ihrem Beruf nicht nachgehen können. In allen Kreisen sollen gerade für diese Kinder Betreuungsplätze geschaffen werden. Ganztagschulen ergänzen das Angebot für die Familien. Die vorhandenen Ganztagsangebote in verschiedenen Orten werden gut angenommen.

Die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland sowie die dann folgende Arbeitslosigkeit für die ortsansässigen Arbeitnehmer und Umweltthemen wurden mit interessierten Besuchern diskutiert.

Auch die geplante Amtsgerichtsreform war an diesem Tag ein Thema. Durch die Amtsgerichtsreform sollen die Gerichte effektiver arbeiten. Diese Diskussion ist auf Landesebene jedoch noch nicht vollständig abgeschlossen. Das Bad Segeberger Amtsgericht bleibt auf jeden Fall erhalten.

„Nach dieser starken Resonanz wird es auch zukünftig das Offene Wahlkreisbüro geben.“, so Astrid Höfs

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 26.01.2006, 12:17 Uhr - 13575 Clicks - Nr. 53

Abgeordnetenbüro als Kita-Ersatz

Eines der heißesten Eisen der Großen Koalition ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. MdB Jörn Thießen kennt das Problem nur zu gut, denn sein jüngster Sprössling Konstantin hat noch keinen Kita-Platz und ist deshalb regelmäßig im Abgeordnetenbüro zu Besuch.



Aus dieser Erfahrung begrüßt Jörn Thießen die Forderungen des SPD nach Schaffung von bedarfsgerechten Betreuungsplätzen in Krippen und Kindergärten für **alle** Kinder. Jörn Thießen: „Man muss nicht für jede politische Forderung die persönliche Erfahrung haben – aber hilfreich ist es schon!“

Keine Kommentare

Möller und Fischer zur Zukunft der Kieler Müllverbrennung:

Kieler SPD entscheidet am 18. April - Todeskino ohne Meinung?

Zu der möglichen Erweiterung der Kieler Müllverbrennungsanlage äußern sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller und der Kreisvorsitzende der Kieler SPD Rolf Fischer:

"Nachdem Anfang Januar die SPD-Ratsfraktion über eine mögliche Erweiterung der Kieler Müllverbrennungsanlage um eine 3. Linie beraten hat, hat die Ratsfraktion inzwischen die Kreis-Partei informiert und einen Sachstandsbericht abgegeben.

Dabei ist in Sitzungen des Kreisvorstands sowie des Kreisausschusses das Für und Wider einer Erweiterung diskutiert worden. Es wird eine weitere parteiöffentliche Veranstaltung geben. Dabei sollen die ökologischen, rechtlichen und ökonomischen Fragen diskutiert werden. "

Der SPD-Fraktionsvize Alexander Möller: "Eine ausführliche und intensive Diskussion ist jetzt insbesondere mit den Betroffenen vor Ort sowie dem Umweltbeirat der MVK zu führen. Eine solche Diskussion ist auch deshalb notwendig, da sich die Entscheidungsgrundlagen gegenüber 1996/1997 grundlegend verändert haben. Wir streben eine Entscheidung in der ersten Jahreshälfte an."

Im März 1997 hatte die Kieler SPD u.a. beschlossen, dass vor der Ausübung der Option auf die Umrüstung des 3. Kessels ein Kreisparteitagsbeschluss erforderlich ist. "Deshalb wird der Kreisvorstand auf einer Sondersitzung einen Vorschlag für eine Entscheidung der Partei unter Berücksichtigung des 1997er - Beschlusses erarbeiten," so Rolf Fischer abschließend.

Kommentar von [Klaus Koch](#) vom 02.03.2006, 02:43 Uhr:

RE:Möller und Fischer zur Zukunft der Kieler Müllverbrennung

Siek bei Hamburg, den 2. März 2006 Sehr geehrte Ratsmitglieder der SPD Kiel, ich habe mir über unseren Umweltverband erlaubt, Ihnen per Mail einige Informationen zu zusenden, die ich Sie bitten möchte, vor Ihrer Entscheidung für oder wieder eines Ausbaus der MVA Kiel sehr aufmerksam zu lesen. Die MVA Kiel arbeitet nach unseren Recherchen mit veralteten Abfallzahlen, die 2 bereits in Betrieb befindlichen Entsorgungsanlagen nicht berücksichtigen. So wurde bereits im Jahre 2005 die im Probetrieb befindliche TEV Neumünster genehmigt, die ab diesem Jahr bis zu 160.000 Tonnen Abfälle verbrennen wird. Ebenfalls vergessen wurde von der MVA Kiel Geschäftsführung die Mitverbrennung von 182.000 Tonnen Siedlungs- und Gewerbeabfall im Kohlekraftwerk der Stadtwerke Flensburg. Falls weitere Entsorgungsengpässe bestehen, könnte die kürzlich genehmigte Kapazität der Hamburger MVA Stelling Moor mit zusätzlichen 140.000 Tonnen genutzt werden. Weiter plant die Stadtreinigung Hamburg eine private Verbrennungsanlage für die norddeutsche Kupferhütte (NA) für sage und schreibe 750.000 Jahrestonnen. Wir sie unschwer sehen können, gibt es im norddeutschen Raum keine fehlenden Kapazitäten, die einer Erweiterung der MVA Kiel Spielräume liefern würden. Sollte dennoch an den Plänen festgehalten werden, so bitten wir Sie darauf zu drängen, das kein Mülltourismus quer durch die BRD entsteht sowie dass das Genehmigungsverfahren mit einer öffentlichen Bürgerbeteiligung und einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird. Die MVA Geschäftsführung hat nach unseren Auskünften vor, die Öffentlichkeit von dem Genehmigungsverfahren auszuschließen und trotz Feinstaubüberschreitungen im Umfeld der MVA keine UVP durchzuführen. Für einen weiteren sachlichen Dialog offen verbleibe ich mit freundlichem Gruß Klaus Koch Umweltverband DAS BESSERE MÜLLKONZEPT Bundesverband Deutschland Geschäftsstelle Landesverband Schleswig-Holstein e.V.: 22962 Siek Hansdorfer Weg 10 Tel: 040 - 599 811 ab 10 Uhr Fax: 04107 – 85 14 67 Mobil: 0162 - 36 73 857 e-mail: kk-koch@web.de

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 26.01.2006, 14:03 Uhr - 2697 Clicks - Nr. 55

Protonen-Therapiezentrum: Kiel wird es schaffen

Zur Debatte um die Ansiedlung eines Protonen-Therapiezentrums in Kiel erklären der Landtagsabgeordnete und Kieler Kreisvorsitzende Rolf Fischer und der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:



Wir erkennen an, dass die Oberbürgermeisterin die Standort-Frage für das Protonen-Therapiezentrum wieder geöffnet hat. Denn der bisher favorisierte Schlossgarten ist aus Gründen des Bau- und Planungsrechts und des Denkmalschutzes höchst risikobehaftet.

Wir erwarten eine sehr schnelle Prüfung und einen Vorschlag für einen Standort, der kurzfristig für den Bau eines solchen Gebäudes realisierbar ist. Kiel hat genügend mögliche Flächen für eine solche Einrichtung. Wer eine schnelle Entscheidung für Kiel will, muss die Risiken minimieren.

Wir gehen davon aus, dass die Zusage der Landesregierung für Kiel nicht in Frage steht. Es wäre nicht nachvollziehbar, wenn auch in einer anderen Stadt im Süden des Landes Flächen ernsthaft geprüft würden.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 27.01.2006, 08:32 Uhr - 2170 Clicks - Nr. 56

Wir gestalten unsere Stadt

Die "AG Planung" der SPD- Ratsfraktion Flensburg trifft sich regelmäßig, um aktuelle Fragen der Stadt- und Bauplanung zu diskutieren oder eigene Konzepte zu entwickeln. Die Kerngruppe aus den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses um Ratsherr Stephan Menschel wird je nach Beratungsgegenstand um VertreterInnen der anderen politischen Themenfelder erweitert.



Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 27.01.2006, 08:42 Uhr - 6099 Clicks - Nr. 57

Sprechstunde bei Dr. Wodarg

Leider bereits völlig ausgebucht ist die Sprechstunde beim Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg am 28. Januar.

Zukünftige Termine werden an dieser Stelle und über die Presse bekanntgegeben.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 27.01.2006, 11:31 Uhr - 11670 Clicks - Nr. 58

Schüler besuchen Jörn Thießen

Die erste Besuchergruppe einer Schule aus dem Wahlkreis war am Donnerstag (26.01.2006) zu Besuch bei Jörn Thießen. Die 43 Schüler und ihre Lehrer von der Bad Bramstedter Realschule hatten drei Tage straff gepacktes Berlinprogramm mit Besuchen an Gedenkstätten, ausführlicher Führung durch das Parlament und obligatorischem Ku'damm-Bummel.



MdB Jörn Thießen freute sich sehr über den Besuch: "Und das gilt für alle Schulen aus dem Wahlkreis, die mich hier besuchen möchten, aber nicht nur: Ich freue mich über jeden, der kommt, um die Arbeit im Parlament mal live zu erleben. Sportvereine, Ortsverbände, andere Gruppen - ich lade alle herzlich ein, mich hier im Bundestag besuchen zu kommen."

Der Besucherdienst des Deutschen Bundestags organisiert bei solchen Gelegenheiten Führungen durch das Reichstagsgebäude (Geheimtipp: Auf die Kuppel ohne Anstehen!), und auch sonst ist Berlin natürlich mehr als nur eine Reise wert. Wenn Jörn Thießen in den Sitzungswochen ein bisschen Zeit hat, steht er bei solchen Besuchen auch für Fragen gern zur Verfügung: "Politikverdrossenheit kann ja schon mal vorkommen, aber zumindest ich persönlich will alles tun, damit nicht auch noch Verdrossenheit mit dem Politiker aufkommt."

Wer sich für eine Reise nach Berlin mit Besuch beim Abgeordneten interessiert, nimmt am besten Kontakt mit den Büros im Wahlkreis auf. Die Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung von Klassen- oder anderen Gruppenreisen sind zwar sehr stark eingeschränkt - aus dem Besucherkontingent eines Bundestagsabgeordneten können jedes Jahr nur 100 Besucher ein paar Euro in ihre Reisekasse gespült bekommen - aber wer es auf eigene Faust bis Berlin schafft, ist auf jeden Fall herzlich willkommen!

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 27.01.2006, 12:44 Uhr - 6386 Clicks - Nr. 59

Johannes Rau ist tot

Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau ist tot. Er ist im Alter von 75 Jahren am Freitagmorgen um 8.30 Uhr gestorben. Rau war seit längerem schwer krank. Nach dem Ausscheiden aus dem Amt am 1. Juli 2004 musste er sich zwei Operationen unterziehen, von denen er sich nicht mehr richtig erholen konnte.

Rau ist erst vor wenigen Tagen 75 Jahre alt geworden. Aus gesundheitlichen Gründen konnte er nicht am Empfang im Berliner Schloss Bellevue teilnehmen. Bundespräsident Horst Köhler würdigte Raus politischen Stil, mit dem Florett statt dem Säbel zu fechten. So habe er sich "mit sanftem Mut" für die Menschenrechte eingesetzt, für ein Zusammenleben von Deutschen und Ausländern "ohne Angst und ohne Träumerei" geworben, stets an ethische Grundsätze erinnert und im Dialog der Kulturen den Respekt vor anderen Glaubensüberzeugungen eingefordert.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hob vor allem Raus Verdienste um das Verhältnis zu Israel und zu Polen hervor. Er habe maßgeblichen Anteil daran, dass Deutschland im Ausland wieder zu einem angesehenen und respektierten Partner geworden sei. Mit seiner Glaubwürdigkeit, einem feinsinnigen Humor und einer einfühlsamen Rhetorik habe er den Menschen in unserem Land immer wieder Mut und Hoffnung gemacht, sie aber auch ebenso häufig und eindringlich an ihre Verantwortung für einander und für Minderheiten gemahnt, schrieb sie.

In einem Beitrag für den Berliner "Tagesspiegel" über den Parteifreund schrieb der SPD-Vorsitzende

Matthias Platzeck: Rau sei wie kein anderer vor ihm ein Bürgerpräsident gewesen. "Johannes Rau zählt zu den großartigen Menschen, auf die unsere Sozialdemokratie stolz sein kann. Wir als Sozialdemokraten sind dankbar, ihn bei uns zu haben."

Im SPD-Kreisverband Flensburg hat die Nachricht vom Tode Johannes Raus Trauer und Betroffenheit ausgelöst.

Kreisvorsitzender Dr. Wolfgang Wodarg: "Dies ist ein großer Verlust für die deutsche Sozialdemokratie. Unsere Gedanken sind in dieser Stunde bei seiner Frau Christina und seinen Kindern."

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 27.01.2006, 19:06 Uhr - 4309 Clicks - Nr. 60

Ehrung für Ruth und Bernhard Schulze

Bernhard Schulze mit Willi Brandt Medaille geehrt

Anlässlich des SPD-Neujahrsempfanges in Bad Segeberg wurden Ruth und Bernhard Schulze aus Latendorf für ihre langjährige Mitgliedschaft in der SPD vom Kreisvorsitzenden Andreas Beran geehrt. Bernhard Schulze erhielt für seine Treue zur Partei die Willi Brandt Medaille.



MdL Astrid Höfs gratuliert Ruth Schulze für 50 Jahre und Bernhard Schulze für 60 Jahre Mitgliedschaft in der SPD, von denen Bernhard Schulze sich viele Jahre aktiv in verschiedenen Gremien beteiligt hat.

Keine Kommentare

[Lothar Hay, MdL](#) - veröffentlicht am 28.01.2006, 11:54 Uhr - 3462 Clicks - Nr. 61

Lothar Hay: Johannes Rau war ein großer Sozialdemokrat

Zum Tode von Johannes Rau erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:

Wir sind tief erschüttert über den Tod von Johannes Rau. Er war ein großer Sozialdemokrat, der sich stets für die sozial Schwachen eingesetzt und für ein friedliches Miteinander geworben hat – weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. So war er der erste deutsche Bundespräsident, der in der israelischen Knesset eine Ansprache gehalten und um Vergebung für die Verbrechen des Holocaust gebeten hat. Johannes Rau war fast 50 Jahre in verschiedenen Ämtern politisch aktiv; als Ministerpräsident hat er 20 Jahre lang die Entwicklung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen geprägt.

Er hat viel bewegt und vieles gestaltet - die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ihm viel zu verdanken. Wir verneigen uns vor ihm in Trauer. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seinen Kindern.

Keine Kommentare

Mach mit !

Wir tun was. Warten Sie nicht länger, dass andere die Entscheidungen treffen.

Werden Sie selbst aktiv: Mitentscheiden, mitreden, mitgestalten.

Die Geschichte lehrt: Soziale Demokratie braucht aktive Demokraten. Frauen und Männer, die in vielfältiger Form und durch ehrenamtliches Engagement Demokratie mit Leben erfüllen und menschlich gestalten und gemeinsam mit anderen SPD-Mitgliedern für die Grundwerte eintreten.



Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Freiheit:

Freiheit heißt: freie Rede, Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, bürgerliche Grundfreiheiten. Freiheit ist aber auch die Freiheit von Not, Hunger und Existenzangst. Es ist die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft und Geschlecht.

Gerechtigkeit:

Gerechtigkeit heißt: Menschen müssen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrer Hautfarbe die gleichen Chancen auf Bildung und Entwicklung haben. Unser Ziel ist es, national und international die Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen.

Gerechtigkeit heißt auch: Jeder Mensch hat die Möglichkeit, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Bildungsmöglichkeiten dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Solidarität:

Solidarität ist die Kraft, die Veränderungen schafft. Solidarität heißt zusammenstehen, um Gesellschaft weiterzuentwickeln und gerechter gestalten zu können. Die SPD ist seit Beginn auch eine internationale Partei: Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich kann nur durch die Kraft der Solidarität geschlossen werden.

Diese Grundwerte sind heute noch so aktuell wie vor 142 Jahren, als die SPD gegründet wurde.

Aber was bedeutet es, Mitglied in der SPD zu sein? Wir nennen Ihnen 5 Gründe, bei uns einzutreten:

1. Die SPD ist eine Mitgliederpartei. Mitgliederpartei heißt auch „Mitmachpartei“.
2. Aktiv Politik und Gesellschaft gestalten. Hintergründe kennen und Meinungen austauschen.
3. Gemeinsame Ziele in einer großen Gemeinschaft durchsetzen – aber auch gemeinsam Spaß haben.
4. Es geht um unser Land - wir wollen das Land gestalten und mit unserer Politik dafür sorgen, dass es in eine gute Zukunft geht.
5. „Nichts ist von Dauer, alles muss in jeder Zeit immer wieder neu erkämpft werden, das gilt auch für den Wohlstand für alle und für soziale Gerechtigkeit. Das wissen wir und das spornt uns an.“

(Franz Müntefering, ehemaliger Vorsitzender der SPD „Zur Lage und zu unseren Aufgaben in der kommenden Zeit“, 21. Juni 2004)

Wenn Sie Lust auf Kommunalpolitik haben und vielleicht schon 2008 für die SPD im Gemeinderat sitzen oder als bürgerliches Mitglied in den Ausschüssen Ihre Ideen einbringen möchten, dann melden Sie sich unter TEL 04841-1233, Rudolf Knipfer (1. Vorsitzender des Ortsvereins Mildstedt/Rosendahl). Unter gleicher Nummer erfahren Sie auch die Sitzungstermine unserer Fraktion die öffentlich tagt. Unser Motto: "Schnuppern erwünscht"!

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 28.01.2006, 17:05 Uhr - 2887 Clicks - Nr. 63

Westausbau des Lübecker Flughafens ist ein Luftschloss

Die Lübecker SPD-Landtagsabgeordneten Wolfgang Baasch, Hans Müller und Thomas Rother sprechen sich gegen ein neues Planungsverfahren für den Flughafen Blankensee aus. Die Abgeordneten: Der Ausbau des Lübecker Flughafens ist sinnvoll und bleibt ein unverzichtbarer Baustein zur Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region Lübeck. Die bisherigen Mängel in der Ausbauplanung müssen weiter aufgearbeitet werden. Ein neues Plan-Verfahren für eine Startbahnverlängerung in Richtung Westen würde das Vorhaben der Flughafenerweiterung unnötig aufhalten. Unnötig deshalb, weil eine Querung von Bahnstrecke und B 207 neu durch eine Start- und Landebahn nicht finanzierbar ist. Die Einschätzung der Lübecker IHK, die Westerweiterung sei schneller durchsetzbar ist ein Trugschluss. Denn dann kämen wahrscheinlich die Klagen aus Wulfsdorf gegen einen Ausbau. Das Scheitern des Flughafenausbaus in Holtenau sollte nicht dazu führen, dass in Lübeck Luftschlösser geplant werden. Unsere Stadt hat in der Vergangenheit über kluge, wirtschaftliche Projekte hohe Regionalfördermittel erhalten. Es gibt keinen Grund, sich von dieser Strategie abzuwenden.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 29.01.2006, 15:48 Uhr - 10599 Clicks - Nr. 64

Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus

Trotz schlechten Wetters folgten viele Bürgerinnen und Bürger der Einladung der Steinburger Jungsozialisten zu der traditionellen Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Itzehoe. Die Veranstaltung findet immer am letzten Sonntag im Januar statt.



Nach der Begrüßung durch die Juso-Kreisvorsitzende, Nadine Laatz, hielt der MdB Jörn Thießen die Gedenkrede.

Die Rede im Wortlaut:

„Gepriesen sei der Herr, dass er mich heute hier sein lässt.“ Mit diesem Gebet aus dem Buch Baruch

begann vor sechs Jahren Elie Wiesel seine Rede vor dem Deutschen Bundestag. An diesem ersten nationalen Holocaust-Gedenktag kam es ihm darauf an, als Zeuge deutscher Verbrechen auszusagen, an sie zu erinnern. Nicht an Nazi-Verbrechen – an deutsche Verbrechen. Wir haben uns angewöhnt, alle Schuld den Nazis aufzulasten. Heißt das aber, dass es zwei Geschichten Deutschlands gibt, eine Nazi-Geschichte und die deutsche Geschichte? Natürlich waren nicht alle Deutschen Nazis. Aber es war das Wort "deutsch", das damals Ängste einjagte, Juden und andere Verfolgte fürchteten sich, wenn sie hörten, die Deutschen kämen. Wenn man die Opfer fragt, war alles deutsch – das Zyklongas war deutsch, die die Krematorien bauten, waren Deutsche, die die Gaskammern bauten, waren Deutsche. Die Befehle wurden auf Deutsch gegeben – in der entsetzlich kalten, klinisch präzisen, menschenverachtenden Sprache der nationalsozialistischen Machthaber, aber eben auf Deutsch.

Es fällt schwer, in diesen Kategorien zu denken. Wir begreifen die Grausamkeiten nicht, die damals im deutschen Namen verübt wurden, sie entziehen sich dem Vorstellungsvermögen genauso wie Greueltaten, von denen wir heute anderswo hören. Kampagnen wie „Du bist Deutschland“ oder „Deutschland – Land der Ideen“ versuchen, das Selbstbild der Deutschen gerade zu rücken, ein positives Bild zu erzeugen. Die Absichten der Veranstalter dieser Aktionen sind über jeden Zweifel erhaben, aber sie ändern nichts an der Tatsache, dass „deutsch“ etwas ist, das vielen älteren Europäern in unseren Nachbarländern, ausgewanderten Juden in Amerika, den Bewohnern Israels auch heute noch Schauer über den Rücken jagt. Natürlich wird überall anerkannt, dass die Deutschen ihre Lektion gelernt haben. Elie Wiesel sagt: „Ich glaube nicht an Kollektivschuld; nur die Schuldigen sind schuldig; nur sie und ihre Komplizen. Nicht jene, die damals noch nicht waren, und schon gar nicht die Kinder. Die Kinder von Mördern sind nicht Mörder, sondern Kinder.“ Und doch fühlen sich die Kinder der Mörder schuldig, obwohl sie keinen Anlass dazu haben. Johannes Rau, der vorgestern viel zu früh verstarb, hat beim letzten Deutschen Evangelischen Kirchentag erklärt, warum das so ist: „Die persönliche Schuld mag der Täter mit ins Grab nehmen. Die Folgen einer Schuld, die die Grundlagen menschlicher Sittlichkeit erschüttert hat, tragen die nach ihm kommenden Generationen.“

Wir haben gelernt, das auszuhalten. Unsere Verantwortung für die Zukunft beziehen wir aus der Erinnerung. Im Jahr der Rede von Elie Wiesel wurde die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" gegründet, mit der die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen ein Zeichen ihrer historischen und moralischen Verantwortung für die Geschehnisse setzen und die bisherigen Regelungen zur Wiedergutmachung ergänzen wollen. Die Stiftung und ihr „Zukunftsfonds“ organisieren Projekte, die der Aufarbeitung der Geschichte dienen, die weiße Flecken im geschichtlichen Bewusstsein ausfüllen, wie zum Beispiel das große Unternehmen polnischer und deutscher Schüler, die im letzten Jahr auf den Spuren von Berichterstattung über Deportationen und andere Verbrechen in ihren eigenen Heimatgemeinden die lokalen Archive durchforstet haben, Interviews mit Zeitzeugen führten und Geschichten zusammentrugen, die das alltägliche Grauen besser illustrieren, als es die Zeittafeln im Geschichtsunterricht je könnten. Denn die Unmenschlichkeit wohnte nicht nur in Berlin, die Verachtung für alles Nichtdeutsche manifestierte sich nicht nur in den Befehlen des Reichsführers SS oder der kalten Arithmetik der Wannsee-Konferenz. Wer das Unbegreifliche verstehen will, muss abtauchen in die vielen kleinen Geschichten, die im ganzen Land passiert sind. Gewusst haben es damals alle. Dass es unmittelbar nach Kriegsende, in den Jahren der Neuorientierung und des Wiederaufbaus, erst einmal keiner mehr wissen wollte, ist verständlich. Das Mahnmal, vor dem wir heute stehen, war lange Jahre an den Rand des Stadtparks verbannt, weil Erinnern wehtut. Aber Schmerzen kann man auf Dauer nicht verdrängen, und ohne Blick in die Vergangenheit kommen wir schon in der Gegenwart nicht weiter, geschweige denn mit der Gestaltung unserer Zukunft. Niemand von uns würde ein Auto ohne Rückspiegel fahren. Wer die Spur wechseln will, muss nach hinten schauen. Deshalb kann man in der Bundesrepublik Deutschland auch nicht leben, ohne auf die NS-Geschichte zurückzuschauen. Die Gedenktage für die Opfer des Nationalsozialismus sind dabei mehr als nur eine jährliche Gelegenheit,

sich zu erinnern, bevor man sich dem Alltag wieder zuwendet. Elie Wiesel sagte den Vertretern des deutschen Volkes bei seiner Rede vor dem Bundestag: „Ich glaube nicht, dass Sie sich der Befreiung von Auschwitz erinnern wollen, um Auschwitz zu vergessen. Im Gegenteil, Sie wollen diese Befreiung ins Gedächtnis rufen, um alles davor zu verurteilen und mehr darüber zu erfahren. Ebenso wenig glaube ich, dass Sie den unanständigen Stimmen in diesem Land Gehör schenken wollen, die Ihnen einflüstern, doch endlich ‚das Blatt zu wenden‘, weil Sie angeblich ‚diese Geschichten satt haben‘. Wer einen Schlusstrich ziehen will, hat es schon längst getan. Er hat nicht nur das Blatt gewendet, sondern es aus seinem Bewusstsein gerissen. Wer sich dazu herbeilässt, die Erinnerung an die Opfer zu verdunkeln, der tötet sie ein zweites Mal. Das aber ist dann seine Last.“ Trotzdem teilen wir diese Last, solange es immer noch Deutsche gibt, die einer stumpfsinnigen Fremdenfeindlichkeit verfallen. Viele können nur sprachlos mit dem Kopf schütteln, wenn sie hören, dass in einem Dorf in Sachsen-Anhalt fünf Neonazis einen kleinen Jungen aus Äthiopien gequält, verprügelt und gezwungen haben, ihre Stiefel abzulecken. Aber die Fassungslosigkeit, mit der wir auf solche völlig unbegreiflichen Nachrichten reagieren, entbindet uns nicht von der Verantwortung, die wir dafür tragen. Johannes Rau sagt: „Bald sind wir ein Land ohne die Täter von gestern. Dürfen wir damit ein Kapitel im Buch der Geschichte schließen? Oder dürfen wir in der Erinnerung Opfer und Täter gleichberechtigt betrachten? Davor behüte uns Gott – und ein klarer Verstand.“ Und wo es nicht mehr um die Täter von gestern, sondern die Untaten von heute geht, muss die Botschaft noch ergänzt werden: Wir kämpfen gegen die Unmenschlichkeit, weil wir uns noch gut erinnern, wie sie ist. Wer bei klarem Verstand ist, weiß das. Und gerade als Deutscher muss man bei klarem Verstand sein, sonst ist man nichts.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.01.2006, 11:29 Uhr - 1408 Clicks - Nr. 65

Sofort verfügbares Baurecht für Standort Protonentherapiezentrum hat Vorrang

"In der Bauausschusssitzung am 02.02.06 stellen wir den beigefügten Alternativantrag. Bei den Vorschlägen geht es der SPD-Fraktion vor allem um Flächenverfügbarkeit mit Baurecht," erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und der baupolitische Sprecher Achim Heinrichs. Der Wissenschaftspark sei auch für Vorhaben, wie das Protonentherapiezentrum, errichtet worden, ist baureif und verfügt über genügend Fläche. Der Standort auf dem östlichen Hörn-Gelände, entlang des Gaardener Rings, ist ebenfalls verfügbar und soll in die Prüfung aufgenommen werden.

"Das größte Hindernis für eine erfolgreiche Ansiedlung des Zentrums stellt die Oberbürgermeisterin selbst dar, wegen fehlender Bereitschaft sich von einer einmal getroffenen Entscheidung zu lösen," so Cathy Kietzer.

"Im Falle einer Entscheidung für den Schlossgarten liegt inzwischen eine ernstzunehmende Klageandrohung auf dem Schreibtisch der Oberbürgermeisterin, die der SPD-Fraktion in Kopie zugeschickt wurde. Es wäre geradezu fahrlässig, bei diesem kurzfristigen Planungszeitraum, die Standortprüfung hier fortzuführen. Schließlich ist der Pastor-Husfeldt-Park auch im Gespräch. Nach Prüfung müssen wir feststellen, dass dort auch das Baurecht nicht unmittelbar verfügbar ist," verdeutlicht Heinrichs zum Abschluß.

Alternativantrag zu TOP 5.6 Bauausschuss

Betreff: Bebauungsplan Nr. 960 für das Baugebiet Kiel-Düsternbrook, zwischen Bebauung der Hegewischstraße, südlich der Augenklinik und der Kunsthalle, Düsternbrooker Weg und Verlängerung der Brunswiker Straße und Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 805 und teilweise Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 865 (Aufstellungsbeschluss), Drucksache 0053/2006

Alternativantrag:

1. Als Standort für das künftige Protonentherapiezentrum wird der Schlossgarten ausgeschlossen. Die bisherigen Umgestaltungspläne für den Schlossgarten werden unverändert fortgeführt.
2. Als Standorte für das künftige Protonentherapiezentrum werden u.a. folgende Flächen untersucht und die Ergebnisse dem Bauausschuss zur Sitzung am 02.03.2006 vorgestellt und ggf. die nötigen Vorlagen für das Bauleitplanverfahren erstellt:

*** Wissenschaftspark,**

*** Hörn-Gelände.**

Begründung:

Mit der Vorlage DRS 0053/2006 wird der Schlossgarten als künftiger Standort für das Protonentherapiezentrum zielgerichtet verfolgt. Dieser Standort ist aufgrund seiner städtebaulichen Bedeutung ungeeignet. Die bisherigen Umgestaltungspläne für den Schlossgarten sollen unverändert fortgeführt werden, damit dessen städtebauliche Qualität dauerhaft gesichert werden kann. Damit das Protonentherapiezentrum in Kiel errichtet werden kann, sind alternative Standorte kurzfristig zu untersuchen und dem Bauausschuss vorzustellen. Wir wollen das Protonentherapiezentrum nach Kiel holen, deshalb brauchen wir in erster Linie die Prüfung von Flächen, die mit Baurecht versehen sind.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 31.01.2006, 13:09 Uhr - 7054 Clicks - Nr. 66

Kreisverband sucht neue Wege

Unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Dr. Wolfgang Wodarg diskutierten am 28. Januar die Vertreterinnen und Vertreter der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften des SPD-Kreisverbandes Flensburg in einem Workshop Möglichkeiten zur Optimierung der politischen Arbeit im Kreisverband.

Es wurden in der Diskussion, die von Elfriede Marx vom SPD-Landesverband moderiert wurde, zahlreiche Vorschläge und Konzeptansätze herausgearbeitet, die in bereits terminierten Anschlussveranstaltungen zu einem Handlungskonzept für den Kreisverband entwickelt werden sollen.



Keine Kommentare

[Lothar Hay, MdL](#) - veröffentlicht am 31.01.2006, 17:25 Uhr - 3568 Clicks - Nr. 67

Lothar Hay / Rolf Fischer:: Haushaltskürzungen für die deutsche Minderheit nicht

Haushaltskürzungen für die deutsche Minderheit nicht hinnehmen.

„Die durch das Bundesinnenministerium gegenüber dem Hauptvorstand des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) angekündigte Kürzung der Bundesmittel für die

deutsche Volksgruppe in Höhe von 155.000,- € führt zu erheblichen Haushaltsproblemen beim BdN, zumal sie sehr kurzfristig ausgesprochen wurde. Die SPD-Landtagsfraktion fordert das Bundesinnenministerium auf, die Kürzung zurückzunehmen“, erklären der SPD-Fraktionsvorsitzende, Lothar Hay und der minderheitenpolitische Sprecher der Fraktion, Rolf Fischer.

Schon einmal hatte das Bundesinnenministerium vor zwei Jahren auf der Basis der „Koch-Steinbrück-Liste“ eine Kürzung vorgesehen, da es sich nach der Auffassung des Ministeriums bei der Förderung der deutsche Volksgruppe um eine Subvention handele. „Die SPD- Landtagsfraktion vertrat seinerzeit und vertritt auch heute die Auffassung, dass es sich bei den Fördergeldern nicht um eine Subvention handelt, sondern um die institutionelle Unterstützung des BdN. Nicht nur die Landesverfassung von Schleswig-Holstein fordert die Unterstützung der Minderheiten, auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht eine Förderung und Unterstützung von Minderheiten ausdrücklich vor. Diese Erklärung ist heute MdB Michael Bürsch, der in der Landtagsfraktion referierte, mit auf den Weg gegeben worden, um in der Landesgruppe der SPD-Bundestagfraktion eine entsprechende Meinungsbildung durchzusetzen. Die geplante Kürzung soll umgehend im Haushaltsausschuss des Bundestages thematisiert und verhandelt werden“, erklären Hay und Fischer abschließend.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 01.02.2006, 09:14 Uhr - 1267 Clicks - Nr. 68

Hempeles Straßenmagazin ist aus Kiel nicht mehr wegzudenken

Thomas Wehner, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, gratuliert Hempels Straßenmagazin zu seinem zehnjährigen Bestehen.

"Das Straßenmagazin ist aus Kiel nicht mehr wegzudenken.

Die Verwirklichung des sozialpolitischen Anspruchs, Menschen unkompliziert, durch eigene Arbeit, mit der Herstellung einer Straßenzeitung zu Einkommen zu verhelfen, ist höchst erfolgreich. Von Ausgabe zu Ausgabe ist Hempels professioneller geworden.

Wer am Anfang vielleicht nur etwas Gutes tun wollte, wartet heute mit Spannung auf die Reportagen."

Hempels kann, so Thomas Wehner, darauf vertrauen, dass die SPD-Ratsfraktion die gute Arbeit bei Hempels und im Umfeld - wie von Anfang an - weiter unterstützt.



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 01.02.2006, 09:15 Uhr - 1299 Clicks - Nr. 69

Endlich kommt Bewegung in der Standortfrage

Vier Wochen Planungszeit Protonentherapiezentrum vergeudet

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:

"Die Berichterstattung, aber vielleicht auch unsere Pressemitteilung, greift zu kurz.

Unseren Vorschlag zur Bebauung des Protonentherapiezentrums im Pastor-Husfeldt-Park halten wir aufrecht, sofern die Verwaltungsspitze die Rechtssicherheit des Planaufhebungsverfahrens (öffentliche Grünfläche, Park) sowie die fristgerechte Sicherheit des erforderlichen neuen Baurechts

gewährleistet.

Unser Antrag richtet sich gegen die einzige bisher vorhandene Beschlussvorlage für die Bauausschusssitzung am 02.02.06, in der die Oberbürgermeisterin als einzigen Vorschlag den Schlossgarten anführt.

Wir haben diesen Vorschlag von Anfang an als unrealistisch und nicht durchführbar angesehen. Deshalb haben wir den Pastor-Husfeldt-Park vorgeschlagen.

Da auch in diesem Park nicht unmittelbar gebaut werden kann, haben wir uns nach weiteren Flächen mit vorhandenem Baurecht umgesehen und festgestellt, dass im Wissenschaftspark sofort gebaut werden kann und schlagen diese Fläche ebenfalls zur Prüfung vor.

Am Mittwoch wird der Dezernent die Vorstellung der Verwaltung in der Fraktion präsentieren. Bisher liegen uns keine verwertbaren Unterlagen vor, noch nicht einmal zu der Größenordnung des Gebäudes, die in der Berichterstattung regelmäßig zwischen 104 und 120 Meter Länge schwankt. Ich erwarte ein maßstabgerechtes Massenmodell eingestellt in den Pastor-Husfeldt-Park mit eingezeichneten Abstandsflächen und vorzuhaltenden Parkplätzen oder eine ähnlich aussagekräftige Präsentation.

Früher konnten die Fraktionen sich einhellig auf große Vorhaben einigen, weil sie wussten, dass Rechtssicherheit bestand.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 01.02.2006, 12:26 Uhr - 2220 Clicks - Nr. 70

Kein Grünes Licht für Landesuniversität

Zu den Ausführungen von Ministerpräsident Carstensen beim heutigen Hochschulempfang erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Ohne den Nachweis positiver Effekte gibt es keinen Grund, sich auf den Weg zu einer Landesuniversität zu machen. Und der liegt bisher in keiner Weise vor. ...

Die Ausführungen von Ministerpräsident Carstensen zu mehr Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen finden unsere volle Unterstützung. Die SPD-Fraktion hat von Beginn an zu den Eckwerten von Wissenschaftsminister Austermann zur Hochschulgesetznovelle erklärt, dass sie die Frage der Bildung einer Landesuniversität offen und vorurteilsfrei angehen will. Voraussetzung dafür seien jedoch präzise und belastbare Zahlen, aus denen hervorgehe, ob positive Effekte ohne Leistungs- oder Standardverlust zu erzielen seien, die einen so weit reichenden Eingriff in lokale und regionale Interessen rechtfertigen. Dazu liegt weiterhin nichts vor. Deswegen gibt es auch von der SPD kein grünes Licht für eine Landesuniversität!

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 01.02.2006, 12:31 Uhr - 2598 Clicks - Nr. 71

Haushaltskürzung für die deutsche Minderheit nicht hinnehmbar

„Die durch das Bundesinnenministerium gegenüber dem Hauptvorstand des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) angekündigte Kürzung der Bundesmittel für die deutsche Volksgruppe in Höhe von 155.000,- € führt zu erheblichen Haushaltsproblemen beim BdN, zumal sie sehr kurzfristig ausgesprochen wurde. Die SPD- Landtagsfraktion fordert das Bundesinnenministerium auf, die

Kürzung zurückzunehmen“, erklären der SPD-Fraktionsvorsitzende, Lothar Hay und der minderheitenpolitische Sprecher der Fraktion, Rolf Fischer.

Schon einmal hatte das Bundesinnenministerium vor zwei Jahren auf der Basis der „Koch-Steinbrück-Liste“ eine Kürzung vorgesehen, da es sich nach der Auffassung des Ministeriums bei der Förderung der deutschen Volksgruppe um eine Subvention handele.

„Die SPD- Landtagsfraktion vertrat seinerzeit und vertritt auch heute die Auffassung, dass es sich bei den Fördergeldern nicht um eine Subvention handelt, sondern um die institutionelle Unterstützung des BdN. Nicht nur die Landesverfassung von Schleswig-Holstein fordert die Unterstützung der Minderheiten, auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht eine Förderung und Unterstützung von Minderheiten ausdrücklich vor. Diese Erklärung ist heute MdB Michael Bürsch, der in der Landtagsfraktion referierte, mit auf den Weg gegeben worden, um in der Landesgruppe der SPD-Bundestagfraktion eine entsprechende Meinungsbildung durchzusetzen. Die geplante Kürzung soll umgehend im Haushaltsausschuss des Bundestages thematisiert und verhandelt werden“, erklären Hay und Fischer abschließend.“

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 01.02.2006, 19:39 Uhr - 2631 Clicks - Nr. 72

Ausführung: mangelhaft!

CDU muß in Sachen Gymnasium Harksheide nachsitzen

Mit Überraschung hat die Norderstedter SPD-Fraktion die CDU-Pläne für die Errichtung von Gebäuden für die Kulturstiftung, die Musikschule, eine Mensa und ein Lernzentrum am Gymnasium Harksheide zur Kenntnis genommen.

"Bei allem Reiz, den dieses Gedankenspiel enthält, darf die Ernsthaftigkeit, gerade wenn man die völlig offene Frage der Finanzierung betrachtet, bezweifelt werden.", so SPD-Pressesprecher Thomas Jäger.

Ein fester Standort für die Musikschule sei auch von der SPD schon angedacht worden, und über ein Stiftungsmodell könne man diskutieren.

"Wir kritisieren das Verfahren der CDU in aller Schärfe. Vertraulichkeit oder gar Geheimhaltung sind in dieser Sache völlig fehl am Platz gewesen. Man hätte die Öffentlichkeit in die Diskussion einbeziehen können, wenn man es ernst mit der Sache gemeint hätte.

Eine krasse Form von Überheblichkeit aber ist es, dass diese Pläne an den Betroffenen und den akuten Bedürfnissen vorbei entwickelt wurden. Stattdessen soll die Schulgemeinschaft von den Plänen "in Kenntnis gesetzt" werden. Diese Ausführung ist absolut mangelhaft.

Besonders bitter ist dieses "Gedankenspiel" für die zahlreichen Engagierten am Gymnasium Harksheide, die viel Kraft in ein eigenes Projekt gesteckt haben, welches die CDU auf diese Weise kaltschnäuzig ins Leere laufen läßt.

Angesichts der ungeklärten Finanzierung des CDU-Projekts ist davon auszugehen, dass sowohl eine angemessene Mittagsverpflegung der Schüler als auch die Verwirklichung des Lernzentrums im Gymnasium Harksheide auf Jahre hinaus blockiert werden. Das Gedankenspiel wird damit zum Totschlagargument."

Das was Stadtpräsidentin Charlotte Paschen in ihren Reden zu Recht einfordere, nämlich die Stärkung und Würdigung ehrenamtlichen Engagements, stoße in ihrer CDU-Fraktion offenbar auf taube Ohren.

"Die Bereitschaft der Eltern, Schüler und Lehrer sich für ihre Schule zu engagieren, ist ungebrochen. Die CDU ist aber offensichtlich nicht daran interessiert, diese Einsatzbereitschaft im Interesse einer besseren Bildung zu nutzen. Das Ansehen der CDU ist damit endgültig im Keller.", so Jäger

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 02.02.2006, 14:28 Uhr - 7570 Clicks - Nr. 73

MdB Sönke Rix: Der Ausbildungspakt muss weiterentwickelt werden

Die in dieser Woche vorgestellte Zwischenbilanz des Ausbildungspaktes lässt keinen Raum für euphorische Lobeshymnen. Ebenso falsch finde ich es, die Vereinbarung schon jetzt als gescheitert zu bezeichnen.

Formal haben die Partner des im Juni 2004 von Bundesregierung und deutscher Wirtschaft unterzeichneten Ausbildungspaktes auch im Jahre 2005 ihre Verpflichtungen aus dem Pakt erfüllt:

- Die Wirtschaft hat sich im Pakt verpflichtet jährlich 30.000 neue Ausbildungsplätze zu schaffen: Bis Januar 2006 wurden 63.400 neue Ausbildungsplätze gewonnen.

- Die Bundesverwaltung verpflichtete sich, ihr Ausbildungsangebot um 20 Prozent zu erhöhen: Das Ausbildungsangebot wurde bereits 2004 um 34 Prozent gesteigert und 2005 auf diesem Niveau fortgesetzt.

- Die Wirtschaft verpflichtete sich, jährlich 25.000 Praktikumsplätze für eine betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQJ) zu schaffen: Tatsächlich hat die Wirtschaft rund 42.000 EQJ-Plätze bereitgestellt, von denen bislang 19.800 besetzt worden sind.

- Die Bundesregierung verpflichtete sich das "Bund-Länder-Ausbildungsprogramm Ost" im Jahr 2004 mit 14.000 Plätzen fortzuführen: Dies wurde 2004 erfüllt, und über die Paktverpflichtung hinaus wurden auch 2005 wiederum

14.000 betriebsnahe Plätze bereitgestellt.

Trotz dieser auf den ersten Blick positiven Bilanz hat der Pakt im Jahr 2005 kaum zu einer tatsächlichen Verbesserung der Ausbildungssituation geführt. Fest steht, dass nur im ersten Pakt-Jahr der Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen

gestoppt werden konnte, Ende 2004 gab es erstmals mehr betriebliche Ausbildungsplätze als in einem Vorjahr. 2005 lag die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit 550.180 deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres (573.000). Auch die Nachvermittlungsaktionen waren im Jahr 2005 weniger erfolgreich als im Vorjahr. Zwar ist es gelungen, die Zahl der unvermittelten Bewerber von 40.916 (September 2005) auf 17.539 (Dezember 2005) zu reduzieren, aber 2004 war die Nachvermittlung bei schwierigerer Ausgangslage erfolgreicher: Eine Reduzierung von 44.084 auf 14.925.

Als positives Ergebnis sehe ich die Einstiegsqualifizierungen.

Dieses neu geschaffene Instrument der praxisorientierten Berufsvorbereitung hat sich vor allem deshalb bewährt, weil mehr als die Hälfte der Absolventen in eine Lehre gewechselt ist.

Der Ausbildungspakt hat aber nur dann eine Berechtigung, wenn er tatsächlich zu einer Verbesserung der Ausbildungssituation führt. Das heißt, es muss zu einer tatsächlichen Steigerung von Ausbildungsangeboten kommen und es muss Maßnahmen zur Verstärkung der praxisorientierten Einstiegsqualifizierung geben.

Wir stehen in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen: Die Zahl der Schulabsolventen

wird konstant hoch bleiben und erst im nächsten Jahrzehnt abnehmen. Diese Schulabgänger und der sehr hohe Anteil der nicht vermittelten Altbewerber der vergangenen Jahre muss mit Ausbildungsplätzen versorgt werden. Nur wenn das gelingt, können wir uns mit dem Ausbildungspakt zufrieden geben.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 02.02.2006, 20:24 Uhr - 1710 Clicks - Nr. 74

Stadtmarketing ? Fremdenverkehr ? Kein Thema mehr für die Politik ?

Jens Lichte, Stadtvertreter der SPD, steht allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 09.02.2006 von 16.00 - 17.30 Uhr zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus (A0.05) statt und Jens Lichte ist dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 während der Sprechstunde zu erreichen.

Thema der Sprechstunde ist:

Stadtmarketing ? Fremdenverkehr ? Kein Thema mehr für die Politik ?

Seit der Gründung der Stadtmarketing GmbH vor mehr als einem Jahr tauchen die Themen Stadtmarketing und Fremdenverkehr nicht mehr in der politischen Gremien auf.

Die Vorschläge im Massnahmenhandbuch der Beratungsfirma CIMA sind jedoch nach wie vor sehr aktuell und Jens Lichte wird einige der Vorschläge in seiner Sprechstunde vorstellen und steht zur weiteren Diskussion darüber gerne bereit.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 02.02.2006, 21:03 Uhr - 2402 Clicks - Nr. 75

SPD.Engelsby: Wohnumfeldverbesserung für Anlieger

Der Infrastrukturausschuss beschäftigte sich in der heutigen Sitzung u.a. mit der Umgestaltung der Richard-Wagner-Straße, deren Anschluss an die Nordstraße im Zuge des Baues der Osttangente für den Fahrzeugverkehr gesperrt wurde.

Dieses Straßenteilstück wird nur noch durch die Anlieger der Joseph-Haydn-Straße und der Richard-Wagner-Str., sowie durch die über die Brücke von Fruerlund kommenden Fußgänger und Radfahrer genutzt. Aus diesem Grunde wird dieser Straßenzug als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen. Die an der dortigen Kreuzung aufgestellte Signalanlage wird durch eine Fußgängerampel ersetzt.

Mit dieser Maßnahme soll den Anwohnern eine Verbesserung des Wohnwertes vermittelt werden. Gleichzeitig wird die Situation für Radfahrer und Fußgänger verbessert.

Keine Kommentare

Pragmatische Lösung für ZOB

Der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Achim Heinrichs erklärt:

"Einer pragmatischen Lösung für den ZOB wird sich die SPD-Fraktion nicht entziehen. Der ZOB ist in seiner jetzigen Optik kein Schmuckstück.

Wenn mit überschaubaren Kosten, über deren Größenordnung noch zu sprechen sein wird, sichtbare Verbesserungen in der Außenansicht erreicht werden, gewinnt das Stadtpanorama an Attraktivität.

Die Parkflächen in dieser Innenstadtlage sind unverzichtbar. Einen Investor zu finden, der hierfür Ersatz bietet und die weiteren baulichen Anforderungen an dieses Stadtquartier erfüllt, ist für die nächsten Jahre wenig wahrscheinlich.

Für Überlegungen, einen Kopfbau entlang der Raiffeisenstraße zu errichten, ist die SPD-Fraktion offen. Hier erwarten wir von der Verwaltung ein dreidimensionales Massemodell, das einen maßstabsgetreuen Eindruck vom möglichen Bauvolumen und seiner Einbindung in die vorhandene Bebauung bietet."

Keine Kommentare

Das HaK muss erhalten bleiben!

Heute, den 03.02.06 gibt der Juso-Kreisvorsitzende Mario Florschütz bekannt:

"In einer vom Kreisvorstand herausgegebenen Pressemitteilung machen wir auf die prekäre Lage des selbstverwalteten Jugendkulturzentrums HaK in Bad Segeberg aufmerksam.

Hier die komplette PM:"

HaK muss erhalten bleiben!

Wir möchten heute auf die prekäre Lage des selbstverwalteten Jugendkulturzentrums Hotel am Kalkberg in Bad Segeberg aufmerksam machen. Nachdem der Ausschuss für Jugend, Senioren und Soziales der Stadt Bad Segeberg in seiner letzten Sitzung vom 23.01.2006 beschlossen hat, die Veranstaltungsmöglichkeiten des HaK auf nur noch 12 Live-Veranstaltungen zu beschränken, vernahmen wir aus Richtung des HaK Töne, die uns aufhorchen ließen. Es stünde demnach das finanzielle Aus im Raum, sofern der Beschluss Realität werden würde. Wie wir nach Rücksprache mit den Verantwortlichen des HaK erfahren haben, sind die Live-Veranstaltungen Kulturveranstaltungen, die der Finanzierung der selbstverwalteten Einrichtung dienen. Nun würde Folgendes passieren: „Im laufenden Jahr 2006 werden die fixen Kosten monatlich mindestens 1.660,50€ betragen. Wenn, wie im Jugendausschuss beschlossen, neben den wöchentlichen Cafe-HaK-Abenden nur noch 1 Live-Veranstaltung stattfinden dürfte, würden den Kosten lediglich Gesamteinnahmen von 1.234,00€ gegenüberstehen. Dies würde 2006 ein monatliches Defizit von 426,50€ bedeuten. Somit decken diese Veranstaltungen 2006 bei Weitem nicht die jährlichen Kosten“, rechnet Alexander Wagner, der Kassenwart sowie Jugendpolitischer Sprecher der Jungsozialisten, vor. Eine Zwangsschließung auf Raten wäre also unweigerlich die Folge. Wir werben bei allen Fraktionen der Stadtvertretung Bad Segeberg, bei der Stadtverwaltung und dem Bürgermeister Hampel dafür, aufgrund der neuen detaillierten Erkenntnisse, sich noch einmal mit dieser Problematik aktiv auseinanderzusetzen. Das Ziel sollte eine tragfähige Kompromisslösung zugunsten der Erhaltung des Jugendkulturzentrums sein. Bis jetzt haben sich alle Beteiligten immer für einen Erhalt des HaK ausgesprochen. Wir setzen

darauf, dass dies durch konkretes Handeln unter Beweis gestellt wird. Wir schlagen vor, dass die bisherige Beschlusslage noch einmal in den Fachausschuss überwiesen wird. „Die Stadt Bad Segeberg kann Stolz darauf sein, dass sich im HaK eine derart offene Jugendkultur entwickelt hat. Damit dem HaK nicht der Todesstoß versetzt wird, unterstützen wir die Jugendlichen mit vereinten Kräften“, so Jungpolitiker Wagner abschließend.

HaK muss erhalten bleiben!

Keine Kommentare

[Lothar Hay, Mdl](#) - veröffentlicht am 03.02.2006, 17:21 Uhr - 3959 Clicks - Nr. 78

Lothar Hay: Geburtstagsgruß an den "Nordschleswiger"

Zum heutigen 60jährigen Bestehen der einzigen deutschsprachigen Tageszeitung in Dänemark erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:

60 Jahre und kein bisschen leise – dieses Motto passt zur einzigen deutschsprachigen Tageszeitung in Dänemark, „Der Nordschleswiger“. Für 60 Jahre Informationen aus dem Grenzland, aus der deutschen Volksgruppe, aber auch aus dem kulturellen und kommunalen Geschehen Nordschleswigs sagt die SPD-Landtagsfraktion herzlichen Dank an alle, die an der Produktion und am Vertrieb der Zeitung beteiligt sind. Die tägliche Information aus dem Grenzland mit den wichtigsten Meldungen aus der dänischen Innen- und Außenpolitik ist für uns eine hervorragende Quelle für die politische Arbeit.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Nordschleswiger immer wieder verändert, wie sich auch die politische Landschaft verändert hat. Dabei bleibt die überparteiliche Ausrichtung von großer Bedeutung, besonders für die Akzeptanz in Dänemark.

Nordschleswig, wie wir es kennen, wird es ab 1. Januar 2007 nicht mehr geben. Es geht auf in der Region „Süddänemark“. Es wird aber weiter den „Nordschleswiger“ geben, dem in der neuen Regionalstruktur eine wichtige Aufgabe zufällt: Sprachrohr des Grenzlandes zu sein, nicht nur für die deutsche Minderheit.

Wir wünschen der Mannschaft des „Nordschleswiger“ für die Zukunft weiterhin viel Freude an der Arbeit und eine kritische Feder. Presse und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut in einer demokratischen Gesellschaft, das es zu erhalten gilt.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 05.02.2006, 23:22 Uhr - 10950 Clicks - Nr. 79

Itzehoer Ruderclub feiert Jubiläum

Zum 40. Jubiläum über sendet die SPD-Steinburg die herzlichsten Glückwünsche.

Wie der Kreisvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Steinburger SPD **Rudolf Riep** auf der Festveranstaltung besonders hervorhob, ist der [IRC](#) ein gutes Beispiel für Jugendarbeit auf ehrenamtlicher Basis. Ebenfalls beeindruckt war er von der Eigeninitiative, mit der dieser Verein sein schönes Boots- und Vereinshaus errichtet hat und unterhält.



Andere Festredner stellten den Zusammenhang zum Schulsport dar. Aus der Vereinsgeschichte wurden einige Höhepunkte vorgestellt. Die vom gerade wiedergewählten Vorsitzenden des IRC Peter Olsen geschilderten Tugenden eines Ruderers sind nahezu sozialistische Ideale, was die Zusammengehörigkeit und gemeinsame Verfolgung von Zielen betrifft.

Die SPD-Steinburg wünscht immer die sprichwörtliche Handbreit Wasser unterem Kiel und gutes Gelingen für das weitere Vereinsleben.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.02.2006, 11:32 Uhr - 6540 Clicks - Nr. 80

Jeder lobt das Ehrenamt... Aber nur die SPD geht hin!

Am Mittwoch ,dem 01.02.06 fand zur Vorbereitung der Ehrenamtsmesse in der Diako eine Diskussionsrunde zum Thema „Die Bedeutung des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft“ statt. In einer lebhaften Diskussion haben sich sowohl die SPD-Ratsfraktion, vertreten durch die stellvertretende Stadtpräsidentin Barbara Phillipsen, als auch der SPD- Kreisverband, vertreten durch den Pressesprecher Petrick Mielke und das Vorstandsmitglied Ali Baylan, eindeutig zum Ehrenamt und seiner fundamentalen Bedeutung für ein Gemeinwesen bekannt.

Aber auch die Problematik der leeren Kassen und damit verbunden die Gefahr des Ehrenamtes als Lückenbüßer und „Einsparhilfe“ wurden thematisiert.

Das Ehrenamt ist in dieser verdichteten Zeit eine wertvolle Möglichkeit ein wenig Menschlichkeit zum Ausdruck zu bringen und sich dem schwachen Gegenüber zuzuwenden.

Das ist einer der Kernpunkte, wenn die SPD von Solidarität spricht und das haben auch die Genossen und Genossinnen als Vertreter Ihrer Ortsvereine oder Institutionen mit ihren Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck gebracht, die oben nicht erwähnt , aber trotz allem zahlreich anwesend gewesen sind! Trotz der wichtigen und lohnenden Auseinandersetzung an diesem Abend muss festgestellt werden, dass sowohl die große Gruppe der jungen Ehrenamtlichen und die Vertreter der anderen Parteien zahlenmäßig nicht wahrnehmbar zugegen waren.

Der SPD Kreisverband Flensburg hofft, dass durch diese Diskussionsveranstaltung und die folgende Ehrenamtsmesse am 12.Februar im Deutschen Haus ein vertieftes Nachdenken über das Bürgerliche Engagement ausgelöst wird .

Wir werden uns dort sicherlich einbringen und freuen uns auf eine sachliche Weiterentwicklung des Ehrenamtes.

Petrick Mielke, Pressesprecher (SPD Kreisverband Flensburg)

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.02.2006, 15:44 Uhr - 2118 Clicks - Nr. 81

VHS Flensburg hat SPD Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Bartels zu Gast

Am Montag, 20. Februar 2006, 20.00 Uhr findet im Kultur-Cafe´ der Flensburger Volkshochschule an der Nikolaikirche ein Vortrags- und Diskussionsabend mit dem **SPD Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Bartels** statt.

Das Thema des Abends lautet wie sein Buch "**Profitcenter Deutschland - der neokapitalistische**

Machtrausch".

Wirtschaft scheint heute alles zu sein. Das marktradikale Denken durchdringt jeden Lebensbereich, vom "Humankapital" in den Familien bis zu den "Profitcentern" der Kirche. Die Verheißung der gepriesenen Diktatur des Kapitals lautet: Wohlstand am Standort Deutschland. Die Drohung an die Ungläubigen: Abstieg und Verelendung. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich Dr. Hans-Peter Bartels, Mitglied des Deutschen Bundestages, promovierter Politologe, ehemaliger Redenschreiber von Björn Engholm und einer der führenden Köpfe der neuen SPD, in seinem aktuellen Buch und an an diesem Abend, zu dem alle eingeladen sind, die Lust haben sich mit aktuellen Standortfragen und Zukunftsantworten für den Standort Deutschland auseinanderzusetzen.

Eintritt: 3,00 Euro, keine Ermäßigung möglich. (Bezahlung vor Ort)

Keine Kommentare

[AfA Stormarn](#) - veröffentlicht am 07.02.2006, 09:59 Uhr - 1621 Clicks - Nr. 82

AfA sagt NEIN zur Rente mit 67 Jahren

Der Stormarner Arbeitnehmerflügel (AfA) in der SPD lehnt die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahren ab und fordert einen Rentengipfel für Deutschland.

„Die Rentenpläne der Großen Koalition schaden Alten wie Jungen. Arbeitsplätze fehlen und viele Beschäftigte sind im Alter gesundheitlich angeschlagen. Ein höheres Renteneintrittsalter bedeutet für alle, die nicht bis 67 arbeiten können oder wollen, eine zusätzliche Rentenkürzung.“ so Nils Bolwig (31), Vorsitzender der AfA Stormarn.

Der Anteil der Beschäftigten in den Betrieben die älter als 55 Jahre sind liegt gerade einmal noch bei 39 Prozent. Im Arbeitsamts Bezirk Bad Oldesloe verzeichnen wir heute schon die höchste Arbeitslosenquote mit 25,2 Prozent (4253 Arbeitslose) bei den über 50 Jährigen. Vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit in Deutschland und die von Arbeitgebern geforderte und zum Teil umgesetzte verlängerte Wochenarbeitszeit in den Betrieben, ist eine Diskussion über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ein politisches Armutszeugnis.

Wir appellieren an die Politik, endlich einen Rentengipfel durchzuführen, damit ein Rentenreformkonzept erarbeitet werden kann, auf das sich die Arbeitnehmer in Deutschland in den nächsten Jahren verlassen können. Die Rentenkürzungspolitik der letzten Jahre (Riesterrente 2001, Anhebung der Altersgrenzen für Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit 2003 sowie das Nachhaltigkeitsgesetz 2004) muss ein Ende haben. Die Rentenversicherung benötigt vielmehr eine stabile Finanzbasis. Das solidarische Rentensystem muss den Lebensstandard im Alter sichern. Wir regen an, für ein stabiles Rentensystem alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Durch die schrittweise Einbeziehung von Selbstständigen, Freiberuflern, Beamten und Abgeordneten können die Renten gerechter finanziert werden. Eine Nachfolgeregelung für das Altersteilzeitgesetz, das 2009 ausläuft muss gefunden werden. Denn eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit würde die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nur verschärfen. Altersteilzeit soll auch künftig Älteren ermöglichen, zu angemessenen Bedingungen früher in den Ruhestand zu gehen. Jüngere erhalten dann eher einen Arbeitsplatz.

Schon heute muss nach der aktuellen Gesetzeslage ein zukünftiger Durchschnittsverdiener länger als 34 Jahre arbeiten, um einen Rentenanspruch oberhalb des Existenzminimums zu erwerben. Der geplante sogenannte „Nachholfaktor“ würde zu weiteren realen Rentensenkungen führen. Ebenso wie die geplante Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Jeder Monat früherer

Renteneintritt führt dann zu einem Abschlag von 0,3 Prozent - bei zwei Jahren sind das insgesamt 7,2 Prozent weniger Rente monatlich.

Keine Kommentare

[Ute Erdsiek-Rave](#) - veröffentlicht am 07.02.2006, 21:21 Uhr - 3895 Clicks - Nr. 83

Bildungsqualität und gerechte Chancen gehören zusammen

Vieles an unseren Schulen und unserem Schulsystem steht auch nach den PISA-Diskussionen nicht in Frage. Aber wie jeder von uns aus seiner Lebenserfahrung weiß, verkehrt sich Gutes leicht ins Gegenteil. Es kehrt Routine und manchmal auch Erlahmen ein, wenn man nicht dran bleibt, kontinuierlich genau hinguckt und da, wo man Schwachstellen entdeckt, nachjustiert, Weichen neu stellt - eben das tut, was wir im Koalitionsvertrag als "Weiterentwicklung" bezeichnet haben.

Eben dieser Verpflichtung zur permanenten Anpassung stellen wir uns mit der geplanten Schulgesetznovelle.

Über die Zielperspektive gibt es - bei mancher Unstimmigkeit im Einzelnen - einen breiten Konsens:

Wir alle wollen

- die Qualität unserer Bildungsangebote erhalten und steigern;
- mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, weniger Kinder scheitern lassen, mehr Kindern die Chance auf höhere Abschlüsse eröffnen;
- die Weiterentwicklung bedarfsgerecht gestalten, d.h. ein wohnortnahes Angebot an allgemein bildenden Schulen sichern und die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Bildung gewährleisten; und
- ökonomisch und sparsam mit den Ressourcen umgehen, die Effizienz unserer Bildungseinrichtungen steigern.

Was das Ziel betrifft, neue Formen längeren gemeinsamen Lernens zu ermöglichen, so wird es keine "von oben" eingerichtete Gemeinschaftsschule geben. Aber da, wo sich die Beteiligten vor Ort auf diesen Weg verständigen und etwa angesichts sinkender Schülerzahlen und wachsender Ansprüche ihr Schulangebot so gestalten wollen, da können sie mit unserer Unterstützung rechnen.

Die Schulträger sollen künftig insgesamt stärker an der Gestaltung der örtlichen und regionalen Bildungslandschaft und der Profilbildung der Schulen mitwirken können. Wir müssen uns eingestehen, dass die derzeitige Kleinteiligkeit unserer Schulträgerlandschaft die notwendige übergreifende Sichtweise erschwert. Sie soll deshalb in ein System von Nahbereichs-Schulverbänden überführt werden.

Alles ist darauf ausgerichtet, das Schulangebot bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und auch im ländlichen Raum möglichst alle Bildungsabschlüsse auch in Zukunft wohnortnah anzubieten, ich betone: soweit dies ökonomisch vertretbar ist.

Die neue Struktur der gymnasialen Oberstufe macht deutlich: Individuelle Stärken und Begabungen der Schülerinnen und Schüler sollen nicht in einer Fülle von Wahl- und Abwahlmöglichkeiten ihren Ausdruck finden, sondern innerhalb des Profils, das die Schulen entwickeln, gefördert werden. So wird einer breiteren Allgemeinbildung und einer besseren Grundbildung in den Kernfächern Raum gegeben, wie es seitens der Wirtschaft und der Hochschulen immer wieder gefordert wird.

Wir können es auch nicht einfach hinnehmen, dass unsere Schulabgänger im internationalen Vergleich zu alt sind - und werden deshalb den gymnasialen Bildungsgang auf acht Jahre verkürzen. Dieser sparsame Umgang mit Lebenszeit junger Menschen spricht übrigens auch dafür, das Sitzenbleiben deutlich zu reduzieren.

Um eine bessere Vergleichbarkeit der Leistungen zu gewährleisten, werden wir die Durchführung von Vergleichsarbeiten ausweiten. Wir werden schrittweise für alle Schulabschlüsse zentrale Abschlussprüfungen einführen. Die Schülerinnen und Schüler, die zurzeit die elfte Klasse besuchen, werden die ersten sein, die in Schleswig-Holstein ein Zentralabitur ablegen werden. In diesem Jahr werden wir sie darauf vorbereiten.

Und auch der Mittlere Abschluss und der Hauptschulabschluss werden künftig nur in Verbindung mit einer Prüfung mit zentralen Elementen erworben werden können. Wir wollen die Qualität und Vergleichbarkeit der Abschlüsse sichern - und gleichzeitig mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Abschlüssen führen.

Die Sicherung und Steigerung der Qualität ist auch unser Motiv bei der Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren. Als rechtlich und wirtschaftlich selbstständig agierende Einrichtungen wird es den RBZs noch besser gelingen, bedarfsgerechte und hochwertige Qualifizierungsangebote zu realisieren, in Kooperation mit anderen Bildungsträgern und Betrieben der Region, wobei selbstverständlich die Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrags Kernaufgabe der beruflichen Schulen bleiben wird.

Fazit: Nicht das eine oder das andere - beides, die Förderorientierung stärken und die Qualität sichern - das ist der rote Faden der geplanten Maßnahmen zur Weiterentwicklung unserer Schulen. Dies alles ist nicht über Nacht zu bewerkstelligen und umzusetzen. Ich verhehle auch nicht, dass es in manchen Fragen auch noch Kompromisse zu finden gibt, auch zwischen den Koalitionspartnern. Aber über die Grundlinien sind wir uns einig. Wir sind einig im Bemühen um mehr Bildungsqualität und Verbesserung der Lebenschancen für unsere Kinder und jungen Menschen in Schleswig-Holstein.

Ute Erdsiek-Rave, MdL, Ministerin für Bildung und Frauen

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 08.02.2006, 17:12 Uhr - 5996 Clicks - Nr. 84

Jusos kritisieren Vorfälle bei der Stadtvertreterentscheidung bezüglich HaK

Am 08. 02.2006 hat der Kreisvorsitzende eine weitere Pressemitteilung herausgegeben. Wir möchten erneut auf das Thema HaK in Bad Segeberg, speziell über die in diesem Zusammenhang stattfindende gestrige Stadtvertreterentscheidung, aufmerksam machen.

Der Initiativantrag der SPD-Fraktion, der von den Stadtvertretern des BBS und der Grünen unterstützt wurde, der der veränderten Situation Rechnung getragen hätte, und in denen den jungen Leuten mehr überlebenswichtige Großveranstaltungen zugestanden worden wären (15), ist mit CDU-Mehrheit abgelehnt worden. Der ursprüngliche Beschlussvorschlag des Ausschusses für Jugend, Senioren und Soziales wurde von den Unionsabgeordneten mit absoluter Mehrheit angenommen. Wir bedauern natürlich, dass nach der geänderten Sachlage, nämlich die Offenlegung der Finanzen durch den Vorstand des Fördervereins HaK, keine Entscheidung im Sinne des HaK getroffen worden

ist.

Wir kritisieren die Art und Weise, wie der Stadtvertreter Roth die Version seiner CDU-Fraktion über die neuen HaK-Nutzungsmöglichkeiten dargelegt hat. Er hat mit diesem Redebeitrag in derartiger Überheblichkeit die Betroffenen provoziert, dass es seines Gleichen sucht. Der Gipfel seiner Ausführungen war schließlich ein selbst gebasteltes Schild für die neuen Öffnungszeiten des Jugendkulturzentrums, das er demonstrativ in die Höhe hielt. In Oberlehrerart warnte er die HaK-Betreiber, sich bei den folgenden Vertragsverhandlungen quer zu stellen. Wir sind maßlos von Roth und seinen Leuten enttäuscht. Statt sich darum zu bemühen, Wogen zu glätten und den Konsens zu suchen, wird hier Profilierung auf dem Rücken Jugendlicher ausgetragen. Wenn sich CDU und SPD auf Bundesebene auf eine gemeinsame Familienpolitik einigen können, sollte auf regionaler Ebene das gleiche doch zumindest auch in der Jugendpolitik möglich sein. Dann forderte Roth sinngemäß, dass die Besucher gezwungen werden sollen, mehr Getränke zu konsumieren, statt eigene mitzubringen, weil durchschnittlich an manchen Tagen nicht einmal 1€ Gewinn pro Besucher erwirtschaftet wird. Wir weisen darauf hin, dass einige Jugendlichen gar nicht über die entsprechende Kaufkraft verfügen, um dem HaK mehr Gewinn zu bringen, und dass es nicht zu einer profitorientierten Kneipe verkommen soll. Somit sind die Äußerungen sozial unausgewogen. Außerdem ließ Herr Roth bei seiner Forderung, die Betreiber sollen einen unabhängigen Berater zur Einnahmen und Ausgabenoptimierung zur Rate ziehen, die Bezahlungsfrage offen. Von Frau Reitt, die auf den Einfallsreichtum und die Kreativität der HaK-Verantwortlichen zur Gewinnmaximierung setzt, hätten wir im gleichen Zusammenhang gerne gewusst, was den HaK-Betreibern übrig bleibt, als die Preise zu erhöhen, und somit zusätzlich die Akzeptanz der Jugendkultureinrichtung zu verschlechtern.

Weiter ist es logisch, dass die von Bürgermeister Hampel angesprochenen Stromschulden bei der Stadt, die die jungen Leute zu den fixen Kosten gerechnet hatten, entsprechend in der Vergangenheit gemacht wurden. Dies bedeutet, dass schon in dieser Zeit die laufenden Kosten nicht gedeckt werden konnten. Dieses Szenario droht nun erneut.

Wir fordern die engagierten Jungen Menschen rund ums HaK auf, sich durch diese Vorgänge und Vorfälle nicht entmutigen zu lassen. Wir stehen an Ihrer Seite.

Mario Florschütz
Kreisvorsitzender der Jusos Segeberg

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 08.02.2006, 18:14 Uhr - 2879 Clicks - Nr. 85

Neuer AfA-Landesvorstand

AfA-Landeskonferenz am 04. Februar 2006 in Schleswig
Landeskonferenz der SPD-Arbeitnehmerorganisation
AfA gegen "Rente mit 67"



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD hat sich gegen die Rente mit 67 Jahren ausgesprochen. Sie forderte auf ihrer Landeskonferenz in Schleswig die Bundestagsfraktion auf, die Regierungspläne abzulehnen und sich stattdessen auf eine bessere Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu konzentrieren. "Wir brauchen mehr Jobs für ältere Beschäftigte. Hält der Jugendwahn der Wirtschaft an, dann werden die Regierungspläne faktisch zu flächendeckenden Rentenkürzungen", sagte der wiedergewählte

Landesvorsitzende der AfA-Schleswig-Holstein, Wolfgang Mädél. "Die Bundestagsfraktion wäre gute beraten, diese Entscheidung vom Kopf auf die Füße zu stellen und sich erst mal auf mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere zu konzentrieren." Weiter sprach sich die Konferenz für die Sicherung der Mitbestimmung, eine Optimierung der 1-Euro-Jobs sowie gegen den Ausschluss von Reedern von der Tonnagesteuer, wenn diese ihre Schiffe unter fremder Flagge laufen lassen.

Die Landeskonzferenz wählte Wolfgang Mädél mit 100 Prozent erneut zu ihrem Vorsitzenden. Stellvertreter wurden Sabine-Almut Auerbach (85,3 Prozent) und Ralf Wrobel (97,6 Prozent), die sich ebenfalls zur Wiederwahl stellten.

Weiter gehören dem Landesvorstand an: Birte Pauls (Schleswig-Flensburg), Dagmar Wilhelmy-Hellmuth (Kiel), Nils Bolwig (Stormarn), Daniel Friedrich, Bernd Losch (beide Lübeck), Gunnar Reichwaldt (Dithmarschen), Helmut Ulbrand (Kiel) und Karsten Wessels (Dithmarschen).

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 08.02.2006, 19:28 Uhr - 2155 Clicks - Nr. 86

SPD-Initiative für KERN – die Region stärken

Zu den heute veröffentlichten Reformvorschlägen der KERN-Region erklärten die drei Landtagsabgeordneten Rolf Fischer (Kiel), Anette Langner (Plön) und Jutta Schümann (Neumünster), die auch Kreisvorsitzende ihrer Parteien sind:

Wir begrüßen die Vorschläge der KERN-Vorstandsmitglieder. Insbesondere die Einrichtung eines Regionalbeirates scheint uns eine gute Variante. Wir werden diese Vorschläge konstruktiv kritisch analysieren. Für uns gilt: Wir setzen uns dafür ein, dass die KERN-Region schnell und umfassend politisch und organisatorisch gestärkt wird. In der Konkurrenz der schleswig-holsteinischen Regionen muss sich die KERN-Region neu aufstellen. Die Landesregierung hat fünf bis sechs „Leuchtturm“-Projekte für die nördliche Grenzregion angekündigt. Die Region um Hamburg ist in die Konzeption der wachsenden Metropolregion eingebunden. Nur eine starke KERN-Region ist gleichberechtigter Partner für andere Regionen und die Metropolregion.

Wir appellieren an die Vernunft: Die Sicherung von KERN wird nur gelingen, wenn alle politischen Kräfte dies wollen. Parteiübergreifend müssen wir für Mehrheiten sorgen, wenn KERN eine Perspektive haben soll. Angesichts der schnellen Entwicklung in den anderen Regionen unseres Landes appellieren wir an die Entscheidungsträger und werden uns als SPD-Kreisverbände und – Fraktionen dafür einsetzen, politisches Kirchturmdenken zu überwinden.

Wir wollen die Identität von KERN stärken! Die Menschen müssen erkennen, dass nur eine in sich starke Region mithalten kann. Deshalb wollen wir für KERN die Debatte über die neu zu gründenden Verwaltungsregionen intensivieren; die ganze Region muss eingebunden sein. Die Entscheidung über und für kommunale Verwaltungsregionen bietet die Chance, ein gemeinsames zukunftsweisendes Konzept kostengünstiger, effizienter und bürgernaher Verwaltungsdienstleistungen für die gesamte Region zu entwickeln. Diese Chance darf nicht durch Einzelinteressen vertan werden.

Wir wollen als SPD ein Profil für KERN entwickeln, das attraktiv und zukunftsorientiert ist. Wirtschaftsförderung wird sich zukünftig auf Cluster und profilierte Schwerpunkte konzentrieren. Initiativen wie „Zukunft Meer“ und andere Zukunftsbranchen bieten eine Entwicklungsplattform für

eine wirtschaftlich starke KERN-Region.

Wir werden uns für eine engere Zusammenarbeit der SPD in der KERN-Region einsetzen und einen Vorschlag für eine kontinuierliche und konzentrierte Kooperation auf SPD-Ebene umgehend vorlegen.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 08.02.2006, 19:30 Uhr - 2656 Clicks - Nr. 87

EU-Verfassungsdebatte jetzt beginnen

Die Europapolitiker Manfred Ritzek und Rolf Fischer starten eine Initiative zur EU-Verfassung.

In diesem Jahr muss die öffentliche Debatte zur EU-Verfassung wieder beginnen. Die selbst verordnete „Denkpause“ durch die EU ist für uns vorbei. Alles spricht dafür, dass 2007 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft erneut über die Zukunft des geparkten EU-Verfassungsentwurfs debattiert und vielleicht entschieden wird. Eine erneute Ablehnung wäre europapolitisch unverantwortlich.

Um das Verfassungsthema wieder zu aktivieren, beantragen die CDU- und die SPD-Fraktion eine umfassende Landtagsdebatte zum aktuellen Sachstand. Wir wollen uns informieren über:

den aktuellen Stand der Zustimmung/Ablehnung zur EU-Verfassung in den einzelnen Mitgliedstaaten;

die bisher erkennbare Entwicklung der Meinungsbildung zur EU-Verfassung in den Ländern, die noch nicht über die EU-Verfassung abgestimmt haben;

die möglichen kritischen Inhalte der EU-Verfassung, die aus Sicht der Landesregierung einer notwendigen Zustimmung entgegenstehen;

die Möglichkeiten und Instrumente, den Inhalt der EU-Verfassung stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern und

die Vorbereitungen Deutschlands sofern erkennbar bezüglich der Verfassung auf das Jahr 2007 und die bevorstehende EU-Präsidentschaft.

Die Landtagsdebatte zum Thema „EU-Verfassung“ ist der Auftakt zu weiteren Initiativen der CDU- und SPD-Fraktion mit dem Ziel, einen Beitrag zu leisten für den baldigen Abschluss der EU-weiten Diskussion um die Verfassung.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 08.02.2006, 19:57 Uhr - 3461 Clicks - Nr. 88

SPD Norderstedt will beitragsfreies Kindergartenjahr

"Kindergärten sind die Grundlage für einen erfolgreichen Schulbesuch"

Die Norderstedter SPD will die Zukunftschancen der Kinder ins Zentrum der Kommunalpolitik rücken und damit den Startschuß für eine zeitgemäße Bildungs- und Familienpolitik in Norderstedt setzen. Die Grundlagen für einen erfolgreichen Schulbesuch und das spätere Leben würden bereits im Kindergarten gelegt, erklären der Norderstedter SPD-Vorsitzende Heiner Köncke und SPD-Fraktionschef Johannes Paustenbach. Daher müsse die Förderung der Kinder bereits vor dem Schulbeginn ansetzen.

„Gerechte Bildungschancen sind die wichtigste Voraussetzung für eine zukunftsfähige Kommune. Bei uns bestimmt aber der soziale Hintergrund in erheblichem Ausmaß den Bildungserfolg der Kinder und damit deren weitere Lebensperspektive“, so Heiner Köncke.

„Deshalb müssen wir neben der Familie auch im Kindergarten jede Chance nutzen, das natürliche Bildungsbedürfnis der Kinder von Anfang an zu fördern und zu fordern.“

Schließlich verlassen immer noch zu viele Kinder den Kindergarten mit Sprachdefiziten.

Um alle Kinder mit diesem Förderungsangebot zu erreichen, fordert die SPD das letzte Kindergartenjahr für die Eltern gebührenfrei zu stellen.

Zur praktischen Umsetzung und Deckung für die ausfallenden Elternbeiträge soll die Stadtverwaltung, so der Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für junge Menschen am 15. Februar, ein entsprechendes Konzept vorlegen.

Nach den Vorstellungen der SPD soll in diesem Vorschuljahr die enge Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen weiter verstärkt werden. Die bereits praktizierte Kooperation mit den Kindergärten sei ein wichtiger Baustein für einen späteren erfolgreichen Schulbesuch der Kinder.

"Unser längerfristiges Ziel ist die generelle Beitragsfreiheit des Kindergartens, nicht nur im letzten Jahr vor der Einschulung. Dieses Ziel ist aber nur dann zu verwirklichen, wenn das Land den Kommunen und den Kindergartenträgern die Kosten dafür erstattet. Andernfalls würde dies zu einer unverträglich hohen Belastung der Kommunen führen. Der beitragsfreie Kindergarten für alle Kinder kostet das Land viel Geld. Deshalb kann dieses Ziel nur in einem längerfristigen Zeitrahmen schrittweise verwirklicht werden.", erklärt der Fraktionsvorsitzende Johannes Paustenbach.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 08.02.2006, 19:59 Uhr - 3161 Clicks - Nr. 89

SPD Norderstedt fordert Klarheit für das Gymnasium Harksheide

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Paustenbach hat die Norderstedter CDU-Fraktion aufgefordert, endlich Klarheit über die Zukunft des geplanten Lernzentrums am Gymnasium Harksheide zu schaffen.

„Warum wird nicht endlich öffentlich verkündet, was intern längst entschieden wurde?“, fragt Paustenbach.

"Eine mit bunten Pappscheiben verzierte Luftbildaufnahme und ein paar schwammige Aussagen von Herrn Nicolai sind wohl kaum eine angemessene Antwort auf die dringenden Fragen, die Schüler, Lehrer und Eltern des Gymnasiums seit Wochen bewegen."

Norderstedts Kinder und Jugendliche hätten eine bessere Bildungspolitik verdient. Seriöse Bildungspolitik müsse für die CDU als politische Entscheidungsträgerin endlich erste Priorität werden.

„Stattdessen wird eine baufällige Turnhalle anstatt abgerissen zu werden lieber vierteljährlich auf ihre Standsicherheit hin überprüft, werden außerschulische Bildungsprojekte zusammengestrichen und plattgemacht und wird eine Schulgemeinschaft mit einer halbherzigen Mensa-Einrichtung und mit heißer Nadel gestrickten Bauvisionen ohne jegliche Finanzplanung abgespeist.

Wer da noch von angeblichen Synergieeffekten, dem großen Wurf oder innovativen Ideen redet, leidet schlicht unter Realitätsverlust.

Die CDU-Fraktion etabliert sich auch in der Schulentwicklung als politischer Querschläger. Sie ist bereit, den bildungspolitischen Konsens für eine Schlagzeile zu verlassen, und sie missbraucht ihre Mehrheit, um ungefragt ihre nicht verhandelbaren Visionen zu propagieren.", sagt Paustenbach.

Die SPD-Fraktion setzt sich entschieden für eine konsequente Weiterentwicklung der Gymnasien ein, die sich für die Einrichtung der Ganztagschule entschieden haben und unterstützt die Konzepte und Vorstellungen der Bildungsexperten vor Ort:

"Mit Beginn des Schuljahres 2008/09 steigt das Land Schleswig-Holstein in die 8-jährige gymnasiale Schulzeit bis zum Abitur ein. In den acht Jahren wird es dieselbe Unterrichtsmenge geben wie in den heutigen neun Jahren, also 265 Jahreswochenstunden oder mindestens 256. Die Unterrichtsdichte in den Gymnasien wird steigen, durchschnittlich werden es 32-34 Unterrichtsstunden pro Woche sein. Kommen Arbeitsgemeinschaften hinzu, kann es für einige Schülerinnen und Schüler durchaus zu einer 40 Stunden-Woche kommen. Siebte und achte Stunden werden zum Regelfall und der Weg der Gymnasien zu gebundenen Ganztagschulen wird nicht sehr weit sein. Die Mensa wird Regelausstattung werden.

Das alles wäre mit dem vom Arbeitskreis des Harksheider Gymnasiums erstellten Konzept abgedeckt und zügig realisiert worden.

Mit ungewissen Zukunftsplänen nach "konservativer Hausmacherart" wird es in unserer Stadt aber keine Bildungsoffensive geben", so der Fraktionsvorsitzende.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.02.2006, 08:17 Uhr - 1351 Clicks - Nr. 90

Welch ein Wahnsinn - Zusätzliche Feuerwehrleute notwendig!

Die personalpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Ingrid Lietzow und der innenpolitische Sprecher Michael Wagner erklären:

"Heute zeigt sich, dass der Rausschmiss fertig ausgebildeter Brandmeister durch Schwarz-Grün und Frau Volquartz sowie die Weigerung, die Haushaltsanträge der SPD-Fraktion zur Umsetzung der EU-Richtlinie, mitzutragen, ein Akt der Kurzsichtigkeit war. Schlecht für die Berufsfeuerwehr, schlecht für Kiel. Und wieder kostet es sehr viel Geld.

Das Machtwort des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein an die kreisfreien Städte ist eindeutig. Bei den Arbeitszeiten für die Berufsfeuerwehren haben sie sich an die EU-Richtlinie zu halten, wonach eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden gilt.

Bei der personellen Ausstattung der Berufsfeuerwehr und damit für die Sicherheit der Feuerwehrleute im Einsatz sowie der Kieler Bevölkerung besteht weiterhin dringender

Handlungsbedarf. Die SPD-Fraktion erwartet deshalb von der Verwaltung für die nächste Ratsversammlung eine entsprechende Vorlage, die nach Vorberatung im Innen- und Umweltausschuss am 14.02.2006 beschlossen werden könnte.

Die SPD-Fraktion stellt erfreut fest, dass die schwarz-rote Landesregierung unsere Position, für die Berufsfeuerwehr ausreichendes Personal zur Einhaltung der EU-Richtlinie vorzuhalten, bestätigt. CDU, Grüne und Frau Volquartz sind aufgefordert, zügig zusätzliche Feuerwehrleute einzustellen, wie es in Lübeck bereits angekündigt wurde."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.02.2006, 08:20 Uhr - 1054 Clicks - Nr. 91

Thesenpapier des K.E.R.N.-Vorstandes schafft Perspektiven

Chancen für Kiel ergreifen

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zur heutigen Berichterstattung über ein Thesenpapier des K.E.R.N. - Vorstandes:

"Das von K.E.R.N.-Vorsitzenden Wolf-Rüdiger Janzen und Geschäftsführer Dr. Frieder Henf vorgestellte Thesenpapier, wonach die K.E.R.N.-Region neu organisiert werden soll, belebt die Debatte zum gerade noch richtigen Zeitpunkt und kann neue Perspektiven für die K.E.R.N.-Region schaffen. Das ist gut und notwendig und die SPD-Fraktion unterstützt diese Initiative.

Die Kieler Ratsmehrheit von CDU und Grünen und Frau Volquartz haben bislang nicht erkennen lassen, das sie K.E.R.N. erhalten und unterstützen wollen. Sie hatten im April 2005 die Initiative der SPD-Fraktion, über interkommunale Zusammenarbeit K.E.R.N. weiter zu entwickeln, abgelehnt. Im Sommer kursierte ein "internes" Papier von Frau Volquartz, wonach K.E.R.N. abgewickelt werden sollte. Hier fehlen klare Bekenntnisse und Beschlüsse zu K.E.R.N.

Ich freue mich, dass der K.E.R.N.-Vorstand unter anderem unsere Forderung zur Stärkung der demokratischen Legitimation der K.E.R.N.-Region in das Thesenpapier aufgenommen hat.

Die Entwicklung gemeinsamer Wirtschaftsförderungsstrukturen und Strukturen zur Vermarktung der Region sowie Regionalplanung und Regionalentwicklung passen ebenfalls zu K.E.R.N. und sind wichtige Bausteine für die Zukunft.

Das Thesenpapier könnte die Wende einläuten."

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 09.02.2006, 23:55 Uhr - 2489 Clicks - Nr. 92

Fördermittel des Bundes für Lübeck in Gefahr

Noch ist es nur ein Hinweis im Regierungsprogramm, doch schon bald könnten harte Fakten folgen:

Die Bundesregierung plant erneut Kürzungen und Streichungen bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) – insbesondere für die westdeutschen Fördergebiete. Der Bundeshaushalt soll bis zu 1,4 Mrd.

Euro jährlich durch Kürzungen bei Regionalisierungsmitteln, Landwirtschaft und der GA „Regionale Wirtschaftsförderung“ entlastet werden. Dieses Einsparziel wird jetzt im anstehenden Haushaltsverfahren umgesetzt werden.

„In welcher Höhe sich die geplanten Einsparungen auf die Wirtschaftsfördermittel „GA West“ genau

auswirken werden, ist noch ungewiss. Ich gehe aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre davon aus, dass der Rotstift mit aller Härte angesetzt werden wird. Der Wegfall der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe wäre für Lübeck ein schwerer Schlag“, kommentiert die Lübecker Abgeordnete Gabriele Hiller-Ohm.

„Wichtige Infrastrukturmaßnahmen der Stadt haben von der Gemeinschaftsaufgabe profitiert. So flossen beispielsweise im Zeitraum von 2000 bis 2005 rund 5,8 Millionen Euro in den Lübecker Hafen und weitere rund 5 Millionen in den Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee. Weitere wichtige Förderprojekte in Lübeck sind die Media-Docks und die Berufsschulen. Einzelbetriebe bekamen im Zeitraum von 1998 bis heute rund 24 Millionen Euro aus der Gemeinschaftsaufgabe. Wir brauchen diese Mittel auch zukünftig dringend, denn Lübeck grenzt als eine der wenigen deutschen Großstädte ganz unmittelbar an ein Bundesland mit deutlich besseren Förderstrukturen und leidet deshalb besonders stark unter dem Fördergefälle. Eine weitere Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen ist nicht hinnehmbar“, so die Abgeordnete weiter.

Derzeit fließen insgesamt rund 700 Millionen Euro aus Bundesmitteln in strukturschwache Regionen, davon fast 600 Millionen in den Osten und knapp 100 Millionen in den Westen Deutschlands. Hinzu kommt noch einmal die gleiche Summe aus den Länderhaushalten, da sich Bund und Länder die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe teilen.

Gabriele Hiller-Ohm: „Schon im Haushalt 2006, der am 22. Februar im Bundeskabinett verabschiedet und dann in das parlamentarische Verfahren eingebracht wird, könnten die Mittel gekürzt werden. Im Jahr 2007 droht dann gar der komplette Wegfall der Förderung.

Bereits in der letzten Legislaturperiode hatte es Pläne gegeben, die Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ für Westdeutschland einzustellen. In einer gemeinsamen fraktionsübergreifenden Aktion konnten wir Bundestagsabgeordnete diesen Schritt abwenden.

Ohne die Mittel von Bund und Ländern wird es uns künftig schwerer fallen, wichtige Infrastrukturprojekte auf den Weg zu bringen. Manches Projekt wird vielleicht direkt auf der Strecke bleiben. Ich werde mich deshalb an den Bundeswirtschaftsminister wenden und mich auch in meiner Fraktion für den Erhalt der Fördermittel stark machen!“

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 09.02.2006, 23:57 Uhr - 2214 Clicks - Nr. 93

Dienstreisen auf das unumgängliche Maß beschränken

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„ Mit Blick auf das städtische Haushaltsdefizit und die ständigen Aufforderungen an die Bürgerinnen und Bürger und die Beschäftigten bei der Hansestadt, den Gürtel enger zu schnallen und zu verzichten, ist auch für leitende Mitarbeiter eisernes Sparen das Gebot der Stunde. Die den Mitarbeitern der Verwaltung abverlangte Aufgabenkritik darf nicht vor der Verwaltungsspitze Halt machen.

Wer Erhöhungen von Gebühren ankündigt und Kürzung städtischer Zuschüsse für Vereine und

Verbände plant und aus wirtschaftlicher Not säumigen Kunden den Strom abstellt, tut gut daran, unnötige Kosten für Dienstreisen in südliche Gefilde und die Teilnahme an repräsentativen Veranstaltungen im In- und Ausland zu vermeiden.

Nicht alles, was rechtlich zulässig ist, dient der Glaubwürdigkeit der Politik. Wer Wasser predigt und Wein trinkt, hat ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem. Der Wille der Politik ist klar und unmissverständlich: Bereits im November 1994 hat die Bürgerschaft einstimmig auf Antrag der SPD den folgenden Beschluss gefasst:

„Der Senat wird aufgefordert, die Ausgaben für Fernreisen auf das unumgängliche Maß zu beschränken. Die dienstliche Notwendigkeit muss bei Reisen im Vordergrund stehen“.

Wir werden deshalb im Hauptausschuss beantragen, dass dort halbjährlich über Zweck und Verlauf der Dienstreise und den Ergebnissen der Gespräche des Bürgermeisters und der Senatoren berichtet wird. Bereits Anfang 2005 gab die umfängliche Reisetätigkeit von Umweltsenators zur Vermutung Anlass, dass sich Geißler als Senator für Auswärtiges profilieren will. Anscheinend hat die damalige Diskussion bei ihm keine Wirkung gehabt. Aber vielleicht sieht die CDU nunmehr auch die Notwendigkeit, ihren reiselustigen Senator in die Schranken zu weisen“.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 10.02.2006, 08:39 Uhr - 1694 Clicks - Nr. 94

SPD: Meinung der Bürger zum HaK und zum JAW ?

Otto Marquardt, bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Jugend, Senioren und Soziales, steht allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 16.02.2006 zur Verfügung. Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus (A0.05) von 16.00 - 17.30 Uhr statt und Otto Marquardt ist dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde:

"Wie beurteilen die Bürger die Entscheidungen der Stadtvertretung am 07.02.2006 zur Zukunft des Jugendzentrums "Hotel am Kalkberg" und zur Zukunft des Jugendaufbauwerkes ?

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 10.02.2006, 14:22 Uhr - 2639 Clicks - Nr. 95

Keine neuen Gesichtspunkte sprechen für Studiengebühren!

Zu den Ankündigungen von Wissenschaftsminister Dietrich Austermann, bereits ab 2007/08 generelle Studiengebühren einführen zu wollen, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

„Die Auffassung von Herrn Austermann ist nicht neu. Dass das Wissenschaftsministerium aufgrund seiner bekannten Position pro Studiengebühren über Umsetzungsschritte nachdenkt, ist nicht zu

beanstanden.

Aus Sicht der SPD gibt es jedoch keine neuen Gesichtspunkte, die ein gebührenfreies Erststudium in Frage stellen würden. **Wir bleiben in der Sache gegen Studiengebühren, die studierfähige junge Leute vom Studium abschrecken, Studierende verschulden ohne den Hochschulen nennenswert zu helfen. ...**

Wir bleiben politisch auf dem Boden des Koalitionsvertrages. Erst wenn in den anderen norddeutschen Ländern Studiengebühren eingeführt werden, gibt es konkreten Handlungsbedarf über ein weiteres Vorgehen in Schleswig-Holstein.

Nach wie vor ist es die Minderheit der Länder, die Gebühren für das Erststudium konkret angeht. Und selbst diese schaffen einen hochschulpolitischen Flickenteppich:

Mal wird den Hochschulen freigestellt, Gebühren zu erheben (NRW), mal sollen unterschiedliche Beträge für Universitäten und Fachhochschulen verlangt werden, mal werden 23 % der erwarteten Einnahmen (NRW), mal 10 % (Bayern) und mal 6 % (Niedersachsen) für einen Ausfallfonds abgezweigt.

Nur ein sozial verträgliche Regelung für diese Gebühren hat keines der Länder.

Es gibt bisher keinen sachlichen Grund und keine politische Notwendigkeit, Studiengebühren in Schleswig-Holstein einzuführen.

Keine Kommentare

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 12.02.2006, 11:49 Uhr - 4024 Clicks - Nr. 96

60-Plus Dithmarschen: Es reicht – Rentenkürzungen nicht mehr hinnehmbar!

Die Bundestagsabgeordneten Professor Jörn Thießen (SPD) und Dr. Rolf Koschorrek (CDU) stellten sich den Fragen von Senioren/innen. Die AG 60 plus in der SPD hatte zu diesem Gespräch in die Begegnungsstätte der Arbeiterwohlfahrt Heide eingeladen und viele Seniorinnen und Senioren waren dieser gefolgt. Renten-, Steuern-, Gesundheitspolitik und Patientenverfügungen standen im Mittelpunkt der regen Diskussion.

Renten sind seit Jahren nicht mehr erhöht, sondern indirekt ständig verringert worden. Diese Abwärtskurve wollen die Senioren/innen nicht länger mittragen und fordern eine stärkere Finanzierung aus Steuermitteln. Beide Abgeordneten sagten ihre Unterstützung zu, weil bei einer immer älter werdenden Gesellschaft die Sozialsysteme nur so zu finanzieren sind.

Weiter wurde den Abgeordneten mit auf den Weg gegeben sich dafür einzusetzen, dass Patientenverfügungen endlich rechtlich abgesichert werden. Seit Jahren wird dieses Problem im Deutschen Bundestag vor sich hergeschoben. Dr. Koschorrek (CDU) machte deutlich, dass hier noch erheblicher Diskussionsbedarf bestehe, weil viele ethische Fragen noch nicht beantwortet sind. Der Vorsitzende der AG 60 plus der Dithmarscher SPD Klaus Steinschulte erklärte, dass der Wille des Patienten erste Priorität hat und deshalb das Gesetz über Patientenverfügungen im Bundestag endlich verabschiedet werden muss.

Beide Abgeordneten, Professor Jörn Thießen (SPD) und Dr. Koschorrek (CDU) erklärten zum Schluss der Veranstaltung, dass dieser gemeinsame, interessante und konstruktive Dialog zwischen den Senioren/innen und ihren Abgeordneten sehr begrüßt wird und fortgesetzt werden sollte.

Keine Kommentare

[SPD-Krempe](#) - veröffentlicht am 12.02.2006, 14:58 Uhr - 4297 Clicks - Nr. 97

Grünkohlessen der SPD Krempe

Zum traditionellen Grünkohlessen der SPD Krempe im Kremper Ratskeller konnte der 1. Vorsitzende Wilhelm Steinmann am 11.02.2006 insgesamt 79 „Mitesser“ begrüßen.

Unter Ihnen auch unseren Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen, unsere Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen, unseren ehemaligen Landtagsabgeordneten Helmut Jacobs, die fast komplette Kreisvorstandsspitze mit Rudolf Riep, Susann Laatz, Jürgen Barnbrock und Ilona Adamski, Freunde aus den Ortsvereinen Kremperheide, Glückstadt und Kellinghusen sowie einige Mitglieder der Vereinigten Landsmannschaften mit ihrem Ehrenvorsitzenden Hans Springer an der Spitze. Wilhelm Steinmann freute sich, dass wieder einmal so viele



Freunde und Genossen der Einladung gefolgt waren und begrüßte neben seiner Mutter, die mit 96 Jahren älteste Teilnehmerin war, besonders die Kinder und Jugendlichen, die – wie er ausdrückte – unsere Zukunft seien. In einer launigen Begrüßung erinnerte Jörn Thießen auch an unseren vor Kurzem verstorbenen Altbundespräsidenten Johannes Rau und erzählte ein paar von dessen Lieblingswitzen. Leider musste Jörn Thießen bereits kurz nach dem wieder einmal hervorragenden Essen zurück nach Berlin. So versäumte er das von Helmut Jacobs moderierte Bingo-Spiel, bei dem erneut schöne Preise gewonnen werden konnten. Maike Riemann hatte dabei das glücklichste Händchen und konnte insgesamt 6 Preise „abräumen“. In einer Extrarunde, deren Erlös zugunsten der Sanierung der Kremper Kirche gespendet werden soll, kam als Überschuss immerhin ein Betrag von 115,-EUR zusammen. Nach dem Bingo-Spiel saßen alle Teilnehmer noch lange bei einem Klöhnschnack und dem einen oder anderen Schlückchen beisammen. Dem Vernehmen nach hat es allen Teilnehmern wieder sehr gut gefallen. Dieter Wenck sei an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die Organisation dieses schönen Abends gesagt.

Kommentar von [Rudolf Rlep](#) vom 12.02.2006, 18:24 Uhr:

RE:Grünkohlessen der SPD Krempe

Schönen Dank für den schönen Abend, es immer nett in Krempe Gruß Rudolf Riep

[Ralf Stegner, MdL](#) - veröffentlicht am 13.02.2006, 20:17 Uhr - 3313 Clicks - Nr. 98

Dr. Stegner: Unsere Innenpolitik schützt Bürgerrechte und schafft Sicherheit

Bereits in den Koalitionsverhandlungen haben die Unterhändler der SPD darauf geachtet, dass im Bereich der Inneren Sicherheit und der Bürgerrechte möglichst viele sozialdemokratische Positionen in den Vertrag aufgenommen wurden. Viel konnte verhindert werden, zum Beispiel: Einsatz der Bundeswehr im Innern, Unterbringungsgewahrsam, finaler Rettungsschuss, die elektronische Fußfessel, die geschlossene Heimunterbringung.



Dennoch konnten wir uns einer Änderung des Polizeirechtes im Landesverwaltungsgesetz nicht gänzlich verschließen. Dafür gibt es gute Gründe, denn das bisherige Gesetz ist 14 Jahre alt und die Bedingungen haben sich stark geändert:

- Vor 14 Jahren gab es keine flächendeckende Verbreitung von Internet und Mobiltelefonen
- Vor 14 Jahren gab es die Grenzkontrollen
- Die Mobilität der Menschen hat sich erheblich erhöht
- Die Organisation der Kriminalität ist grenzüberschreitend, professioneller und gewaltbereiter geworden
- Der technische Fortschritt hat Instrumente auf den Markt gebracht, die für die Sicherheit der Bürger genutzt werden können.

Diese Herausforderungen muss jedes Bundesland bewältigen und zwar so, dass das Sicherheitsniveau zwischen Nord und Süd, Ost und West keine großen Unterschiede aufweist.

Im Koalitionsvertrag sind die Veränderungen festgehalten. Diese werden nun in einem Gesetzentwurf dem Landtag zugeleitet. Innenminister Ralf Stegner ist es dabei wichtig, dass der Vertrag erfüllt wird. Darüber hinaus gehende Forderungen der CDU müssen aber zurückgewiesen werden.

Die Schlüsselbegriffe in dem veränderten Gesetz heißen:

- Schleierfahndung, wo es sachlich erforderlich ist. Zum Beispiel Kontrollen im Grenzraum
- Videoüberwachung im öffentlichen Raum nur in polizeilichen Brennpunkten und zur Eigensicherung der Polizeibeamten
- KFZ-Kennzeichen-Scanning als Modellversuch zunächst auf zwei Jahre befristet
- Telekommunikationsüberwachung da, wo es das Urteil des Verfassungsgerichtes erlaubt
- Die Rasterfahndung wird zu einem unbefristeten Bestandteil der polizeilichen Maßnahmen

Zusätzlich regelt das Gesetz die Bestimmungen zur Wohnraumüberwachung neu. Die bisher gegebenen Möglichkeiten werden entsprechend den Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes eingeschränkt.

Dieser Gesetzesentwurf ist aus der Sicht des Innenministers ein gelungener Ausgleich zwischen der absoluten Optimierung der Polizeiarbeit und den Erwartungen der Menschen an staatsfreien Entfaltungsmöglichkeiten. Der Entwurf zeigt vor allem, dass es der SPD gelungen ist, die liberalen Traditionen der Innenminister Bull, Wienholz und Buß zu wahren und konsequent fortzusetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 13.02.2006, 21:42 Uhr - 4680 Clicks - Nr. 99

Jahreshauptversammlung im OV Kiel-Wellingdorf

Alter Vorstand wieder gewählt.

Einstimmig wieder gewählt wurde Konrad Wetzel als Vorsitzender und Kassierer, Guenther Hagenacker-Hansen als 1.Stellvertreter, Rainer Carlsson als 2. Stellvertreter, Evelyn Hauschildt und Stefan Wellendorf als Beisitzer. Für 32 Jahre Mitgliedschaft wurde Jens Uwe Lange vom Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Rolf Fischer geehrt.

Für die langjährige Tätigkeit im Ortsbeirat erhielt Rainer Carlsson ein schönes Buchpräsent.

Tags zuvor wurden die langjährigen Parteimitglieder Hans Udo Lentz für 54 Jahre und Hans Zillmer für



34 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet.

Krankheitsbedingt konnten beide nicht an der Mitgliederversammlung teilnehmen.

Keine Kommentare

[Lothar Hay, MdL](#) - veröffentlicht am 14.02.2006, 08:44 Uhr - 4472 Clicks - Nr. 100

Lothar Hay: Bedarfsgemeinschaften: Chancen für Jugendliche verbessern

Zur Einbeziehung Jugendlicher in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern erklärt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Lothar Hay:

Die Einbeziehung Jugendlicher unter 25 Jahren in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern darf nicht dazu führen, dass der Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert wird. Gerade für junge Menschen, deren Familien in der zweiten oder dritten Generation von staatlichen Leistungen abhängig sind, kann der Weg in die Selbständigkeit den entscheidenden Schritt bedeuten.

Daher ist es richtig, dass eine eigene Wohnung finanziert werden kann, wenn dies zur Eingliederung in Berufstätigkeit erforderlich ist. Wir fordern die zuständigen ARGE und Kommunen auf, dies großzügig und im Interesse der Jugendlichen zu handhaben. Die mit der Neuregelung eingesparten Mittel sollten vorrangig dazu verwendet werden, Jugendliche besonders zu fördern, die durch ihren sozialen Hintergrund besondere Schwierigkeiten mit dem Start ins Arbeitsleben haben.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 14.02.2006, 15:53 Uhr - 2186 Clicks - Nr. 101

Erhalt des Universitäts- und Wissenschaftsstandortes Lübeck

Der stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Frank Thomas Gaulin erklärt:

„Die SPD – Bürgerschaftsfraktion lehnt die von CDU - Wirtschaftsminister Dietrich Austermann betriebene Fusion der schleswig-holsteinischen Universitäten weiter ab.

Die gegenwärtige Diskussion leidet darunter, dass die Ideen und Vorschläge bisher nur fragmentarisch bekannt sind. Das Ministerium Austermann schweigt sich bezeichnender Weise immer noch darüber aus, wie hoch die beabsichtigten Einsparungen bei den schleswig-holsteinischen Universitäten ausfallen sollen.

Entscheidend ist ein breites Bündnis für den Wissenschaftsstandort Lübeck. Sowohl die Abgeordneten des Landtages aller Fraktionen aus der Hansestadt und den Umlandkreisen – und -gemeinden als auch die Mitglieder der Gemeindevertretung in den umliegenden Gemeinden und den umliegenden Kreistagen müssen für die berechtigten Belange der Medizinischen Universität Lübeck weiter sensibilisiert und aktiviert werden.

Vergessen werden darf dabei nicht, dass jeder zweite Beschäftigte der Lübecker Hochschule nicht im Stadtgebiet zu Hause ist, sondern im Umland lebt.

Wir fordern endlich Klarheit über die Pläne der Landesregierung noch vor der ersten Lesung des Hochschulgesetzes im schleswig-holsteinischen Landtag.

Für unsere ablehnende Haltung gibt es gute Gründe. Es wird zur Zeit eine Regionaldiskussion und keine Wissenschaftsdiskussion geführt. Bei einer Zusammenlegung der Standorte in Kiel, Lübeck und Flensburg würde der Wissenschaftsstandort Lübeck entscheidend geschwächt werden. Forschung und Lehre würden bei einer Fusion schweren Schaden nehmen“.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 14.02.2006, 16:00 Uhr - 2648 Clicks - Nr. 102

Kombibahnsteig am Strandbahnhof – SPD fordert baldigen Baubeginn

Die SPD-Bürgerschaftsabgeordnete für Travemünde Gisela Panther-Pätow erklärt:

„Die SPD unterstützt die Pläne für eine grundlegende städtebauliche Neuordnung des Bereichs rund um den Travemünder Strandbahnhof. Wir halten den Bau eines Kombibahnsteiges Bus / Bahn, um damit mittelfristig eine anderweitige, touristisch attraktive Nutzung des Travemünder ZOB und des Bahnhofsplatzes möglich zu machen, für einen wichtigen Baustein der dringend notwendigen Aufwertung zentraler Bereiche des Ostseebades.

Wir halten die aus Geldmangel von der Verwaltung vorgeschlagene Verschiebung der Verlängerung der Paul-Brümmer Straße bis nach 2009 für falsch. Eine Umsetzung 2006/2007 ist zwingend, weil der Deutschen Bahn Bundesmittel voraussichtlich nur bis 2007 zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wird mit dem zweiten Bauabschnitt endlich eine vernünftige Lösung für den Durchgangsverkehr gefunden. Selbst wenn am Rand des Kalvarienberges deswegen einige Bäume fallen müssen, ist der Schutz der Menschen und ihrer Gesundheit durch eine sinnvollere Verkehrsführung im zentralen Kurgebiet vorrangiger. Die Verlängerung der P-Brümmer-Straße liegt darüber hinaus überwiegend auf der nicht mehr genutzten Trasse eines alten DB-Gleises.

Wir befürchten, dass ohne Bundesmittel eine Finanzierung der ehrgeizigen Pläne kaum möglich ist und damit eine Verschiebung der Planungen aus Geldmangel auf den St. Nimmerleinstag droht.

Wir fordern deshalb in einem Antrag in der nächsten Bürgerschaftssitzung, die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn zu intensivieren. Es ist es dringend notwendig, dass durch Ausnutzung aller Fördermittel von Land und Bund ein unverzüglicher Baubeginn damit gesichert wird“.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.02.2006, 08:54 Uhr - 1223 Clicks - Nr. 103

Flughafen Kiel - Holtenau, Bekenntnis zum Standort und den Mitarbeitern!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zum Antrag seiner Fraktion zur Zukunft des Flughafens Kiel-Holtenau:

"Die Ratsversammlung wird am Donnerstag über das Ende der Ausbaupläne für den Flughafen diskutieren und entscheiden. Für die SPD-Fraktion ist im Rahmen dieses Beschlusses das Bekenntnis zum Flughafen und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von besonderer Bedeutung. Deshalb werden wir einen entsprechenden Antrag einbringen. Wir geben den Flughafen nicht verloren.

Die Ratsversammlung muss die Oberbürgermeisterin und die Landesregierung für den Standort Kiel-Holtenau in die Pflicht nehmen. Dazu gehört auch die Aufgabe neue Fluglinien für den Flughafen zu akquirieren.

Die Stadt und das Land müssen die Sicherheit des Flughafens weiter gewährleisten. Das gilt insbesondere für die sog. Platzkontrolle. Dafür sind die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, zum Beispiel hinsichtlich der Personalstärke.

Bereits im Wirtschaftsausschuss haben wir Frau Volquartz (CDU) gebeten, Verhandlungen mit der Gemeinde Altenholz und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde hinsichtlich einer Beteiligung am Flughafen aufzunehmen. Insbesondere Bürgermeister Striebig hatte im Falle des Nichtausbaus eine Beteiligung seiner Gemeinde in Aussicht gestellt. Dieses wollen wir nun mit unserem Antrag manifestieren, um gegenüber dem Miteigentümer sowie Altenholz und Rendsburg-Eckernförde den Willen der ganzen Ratsversammlung zur Zusammenarbeit zu unterstreichen."

Antrag zur Ratsversammlung am 16.02.2006, Drs.Nr.0185/2006

Betreff: Ergänzungsantrag zu TOP 12, Ausbauprojekt Flughafen Kiel - Holtenau, Drs.Nr. 0083/2006

Antrag:

Folgender Absatz a) wird neu eingefügt:

"a) Die Ratsversammlung bedauert die Entscheidung der Landesregierung vom 24. Januar 2006. Die Entscheidung fördert weder die wirtschaftliche Perspektive der Stadt noch der Region.

Die Landesregierung ist nun in der Verantwortung, in Abstimmung mit der Landeshauptstadt Kiel unverzüglich alternative Konzepte zu entwickeln, um eine moderne, leistungs- und zukunftsfähige Verkehrsanbindung der Landeshauptstadt Kiel zu gewährleisten. Dazu gehört auch die Aufgabe neue Fluglinien für den Flughafen Kiel zu akquirieren."

Aus Absatz a) alt wird Absatz b) neu und aus Absatz b) alt wird Absatz c) neu.

Folgende Absätze d) + e) werden neu eingefügt:

"d) Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, in Abstimmung mit dem Land Schleswig-Holstein, mit dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und der Gemeinde Altenholz Verhandlungen über die Beteiligung der beiden Letztgenannten am Flughafen Kiel-Holtenau aufzunehmen. Über diese Verhandlungen soll der Wirtschaftsausschuss laufend unterrichtet werden.

e) Die LHS Kiel wird gemeinsam mit dem Land, über den Aufsichtsrat der KFG, die Geschäftsführung anweisen alles zu unternehmen, um die Platzkontrolle am Flughafen voll umfänglich zu gewährleisten."

Begründung:

Die Zukunft des Flughafens Kiel - Holtenau sicherzustellen und zu verbessern ist im Interesse des Landes und der Region.

Keine Kommentare

SPD FORDERT AKTIONSPLAN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

"Seitdem CDU und Grüne in der Ratsversammlung im Jahre 2003 - gegen die Stimmen der SPD - ein teures Gutachten zur Behindertenplanung (100.000 €) beschlossen haben, hat sich für Menschen mit Behinderung nicht viel getan", erklärt Thomas Wehner, behindertenpolitischer Sprecher der SPD - Ratsfraktion. "Herr Möller und die Mehrheitsfraktionen haben nur abgewartet.



Jetzt muss aus dem Gutachten erst einmal wieder etwas Vernünftiges gemacht werden. Das kostet uns mindestens ein Jahr. Solange will die SPD - Ratsfraktion nicht warten. Wir legen einen Aktionsplan für Menschen mit Behinderung vor, mit dem wir bereits innerhalb eines Jahres viel für sie in Kiel erreichen können. Es geht um Solidarität mit den Schwachen in unserer Gesellschaft. Ziel unserer sozialdemokratischen Politik ist die Gleichstellung mit nichtbehinderten Menschen. Hier wollen wir in Kiel deutliche Schritte vorankommen."

Thomas Wehner weiter: "An konkreten Maßnahmen stellen wir uns vor:

1. Noch immer stellen viele städtische Gebäude nahezu unüberwindbare Hindernisse für Menschen mit Behinderung, insbesondere Rollstuhlfahrer dar. Das muss sich ändern. Wir wollen, dass städtische Gebäude, Liegenschaften, Straßen und Plätze - auch die der städtischen Gesellschaften - barrierefrei umgebaut werden. Deshalb hat die Ratsversammlung im Dezember beschlossen, dass eine Prioritätenliste erstellt wird. Auf diese Liste sollten die Kielerinnen und Kieler mit Behinderung und der Beirat für Menschen mit Behinderung direkt Einfluss nehmen können, indem sie die ihrer Meinung nach wichtigsten Maßnahmen vorschlagen. Das kann nach Aufruf in der Presse oder über den Fragebogen zur Entwicklung eines lokalen Teilhabepfandes der "aktion grundgesetz" geschehen.

Wir wollen, dass Frau Volquartz uns einen genauen Zeitplan vorlegt und berichtet, welche Maßnahmen noch in diesem Jahr angegangen werden. Haushaltsmittel haben CDU und Grüne hierfür abgelehnt.

2. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung, gerade auch Schwerstbehinderte, nach ihren eigenen Vorstellungen leben können. Dazu gehört das Wohnen in der eigenen Wohnung mit Unterstützung, in einer Wohngemeinschaft oder einer Wohneinrichtung. Dazu gehören Arbeit oder Beschäftigung und die Freizeitgestaltung. Schleswig-Holstein will die Zuständigkeit auf die Kommunen übertragen. Wir erwarten von der Stadt, dass die Standards mindestens gehalten werden. Standsenkungen aus finanziellen Gründen lehnen wir ab. Mit der Eingliederungshilfe muss flexibel umgegangen werden. Wer ein persönliches Budget (aus dem alle Hilfen eigenständig zu finanzieren wären) ausprobieren möchte, sollte es tun können und die dafür notwendige Unterstützung bekommen.

3. Wir wollen, dass außergewöhnlich gehbehinderte Menschen, für die das Busfahren nur schwer möglich ist, auf einen Fahrdienst zurückgreifen können. Der Fahrdienst der Stadt Kiel, der Bewohner/Innen von vollstationären Einrichtungen nicht zur Verfügung steht, benachteiligt diese Menschen, da ihre Beförderung nicht finanziert wird. Die SPD - Ratsfraktion hat hierzu mehrfach Vorschläge gemacht, die von CDU und Grünen stets abgelehnt wurden. Wir bleiben dabei: Für die Mobilität für Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung bleibt ein ausreichendes Fahrdienstangebot unverzichtbar.

4. Menschen mit Behinderung sind wegen ihres Handicaps nicht unbedingt weniger leistungsfähig. Wir fordern daher eine Kieler Initiative zur besseren Vermittlung von Menschen mit Behinderung in Ausbildung und Arbeit. Bei Unternehmen muss geworben werden, dass die Einstellung in ihrem Interesse liegt. Mit der von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Initiative "job - Jobs ohne

Barrieren" können Initiativen gefördert werden, die die Situation von behinderten Menschen auf dem Arbeitsmarkt verbessern wollen (Fördersatz bis zu 25 %). Auch das vom Bund geschaffene Instrument des Integrationsbetriebes kann helfen, Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben zu integrieren. Wir schlagen vor, dass auch bei der Landeshauptstadt die Einrichtung eines solchen Betriebes modellhaft erprobt wird.

5. Gut ist, dass die Landeshauptstadt derzeit ihre gesetzlichen Pflichten bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung erfüllt. Aber: Die meisten Menschen werden erst während ihrer Tätigkeit bei der Stadt behindert. Wir wollen, dass auch bei Einstellungen - so wenig es insgesamt derzeit sein mögen - Menschen mit Behinderung eine Chance erhalten.

Es muss eine Personalentwicklungsplanung geben, die die besonderen Interessen Behinderter berücksichtigt. Das Potenzial von Menschen mit Behinderung muss ausgeschöpft werden.

6. Das Angebot für sportliche Betätigung ist für Menschen mit körperlichen und mehrfachen Behinderungen auf vereinzelte Sportgruppen begrenzt. Hier müssen Stadt und Vereine miteinander ins Gespräch kommen. Die Sportstätten sind häufig für Rollstuhlfahrer nicht zugänglich. Zur Förderung des Behindertensports schlagen wir ein jährliches Sportfest ("Kiel-Pokal") vor.

7. Die Möglichkeit der freien Arztwahl ist für Rollstuhlfahrer sehr begrenzt. Nur sehr wenig Arztpraxen sind barrierefrei zu erreichen. Die Situation in den Krankenhäusern der Stadt ist schwierig. Untersuchungen für Rollstuhlfahrer gestalten sich oft recht kompliziert, da die Geräte nicht auf die Untersuchungen von Menschen mit Behinderung ausgerichtet sind. Das Personal ist bei der Versorgung von Schwerstbehinderten zwar bemüht, aber nicht hinreichend ausgebildet. Das städtische Krankenhaus hat hier Vorbildfunktion.

8. Menschen mit Behinderungen müssen gleichberechtigt an kulturellen und künstlerischen Aktivitäten teilhaben können. Dies gilt sowohl für die Verwirklichung eigener kreativer Möglichkeiten als auch für die Teilnahme an kulturellen Angeboten. Deshalb möchten wir einen "Runden Tisch für Kultur" organisieren, an dem kulturell Aktive wie Theaterleute, Kinobesitzer, Museumsleiter, Galeristen usw. mit Menschen mit Behinderungen über ihre kulturellen Chancen in unserer Stadt sprechen. Ziel ist es, gemeinsam neue Perspektiven und attraktive Angebote zu entwickeln.

9. Wir wollen, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung gestärkt wird. Die Verwaltung muss zur Information über alle relevanten Vorhaben verpflichtet sein. In den Ausschüssen sollte der Beirat ein Anhörungs- und Rederecht erhalten. Bei allen Straßenbaumaßnahmen, die nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gefördert werden, hat er sogar ein gesetzliches Anhörungsrecht. Dem muss endlich auch konsequent nachgekommen werden.

10. CDU und Grüne haben die Zuschüsse für Selbsthilfevereine zusammengekürzt. Wir wollen, dass die Arbeit der Vereine wieder anerkannt wird."

Abschließend fragt Thomas Wehner: "Werden CDU und Grüne unseren Weg mitgehen oder bleibt es dabei, dass die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung wieder auf die lange Bank geschoben werden?"

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 15.02.2006, 14:02 Uhr - 2510 Clicks - Nr. 105

Kein Verständnis für Rente ab 67 – AfA fordert Nachbesserungen

Der Vorsitzende der Lübecker Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen Peter Reinhardt erklärt

Die Rente ab 67, die - geht es nach Vizekanzler Franz Müntefering bereits 2029 für alle gelten soll - wird die Dauer der Beitragszahlung für jeden einzelnen verlängern und die Rentenbezugsdauer

deutlich verkürzen.

„Malochen bis zum Umfallen und dafür noch bestraft werden, darauf läuft der spätere Eintritt ins Rentenalter hinaus“, stellt der Vorsitzende Lübecker Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer in der SPD Peter Reinhardt bitter fest.

„Schon nach der jetzigen Rechtslage ist das Rentenniveau für künftige Rentenbezieher zu niedrig und viele Durchschnittsverdiener und insbesondere Arbeiter und Angestellte müssen mit einer Rente bereits jetzt unterhalb des Sozialhilfeniveaus auskommen. Auf lange Sicht bedeutet dies Grundsicherung für noch mehr Menschen nach einem langen und oft beschwerlichen Arbeitsleben.“

Die Erwerbsbeteiligung schlecht ausgebildeter im Alter zwischen 50 und 60 lag 2003 mehr als 30 % unterhalb gleichaltriger Meister, Techniker oder Akademiker. Im Bauhauptgewerbe haben im Jahr 2003 nur noch 5 Prozent der Beschäftigten das gesetzliche Renteneintrittsalter erreicht. Ursachen waren neben der hohen Arbeitslosigkeit oft gesundheitliche Probleme. Bescheidenere Rentenansprüche sind die bittere Folge. Bei einer längeren Lebensarbeitszeit sind bei der bekannt hohen Arbeitslosigkeit von älteren Beschäftigten höhere Abschläge die zwingende Folge. Immer mehr Normalverdiener werden dann im Alter auf Sozialhilfe angewiesen sein. Nicht umsonst schlägt der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck Sonderregelungen für Dachdecker und andere besonders belastete Berufe vor, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente gehen müssen. Die für Ältere jetzt verkürzte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld führt zusammen mit Hartz IV schon jetzt dazu, dass für ältere Arbeitslose die Lücke bis zum Eintritt in die gesetzliche Rente immer größer wird und sie gezwungen werden, ihre Rücklagen für das Alter vorzeitig aufzubauchen“, stellt Reinhardt fest.

„Dringend notwendig sind im beginnenden Gesetzgebungsverfahren spürbare Nachbesserungen“, so Reinhardt abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 15.02.2006, 14:09 Uhr - 2740 Clicks - Nr. 106

SPD-Ratsfraktion fordert Armutsbericht

In einer Beschlussvorlage für den nächsten Sozial- und Gesundheitsausschuss der Ratsversammlung wird die Verwaltung beauftragt, einen Bericht zum Thema: Armut in Flensburg und die speziellen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche anzufertigen und bis zum 30.09.2006 vorzulegen.

Dieser Bericht, den die SPD zusammen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert, soll der Politik nicht nur Informationen über die Armutssituation in Flensburg zu Verfügung stellen, sondern auch Grundlage werden für Handlungsperspektiven, die Politik und Verwaltung zur Lösung dieses gerade für Kinder und Jugendliche immer prekärer werdenden Problems werden zu beraten haben.

Weitere Auskünfte: Dr. Martina Mardini-Müther, Sozialpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion

Christian Reimer
Pressesprecher

Keine Kommentare

SPD WIRFT STADTRAT MÖLLER MISSACHTUNG DER SELBSTVERWALTUNG VOR

Thomas Wehner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD - Ratsfraktion, wirft dem Sozialdezernenten Adolf-Martin Möller vor, Beschlüsse der Ratsversammlung und des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit, nicht oder nicht rechtzeitig umzusetzen. "Das nehmen wir nicht mehr hin. Wir werden die Verletzung von Beschlüssen durch den Dezernenten am Donnerstag in der Ratsversammlung zur Sprache bringen", erklärt Thomas Wehner.

"Wir machen das an drei gravierenden Punkten aus der letzten Zeit fest, die nicht für sich alleine stehen. Im April letzten Jahres hat die Ratsversammlung beschlossen, dass bis Januar 2006 ein neuer Sozialbericht (Armut- und Reichtumsbericht) vorgelegt werden soll. Er ist bisher nicht erschienen. Weiterhin geht es um die

quartalsmäßige Berichterstattung im Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit über wichtige Kennzahlen (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, Wohnungslosigkeit, Abhängigkeit von Schulden). Das hat der Dezernent still und heimlich nach April 2005 kassiert. Und es geht um einen Bericht zur Personalsituation in seinem Bereich, der bis November letzten Jahres zugesagt wurde. Herr Möller hat uns immer wieder vertröstet. Erst aufgrund unseres Antrages ist der Bericht am Sonnabend mit der Post gekommen. Es geht darum, dass wir aktuelles Zahlenmaterial erhalten, um Entscheidungen für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger vorbereiten zu können."

"Darüber hinaus machen wir uns große Sorgen um die Personalsituation in Möllers Dezernat. Wir müssen daher Herrn Möller an seine Pflichten erinnern. Frau Volquartz trägt die Verantwortung als Oberbürgermeisterin. Sie muss hier endlich ihrer Aufsichtspflicht nachkommen", so Thomas Wehner abschließend.



Antrag zur Ratsversammlung am 16.02.2006, Drs.Nr. 0162/2006

Betreff: Verletzung von Beschlüssen der Selbstverwaltung

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, ihrer Aufsichtspflicht nachzukommen und den Dezernenten für das Dezernat IV umgehend anzuweisen, den Beschlüssen der Ratsversammlung und ihrer Ausschüsse nachzukommen.

Die Ratsversammlung missbilligt,

- dass entgegen dem Beschluss der Ratsversammlung vom 21.04.2005 (Drucksache 0388/2005) ein aktueller Sozialbericht bis Januar 2006 nicht vorgelegt worden ist,

- die quartalsweise Berichterstattung über die sozialen Verhältnisse in der Landeshauptstadt Kiel im Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit entgegen der Beschlussfassung der Ratsversammlung vom 15.11.2001 (Drucksache 0819/2001) nach der Sitzung vom 28.04.2005 nicht mehr fortgeführt worden ist,

- dass dem Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit entgegen seiner Beschlussfassung vom 22.09.2005 ein Bericht zur Personalsituation im Dezernat IV bisher nicht vorgelegt worden ist, obwohl er bis zum 24.11.2005 hätte vorgelegt werden sollen.

Begründung:

Die im Antrag genannten Berichte sind vom Dezernenten des Dezernates IV entgegen den

Beschlüssen der Ratsversammlung und des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit bis zum Februar 2006 nicht vorgelegt worden. Der Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit wurde damit nicht in hinreichend angemessener Weise über die kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungen hinsichtlich der sozialen Gegebenheiten in der Landeshauptstadt Kiel (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Wohnraumsituation usw.) informiert. Im Personalbereich ist davon auszugehen, dass wichtige soziale Arbeit derzeit nicht geleistet wird. Die Berichte wurden mehrfach angemahnt. Der Dezernent hat sie stets für zukünftige Sitzungen angekündigt. Das kann nicht mehr hingenommen werden.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 15.02.2006, 18:58 Uhr - 3211 Clicks - Nr. 108

SPD-Engelsby: Stellvertretende Kreisvorsitzende zu Gast im Ortsverein Engelsby

Am 14. Februar war die stellvertretende Kreisvorsitzende Simone Fuchs zu Gast im Ortsverein Engelsby.

Sie folgte damit einer Einladung aus dem vergangenen Jahr und nutzte die Gelegenheit, sich den Vereinsmitgliedern vorzustellen.

Die neue Arbeitsstruktur und die Aufgabenverteilung im Kreisvorstand wurden ebenso dargestellt, wie die zukünftige Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen und den Arbeitsgemeinschaften in Flensburg.

Auf dem Kreisparteitag im letzten Jahr wurde Simone Fuchs mit großer Mehrheit zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 15.02.2006, 21:07 Uhr - 2754 Clicks - Nr. 109

Willy Brandt – Wahlkampfabschluss traditionsgemäß in der Heimatstadt Lübeck

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion und ihr kulturpolitischer Sprecher Frank Thomas Gaulin erklärt zu den Aussagen im heutigen Kommentar von Hanno Kabel über ein angeblich unterkühltes Verhältnis von Willy Brandt zu Lübeck:

„Willy Brandt fühlte sich stets seiner alten Heimatstadt Lübeck verbunden. Es war ihm stets ein besonderes persönliches Bedürfnis, die Wahlkämpfe mit einer Abschlussveranstaltung in der Stadt an der Trave zu beenden. Die Freude, wieder an seine politischen Wurzeln zurückzukehren und die Heimat besuchen zu können und gemeinsam mit den Lübecker Sozialdemokraten für einen Wahlerfolg zu streiten, war intensiv spürbar.

Diese enge Beziehung zu seiner Heimatstadt Lübeck war dabei in seinen Redebeiträgen immer präsent und wurde durch zwischenmenschliche und historische Bezüge auf die politischen Weggefährten und Lübecker Politik und Geschichte zum Ausdruck gebracht.

Willy Brandt hatte immer ein großes persönliches Bedürfnis nach Geselligkeit und Kommunikation mit alten Lübecker Freunden und den Vertretern der Lübecker SPD. Er war stets besonderes daran interessiert, wie es seinen alten Lübecker Freunde ergangen war und was es neues aus der Lübecker Politik zu berichten gab.

Bezeichnender Weise hatten München, Hamburg oder Berlin, wenn sie sich um Willy Brandt als Redner für eine Abschlussveranstaltung am Samstag vor einer Wahl auch intensiv bemühten, nie eine realistische Chance.

Die Wahlkämpfer dort mussten auch gegen den Rat des Parteivorstandes und die dringenden Bitten der dortigen Sozialdemokraten mit einer höflichen, aber bestimmten Absage rechnen. Lübeck war am Samstag vor dem Wahlsonntag für Willy Brandt fest gebucht.“

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 16.02.2006, 09:47 Uhr - 52226 Clicks - Nr. 110

SPD-NET-SH demnächst auch im Kreis Pinneberg

Die Internetkooperative der Kreisverbände, SPD-NET-SH, wird demnächst auch von den SPD-Gliederungen im Kreis Pinneberg eingesetzt werden können, da die Gremien der SPD-Pinneberg entsprechend entschieden haben.

Technisch ist bereits alles klar, denn die Voraussetzungen für den Betrieb eines weiteren Kreisverbandes und die Möglichkeit der Gliederungen im Kreis Pinneberg, ebenfalls ihre Seiten über das Content-Management-System (CMS) von SPD-NET-SH laufen zu lassen, sind ab sofort gegeben. Das SPD-NET-SH, das von den Hauptadministratoren und Hauptadministratorinnen und zahlreichen lokalen Verantwortlichen ehrenamtlich betreut wird, wird jetzt in elf schleswig-holsteinischen Landkreisen von den SPD-Kreisverbänden eingesetzt und erfreut sich großer Beliebtheit. Mit dem CMS ist es nämlich nicht mehr notwendig, über detaillierte Kenntnisse im Webdesign zu verfügen, da zahlreiche hilfreiche Werkzeuge die Gestaltung einer eigenen Webpräsentation zu einer leicht zu erledigenden Aufgabe machen.

Fast 200 unterschiedliche Auftritte der Kreisverbände, der Ortsvereine, der Landtags- und Bundestagsabgeordneten, der Kreistagsfraktionen und Arbeitsgemeinschaften tragen dazu bei, dass die Internetkommunikation in der SPD nicht nur ein Schlagwort ist, sondern auch praktiziert wird.

Kommentar von [Dirk Lerche](#) vom 22.02.2006, 00:05 Uhr:

RE:SPD-NET-SH demnächst auch im Kreis Pinneberg

Herzlich willkommen ! Gruß aus Kiel. Dirk

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 16.02.2006, 23:58 Uhr:

RE:SPD-NET-SH demnächst auch im Kreis Pinneberg

Ein herzliches Willkommen den Pinneberger Webmasters, hoffentlich wird sich diese erfreuliche Ergänzung bald in der Landkarte unserer Kooperation widerspiegeln. Möge dieser Schritt uns dabei helfen gemeinsam nicht nur die Karte für das Internet in sympathisches Rot zu tauchen sondern auch die politische Landkarte wieder in freundlichere Farben zu kleiden, die ist mir momentan zu schwarz.

Antidiskriminierung

Wolfgang Baasch:

Wir brauchen das Antidiskriminierungsgesetz!

Nach der Debatte über das Antidiskriminierungsgesetz im Deutschen Bundestag hat sich auch der Arbeitskreis Frauen, Jugend und Familie der SPD-Landtagsfraktion erneut mit dem Thema befasst, und zwar vor allem unter dem Aspekt sexueller Identität und gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Dazu erklärt der Sprecher für die Belange von Lesben und Schwulen, Wolfgang Baasch: Lesben und Schwule mit gleichen Rechten auszustatten, ist und bleibt ein vorrangiges politisches Ziel. Mit dem Antidiskriminierungsgesetz sollen nicht nur die Vorgaben der EU erfüllt werden, sondern Schwule und Lesben sollen nach dem Willen der SPD darüber hinaus auch im Zivilrecht nicht benachteiligt werden dürfen. Es darf nicht mehr vorkommen, dass Schwule und Lesben beispielsweise von Lebensversicherungen willkürlich abgelehnt oder schwul-lesbische Reisegruppen von Hotels abgewiesen werden. Die Politik muss deshalb handeln. Wir sind gefordert, unseren Koalitionspartnern mitzunehmen, damit dieses Ziel erreicht werden kann.

Vielfalt ist nicht nur ein Ideal gesellschaftlichen Zusammenlebens, sondern beschreibt auch die unterschiedlichen Politikfelder, die Lesben und Schwule betreffen. Sogar Bundespräsident Köhler hat in einer Rede letzten Monat gleichgeschlechtliche Partnerschaften als ein Erfolgsmodell für die Erziehung von Kindern benannt.

Vizekanzler Franz Müntefering wird auf dem Kölner Christopher Street Day im Sommer die Kompassnadel des schwulen Netzwerkes Nordrhein-Westfalen erhalten.

Als Begründung für diese Ehrung gibt das schwule Netzwerk an, als Sozialminister habe Müntefering die aktive Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule regelmäßig auf die Tagesordnung in NRW gesetzt und sei deshalb als Mann der ersten Stunde ein überzeugendes Vorbild für seine Kolleginnen und Kollegen in der europäischen Politik. Das Netzwerk schließt aber auch ausdrücklich Münteferings Auftreten als Familienvater mit in die Ehrung ein: „Vielleicht ist dem Vizekanzler gar nicht bewusst, wie sehr er mit seinem selbstverständlichen Bekenntnis zu seiner Tochter als Person des öffentlichen Lebens andere Eltern ermutigt, sich offen zu ihren lesbischen Töchtern und schwulen Söhnen zu bekennen und familiäre Beziehungsabbrüche zu verhindern.“ Es ist ein gutes Zeichen für die gesellschaftliche Entwicklung, wenn der Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland eine derartige Ehrung erhält!

Großkonzerne in aller Welt haben das Diversity Management zu einem integralen Bestandteil ihrer Unternehmenspolitik gemacht und beziehen dabei ausdrücklich auch die Ressourcen mit ein, die sie durch lesbische Mitarbeiterinnen und schwule Mitarbeiter gewinnen können. Das sind gesellschaftliche Fortschritte, von denen wir noch vor wenigen Jahren nur träumen konnten. Wir sollten das Prinzip des Diversity Managements auch in sozialen Feldern nutzen. Dabei geht es um weit mehr als um rechtliche Gleichstellung. Es geht um einen grundlegenden Wandel in der Wahrnehmung: Nicht mehr Gleichheit wird als Erfolgsfaktor gesehen, sondern Vielfalt, die jede und jeder mitbringt - mit der eigenen Identität und den daraus erwachsenden Stärken - und dazu zählt eben auch eine lesbische oder schwule Identität.

Keine Kommentare

Gemeinsame Servicestellen

Wolfgang Baasch: Mehr Öffentlichkeitsarbeit für Gemeinsame Servicestellen!

Zur Verabschiedung des Antrages „Gemeinsame Servicestellen gemäß SGB IX“ im Sozialausschuss erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch: CDU und SPD haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht, mit dem wir darauf hinwirken wollen, dass die Akzeptanz der gemeinsamen Servicestellen bei den Betroffenen steigt. Die Einrichtungen sind als Anlauf- und Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen konzipiert. Diese sollen hier „aus einer Hand“ Information und Hilfe erhalten, insbesondere in Fragen der verschiedenen Leistungsgesetze, der Rehabilitationsmöglichkeiten und der Zuständigkeiten. Noch werden die gemeinsamen Servicestellen aber nur ungenügend in Anspruch genommen. Das liegt nach unserer Einschätzung zum Teil daran, dass zu wenige Betroffene überhaupt von der Existenz dieser Einrichtungen wissen.

Deshalb bitten wird die Landesregierung, mit der Deutschen Rentenversicherung Nord über eine Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit der gemeinsamen Servicestellen in Schleswig-Holstein zu beraten, erwarten aber auch, dass sich die gemeinsamen Servicestellen selbst um eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit bemühen und ihren Leistungskatalog den Betroffenen zugänglich machen.

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten und der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen werden gebeten, ebenfalls verstärkt auf die Angebote der gemeinsamen Servicestellen hinzuweisen.

Der Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird in Absprache mit der DRV Nord eine seiner nächsten Sitzungen in einer der gemeinsamen Servicestellen abhalten.

Keine Kommentare

Von der CDU verteiltes Flugblatt zur Halbzeitbilanz ist peinliche Hochstapelei

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„Die vorgelegte Leistungsbilanz der Mehrheitsfraktion ist eine einzige Hochstapelei. Die Lübecker CDU schmückt ihren schwarzen Hut mit fremden roten Federn.

Gemeinsame Initiativen aller Fraktion, zum Teil gegen ursprünglich heftigen Widerstand der Lübecker Union von Bürgermeister Bernd Saxe und der SPD-Bürgerschaftsfraktion durchgesetzte Vorschläge und private Investitionen von Unternehmen werden aufgeführt und dem staunenden Publikum als eigene Leistung verkauft.

Das Flugblatt enthält ein unsystematisches und nicht gewichtetes Sammelsurium von für die Hansestadt wichtigen Infrastrukturmaßnahmen, mehr oder weniger großzügigen Geschenken an

vermeintlich eigene Wählerklientel und eher zufällig aufgeführten Liebhabereien von einzelnen Fraktionsmitgliedern wie die Vollsperrung wichtiger Straßenzüge rund um die Altstadt zur Durchführung von Skater- Rennen.

Bezeichnender Weise findet sich der Punkt „Ausbau des Skandinavien-Kais“ ziemlich am Schluss der Bilanz, weit hinter Brötchentaste, Ausbau der Vorderreihe oder neuer Taxenordnung. Wir halten dies für symptomatisch für die Vernachlässigung der Lübecker Häfen als wichtigsten Wachstumsmotor der Lübecker Wirtschaft durch die Lübecker CDU. Deshalb erstaunt es auch nicht, dass in den Planungen für die kommenden zwei Jahre die Frage des Umweltschutzes in den Häfen, von Lärminderungsplänen und die Frage der Senkung von Immissionen keine Rolle spielen.

Die Lübecker CDU hechelt auf fast allen wichtigen Politikfeldern kurzatmig und konzeptionslos den Initiativen der SPD-Bürgerschaftsfraktion hinterher. Sie hofft dabei auf das schlechte Gedächtnis der politischen Öffentlichkeit.

Die Lübecker CDU behandelt Kinder und Jugendliche äußerst stiefmütterlich. Dies Politikfeld findet hauptsächlich unter der Überschrift Überprüfung und Abschaffung angeblicher Doppelleistungen im Bereich Jugend und Sozialarbeit statt.

Eigene Akzente auf diesem Politikfeld sind anders als bei der SPD-Bürgerschaftsfraktion Fehlanzeige“.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 17.02.2006, 08:02 Uhr - 2179 Clicks - Nr. 114

Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Schleswig

Bürgermeister Helmut Trost erklärt in einer ersten Stellungnahme:

„Ich habe den Ablauf der Ratsversammlung am 14. November vergangenen Jahres, genauer gesagt den Wahlausgang und Losentscheid, natürlich als unglücklich empfunden. Persönlich habe ich mich seinerzeit dennoch bewusst dafür entschieden, den Weg der formalen Anfechtung selber nicht zu gehen – trotz der aufgetauchten und von Ratsmitgliedern artikulierten Zweifel hinsichtlich des Wahlverfahrens und der geplanten Stellenbesetzungen.

Gleichwohl sind Fragen offen geblieben, die auch aus meiner Sicht endgültig geklärt werden sollten – im Interesse aller Beteiligten, aber auch im Interesse der Stadt Flensburg. Alle werden froh sein, wenn dies geschehen ist und Klarheit besteht.

Entscheidend ist, dass die Besetzung zentraler Ämter rechtlich einwandfrei erfolgt und daran nach sorgfältiger Prüfung durch eine neutrale Instanz keinerlei Zweifel bestehen bleiben.

Abschließend möchte ich anmerken, dass Verzögerungen und damit eine Lücke in der Wahrnehmung der Aufgaben im Verwaltungsvorstand in jedem Fall vermieden werden sollten. Die Stadt Flensburg befindet sich wie zahlreiche andere Städte in einer sehr schwierigen Phase. Die großen Herausforderungen erfordern volle Präsenz eines kompetenten und starken Verwaltungsvorstands, an dessen Legitimation gleichzeitig keinerlei Zweifel bestehen darf.“

Helmut Trost

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 17.02.2006, 10:05 Uhr - 1805 Clicks - Nr. 115

Stadtbus: Welche Einsparpotentiale sehen die Fahrgäste ?

Hans-Joachim Cords, Stadtvertreter der SPD, steht allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 23.02.06 zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus (A0.05) statt und Hans-Joachim Cords ist dort während der Sprechstunde unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde ist:

Sehen die Fahrgäste noch andere Einsparmöglichkeiten ohne Veränderung der Taktfrequenz zum Fortbestand des Stadtbusses in der jetzigen Form ?

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 17.02.2006, 10:37 Uhr - 7704 Clicks - Nr. 116

Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen gegründet

Im SPD Kreisverband Flensburg ist eine regionale Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen in der SPD (AfB) gegründet worden. Ein Arbeitsvorstand unter Vorsitz von Kai List wird den Aufbau der Arbeitsgemeinschaft vorantreiben, die sich der Diskussion um aktuelle bildungspolitische Fragen in Flensburg und allgemein widmen wird.

Ansprechpartner: Kai List

Email: kai.list@t-online.de

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 17.02.2006, 10:43 Uhr - 8317 Clicks - Nr. 117

Ehrenamtsmesse als Schaufenster des Bürgersinns!

Die erste Ehrenamtsmesse im Deutschen Haus zu Flensburg ist am vergangenen Sonntag zu einem eindrucksvollen Schaufenster des Flensburger Bürgersinnes geworden!

Unterstützt von einem traumhaften Sonnentag nutzten viele Flensburgerinnen und Flensburger den Tag zu einem Besuch der Ehrenamtsmesse, um sich bei einem Rundgang durch das Deutsche Haus einen Überblick über die vielfältige ehrenamtliche Tätigkeit in Flensburg zu verschaffen.

Rund 80 Organisationen, Vereine und Parteien haben die Möglichkeit genutzt, um sich und ihre Arbeit vorzustellen.

Die Bürgerinnen und Bürger selbst hatten darüber hinaus die Möglichkeit, sich in vertiefenden Gesprächen über die einzelnen Angebote näher zu informieren, Kontakte zu knüpfen oder selbst einen Ort für ein eigenes Engagement zu finden.

Die große Zahl der Aussteller, aber auch der Besucher, hat gezeigt, welchen hohen Stellenwert die ehrenamtliche Arbeit auch in Flensburg besitzt, und dass diese Arbeit auf vielen unterschiedlichen Beinen steht. Auch in unserer Stadt wird der Gemeinsinn von vielen Menschen getragen und gestaltet.

Die Flensburger SPD, die auch die Gelegenheit nutzte, die ehrenamtliche Tätigkeit in ihren

Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften vorzustellen, möchte sich auf diesem Weg ausdrücklich bei allen an der Organisation und der Durchführung dieser Messe, aber vor allem auch bei allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt bedanken, die durch ihre ehrenamtliche Arbeit mit dazu beitragen, dass unser Flensburg auch weiterhin lebenswert gestaltet wird und sich der einzelne Mensch in unserer Stadt zuhause fühlt.

Wir möchten aber auch dafür Werbung machen, dass sich noch viel mehr Menschen finden lassen, die sich durch ein Ehrenamt dem Mitmenschen zuzuwenden und ihn spüren lassen, was gelebte Solidarität in unserer Zeit sein kann.

Bitte haben Sie den Mut, sich dem anderen zuzuwenden und ihm eine Hand zu reichen!

Wir freuen uns auf die nächste Ehrenamtsmesse, auf viele Begegnungen, Anregungen und helfende Hände!

Petrick Mielke, Pressesprecher (SPD Kreisverband Flensburg)

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 17.02.2006, 16:55 Uhr - 2703 Clicks - Nr. 118

SPD wirbt um Verständnis für Aktionen der Busfahrer

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt zu den Ergebnissen eines Gespräches mit dem Betriebsrat der Stadtverkehr Lübeck GmbH und der zuständigen Gewerkschaft ver.di über die Zukunftsfähigkeit des Lübecker Unternehmens vor dem Hintergrund der jüngsten Auftragsvergabe um die Firma Autokraft mittels Lohndumping:

„Die SPD-Bürgerschaftsfraktion setzt sich seit langem dafür ein, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Leistungen durch die Stadt und ihrer Gesellschaften, die Regelungen des schleswig-holsteinischen Tariftreuegesetzes anzuwenden. Voraussetzung für eine Auftragserteilung wäre dann die Einhaltung der örtlich geltenden Tarifverträge, so dass nicht mit Billigstlöhnen von außerhalb vernünftig wirtschaftende ansässige Unternehmen aus dem Markt katapultiert werden.

Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass das Tariftreuegesetz zukünftig auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs Anwendung findet. Wenn dies ohne gesetzliche Änderungen nicht möglich sein sollte, halten wir es mit Blick auf die geplante Ausschreibung von weiteren Leistungen des Nahverkehrs durch kreisfreie Städte und Landkreise für zwingend notwendig, das Gesetz kurzfristig nachzubessern und für notwendige Klarstellungen zu sorgen.

Reinhardt fordert daher die Lübecker Landtagsabgeordneten parteiübergreifend auf, unverzüglich eine gemeinsame Initiative auf den Weg zu bringen.

Auch im Interesse für den Erhalt hiesiger Arbeitsplätze bittet der Lübecker Fraktionschef deshalb bei den betroffenen Kunden um Verständnis für die landesweiten Aktionen der um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze streitenden Busfahrerinnen und Busfahrer, die ein Stoppsignal gegen einen ruinösen Preiswettkampf auf ihrem Rücken der Beschäftigten und ihrer Familien setzen wollen.“

Keine Kommentare

SPD will Klarheit zum Schutz der Bevölkerung

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„Die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Hansestadt sind zutiefst über die in unmittelbarer Nähe auf der Insel Rügen bereits ausgebrochene Vogelgrippe und Lebensmittelskandale wie die Lieferung von Gammelfleisch an Handel und Gastronomie beunruhigt.

Sie fragen zu Recht, ob in der Hansestadt Lübeck ausreichende Vorkehrungen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung getroffen worden sind.

Die SPD wird deshalb in den nächsten Sitzungen der zuständigen Ausschüsse Auskunft darüber verlangen,

- welche Vorkehrungen getroffen werden, um Gammelfleischlieferungen an Schulkinder und Gastronomie wie in Kiel zu verhindern und um Verbraucher vor nicht zum menschlichen Verzehr geeigneten Lebensmitteln zu schützen,
- wie und wie oft die Betriebe kontrolliert werden,
- wie häufig Proben genommen werden und die bisherige Anzahl von entnommenen Proben seitens der Verwaltung als ausreichend angesehen werden, und
- wie der Stand der Vorbereitungen zur Bekämpfung der Vogelgrippe in der Hansestadt ist.

Gleichzeitig fragt die SPD nach dem zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehenden Personal und ob dies nach Auffassung der Verwaltung ausreichend ist. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, dass in der Hansestadt Lübeck alles Menschenmögliche getan wird, um drohende Gefahren für Leib und Leben entschlossen abzuwehren.

Keine Kommentare

Wir brauchen Mindestlöhne!

Die Angst vor sinkenden Löhnen und wachsender Konkurrenz aus Billiglohnländern hat in den vergangenen Tagen viele tausend Menschen auf die Straße getrieben, um gegen die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union zu demonstrieren. Auf Druck der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament wurde die Richtlinie nun so verändert, dass ausländische Anbieter von Dienstleistungen in Deutschland die hier gültigen Arbeitsgesetze befolgen müssen. Um diesen nationalen Spielraum zu nutzen und den freien Fall der Löhne in einigen Branchen zu stoppen, schlägt die SPD die Einführung von Mindestlöhnen vor.

Gabriele Hiller-Ohm, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Bundestages:

"Wir brauchen so bald wie möglich eine Mindestlohnregelung! Die Verabschiedung der Dienstleistungsrichtlinie im Europäischen Parlament setzt uns dabei unter Zeitdruck. Wir wollen Mindestlohnstandards für diejenigen ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen, die die Dienstleistungsrichtlinie nutzen und ihre Arbeitskraft künftig in Deutschland anbieten. Natürlich müssen wir auch für die deutschen Arbeitskräfte Lohndumping und einen weiteren Fall der heute ohnehin in einigen Branchen niedrigen Löhne verhindern. Dies gilt zum Beispiel im Gastronomiegewerbe, in dem Löhne unter 1000 Euro im Monat insbesondere im Osten Deutschlands keine Seltenheit sind."

Bereits im vergangenen Jahr hatte die rot-grüne Bundesregierung einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der die Tarifparteien in die Lage versetzt hätte, in ihren jeweiligen Branchen Mindestlöhne einzuführen. CDU/CSU hatten das Gesetz damals im Bundesrat blockiert.

"Im Koalitionsvertrag haben SPD, CDU und CSU verabredet, die Lohnstrukturen am Arbeitsmarkt gemeinsam unter die Lupe zu nehmen, Kombilohnmodelle zu prüfen und dabei auch das Thema Mindestlohn anzupacken", erläutert Hiller-Ohm. "Ich freue mich, dass hier Bewegung in den Reihen der Union zu erkennen ist. Wenn beispielsweise der CSU-Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Würmeling offen anspricht, dass er glaubt, dass wir in „mehr Branchen in Deutschland Mindestlöhne bekommen“ und dabei betont, dass er "auch dafür" sei, dann haben wir eine gute Verhandlungsgrundlage", so Hiller-Ohm weiter.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 17.02.2006, 23:12 Uhr - 3383 Clicks - Nr. 121

Stadtkassen im freien Fall

Kreisentscheid gefährdet die Metropolregion

Die Entscheidung des Kreistages vom 16.02.06 zur Erhöhung der Kreisumlage und zur Einführung der Sonderumlage für die Städte Norderstedt und Wittenborn stößt bei der Norderstedter SPD auf massives Unverständnis.

"Viele Gemeinden und Kommunen, wie Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen, Norderstedt oder auch Wahlstedt, stehen jetzt vor einem finanziellen Scherbenhaufen und dies ohne Not. Die Metropolregion als Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt wird vorsätzlich und nachhaltig geschwächt.", so der Norderstedter SPD-Vorsitzende Heiner Köncke.

Die Solidargemeinschaft habe nie zur Diskussion gestanden und eine angemessene Erhöhung wäre getragen worden, aber die getroffenen Beschlüsse offenbaren nun die Hilflosigkeit und Reformunfähigkeit des Kreises zu Lasten der Städte und Gemeinden.

Wirtschaftspolitisch seien die beschlossenen Mehrbelastungen schlichtweg "hirnrissig" - moderate Gewerbesteuererhöhtungen dürften demnach bald der Vergangenheit angehören, denn die Kommunen müssten ihre Handlungsfähigkeit notgedrungen erhalten.

"Es steht außer Frage, daß nicht nur in der Norderstedter SPD Diskussionen geführt werden, die dann auf Basis eines breiten Konsens in eine Zukunft ohne den Kreis Segeberg weisen könnten - zumindest nicht in seiner jetzigen Form.

Die halbherzigen Erklärungs- und Einschüchterungsversuche des Konkursverwalters Gorrissen sind

eine Farce.

Gerade von diesem Verwaltungschef, der über Jahre die Finanzmisere des Kreises hingenommen hat, ohne geeignete Sanierungsmaßnahmen im eigenen Verantwortungsbereich zu ergreifen. Die Verwaltungsstrukturreform und die sich dann ziemlich sicher anschließende Kreisgebietsreform im Auge schwenkt er jetzt um und will auf einmal die Finanzen des Kreises sanieren.

Und die Politiker im Kreistag trotteln auch noch zustimmend hinterher. Auch Norderstedter SPD-Abgeordnete. Die finanzpolitische Konzeptionslosigkeit der Verantwortlichen ist offensichtlich."

"Die Norderstedter SPD ist natürlich offen für Gespräche wird diese über die Partei- und Stadtgrenzen hinaus suchen, um alle Möglichkeiten auszudiskutieren", so Köncke weiter.

Der SPD-Vorsitzende hofft, daß auch OB Grote an derartigen Gesprächen interessiert ist.

"Oberbürgermeister Grote muß aber schon jetzt an geeigneter Stelle dafür werben, daß Norderstedt im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform Aufgaben zugewiesen werden, die denen der zukünftigen Verwaltungsregionen gleich kommen. Norderstedt als Verwaltungsregion wäre natürlich auch denkbar.", so Köncke abschließend.

Kommentar von [Martin Preuschhof](#) vom 20.02.2006, 19:53 Uhr:

SPD Kreistagsfraktion gegen Kreisverband

Als SPD Kreistagsabgeordneter muß ich mich über das Verhalten meiner Kolleginnen und Kollegen der SPD im Kreistag schon wundern. Da ich aus Krankheitsgründen nicht an der Sitzung teilnehmen konnte habe ich auch nicht mitgestimmt. Aber es gab einen klaren Beschluss des Kreisverbandes und anders hätte ich auch nicht abgestimmt. Wenn man in der NOA4 Reportage aus dem Kreistag hören konnte die SPD Fraktion habe gesagt: auf einen großen Moors gehört eine große Bux - so kann ich mich über solches Schwadronieren meiner Fraktion nur schämen. Wer in solcher wichtigen Sache keine Sachargumente hat, sollte lieber seinen Mund halten. Auch ich bin nun dafür sich aus dem Kreis Segeberg zu lösen. Entweder Kreisfrei, oder mit Henstedt - Ulzburg und Kaltenkirchen in den Kreis Pinneberg wechseln. Dort wären wir dann besser aufgehoben.

Kommentar von [R. Grunenberg](#) vom 19.02.2006, 20:03 Uhr:

RE:Stadtkassen im freien Fall

Die Entscheidungen der Norderstedter SPD-Abgeordneten hat mich als Bewohner dieser Stadt sehr verletzt. Stadt-Politiker haben sich für diese Stadt zu entscheiden und nicht gegen diese. Wenn sie sich schon gegen Norderstedt entscheiden, dann soll sie bitte keinen Wahlkreis mehr in einem der vier Stadtteile haben. Die Stadt Norderstedt übernimmt immer mehr Aufgaben des Kreises und somit auch deren Kosten. Norderstedt muss kreisfrei werden Als Norderstedter Politiker sind diese Abweichler nicht mehr glaubwürdig und arbeiten gegen die eigene Partei ! Die nächste Wahl kommt bestimmt!

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 19.02.2006, 12:18 Uhr - 14350 Clicks - Nr. 122

Soldaten sind keine Polizisten

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde des Bundestages zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz hatte Jörn Thießen bei seiner "Jungferrede" einen "Tipp" für Innenminister Schäuble:

"Klug handelt, wer gerade diejenigen Dinge sorgfältig ein zweites Mal anschaut, bei denen er sich auf den ersten Blick ganz sicher war. Dieser weise Satz gilt auch für erfahrene Bundesminister, insbesondere wenn sie den Bereich des Inneren verantworten. Einer Verschmelzung von polizeilichen

und militärischen Aufgaben, und sei sie zeitlich noch so begrenzt, wird die Sozialdemokratie keinen Vorschub leisten."

Hier der Wortlaut der Rede:

Dem Deutschen Bundestag als Gesetzgeber haben die Verfassungsrichter eine dicke Kröte zu schlucken gegeben. Eine Abschussbefugnis, wie sie im Luftsicherheitsgesetz vorgesehen war, gibt es nicht. Der Einsatz der Bundeswehr zur akuten Bekämpfung terroristischer Gefahren im Inneren aus der Luft oder von See ist mit dem Urteil erschwert worden, denn das Verfassungsgericht hat jede Möglichkeit ausgeschlossen, beispielsweise gegen Passagierflugzeuge vorzugehen, die von Verbrechern als Waffen genutzt werden. Der Staat darf sich demzufolge nicht der gleichen Handlungen schuldig machen, die von Terroristen eingesetzt werden. Diese Grenze ist nach unserer Verfassung unter keinen Umständen zu überschreiten.

Im Koalitionsvertrag hatte die Regierung sich bereits auferlegt, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu „prüfen, ob und inwieweit verfassungsrechtlicher Regelungsbedarf besteht“. Es ist sinnvoll und im Sinne aller Betroffenen, sich einer klarstellenden Änderung der Gesetzeslage nicht zu verschließen, die sich auf die spezifischen Fälle einer Bedrohung aus der Luft oder von See aus bezieht. Wenn eine solche Bedrohung nur mit militärischen Mitteln, nur von der Bundeswehr tatsächlich bekämpft werden kann, muss dazu eine verlässliche Grundlage geschaffen werden.

Der Einsatz gegen unbemannte oder nur mit Terroristen besetzte Flugzeuge wird vom Karlsruher Urteil eben nicht kategorisch ausgeschlossen. Er ist nur deshalb nicht möglich, weil nach geltendem Recht keine militärischen Mittel dafür eingesetzt werden dürfen. Eine Änderung des Artikels 35 des Grundgesetzes wird sich aber darauf beschränken, den Einsatz der Bundeswehr gegen solche Bedrohungen nun rechtlich überall dort abzusichern, wo es nötig ist, zu Waffen zu greifen, die der Polizei nicht zur Verfügung stehen.

Wir wissen, dass moralische Dilemmata nicht durch Gesetzestexte abschließend zu lösen sind. Wir sind als Gesetzgeber in der Pflicht, auch in unwahrscheinlichen Fällen für die straf- und zivilrechtliche Sicherheit der Handelnden zu sorgen. Wir müssen diejenigen absichern, die am Ende unsere staatlichen Instrumente der unmittelbaren Gewalt in den Händen halten. Diesen Schutz haben alle verdient, diesen Schutz müssen wir gewähren.

Aus dem Urteil folgt aber auch: Auch in Zukunft kann die Bundeswehr zur Landesverteidigung und im Rahmen der Amtshilfe eingesetzt werden. Weitergehende Forderungen, Soldaten auch zu polizeilichen Aufgaben einzusetzen, sind von den Richtern ausgeschlossen worden. Das Gericht bekräftigt damit unsere Auffassung, dass ein bewaffneter Einsatz der Bundeswehr im Inneren verboten ist. Nicht ausgeschlossen sind akute und präventive Maßnahmen zur Abwehr von möglichen nationalen Unglücksfällen. Dazu gehört auch der Schutz vor denkbarer terroristischer Bedrohung. Hier können und dürfen Kräfte und Einrichtungen der Streitkräfte angefordert und verwendet werden. Diese Amtshilfe wird schnell und erfolgreich geleistet. Das ist bereits heute der Fall. Das wird morgen der Fall sein. Damit kann dieses Kapitel geschlossen werden.

Ein zeitliches Zusammentreffen der Ereignisse ist mitnichten auch ein inhaltliches Zusammentreffen in der Sache. Wenn die Fußball-WM die Länder in Schwierigkeiten bringt, weil sie bei ihren Polizeien in den vergangenen fünf Jahren über 7000 Stellen eingespart haben, können wir allenfalls prüfen, ob die Bundespolizei zur Unterstützung herangezogen werden kann. Personelle und materielle Nöte sind aber kein ausreichender Grund, die Bundeswehr zur Reservetruppe der Polizei zu erklären. Dieser Vorschlag nimmt weder Polizisten noch Soldaten in ihren Ausbildungen und Kernkompetenzen ernst.

2000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr werden während der Weltmeisterschaft unter anderem in den Bereichen Sanität, ABC-Schutz und Verpflegung ihre Kräfte und Mittel zur Verfügung stellen. Das ist gut so, das können sie, das ist vom Gesetz gedeckt. Und das reicht auch.

Klug handelt, wer gerade diejenigen Dinge sorgfältig ein zweites Mal anschaut, bei denen er sich auf den ersten Blick ganz sicher war. Dieser weise Satz gilt auch für erfahrene Bundesminister, insbesondere wenn sie den Bereich des Inneren verantworten. Einer Verschmelzung von polizeilichen und militärischen Aufgaben, und sei sie zeitlich noch so begrenzt, wird die Sozialdemokratie keinen Vorschub leisten.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 19.02.2006, 15:55 Uhr:

RE:Soldaten sind keine Polizisten

Den Ausführungen von Jörn Thiessen kann man nur zustimmen und sich gleichzeitig wundern. Seinerzeit haben ähnliche Ansinnen (die Notstandsgesetze) die Republik auf den Kopf gestellt und die APO (Außerparlamentarische Opposition) entstehen lassen. Wenn der parlamentarische Widerstand gegen die Pläne Schäubles nicht ausreichen sollte, wäre es wieder so weit. Wir müssten auf die Straße gehen um solchen Unfug zu verhindern. Rudolf Riep SPD-Steinburg

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 20.02.2006, 11:46 Uhr - 2379 Clicks - Nr. 123

Arbeitsgruppe Planung trifft Vertreter der IG-Ostufer

Im Vordergrund eines Gesprächs zwischen den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Planung, sowie der IG-Ostufer stand das geplante Hotel am Ballastkai.

Beim Aufstellungsbeschluss im vergangenen Jahr hatte die SPD – Ratsfraktion geschlossen gegen die Hotelplanung gestimmt und unterstützt so das Anliegen der IG-Ostufer, die sich als Initiative gegen das Hotelprojekt ausspricht.

Im Gespräch wurden Fragen, wie die verkehrliche Erschließung erörtert, wobei auch offene Fragen seitens der IG geklärt werden konnten. Konsens besteht in der Bewertung, dass ein zu hohes Hotelgebäude die Blickbeziehung zum Hafendamm und St. – Jürgen verstellen würde. Auch bestand Einigkeit darin, dieses bedeutende Bauvorhaben im Verfahren transparenter darzustellen und das auch nach Wegen gesucht werden muss, wie die Bevölkerung besser beteiligt werden kann. Ideen hierzu will die SPD gerne entwickeln und aufgreifen, jedoch müssen bestimmte Rahmenbedingungen, wie die Nichtöffentlichkeit von Architektenwettbewerben, eingehalten werden. Als nicht praktikierbar werden auch Telefonaktionen angesehen, da diese leicht manipulierbar sind.

Nach dem konstruktiven Gespräch gingen die Beteiligten mit der Zusicherung der SPD auseinander, im weiteren Verfahren die Bedenken der IG-Ostufer einzubringen.

Die Arbeitsgruppe Planung wird die Gespräche zur Hafenentwicklung im März mit dem Verein zur Erhaltung der östlichen Altstadt fortsetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 20.02.2006, 17:50 Uhr - 2218 Clicks - Nr. 124

Demonstrations- und Meinungsfreiheit nicht einschränken

„Die Kritik von Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe an der Teilnahme von Lübecker Busfahrern an den Aktionen der Gewerkschaft verdi in Kiel ist politisch töricht.

Wir weisen den Versuch des Bürgermeisters zurück, die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit der Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr zu beschränken. Wer meint, Arbeiter und Angestellte dürften an Demonstrationen nur in der Freizeit teilnehmen, verkennt elementare Grundrechte.

Der Bürgermeister wäre gut beraten, statt seine Arbeitszeit und die seines Fahrers mit einem Wettrennen mit dem Dienstwagen nach Hamburg zu verplempern, sich mehr mit den Hintergründen der Aktionen der Busfahrer zu beschäftigen und ihre berechtigten Ängste um ihre Arbeitsplätze und ihren Kampf um ein gesichertes Arbeitseinkommen für sich und ihre Familien ernster zu nehmen.“

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 20.02.2006, 17:55 Uhr - 2400 Clicks - Nr. 125

Intensive Zusammenarbeit vereinbart

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag Ostholstein Burkhard Klinke erklären:

„Die von der Landesregierung auf den Weg gebrachte Verwaltungsstrukturreform mit Leben füllen, war das Ziel einer Zusammenkunft von sozialdemokratischen beider Fraktion.

Einvernehmen wurde darüber erzielt, sich zukünftig regelmäßig und kontinuierlich zu treffen und Lübeck und die Umlandgemeinden betreffende Fragen wie den Bau der K 13, das interkommunale Gewerbegebiet zwischen der Hansestadt und Stockelsdorf und die Erweiterung des Vorwerker Hafens in Richtung Teerhofsinsel und weitere Stadt- und Kreisgrenzen überschreitende Probleme ausführlich zu diskutieren und zu sachgerechten Kreisgrenzen übergreifenden Lösungen zu kommen.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 20.02.2006, 17:58 Uhr - 2604 Clicks - Nr. 126

SPD-Arbeitskreis Europa begrüßt die EU-Dienstleistungsrichtlinie

Das Europäische Parlament hat nunmehr die Europäische Dienstleistungsrichtlinie beschlossen. Die mehrheitlich neo-liberal besetzte EU-Kommission musste durch den energischen Widerstand der europäischen Sozialdemokraten im EU-Parlament von ihrem Lieblingsprojekt Abstand nehmen, bei den angebotenen Dienstleistungen die Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards des Herkunftslandes einzuführen. Die Menschen in Deutschland, Österreich, der Niederlande oder Schweden, Dänemark und Finnland hätten es hilflos akzeptieren müssen, die minderen Standards in den anderen Staaten der EU zu ertragen.

Der Lübecker SPD-Arbeitskreis Europa begrüßt, dass in diesem Fall wieder einmal deutlich wird, dass das Europäische Parlament für alle Bürgerinnen und Bürger eine außerordentlich große Bedeutung hat und es deshalb von hoher Wichtigkeit ist, dass die Arbeit dieses Parlaments durch die Bevölkerung unterstützt wird. Die Sozialdemokraten haben erneut gezeigt, dass sie das soziale Europa wollen und durchsetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 20.02.2006, 18:00 Uhr - 2009 Clicks - Nr. 127

Empörung wegen Teerhofsinsel bei Hiller

Mit Empörung reagiert der Sprecher SPD-Bürgerschaftsfraktion im Rechnungsprüfungsausschuss Reinhold Hiller auf die Indiskretionen des Rechnungsprüfungsamtes in Sachen Teerhofsinsel. Die Stellungnahme war vor der Bekanntmachung im zuständigen Ausschuss in die Öffentlichkeit gelangt.

„Dies ist miserabler politischer Stil“. Außerdem habe sich das Amt mit einer Frage befasst, die Gegenstand politischer Entscheidungsprozesse sei. „Es kann nicht sein, dass das Rechnungsprüfungsamt ohne Ausschussbeteiligung und ohne Auftrag politische Entscheidungen vorwegnehme. „Das ist undemokratisch“, so Hiller.

Hiller verlangte die unverzügliche Zusendung der Stellungnahme an alle Mitglieder im Rechnungsprüfungsausschuss.

Außerdem regte er eine Sondersitzung des Ausschusses an.

Hiller hatte am Montag vergeblich versucht, die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes telefonisch zu erreichen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 21.02.2006, 08:29 Uhr - 1246 Clicks - Nr. 128

Abgestimmte Planungsvorstellungen helfen Universität und Stadt

Die stellvertretende baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück erklärt:

"Der Verlauf der öffentlichen Diskussion um den Standort für das Protonentherapiezentrum hat gezeigt, dass zwischen der Universität, die Universitätskliniken eingeschlossen und der Stadt verstärkter Kommunikationsbedarf besteht.

Reibungsverluste sollen hierdurch im Interesse der Landeshauptstadt und der CAU vermieden werden. Abgestimmte Planungsvorstellungen helfen Universität und Stadt bei der städtebaulichen Entwicklung der Landeshauptstadt Kiel.

Die Stadt muss wissen, welche Entwicklungsvorstellungen die Universität hat und was konkret geplant wird. Darum legt die SPD-Ratsfraktion zum nächsten Bauausschuss einen Antrag vor, mit dem die Oberbürgermeisterin beauftragt werden soll, die bauliche Weiterentwicklung des Campus

einschließlich des Universitätsklinikums mit der CAU zu erörtern und dem Ausschuss darzustellen."

Antrag zur Sitzung des Bauausschusses am 02.03.2006 Drucksache Nr.0203/2006

Betreff: Bauliche Weiterentwicklung der Christian-Albrechts-Universität einschließlich Universitätsklinikum

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Weiterentwicklung der Christian-Albrechts-Universität einschließlich des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein mit den Betreffenden und dem Land zu erörtern und die gegebenenfalls daraus resultierenden baulichen Veränderungen und Erweiterungen dem Bauausschuss bis zu seiner Septembersitzung 2006 vorzustellen.

Begründung:

Die Diskussion um den Standort für das Protonentherapiezentrum hat gezeigt, dass eine planerische Zusammenarbeit von Stadt und CAU in beiderseitigem Interesse liegt, um eine geordnete städtebauliche Entwicklung in der Landeshauptstadt Kiel zu ermöglichen.

Keine Kommentare

[SPD-Muehlentor-Ost](#) - veröffentlicht am 21.02.2006, 15:03 Uhr - 1542 Clicks - Nr. 129

Uni Lübeck muss eigenständig bleiben!

Der Resolutionstext im Wortlaut:

Wir lehnen eine Fusion der Hochschulen zu einer Landeszentraluniversität ab. Wir fordern den Landtag und die Landesregierung auf, sich für den Erhalt einer eigenständigen Universität Lübeck auszusprechen, den Hochschulstandort Lübeck zu sichern und der Hansestadt Lübeck dadurch wichtige Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten zu erhalten.

Die Hochschulen sind in Lübeck ein wichtiger Standortfaktor für Innovation und Wirtschaftswachstum. Durch sie entstehen neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze, die in Lübeck dringend gebraucht werden. Die Lübecker Hochschulen sind für die Entwicklung der Stadt unverzichtbar. Deutschlandweit, besonders aber im Vergleich mit den schleswig-holsteinischen Hochschulen, gehört die Universität Lübeck sowohl bei Forschungsleistung als auch bei Prüfungsergebnissen und Hochschulrankings zur Spitze. Eine Herabstufung der Universität Lübeck zu einer Außenstelle der Kieler Universität würde eine nicht zu verantwortende Schwächung für Lehre und Forschung bedeuten und tausende Arbeitsplätze, die an den Hochschulen in Lübeck hängen, gefährden.

Wir haben diese Resolution verfasst und bisher 1800 Unterschriften gesammelt! Diese Resolution ist auch auf dem Lübecker Parteitag vom 18.2. 2006 einstimmig beschlossen worden.

Sie wollen unsere Aktion auch unterstützen? Dann schreiben Sie uns: spd-muehlentor-ost@gmx.de.

Keine Kommentare

Fördermittel des Bundes für Lübeck gesichert!

"Der Einsatz hat sich gelohnt! Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) fließen auch künftig nach Lübeck", begrüßt Gabriele Hiller-Ohm die Ankündigung der Bundesregierung, Schleswig-Holstein im Förderkatalog zu behalten und die Mittel für Lübeck sogar aufzustocken.

Der Bund-Länder-Planungsausschuss der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" hatte gestern die neue Fördergebietskarte beschlossen.

Gabriele Hiller-Ohm:

"Im Zuge der Haushaltskonsolidierung des Bundes wird es zwar Kürzungen bei der GA geben, die befürchtete komplette Streichung der Mittel für westdeutsche Regionen kommt aber nicht. Falls die vom Planungsausschuss beschlossene Förderkarte auch vom Deutschen Bundestag in unveränderter Form angenommen wird, so werden ostdeutsche und westdeutsche Bundesländer die Kürzungen anteilig tragen. Die GA als gesamtdeutsches Förderinstrument wäre damit in ihrem Fortbestand gesichert. Ich werde mich für eine solche Annahme im Bundestag einsetzen."

Wichtige Infrastrukturmaßnahmen der Stadt konnten in den letzten Jahren mit Hilfe der Gemeinschaftsaufgabe auf den Weg und voran gebracht werden. So flossen zum Beispiel im Zeitraum von 2000 bis 2005 rund 5,8 Millionen Euro in den Lübecker Hafen und weitere rund 5 Millionen in den Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee. Wichtige Arbeitsplätze konnten damit gesichert und neue Jobs geschaffen werden.

"Diese und weitere Projekte können nun weiterhin mit Mitteln von Bund und Ländern rechnen. Als ehemaliges Grenzgebiet zur DDR mit hoher Arbeitslosenquote (heute: 17%) ist die GA West von enormer Bedeutung für die beschäftigungspolitischen Perspektiven unserer gesamten Region. Eine Kürzung oder gar eine Streichung der Mittel der GA-West wäre folglich ein schwerer Schlag für die Stadt Lübeck gewesen", betont Hiller-Ohm.

Keine Kommentare

Kindertagesstätten kostenfrei ??

Die SPD-Kreistagsfraktion Segeberg hat die Kreis-Verwaltung um Prüfung gebeten, welche Möglichkeiten bestehen, Kindergartenplätze für alle Kinder im Kreisgebiet im Jahr vor der Einschulung kostenfrei anzubieten.

Dabei sollen folgende Aspekte besonders beachtet werden.

1. Welche Chancen und Vorteile ergeben sich im Kreisgebiet für alle Bevölkerungsgruppen im Bereich der vorschulischen Bildung durch die Einführung eines kostenlosen letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung?

2. Welche Kosten entstehen durch die Einführung eines kostenlosen letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung?
3. Welche Kosten würden entstehen, wenn Kindergartenplätze im Kreisgebiet grundsätzlich gebührenfrei angeboten würden?
4. Welche Fördermöglichkeiten von Seiten des Landes Schleswig-Holstein bzw. des Bundes sind möglich und könnten auch genutzt werden? Es reicht nämlich nicht aus, auf Bundes- und Landesebene den Mund zu spitzen, man muss dann auch pfeifen!

Wie der Jugendpolitische Sprecher der Fraktion, Gerd-Rainer Busch mitteilt, begründen die Genossen Ihren Auftrag wie folgt:

Kindertagesstätten leisten einen wichtigen Beitrag für die frühkindliche Bildung und Erziehung, sie schaffen die Grundlagen für den gesamten nachfolgenden Bildungsweg. Diese Grundlagen müssen allen Kindern, unabhängig von ihrer Herkunft bzw. den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien zugute kommen. Das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der OECD-Studie „Starting Strong II“, die auch als Kindergarten - PISA bezeichnete internationale Vergleichsstudie aus 2004 über Kindertageseinrichtungen, ist eine Folge fehlender Investitionen in Kindertagesstätten. „Das erste Lernfenster von Kindern im Alter von vier bis fünfeinhalb Jahren wird sträflich vernachlässigt. Mit der ersten Fremdsprache sollte spätestens bei der Einschulung begonnen werden, wenn es geht auch früher“, stellte die OECD fest.

Diese Aussagen nehmen wir sehr ernst. Kinder sind unser aller Zukunft und zugleich die einzige Chance, bei ausreichender Bildung und Förderung, für eine künftig stabilere Arbeits- und Sozialumwelt, so Gerd-Rainer Busch.

Das Deutsche Kinderhilfswerk forderte als Reaktion auf das Abschneiden Deutschlands bei dieser OECD-Studie eine allgemeine Kindergartenpflicht und die totale Abschaffung aller Kindergartenbeiträge. Die Fraktion schließt sich dieser Forderung grundsätzlich an.

Generelle Kostenfreiheit ist jedoch angesichts der Haushaltslage zurzeit nicht zu finanzieren. Deshalb beantragen wir zunächst die Prüfung der Einführung von kostenfreien Kindergartenplätzen im Kindergartenjahr vor der Einschulung. Dabei ist zu beachten, dass Familienfreundlichkeit auch ein wichtiger Standortfaktor ist. Einer Untersuchung der Prognos AG folgend, zahlen sich Investitionen in Familienfreundlichkeit mit bis zu 25 Prozent Rendite aus. Dies gilt auch für die öffentliche Hand.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 21.02.2006, 18:53 Uhr - 8838 Clicks - Nr. 132

Budget 2006: Kreisumlage erhöht - Schwellenwert abgesenkt

In der Sitzung des Kreistages am 16. 02. 2006 wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion der Haushalt 2006 beschlossen. Die Kreisumlage wurde um fünf Prozentpunkte angehoben.

Lesen Sie hier die Begründung, die der Fraktionsvorsitzende Arnold Wilken hierzu abgegeben hat:

Die SPD hat die Finanzentwicklung des Kreises Segeberg auch in den Jahren 2000 bis 2003 sehr kritisch gesehen

Der Schuldenstand wurde zwar in den Jahren 2000 bis 2003 eingefroren und es wurde der Eindruck erweckt:

Es geht bergauf!

Dies war eine Selbsttäuschung. Die SPD hat schon Im Jahr 2003 auf die Schuldensteigerung in

Richtung einhundert Millionen hingewiesen. Der Landrat erinnerte den Kreistag am 09. 12. 2002 daran, dass er den Kreis finanziell gegen die Wand fahren wolle, natürlich sah er die Schuld nur beim Land Schleswig-Holstein und wir haben in den Jammergesang mit eingestimmt.

Der Haushalt 2003 wurde unter Anwendung von einigen Tricks hingerechnet. Die Realität holte uns im laufenden Jahr und im darauf folgenden Jahr 2004 wieder ein. Das Haushaltsjahr 2003 schloss nämlich mit einem Defizit von 3,2 Millionen ab.

Ein echter Knall im Jahr 2004: es mussten 10 Millionen € neue Kredite aufgenommen werden. Neuer Schuldenstand 71,2 Millionen €. Der Jahresabschluss 2004 endete mit einem Minus von 6,6 Millionen €.

Im Jahr 2005 knallte es lauter: es mussten 6,1 Millionen € Kredite aufgenommen werden. Der Jahresabschluss endete mit einem Defizit von 14,5 Millionen €.

In drei Jahren 24 Millionen €. Der Jahresdurchschnitt der Kassenkredite betrug 2005 28 Millionen €.

Bei internen Budgetberatungen sind wir nicht erst seit 2005 sondern seit 2000 einig gewesen, dass die Kreisumlage erhöht werden muss. Eine Erhöhung ist aber kein Allheilmittel!

Wir waren uns einig. Vor einer Erhöhung muss der Landrat und der Kreistag mit seiner Mehrheit einen Sparwillen nicht nur bekunden sondern auch anwenden und umsetzen.

Welch eine Kehrtwende bei der Mehrheitsfraktion: Nun war auch die CDU wie in den Vorjahren nicht mehr bereit, weitere Schulden in Höhe von 14 Millionen € für 2006 zu machen. Es war richtig, den Entwurf des Haushalts 2006 nicht im Dezember 2005 zu beraten und zu beschließen. Vielmehr in erneute Beratungen in den Fachausschüssen mit der Verwaltung zu gehen.

Die SPD will die Beschlüsse zur Einnahmeverbesserung mittragen, damit der Kreis Segeberg nicht mit seinen Finanzen gegen die Wand fährt. Wir müssen daran erinnern, dass die Gemeinden und der Kreis als Gemeindeverband in einem Boot sitzen. Das bedeutet: Die Schulden des Kreises sind auch zum Teil die Schulden der Gemeinden, natürlich auch die Schulden der Städte.

Die CDU und unsere Verwaltung haben deutliche Anstrengungen gemacht, einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt 2006 vorzulegen. Auch wir haben unsere Beiträge dazu geleistet. In Gesprächen mit der Zentralen Steuerung – Frau Anhalt und Frau McGregor – und mit den Produktverantwortlichen – Frau Andrasch und die Herren Jankowski und Stankat – konnten die sensiblen Themen Eingliederungshilfen im ambulanten Bereich, Pflege und Schülerbeförderungskosten erörtert werden.

Herzlichen Dank an die Verwaltung.

Die Ergebnisse flossen in die Ausschussberatungen ein.

Die Reduzierung der Ausgaben bedeuten nicht, dass den hilfebedürftigen Menschen etwas weggenommen wird.

Wenn es heute zu einem ausgeglichenen Verwaltungshaushalt und zu einer verringerten Nettoneuverschuldung mit einer Umlagenerhöhung um 5 Punkte kommen sollte, wird die Verwaltung unter der Verantwortung des Landrates diesen Haushalt mit großer Disziplin umsetzen müssen. Wir sind davon überzeugt, dass die verantwortlichen Mitarbeiter in der Kreisverwaltung dies tun wollen.

Jeder Mitarbeiter sollte dieser Bitte nachkommen, denn wir alle wissen: eine weitere Verschuldung des Kreises kann sehr schnell dazu führen, dass die Arbeitsplätze nicht mehr gesichert sind.

Der Landrat wird gebeten unverzüglich zu prüfen, inwieweit die zentrale Steuerung und das Produkt

Finanzen verstärkt werden müssen. Die Mitarbeiter der zentralen Steuerung müssen auch mit mehr Kompetenz ausgestattet werden.

Die Erhöhung der Kreisumlage auf 36 Punkte für alle Gemeinden und Städte im Kreis Segeberg wird allerdings nicht alle strukturellen Schwächen des Kreises beseitigen. Die Verwaltungsstrukturen werden in den kommenden Jahren weiter verändert werden müssen. Gemeinsam sollten wir die Rufe nach Privatisierung im Keim ersticken.

Die öffentliche Daseinsvorsorge gehört nicht in die Hände von „Heuschrecken“!

Die Absenkung des Schwellenwertes auf 120 Prozent für die Zusatzkreisumlage ist kein Alleingang des Segeberger Kreistages. Andere Kreise haben den Schwellenwert bereits auf 110 Prozent abgesenkt.

Alle Kreistagsabgeordneten der SPD von Stocksee bis Norderstedt werden in ihrer Verantwortung als Kreistagsabgeordnete dem Budget 2006, der Erhöhung der Kreisumlage auf 36 Punkte und der Absenkung des Schwellenwertes auf 120 % für die Zusatzkreisumlage geschlossen zustimmen.

Den unsachlichen Kritikern sagen wir:

Schaut nach Pinneberg und der dortigen Kreisumlage von 39,75 % mit einem Schwellenwert von 113 % für die Zusatzkreisumlage und in den Kreis Stormarn mit 36,5 % Kreisumlage und mit einem Schwellenwert von 110 % für die Zusatzkreisumlage. Dort werden die Gemeinden deutlich stärker zur Mitfinanzierung der Kreisaufgaben herangezogen.

Der Vorsitzende der SPD Kreistagsfraktion bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihr verantwortungsbewussten Verhalten und Auftreten bei den schwierigen Entscheidungen.

Kommentar von [Martin Preuschhof](#) vom 25.02.2006, 10:03 Uhr:

sozial ???

Ist es sozial, dafür zu sorgen, das in Norderstedt nun das letzte Kindergartenjahr nicht mehr (wie geplant) kostenlos angeboten werden kann ?? Ist es demokratisch, eine klare Vorgabe des SPD Kreisvorstandes zu ignorieren, aber innerhalb der Kreistagsfraktion Fraktionsdisziplin zu fordern?? Menschen die das kritisieren, sind also unsachlich ? So kann man mit berechtigter Kritik natürlich auch umgehen. Es wird Zeit, das die Kreise abgeschafft werden, oder jedenfalls Norderstedt kreisfrei wird. Martin Preuschhof, SPD Kreistagsabgeordneter, der einer solchen Kreisumlagerhöhung nicht zugestimmt hätte.

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.02.2006, 09:41 Uhr - 1127 Clicks - Nr. 133

Gratulation Kiel-Marketing e.V. und Team Sailing-City!

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklärt zur Verleihung des Stadtmarketingpreises Schleswig-Holstein 2006 an Kiel-Marketing e.V.:

"Wir freuen uns über die Verleihung des Preises an Kiel-Marketing e.V. und gratulieren dem ehemaligen Geschäftsführer des Vereins Herrn Hots-Thomas sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Einen ebenso herzlichen Glückwunsch zum Sonderpreis an das "Team Sailing-City" für das Projekt "Camp24sieben".

Wir wünschen uns für die Kieler Schülerinnen und Schüler eine lange Fortsetzung dieser tollen "Segelschule". Großer Dank gebührt in diesem Zusammenhang den Kieler Stadtwerken AG für Ihr beispielloses Engagement.

Besonders freut uns, dass mit Kiel-Marketing e.V. und dem "Camp24sieben" Institutionen geehrt

werden, die auf Initiative der SPD-Ratsfraktion entstanden sind bzw. uns von Beginn an sehr am Herzen liegen.

Ob es Kiel-Marketing möglich sein wird, in seiner neuen Struktur ebenso erfolgreich zu arbeiten, wird man sehen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.02.2006, 09:43 Uhr - 1312 Clicks - Nr. 134

Missverständnis liegt bei Volquartz (CDU)

Die stellvertretende baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück erklärt zu der Pressemitteilung der Verwaltung "OB Volquartz: "Durchsichtige Störmanöver beenden!" : "Die Oberbürgermeisterin ist leider nicht in der Lage, die Frage der baulichen Weiterentwicklung der Christian-Albrechts-Universität und des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein von der Standortfrage Protonentherapiezentrum zu trennen.

Unser Antrag an den Bauausschuss hat nichts mit dem Aufstellungsbeschluss für das Protonentherapiezentrum zu tun, dem die SPD-Fraktion sowohl im Bauausschuss als auch in der Ratsversammlung zugestimmt hat. Der SPD-Fraktion geht es allein um einen partnerschaftlichen Dialog über die bauliche Weiterentwicklung der Christian-Albrechts-Universität und des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein.

Es stimmt bedenklich, dass Frau Volquartz (CDU) einen harmlosen, berechtigten Antrag, der sich allein mit verstärkter Kommunikation zwischen der Stadt und der Universität befasst, als Bedrohung empfindet."

Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 22.02.2006, 11:58 Uhr - 2103 Clicks - Nr. 135

Wir sichern Deutschlands Zukunft

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 10. Januar 2006

Mehr Kinder. Bessere Bildung. Starke Familien.
Soziale Gerechtigkeit. Dynamische Wirtschaft.

Wir sichern Deutschlands Zukunft

I. Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft ist zukunftsfähig

Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden. Eine Familie zu gründen, Kinder zu bekommen und später dann auch Enkel – das ist und bleibt für die meisten Menschen die entscheidende Grundlage für Lebenszufriedenheit. Zugleich können allein Kinder und Familien den Fortbestand unserer Gesellschaft garantieren. Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft – sozial, wirtschaftlich und kulturell.

Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann eine dynamische und eine wachstumsstarke Gesellschaft sein. Deshalb braucht Deutschland eine Familienpolitik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Genauso wichtig ist es aber auch, dass wir kein einziges Kind auf seinem Entwicklungsweg zurücklassen. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und Bildung von

Anfang an! Ob es gelingt, massiv und zielgenau in Kinder, in Familien und in Bildung zu investieren, ist eine fundamentale Frage der gerechten Verteilung von Lebenschancen und der Zukunft unseres Landes im 21. Jahrhundert.

II. Eine moderne sozialdemokratische Familien- und Sozialpolitik

Auch im 21. Jahrhundert streben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an, gleiche Lebenschancen und gleiche Freiheiten für alle Menschen in einer solidarischen Gesellschaft zu schaffen. Unser politisches Handeln muss sich dem raschen und umfassenden Wandel der Rahmenbedingungen gewachsen zeigen. Unsere Ziele werden wir auch zukünftig nur dann verwirklichen können, wenn wir immer wieder weitblickend und systematisch die Voraussetzungen von Lebenszufriedenheit und sozialer Gerechtigkeit in Deutschland neu schaffen. Genau deshalb haben sich die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren auf den Weg der Erneuerung gemacht. Diesen Weg werden wir entschlossen weiter gehen.

Die Wahl zwischen Markt radikalismus auf der einen und strukturkonservativer Beharrung bei sämtlichen sozialstaatlichen Lösungen der Vergangenheit auf der anderen Seite ist dabei nicht die Alternative. Weder das eine noch das andere Rezept ist tauglich für unser Land, keines von beiden eignet sich dafür, unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und Lebenschancen für alle Menschen in Deutschland zu ermöglichen.

In die Irre führt auch die häufig vorgebrachte Annahme, die „Zwänge der Globalisierung“ ließen kaum noch eigenständige Politik auf der nationalstaatlichen Ebene zu. Der Druck auf die verschiedenen Varianten des europäischen Sozialmodells geht heute in beträchtlichem Umfang von politisch beeinflussbaren Faktoren aus: von den beispiellosen Umbrüchen der Demografie und dem anhaltenden Geburtenmangel; von der rapide wachsenden Bedeutung von Bildung und Qualifikation; von den Veränderungen der Familie. Diese und andere langfristigen strukturellen Veränderungen können und müssen in den jeweiligen Staaten selbst gemeistert werden. Deutschland hat als weiterhin starkes Land, als größte europäische Volkswirtschaft und Exportweltmeister große Gestaltungsmöglichkeiten. Wir haben es auch in der Ära der Globalisierung selbst in der Hand, unser Gemeinwesen aus eigener Kraft zu erneuern.

Der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts wird andere Schwerpunkte setzen müssen als in der Vergangenheit. Er muss weitaus stärker als in der Vergangenheit in die Fähigkeiten der Menschen investieren, sich auf Veränderungen einstellen und den Wandel aktiv für ihre Zwecke nutzen. Zugleich muss er verlässlichen Schutz bieten, wo Notlagen entstehen. Flexibilität setzt Sicherheit voraus. Der elementare Zweck der Erneuerung unserer Sozialsysteme liegt darin, wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit in ein Verhältnis positiver Wechselwirkung zu bringen.

Alle europäischen Vergleichsuntersuchungen machen deutlich: Heute weisen gerade diejenigen europäischen Länder die günstigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die höchsten Erwerbsquoten und die höchsten Geburtenraten auf, die in den vergangenen Jahren entschlossen ihren Sozialstaat erneuert und in ihre sozialstaatliche Zukunft investiert haben.

Viele junge Männer und Frauen in Deutschland wollen Kinder. In den vergangenen sieben Jahren haben wir begonnen, unsere Politik an diesen Lebensbedürfnissen der Menschen stärker auszurichten. Wir haben die Leistungen für Familien seit 1998 um 50 Prozent erhöht, die Möglichkeiten für Elternzeit sowie Teilzeitarbeit verbessert und den Einstieg in einen deutlichen Betreuungsausbau für unter Dreijährige auch in Westdeutschland geschafft. Wir haben die Investitionen in Bildung spürbar erhöht. Das Ganztags schulprogramm schafft Zeit und Raum für Bildung und Betreuung. Das alles sind große Fortschritte.

Dennoch: Die Verwirklichung der Lebensentwürfe von jungen Männern und Frauen stößt auch heute noch an Grenzen. Ein Teil von ihnen scheitert bereits beim Erwerb der schulischen Qualifikation, eines beruflichen Abschlusses bzw. beim Einstieg ins Erwerbsleben. Ist dieser geglückt, wird aus dem Wunsch nach Beruf und Familie mangels unterstützender Rahmenbedingungen nur allzu oft eine Entscheidung zwischen Beruf oder Familie – mit den bekannten Konsequenzen. Kinderwünsche werden oft nicht erfüllt. Die Konservativen haben mit ihrem noch immer nicht überwundenen

Familienbild einen maßgeblichen Anteil an der demografischen Misere. Wer die Frauen vor die Alternative Beruf oder Familie stellt, verspielt die Zukunft. Andere, insbesondere die nordeuropäischen Länder, zeigen uns: Gleichstellungspolitik ist die Voraussetzung für eine gute Familienpolitik.

III. Zehn Punkte für Kinder, Familien, Bildung und Gerechtigkeit

1. Gute Wirtschafts- und Sozialpolitik beginnt mit Kindern. Deutschland ist heute ein kinderarmes Land – im internationalen Vergleich eines der kinderärmsten Länder überhaupt. Das ist die Folge unzähliger individueller Entscheidungen von Menschen. Alle diese Entscheidungen gegen Kinder und Familiengründung wären in einem freiheitlichen Land selbstverständlich zu respektieren – würden sie aus freiem Entschluss und voller Überzeugung getroffen. Tatsächlich aber ist genau das nicht der Fall. Viele Menschen wollen Kinder – und bleiben dann doch kinderlos. Deshalb gilt: Wer erreichen will, dass die Menschen in unserem Lande so leben können, wie sie selbst leben wollen, der muss die Voraussetzungen dafür schaffen und verbessern, dass in Deutschland wieder mehr Familien gegründet werden und vorhandene Kinderwünsche in Erfüllung gehen können. Genau das hat sich die SPD vorgenommen.

2. Kinderpolitik ist Gesellschaftspolitik. So gut oder so schlecht, wie wir heute für die Entwicklung unserer Kinder und unserer Familien sorgen, so gut oder so schlecht wird es morgen unserer Gesellschaft insgesamt ergehen. Weil die Existenz von Kindern und Familien die fundamentale Voraussetzung der Zukunft sämtlicher Gesellschaftsbereiche ist, besitzen ihre Anliegen eine höhere gesamtgesellschaftliche Legitimität. Jede Gesellschaft ist auf Nachwuchssicherung im weitesten Sinne angewiesen. Wo der Wunsch nach Kindern sich nicht erfüllt, wo sich Kinder ungünstig entwickeln, wo Kinder die für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe notwendigen Kompetenzen nicht erwerben können – da schadet dies immer auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt.

3. Politik für Kinder ist Zukunftssicherung. Bei aller Politik für Kinder und Familien geht es immer auch um die Zukunftssicherung unserer Gesellschaft überhaupt. Auch deshalb müssen wir mit aller Kraft anstreben und erreichen, dass in Deutschland wieder deutlich mehr Kinder geboren werden. Wenn wir von der demografischen Krise unseres Landes sprechen, dann ist dabei allzu oft von der angeblichen „Überalterung“ der Gesellschaft die Rede. Doch was gedankenlos so beschrieben wird – die steigende Lebenserwartung der Menschen, die bessere Gesundheit von immer mehr Menschen bis ins hohe Lebensalter – ist in Wahrheit nicht das Problem. Im Gegenteil: Es ist eine großartige Leistung unserer gesamten Gesellschaft, wenn immer mehr Menschen immer länger leben. Aber: Den vielen Älteren im Land stehen heute ganz einfach nicht mehr genügend Jüngere, nicht mehr genügend Kinder und Nach-wachsende gegenüber. Wege zu finden, um dies wieder zu ändern, ist die wichtigste Aufgabe einer umfassend verstandenen Politik der Zukunftssicherung. Ziel der SPD ist es nicht nur, alle bereits bestehenden Familien wo immer möglich zu unterstützen, sondern nachdrücklich auch, zukünftig wieder mehr Menschen zur Familiengründung zu ermuntern.

4. Die Kosten gerecht verteilen. Die bei weitem zu niedrige Geburtenrate in Deutschland ist wenigstens teilweise eine Folge der hohen Kosten, die Kinder tatsächlich verursachen – und von den Eltern im Lebensverlauf getragen werden müssen. Ökonomisch gesehen werden Eltern gegenüber Kinderlosen gleich dreifach benachteiligt: Zum einen finanzieren sie die Kinder; zum anderen entgehen ihnen (üblicherweise vor allem den Müttern) Karrierechancen und damit höhere Einkommensmöglichkeiten; und drittens haben Eltern – trotz deutlich verbesserter Anrechnung und Bewertung von Erziehungszeiten durch sozialdemokratische Regierungspolitik - aufgrund entsprechend geringerer Anwartschaften später niedrigere Rentenzahlungen zu erwarten. Diese relativen und absoluten ökonomischen Nachteile der Elternschaft wachsen proportional in dem Maße, wie junge Frauen über mehr Bildung und Verdienstmöglichkeiten verfügen. Aus

gesamtgesellschaftlicher Perspektive sind die heutigen „Opportunitätskosten“ der Elternschaft zu hoch. Entweder tritt ein zu niedriges Beschäftigungsniveau ein, wenn sich Mütter systematisch gezwungen sehen, ihre Erwerbsarbeit aufzugeben, oder die Geburtenrate ist zu niedrig als Folge des Verzichts berufstätiger Frauen auf Kinder. Unsere alternde Gesellschaft kann sich das eine so wenig leisten wie das andere. Deshalb müssen die durch Kinder verursachten Kosten gesellschaftlich neu verteilt werden.

5. Höhere Erwerbsquote und gute Kinderbetreuung bedingen einander. Die klassische Nachkriegsfamilie, bestehend aus männlichem Alleinverdiener, nicht erwerbstätiger Hausfrau und mindestens zwei Kindern, entspricht überall in Europa immer weniger der Realität – allerdings mit von Land zu Land sehr unterschiedlichen Konsequenzen. Die wirtschaftlich und zugleich sozialpolitisch besonders erfolgreichen nordeuropäischen Gesellschaften profitieren von ihren – etwa im Vergleich zu Deutschland – besonders hohen Frauenerwerbsquoten. Denn die Chance, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, ist heute eine der zentralen Bedingungen dafür, dass sich junge Frauen und Männer überhaupt für Familiengründung und Kinder entscheiden. Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Verfügbarkeit bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Betreuungsmöglichkeiten.

6. Lebenschancen von der Herkunft entkoppeln. Parallel zu einer Politik der Nachwuchssicherung, die sich nachdrücklich zum Ziel „Mehr Kinder!“ bekennt, muss als zweites Leitziel gelten: „Wir dürfen kein einziges Kind zurücklassen!“ Jedes Kind muss uns gleich wichtig sein – ganz gleich in welcher Region, ganz gleich aus welchem Stadtteil, ganz gleich welcher sozialen oder ethnischen Herkunft. Kein Kind in Deutschland soll vernachlässigt werden! Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und Bildung von Anfang an! Von der Qualität der Bildung und Ausbildung unserer Kinder hängen zugleich deren individuelle Lebenschancen und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ab. Gerade weil die Zahl der geborenen Kinder in unserem Land derzeit bei weitem zu niedrig ist, kommt es umso mehr darauf an, dass jedes einzelne Kind in Deutschland die Chance erhält, alle seine Potentiale von Anfang an auszuschöpfen.

7. Auf den Anfang kommt es an. Eine Politik der Lebenschancen erfordert hohe Investitionen in die Qualifikation der Menschen. Dabei ist der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen ist für die Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten der Menschen bereits der Lebensabschnitt vor dem sechsten Lebensjahr entscheidend. Daher müssen wir buchstäblich vom ersten Tag ihres Lebens in diese Fähigkeiten und Fertigkeiten investieren. Nacheilende Programme im späteren Leben sind teuer und vergleichsweise ineffektiv. Deshalb kommt es darauf an, dass wir erheblich mehr als bislang in die frühkindliche Bildung und Betreuung und deren Qualität investieren als in der Vergangenheit. Die Investition in frühkindliche Bildung und Erziehung ist der entscheidende Hebel gegen lebenslange Perspektivlosigkeit und die Vererbung sozialer und kultureller Benachteiligungen von einer Generation zur nächsten.

8. Leitern aus der Armut bauen. Kinder, die in Armut und Unsicherheit aufwachsen, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit ihrerseits später arme Eltern. Die Forschung belegt enge Zusammenhänge zwischen Armut in der frühen Kindheit, deutlich geringerer Bildung und demzufolge drastisch geringeren Erwerbsaussichten sowie chronischer Abhängigkeit von sozialen Transfers im späteren Leben – eine negative Kopplung, die sich dann oft genug in der nächsten Kindergeneration erneut wiederholt. Solche Formen der sozialen Vererbung schaffen nicht nur die Bedingungen für die strukturelle gesellschaftliche Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen über Generationen hinweg. Sie bedeuten – erst recht angesichts der kommenden demografischen Engpässe – auch die teure Vergeudung potentieller menschlicher Kompetenzen und damit das Verspielen gesellschaftlichen Wohlstands. Aus allen diesen Gründen ist der frontale Angriff auf Armut in Familien das effektivste

Mittel im Kampf für größere Chancengleichheit, eine dynamische Ökonomie und eine funktionierende Gesellschaft. Das entscheidende Mittel gegen Kinderarmut und für größere Lebenschancen besteht dabei nicht in Sozialtransfers, sondern im Erwerbseinkommen arbeitender Väter und Mütter – ermöglicht durch massive Investitionen in hochwertige Kinderbetreuung.

9. Die Eltern unterstützen, die Familie entlasten. Es geht uns um gleiche Chancen von Kindern aus Familien, die bedroht sind durch Armut, durch Erwerbslosigkeit, durch Bildungsmangel und chronisch ungünstige Lebensperspektiven. Wirtschaftlich und kulturell armen Eltern fehlen die Möglichkeiten, in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren. Wo aber alle Rahmenbedingungen des Lebens widrig sind, muss der reine Appell, innerhalb der Familie Verantwortung zu übernehmen, von vornherein ins Leere laufen – zum Schaden der Kinder und der Gesellschaft insgesamt. Durchaus nicht nur, aber in besonderem Maße allein erziehende Mütter kleiner Kinder sind heute in hohem Maße von unsicheren Erwerbsverhältnissen und Arbeitslosigkeit, schleichender Dequalifikation und Armut bedroht. Dagegen sind öffentliche Angebote der Kinder- und Ganztagsbetreuung, der Bildung, der frühzeitigen und umfassenden Familienunterstützung und -beratung geeignet, familiäre Defizite zu kompensieren und gerade solchen Familien zu helfen, die sich am wenigsten selbst zu helfen vermögen. Nur auf diese Weise lässt sich gewährleisten, dass Kindern aus kulturell und wirtschaftlich schwächeren Haushalten grundsätzlich von Anfang an dieselben kognitiven Impulse und pädagogischen Standards zugute kommen wie Kindern aus privilegierteren Verhältnissen.

10. Bildungspolitik ist die wirksamste Sozial- und Wirtschaftspolitik. Wir leben mitten im Übergang zu einer wissensintensiven Wirtschaftsweise, in der alle Lebenschancen der Menschen immer entscheidender von ihrer Bildung und Qualifikation abhängen. Wer keinen adäquaten Bildungsabschluss vorweisen kann, sieht zukünftig immer stärker einer lebenslangen Perspektive niedriger Löhne und prekärer Berufsaussichten entgegen. Bereits heute sind Armut an Geld und Lebenschancen so-wie langfristige Arbeitslosigkeit in Deutschland in sehr hohem Maße die Folgen fehlender zeitgemäßer Qualifikationen und Fertigkeiten. Werden Menschen von der umfassenden Beteiligung am Leben der Gesellschaft ausgeschlossen, so bedeutet dies ein zentrales Gerechtigkeitsproblem. Zugleich wird die wirtschaftliche Selbstbehauptung in der Ära der Globalisierung nur einer bildungsreichen Gesellschaft gelingen. Daraus folgt, dass die Schaffung guter und gleicher Bildungschancen für alle das soziale Gerechtigkeitsgebot des 21. Jahrhunderts und ein Gebot ökonomischer Vernunft ist. Die deutsche Gesellschaft wird daher Bildungseinrichtungen auf die Bedingungen des immer stärker wissensintensiven und lernenden Wirtschaftens der Zukunft einstellen müssen. Prinzipiell müssen alle Menschen in den Stand versetzt werden, sich in veränderten Bedingungen immer wieder neu zurechtfinden zu können.

IV. Bausteine einer modernen Kinder- und Familienpolitik

Aus diesen zehn Punkten folgt: Deutschland benötigt die konsequente Fortsetzung und Weiterentwicklung der modernen Kinder- und Familienpolitik der vergangenen Jahre. Entscheidende Schritte haben wir in der Koalitionsvereinbarung durchgesetzt. Diese Politik wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten – Kinder, Jugendliche, Eltern, Arbeitnehmer und Arbeitgeber und gesellschaftliche Gruppen – weiter entwickeln. Moderne Kinder- und Familienpolitik ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf allen Ebenen. Dazu gehören kurzfristig machbare Maßnahmen ebenso wie mittelfristig zu verwirklichende Ziele, neben politischen und gesetzlichen Maßnahmen auch Handlungsspielräume für bürgerschaftliches Engagement.

1. Konsequente Verbindung von Bildung und Betreuung. Wir wollen insbesondere für die Kleinsten die Betreuungsangebote ausbauen. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder unter drei Jahren ab 2010. Deshalb werden wir uns für die Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes mit 230.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für unter Dreijährige in Krippen, Kindergärten und in der

qualifizierten Tagespflege einsetzen. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht es um ein ausreichendes Angebot an Ganztagsbetreuung.

Wir wollen, dass jedes Kind einen Platz in einer Kindertagesstätte erhält. Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch ab dem zweiten Lebensjahr ein. Zumindest im letzten Jahr vor der Schule sollte jedes Kind einen Kindergarten besuchen. Die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr – wie ab 2006 in Rheinland-Pfalz – ist ein wichtiger Schritt dahin. Gerade unter dem Aspekt der Chancengleichheit rücken die frühkindliche Bildung und der vorschulische Bildungs- und Erziehungsauftrag stärker in den Mittelpunkt. Wir wollen den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten stärken und setzen auf die individuelle Förderung aller Kinder. Perspektivisch streben wir die voll-ständige Beitragsfreiheit für den Kindergarten an.

Mit vier Milliarden Euro unterstützt die Bundesregierung Länder und Kommunen beim Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Schulen. Wir wollen die Zahl der Ganztagschulen weiter deutlich erhöhen. Eltern brauchen mehr verlässliche Ganztagsbetreuung, die Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit zum Lernen. Es ist notwendig, in allen Schulen das individuelle Lernen zu stärken. Schulzeit ist Lebenszeit. Deshalb brauchen wir eine Schulreform, die den Anteil der Klassenwiederholungen deutlich reduziert, die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen verbessert und möglichst alle Jugendlichen mit einem Schulabschluss entlässt.

Wir brauchen die enge Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Lehrerinnen und Lehrer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe können voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen. Jugendhilfe ohne Bezug zur Schul- und Ausbildungswirklichkeit von Jugendlichen läuft ins Leere. Schule ohne Bezug zur beruflichen Praxis vermittelt an den erforderlichen Kompetenzen vorbei.

2. Stärkung von Kindern und Familien. Eltern brauchen Unterstützung. Damit möglichst alle Kinder gut aufwachsen, brauchen wir eine Kultur des Hinschauens, eine Kultur der öffentlichen Verantwortung für jedes Kind. Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ihrer Verantwortung Rechnung tragen zu können. Familien brauchen leicht erreichbare, verstärkt auch aufsuchende und frühe Hilfen in Eltern-Kind-Zentren. Diese können in Kindertagesstätten, Gesundheitseinrichtungen, Nachbarschaftshäusern, Elterncafés oder Familienzentren angesiedelt sein. Alle Kinder nehmen an Früherkennungs-Untersuchungen teil. Wir werden dazu konkrete Regelungen vorschlagen. Es geht uns um die Kombination aus Betreuung und Förderung von Kindern unterstützt durch Elternbildung, Gesundheits- und Erziehungsberatung. Je früher die Beratung von Familien angeboten wird, desto niedriger ist die Hürde, sie anzunehmen. Zukünftige Eltern sollen bereits vor der Geburt Unterstützung und Beratung erhalten.

3. Eine humane Arbeitswelt. Junge Frauen und Männer erhalten gerade im Familiengründungsalter zunehmend befristete Verträge. Schwangerschaft steigert in diesen Fällen das Risiko, arbeitslos zu werden. Junge Männer fürchten um ihre berufliche Stellung, wenn sie Elternzeit beanspruchen; entsprechend nehmen nur fünf Prozent der jungen Männer in Deutschland Elternzeit in Anspruch. Solche Arbeitsbedingungen orientieren sich am vermeintlichen Ideal des allzeit verfügbaren Menschen und lassen stabile Paarbeziehungen, erst recht aber die Verantwortung für Kinder, kaum zu. Die Tarifpartner tragen Verantwortung, familiengerechte Arbeit zum Thema von Tarifverhandlungen zu machen. In Betriebsvereinbarungen können konkrete Schritte in Richtung auf familienfreundliche Arbeitsplatz- und -zeitgestaltung festgelegt werden. Eine familienfreundliche Arbeitswelt ist – wie die skandinavischen Länder zeigen – betriebs- und volkswirtschaftlich gewinnbringend, da das Erwerbspersonenpotential besser ausgeschöpft wird, das Qualifikationsniveau erhalten wird und die Arbeitszufriedenheit steigt.

4. Ein neuer Blick auf die Lebensarbeitszeit. Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung (81,5 Jahre bei Frauen und 75,9 Jahre bei Männern) müssten Familiengründung, Berufseinstieg und Karriere nicht parallel in den Jahren zwischen 30 und 35 stattfinden. Mit einer solchen „Rushhour des Lebens“

werden junge Menschen systematisch überfordert. Gleichzeitig werden die Kenntnisse und Fähigkeiten der Älteren jenseits der 55 im Erwerbsleben nicht mehr ausreichend genutzt. Deshalb muss Familiengründung zum Beispiel stärker als bisher bereits in der Ausbildungsphase möglich sein: durch unterstützende Strukturen an Hochschulen und eine Ausbildungsförderung, die auch jungen Menschen die frühere ökonomische Selbständigkeit ermöglicht. Die überdurchschnittlich langen Studiengänge in Deutschland sind durch gestufte Abschlüsse und die Unterstützung des Einstiegs in reguläre Beschäftigung weiter zu verkürzen.

5. Allianzen für Familie. Wir haben mit der Allianz für Familie und den lokalen Bündnissen einen innovativen Weg eingeschlagen, um die Kooperation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auch auf der lokalen Ebene zu verankern und dort konkrete Strategien für mehr Familienfreundlichkeit zu entwickeln. Gleichzeitig kann damit die ökonomische Kraft der Kommunen gestärkt werden. Unser Ziel ist, die Zahl der Lokalen Bündnisse von derzeit 500 auf 1000 zu erhöhen.

6. Bessere Unterstützung von Familien. Wir haben seit 1998 die staatlichen Leistungen für Bildung und Familien deutlich erhöht, so zum Beispiel beim Ganztagsschulprogramm, bei BAföG und Kindergeld. Das waren notwendige Schritte für mehr soziale Gerechtigkeit. Bei den familienpolitischen Ausgaben stehen wir im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Das ist angesichts von Geburtenrückgang sowie Kinder- und Familienarmut in Deutschland eine paradoxe Situation. Es verdeutlicht, dass der von uns in den zurückliegenden Jahren eingeleitete Paradigmenwechsel weg von den direkten Leistungen, hin zu Investitionen in Infrastruktur, ergänzt durch zielgenauere Förderinstrumente wie Kinderzuschlag und Elterngeld, überfällig war. Der Kinderzuschlag hilft seit Beginn des Jahres 2005 Familien mit geringem Einkommen, wirtschaftlich unabhängig zu sein. Diesen Zuschlag werden wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner weiterentwickeln und das Antragsverfahren sehr deutlich vereinfachen, um noch mehr Familien und Kinder zu erreichen. Mit dem Elterngeld fördern wir Familien ab 2007 in der Zeit ihrer höchsten finanziellen Belastung. Wir verbessern damit auch eine partnerschaftliche Teilung der Erziehungsaufgaben. Das Elterngeld ersetzt für bis zu 12 Monate 67 Prozent vom Nettoeinkommen des betreuenden Elternteils. Damit erhält dieser Elternteil erstmals eine eigene wirtschaftliche Absicherung – die Familie kann ihren Lebensstandard halten. Gleichzeitig unterstützen wir die schnellere Rückkehr in den Beruf. Väter haben mit der neuen Lohnersatzleistung zum ersten Mal die reale Chance, Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Der speziell für sie reservierte Anteil von zwei Monaten erleichtert es ihnen, diesen Anspruch im Job auch durchzusetzen. Ähnlich wie in den skandinavischen Ländern sollte das Elterngeld im Lichte der gemachten Erfahrungen weiter entwickelt werden.

Nur wenn Eltern sicher sein können, dass für ihr Kind gute und verlässliche Betreuung zur Verfügung steht, können sie nach einem Jahr in den Beruf zurückkehren. Und auch dann entstehen teils erhebliche Belastungen durch Kosten für Kinderkrippe, Tagespflege oder Kinderfrau. Für diese und andere haushaltsnahe Dienstleistungen verbessern wir die steuerliche Absetzbarkeit. Wir wollen bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, der besseren Bildungschancen und der gleichstellungspolitischen Wirkung eine Absetzbarkeit ab dem ersten Euro vorsehen und die vorgesehene starke Anhebung der Absetzungshöchstgrenzen zurücknehmen.

So entlasten wir die Familien und geben zugleich Impulse für mehr Beschäftigung.

V. Zukunft für Kinder – Zukunft mit mehr Kindern

Wir arbeiten dafür, dass Politik und Wirtschaft die Rahmenbedingungen schaffen, die es jungen Frauen und Männern ermöglichen, Familien zu gründen und mit Kindern zu leben. Mehr Kinder bedeuten mehr Lebensqualität, mehr Zusammenhalt, mehr Wachstum und mehr Wohlstand für unsere Gesellschaft. Mehr Kinder sind die Folge von Optimismus und schaffen umgekehrt zugleich

neue Zuversicht. In diesem Sinn werden wir eindeutige Prioritäten setzen und Schritt für Schritt gute Lösungen finden. Dabei müssen wir die eingesetzten Mittel sinnvoll miteinander vernetzen, Potenziale, Ideen und Kreativität der Menschen fördern – von klein auf in jedem Kind und immer wieder neu. Wir wollen eine Gesellschaft, die eine gute Zukunft hat, weil Kinder in ihr eine gute Zukunft haben.

Keine Kommentare

[AfA Stormarn](#) - veröffentlicht am 22.02.2006, 19:04 Uhr - 1813 Clicks - Nr. 136

Beerdigt die Landesregierung den Arbeits- und Gesundheitsschutz in SH

Gemeinsame Einladung der AfA und des DGB, zum Expertengespräch, am Dienstag den 14. März 2006, um 19.00 - 21.00 Uhr, im Bürgerhaus Bad Oldesloe, Mühlenstraße 22.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz in Deutschland ist schon seit längerem politischem Druck sowohl im Bund als auch in den Ländern ausgesetzt. Das gilt in gleicher Weise für die Gewerbeaufsicht und für die Berufsgenossenschaften.

Der Hintergrund für solche Debatten ist klar: Die finanziellen Ressourcen werden knapper, da werden dann unter der Überschrift der Deregulierung großzügig Aufgaben verschoben oder ganze Bereiche geschlossen. Für die Länder heißt das in zahlreichen Fällen „Kommunalisierung der Aufgaben“ und wird mit dem Schlagwort von mehr Bürgernähe als einzig gangbarer Weg verkauft.

Diese Debatte wird seit einiger Zeit auch in Schleswig-Holstein geführt. Hier sollen die Aufgaben des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit (LGA) zum Teil auf die Kommunen verteilt und darüber hinaus in die Landesverwaltung integriert werden, bzw. in norddeutschen Kooperationsmodellen aufgehen.

Vor diesem Hintergrund laden wir zu einer Gesprächsrunde mit zahlreichen Experten ins Bürgerhaus Bad Oldesloe ein. Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion.

Mit dabei sind:

- Dr. Hellmut Körner, Staatssekretär im Sozialministerium, in Kiel (angefragt)
- Sönke Bock, Vors. der Vertretervers. der Nordd. Berufsgenossenschaft
- Frau Ostertag, IHK Lübeck, Geschäftsbereich Innovation und Umwelt
- Marianne Schauer, Fachbereichsleiterin Arbeitsschutz, Stadt Lübeck
- Gabriele Wegner, Abteilungssekretärin Sozialpolitik, beim DGB Nord

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 23.02.2006, 14:57 Uhr - 10301 Clicks - Nr. 137

Förderung lernschwacher SchülerInnen - SPD fordert Taten und Schüler

In der Diskussion um Elitenförderung hat man die Lernschwachen einfach vergessen. Während erhebliche Mittel öffentlichkeitswirksam für Hochbegabte. ausgelobt werden, wird am anderen Ende

gespart.

Das darf so nicht weitergehen

Das kann so nicht weitergehen. Die Handwerkerschaft klagt landauf und landab über fehlende Kenntnisse in Mathematik und Deutsch bei den Azubis mit dem Ergebnis, dass viele Betriebe resignieren und die Lehrlingsausbildung einstellen. Die potentiell hoch innovationsresistente IHK - man denke nur an ihre Weigerung, die Kräfte durch einen Zusammenschluss zu einer einzigen Landes-IHK zu bündeln (Kirchen, Krankenkassen und Kreditinstitute sind da weiter) - stimmt gern in den Chor der Jammernden ein. Wer gutes Personal haben will, muss auch auf allen Ebenen in Bildung investieren. Lernschwache Schülerinnen und Schüler müssen vorrangig an den Berufsschulen des Kreises gefördert werden. Die Vorbildfunktion des Kreises ist gefordert, aber auch die Handwerkerschaft sollte nicht abseits stehen.

Die SPD will im Haushalt 2006 für die beiden kreiseigenen Schulen je 10 000 Euro zur Verfügung stellen. Durch die Einrichtung von Förderkursen würde ein Schritt in die richtige Richtung getan, um dem Arbeitsmarkt die Kräfte anzubieten, die er benötigt, Durch einen "Einkauf" von Dozenten wie bei der VHS könnte rasche Hilfe geschaffen werden, und man würde bereits in diesem Schuljahr die Erfahrungen sammeln, die notwendig sind, um langfristig einen effizienten Abbau der bestehenden Defizite zu erreichen. Die SPD-Kreistagsfraktion hat mit den Schulen darüber intensive Gespräche geführt und will nun "Nägel mit Köpfen machen". Die bisher Diskussionen im Bildungsausschuss sollen durch diesen Antrag endlich erfolgreich beendet werden.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 23.02.2006, 15:02 Uhr - 10779 Clicks - Nr. 138

10.000 € mehr für Fachberatungsstelle

Fachberatungsstelle des Kinderschutzbundes in Bad Segeberg gegen die sexuelle Gewalt erhält 10.000,00 € mehr.

Mit großer Mehrheit hat der Segeberger Kreistag auf Antrag der SPD Kreistagsfraktion beschlossen, die Haushaltsmittel für die Betreuung missbrauchter Kinder und Jugendlicher um 10.000,00 € auf 58.000,00 € zu erhöhen.

Die Sonderfachberatungsstelle für das gesamte Kreisgebiet macht nur dann einen Sinn, wenn die Einrichtung eine Vollzeitkraft beschäftigt. Um möglichst vielen jungen Menschen rechtzeitig helfen zu können, muss die Leistungsfähigkeit verstärkt werden. So begründete die Sozialdemokratin Jutta Altenhöner aus Bad Bramstedt den Antrag vor dem Kreistag.

Die CDU hatte mit ihrer absoluten Mehrheit die Haushaltsmittel für das Jahr 2004 um 34 % gekürzt. Selbst ein Sachvortrag von zwei Vertreterinnen des Kinderschutzbundes vor dem Kreistag im Dezember 2003 konnte die CDU nicht umstimmen.

Im Landesvergleich ist der Kreis Segeberg das Schlusslicht bei der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratung.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 23.02.2006, 23:40 Uhr - 3300 Clicks - Nr. 139

CDU ohne Kurs in der Bildungspolitik

Veränderungen nicht nur andeuten, sondern vollziehen!

Die Norderstedter SPD-Fraktion hat die CDU zu einem Umsteuern in der Kita-Politik aufgefordert.

"In den letzten Jahren haben sich Strukturen in Familie, Schule und Kindertagesstätten verändert. Gab es früher noch gemeinsame Schnittmengen, hat sich dies teilweise zu einem komplexen „Inselwissen“ entwickelt.

Elternvertreter, Lehrer, Verwaltung und Leitungen von KiTa-Einrichtungen haben sich lange bevor eine Änderung des Schulgesetzes angedacht wurde zusammengesetzt und in ehrenamtlicher Tätigkeit viel Arbeit und Zeit investiert um Standards zum Übergang aus dem vorschulischen Bereich in die Grundschule zu entwickeln.", so SPD-Pressesprecher Thomas Jäger.
In der Präambel heißt es unter anderem:

„Die Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen Grundschule und Jugendhilfe, die unter dem Motto ERFOLGREICH STARTEN auf einen sich ergänzenden Bildungsprozess mit einem ermutigenden Übergang von der Elementarstufe in die Primarstufe ausgerichtet sind fallen in Norderstedt auf fruchtbaren Boden."

"Im Ausschuss für junge Menschen sollte in der letzten Sitzung der Beitritt der Stadt Norderstedt zu einer entsprechenden Rahmenvereinbarung beschlossen werden. Dies sollte nicht zuletzt auch eine Signalwirkung nach außen haben um möglichst viele zu motivieren diese Vereinbarung zu unterzeichnen um in Norderstedt gleiche Voraussetzungen für alle zu schaffen.

Die Experten haben also konkrete Schritte vorgeschlagen, um zu einer spürbaren Verbesserung der Bildungssituation in den Norderstedter Kindertagesstätten zu kommen."

Die Kitas könnten eine wichtige Funktion in einem System übernehmen, das die frühkindliche Bildung forciert und gleichzeitig auf Kindesvernachlässigung reagieren kann.

Es müsse sich auch die Erkenntnis durchsetzen, dass die Beschäftigten in den Kitas ein gutes Frühwarnsystem sind, um Kindesvernachlässigung zu verhindern.

"Erzieherinnen merken, wenn ein Kind im Winter zu dünn angezogen ist, wenn ein Kind Hunger hat und wenn sich die Eltern nicht ausreichend kümmern", betonte der SPD-Sprecher. In der Kita oder durch gute Kooperation mit anderen Einrichtungen könne so frühzeitig Hilfe vermittelt werden, um Schlimmeres zu verhindern.

Die SPD-Kitaexperten hätten in den Ausschusssitzungen darauf verwiesen, dass eine Reihe von Norderstedter Kitas bereits mehr als ihre eigentliche Aufgabe der Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern leisten.

"Diese Entwicklung gilt es zu unterstützen und auszubauen. Das heißt, Kitas müssen nach dem Vorbild der englischen „early excellence center“ fortentwickelt werden zu einem Ort, an dem auch die Eltern Angebote z. B. zur Gesundheitsförderung, Ernährungsberatung, Beratung in Erziehungsfragen und Sprachförderung erhalten."

Es läge an der CDU, hier jetzt für Klarheit zu sorgen.

"Es wird Zeit, dass die CDU-Verantwortlichen unmissverständlich sagen, was für sie Priorität hat."

Im vorliegenden Fall hätte die Stadt Norderstedt nicht einen einzigen Euro bereitstellen müssen.

"Also mussten wieder einmal fadenscheinige Begründungen und eine angeblich fehlenden

Rechtssicherheit als Ablehnungsgrund erhalten. Wer den Kurswechsel in der Bildungspolitik will, der darf ihn nicht nur andeuten, sondern muß ihn auch vollziehen!", so Jäger abschließend.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 24.02.2006, 11:55 Uhr - 12763 Clicks - Nr. 140

Itzehoer Fröhsnack II

Bereits zum zweiten Mal lud der Itzehoer Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen (SPD) zum Fröhsnack ein. Bei leckerem Frühstück und Kaffeespezialitäten sollte über das provokante Thema „Atomare Grüße aus Frankreich“ und andere Themen, die die Gäste berührten, gesprochen werden. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit, sich mit ihrem Bundestagsabgeordneten „am Frühstückstisch“ auszutauschen.

Zunächst berichtete Thießen, der auch Mitglied des Verteidigungsausschusses ist, über die Iran-Krise und die Reaktion der westlichen Kräfte, insbesondere im Hinblick auf die Rede des französischen Staatspräsidenten. Schwerpunktthema war dann jedoch der Karikaturen-Streit, die meisten Gäste forderten neben einem grundsätzlichen Gewaltverzicht mehr Respekt für die Vorstellungen der anderen Religionsgemeinschaften.

Zum Abschluss der einstündigen Gesprächsrunde berichtete Thießen noch von seinen Besuchen in den Schulen der Region. „Im Gespräch mit den Jugendlichen kann ich viele Vorurteile abbauen und neue Denkanstöße geben“, so Thießen.

Der nächste „Fröhsnack mit Jörn Thießen“ findet am 18. März um 12.00 Uhr wieder im Cafe Phaenomenon am Berliner Platz statt.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 25.02.2006, 13:06 Uhr - 2017 Clicks - Nr. 141

SPD: Problem auf den Spielplätzen in Segeberg ?

Ann-Kathrin Scholz, Stadtvertreterin der SPD, steht allen Bürgerinnen und Bürgern, am 02.03.2006 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus (A0.05) von 16.00 - 17.30 Uhr statt und Ann-Kathrin Scholz ist dort während der Sprechstunde unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde:

Welche Probleme sind 2006 noch auf den Spielplätzen der Stadt Segeberg zu lösen ?

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 26.02.2006, 17:35 Uhr - 2743 Clicks - Nr. 142

Aufruf zur Betriebsratswahl

Die AfA Schleswig-Holstein ruft zur Teilnahme an den Betriebsrats-Wahlen auf Betriebsratswahlen 2006

Arbeitnehmer brauchen starke Betriebsräte – Kandidieren und Wählen gehen

Viele Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in den nächsten Wochen aufgerufen, einen neuen Betriebsrat zu wählen. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) hofft und erwartet, dass möglichst viele Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und sich viele Kolleginnen und Kollegen bereit finden, in den Betrieben Verantwortung zu übernehmen.

Für die SPD ist die betriebliche Mitbestimmung ein wesentlicher Eckpfeiler unserer sozialen Wirtschaftsordnung. Deshalb haben wir während der Regierungsverantwortung gegen den Widerstand der CDU/CSU und FDP die betriebliche Mitbestimmung ausgebaut.

- Durch die Entbürokratisierung und Vereinfachung des Wahlrechts wurde die Bildung von Betriebsräten erleichtert.
- Die Betriebsratsgremien wurden vergrößert und die Freistellungsmöglichkeiten ausgeweitet.
- Betriebsräte haben jetzt ein Initiativrecht zur Beschäftigungssicherung und zur Qualifizierung im Betrieb.
- Sachverständige im Betrieb können in die Betriebsratsarbeit einbezogen werden.

Eine funktionierende Mitbestimmung ist ein wichtiger Standortfaktor. Sie hat entscheidend zum Aufbau unserer Demokratie und unseres Sozialstaates beigetragen. Gerade jetzt braucht unser Land starke, durchsetzungsfähige Betriebsräte. In vielen Betrieben haben Betriebsräte über die reine Interessenvertretung hinaus längst Managementaufgaben übernommen, mit guten Erfolgen für die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Demokratie darf nicht am Betriebstor aufhören.

Unser Fazit: Mehr Mitbestimmung ist ein Garant für den sozialen Frieden und für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Für die SPD gehört die Mitbestimmung unabdingbar zur sozialen Marktwirtschaft.

Kein Betrieb ohne Betriebsrat – wir stehen an der Seite der Gewerkschaften!

Deshalb fordert der AfA Landesvorstand in Schleswig-Holstein alle sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf:

- Die Betriebsratswahlen aktiv zu unterstützen.
- Daran mitzuwirken das die Wahlen möglichst als Persönlichkeitswahlen stattfinden.
- Bei Listenwahlen kandidiert nur auf den Gewerkschaftslisten, denn nur gemeinsam sind wir stark - Sozialdemokraten und Gewerkschafter!

AfA-Landesvorstand Schleswig-Holstein

Wolfgang Mädels Ralf Wrobel Sabine Almut Auerbach Daniel Friedrich Nils Bolwig Bernd Losch Birte Pauls Karsten Wessels Helmut Ulbrand Dagmar Wilhelmy-Hellmuth Gunnar Reichwaldt

v.i.S.d.P. AfA-Landesvorstand, SPD Schleswig-Holstein, Kiel.

Keine Kommentare

Arbeitsmarkttagung der SPD-Dithmarschen und AfA

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) hatte die SPD Dithmarschen zusammen am 22. Februar zu einer Arbeitsmarkttagung eingeladen .

Es diskutierten Gaby Hiller-Ohm, MdB aus Lübeck, Dr. Jörn Klimant, Landrat des Kreises Dithmarschen, Karsten Böhmke, Geschäftsführer der ARGE Dithmarschen, Klaus-Jürgen Esch, Kreistagsfraktionsvorsitzender der SPD, Karsten Wessels Vorsitzender DGB Region Unterelbe und Angelika Hansen-Siebels ,stellv. SPD-Kreisvorsitzende gemeinsam mit Vertretern versch. Trägerorganisationen, wie z. B. HOELP und Diakonie und vielen Interessierten.

Thematik waren die Integrationsmaßnahmen und Programme der Bundesagentur für Arbeit bzw. der ARGE für Arbeitssuchende.

Die Hartz IV- Gesetze gelten seit einem Jahr . Trotz allen möglichen Bemühungen, die Arbeitslosenzahlen zu senken, war bisher kein großer Erfolg zu verzeichnen.

Karsten Böhmke von der ARGE stellte fest, dass Dreh- und Angelpunkt der aktiven Maßnahmen zur Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt die Mehraufwandsentschädigungen (MAEs), die Zusatzjobs, auch 1 Euro Jobs genannt, sind. In Dithmarschen waren es im letzte Jahr 1981 Personen, die einen solchen Job ausübten, mit einem Ausgabevolumen von 2,2 Mio. Euro. Von diesen Betroffenen gingen 77 % wieder in die Arbeitslosigkeit, 7% wurden in den 1. Arbeitsmarkt in reguläre Beschäftigungsverhältnisse vermittelt, 2% in 400€ Jobs.

Karsten Wessels stellte aus der Gewerkschaftssicht die provokante Frage, ob es bei den 1 Euro Jobs nur um schöne Statistiken ginge, da die Betroffenen nach einem halben Jahr wieder in die Arbeitslosigkeit gingen. Er plädierte u.a. dafür, mit dem gleichen Geld, Arbeit statt Lohnersatzleistung zu finanzieren. Ein Ansatz der durchaus Reiz hatte, wie die anderen Diskussionsteilnehmer und auch das Plenum feststellte. Trotz allem wurde von Trägerseite festgestellt, dass diese MAEs zur Wiedereingliederung durchaus sinnvoll seien. Die Maßnahmen bedeuten für viele Menschen gesellschaftliche Teilhabe, und das oft nach Jahren Arbeitslosigkeit. Es sollte sich aber um eine sinnvolle Übergangslösung handeln, denn wenn die Maßnahme beendet sei, würden die Leute wieder in das „schwarze Loch“ fallen.

Angelika Hansen-Siebels fragte nach, ob es denn Sinn macht als Ziel immer nur den ersten Arbeitsmarkt im Blick zu haben, so viele offene Stellen, wie Arbeitslose da wären, gäbe es doch wohl nicht.

Klaus-Jürgen Esch sowie Dr. Jörn Klimant konnten dem nur zustimmen und machten beide auf die Notwendigkeit eines 2. öffentlich organisierten Arbeitsmarktes aufmerksam.

Das Fazit des Abends war, das Dithmarschen mit seiner vorbildlich funktionierenden ARGE gut aufgestellt ist. Die Ergebnisse sind sich im Vergleich zu anderen Kreisen in Schleswig-Holstein hervorragend. MAEs sind für Personen mit komplexen Problemlagen eine gute Heranführung an die Arbeitssituation, für andere Betroffene sollten sie nur eine Übergangslösung darstellen. Langfristig müsste ein 2. öffentlich geförderter Arbeitsmarkt organisiert werden. Bei volkswirtschaftlicher Betrachtung mache das durchaus Sinn.

Die Forderung an den Gesetzgeber in Berlin sowie an die Bundesagentur für Arbeit hier für gesetzgeberische Rahmenbedingungen zur Schaffung von regulären Beschäftigungsverhältnissen für einen 2. Arbeitsmarkt zu sorgen, musste die Bundestagsabgeordnete Gabi Hiller-Ohm als Fazit dieser Veranstaltung mitnehmen.

Keine Kommentare

Nicht bei jungen Arbeitslosen Leistungen kürzen!

Mit Hartz IV werden die Kommunen um 2,5 Milliarden Euro entlastet. Damit sollen die Investitionskraft der Kommunen gestärkt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es sollte der Ausbau der Kinderbetreuung forciert werden. Die ostdeutschen Kommunen sollten zusätzlich mit einer Milliarde Euro einen Ausgleich für ihre überproportional hohe Arbeitslosigkeit erhalten.

Dies war ein Versprechen noch der alten Bundesregierung, der rot-grünen Bundesregierung, wobei für mich die finanzielle Entlastung der Kommunen niemals das vorrangigste Ziel war. **Das entscheidende Ziel von Hartz IV sollte sein, Menschen in Arbeit zu bringen**, allen Arbeitssuchenden eine Chance zu geben. Hartz IV sollte bewirken, dass staatliche Hilfen gerecht und aus einer Hand gewährt werden. Hartz IV sollte dazu führen, dass in der Umsetzung jeder Arbeitslose einen persönlichen Ansprechpartner in der Agentur für Arbeit hat und gezielt auch individuell Brücken aus der Arbeitslosigkeit in die Arbeit, in den ersten Arbeitsmarkt, gebaut werden. Und wir haben es heute Vormittag schon angesprochen, es sollte Unterstützung geben für Arbeitslose in Fragen der Kinderbetreuung, bei der Schuldnerberatung, bei der Qualifizierung, bei der Aufnahme einer Arbeit und bei Existenzgründung und Selbständigkeit.

Und zu diesen vernünftigen und sinnvollen Vorhaben gehört natürlich auch die Entlastung der Kommunen von Kosten, die früher durch die hohe Arbeitslosigkeit entstanden sind.

Der kurze knappe Bericht der Landesregierung macht deutlich: Die Landesregierung hat Wort gehalten. Im Jahre 2005 ist die volle Netto-Entlastung des Landes in Höhe von 52,25 Millionen Euro an die Kreise und kreisfreien Städte verteilt worden. Für das Jahr 2006 wird es eine weitere Übertragung in Höhe von 51,55 Millionen Euro aus dem Haushalt des Landes an die Kommunen geben. Dies macht deutlich, das Land hat Wort gehalten und hält Wort.

Und dass die alte Bundesregierung unter der Federführung des Müntefering-Vorgängers beschlossen hatte, ganz aus der Mitfinanzierung der kommunalen Lasten für die Unterbringung auszustiegen, wäre eine sehr große Belastung geworden. Hier ist unser Widerstand wie auch das Zusammenwirken aller Landesregierungen erfolgreich gewesen und die neue Bundesregierung hat hier richtigerweise komplett umgesteuert. Ein Erfolg und ein Zeichen für politische Verlässlichkeit.

Es wird aber nicht wundern, dass ich an dieser Stelle auch eine kritische Haltung zu den aktuell beschlossenen Änderungen bei den Leistungen für junge Arbeitslose habe. Auch wenn viel Geld an Kommunen verteilt wird und dieses aus dem System heraus finanziert werden soll, ist es kritisch zu hinterfragen. Dies ist aus meiner Sicht keine Begründung für die Kürzungen des Arbeitslosengeldes für junge Menschen, kein Grund für die Kürzungen bei unter 25-jährigen Arbeitslosen. Denn die Einbeziehung Jugendlicher unter 25 Jahren in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern darf nicht dazu führen, dass der Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert wird. Gerade für junge Menschen, deren Familien schon lange – oft in der zweiten oder dritten Generation - von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, kann der Weg in die Selbständigkeit der richtige und entscheidende Schritt sein.

Und wenn im Mittelpunkt der Arbeitsmarktreform ein konsequentes Fördern und Fordern steht, kann es nicht sein, dass die Ausgaben der Eingliederungsleistungen nach dem SGB II in Schleswig-Holstein so schlechte Quoten erreichen. So sind landesweit nur 38,1% der zur Verfügung stehenden Mittel

ausgeschöpft worden. Das schlechteste Beispiel gibt hier die Hansestadt Lübeck, die 21,2% oder in Euro ausgedrückt: nur 5,8 Mio. Euro von 27,4 Mio. Euro für Eingliederungsleistungen ausgegeben hat; so die Zahlen einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen Fraktion (Drs. 16/523). Spitzenreiter in dieser Statistik sind der Kreis Dithmarschen mit 52,7% und die Stadt Flensburg mit 51,4%. Aber es ist und bleibt ein großes Armutszeugnis, dass von 186 Mio. Euro Eingliederungsmittel in Schleswig-Holstein nur 70,9 Mio. Euro ausgegeben wurden.

Auch wenn im ersten Jahr Hartz IV viele Probleme zu lösen waren, so zeigen diese Zahlen: Man sollte andere Prioritäten setzen, als bei jugendlichen Arbeitslosen zu kürzen oder das „Hotel Mama“ zum aktuellen Lebensstil von arbeitslosen jungen Menschen zu erklären. Arbeitsmarktpolitik braucht viel mehr Verlässlichkeit und den Willen, Fördern und Fordern so umzusetzen, dass auch die Betroffenen engagiert mitwirken.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 27.02.2006, 13:24 Uhr - 2003 Clicks - Nr. 145

Rote Karten und Trillerpfeifen gegen Menschenhandel

Die SPD-Frauen sind der Zeit wieder einmal voraus: Der Internationale Frauentag wird am 8. März begangen, doch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) wirbt gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Gabriele Hiller-Ohm bereits am kommenden Sonnabend, dem 4. März, für Gleichstellung und Frauenrechte. Mit einem Infostand sind die Politikerinnen von 10 bis 14 Uhr in der Breiten Straße präsent.

Zwei Themen wollen die Sozialdemokratinnen in diesem Jahr besonders ins Bewusstsein bringen: Die moderne Familienpolitik der SPD und die "Abpfiff!"- Kampagne des Deutschen Frauenrates gegen Zwangsprostitution bei der Fußball-WM. Passend zum Motto der Kampagne verteilen die SPD-Frauen lautstarke Trillerpfeifen und Rote Karten gegen Menschenhandel.

"In Zeiten großer Koalitionen wollen wir daran erinnern, dass zukunftsweisende Frauen- und Familienpolitik, egal wie die Ressortverteilung in Bund und Ländern aussehen mag, immer noch von der SPD gemacht wird", erklären Cornelia Östreich, Vorsitzende der ASF, und Gabriele Hiller-Ohm. Die Bundestagsabgeordnete wirbt besonders für die sozialdemokratische Familienpolitik: "Wir haben in den vergangenen Jahren durch das Recht auf Teilzeit, Verbesserungen bei der Kinderbetreuung, den Ausbau von Ganztagschulen und die finanzielle Entlastung von Eltern bereits einiges für Familien getan. Mit der Einführung des Elterngeldes und der steuerlichen Absetzbarkeit von Betreuungskosten setzen wir diesen Weg in der Großen Koalition fort. Wir werden in den kommenden Jahren aber auch dafür sorgen, dass sich nicht das klassische Familienbild der Unionsparteien – der Mann geht arbeiten, die Frau bleibt bei den Kindern – durchsetzt. Die SPD steht für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar für Mütter und Väter."

Der zweite Schwerpunkt der Frauentag-Aktion geht besonders die Sportfans an. Cornelia Östreich: "Die "Abpfiff"-Kampagne gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel wird inzwischen auch vom DFB, dem DGB und von prominenten Männern wie dem Regierenden Bürgermeister Berlins Klaus Wowereit unterstützt. Da viele männliche Fußballfans nach dem Besuch im Stadion ins Rotlichtviertel

pilgern, steigt während der WM die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen. Dafür werden in diesem Jahr nach vorsichtigen Schätzungen bis zu 40.000 Frauen aus dem Ausland illegal zu uns gebracht. Ein großer Teil von ihnen wird zur Prostitution gezwungen und ausgebeutet. Wir sagen deshalb: Menschenhandel und Zwangsprostitution müssen gerade im Jahr der Fußball-WM noch viel entschiedener angeprangert und bekämpft werden!"

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 27.02.2006, 13:31 Uhr - 2192 Clicks - Nr. 146

Arbeitnehmer brauchen starke Betriebsräte – Kandidieren und wählen gehen

Viele Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in den nächsten Wochen aufgerufen, einen neuen Betriebsrat zu wählen. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) hofft und erwartet, dass möglichst viele Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und sich viele Kolleginnen und Kollegen bereit finden, in den Betrieben Verantwortung zu übernehmen.

Für die SPD ist die betriebliche Mitbestimmung ein wesentlicher Eckpfeiler unserer sozialen Wirtschaftsordnung. Deshalb haben wir während der Regierungsverantwortung gegen den Widerstand der CDU/CSU und FDP die betriebliche Mitbestimmung ausgebaut.

- Durch die Entbürokratisierung und Vereinfachung des Wahlrechts wurde die Bildung von Betriebsräten erleichtert.
- Die Betriebsratsgremien wurden vergrößert und die Freistellungsmöglichkeiten ausgeweitet.
- Betriebsräte haben jetzt ein Initiativrecht zur Beschäftigungssicherung und zur Qualifizierung im Betrieb.
- Sachverständige im Betrieb können in die Betriebsratsarbeit einbezogen werden.

Eine funktionierende Mitbestimmung ist ein wichtiger Standortfaktor. Sie hat entscheidend zum Aufbau unserer Demokratie und unseres Sozialstaates beigetragen. Gerade jetzt braucht unser Land starke, durchsetzungsfähige Betriebsräte. In vielen Betrieben haben Betriebsräte über die reine Interessenvertretung hinaus längst Managementaufgaben übernommen, und das mit guten Erfolgen für die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Demokratie darf nicht am Betriebstor aufhören.

Unser Fazit: Mehr Mitbestimmung ist ein Garant für den sozialen Frieden und für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Für die SPD gehört die Mitbestimmung unabdingbar zur sozialen Marktwirtschaft.

Kein Betrieb ohne Betriebsrat – wir stehen an der Seite der Gewerkschaften!

Deshalb fordert der AfA Landesvorstand in Schleswig-Holstein alle sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf:

- Die Betriebsratswahlen aktiv zu unterstützen.
- Daran mitzuwirken, dass die Wahlen möglichst als Persönlichkeitswahlen stattfinden.
- Bei Listenwahlen kandidiert nur auf den Gewerkschaftslisten, denn nur gemeinsam sind wir stark - Sozialdemokraten und Gewerkschafter!

AfA-Landesvorstand Schleswig-Holstein

Wolfgang Mädels Ralf Wrobel Sabine Almut Auerbach Daniel Friedrich Nils Bolwig Bernd Losch
Birte Pauls Karsten Wessels Helmut Ulbrand Dagmar Wilhelmy-Hellmuth Gunnar Reichwaldt

v.i.S.d.P. AfA-Landesvorstand, SPD Schleswig-Holstein, Kiel

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 27.02.2006, 13:34 Uhr - 3002 Clicks - Nr. 147

Herrentunnel – Überflüssiger Show-Antrag der Grünen

Das Mitglied im Fraktionsvorstand der SPD-Bürgerschaftsfraktion Ulrike Siebdrat erklärt:

„Die Aufregung über das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion in der Bürgerschaft zum Dringlichkeitsantrag der Grünen zum Shuttle-Verkehr für Fußgänger und Zweiradfahrer löst sich mit Blick auf die Fakten in nichts auf.

Als Konsequenz eines ausführlichen Gespräches der SPD mit dem Bausenator im Vorfeld der Beratungen war am Sitzungstag klar: Die in der Öffentlichkeit breit diskutierte angebliche nächtliche Einstellung des Bus-Shuttle- Verkehrs war längst vom Tisch. Wir begrüßen dies ausdrücklich. Lübecks Norden darf nicht nächtens für Fußgänger und Zweiradfahrer unerreichbar sein.

Die Dringlichkeit war für den Show-Antrag der Grünen längst nicht mehr gegeben. Eine ausführliche Behandlung der Angelegenheit auf der nächsten Sitzung ist völlig ausreichend und mit Blick auf die lange Tagesordnung dem Ernst der Angelegenheit auch angemessen.

Die vorgelegten Zahlen machen aber auch deutlich. Die gegenwärtigen Angebote müssen optimiert und den Bedürfnissen der Kunden angepasst werden. Dazu können in verkehrsschwachen Zeiten auch die Veränderung der Taktzeiten und alternative Verkehrsangebote gehören.

Der Konzessionsvertrag gibt der Verwaltung und der Herrentunnelbetreibergesellschaft ausreichend Spielraum für bedarfsgerechte und nutzerfreundliche Angebote. Dazu gehören die kostenlose Mitnahme in den Linienbussen der Stadtwerke, die Einrichtung eines Anruf-Busses oder ein zeitweiser Ersatz des Bus-Shuttles durch Taxis.

Der vorgeschlagene Modellversuch ist ein richtiger und vernünftiger Schritt.

Wir werden darauf achten, dass in den städtischen Gremien ausführlich über die Erfahrungen berichtet wird und welche Schritte die Herrentunnelgesellschaft zur Steigerung der Verkehrszahlen und zur Optimierung des Angebots plant“.

Keine Kommentare

Jung: Leipzig wird weiter sozialdemokratisch regiert

Mit 51,6 Prozent ist der Sozialdemokrat Burkhard Jung am Sonntag zum neuen Oberbürgermeister in Leipzig gewählt worden. Der SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck gratulierte Jung zu dem „überzeugenden Vertrauensbeweis“. Die größte Stadt nach Berlin in den neuen Ländern wird auch weiterhin sozialdemokratisch regiert. Bei der Oberbürgermeisterwahl in Leipzig siegte Jung im zweiten Wahlgang vor seinem christdemokratischen Mitbewerber, Uwe Albrecht, der 44 Prozent der Stimmen erhielt. Die Wahl war erforderlich geworden, nachdem der frühere Leipziger Oberbürgermeister, Wolfgang Tiefensee, als Verkehrsminister ins Bundeskabinett gewechselt war.



Der SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck gratulierte Jung nach der Wahl zu „diesem schönen Ergebnis“, das er als „überzeugenden Vertrauensbeweis“ der Leipzigerinnen und Leipziger wertete. „Sie wissen, dass die Stadt mit dir an der Spitze eine gute Zukunft vor sich hat.“ Mit Jung würden in der sächsischen Metropole der soziale Zusammenhalt gestärkt und kompetent und sachkundig die Interessen der Menschen vertreten.

Der sächsische SPD-Vorsitzende, Thomas Jurk, bezeichnete das Ergebnis als gute Vorlage für die Sozialdemokraten auch für die Landtagswahl am 26. März in Sachsen-Anhalt. „Die SPD hat gezeigt, dass sie Wahlen gewinnen kann“, unterstrich Jurk. „Ich bin sehr froh. Das ist ein guter Tag für Leipzig.“ Jungs Amtsvorgänger, Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee, bewertete den Wahlausgang als einen „schönen Rückenwind für die künftigen Aufgaben“ in der Stadt.

Unzufrieden zeigt sich der neue Oberbürgermeister mit der niedrigen Wahlbeteiligung, die nach Angaben des Wahlleiters bei nur 31,7 Prozent gelegen hatte: „Ich werde in den kommenden sieben Jahren versuchen, mehr Bürgerbeteiligung zu erreichen“, kündigte Jung an.

Keine Kommentare

Betriebsratswahlen 2006: Kandidieren und wählen gehen!

Viele Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in den nächsten Wochen aufgerufen, einen neuen Betriebsrat zu wählen. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) hofft und erwartet, dass möglichst viele Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und sich viele Kolleginnen und Kollegen bereit finden, in den Betrieben Verantwortung zu übernehmen.



Für die SPD ist die betriebliche Mitbestimmung ein wesentlicher Eckpfeiler unserer sozialen Wirtschaftsordnung. Deshalb haben wir während der Regierungsverantwortung gegen den Widerstand der CDU/CSU und FDP die betriebliche Mitbestimmung ausgebaut.

- Durch die Entbürokratisierung und Vereinfachung des Wahlrechts wurde die Bildung von Betriebsräten erleichtert.
- Die Betriebsratsgremien wurden vergrößert und die Freistellungsmöglichkeiten ausgeweitet.
- Betriebsräte haben jetzt ein Initiativrecht zur Beschäftigungssicherung und zur Qualifizierung im Betrieb.
- Sachverständige im Betrieb können in die Betriebsratsarbeit einbezogen werden.

Eine funktionierende Mitbestimmung ist ein wichtiger Standortfaktor. Sie hat entscheidend zum Aufbau unserer Demokratie und unseres Sozialstaates beigetragen. Gerade jetzt braucht unser Land starke, durchsetzungsfähige Betriebsräte. In vielen Betrieben haben Betriebsräte über die reine Interessenvertretung hinaus längst Managementaufgaben übernommen, und das mit guten Erfolgen für die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Demokratie darf nicht am Betriebstor aufhören.

Unser Fazit: Mehr Mitbestimmung ist ein Garant für den sozialen Frieden und für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Für die SPD gehört die Mitbestimmung unabdingbar zur sozialen Marktwirtschaft.

Kein Betrieb ohne Betriebsrat – wir stehen an der Seite der Gewerkschaften!

Deshalb fordert der AfA Landesvorstand in Schleswig-Holstein alle sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf:

- Die Betriebsratswahlen aktiv zu unterstützen.
- Daran mitzuwirken, dass die Wahlen möglichst als Persönlichkeitswahlen stattfinden.
- Bei Listenwahlen kandidiert nur auf den Gewerkschaftslisten, denn nur gemeinsam sind wir stark - Sozialdemokraten und Gewerkschafter!

AfA-Landesvorstand Schleswig-Holstein

Wolfgang Mädels Ralf Wrobel Sabine Almut Auerbach Daniel Friedrich Nils Bolwig Bernd Losch
Birte Pauls Karsten Wessels Helmut Ulbrand Dagmar Wilhelmy-Hellmuth Gunnar Reichwaldt

Keine Kommentare

Kostenloses Kindergartenjahr in Rendsburg ist finanzierbar

Der vor zwei Wochen angekündigte und im letzten Sozialausschuss am 27.02.06 eingebrachte Prüfantrag zum Verzicht auf Kindergartengebühren zeigt bereits Wirkungen. So liegen erste Zahlen auf dem Tisch. Den gesamten Besuch der Kindertagesstätten kostenfrei anzubieten würde die Stadt Rendsburg etwa 1 Mio Euro kosten und übersteigt damit das derzeit Machbare. Ein letztes kostenfreies Kindergartenjahr mit Kosten von etwa 300 000 Euro erscheint dagegen realistisch und finanzierbar. Die SPD-Fraktion schlägt vor, den Gewerbesteuersatz um mindestens 10 Punkte zu erhöhen. Die Anhebung von 320 auf 330 Punkte würde ein Einnahmeplus von derzeit 275 000 € bedeuten.

Der Vorschlag der Erhöhung der Gewerbesteuer spielte bereits im Jahr 2003 eine Rolle, da der derzeitige Hebesatz nicht den gesetzlichen Bestimmungen zum kommunalen Bedarfsfond entspricht. Die Stadt schöpft hier eigene Einnahmemöglichkeiten nicht aus und kommt daher für Fördermittel aus diesem Fond nicht in Frage. „Schon damals erschien uns dieser Verzicht grob fahrlässig angesichts der Lage der kommunalen Finanzen“, sagte Thomas-Peter Vohs, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Doch nun geht es um die Finanzierung wichtiger Projekte. Kindertagesstätten sind heute keine reinen Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern haben einen eigenen Bildungsauftrag und erfüllen u.a. wichtige Aufgaben im Bereich der Sprachförderung und der Integration. „Mit der Erhöhung der Gewerbesteuer würden wir die Wirtschaft an der Finanzierung dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe beteiligen“, stellte der Vorsitzende des Sozialausschusses Helge Hinz am Rande der letzten Sitzung fest. „Diese maßvolle Erhöhung bedeutet beispielsweise für einen mittleren Gewerbesteuerzahler mit etwa 45 000 € Steuern, eine Erhöhung um ca. 1400 €, eine Größenordnung, die angesichts dieser wichtigen familien- und sozialpolitischen Herausforderung gerechtfertigt erscheint. Eine gute Kinderbetreuung ist heute ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Wir schaffen damit in unserer Stadt ein unternehmerfreundliches Klima, dass bei zukünftigen Ansiedlungen für Rendsburg werben wird.“

Keine Kommentare

Arbeitsmarkt in Lübeck: Alle müssen an einem Strang ziehen!

Hiller-Ohm im Gespräch mit der ARGE

"Die Statistik zeigt: Die Arbeitslosigkeit in Lübeck ist rückläufig, die Stadt trägt in Schleswig-Holstein nicht mehr die `rote Laterne`.

Trotzdem gibt es noch jede Menge zu tun, um arbeitslosen Menschen wieder eine Perspektive zu eröffnen", lautet das Fazit von Gabriele Hiller-Ohm, Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales, nach einem Gespräch mit dem Geschäftsführer der ARGE Lübeck, Markus Dusch am heutigen Tage.

Gabriele Hiller-Ohm:

"Mit den Arbeitsmarktreformen haben wir auf bundespolitischer Ebene die gesetzlichen Grundlagen für mehr regionale Bewegungsspielräume geschaffen. Leider werden diese Möglichkeiten in Lübeck nicht voll ausgeschöpft. Andere Städte machen das besser. Ich habe das Gefühl, dass in Lübeck lieber gemeckert wird, als Chancen zu nutzen. Ich fordere deshalb alle Verantwortlichen auf: Setzt Euch

endlich an einen Tisch, entwickelt gemeinsam konstruktive Ideen und lasst die arbeitslosen Menschen nicht im Regen stehen!

Die Einrichtung eines Beirates, der alle wichtigen gesellschaftlichen Kräfte aus Politik, Arbeitsverwaltung und Verbänden vereint, ist hier ein längst überfälliger Schritt. Andere Städte machen uns vor, wie es geht. Sie stellen über die Beiräte einen gesellschaftlichen Konsens zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihrer Kommune her. Das muss uns auch in Lübeck gelingen. Um die knapp 19 000 Menschen, die im Jahresdurchschnitt 2005 arbeitslos waren, in Beschäftigung zu bringen, müssen auch ungewöhnliche und innovative Ideen ausprobiert werden. Ich glaube nicht, dass wir dabei um eine Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes in Lübeck herumkommen werden.

Geld für die benötigten Maßnahmen ist vorhanden. Im vergangenen Jahr hat die ARGE lediglich rund 30% der zur Verfügung gestellten Mittel eingesetzt und lag damit weit unter dem Bundesschnitt von 57%. Die ARGE in Lübeck hat zwar auch mit geringem Mitteleinsatz gute Vermittlungsquoten vorzuweisen. Doch mit stärkerem Mitteleinsatz lässt sich diese Quote sicher noch steigern. Um die Arbeitslosen individueller und zielgerichteter fördern zu können, sollte die ARGE zudem die Möglichkeit erhalten, mit dem vorhandenen Geld weitere qualifizierte Eingliederungsberater einzustellen.

Ziel aller Maßnahmen ist die Integration in den regulären Arbeitsmarkt.

Bei fünf Millionen Arbeitslosen ist jedoch festzustellen, dass nicht alle Arbeitssuchenden eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.

Besonders benachteiligt sind langzeitarbeitslose Menschen. Hier müssen wir überlegen, wie die bereitgestellten Mittel sinnvoll auch für Alternativen auf dem Zweiten, dem öffentlich geförderten, Arbeitsmarkt eingesetzt werden können. Die Meinungen von Arbeitsagenturen, ARGEN, Kommunen, Gewerkschaften und Parteien zum Zweiten Arbeitsmarkt gehen auseinander. Während die Einen auf die Zusatzjobs mit Mehraufwandsentschädigung (ALG II plus Mehraufwand von 1-2 Euro/Stunde) setzen, fordern die anderen mehr öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Die ARGE kann drei Varianten von Eingliederungsmaßnahmen anbieten: Die Zusatzjobs mit Mehraufwandsentschädigung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante. Die Entgeltvariante – die in Lübeck bisher nicht zum Zuge kam – eröffnet die Möglichkeit bei besonderen Formen von Unternehmen (zum Beispiel Sozialbetrieben) Beschäftigungen zu fördern. Im Gegensatz zu den Zusatzjobs mit Mehraufwandsentschädigung und ABM kommt es bei Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante nicht auf ein öffentliches Interesse oder „Zusätzlichkeit“ an.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag ausdrücklich vorgenommen, auch den Menschen, die keine Arbeit auf dem regulären Arbeitsmarkt bekommen, eine Perspektive zu bieten. In Lübeck ist deshalb eine Ausweitung des Zweiten Arbeitsmarktes für diejenigen, die definitiv keine Alternative haben, vorurteilsfrei zu prüfen.

Die konkrete Ausgestaltung eines solchen öffentlich geförderten Beschäftigungssektors muss in einem geeigneten Rahmen geplant werden. Ein geeignetes Gremium dafür wäre der Beirat mit allen wichtigen Beteiligten. Ein solcher Beirat war bereits im März 2005 in einem gemeinsamen Rundschreiben der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesagentur für Arbeit für alle ARGEN empfohlen worden.

Arbeitsagentur, Politik und Verbände müssten ihre besten und kreativsten Köpfe in einen solchen Beirat entsenden. Gemeinsam sollten bestehende und neue Möglichkeiten geprüft werden, die

Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Dies wäre ein Fortschritt für die Kommunikationskultur in Lübeck und vor allem für die betroffenen Arbeitslosen!"

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 01.03.2006, 14:05 Uhr - 2292 Clicks - Nr. 152

Religiöse und weltanschauliche Neutralität ist notwendig

Rolf Fischer, kirchenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, erklärt zur anstehenden Änderung des Schulgesetzes:

Die Schule soll offen und tolerant sein gegenüber den verschiedenen Religionen und Weltanschauungen. Schon deshalb müssen auch Lehrkräfte und Betreuungspersonal religiös und weltanschaulich neutral auftreten – und zwar in Meinung und äußerer Erscheinung. Dies gilt sowohl für das aktuelle Kopftuchbeispiel als auch für christliche oder andere eindeutig zu identifizierende Symbole.

Nur so ist es möglich, eine gleichwertige und gleichberechtigte Vermittlung der Inhalte zu gewährleisten. Darauf müssen Lehrkräfte und Personal durch das neue Schulgesetz verpflichtet werden. Dies sollte auch im Interesse der Kirchen oder anderer Religionsgemeinschaften sein.

Zur Versachlichung der Debatte gehört auch: Schülerinnen und Schüler sind davon nicht betroffen – eine mögliche Regelung gilt ausschließlich für den Personenkreis Lehrkräfte und Betreuungspersonal.

Keine Kommentare

[SPD-Rendsburg](#) - veröffentlicht am 01.03.2006, 14:55 Uhr - 2812 Clicks - Nr. 153

Herzlichen Glückwunsch Andreas Breitner!

Die SPD-Rathausfraktion gratuliert Bürgermeister Andreas Breitner zu seiner heutigen Wahl zum KERN-Vorsitzenden. Mit seiner Wahl vergrößert sich der Einfluss der Stadt Rendsburg in der KERN-Region.

Die SPD-Rathausfraktion gratuliert Bürgermeister Andreas Breitner zu seiner heutigen Wahl zum KERN-Vorsitzenden. Mit seiner Wahl vergrößert sich der Einfluss der Stadt Rendsburg in der KERN-Region. „Wir begrüßen die Wahl unseres Bürgermeisters aus zweierlei Hinsicht. Es ist uns natürlich wichtig, dass dadurch die Stadt Rendsburg an Bedeutung in der Region gewinnt, wir freuen uns aber auch besonders darüber, dass wieder ein Sozialdemokrat, ein über die Parteigrenzen hinaus anerkannter Bürgermeister, in diese Position gewählt wurde“, teilte die Fraktionsvorsitzende Karin Wiemer-Hinz mit. Andreas Breitner befindet sich damit in der Tradition von Rolf Teucher, der viele Jahre als KERN-Vorsitzender Motor einer gemeinsamen Politik in der Mitte Schleswig-Holsteins war und für die Region viel Gutes bewirkt hat.

Keine Kommentare

Discos: Laxer Umgang mit der Wirklichkeit

Zu den Vorwürfen des jugendpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Christian Freitag, im Rahmen der Diskriminierungsdebatte, erklärt der Sprecher des Arbeitskreises Jugend der SPD-Bürgerschaftsfraktion und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Jan Lindenau:

„Jeder, der die Diskussion im Jugendhilfeausschuss verfolgt hat, musste miterleben, dass sich Christian Freitag und die CDU-Mitglieder im Ausschuss zunächst erklären lassen mussten, was an der Einlasspolitik einzelner Diskotheken in Lübeck diskriminierend ist und wie Rassismus definiert wird. Für Christian Freitag war der Begriff Rassismus dann auch viel „zu hart“.

Das Thema kam auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses, weil Mitglieder des Sprecherrates des Stadtteilzentrums Burgtor als beratende Mitglieder im Ausschuss einen Antrag kurz nach der Sommerpause gestellt hatten, diese Problematik zu thematisieren.

Der SPD zu unterstellen, sie wolle das Thema „im kleinen Kreis“ beraten, ist eine Unverfrorenheit ersten Ranges. Das CDU-Mitglied im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung und im Jugendhilfeausschuss, Heidi Menorca, forderte mit Unterstützung von Christian Freitag die Beratung im nicht-öffentlichen Teil des Jugendhilfeausschusses, wie zuvor unter CDU-Führung im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung geschehen. Erst aufgrund meiner Intervention, dass dies ein Thema ist, das die breite Öffentlichkeit interessiert, ließ man sich schweren Herzen überzeugen“, so Lindenau weiter.

„Der Vorwurf, die SPD und ihr Fraktionsvorsitzender interessiere sich nicht für das Thema, fällt auf den Urheber zurück. Das Verhalten der Lübecker CDU in der Bürgerschaft spricht Bände für den laxen Umgang mit dem Problem und die schlechte Vorbereitung der Sitzung der Bürgerschaft. Erst nach einer längeren Unterbrechung der Sitzung durch die CDU versuchte deren jugendpolitischer Sprecher Christian Freitag vergeblich die Ablehnung des SPD-Ergänzungsantrags, zu begründen. Konkrete Handlungsvorschläge an die Verwaltung und eine Unterstützung der Bürgerschaft für die Aktion des Lübecker Jugendrings fielen ganz unter den Tisch.

Ich fordere den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Klaus Puschadel, auf, in seiner Fraktion für einen ehrlichen politischen Stil Sorge zu tragen und endlich zu einem konstruktiven und entschlossenen Handeln im Interesse aller Lübeckerinnen und Lübecker zurück zu finden. Die Frage der Ausgrenzung und der Diskriminierung ist zu ernst“, so Lindenau weiter.

„Wieder einmal wird deutlich, dass die CDU-Mehrheitsfraktion den eigenen Hut mit fremden Federn schmücken will. Anstatt sich der konstruktiven Problemlösung zu widmen, versucht die CDU politischen Profit aus einer ernsten Diskussion zu ziehen, die für eine politische Profilierung nicht geeignet ist“, so Lindenau.

Keine Kommentare

MdB Sönke Rix: 100 Tage Große Koalition

Das Ergebnis der Bundestagswahl und die Bereitschaft der Parteien ließ nur eine Koalition aus CDU, CSU und SPD zu. Im Koalitionsvertrag haben die drei Parteien sich auf einen Arbeitsplan für vier Jahre

geeignet.

In der Rentenpolitik wird das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre erhöht. Dies ist unpopulär, aber ein Schritt zur Sicherung unseres Rentensystems. Der in den letzten Tagen von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf bringt zahlreiche notwendige Einschnitte und Steuererhöhungen. Auch die Veränderungen im Steuerrecht wie die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Schließung zahlreicher Steuerschlupflöcher, die schon in den ersten Tagen vom Parlament beschlossen wurden, waren längst überfällig.

Mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Betreuungskosten werden Familien finanziell entlastet und Anreize für neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Viele Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte, zur Sicherung der Sozialsysteme und zum Abbau der Arbeitslosigkeit wurden auf den Weg gebracht.

In diesen Tagen wird die Koalition 100 Tage alt. Es hat sich gezeigt, dass durch gemeinsames Handeln der großen Fraktionen endlich notwendige Reformen nicht nur erkannt, sondern auch umgesetzt werden können. Diese Chance muss auch für weitere Schritte genutzt werden.

Dabei steht den Akteuren ein steiniger Weg bevor. Kein noch so guter Koalitionsvertrag kann nämlich übertünchen, dass es zwischen den großen Volksparteien inhaltlich elementare Unterschiede gibt. Spätestens, wenn die Umsetzung der Vereinbarungen ins Detail ansteht.

In der Gesundheitspolitik – um ein Beispiel zu nennen – klaffen die Vorstellungen weit auseinander. Die Frage, ob die Bundeswehr im Inneren eingesetzt werden darf, ist trotz eines deutlichen Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht vom Tisch. Die Föderalismusreform gerät zunehmend in schwereres Fahrwasser.

Die Große Koalition ist zum Erfolg verpflichtet. Ein Scheitern würde sowohl der SPD als auch der Union zu Recht nur schaden. Allerdings bleibt auch klar, dass es sich um ein Bündnis auf Zeit handelt und dass es zwei Parteien bleiben.

Vizekanzler Müntefering hat mit seinen Reformvorschlägen zur Rente und zum Arbeitsmarkt angefangen, seine Hausaufgaben zu machen. Peer Steinbrück hat mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs ebenfalls wichtige Vereinbarungen des Koalitionsvertrages abgearbeitet. Auch deshalb steht die SPD in den Umfragen nicht gerade auf der Sonnenseite. Wie zuverlässig und haltbar diese Werte sind, wissen wir allerdings spätestens seit der letzten Bundestagswahl.

Die CDU/CSU steht im Moment gut da. Das hat auch damit zu tun, dass Angela Merkel zurzeit kraft Amtes im Gegensatz zu den SPD-Ministern die einzigen „Gewinner-Themen“ besetzt, die es gibt. Antrittsbesuche auf roten Teppichen, außenpolitische Themen und – das muss man so deutlich sagen – eine „Politik der ruhigen Hand“. Letzteres hat man ihrem Vorgänger jahrelang vorgeworfen und als Führungsschwäche ausgelegt. Von diesem vermeintlich leichten Politik-Stil wird sie sich lösen müssen. Daran, ob und wie ihr das gelingt, wird sich zeigen, ob sie das Zeug zu einer guten Regierungschefin hat.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 02.03.2006, 15:20 Uhr - 3217 Clicks - Nr. 156

Leitantrag zur Kreismitgliederversammlung 3.3.2006 einstimmig angenommen

Neumünster - Zukunft denken - Verwaltung prüfen - neu Ausrichten
SPD-Kreisverband Neumünster
außerordentlicher Kreisparteitag
3.3.2006, 18.00 - 22.00 Uhr

Antrag Nr. 1

Antragsteller: Kreisvorstand

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Neumünster - Zukunft denken, Verwaltung prüfen, neu Ausrichten

1. Einleitung

Die Menschen in Neumünster identifizieren sich mit ihrer Stadt. Die SPD Neumünster bekennt sich zu der hohen Verantwortung, die damit verbunden ist.

Wir wollen Neumünsters Stärken stärken:

Unsere Kompetenzen liegen dabei in den Bereichen Logistik, Drehscheibenfunktion (nach Hamburg, nach Kiel, zur Region Schleswig/Süddänemark, zum Ostseeraum), Produktion und Verarbeitung, Messestandort, Gesundheit, Umwelttechnik, berufliche Bildung und Qualifizierung und allgemeinbildende Schulen aber auch Tagestourismus.

Wir begrüßen es, dass der Oberbürgermeister bei den absehbaren demographischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in unserer Stadt früh die Initiative ergriffen hat, um Neumünster durch Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für alle städtischen Aufgabenbereiche fit für die Zukunft zu machen. Die bisherigen Ergebnisse lassen erwarten, dass die Stadt vielfältige Potenziale hat, um ihre Entwicklung für die nächsten 15 Jahre in den Haupt-

- themen:
- wirtschaftliche Kompetenzen ausbauen
 - Wohn- und Lebensqualität stärken
 - Image der Stadt entwickeln

trotz schlechter werdender Rahmenbedingungen positiv und nachhaltig zu gestalten.

Die A 7 ist prägende Entwicklungsachse in unserem Land, die Dynamik des südlichen Landesteils wirkt entlang dieses großen Verkehrsweges auch nach Neumünster. Wir sehen die Stadt daher in einer perspektivischen Brückenfunktion, indem sie Entwicklungsimpulse aus der Metropolregion zum Nutzen der Stadt selbst aber auch der Region in die nördlichen Landesteile vermittelt und umgekehrt. Dieses aktive Agieren, zu dem die Landesregierung ihre deutliche Unterstützung angeboten hat wird der Stadt neues Selbstbewusstsein geben und ihre Rolle als Entwicklungsschwerpunkt in der Mitte des Landes stärken. Bedingt durch die größeren wirtschaftlichen Impulse wird sich die Ausrichtung der Stadt in den nächsten Jahren stärker nach Süden verschieben: Durch den Beitritt der Stadt zur Wachstumsinitiative Norderelbe (WIN) wurde hier ein vielversprechender Anfang gemacht.

Die SPD in Neumünster unterstützt die Verwaltungsstrukturreform, die von der Landesregierung unter Federführung des Innenministeriums auf den Weg gebracht worden ist. Ziele der Landesregierung zur Verwaltungs-Neuordnung werden wir aber nur dann mittragen, wenn sie Neumünsteraner Interessen angemessen berücksichtigen. Wir sind bereit, Verantwortung für Dienstleistungen z. B. im Rahmen einer kommunalen Verwaltungsregion zu übernehmen.

Wir wollen auf jeden Fall ein offenes, kooperatives Verhältnis zu unseren Umlandgemeinden und -kreisen pflegen, da die Stadt-Umlandbeziehungen auch durch die demographischen Veränderungen

immer enger werden. Dabei muss klar sein: Die Infrastruktur der Stadt Neumünster bei Gesundheitswesen, kulturellen Angeboten, Bildung und Schulen, ÖPNV, Freizeit- und Sportangeboten wird auch für die Orte in unserer Umgebung mitgetragen. Ein solidarisches Verhalten kann daher zukünftig keine Einbahnstraße sein.

2. Kreisfreiheit

Die Verbundenheit der Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner mit unserer Stadt ist hoch, bereits die Aufgabe des Kfz-Kennzeichens ist für viele ein sensibles Thema.

Sachlich sind die Auswirkungen eines Wechsels zur Kreisangehörigkeit zu beachten: Viele Kompetenzen, die unsere Verwaltung und Selbstverwaltung hier haben, würden an eine Kreisadministration abgegeben. Das heißt, vielschichtige Strukturen, das heißt auch weniger Entscheidungsbefugnis vor Ort, selbst wenn viele Dienststellen weiter im Rathaus blieben. Die finanziellen Konsequenzen schließlich sind beträchtlich, da mit der Kreisfreiheit Zuweisungen des Landes in Millionenhöhe verbunden sind, die wegfallen würden. Eine Aufgabe der Kreisfreiheit kommt daher für uns nicht in Frage und ist auch mit der zukünftigen Rolle der Stadt als Entwicklungsschwerpunkt und Brücke zwischen den Landesteilen kaum vereinbar.

3. Umlandgemeinden

In den Gemeinden rund um Neumünster werden verschiedene Möglichkeiten für ihre kommunalen Verwaltungsstrukturreform diskutiert: Eine davon ist die Zusammenarbeit mit unserer Stadtverwaltung. Vorteile sind dabei: Durch Eingliederung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung wird mehr Know-how erreicht, es kann Spezialisierung gefördert werden.

Davon wird jede Bürgerin und jeder Bürger profitieren. Die Kooperation mit dem Kreis Rendsburg-Eckernförde bei der Kfz-Zulassungsstelle ist dafür ein gelungenes Beispiel.

Für Neumünster würde eine Aufnahme anderer Verwaltungen noch mehr als bisher deutlich machen, dass die Stadt ein verlässlicher und offener Partner für das Umland ist. Entscheidungen über Stadt- bzw. Gemeindeplanungen, Kooperationsprojekte bis hin zu Schul- und Kindergartenfragen könnten unkompliziert aufeinander abgestimmt werden, weil bereits im Vorfeld eng zusammengearbeitet wird.

Wir befürworten daher die Zusammenarbeit mit Verwaltungen der umliegenden Gemeinden und unterstützen entsprechende Verhandlungen des Oberbürgermeisters. Der Kreisvorstand und die Ratsfraktion werden Gespräche mit den SPD-Gremien in den umliegenden Gemeinden aufnehmen. Das Ziel dafür ist, ein gutes Klima zu schaffen und Verwaltungszusammenarbeit auszubauen.

4. Kommunale Verwaltungsregion

Die Ratsversammlung hat auf Antrag der SPD-Fraktion hin am 15.11.2005 beschlossen, dass Neumünster handeln soll: Zusammen mit den Kreisen Segeberg, Pinneberg und Stormarn soll eine Bewerbung für die Übernahme von Aufgaben durch Neumünster auf den Weg gebracht werden. Wir unterstützen den Oberbürgermeister bei seinen Verhandlungen und erwarten von unseren Vertretern auf Landesebene, dass Neumünster Aufgaben einer Kommunalen Verwaltungsregion übertragen werden. Die Kreise Segeberg, Pinneberg und Stormarn sind dabei Partner unserer Stadt. Die kommunalen Verwaltungsregionen sind potentielle Kerne/Keimzellen zukünftiger weiterer Zusammenarbeit. Neumünster in seiner zentralen Lage ist prädestiniert für die Übernahme von übergreifenden Aufgaben.

5. Metropolregion Hamburg

Neumünster gehört bislang nicht zur Metropolregion Hamburg. Einzelprojekte in der Zusammenarbeit mit Hamburg sind zwischen dem 1. Bürgermeister und dem Oberbürgermeister auf guten Weg gebracht worden. Dieses begrüßen wir und sehen in derartigen strategischen Partnerschaften konkrete Chancen zur weiteren Kooperation. Im Beschluss zur Kommunalen Verwaltungsregion hat die Ratsversammlung eine klare Orientierung Richtung Süden deutlich gemacht. Im Verhältnis zu Hamburg müssen wir jedoch unser eigenes Profil wahren. Den begonnenen Prozess zur integrierten Stadtentwicklung (ISEK) werden wir aktiv begleiten und diese Positionen einbringen.

6. K.E.R.N.

Im K.E.R.N.-Verein haben sich der Kreis Rendsburg-Eckernförde und die Städte Kiel und Neumünster zusammengefunden (Plön ist zwischenzeitlich ausgetreten), um als größere Einheit im Standortwettbewerb auftreten zu können. Neumünster hat in den vergangenen Jahren hauptsächlich über die Förderschiene des Regionalprogramms 2000 von K.E.R.N. profitiert, während in der Wirtschaftsförderung eine deutliche Konkurrenz (zum Teil nicht immer fair) zur Landeshauptstadt besteht.

Auf der Grundlage der einleitend skizzierten, selbstbewussteren Brückenfunktion der Stadt sollten wir daher in den nächsten Wochen unsere zukünftige, regionale Positionierung vorurteilsfrei - nach größtmöglichem Nutzen für die Stadt - diskutieren und ggf. neu ausrichten. Fest steht schon jetzt die deutlichere Ausrichtung nach Süden. Ob dadurch die Vereinsmitgliedschaft in K.E.R.N. in Frage zu stellen ist, hängt zum einen von der Zukunftsperspektiven von K.E.R.N. selbst ab, die immer noch diskutiert werden, und zum anderen von der Ausgestaltbarkeit der sich entwickelnden Kooperationsmöglichkeiten mit Hamburg. Nicht zuletzt spielt auch der Zuschnitt der zukünftigen Verwaltungsregionen bei dieser Frage eine Rolle. Wie auch immer, auf jeden Fall wollen wir unsere bisherigen Partner nicht verprellen und mit Ihnen weiterhin fair und konstruktiv zusammenarbeiten. Nur so kann Neumünster in Zukunft ein für alle Regionen interessanter und geschätzter Gesprächspartner mit wirtschaftlichem Schwergewicht werden.

Auch der nachstehende Antrag des Ortsvereins

West wurde von der Kreismitgliederversammlung einstimmig angenommen:

Antrag Nr. 2

Antragsteller: Ortsverein West

1. Das von dem Ausschuss „Verwaltungsstrukurreform“ erarbeitete Papier wird begrüßt.
2. Der SPD-Kreisparteitag Neumünster sieht in der Gründung „kommunaler Verwaltungsregionen“ einen vorbereitenden ersten Schritt auf dem Weg zur Neuordnung des Gemeindegebietes in Schleswig-Holstein.
3. Das Thema „Gebietsreform in Schleswig-Holstein“ muss daher konsequent eingeleitet werden. Dies bedeutet dann aber auch die Neuordnung Schleswig-Holsteins ohne Beachtung der derzeitig vorhandenen Kreis-, Stadt- und Gemeindegebietsgrenzen. Bei der Gebietsneuschneidung sind die Verflechtungen, Ausrichtungen und Orientierungen der Bürger zu den Ballungszentren zu beachten und zugrunde zu legen. Da, wo der Bürger arbeitet, einkauft, wo er seine sportliche und kulturelle Freizeit verbringt und wo seine Kinder zur Schule gehen, liegt sein Orientierungsmittelpunkt und daran muss sich die Gebietsschneidung eines Landes orientieren.
4. Der Ausschuss „Verwaltungsstrukurreform“ setzt seine Arbeit mit dem Ziel fort, Vorstellungen für eine Gebietsreform speziell für den Bereich Mittelholstein um Neumünster herum zu entwickeln.
5. Der Landesverband der SPD wird aufgefordert, sich dem Thema „Gebietsreform in Schleswig-Holstein“ ebenfalls zu widmen und seine ersten Vorstellungen bis Ende des Jahres zu präsentieren.

Begründung:

Die Bildung von kommunalen Verwaltungsregionen bedeutet für unser Land Schleswig-Holstein einen ersten Schritt zur Neuordnung der Kreise und kreisfreien Städte in ihrem Zusammenwirken. Wenn die Auffassung, Schleswig-Holstein neu zu formen, aber ernsthaft greifen soll, dann bedarf es den großen Schritt einer Gebietsreform. Die SPD Neumünster ist zu einer Diskussion zu diesem Thema bereit. Allerdings ist das Thema Gebietsreform landesweit zu erörtern. Das bedeutet, dass die Kreisfreiheit der Stadt Neumünster nicht - nur um diese Diskussion in Gang zu bringen - ohne sachgerechten Abwägungsprozess geopfert werden darf.

Da es in allen Teilen der Bevölkerung und auch unserer Partei immer dann auf Unmut stößt, wenn einschneidende Veränderungen den Betroffenen bereits fertig, ohne die Möglichkeit einer wirklichen Mitarbeit und Mitbestimmung, vorgelegt werden, ist es notwendig, die Mitglieder der Partei als auch die Bürger in diesen Prozess einzubeziehen, z.B. durch eine Bürgerversammlung.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 03.03.2006, 08:12 Uhr - 2329 Clicks - Nr. 157

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung

Ausgabe März "dat Pussloch" ist soeben erschienen und wird jetzt in Engelsby an die Haushalte verteilt.

Hier unsere Themen:

- Die Zeiten haben sich geändert
- Der Ohrring - Das Hörmagazin für Blinde
- Neujahrsempfang nicht nur auf der Bühne spannend
- Behindertenbeauftragte für Flensburg
- Das sollten Sie über 0900-Nummern wissen
- Engelsby - Ein beehrter Standort für Einzelhändler
- und vieles interessantes aus dem Stadtteil



Wenn Sie inserieren möchten, sichern Sie sich bitte rechtzeitig einen gebührenden Platz für Ihre Anzeige.

Anzeigenschlusstermin für Ausgabe Juni ist Samstag, der 12. Mai 2006.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 03.03.2006, 09:14 Uhr - 1799 Clicks - Nr. 158

SPD: Stadtbus: Was können wir uns leisten ? Was wollen uns leisten ?

Georg Oehlich, Stadtvertreter der SPD und Mitglied im Haupt- Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, steht allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 09.03.2006 von 16.00 - 17.30 Uhr zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus (A0.05) statt und Georg Oehlich ist dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde ist: Stadtbus Bad Segeberg : Was können wir uns leisten ? Was wollen wir uns leisten ?

Keine Kommentare

Verlandeten Mühlenteich an der Lautrupsmühle rekonstruieren!

Die SPD-Fraktion plädiert für die Rekonstruktion des verlandeten Mühlenteiches an der Lautrupsmühle.

Auf dem Gelände der ehemaligen Gärtnerei A.P. Kloster entsteht der Neubau einer Seniorenwohnanlage.

Durch die Bebauung des Uferrandstreifens und der Umwidmung des Landschaftsschutzgebietes in Bauland sind einige Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu erfüllen.

Diese können vor Ort in unmittelbarer Nachbarschaft realisiert werden.

Die SPD regt an, den ehemaligen Mühlenteich an der Lautrupsmühle auszubaggern und in die Freiraumgestaltung für die Seniorenresidenz einzubeziehen.

Neben den positiven Effekten für den Naturhaushalt, würde an dieser Stelle das alte Stadtbild Flensburgs behutsam rekonstruiert werden.

Gleichzeitig entsteht ein kleiner Landschaftspark für die Senioren, der behindertengerecht zugänglich werden sollte.

Christian Reimer
Pressesprecher

Keine Kommentare

Die Amtsverwaltung der Zukunft?

Die Genossinnen und Genossen der SPD Steinburg treffen sich am Samstag, den 25.03.2006 um 10:00 Uhr in Oelixdorf. Im Gasthof „Zur Linde“ werden sie sich den Fragen stellen: Wie sehen die Amtsverwaltungen der Zukunft aus und wie könnten Modelle und Möglichkeiten für den Kreis Steinburg aufgestellt werden?

Zu Beginn werden Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den verschiedenen Aspekten der Ämterverwaltungsstruktur, deren Möglichkeiten, sowie Chancen und Risiken auseinandersetzen werden. Nach dem Mittagessen werden die einzelnen Ergebnisse vorgestellt. Anschließend wird der Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, Rainer Naudiet, zur Notwendigkeit der Verwaltungsstrukturreform aus Sicht eines Kreispolitikers Stellung beziehen. Weiterhin wird dann Uli Gudat aus dem Innenministerium die Ergebnisse der Arbeitsgruppen interpretieren und Hinweise aus Landessicht geben. Zum Abschluss dieser Veranstaltung, die ca. um 16:00 Uhr endet, wird Rudolf Riep, Kreisvorsitzender der SPD, den Versuch einer Zusammenfassung und eine Stellungnahme für den Kreisverband unternehmen. Die SPD im Kreis Steinburg wird sich auch weiterhin allen Themen, auch den weniger populären, stellen und gemeinsam arbeiten, um für das Gemeinwohl akzeptable Lösungen zu erarbeiten.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 08.03.2006, 23:54 Uhr:

RE:Die Amtsverwaltung der Zukunft?

Wenn noch jemand aus einem anderen Kreisverband an dieser Veranstaltung interessiert ist, so ist er herzlich eingeladen und kann sich bei mir melden. Bitte beachten, das soll eine parteiinterne Veranstaltung bleiben. Rudolf Riep tel 04126 38353

Kietzer zur Zukunft von Seehafen Kiel:

Frau Volquartz hat Entscheidungen gegen das Unternehmen längst getroffen - Sie muss als Aufsichtsratsvorsitzende zurücktreten!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt heute zu den jüngsten Äußerungen von Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU):

"Nachdem der Aufsichtsrat der Seehafen Kiel GmbH beschlossen hatte über einen professionellen Headhunter einen geeigneten Nachfolger für den Geschäftsführer Jörg Rüdell zu suchen und dem Gremium vorzuschlagen, haben CDU und Grüne dieses Verfahren auf Anweisung von Frau Volquartz gestoppt. Frau Volquartz begründete ihr Handeln mit der Vergabe des von ihr gewollten Gutachtens zur Zukunft des Seehafens.

So erklärte Frau Volquartz noch im November 2005: "Erst wenn diese Frage (gemeint ist die Ergebnisse des Gutachtens - d.V.) schlüssig beantwortet ist, macht es Sinn, die Geschäftsführerposition neu auszuschreiben."

Die nun von ihr angekündigte vorzeitige Ausschreibung und die bereits feststehende Entscheidung zugunsten des bisherigen KIWI-Geschäftsführers zeigt: Frau Volquartz hat über die Zukunft von Seehafen längst entschieden. Mit dem KIWI-Geschäftsführer holt sie jemanden, der Kompetenzen hat im Immobiliengeschäft, aber keine Erfahrungen im Hafengewirtschaftsbereich. Damit ist Frau Volquartz die Absicht, Umschlaggeschäft und Flächenmanagement zu trennen, nachgewiesen.

Die Verfahren zur Findung des Geschäftsführers Seehafen sowie der Ablauf des Verfahrens zur Findung eines neuen Dezernenten für Finanzen, Kultur und Abfallwirtschaft zeigen, dass es Frau Volquartz nicht darum geht, die für die jeweiligen Aufgaben besten Personen zu finden. Hinsichtlich des Dezernates gibt es kein Findungsverfahren auf Grundlage der eingegangenen Bewerbungen.

Hinsichtlich der Geschäftsführung Seehafen hätte Frau Volquartz den Beschluss ihres Aufsichtsrates akzeptieren und unterstützen müssen, die am besten geeignete Person für diese für Kiel bedeutende Position zu finden. Sie hat es nicht getan und einen Beschluss des Aufsichtsrates durch ihre schwarz-grüne Mehrheit unterlaufen. Frau Volquartz muss nach diesem Misstrauensbeweis gegen den eigenen Aufsichtsrat von ihrem Posten als Aufsichtsratsvorsitzende endlich zurücktreten."

Keine Kommentare

SPD-Engelsby: Preisverleihung im SPD- Skatclub

Einmal im Monat, jeweils am ersten Freitag, trifft sich der Skatclub der SPD-Engelsby um 19.00 Uhr in der Pausenhalle der Grundschule in der Brahmstraße. Spielleiter ist seit mehr als 10 Jahren Wilhelm Flor. Au dem Skatabend im Februar wurden die Sieger aus dem Wettkampfbjahr 2005 geehrt. Hier die Namen der glücklichen Gewinner:



- 1. Preis Willy Heesch
- 2. Preis Peter Walheim

- 3. Preis Margot Beer

Auf dem Foto:

Margot Beer, Wilhelm Flor, Willy Heesch und Peter Walheim (v.l.n.r.)

Überreicht wurden jeweils eine Urkunde und Preise im Gesamtwert von 45 Euro.

Der nächste Skatabend ist am 5. Mai um 19.00 Uhr.

Lust mitzuspielen? Dann melden Sie sich bitte bei Wilhelm Flor, Telefon: 6 36 31

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 06.03.2006, 14:13 Uhr - 9479 Clicks - Nr. 163

Stattzeitung Nr. 90 der SPD-Norderstedt

Die nächste Ausgabe der Stattzeitung der Norderstedter Sozialdemokraten wird am Freitag, 24.03.2006 erscheinen.

Wie üblich wird an Bahnhöfen und Infoständen verteilt.

Die Stattzeitung kann aber auch per Mail bezogen werden und der Verteiler wächst ständig
Bist Du/Sind Sie auch an interessiert?

Die Stattzeitung erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir senden die Ausgaben gern per E-Mail.

Bitte entsprechende Information mit Angabe der E-Mailadresse an
Norderstedt@spd-segeberg.de

Wir freuen uns schon jetzt auf die vielen Interessierten.

Heiner Köncke

Redaktionsteam Stattzeitung

Kommentar von [Heinz-Walter Schmatz](#) vom 31.03.2006, 18:15 Uhr:

RE:Stattzeitung Nr. 90 der SPD-Norderstedt

Bitte lassen Sie mir Ihre Stattzeitung per eMail kostenlos zukommen. Vielen Dank für Ihre Bemühungen im voraus. Heinz-Walter Schmatz Theodor-Fontane-Str. 26 22848 Norderstedt

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.03.2006, 13:32 Uhr - 1421 Clicks - Nr. 164

Lietzow: "Sex and the City" Highlight am Internationalen Frauentag

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Ingrid Lietzow erklärt: "Nach dem großen Erfolg des letzten Jahres veranstaltet die Initiative "Frauen gestalten Politik", am **Internationalen Frauentag, dem 08.03.2006 um 20 Uhr** wieder "Sex and the City" - Veranstaltung im Restaurant "Seeburg", im Düsternbrooker Weg 2.

Bei der Premiere von "Sex and the City" im September 2005 wurde das Thema "Müssen Frauen Frauen wählen" betrachtet, und mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Bartels und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller trauten sich zwei Männer



in die Debatte einzugreifen.

Die "Sex and the City" Veranstaltung am Internationalen Frauentag beschäftigt sich diesmal mit dem Thema "Ist der 08. März nur noch ein nostalgisches Datum oder brauchen Frauen auch weiterhin die Solidarität und Unterstützung von Frauen". **Die Kieler Journalistin Dr. Susanne Gaschke, die Stadtpräsidentin a.D. Silke Reyer, die geschäftsführende Gesellschafterin der Gebr. Friedrich GmbH & CO. KG Katrin Birr und die Kieler Gastronomin Serpil Midyatli werden zu den Fragen Stellung beziehen. Alle Frauen sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.**

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.03.2006, 17:00 Uhr - 1076 Clicks - Nr. 165

Möller zur Meyer-Nominierung durch CDU: Der Farce zweiter Teil!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu der Nominierung von CDU-Fraktionschef Gert Meyer als Dezernent für Finanzen, kulturelle Angelegenheiten und Abfallwirtschaft:

"Nach dem Weggang von Kämmerer Albig nach Berlin hat die CDU-Fraktion, unterstützt durch die Fraktion der Grünen, ihren Fraktionsvorsitzenden Meyer zu seinem Nachfolger ausgerufen. Die gesetzlich zwingende Ausschreibung der Position des Dezernenten für Finanzen, kulturelle Angelegenheiten und Abfallwirtschaft ist somit zur Farce geworden.

Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) hat deshalb eine Scheinausschreibung zu verantworten. Die gestrige Nominierung von Herrn Meyer zur Wahl am 16. März in der Ratsversammlung durch die CDU-Fraktion stellt der Farce zweiter Teil dar. Eine Befassung mit den übrigen Bewerberinnen und Bewerbern, zum Beispiel durch Vorstellungsgespräche, hat es nicht gegeben. Eine sonst übliche Findungskommission ist nicht einberufen worden und eine fachliche Zuarbeit durch das Personaldezernat ist unterblieben.

Der Wahlakt in der Ratsversammlung am 16. März wird der dritte Teil eines Vorgangs sein, der ohne Beispiel ist. Der Gipfel dieses gesamten Vorgangs wird die danach erfolgte Einstellung des grünen Fraktionsvize auf einen Versorgungsposten zu Lasten des städtischen Haushalts und der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Die Ausnahmen, die Frau Volquartz vom sog. Eckwertebeschluss zulässt, sind verräterisch."

Keine Kommentare

[SPD-Hohenlockstedt](#) - veröffentlicht am 07.03.2006, 17:13 Uhr - 2952 Clicks - Nr. 166

HoloChat

Die SPD Hohenlockstedt veranstaltet unter dem provokanten Motto „Politik ist mir scheißegal“ einen Abend für junge Leute.

Es ist gelungen den historischen Höger-Bau , im Besitz der Fa. Getränke Krause, der ehemals unter Anderem als Soldatenheim diente, als Veranstaltungsort zu gewinnen.

Die Veranstaltung findet am 17. März um 19.00 Uhr statt. Die 2.Vorsitzende der Hohenlockstedter SPD Rositta Krämer moderiert den Abend, der musikalisch von Holger und Marek Glass begleitet wird. Die Veranstalter hoffen auf eine große Beteiligung. Einleitend werden die Landtagsabgeordneten Birgit Herdejürgen und Sandra Redmann darüber berichten, wie man sich als Jugendlicher und junger Erwachsener in der Politik bewegen und Einfluss nehmen kann. Im Anschluss sollen in kleineren

Diskussionsrunden Möglichkeiten der Politik erörtert, Kritik an der herrschenden Art und Weise, wie Politik heute gemacht wird, geäußert und schließlich Wege aufgezeigt werden Einfluss auf das politische Geschehen, gerade auch auf kommunaler Ebene, zu nehmen.

Es ist das Anliegen der Veranstalter, junge Menschen für Politik zu interessieren, denn in der Politik werden jetzt die Rahmenbedingungen vorgegeben, die die Zukunft, besonders der Menschen die heute noch zur Schule gehen, in Ausbildung sind, oder sich bereits in der Arbeitswelt bewegen, bestimmen. Auch Diejenigen, die heute auf der nicht so sonnigen Seite des Lebens stehen und von staatlichen Hilfsleistungen abhängig sind, sollen zur Teilnahme an der SPD-Veranstaltung aufgerufen werden. Kritik ist ausdrücklich gewünscht, denn das ist der erste Schritt sich in die Politik einzumischen. Daran, wie die Politiker mit der Kritik umgehen, wollen sie sich messen lassen. „Politik ist mir scheißegal“ soll es nur an diesem Abend heißen. Die Veranstalter hoffen, dass die Resonanz auf dieses Motto groß genug ist, um die nächste Veranstaltung anschließen zu lassen, möglicherweise unter der Devise „Ich will mich einmischen, was kann ich tun?“. Also: Kommt alle und sagt auch euren Freunden Bescheid.

17. März, 19.00 Uhr, Hohenlockstedt, Kieler Strasse, Höger-Bau.

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 07.03.2006, 20:36 Uhr:

RE:HoloChat

Ich halte es aus technischen Gründen für wichtig, einen Termin dieser Art auch im Terminkalender zu platzieren. Grüße sendet Carsten Schröder spd-net-sh.de

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.03.2006, 15:15 Uhr - 1051 Clicks - Nr. 167

DGB-Region K.E.R.N. & SPD-Ratsfraktion Kiel

Müller-Beck (DGB) und Möller (SPD) zur Entscheidung Plöns: Mitgliedschaft des Kreises keine Voraussetzung für Neuordnung von K.E.R.N.

Der Vorsitzende der DGB - Region K.E.R.N. Ralph Müller-Beck und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklären zur Entscheidung von CDU, Grünen und der Wählergemeinschaft zum endgültigen Ausstieg aus K.E.R.N.:

"Der K.E.R.N. - Vorstand hat in der vergangenen Woche einstimmig Vorschläge zur Neuordnung von K.E.R.N. beschlossen. Auch nach der vor diesem Hintergrund unverständlichen Entscheidung der Mehrheit der Plöner Kreispolitik bleibt die Tür für den Kreis Plön und deren Städte und Gemeinden offen, sich an der Umsetzung dieser Vorschläge zu beteiligen. Wir wollen nicht auf Plön verzichten. Die einstimmig im K.E.R.N. - Vorstand gefassten Beschlüsse über die Neuausrichtung enthalten die von der Plöner CDU geforderten Modelle hinsichtlich eines Zweckverbandes. Offensichtlich stehen immer noch parteipolitische und nicht sachbezogene Erwägungen im Vordergrund.

Die Landesregierung wird im April ihr Konzept für die Verwaltungsregionen vorstellen. Die von der Plöner CDU geforderte Schaffung einer weiteren Form der Zusammenarbeit neben K.E.R.N. unter Hinzuziehung von Ostholstein lehnen wir auch deshalb ab. Doppelstrukturen schaffen mehr Bürokratie, verhindern Transparenz und schaden somit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die von Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) und Landrat Gebel initiierte Debatte gegen eine Reform von K.E.R.N. mag die Entscheidung in Plön beeinflusst haben. Jetzt geht es darum, durch die Reform von K.E.R.N. seine Bedeutung zu steigern und K.E.R.N. auch zu einem Jobmotor in der Region zu machen.

Der K.E.R.N. - Verbund ist die unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Es ist an der Zeit in der K.E.R.N. - Region die Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Die zur Zeit praktizierte Schärfung des parteipolitischen Profils ist hierbei nicht dienlich.

Wir rufen daher alle gesellschaftlichen Kräfte auf, sich an der vom K.E.R.N. - Vorstand initiierten Zukunftsdebatte zu beteiligen, um eine gemeinsame Perspektive für unsere K. E. R.N. - Region zu entwickeln"

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.03.2006, 18:49 Uhr - 1218 Clicks - Nr. 168

Wehner: Ärger der AWO verständlich

"Der Arbeiterwohlfahrt ist nach drei Jahren christdemokratischer Sozialpolitik in Kiel wohl der Kragen geplatzt." Mit diesen Worten reagiert Thomas Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, auf die Anwürfe der CDU-Politiker Pries und Lintzen, im Hinblick auf die Überlegungen des Landesgeschäftsführers der AWO Volker Andresen, eventuell die Landesgeschäftsstelle nach Neumünster zu verlegen.



"Ich kann Herrn Andresen gut verstehen," so Thomas Wehner weiter, "das sozialpolitische Klima hat unter schwarz-grün wirklich gelitten: Streichung von Zuwendungen für Vereine im sozialen Bereich, Einführung von Sporthallengebühren, Erhöhung von Gebühren für Schwimmhallen und eine unselige Diskussion über die Schließung von Stadtteilbüchereien stehen dafür. Die AWO wurde aber auch selbst besonders ungleich von der CDU behandelt. Denn 2004 haben Schwarze und Grüne im Rat beschlossen, die AWO -Einrichtungen wie den Jugendbauernhof Mettenhof, Räumerei und Altes Volksbad in Neumühlen-Dietrichsdorf zu untersuchen. Es gab dafür keinen Grund. Einrichtungen anderer Träger wurden nicht geprüft. Hintergrund war Misstrauen gegen die Arbeiterwohlfahrt.

Das war ein einmaliger Vorgang. Frau Pries und Herr Lintzen sollten mit ihren Behauptungen und Unterstellungen aufhören. Im Interesse der Menschen in Kiel läge es stattdessen, wenn sie sich bemühen würden, das verloren gegangene Vertrauen zurück zu gewinnen."

Abschließend meint Thomas Wehner: "Bei allem Verständnis für den Ärger der AWO über die Politik von CDU und Grünen sprechen aus unserer Sicht fachliche Gesichtspunkte für ein Verbleiben in Kiel, die örtliche Nähe zu den anderen Landesverbänden der Wohlfahrtsverbände und auch zur Landesregierung. Wir bitten daher die AWO, diesen Schritt sehr sorgfältig zu überlegen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.03.2006, 07:57 Uhr - 1250 Clicks - Nr. 169

Vogelsang zur Zukunft des Holstein-Stadion: Wie geht es weiter?

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt:

"Die SPD-Fraktion hat heute im Ausschuss für Schule und Sport beantragt, dass die Verwaltung in der kommenden Ratsversammlung über die Angelegenheit Holstein-Stadion berichtet. Die alarmierende Bewertung durch die Vertreter von DFB und DFL über Mängel des Holstein-Stadions sowie die dadurch entstandene Befürchtung lizenzrechtlicher Konsequenzen für den Kieler Ligafußball müssen schnellstens erörtert werden. Wie soll es weiter gehen mit dem Holstein-Stadion?

Viele Sportfans und Aktive sorgen sich um die möglichen Konsequenzen für das Holstein-Stadion als Austragungsort auch von Regionalligaspielen. Die Stadt ist Eigentümerin des Holstein-Stadions und in der Verantwortung. Deshalb erwarten wir dringend einen Bericht über den Zustand des Holstein-

Stadions und Aussagen, wie die Ligatauglichkeit gemeinsam durch Stadt, Land und Vereine gesichert werden kann. Sportstadtrat Möller muss seiner Verantwortung gerecht werden."

Dringlichkeitsantrag zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 09.03.2006 Druksache 0273/2006

Betreff: Ligatauglichkeit des Holstein-Stadion

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, der Ratsversammlung am 16.03.2006 einen Bericht über die Ligatauglichkeit des Holstein-Stadion vorzulegen und ihre Vorstellungen für die Finanzplanung zur Mängelbeseitigung bekannt zu geben:

a) für eine Drittligatauglichkeit

b) für eine Zweitligatauglichkeit

Begründung:

Vertreter des Deutschen Fußball-Bundes und der Deutschen Fußball Liga haben Anfang des Jahres 2006 gravierende Mängel am Holstein-Stadion festgestellt. Lizenzrechtliche Konsequenzen für den Ligaspielbetrieb von Holstein Kiel sind daher zu befürchten.

Die Spielsaison 2005/2006 endet im Mai, so dass dann die notwendige Mängelbeseitigung umgehend beginnen könnte.

Im Rahmen der Sportförderung ist es eine zentrale Aufgabe der Landeshauptstadt Kiel, Sportstätten zu planen, zu bauen und zu unterhalten sowie Dritte dabei zu unterstützen. Politik und Verwaltung des Landes und der Stadt sind zum sofortigen Handeln verpflichtet.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 10.03.2006, 16:45 Uhr - 1912 Clicks - Nr. 170

SPD: Streupflicht im Winter ?

Walter Hyka, bürgerliches Mitglied der SPD im Bau- und Umwelt-Ausschuss, steht allen Bürgerinnen und Bürgern am 16.03.2005 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus Bad Segeberg statt und Walter Hyka ist dort während der Sprechstunde unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde:

Streupflicht im Winter ?

Wie zufrieden sind die Bürgerinnen und Bürger in diesem Winter 2005/2006 mit der Beseitigung von Eis und Schnee durch den WZV, den städtischen Bauhof sowie die privaten Grundstücksbesitzer ?

Keine Kommentare

Kieler Müllverbrennung - Kriterien für Erweiterung

Auf der mit über 50 Personen vollbesetzten Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes zur Zukunft der MVK im „Haus der Sports“ diskutierten der Geschäftsführer der MVK, Herr Jungen, der Toxikologe Dr. Kruse von der CAU, Rüdiger Karschau vom Umweltbeirat der MVK sowie der abfallpolitische Sprecher der SPD Ratsfraktion Alexander Möller. Zu den Ergebnissen erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:



„Zu begrüßen war die ausgesprochen sachliche Debatte, in der die wichtigsten Punkte angesprochen und vertieft wurden. Dazu gehörten u.a. das Verbot der Deponierung, die Existenz sog. „wilder Halden“, auf denen Müll heute anonym entsorgt wird; die Frage der Gebührensituation in Kiel, die Umweltbelastung durch Stäube oder die Prognose der zukünftigen Müllabfallmengen und damit die Frage nach der Rentabilität.

Für die Kieler SPD zeichneten sich drei Kriterien hinsichtlich einer Erweiterung der MVK durch eine „Dritten Linie“ ab:

1. Voraussetzung ist ein schlüssig nachweisbarer Bedarf;
2. die Wirtschaftlichkeit muss, einschl. der Nennung möglicher Risiken, gegeben sein und
3. die ökologische Qualität muss erhalten werden, plus Umweltverträglichkeitsprüfung.

Der Kreisvorstand hat beschlossen umgehend das Gespräch mit dem Umweltbeirat der MVK zu führen, ein Treffen mit den Ortsvereinsvorsitzenden zum Thema vorzubereiten und eine möglichst zügige Entscheidung zu treffen.“

Keine Kommentare

SPD-Engelsby: Einfach dran vorbei

Durchfahrt gesperrt für Fahrzeuge aller Art. Eigentlich eine eindeutige Definierung für ein Verbot. Ein Mitbürger machte uns darauf aufmerksam, dass dieses Verbot fast regelmäßig missachtet wird. Entstanden ist dieses "Schlupfloch" in der Kauslunder Straße durch Bauarbeiten im letzten Jahr. Nach Beendigung der Baumaßnahme wurde versäumt den links im Bild zu sehenden Findling, wieder an die alte Stelle zurück zu versetzen. Dieser Stein befand sich weiter rechts und verhinderte das Durchfahren mit einem PKW.

Wir haben den zuständigen Fachbereich informiert und um Wiederherstellung des alten Zustandes gebeten.

Keine Kommentare

[Lothar Hay, MdL](#) - veröffentlicht am 12.03.2006, 20:45 Uhr - 4213 Clicks - Nr. 173

Lothar Hay: Die Fehmarnbeltquerung wird ein lukratives Geschäft

Nach der Rückkehr aus Kopenhagen, wo er auch Gespräche mit dem dänischen Verkehrsminister Flemming Hansen geführt hat, erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:

Wir werden bei der Regierung in Berlin weiter Druck machen, damit jetzt die Grundsatzentscheidung für den Bau der Fehmarnbeltquerung getroffen wird. Ich hoffe, dass der nach einem Gespräch zwischen Ministerpräsident Carstensen und Bundesverkehrsminister Tiefensee aus Berlin zugesagte konkrete Zeitplan bis zur Entscheidung in den nächsten Tagen vorgelegt wird.

Wenn es bis zum Herbst keine definitive Entscheidung gibt, besteht die Gefahr, dass die von der Europäischen Investitionsbank zugesagten Zuschüsse in Höhe von 20 Prozent nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die dänischen Erfahrungen mit dem Staatsgarantiemodell bei der Finanzierung der beiden großen Projekte Großer-Belt- und Öresund-Querung sind durchweg positiv.

Deshalb sollte dieses Modell auch von deutscher Seite für die Fehmarnbeltquerung aufgegriffen werden. Im übrigen sind Staatsgarantien auch in Deutschland nichts Neues

– es gibt sie seit Jahren in ähnlicher Weise bei Schiffsfinanzierungen.

Der dänische Verkehrsminister und ich sind uns einig, dass nach den Erfahrungen mit der Öresund-Querung auch die Refinanzierungszeit einer Fehmarnbeltbrücke kürzer als die veranschlagten 35 Jahre sein kann. Wir sehen eine sehr positive Gesamtperspektive.

Deshalb sollte das Geschäft ohne schwedische Finanzbeteiligung laufen.

Es kommt jetzt darauf an, dass Banken und große

Unternehmen die Chancen erkennen und nutzen, die in diesem Projekt stecken. Die Fehmarnbeltquerung wird ein lukratives Geschäft und ist keine Utopie.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 13.03.2006, 09:56 Uhr - 2554 Clicks - Nr. 174

Dänemark erhält ab 2007 fast verdreifachte Interreg-Mittel

SPD-Landtagsabgeordneter Rolf Fischer: In Schleswig-Holstein über Veränderungen nachdenken!

(Aus: "Der Nordschleswiger" vom 11. 03. 2006)



Dänemark wird im neuen EU-Förderungszeitraum 2007 bis 2013 für grenzüberschreitende Projekte 120 Millionen Euro erhalten. Das ist fast eine Verdreifachung der bisherigen Interreg-III-A-Mittel. Zugleich wird ganz Dänemark eine Region von Ziel 3, wie die bisher als Interreg IV bezeichnete Förderung ab 2007 heißen soll. Die Verteilung der EU-Interreg-Mittel für Dänemark und die Prüfung der von den ab 2007 arbeitenden neuen Großregionen – z. B. Region Süddänemark – geplanten grenzüberschreitenden Projekte soll durch die Wirtschafts- und Wohnungsbehörde, Kopenhagen und Silkeborg, erfolgen, bevor die reine Projektverwaltung in den Regionen selbst vor sich geht. Das ist in Dänemark eine sehr übersichtliche Sache«, sagte der Vorsitzende des SPD-Fraktionsarbeitskreises Europa, Landtagsabgeordneter Rolf Fischer, Kiel, nach Gesprächen mit den beiden Direktoren der Behörde, Henning Steensig, Kopenhagen, und Preben Gregersen, Silkeborg, die er und SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender Lothar Hay, Flensburg, in

Kopenhagen führten. Die Fast-Verdreifachung der Interreg-Mittel für Dänemark sei auch darauf zurückzuführen, dass Dänemark nicht allein mit Schleswig-Holstein, sondern zugleich mit Norwegen und Schweden grenzüberschreitende Projekte durchführe.

»Alle Zeichen deuten darauf hin, dass wir einen genau so hohen Teil wie bisher erhalten werden«, sagte Fischer. Schleswig-Holstein bekommt für deutsch-dänische Projekte in den drei Interreg-Regionen Schleswig/Sønderjylland, Kern (Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster)/Fünen und Ostholstein-Lübeck/ Amt Storstrøm in der 2006 endenden Interreg-III-Periode 33 Millionen Euro. Davon entfällt der größte Teil auf die hiesige Grenzregion.

»Es soll so bleiben, dass die guten Projekte auch weiterhin gefördert werden. Die landseitige grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat weiterhin eine hohe Priorität«, bekräftigte Fischer und verwies auf die von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) angekündigten »fünf Leuchtturmprojekte« in der Region Sønderjylland-Schleswig. »Sie stehen noch nicht fest.«

»Bei unserem Besuch in Kopenhagen haben wir gelernt, dass es gut ist, die Interreg-Mittel möglichst zentral zu verwalten«, sagte Fischer. Es sei »kaum noch nachzuvollziehen«, dass das in Schleswig-Holstein in den drei Fördergebieten erfolge, auf deutscher Seite der hiesigen Grenzregion beim Verein Region Schleswig e.V., den die Stadt Flensburg und die Kreise Schleswig-Flensburg eigens dazu installierten.

»Wir werden da über eine deutliche Veränderung nachdenken müssen«, kündigte Fischer an. Bereits jetzt gebe es »Signale aus Brüssel, dass man sich in Schleswig-Holstein nicht drei Interreg-Gebiete leisten kann«, weil die EU Regionen in ihrer Fläche größer als die drei schleswig-holsteinischen Interreg-Gebiete definiert. Für die Verwaltung der auf Schleswig-Holstein entfallenden Interreg-Mittel dürfte somit das Justiz-, Arbeits- und Europaministerium mit Minister Uwe Döring (SPD) in Kiel zuständig werden.

Um Interreg-Mittel ab 2007 für Schleswig-Holstein in mindestens gleicher Höhe wie jetzt zu erhalten, »werden wir in Richtung Berlin agieren, um sicherzustellen, dass die Interreg-Förderung zwischen Deutschland und Dänemark einen besonderen Stellenwert erhält«, betonte Fischer. »Es wäre ein großer Fehler, wenn Berlin dem deutsch-dänischen Grenzland den Rücken zuwenden und nur noch nach Osten und Südosten« an die Grenzen zu den neuen EU-Staaten Polen und Tschechien »gucken würde«, warnte Fischer. »Wir dürfen die mit Hilfe von Interreg wirklich gut entwickelte Zusammenarbeit nicht in Frage stellen!«

-uk-

Der Nordschleswiger - Skibbroen 4 - 6200 Aabenraa - redaktion@nordschleswiger.dk

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 13.03.2006, 10:24 Uhr - 7272 Clicks - Nr. 175

MdL Günter Neugebauer lässt nicht locker:

War Stadt zu leichtgläubig beim Verkauf der Rendsburger Wohnungsgesellschaft?

„Über ein Jahr nach dem Verkauf der RWG hat sich immer noch nichts getan“, so der Rendsburger Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer, SPD. „Der vertraglich versprochene Abbau des Investitionsstaus ist bisher weder eingetreten noch liegen Anzeichen vor, dass er demnächst beginnt.“ Der Parlamentarier hatte sich bereits im September letzten Jahres an die Öffentlichkeit gewandt und

über das Unbehagen der Mieter berichtet. Die RWG hatte diese Vorwürfe zurückgewiesen und in einem Gespräch mit Neugebauer zugesagt, dass die Sanierung der Wohnblocks unmittelbar bevorstünde.

"Die Käuferin setzt auf öffentliche Förderung", ergänzt Neugebauer, "wahrscheinlich ohne Erfolg. Nach meinen aktuellen Informationen erfüllt der neue Eigentümer der RWG immer noch nicht die Voraussetzungen, z. B. eigene Liquidität, um in den Genuss von öffentlichen Mitteln des Landes zu gelangen!"

Er sei nach wie vor der Auffassung, dass die Stadt allzu leichtfertig diesen Kaufvertrag abgeschlossen hat. Das Verhalten der Käuferin sei mieterfeindlich. Die Leidtragenden wären nun die Mieter.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.03.2006, 10:50 Uhr - 1237 Clicks - Nr. 176

Wehner zum Senioren-Pass: Keine Kürzungen!

Die SPD-Ratsfraktion kritisiert die Einsparungen beim Seniorenpass: "Hier werden Kürzungen im Programm als Neukonzeption ausgegeben", erklärt Thomas Wehner, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

Wehner weiter: "Gerade das vielfältige Freizeitangebot war besonders gut angekommen. Wir wollen ein Angebot für alle älteren Menschen und nicht für einzelne Gruppen. Herr Möller spart hier am falschen Platz. Wir fordern ihn auf, die halbe Stelle für diesen Bereich endlich nach zu besetzen".



Keine Kommentare

[Lothar Hay, MdL](#) - veröffentlicht am 14.03.2006, 09:31 Uhr - 3621 Clicks - Nr. 177

Lothar Hay: Driftmann, bleib bei deinen Haferflocken!

Zu den Aussagen des Präsidenten des Unternehmensverbandes Nord, Prof. Hans Heinrich Driftmann, zur Konsolidierung des Landeshaushaltes erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:

Herr Driftmann nimmt den Mund zu voll und redet wirr: Nach den aus dem Grundgesetz abgeleiteten Prinzipien des Berufsbeamtentums können Beamte – außer bei besonders schweren Pflichtverletzungen - nicht entlassen werden. Wir empfehlen Herrn Driftmann – und auch Herrn Sauter von der CDU – die Lektüre des Grundgesetzes und der einschlägigen beamtenrechtlichen Bestimmungen.

Mit der SPD sind betriebsbedingte Kündigungen auch im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes nicht zu machen.

Herr Driftmann fällt über Kabinettsmitglieder Urteile, die jeder Grundlage entbehren:

Alle Minister sind sich bewusst, dass die Lage ernst ist. Ich habe keinen Zweifel, dass jedes Ressort sich entsprechend seinen Möglichkeiten an der Konsolidierung des Haushaltes beteiligen wird.

Auch für Herrn Driftmann gilt die alte deutsche Weisheit „Schuster bleib bei deinen Leisten“: Driftmann, bleib bei deinen Haferflocken!

Keine Kommentare

[Jusos Steinburg](#) - veröffentlicht am 14.03.2006, 12:48 Uhr - 7848 Clicks - Nr. 178

Steinburgerin jetzt im Landesvorstand

Katharina Klein (29) aus Hohenlockstedt ist jetzt auf der Juso-Landeskonferenz in Pinneberg in den Landesvorstand der Jungsozialisten gewählt worden.

Erste Gratulationen kamen vom SPD-Kreisverband, verbunden mit der Hoffnung, dass dadurch die Arbeit der Jusos auch im Kreis Steinburg wieder neuen Antrieb finden möge.

Katharina Klein wird sich als stellvertretende Landesvorsitzende im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Förderung von Frauen im Verband engagieren. Als verheiratete Mutter und Angestellte bei der Arbeitsagentur liegt ihr die Arbeits- und Sozialpolitik besonders am Herzen.



Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 16.03.2006, 22:18 Uhr:

RE:Steinburgerin jetzt im Landesvorstand

Auch ich möchte jetzt gratulieren, zumal ich zu Testzwecken auch gerade einen Kommentar absetzen möchte.

Kommentar von [Jörn Thießen](#) vom 16.03.2006, 08:50 Uhr:

RE:Steinburgerin jetzt im Landesvorstand

Herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl in den Juso-Landesvorstand, liebe Katharina.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 14.03.2006, 15:05 Uhr:

RE:Steinburgerin jetzt im Landesvorstand

Herzlichen Glückwunsch vom SPD-Kreisverband Rudolf Riep

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 14.03.2006, 17:49 Uhr - 8952 Clicks - Nr. 179

Ehrgeizige Ziele in der Finanzpolitik

Zu den vorgestellten Haushaltseckwerten erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, und die finanzpolitische Sprecherin, **Birgit Herdejürgen**:

Mit den Eckwerten zum Doppelhaushalt 2007/2008 hat sich die Koalition ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Einschnitte sind nötig, um Handlungsspielräume wieder zu erlangen.

Wir sind uns bewusst, dass notwendige Maßnahmen vielen Menschen Opfer abverlangen. Wir werden dabei das Ziel der sozialen Gerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren.

Die SPD-Fraktion hat sich in ihrer vergangenen Sitzung mit der Analyse des Dresdner Professors Seitz zur Haushaltskonsolidierung auseinandergesetzt. Wir sind uns einig, dass Ausgabenkürzungen unumgänglich sind.

Zu erwartende Mehreinnahmen werden in absehbarer Zeit keine zusätzlichen Handlungsspielräume eröffnen. Neue Aufgaben können nur bei Verzicht auf bisherige in Angriff genommen werden.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 14.03.2006, 18:51 Uhr:

RE:Ehrgeizige Ziele in der Finanzpolitik

Jetzt kommt es zur Nagelprobe, ob in der großen Koalition nur die Positionen abgebaut werden, die der CDU nicht so wichtig sind, oder ob bei der Opferbereitschaft auch eine Ausgewogenheit erkennbar wird. Ich wünsche unseren Abgeordneten Standhaftigkeit und Durchsetzungsvermögen, damit der "rote Faden der sozialen Gerechtigkeit" in das Gesamtpaket eingewoben und als unser Markenzeichen erkennbar wird. Rudolf Riep SPD-Steinburg

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 15.03.2006, 10:10 Uhr - 8747 Clicks - Nr. 180

SPD-Dithmarschen gegen eine Kürzung des kommunalen Finanzausgleich

Die SPD-Dithmarschen stellt sich vehement gegen die Pläne der Landesregierung, eine Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs vorzunehmen.

Dazu die Kreisvorsitzende Angelika Hansen-Siebels: „Die Gelder des kommunalen Finanzausgleich dienen dazu, die Kommunen in die Lage zu versetzen ihre Ausgaben pflichtgemäß wahrnehmen zu können. Nun gibt es Überlegungen, diese Geldquelle durch die Landesregierung anzuzapfen und den Landeshaushalt aufzupeppen. Zum einen ist das ein klarer Verstoß gegen den Koalitionsvertrag, zum anderen ist das eine fahrlässige Missachtung der Kommunen. So darf kein Verantwortlicher in der Kommunalpolitik mit sich umgehen lassen!“

Der Wortlaut im Koalitionsvertrag zu den brisanten Thema ist folgender:

...Grundsatz ist dabei, dass das Land seine Finanzprobleme nicht zu Lasten der Kommunen löst, denn auch sie müssen ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen können...

„Dass steht im krassen Widerspruch, zu den Planungen in Kiel“, so die Kreisvorsitzende, sie fordert alle Verantwortlichen auf, sich an den Koalitionsvertrag zu halten und die Kommunen nicht noch weiter zu belasten.

Keine Kommentare

[Lothar Hay, MdL](#) - veröffentlicht am 15.03.2006, 10:12 Uhr - 3556 Clicks - Nr. 181

Lothar Hay und Birgit Herdejürgen: Konsolidierungskurs fortsetzen

Zu den heute vorgestellten Haushaltseckwerten erklären der Vorsitzende der SPDLandtagsfraktion, Lothar Hay, und die finanzpolitische Sprecherin, Birgit Herdejürgen:

Mit den Eckwerten zum Doppelhaushalt 2007 / 2008 hat sich die Koalition ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Einschnitte sind

nötig, um Handlungsspielräume wieder zu erlangen.

Wir sind uns bewusst, dass notwendige Maßnahmen vielen Menschen Opfer abverlangen.

Wir werden dabei das Ziel der sozialen Gerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren.

Die SPD-Fraktion hat sich in ihrer vergangenen Sitzung mit der Analyse des Dresdner Professors Seitz zur Haushaltskonsolidierung auseinandergesetzt. Wir sind uns einig, dass Ausgabenkürzungen unumgänglich sind.

Zu erwartende Mehreinnahmen werden in absehbarer Zeit keine zusätzlichen Handlungsspielräume

eröffnen. Neue Aufgaben können nur bei Verzicht auf bisherige in Angriff genommen werden.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.03.2006, 10:43 Uhr - 1235 Clicks - Nr. 182

Vogelsang zu einheitlicher Schulkleidung in Holtenau:"Ein Versuch ist es Wert!"

Der schulpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang erklärt zu dem Vorhaben der Holtenauer Grund- und Hauptschule, demnächst einheitliche Schulkleidung anzubieten:

"Mit Werbung für die Akzeptanz einer ansprechenden zeitgemäßen Schulbekleidung und der breiten Einbindung von Eltern und Schülerschaft beschreitet die Schule einen richtigen Weg, auftretenden "Markendruck" bei der Kleidung unter den Schülerinnen und Schülern zu begegnen. Die SPD-Fraktion verfolgt aufmerksam, welche Erfahrungen Schüler, Lehrer und Eltern mit der von der Schulkonferenz einstimmig beschlossenen "Kleiderordnung" sammeln."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.03.2006, 10:45 Uhr - 1156 Clicks - Nr. 183

Tolle Auszeichnung für den ausgezeichneten Hafenchef Rüdell!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu der Ehrung des Seehafens durch die Fachzeitschrift Dream World Cruise Destinations:

"Die Auszeichnungen "Most Efficient Port Services" und "Most Responsive Port" belegen vor allem die fachliche Qualität des Hafenmanagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Seehafen Kiel, mit dem excellenten Chef Jörg Rüdell an der Spitze.

Diese internationale Anerkennung zu erlangen, erfordert in erster Linie Fachkompetenz und hafengewirtschaftlichen Instinkt."

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 15.03.2006, 15:55 Uhr - 6477 Clicks - Nr. 184

MdB Sönke Rix:Gleichstellung kann nur mit den Männern gelingen

„Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen – Innovationshemmnis Männerdominanz beenden“ – so lautete ein Antrag der Grünen, an dessen Beratung im Bundestag ich mich in der letzten Sitzungswoche beteiligt habe.

Eine – wie ich finde – unpassende Überschrift, die zum Ausdruck bringt, was genau nicht zum Erfolg führen kann: Ein Gegeneinander aller Beteiligten. Die darin liegende Provokation kann dazu führen, dass nur noch über den Titel geredet wird und das eigentliche Anliegen, eine Verständigung auf das Ziel „Gleichberechtigung“, aus dem Blickwinkel gerät.

Aus Anlass des Internationalen Frauentages sind wir umfangreich über die Situation von Frauen in Deutschland informiert worden. Dabei wurde deutlich, dass es noch viel zu tun gibt.

Nach wie vor gibt es zwischen Frauen und Männern eine unterschiedliche Teilhabe am Arbeitsmarkt, eine ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, eine nicht zu rechtfertigende Lohndifferenz, Ungleichheiten in der sozialen Absicherung und wenig Frauen in Führungspositionen.

„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“. So steht es aus gutem Grund im Grundgesetz. Gleichberechtigung kann nämlich nicht befohlen werden. Sie kann nur gemeinsam mit den Männern gelingen. Und mit der gleichzeitigen Erkenntnis, dass ein Beitrag beider Geschlechter in Familie und Beruf erforderlich ist.

Deshalb müssen wir die politischen Rahmenbedingungen so verändern, dass die Väter sich mehr und mehr von dem üblichen Rollenverständnis verabschieden. Wenn das gelingt, haben wir nebenbei auch das von den Grünen behauptete „Innovationshemmnis Männerdominanz“ überwunden.

Mit unserer Familienpolitik haben wir die Weichen richtig gestellt. So haben wir an diesem Wochenende auf einer Klausur der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend noch einmal die Eckpunkte für das geplante Elterngeld beraten.

Wir wollen Einkommenseinbrüche durch den Wegfall eines Erwerbseinkommens vermeiden. Deshalb wollen wir dem betreuenden Elternteil ein Elterngeld in Höhe von 67 Prozent des vorherigen Nettoerwerbseinkommens zahlen.

Das Höchstelterngeld soll 1.800 Euro monatlich betragen. Für Geringverdiener soll die Einkommensersatzleistung bis zu einem Sockelbetrag aufgestockt werden. Wer Arbeitslosengeld II bezieht, soll zukünftig neben den SGB II-Leistungen statt Erziehungsgeld ein pauschales Elterngeld erhalten.

Das Elterngeld soll ein Jahr gezahlt werden. Die zwölf Monate können zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Mindestens zwei Monate bleiben dem Vater beziehungsweise der Mutter reserviert. Diese Regelung ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Das Elterngeld ist aber nur ein Baustein, insgesamt setzen wir auf einen Mix aus Infrastruktur, Zeit und Geld für Familien. Dazu gehören ein Ausbau und eine bessere Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote, finanzielle Hilfen für Familien, die - wie das Elterngeld oder der Kinderzuschlag - auch auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hin ausgerichtet sind und der Einsatz für eine familienfreundliche Arbeitswelt.

All diese Vorhaben bedeuten zusätzliche Chancen für Familien und befördern die Gleichstellung von Männern und Frauen.

Keine Kommentare

[AfA Stormarn](#) - veröffentlicht am 15.03.2006, 20:42 Uhr - 2090 Clicks - Nr. 185

Schildbürgerstreich der Landesregierung?

Experten lehnen Dezentralisierung des LGA entschieden ab!

„Es kommt schon einen Schildbürgerstreich gleich, wenn man das Landesamt für Gesundheits- und Arbeitsschutz (LGA), welches hoch effizient und von allen Verbänden als sehr kompetent eingeschätzt wird, zerschlagen und auf 5 Dienstleistungszentren in Schleswig-Holstein verteilen will“, fasst Nils Bolwig, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, das gemeinsame Expertengespräch zusammen. „Darüber hinaus gibt es keine Anzeichen von Synergien, die zu Kosteneinsparungen führen können, weil die Beamten weiterhin vom Land Schleswig-Holstein bezahlt werden und die entstehenden administrativen Doppelarbeiten, wie z.B. der erhöhte Steuerungsaufwand mit dem Sozialministerium die Arbeit zusätzlich belasten werden“, hält Bolwig weiter fest.

Experten von der IHK, der Norddeutschen Berufsgenossenschaft, der Arbeitsmedizin und des DGB diskutierten am Dienstag, den 14. März 2006, im Bürgerhaus Bad Oldesloe, gemeinsam mit Schwerbehindertenvertretern aus Bargteheide, mit Personalräten und interessierten Bürgern über die anstehende Reform in Schleswig-Holstein.

„Für die Unternehmen in der Region sind kompetente Ansprechpartner im LGA ein Garant für schnelle Bearbeitung bei Genehmigungsverfahren und eine unverzichtbare Unterstützung bei der Umsetzung des Arbeitsschutzes in den Betrieben, es gibt aus Sicht der IHK keinen Anlass dieses zu verändern“, betont Frau Ostertag von der IHK Lübeck.

„Eine große Gefahr besteht auch darin, dass eine Stilllegung eines Betriebes bei schwerwiegenden Verstößen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz, zukünftig daran scheitert, weil die Entscheidung des Vollzuges bei den örtlichen Leitern, z.B. Landräten liegt. Welcher Landrat übt realistisch so einen großen Druck auf die Arbeitgeber der eigenen Region aus, wenn der Unternehmer mit Verlagerung in einen anderen Landkreis droht?“, merkt Gabriele Wegner vom DGB Nord an. „Für die Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist eine unabhängige Stelle auf Landesebene notwendig, dieses führt auch zur Gleichbehandlung aller Betriebe in Schleswig-Holstein“, so die Gewerkschafterin weiter.

„Unternehmer die mehrere Standorte in Schleswig-Holstein haben, benötigen einen Ansprechpartner für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, nur dieses führt zur Vermeidung von Doppelarbeiten, Abstimmungsproblemen und unnötiger Bürokratie für die Fachkräfte für Arbeitssicherheit in den Betrieben und Verwaltungen“ meint die Lübecker Arbeitsmedizinerin, Marianne Schauer.

„Die unverzichtbare und zur Zeit gute und enge Zusammenarbeit der 25 Berufsgenossenschaften mit dem LGA steht auf dem Spiel, denn es wird zukünftig ein 5 mal so hoher Zeitaufwand nötig sein um mit den fünf Dienstleistungszentren den Arbeits- und Gesundheitsschutz gemeinsam abstimmen zu können. Ein Irrsinn, der bei einem unverzichtbaren und verantwortungsvollen Umgang mit den Beiträgen der gesetzlichen Unfallversicherung nicht zu vereinbaren ist“, betont der Arbeitsschutzexperte Sönke Bock.

„Eine Reform nur der Reform wegen bringt überhaupt nichts“, so Walter Albrecht, Vorsitzender des DGB Stormarn.

Die Landesregierung plant im Rahmen der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD in Schleswig-Holstein, alle Landesämter, hierzu zählt auch das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit (LAG), welches erst 1998 nach Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter gegründet wurde aufzulösen und stattdessen die Aufgaben auf die 5 geplanten Dienstleistungszentren im Lande, die jeweils von mehreren Kreisen gemeinsam verwaltet werden sollen, zu übertragen. In dem Landesamt arbeiten zur Zeit 57 Landesbeamte, alle ausgewiesene Arbeitsschutzingenieure- und Techniker sowie drei Gewerbeärzte. Auch die Gewerbeärzte sollen im Lande verteilt werden mit dann

regionalen Zuständigkeiten. Die drei Gewerbeärzte sind ausgesprochene Fachmediziner mit jeweiligen Spezialisierungen z.B. für Atemwegserkrankungen (Asbest), Skeletterkrankungen (Bandscheibenvorfall), Hauterkrankungen (Allergien) und psychosomatische Arbeitsbelastungen. Sie haben zur Zeit unter anderen die Aufgabe als Überwachungs- und Beratungsorgan sowie als neutrale Stelle die Verfahren zur Anerkennung von Berufskrankheiten zu begleiten. Eine sehr wichtige Aufgabe für die betroffenen Arbeitnehmer und der Berufsgenossenschaften. Dem Land Schleswig-Holstein obliegt die Überwachungspflicht des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, und ist auch die Behörde, die als neutrale Stelle den Vollzug bei Verstößen gegenüber den Betrieben anordnen kann.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 16.03.2006, 00:00 Uhr - 14287 Clicks - Nr. 186

Jörn Thießen zum Einsatz der Bundeswehr im Kongo [UPDATE]

In der ZDF-Sendug "Berlin direkt" hat Jörn Thießen in einem Beitrag zum Einsatz der Bundeswehr im Kongo Stellung genommen.

Einen Video-Mitschnitt des Beitrags kann man in der [Mediathek des ZDF](#) abrufen.



Die Debatte um einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im Kongo trägt merkwürdige Züge. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitiker der Koalition sind eher skeptisch, während die Außen- und Entwicklungspolitiker für eine Präsenz europäischer Truppen eintreten, um den demokratischen Prozess zu befördern. Es sind die ersten Wahlen seit 32 Jahren und dass sie stattfinden ist sehr gut.

Weder von der EU noch von der deutschen Regierung sind aber zur Zeit konkrete Vorstellungen zu vernehmen, was genau getan werden soll. Darauf warten wir – und das mit wachsender Ungeduld. Erst dann nämlich kann das Parlament darüber entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen es einem Einsatz zustimmen kann – oder eben nicht. Zudem braucht die Bundeswehr einen zeitlichen Vorlauf, der es nötig macht in der nächsten Sitzungswoche zu entscheiden. Die Zeit drängt. Die offenen Fragen aber drängen auch.

Ich bin nicht prinzipiell gegen das Engagement der Bundeswehr im Kongo. Es gibt jedoch heute mehr Fragen als Antworten. Und gute Antworten müssen wir den Soldaten und der Öffentlichkeit geben. Tatsache ist: Die Europäische Union ist seit vielen Jahren im Kongo aktiv, und die Vereinten Nationen haben hier mit über 16.000 Soldaten ihre größte Blauhelmaktion weltweit stationiert. Deutschland beteiligt sich an den Kosten der UN mit 80 Millionen € im Jahr und gibt weitere 10 Millionen € für die Vorbereitung der anstehenden Wahlen. Dass diese Wahlen fair und gewaltfrei vonstatten gehen, ist für dieses Land von elementarer Bedeutung. Und damit ganz im Sinne einer klugen Friedenspolitik Europas.

Im Kongo starben in den vergangenen Jahren über 3 Millionen Menschen in einem der blutigsten Bürgerkriege dieses Kontinents. Wenn die Staaten Europas sich für einen stabilen Frieden und für einen Übergang zur Demokratie mit aller Kraft einsetzen wollen: Meinen Segen haben sie. Warum aber mit der Bundeswehr? Bisher ist unklar, welche Fähigkeiten von uns gefordert werden und wo die Soldaten stationiert werden sollen. Die Vorstellung, ein Kriegsschiff vor die Küste des Kongo zu legen und dort rund 400 deutsche Soldaten in Reserve zu halten ist befremdlich. Wen soll das abschrecken?

Wenn etwas sinnvoll sein kann, dann eine deutliche Präsenz mit schwerem Gerät in den Hauptstraßen von Kinshasa. Um zu zeigen, dass wir friedliche Wahlen unterstützen und den Aufbau einer legitimierten demokratischen Ordnung. Was aber, wenn es nach dem Auszählen der Stimmen zu Unruhen kommt? Können wir dann einfach abziehen? Müssen wir dann nicht erst recht mit den Blauhelmen zusammen für Ruhe und Ordnung sorgen?

Folgende Bedingungen müssen erfüllt sein: Eine Zustimmung aller Präsidentschaftskandidaten - und nicht nur des Präsidenten Kabila, ein Mandat der UN, die kantenscharfe Umschreibung des Auftrages, eine klare zeitliche und örtliche Begrenzung und die multinationale Zusammensetzung der europäischen Truppe. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, dann können wir zustimmen. Aber erst dann.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 24.03.2006, 08:49 Uhr:

RE:Jörn Thießen zum Einsatz der Bundeswehr im Kongo [UPDATE]

Es ist gut und richtig, dass jeder Auslandseinsatz der Bundeswehr gründlich überlegt wird und dass der Bundestag zustimmen muss. Ich kann nur hoffen, dass die Abgeordneten sich genau so "zieren" wie beim ersten Mal. Jeder Einsatz muss genau geprüft werden auf Sinnhaftigkeit, Erfolgsaussichten, Nutzen für das Einsatzland und Risiko für die Soldaten. Das grundsätzliche Einverständnis mit Auslandseinsätzen unserer Soldaten kann sonst schnell Großmachtgelüste fördern, die wir überhaupt nicht brauchen können und vor denen wir unsere Soldaten schützen müssen. Sie würden sonst die Zeche zahlen für unüberlegte politische Entscheidungen. Also kann man die Abgeordneten im Bundestag nur zu äußerster Sorgfalt auffordern. Rudolf Riep SPD-Steinburg

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 16.03.2006, 12:12 Uhr - 9269 Clicks - Nr. 187

Kreisparteitag der SPD-Dithmarschen am 02.03.06

(02.03.) Trotz winterlichen Wetters trafen sich die Delegierten der Dithmarscher Ortsvereine zum Kreisparteitag in der „Erheiterung“ in Meldorf. Der Kreisvorstand hatte geladen, um Neuwahlen für frei gewordene Positionen im Vorstand neu zu besetzen und über die Arbeit des vergangenen Jahres zu berichten. Als Gastredner konnte unser Innenminister **Ralf Stegner** gewonnen werden, der ein Referat zur Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform halten sollte, ein derzeit auch bei uns heiß umstrittenes Thema.

Unser Kreisvorsitzender **Detlef Buder** (OV Büsum) eröffnete den Kreisparteitag mit dem Einstieg in die Tagesordnung und der Begrüßung der Gäste, darunter **Kreispräsident Karsten Peters**, **Probst Henning Kiene** und **Rudolf Riep** (OV Horst/Krs. Steinburg), Kreisvorsitzender der SPD-Steinburg, die anschließend Grußworte an die Versammlung richteten. **Hans-Joachim Nix** (OV Meldorf) sprach die Grußworte als Ortsvereinsvorsitzender.

Anschließend übernahm das zuvor von der Versammlung bestätigte Präsidium, bestehend aus **Klaus-Jürgen Esch** (OV Albersdorf), **Heike Ehlers** (OV Meldorf), **Elisabeth Steinschulte** (OV Heide), **Rita Nissen** (OV Marne) und **Michael Rode** (OV Meldorf) die Leitung des Kreisparteitages.

Vor Ralfs Referat sprach **Angelika Hansen-Siebels** (OV Barlt) einige einleitende Worte, in denen sie zwei Forderungen der Dithmarscher SPD nochmals betonte: Durch die Verwaltungsstrukturreform müssten Einsparungen bei den Ausgaben für Verwaltungstätigkeiten erreicht werden und es dürfe durch sie keine neue Verwaltungsebene zwischen der Kreis- und der Landesebene entstehen.

Referat von Innenminister Ralf Stegner

Ralf begann seinen Vortrag mit der Feststellung, dass eine Verwaltungsstrukturreform schon aus

Kostengründen erforderlich sei, es sei schlicht kein Geld mehr da und es müsse gespart werden, wo immer möglich. Das Ziel sei, durch eine modernere Verwaltung, die durch Vereinfachung und Veränderung bürgernäher gestaltet werden solle, das für gestaltende Politik und Inhalte dringend benötigte Geld frei zu machen (als Beispiel nannte er die Bildungspolitik sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf). Hinsichtlich der aus verschiedenen Kreisverbänden der SPD sowie auch vom Landkreistag und den Landräten vorgetragenen Bedenken verwies er in aller Deutlichkeit auf den bestehenden Koalitionsvertrag (auch mit dem SSW habe die SPD in der Duldungsvereinbarung Entsprechendes beschlossen) sowie einstimmige Beschlüsse der Landes-SPD. Niemand solle wegen der anstehenden Veränderungen „bangbüchsig“ werden. Die Reform müsse zügig erfolgen, gut aufgestellte Kreise – und hier nannte er besonders Dithmarschen – könnten davon mehr als andere profitieren, da sie weitere Aufgaben in herausgehobener Position übernehmen könnten. Auch Gemeindeämter könnten, wenn sie denn groß genug sind (>15.000 Einw.), übergeordnete Aufgaben übernehmen.

Es handele sich bei der Verwaltungsstrukturreform ganz klar um eine Verwaltungsreform, keine Gebietsreform, weder auf Gemeinde-, noch auf Kreisebene. Damit entstehe auch keine neue Leitungsebene zwischen Kreis und Land, sondern Kreise könnten in der Zusammenarbeit mit anderen Kreisen Aufgaben übernehmen und vereinen, die bisher vom Land, den Kreisen und den Gemeinden jeweils getrennt wahrgenommen werden. Als Beispiel für eine gelungene Kooperation zwischen Kreisen nannte er den Rettungsdienst und die Abfallwirtschaft. Er bevorzuge daher auch die Bezeichnung „Kommunale Verwaltungsregionen“ gegenüber „Dienstleistungszentren“ da hierin deutlicher zum Ausdruck komme, dass es nicht um die Schaffung neuer Zentralbehörden mit entsprechenden Gebäuden und Angestellten gehe, sondern um eine überregionale Zusammenarbeit, die Kompetenzen bündelt und effektiv einsetzt. Mitarbeiter, die bisher Aufgaben etwa im Bereich des Naturschutzes erledigt haben, bekämen nun neue Aufgaben hinzu, die das Land abgeben wolle und aus Kostengründen auch müsse. Mit der Verwaltungsstrukturreform seien auch keine Entlassungen verbunden, der notwendige Stellenabbau solle vielmehr durch Pensionierungen erfolgen.

In der anschließenden ersten Fragerunde sprach zunächst **Klaus-Jürgen** und widersprach dem Minister deutlich. Auch er sei für eine Reform, dies jedoch nur, wenn eindeutige Belege vorlägen, dass die Arbeit dadurch effizienter werde. Darüber hinaus verwies er auf den Koalitionsvertrag, in dem es unter Ziffer 510 heiße: „bis zum 31.12.05 soll ein zwischen Land und Kreis abgestimmter Vorschlag vorliegen“. Dies sei jedoch nicht der Fall. Eine Reform befürworte er unbedingt, nur müsse die neue Verwaltungsstruktur schlanker, effizienter und letztlich kostengünstiger werden, dies sei für den vorliegenden Reformweg (noch) nicht belegt.

Klaus Steinschulte (OV Heide) forderte Belege für die Einsparungseffekte und nannte eine Zahl von 10 Mio. € Einsparung allein bei den Ämtern, die er gehört habe. Die Verwaltung müsse bürgernäher werden, es solle keine neue Mammutbehörde entstehen.

Fritz Fischer (OV Lohe-Rickelshof) verwies auf seine langjährige Tätigkeit als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker und Erfahrung als Amtsvorsteher Heide-Land. Nach seiner Ansicht sei die Arbeit in Ämtern mit 20.000 Bürgern für ehrenamtliche Amtsvorsteher nicht zu leisten, die Amtsausschüsse nach der Zusammenlegung würden zu groß.

In seiner anschließenden Entgegnung bekräftigte Ralf nochmals, dass es durch die Verwaltungsstrukturreform keine neuen Verwaltungsstandorte geben werde, alle MitarbeiterInnen blieben dort, wo sie sind. Nur Zuständigkeiten würden neu geregelt. Als Einspareffekt nannte er durchschnittliche 200.000 € je Amt, bei 50 Ämtern ergebe sich somit ein Betrag von 10 Mio. €. Als neues Argument nannte er die Regionalplanung, die als bisherige Landesaufgabe von den neu gebildeten kommunalen Verwaltungsregionen übernommen werden könnte und auch sollte, darin sehe er einen klaren Vorteil. Dies gelte ganz besonders für Dithmarschen, der als starker Kreis auch in Kiel bekannt sei, dieser sollte seine Chancen auch nutzen. Auf die angesprochene Bürgernähe entgegnete er, dass es Aufgabe der Ämter sei, sich selbst bürgernah zu strukturieren. Überdies würde schon der Einsatz neuer Technologien dazu führen, dass etwa für die Neuzulassung eines Kraftfahrzeugs künftig ein persönliches Erscheinen nicht mehr erforderlich sein werde. Diese

Entwicklung werde auch andere Bereiche betreffen. Und, so hob er hervor, würden Bauanträge für gewöhnlich nur einmal im Leben gestellt, da sei eine möglicherweise weitere Anfahrt doch nun wirklich vertretbar.

Die zweite Fragerunde eröffnete **Jörg Halusa** (OV Helse) mit der Forderung nach Erhalt der Selbstverwaltung, die im Grundgesetz garantiert sei und äußerte seine Vermutung, dass es dem Land nur darum gehe, Kosten zu sparen und dies zu Lasten der Kreise. Die auf dem Parteitag verteilte Tischvorlage nannte er unausgegoren und fehlerhaft.

Horst Göpfert (OV Nordhastedt) erläuterte in seinem Beitrag den Begriff „Bürgernähe“. Darunter verstehe er, wie weit die Entscheider vom Bürger entfernt seien und meine damit nicht eine Entfernung in Kilometern sondern eine Entfernung von deren Lebenserfahrung und -umständen. Die Probleme der Bürger seien eben auch von Amt zu Amt unterschiedlich und nur in die Ämter eingebundene Entscheidungsträger seien in der Lage, entsprechend zu handeln. Bürgernähe betreffe auch die Art, in der sich Verwaltungen gegenüber dem Bürger schriftlich äußern.

Spareffekte müssen erzielt werden, dies war auch die Forderung von **Holger Lichty** (OV Büsum), und zwar von Anfang an. Andererseits gab er zu bedenken, dass es für den Bürger doch vergleichsweise selten nötig sei, eine Amtsverwaltung persönlich aufzusuchen.

Nixe forderte die Übertragung von Verkehrsangelegenheiten in die Zuständigkeiten der Gemeinden, weg vom Kreis. Auch wollte er gerne wissen, welche Aufgaben denn konkret vom Land übertragen werden sollen.

Ob denn diese Reform Bestand haben werde, fragte **Käthe**, und wie lange? Seien Amtsverwaltungen mit 8.000 Einw. ausreichend groß, um zukunftssicher zu sein, oder müssten es 15.000, oder 20.000 sein?

„Die Selbstverwaltungsgarantie für Gemeinden und Städte sei viel stärker verfassungsrechtlich abgesichert als die der Kreise“, so eröffnete Ralf seine zweite Antwortrunde. Er wiederholte seine Auffassung, dass mit der Verwaltungsstrukturreform keine neue Superebene geschaffen werde, sondern sich für die Kreise und Gemeinden die Möglichkeit eröffne, gemeinsam mit anderen gleichrangigen Verwaltungseinheiten neue Aufgaben zu übernehmen und vorhandene Strukturen sowie bestehendes Personal und Know-How effektiv einzusetzen. Dies auch zum eigenen Vorteil. Die Landesregierung werde allein entscheiden, wenn mit den Kreisen kein abgestimmtes Vorgehen möglich sei, dies sei Aufgabe der Landesregierung und diese werde sie auch wahrnehmen. Zum Abschluss forderte er die Delegierten auf, den Primat der Politik in der kommunalen Selbstverwaltung stärker zum Ausdruck zu bringen und sich das Handeln und die Entscheidungen nicht von der Verwaltung diktieren zu lassen. Er gehe davon aus, dass diese Verwaltungsstrukturreform lange Bestand haben werde, wenn es gelänge, leistungsfähige Einheiten zu bilden. Größere Einheiten zu bilden bedeute, dass mehr Aufgaben übernommen werden könnten. Ihm gehe es vor allem darum, die für die bevorstehenden Veränderungen notwendige Einsicht zu vermitteln, dafür stehe er, darum habe er die Einladung nach Meldorf auch gerne wahrgenommen.

Nach dem Referat eines kämpferischen und engagierten Innenministers sowie den guten und wichtigen Beiträgen unserer GenossInnen aus dem Kreis und einer spannenden Diskussion verließ Ralf das Podium und trat unter Verweis auf die Witterungsbedingungen die Rückreise nach Kiel an.

Berichte

Als Einstimmung auf die folgenden Wahlgänge dankte **Detlef** in seinem Bericht des Kreisvorsitzenden den GenossInnen, die seine Arbeit als Kreisvorsitzender begleitet und unterstützt haben. Hier nannte er insbesondere **Isolde Maaßen**, **Horst Göpfert** und **Rolf Franke**. Seine Aufgabe als Vorsitzender habe er stets moderierend gesehen. Der Kreisvorstand könne aber letztlich nur erfolgreich arbeiten, wenn er die Unterstützung der Ortsvereine habe, und müsse seinerseits diese unterstützen. Letzteres werde auch in Dithmarschen immer wichtiger, wo einige Ortsvereine bereits nicht mehr voll arbeiten könnten, da es an den nötigen engagierten Mitgliedern mangle. Dies sei eine der wichtigen Aufgaben, denen sich der neue Kreisvorstand zuwenden müsse. Für die kommende Kommunalwahl sei es besonders wichtig, einen kompetenten Vorstand zu bilden, der mit viel persönlichem

Engagement die Arbeit angehe.

Danach begründete Detlef seine Entscheidung, seine Funktion als Kreisvorsitzender abzugeben, mit den kommenden Kommunalwahlen, die gut vorbereitet sein wollen, damit unsere Partei das wünschenswert deutlich bessere Ergebnis als bei den vergangenen erzielen kann. Dafür sei eine volle Zwei-Jahres-Periode für den neu zusammengesetzten Vorstand erforderlich. Daher schlage der Vorstand **Angelika Hansen-Siebels** als neue Vorsitzende (bisher stellvertretende Vorsitzende), als Stellvertreter **Fait Strakerjahn** vor, um neben sehr engagierten auch einen deutlich jüngeren Genossen für die Parteiarbeit zu gewinnen. Er hoffe, so Detlef, dass damit auch ein Zeichen für junge Menschen gesetzt werden könne, sich in der Partei zu engagieren. Außerdem müssten zwei neue BeisitzerInnen gewählt werden.

Bezugnehmend auf die Kritik an der Tischvorlage schlug Detlef vor, diese in den KPA zu geben, damit dort weiter an den Forderungen und Vorstellungen der SPD-Dithmarschen hinsichtlich der Verwaltungsstrukturreform gearbeitet werden kann. Diesem Vorschlag stimmten die Delegierten mehrheitlich zu.

Dem Bericht von Detlef folgte die Berichte der Kassenwartin **Renate Aschenbeck** und für die Revisoren berichtete **Renate Schulz**. Der von ihr beantragten Entlastung des Vorstandes stimmten die Delegierten einstimmig zu.

Neuwahlen

Das von Detlef geforderte Engagement versprach Angelika Hansen-Siebels, die sich auf dem Kreisparteitag als neue Kreisvorsitzende zur Wahl stellte. Als besonders wichtig erachte sie ein eigenständiges Profil der SPD Dithmarschen, eigene Positionen, wenn nötig auch gegen die Landes- und Bundes-SPD. Die Delegierten dankten es ihr mit einem überzeugenden Wahlergebnis. Angelika wurde mit 65 Ja-Stimmen (bei 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen) gewählt. Detlef gratulierte als Erster und überreichte – quasi als Staffelpass – der neuen Vorsitzenden eine rote Basecap.

Der als Stellvertretender vorgeschlagene Fait Strakerjahn nannte die Gewinnung neuer Mitglieder sowie insbesondere die Einbindung jüngerer GenossInnen in die Parteiarbeit als sein vorrangiges Ziel. Als stellvertretender JUSO-Landesvorsitzender sei er bereits mit diesen Aufgaben befasst und könne gleich durchstarten. Sein Wahlergebnis: 73 Ja, 9 Nein, 3 Enthaltungen.

Als neue BeisitzerInnen stellten sich **Christina Arndt** (OV Meldorf, 32 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder) und **Kristian Esch** (OV Albersdorf, 25 Jahre alt, Jurist im Referendariat, seit 1996 in der SPD) den Delegierten. Bei der Wahl erhält Christina 80 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung, Kristian kommt auf 72 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Verabschiedung von Detlef Buder

Mit einer humorvoll-launigen Rede von Holger verabschiedeten die Delegierten unseren langjährigen Kreisvorsitzenden Detlef Buder, als besonderen Dank für die 9-jährige Amtszeit bekam er eine Reise nach Berlin geschenkt.

Insgesamt hatten wir bei guter Beteiligung einen spannenden Kreisparteitag, der durch die Neuzusammensetzung Zeichen gesetzt hat für die Zukunft. Wir sind gut aufgestellt und werden das nutzen, um die SPD Dithmarschen wieder nach vorne zu bringen.

Statistisches

Von 133 Delegierten erschienen 87

Zwei Delegierte zahlen keine Beiträge

Nicht erschienen sind die Delegierten der Ortsvereine: Bunsloh, Eddelak, Elpersbüttel, Odderade, Gudendorf, Hemme, Lehe, Lunden, Nindorf, Pahlen, Rehm- Flehde-Bargen, St. Michaelisdonn, Süderhastedt, Wesseln.

Kommentar von [Markus Hagge](#) vom 18.03.2006, 19:56 Uhr:

RE:Kreisparteitag der SPD-Dithmarschen am 02.03.06

Na, dann gratuliere ich allen gewählten recht Herzlich, insbesondere Angelika! Wäre ja gerne vorbeigekommen, aber in der Mitte der Woche ist das dann doch etwas zu weit für mich. Aber aufgeschoben ist ja nicht aufgehoben!

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 16.03.2006, 13:55 Uhr - 4583 Clicks - Nr. 188

Frauenfrühstück am Internationalen Frauentag

Auch zum diesjährigen internationalen Frauentag lud Landtagsabgeordnete Astrid Höfs(SPD) zum Frauenfrühstück ein.

Wie in jedem Jahr wurde erst einmal ausgiebig gefrühstückt.

Und auch in diesem Jahr gab es traditionsgemäß ein Schwerpunktthema.

Katja Krüger von der Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt trug den knapp 30 anwesenden Frauen vor, wie sich ihre Arbeit darstellt.

Die Arbeit der Beratungsstelle besteht aus Kontakten zu den Opfern, in konkreten Fällen bis zu 10 x., Krisenintervention, Öffentlichkeitsarbeit an Schulen, Ausstellungen, Elternabende etc.

Ein Grundsatz der Beratungsstelle:

Kinder sollen nicht ermahnt, sondern gestärkt und aufgeklärt werden!

Ein interessanter Aspekt ist u.a., dass die Täter in der näheren Umgebung der Opfer, bei Mädchen meist im direkten Familien- bei Jungen eher im näheren Bekanntenkreis (Beispiel: Trainer) zu finden sind. Also, es ist nicht zwangsläufig der Fremde. Deshalb sind Ermahnungen wie: „Geh nicht mit Fremden!“ Oder „Geh nicht allein in den Wald“ nicht ganz richtig, weil sie einen Täter im Bekanntenkreis ausschließen.

Wichtige Aussagen von Katja Krüger waren:

„Den Tätern geht es weniger um Sexualität, eher um Macht!“

und auf die Frage nach Täterprofilen

„Je höher die soziale Schicht desto perfider das Verhalten der Täter“

Der Vortrag löste Betroffenheit, viele Fragen und eine angeregte Diskussion aus und die Zeit verging viel zu schnell.

Nach diesem informativen Referat bedankte sich Astrid Höfs herzlich: „Frau Krüger hat uns gezeigt, wie wichtig die Arbeit der Beratungsstelle ist, besonders die Öffentlichkeitsarbeit. Durch diese Informationen ist jeder der hier Anwesenden aufmerksamer und sensibler diesem Thema gegenüber.“

Spontan startete Astrid Höfs eine Sammlung für die Beratungsstelle, bei der 200€ zusammenkamen

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 17.03.2006, 09:52 Uhr - 1764 Clicks - Nr. 189

SPD: Neues zum Stadtmarketing ?

Jens Lichte, Stadtvertreter der SPD, steht allen Bürgerinnen und Bürgern am 23.03.2006, in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus (A0.05) von 16.00 - 17.30 Uhr statt und Jens Lichte ist dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde:
Wo findet Stadtmarketing jetzt statt ???

In der Stadtvertretung nicht mehr !!!

Welche Überlegungen gibt es inzwischen in der Stadtmarketing GmbH zum Leitbild und zum Massnahmenhandbuch ???

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.03.2006, 11:56 Uhr - 1028 Clicks - Nr. 190

Kietzer zu Multimedia-Campus:

"Warum enthält die Oberbürgermeisterin dem Multimedia Campus die zugesagten Mittel vor?"

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:

"Die kleine Anfrage, die ich in der Ratsversammlung am 16.03.2006 zum Multimedia Campus stellte:
"Laut Vertrag hat MVV sich verpflichtet, dem Multi Media Campus bis 2006 Sponsorenmittel in Höhe von 750.000 € zur Verfügung zu stellen.

1.) Wie viel wurde 2004 an den Multi Media Campus ausgezahlt?

2.) Wie viel 2005?"

wurde wie folgt beantwortet:

"In den Jahren 2004 und 2005 sind aus den Mitteln des MVV-Sponsoring keine Zahlungen an den Multimedia Campus geflossen."

Nach Abschluss des Konsortialvertrages mit der MVV schrieb Frau Volquartz (CDU) am 16.06.2004:
"Der Multimedia Campus erhält 750.000 € bis 2006....." Im Nebenvertrag zum Konsortialvertrag wurde festgelegt, dass der Multimedia Campus 2004, 2005 und 2006 jeweils 250.000 € erhalten soll, was der Ankündigung der Oberbürgermeisterin entspricht.

Warum enthält die Oberbürgermeisterin dem Multimedia Campus die zugesagten Mittel vor? Das ist ein unerhörter Vorgang! Was steckt dahinter? Wofür sollen die Mittel ausgegeben werden?

Wir fordern umgehend eine Erklärung der Oberbürgermeisterin und Zahlung der zurückgehaltenen Mittel an Multimedia Campus."

Kommentar von [Markus Alber](#) vom 11.05.2006, 13:47 Uhr:

RE:Kietzer zu Multimedia-Campus:

Besteht ein Zusammenhang zwischen dieser Anfrage und der Tatsache, dass der ehemalige Stattssekretar Dr. Swatek, Mitglied der SPD, Geschäftsführer des MMC ist? Welche Aufwandsentschädigung erhält Herr Swatek a) als ehemaliger Stattssekretar b) als Geschäftsführer MMC d) als Mitglied des Kreistages Plon MfG Markus Alber Antwort: Nein, es besteht kein Zusammenhang! Die Aufwandsentschädigungen Herrn Dr. Swateks sind mir nicht bekannt. Mit freundlichen Grüßen Cathy Kietzer - Fraktionsvorsitzende

Offener Brief an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Flbg. Stadtverwaltung

Haushaltssanierung und SPD- Position

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung,
leider hat es in den letzten Wochen gezielte Fehlinformationen und Gerüchte über die SPD- Position in der Haushaltskonsolidierungsrunde, dem so genannten Runden Tisch, gegeben.
Ich möchte dazu folgendes feststellen:

1. Die SPD- Fraktion hat mit der Ablehnung des Haushalts 2006 deutlich gemacht, dass die geplante Neuverschuldung völlig inakzeptabel ist und mögliche Einnahmeverbesserungen und Ausgabenkürzungen erneut vorgenommen werden müssen, um die Haushaltskrise nicht weiter ausufern zu lassen. Dabei ist es und bleibt es eine Selbstverständlichkeit, dass betriebsbedingte Kündigungen mit uns nicht zu machen sind.
2. Es gibt Arbeitsaufträge im Runden Tisch, die auch unter meiner Mitwirkung zustande gekommen sind, die verschiedene Prüfaufträge an den Oberbürgermeister beinhalten. Einige geben auch das Ziel vor, Aufgaben so weit zu reduzieren, dass unterm Strich in den Zentralverwaltungen des Rathauses (in den nicht unmittelbar mit der Leistungserbringung für die Bürgerinnen und Bürger befassten Bereichen) 20% der Stellen eingespart werden sollten. Andere sehen vorgeschaltete Organisationsuntersuchungen oder die Umorganisation von Aufgaben vor.
3. Es gibt keine Position/Beschlusslage der SPD- Ratsfraktion, die eine 20%ige Stelleneinsparung nach dem Rasenmäherprinzip fordert. Aufgabenkritik und –reduktion stehen im Vordergrund. Keine Verselbständigungen zu Gunsten privater Eigentümer. Kommunale Trägerschaft und - Kontrolle müssen erhalten bleiben.
4. Die Ideen, die im Rahmen des Runden Tisches gesammelt werden, werden nur auf eine mögliche Machbarkeit hin untersucht. Entscheidungen über Einsparungen fällt diese Arbeitsrunde nicht. Diese werden nur in den größtenteils öffentlichen Fachausschusssitzungen mit eindeutigen Verwaltungsvorlagen getroffen.
5. Der Runde Tisch wird von der SPD- Fraktion als ein vertraulich arbeitendes Gremium angesehen, das vorurteilsfrei Überlegungen und Prüfungen anstellt, um das enorme Defizit im Verwaltungshaushalt der Stadt zu senken. Dabei soll die Unruhe bei „ungelegten Eiern“ möglichst gering gehalten werden und „die im Nest liegenden Eier“ erst dann ausgebrütet werden, wenn die offiziellen Gremien ihre Zustimmung gegeben haben. Das war und ist die Position der SPD-Fraktion und natürlich auch von mir persönlich.
6. Flensburg hat eine leistungsfähige Verwaltung und engagiert arbeitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir alle sind seit Jahren auch politisch die Vorreiter bei der disziplinierten Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln und deren sparsamster Verwendung. Dass das trotzdem nicht reicht, um unsere laufenden Kosten zu decken, wissen Sie. Es muss also weiter bei den konsumtiven Ausgaben des Verwaltungshaushaltes gespart werden. Dazu gibt es keine Alternativen.
7. Aber sparen heißt für die SPD, Verzicht oder Reduktion der Aufgaben, nicht eine Erhöhung der Belastungen für den Einzelnen. Heißt Streichung insbesondere von Beamtenplanstellen des gehobenen und höheren Dienstes, nicht Privatisierung und Lohndumping bei den Geringverdienern,

wie es immer wieder von anderen Fraktionen oder einzelnen Stadträten gefordert wird. Heißt Abschaffung von alten Ritualen, die oft teuer sind und zu denen es wirtschaftlichere Alternativen geben kann. Heißt effizient arbeitende Bereiche des öffentlichen Dienstes zu sichern und nicht zu zerschlagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Nicht wer Ideen einbringt und Veränderung anstößt, sondern der, der durch gezielte Falschinformation oder Halbwahrheiten für Verunsicherung und Frust sorgt, schadet der Stadt. Flensburg hat diesbezüglich und auch in anderen Zusammenhängen schwere Jahre hinter sich. Kollegialität und offene Partnerschaft wird in Flensburg leider immer noch sehr klein geschrieben. Dazwischen steht die Politik, die leider mehrheitlich auch noch keine Geradlinigkeit im Handeln erreicht hat. Die SPD Fraktion und ich als ihr Vorsitzender möchte daran arbeiten, dass wir wieder zu alten Werten zurückfinden. Die Verwaltungsleitung muss wieder auftragsgebunden- dem Primat der Politik folgend - ihre Arbeiten verrichten. Vorlagen müssen seriös und umfassend abgefasst werden. Entscheidungen unter Würdigung aller Alternativen offen herbeigeführt werden. Zum Wohle der Menschen in dieser Stadt. Das ist der Auftrag der öffentlich Beschäftigten auch und gerade hier im Rathaus!! Die Vorbereitung solcher Entscheidungen darf gern auch in kleineren vertraulichen Arbeitsgruppen erfolgen, wenn danach offene Ergebnisse möglich sind. Nur so möchte ich mein persönliches Engagement und die Position der SPD- Ratsfraktion verstanden wissen.

Rolf Helgert
Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 19.03.2006, 17:11 Uhr - 2540 Clicks - Nr. 192

SPD-Engelsby: Postalische Versorgung für Baugebiet Kauslund-Osterfeld verbessert

Auf Grund der aus unserer Sicht unzureichenden postalischen Versorgung des Neubaugebietes Kauslund-Osterfeld, setzten wir uns mit der Deutschen Post in Hamburg in Verbindung. Der SPD-Ortsverein Engelsby unterbreitete den Vorschlag, den vorhandenen Briefkasten in der Kauslunder Straße etwas weiter stadteinwärts zu versetzen. Unsere Anregung wurde von der Deutschen Post geprüft und angenommen. Der neue Aufstellungsort befindet sich demnächst unmittelbar am Kauslunder Kreisel. Somit können in Kürze auch die Anwohner des Baugebietes Kauslund-Osterfeld diesen Briefkasten für Ihre Postsendungen nutzen.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 21.03.2006, 07:35 Uhr - 4768 Clicks - Nr. 193

Wahlstedt wird attraktiver

MdL Astrid Höfs (SPD): soziale Projekte müssen noch folgen
Wahlstedt. „Die Sanierung der früheren Neue Heimat Wohnblocks trägt deutlich zur besseren Wohnqualität der Stadt Wahlstedt bei“, erläuterte Bürgermeister Sven Diedrichsen der

Landtagsabgeordneten Astrid Höfs (SPD) bei ihrem Besuch im Wahlstedter Rathaus. Höfs informierte sich in Begleitung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Westphal und Renate Gröpel aus Lübeck über den Stand der Arbeiten am Projekt Soziale Stadt.

Das Projekt Soziale Stadt wird von Land und Bund gefördert und für Bereiche mit maroder Bausubstanz bereitgestellt, damit das Wohnen und Leben in diesen Stadtteilen attraktiver wird. Von Bedeutung ist es auch, das soziale Umfeld neu zu gestalten. „Nach den baulichen Maßnahmen sind noch die sozialen Projekte offen“, so Landtagsabgeordnete Astrid Höfs. Erst diese Maßnahmen führen wieder zu einer deutlich besseren Wohnqualität und Wohnkultur.

Wahlstedt bietet zwar einiges, aber in diesem speziellen Projekt sollte wie durch die Projektidee vorgesehen, ein sog. Quartiersmanagement eingesetzt werden, um auch durch soziale Projekte wieder ein besseres Umfeld zu erreichen, sind sich Astrid Höfs und Renate Gröpel einig. Gröpel hat sich auf das Thema Soziale Stadt / neue Wohn- und Lebensformen spezialisiert und wird Kontakte zu Fachberatern herstellen, um an diesem Thema weiter zu arbeiten.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.03.2006, 18:21 Uhr - 6484 Clicks - Nr. 194

SPD: Olpenitz muss weiterentwickelt werden

Als bürokratischen Unsinn hat der SPD-Kreisvorsitzende das mögliche Aus für den Verkauf der Bundeswehrliegenschaft in Olpenitz bezeichnet und den massiven Widerstand seiner Partei gegen entsprechende Pläne der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) angekündigt. Peddinghaus verwies darauf, dass der Kreis Schleswig-Flensburg mit der Schließung der Großstandorte Kappeln/Olpenitz und Tarp/Eggebek die Hauptlast bei der Bundeswehrreduzierung der letzten Jahre trage. In einem Kreis, der wie kein anderer vom massiven Stellenabbau der Bundeswehr betroffen ist, könne man es den Menschen nicht vermitteln, wenn die Bundesregierung jetzt erfolgversprechende Entwicklung für die gesamte Region durch bürokratische Kleingeisterei verhindert, so Peddinghaus. Leider erkenne man, so der SPD-Kreisverband, dass die Verantwortlichen in Berlin kein Gefühl für die Belange der Menschen in der betroffenen Region besitzen und sich der Tragweite ihrer Entscheidungen kaum bewusst sind. Durch entsprechende politische Initiativen will der SPD-Kreisverband nunmehr dazu beitragen, die starre Bürokratenhaltung aufzubrechen, um zu einer für die betroffenen Regionen verträglichen Lösung zu kommen. „Es wäre schon ein Treppenwitz der Geschichte, wenn die oftmals als wirtschaftsfeindlich gescholtene rot-grüne Regierung in Berlin einem Verkauf genehmigt hätte und nun eine große Koalition unter Frau Merkel & Co. dieser wirtschaftlichen Entwicklung eine Abfuhr erteilen würde“, so Peddinghaus. In diesem Zusammenhang verweist Peddinghaus auch auf die zahlreichen Bemühungen, die wirtschaftliche Entwicklung in Olpenitz mit den Belangen des Naturschutzes in Einklang zu bringen. Es sei doch nicht so, dass den Verantwortlichen in der Region die Belange des Naturschutzes egal wären. Vielmehr zeige der Verlauf der Planungen, dass diese sensible Frage verantwortungsvoll betrachtet wird und auch schon zu Planungsänderungen geführt habe. Sollte die Bundesregierung jedoch weiter die Menschen in der Region im Stich lassen, dann rät Peddinghaus: „Wenn Frau Merkel die wirtschaftliche Situation im Norden völlig aus dem Auge verliert, dann empfehle ich, ab dem Nord-Ostsee-Kanal ein Wildgehege zu errichten und Eintritt zu nehmen, damit die Menschen wenigstens als geschützte Art anerkannt werden. Das Füttern wäre dann allerdings während der Fastenzeit verboten. Als weitere Alternative bliebe noch der Verkauf des unliebsamen Nordens an Dänemark.“

Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 18.04.2006, 19:46 Uhr:

RE:SPD: Olpenitz muss weiterentwickelt werden

Zitat : Peddinghaus : "Leider erkenne man, so der SPD-Kreisverband, dass die

Verwaltungsverantwortlichen in Berlin kein Gefühl für die Belange der Menschen in der betroffenen Region besitzen und sich der Tragweite ihrer Entscheidungen kaum bewusst sind." Kommentar :

_____ 1. Die "Verwaltungsverantwortlichen" in Berlin sind in gleicher Art gestrickt, wie die "Verwaltungsverantwortlichen" im Kreis. Unfassbar ist daher die SPD-Kreis-Entscheidung, sich für einen CDU-Kandidaten als Landrat zu entscheiden. In Deutschland herrscht mittlerweile eine "Verwaltungsdiktatur" und die Kunst dieser "Verwaltungsvollstrecker" besteht darin, bei horrenden Einkommensbezügen sich als Verhinderer zu verstehen. Damit meine ich die Abteilungen unter einem Herrn von Gerlach im Landkreis, mit seinen "schwarzen Schaafen" in der Bau- und Umweltschutzabteilung.

3. Klare persönliche Ansage von mir. Wir sind froh, daß die Bedrohung, die die Bundeswehr in Olpenitz erforderte, zu Ende ist und wir wohl in Europa in einem Frieden leben dürfen und keine Atombomben mehr in Maasholm oder Tolk herumstehen.

4. Weitere klare Ansage von mir. Wenn es Personen gibt, die den Standort Olpenitz übernehmen und umwandeln möchten, dann sollen diese Personen dazu die Gelegenheit bekommen. Entsprechende Auflagen im Kaufvertrag und in den baubehördlichen Bescheiden sind vorzunehmen. Der Zipfel Naturschutz in Olpenitz ist durch Stilllegung einer von den Investoren zu kaufenden Fläche zu organisieren. Kreis- und Land haben ihre Verantwortung zu zeigen und endlich die Kriegs-Hinterlassenschaften aus der Schlei, der Ost- und der Nordsee zu bergen und zu entsorgen. Inklusiv der Giftgasgranaten vor Aero.

5. Wir leben in einem der schönsten Bundesländer, welches geprägt ist als Region der Landwirtschaft und des Tourismus. An anderer Stelle (SPD-Silberstedt) habe ich beschrieben, daß Großindustrie nicht nach SH kommen wird, denn die siedelt sich "hinter Polen" an und läßt lediglich das teure "Humankapital", sprich die Menschen zurück

6. Mir graut vor der Wahl eines "Verwaltungsdiktators" von Gerlach im Landkreis Schleswig-Flensburg, denn der wird sich darin gefallen, die Schrecken umzusetzen, die im Hauptartikel oben vom Ursprungsautor beschrieben sind.

7. Umweltschutz und Naturschutz in der heutigen Zeit sind Themen die in keiner Weise vernachlässigt werden dürfen. Täglich geht die Zerstörung der Welt voran. Bedauerlich an dieser Entwicklung ist aber insbesondere, daß es hier eine "gemeinsame Handlungslinie" in Politik und Verwaltung gibt. An dieser (Selbst-)Kritik kommt auch die SPD nicht vorbei. Bei den GRÜNEN ist dieses Thema schon lange nicht mehr aktuell. Denen geht es, auch im Landkreis nur noch darum, im politischen Geschäft zu bleiben. Schon der Brand der Pallas war eine grüne Katastrophe und diese Katastrophen ziehen sich bis in die heutige Zeit. Gern würde ich von den selbst ernannten Umweltschützern und Bau(Verhinderern) einmal erfahren, als Beispiel : - wie lang ist die Autobahn A 7 in SH. - wie groß sind die Oberflächenwasserkanäle in der A7 bitte in Metern - wie hoch sind die Schadstoffbelastungen aus Reifenabrieb, Bremsenabrieb, aus Ölen und Treibstoffen - wohin werden diese belasteten Oberflächenwasser geleitet - erfolgt eine Reinigung / Klärung dieser Oberflächenwasser Schwellenländer zeigen uns, nicht nur mit staatlich garantierten Mindestlöhnen, daß es in Sachen Umweltschutz anders geht ! Thailand hat, unter dem wegen Korruption in Verruf stehendem Ministerpräsidenten TAKSIEN Landflächen zur Verfügung gestellt, um alternativen Treibstoff zu produzieren - sprich BIO-Diesel wie dieser in Schleswig-St.-Jürgen oder bei LIDL, ALDI (Salatöl) zu kaufen ist Und das, während sich auch die GRÜNEN und anderen "Umweltschutzschnacker" BLUTIGE HÄNDE an den Tankstellen am freiheitlich-demokratischen-irakischen Erdöl holen

Die Umgestaltung des Militärstützpunkt Olpenitz zu einer "Ferienanlage" würde in erster Linie mit Materialien aus der Natur erfolgen. Selbst Zement und Beton besteht in wesentlichen Teilen aus natürlichen Stoffen, Sand und Naturgips

Ich meine, daß wir klare Bekenntnisse zu der Landwirtschafts- und Ferienregion Schleswig-Holstein, Schleswig-Flensburg benötigen. Das aber wird nur dann funktionieren, wenn wir in einem wesentlichen Punkt dem CDU-Ministerpräsidenten Carstensen folgen : die Spitze der "Verwaltungsdiktatoren" entlassen. Nur, um Mißverständnissen vorzubeugen : Täglich habe ich mit den "kleinen Beamten" in zahlreichen Behörden zu tun. Polizei, Feuerwehr, Straßenbauamt, Gerichten, Kreisverwaltung diese inklusiv Hartz-4-"Verwaltung". Diese "kleinen Beamten und angestellten" leisten täglich eine seriöse und loyale Arbeit für Staat und Bürger.

Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 17.04.2006, 13:11 Uhr:

RE:SPD: Olpenitz muss weiterentwickelt werden

Meine Meinung : Ich bin dafür, daß der ehemalige Standort Olpenitz verkauft wird und das dort ein Ferien- und Erholungsgebiet entsteht. Bei dieser Meinung orientiere ich mich nicht an der einen oder anderen Partei, sondern nur an Gegebenheiten. Der Ausverkauf Deutschlands, nach Motorrola in Flensburg, aktuell DANFOSS, über CONTI in Hannover bis zu AEG / Electrolux im Süden, Verhinderung von Kliniken in SH - welche nach DK abwandern, weil diese Vorhaben hier verhindern (wobei die "Verwaltung" ihren gehörigen Anteil dazu beiträgt, halte ich nicht für richtig. Für mich ziehen die Unternehmen Richtung Osten - siehe DANFOSS - und lassen hier, was sie nicht gebrauchen können und was teuer ist - das "Humankapital", die Menschen ! Dennoch darf nicht vergessen werden, daß wir auch eine Verantwortung vor der Natur, der gesamten Umwelt und vor unseren Kindern haben. Genau das sollte auch bei einer Umwandlung des Standort Olpenitz mit bedacht werden. Vor Olpenitz, jeder kann es in einer Seekarte nachsehen, liegt noch immer aus dem zweiten Weltkrieg Munition, GIFTGAS wird in der Nähe vermutet. Nachdem das Militär abziehen kann wäre es nun der richtige Zeitpunkt, ein solches Konzept zu erstellen, welches den wirtschaftlichen und ökologischen Ansprüchen der Region dient. Als IKEA in Kiel baute, nur als Beispiel, mußte eine "Ausgleichsfläche" gekauft und "stillgelegt" werden. Ich habe mir das vor Ort angesehen. Es wäre jedenfalls - im gedanklichen Sinne - ein Lösungsansatz. Wenn Harry-Peter Carstensen, "komische Gefühle" bekommt, wenn er über die vergangene GRÜNE Politik in Schleswig-Holstein nachdenkt, dann muß ich sagen, daß ich ihn in diesem Punkt absolut verstehen kann. Dabei ist HPC nicht mein politischer Freund. Aber, die GRÜNEN, auch in Schleswig-Holstein, haben sinnbildlich gesprochen, BLUTIGE HÄNDE, wenn sie von der Tankstelle fahren, denn sie haben beispielsweise in keiner Weise alternativen Treibstoff gefördert (den man in Schleswig St-Jürgen) kaufen kann, sondern haben die BND-Schlapphüte in den Irak entsendet, wo sie den USA erklärt haben, welche Ziele nicht angegriffen werden sollen mit den Bomben. Die Schlapphüte haben also sog. "Negativziele" genannt. "Blutigen Treibstoff" aus dem Irak. Meine Kommentar : Nein Danke ! Andere Länder, gerade Entwicklungsländer, aber zeigen auf, daß es anders geht. So gibt es ausgerechnet in asiatischen Schwellenländern nicht nur staatlich garantierte Mindestlöhne, um es mal anzumerken, sondern ganz nebenbei wird dort auch die Produktion von alternativen Kraftstoffen (BIO-Diesel) gefördert Um auf den Punkt zurück zu kommen : Wir brauchen in Schleswig-Holstein "Einnahmen" und wir sind nun mal ein Bundesland für Uralub und Landwirtschaft. In diesem Sinne meine ich, wäre es möglich, für Mensch und Umwelt gute Kompromisse zu suchen, insbesondere zu finden

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.03.2006, 08:26 Uhr - 1269 Clicks - Nr. 195

Möller und Stück zum B-Plan Grasweg/Holzoppelweg:

"Kunst- und Kulturbetrieb endlich möglich!"

Der örtliche SPD-Ratsherr Alexander Möller und die stellvertretende baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück stellen erfreut fest:

"Die Bedenkenräger in der Verwaltung und bei CDU/Grünen haben ihren Widerstand gegen kulturelle Nutzungen für das Gewerbegebiet Grasweg/Holzoppelweg endlich aufgegeben. Einstimmig beschloss die Ratsversammlung am 16.03.2006 den B-Plan Nr. 930. Damit wurde die planungsrechtliche Voraussetzung auch für eine künstlerisch-/kulturelle Entwicklung in dem campus- und innenstadtnahen Quartier geschaffen. Darüber freuen wir uns.

Natürlich übersehen wir bei aller Freude nicht die Parkraumproblematik in dem Bereich, unter anderem mit dem verkehrswidrigen Parken entlang des Grasweges. Die SPD-Fraktion unterstützt kurzfristige Maßnahmen zur Regelung des ruhenden Verkehrs. Wir sehen dabei auch die Veranstalter in der Pflicht. Im Fall einer Ausweitung von Veranstaltungsflächen haben die Betreiber signalisiert, Parkflächen auf dem eigenen Grundstück zur Verfügung zu stellen.

Keine Kommentare

Möller zur Erweiterung der Kieler Müllverbrennung: Pasternak für dritten Kessel?

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu der Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen in dieser Woche:

"Während die CDU sich bereits für den Ausbau der Müllverbrennungsanlage Kiel entschieden hat, erfolgt die Entscheidung der SPD in den nächsten Wochen. Die Grünen wollen sich vor einer solchen Entscheidung herum drücken.

Mit Interesse hat die SPD zur Kenntnis genommen, dass die grüne Partei keine Entscheidung herbeiführen will. In ihrem Newsletter vom 13. März teilt die grüne Ratsfraktion mit: "Zum jetzigen Zeitpunkt ist es zu früh, Ja zu sagen, aber auch ein kategorisches Nein ist nicht angebracht."

Der Plan der grünen Führung, noch keine Entscheidung über die Zukunft der Müllverbrennung zu treffen, lasse Raum für Spekulationen, so Möller. Nach der Wahl von Gert Meyer (CDU) zum neuen Kämmerer stehe die Entscheidung über die Einstellung des grünen Fraktionsvize und abfallpolitischen Sprechers Rainer Pasternak als Referent des Kämmerers an. Scheinbar solle diese Personalentscheidung abgewartet werden und erst dann eine Entscheidung über die MVK getroffen werden. "Da drängt sich die Frage auf: Machen die Grünen ihre Entscheidung abhängig von der Einstellung Herrn Pasternaks?", so der SPD-Fraktionsvize.

Keine Kommentare

Lothar Hay: Diätenstrukturreform auf den Weg bringen

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich in ihrer heutigen Sitzung dafür ausgesprochen, eine Diätenstrukturreform jetzt auf den Weg zu bringen. Dabei müssen folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- Anlehnung an die Vorschläge der Benda-Kommission,
- Die Abgeordneten sind für ihre Altersversorgung selbst verantwortlich.
- Grundlage ist das Richtergehalt R 2.
- Streichung der meisten Zulagen und damit Erfüllung der Forderungen des Bundesverfassungsgerichts.
- Ein Abgeordneter muss sich wie jeder Steuerbürger verhalten, deshalb keine Kostenpauschale mehr.

Der Landtagspräsident wird gebeten, die finanziellen Auswirkungen der Diätenstrukturreform auf dieser Basis zu berechnen. Erst wenn genaue Zahlen vorliegen, wird die Fraktion eine endgültige Entscheidung treffen.

Keine Kommentare

Vogelsang und Stück zum Haus der Athleten:

"Welthauptstadt des Segelns dankt für Landeshilfe."

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang und die Schilkseer Ratsfrau

Gesine Stück erklären zum Förderbescheid, den Innenminister Ralf Stegner an die Stadt übergeben hat:

"Die Sanierung der Infrastruktur im Olympiazentrum Schilksee ist ein finanzieller Kraftakt für die Landeshauptstadt Kiel. Deshalb ist es sehr wichtig für Kiel, dass sich auch das Land Schleswig-Holstein, wie die Bundesrepublik Deutschland, an der Modernisierung der Segelsport-Infrastruktur in der Welthauptstadt des Segelns beteiligt.

Mit der verbindlichen Zuwendung von 500.000 € für das Haus der Athleten in Schilksee unterstützt das Land die Modernisierung einer Schlüsseleinrichtung. Die Unterkunft für die Segelsportler war in die Jahre gekommen und in Ambiente und Ausstattung zuletzt wenig einladend. Das wird sich nun mit Hilfe des Landes ändern und dafür danken wir!"

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.03.2006, 08:49 Uhr - 1039 Clicks - Nr. 199

Möller zur Linie Kiel - München:

Anschubfinanzierungen nur für ähnlich erfolversprechende Linien! - Zukunftskonzept muss her!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu der neuen Fluglinie Kiel - München:

"Das ist eine gute Nachricht für den Standort. München ist ein attraktives Ziel für Wirtschaft und Tourismus, und die Flugzeiten sind erfolversprechend. Viel hängt jetzt von der Preisgestaltung durch Cirrus ab.

Ziel muss weiterhin die Anbindung an Frankfurt/Main sein. Dafür kann sich die SPD-Ratsfraktion Anschubfinanzierungen vorstellen. Die Linien nach Berlin-Tempelhof und Frankfurt-Egelsbach sind Angebote, die es schwer haben. Sie müssen deshalb besonders beworben werden.

Anschubfinanzierungen durch die Stadt sind hier allerdings nicht vorstellbar.

Oberbürgermeisterin Volquartz wird in den nächsten Wochen deutlich machen müssen, welche Hausaufgaben sie zur Zukunft des Flughafens außerdem erledigt hat. Der Flughafen braucht ein Konzept für die Zukunft. Dazu gehört auch die künftige Eigentümerstruktur. Deshalb erwarten wir mit Spannung die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Gemeinde Altenholz und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde."

Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 23.03.2006, 11:07 Uhr - 3007 Clicks - Nr. 200

Keine Gefährdung durch Hochspannungsmasten auf Mildstedter Gebiet !

Die Mildstedter SPD-Fraktion stellte einen Dringlichkeitsantrag zur Sitzung der Gemeindevertretung am 12. Dezember 2005. Danach sollten die, in unserer Gemeinde zuständigen, Stromversorger aufgefordert werden, Auskunft über den Zustand der über Mildstedter Gebiet laufenden Freileitungen zu geben.

Die Mildstedter SPD-Fraktion stellte einen Dringlichkeitsantrag zur Sitzung der Gemeindevertretung am 12. Dezember 2005. Danach sollten die, in unserer Gemeinde zuständigen, Stromversorger aufgefordert werden, Auskunft über den Zustand der über Mildstedter Gebiet laufenden

Freileitungen zu geben.

Darauf hin antwortete das für die 20- und 60-kV-Freileitungen zuständige Regionalcenter Schuby der E.ON Hanse sinngemäß: Das im Jahr 2005 grundlegend saniert wurde und auch in diesem Jahr weitere Sanierungen durchgeführt werden. Es werden ständige Kontrollen durchgeführt und auftretende Schäden weiterhin sofort behoben.

Zwar kann auch seitens der E.ON Hanse keine vollkommene Garantie gegeben werden, gegen alle Naturkatastrophen gewappnet zu sein. Sie werden das Ihnen mögliche tun um die Versorgung mit Strom sicherzustellen und die Anlagenteile in einem ordentlichen und sicheren Zustand zu halten. Eine entsprechende Antwort der E.ON Netz, die für die 110-kV Freileitungen zuständig ist steht jedoch zurzeit noch aus

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, Mdl](#) - veröffentlicht am 23.03.2006, 11:10 Uhr - 2180 Clicks - Nr. 201

Einrichtung eines Universitätsrates noch nicht entschieden

In der Aktuellen Stunde führte der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, zum Punkt „Konsequenzen aus der geplanten Einrichtung eines Universitätsrates Schleswig-Holstein“ unter anderem aus:



Zurzeit liegt weder ein Referenten- geschweige denn ein Gesetzentwurf zur Novellierung des Hochschulgesetzes vor. Deswegen gibt es auch noch keine konkrete Beratungsgrundlage über die Einrichtung eines so genannten Universitätsrates.

Ob es überhaupt zu der Einrichtung eines Universitätsrates kommt und wie dann gegebenenfalls seine Kompetenzen und seine Zusammensetzung aussieht, ist zurzeit noch offen. Daher unterstreiche ich noch einmal die für die SPD-Landtagsfraktion wichtigen Elemente einer stärkeren Kooperation unserer Hochschulen:

- Wir sind für eine intensivere Kooperation. Wenn dafür neue Gremien oder Instrumente eingerichtet werden sollen, werden wir unsere Zustimmung davon abhängig machen, ob
 - a) damit eine bessere Effizienz des Einsatzes von Landesmitteln erzielt werden kann,
 - b) die Entwicklung an den verschiedenen Hochschulorten nicht behindert wird und
 - c) die Mitwirkungsrechte der Gruppen der Hochschule nicht beschnitten werden.
- Wir gehen davon aus, dass bei einer künftig besseren Kooperation der Hochschulen auch die Fachhochschulen nicht ausgeblendet werden.

Diese Anforderungen gelten sowohl für den ursprünglichen Vorschlag von Minister Austermann für eine Fusion der Universitäten (Eckpunktepapier) wie auch für den Vorschlag eines Universitätsrates, für den der Minister die Zustimmung der Rektoren bzw. Prorektoren der Universitäten Kiel, Lübeck und Flensburg erhalten hat.

Mit weitgehendem Budgetrecht, Entscheidungskompetenzen bei Strukturentwicklung und der Wahl der Hochschulleitungen würden dem Universitätsrat in diesem Modell Kompetenzen zugewiesen, die mehr oder weniger den faktischen Ergebnissen einer Fusion gleichkommt. Ob so weit reichende Kompetenzen wirklich zielführend sind, wird noch zu diskutieren sein. Die für einen solchen Universitätsrat vorgeschlagene Zusammensetzung wäre unserer Auffassung nach erheblich veränderungsbedürftig. Das betrifft z.B. die Gruppen der Hochschule und die Parität der Standorte.

Es ist heute nicht der Zeitpunkt für konkrete Vorfestlegungen. Unsere Messlatte ist bekannt. Wir werden uns konstruktiv an den Beratungen beteiligen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.03.2006, 17:37 Uhr - 985 Clicks - Nr. 202

Möller zum möglichen Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich:

"Wo ist Frau Volquartz?"

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu dem heutigen Treffen der kommunalen Spitzen in Kiel zur Zukunft des Kommunalen Finanzausgleichs:

"Die schleswig-holsteinischen Städte und Gemeinden versuchen gemeinsam einen Eingriff des Landes in den Kommunalen Finanzausgleich zu verhindern. Dazu nutzen sie auch den Städteverband Schleswig-Holstein. Dessen Vorsitzende ist seit August 2003 Kiels Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU).

Bis heute hat Frau Volquartz nichts unternommen, um dazu beizutragen, den Eingriff des Landes zu verhindern.

Weder hat sie Gespräche dazu geführt, noch sich an Gesprächen und Verhandlungen der kommunalen Familie beteiligt oder Ministerpräsidenten Carstensen und Finanzminister Wiegard (beide CDU) auf die Interessen Kiels hingewiesen. An der heutigen Sitzung des Städteverbandes hat sie nicht einmal teilgenommen, obwohl sie als Vorsitzende eine besondere Verantwortung trägt. Frau Volquartz muss sich entscheiden, ob sie als Kieler Oberbürgermeisterin Politik für Kiel machen oder sich als stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein heraushalten will.

Die Vorgängerin von Frau Volquartz, unsere heutige Fraktionsvorsitzende Cathy Kietzer, hat sich im Jahr 2000 mit den Partnern erfolgreich gegen den damals geplanten Eingriff gewehrt und erreicht, dass die geplanten Kürzungen halbiert wurden. Dieses war nur möglich mit einem Höchstmaß an Engagement und einem gemeinsamen Vorgehen über Parteigrenzen hinweg. Dazu fordern wir Frau Volquartz nachdrücklich auf."

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 24.03.2006, 09:10 Uhr - 1844 Clicks - Nr. 203

SPD: Wie soll die "Skyline" am Segeberger See aussehen ?

Joachim Wilken-Kebeck, Stadtvertreter der SPD im Bau- und Umwelt-Ausschuss, steht allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 30.03. zur Verfügung. Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus in Bad Segeberg statt und Joachim Wilken-Kebeck ist dort während der Sprechstunde unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Die Sprechstunde steht unter dem Thema:

"Wie soll die zukünftige "Skyline" der Stadt Bad Segeberg am Segeberger See aussehen ? Was ist wirtschaftlich ? Was fügt sich harmonisch in die Umwelt ein ? "

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 24.03.2006, 13:08 Uhr - 3091 Clicks - Nr. 204

AfA-Regionalkonferenz Nord in Dötlingen-Niedersachsen

Am Samstag den 18. März 2006 fand die erste Regionalkonferenz in diesem Jahr in Dötlingen bei Bremen im Hotel + Restaurant „Gut Altona“ statt.

REGIONALKONFERENZ AfA-Vertreter diskutieren – Bremens Bürgermeister zu Gast

Die Menschen müssen wieder mehr Geld in die Tasche bekommen



Um über landesübergreifende Themen zu diskutieren, kommen die Bezirke Weser-Ems, Bremen, Hamburg, Nord-Niedersachsen, Braunschweig und Schleswig-Holstein der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD regelmäßig zu einer Regionalkonferenz zusammen.

Am Samstag den 18. März 2006 fand die erste in diesem Jahr in Dötlingen bei Bremen im Hotel + Restaurant „Gut Altona“ statt.

Als prominentesten Redner zum Thema „Dienstleistungsrichtlinie und Port Package II“ hatte der AfA-Bezirk Weser-Ems, Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen gewinnen können. Ebenfalls eingeladen war der hiesige Landrat Frank Eger sowie der Europaabgeordnete Matthias Groote. Unter den rund 60 Konferenzteilnehmern saß auch Bundestagsabgeordneter Holger Ortel.

Landrat Eger bereitete es sichtlich Freude, den AfA-Vertretern vor der eigentlichen Diskussion die Erfolgszahlen „seines“ Landkreises vorzustellen: 135 000 Einwohner habe der Kreis und jedes Jahr kämen 1000 dazu. Dadurch gehöre er zu den drei Kreisen Niedersachsens mit dem größten Bevölkerungszuwachs. Außerdem zähle der Landkreis Oldenburg zu den „Top Ten“ mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten.

Bremens Situation sieht dagegen gänzlich anders aus, wie Böhrnsen berichtete: Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung gebe es über 50 000 Arbeitslose. Dem stehe nach Hamburg der zweitgrößte Bevölkerungsanteil an Einkommens- und Vermögensmillionären gegenüber. „Bremen ist ein gutes Beispiel für die soziale Spaltung in der Gesellschaft“, so Böhrnsen.

Der Bürgermeister, Mitinitiator der neu formierten Metropolregion Bremen-Oldenburg, wusste Landrat Eger hinter seiner Idee, die beiden Oberzentren und ihren umliegenden Raum enger miteinander zu vernetzen. „Wir stehen zur Metropolregion, dazu gibt es keine Alternative“, so Eger. Er bestehe jedoch darauf, dass bei künftigen Gesprächen jede Kommune zwei Vertreter entsenden dürfe.

"Die SPD gewinnt nur wieder an Boden bei den Wählern, wenn sie Arbeitnehmerpolitik macht." Das hat Jens Böhrnsen (SPD), der Präsident des Bremer Senats, am Sonnabend im Hotel "Gut Altona" deutlich gemacht.

"Die Menschen müssen wieder mehr Geld in die Tasche bekommen", so Böhrnsen weiter. Zwischen 1995 und 2004 seien die Reallöhne in den Ländern der Europäischen Union im Durchschnitt um 7,4 Prozent gestiegen, in Deutschland aber um 0,9 Prozent gesunken.

Hart ging Böhrnsen gegen den niedersächsischen Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), dem

Vorsitzenden der Arbeitgeberkommission in den Tarifverhandlungen, vor. "Möllring verhandelt nicht in Richtung eines Kompromisses. Möllring will das nicht, er will die Gewerkschaft Verdi an die Wand fahren", sagte Böhrnsen und erntete den Applaus der knapp 60 Delegierten aus den anwesenden SPD-Bezirken und der niedersächsischen Landtagsabgeordneten Renate Geuter.

Zum Schluß der guten Veranstaltung wurde noch vereinbart, die nächste AfA-Regionalkonferenz im Herbst 2006 in Schleswig-Holstein durchzuführen.

Keine Kommentare

[Lothar Hay, MdL](#) - veröffentlicht am 24.03.2006, 15:29 Uhr - 3819 Clicks - Nr. 205

Lothar Hay: Masterplan für den Norden

Auf der heutigen Landtagssitzung erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD Schleswig-Holsteins Lothar Hay: Norddeutsche Kooperation beschränkt sich nicht auf Hamburg. Herr Wadephul hat bereits darauf hingewiesen, was wir heute gelesen haben:

Die Aussage des Hamburger Bürgermeisters von Beust zum Nordstaat. Ich habe manchmal den Eindruck, dass er in jeder zweiten Rede vom Nordstaat spricht, nur das Handeln seiner Hamburger Senatskollegen ist das Gegenteil davon. Und Napoleon hat ja immer durch außenpolitische Aktivitäten von innenpolitischen Aktivitäten ablenken wollen; vielleicht hat von Beust da einiges gelernt. Wir werden nachher über den Staatsvertrag zwischen Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion in zweiter Lesung beraten: Was die Zusammenarbeit betrifft, sind wir schon viele Schritte weiter als der Antrag der Grünen.

Wir Sozialdemokraten unterstützen diese Zusammenarbeit. Es ist wichtig, aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs in Deutschland und im Hinblick auf internationale Investitionen und Innovationen eine Neuausrichtung vorzunehmen. Aber diese Neuausrichtung ist schon lange geschehen, ich verweise auf die Broschüre des Innenministers

„Schleswig-Holstein – ein starker Partner im Norden“, da steht alles, die die norddeutsche Kooperation betrifft, schon lange drin. Also hätte es dieses Antragesgar nicht bedurft.

Was jetzt – und ich komme zum Masterplan – die Konzentration auf die Metropolregion bedeutet: Natürlich besteht die Gefahr, dass wir zwei isolierte Entwicklungsräume in Schleswig-Holstein bekommen, dass dann vielleicht der Norden gar nicht in dem Maße vertreten wäre. Wir achten schon drauf, so ist es auch in dieser Broschüre nachzulesen, dass in den unterschiedlichen Entwicklungsräumen im ganzen Lande eine positive Entwicklung stattfindet, nicht nur in der Metropolregion. Also brauchen wir keinen Masterplan. Wir sollten uns lieber kritisch beschäftigen mit den Dingen, die der Landesrechnungshof für die bisherige Zusammenarbeit mit Hamburg gesagt hat. Wir müssen kritisch rangehen und erwarten, dass unser Hamburger Partner auch zu einmal gemachten Zusagen steht. Ich betone noch einmal: Norddeutschland, norddeutsche Kooperation beschränkt sich nicht auf Hamburg, sondern gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Hamburg.

Und, Herr Kollege Hentschel, allein die Tatsache, dass der Präsident der IHK zu Kiel einen Masterplan fordert, kann mich in keiner Weise davon überzeugen, dass dieser nötig ist. Der Präsident der IHK hat ja gerade vor wenigen Tagen seine ihm lange zugeordnete Fachkompetenz durch die Forderung nach betriebsbedingten Kündigungen bei Beamten aus meiner Sicht mehr als in Frage gestellt. Ich habe mich ja auch dazu geäußert.

Wenn Sie einen Nordstaat wollen, dann müssen Sie auch die Menschen mitnehmen. Herr Kollege Hentschel, Sie hätten beim letzten Forum des Grenzfriedensbundes dabei sein sollen, als wir einen

Vortrag gehört haben zur emotionalen Bindung der Menschen an ihr Land. Dann hätten Sie diese Dinge auch heute berücksichtigt. Was wir also brauchen, ist eine Verstärkung der Zusammenarbeit insgesamt in Norddeutschland.

Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass wir ab 2007 veränderte Rahmenbedingungen bei der Strukturpolitik der Europäischen Union haben. Da gibt es diesen Paradigmenwechsel, auf der einen Seite die Stärken stärken und auf der anderen Seite dann in den Regionen, die bisher das Geld bekommen haben, ebenfalls

Entwicklungspotenziale nach vorne zu bringen.

Wir brauchen mehr Kooperation im Hochschulbereich, wir brauchen eine Stärkung des Hanse-Office, um noch stärker unsere Interessen in Brüssel zu vertreten. Wir brauchen nicht so einen Club wie Bayern, wir brauchen gut bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort tätig sind, um für Schleswig-Holstein wichtige Dinge herauszuholen.

Wir brauchen also in erster Linie Zusammenarbeit, wir brauchen Vertrauen untereinander und Zusagen, die eingehalten werden. Was wir nicht brauchen, ist ein Masterplan.

Ich freue mich auf die Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss und wäre dankbar, wenn diese Broschüre zur Drucksache gemacht wird, dann können wir jedenfalls sachkundig debattieren.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 25.03.2006, 00:51 Uhr - 8936 Clicks - Nr. 206

Pressekonferenz der SPD Norderstedt am 17.03.2006

Unser Konzept zur Verbesserung der
Kinder- und Familienfreundlichkeit in Norderstedt

Verschiedene Entwicklungen (u.a. der Rückgang der Geburten, der zukünftige Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, die Überalterung der Gesellschaft mit Auswirkung auf Gemeinwesen und Sozialversicherungssystem ...), die auch die Zukunft von Kommunen stark bedingen, beherrschen derzeit die Diskussion.

Untersuchungen zur Zukunftsfähigkeit von Kommunen zeigen u.a. auf, dass Kommunen mit Bevölkerungsrückgang auch für die Wirtschaft an Attraktivität verloren haben und noch verlieren werden.

Eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur ist sowohl für das soziale Gemeinwesen als auch für die Leistungsfähigkeit einer Kommune von hoher Bedeutung. Dabei spielt die Kinder- und Familienfreundlichkeit eine zentrale Rolle.

Die Krise der Kommunen: In Zeiten knapper Kassen kann sich Norderstedt hohe Einnahmeverluste durch den Wegzug von Familien ins Umland nicht leisten. Norderstedt ist eine der wenigen Kommunen, die sogar noch leicht wächst und nicht schrumpft.

Dazu der Norderstedter SPD-Vorsitzende Heiner Köncke:

"Zukunftsfähig ist die Stadt, die hohe Lebensqualität und ein familienfreundliches Umfeld bieten kann. So orientieren sich heute beispielsweise Wirtschaftsunternehmen an kinderfreundlichen Standorten, Kinderfreundlichkeit ist mittlerweile ein harter Standortfaktor geworden.

Wer in diesem Bereich punktet, tut vor allem etwas für junge Frauen. Und die sind nicht nur ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, sondern unter ihnen gibt es auch viele gut qualifizierte Kräfte für den Arbeitsmarkt.

Norderstedt ist gerade dabei diesen Standortvorteil zu verspielen:

Als Folge der Politik der CDU-Mehrheit in der Stadtvertretung, die einen einseitigen Ausbau der

Straßeninfrastruktur vorantreibt und sich auf fragwürdige Großprojekte fixiert, denen sich alle sozialen Themen unterzuordnen haben.

Kinder, Jugendliche und Familien bilden die Basis der Gesellschaft und damit auch der Kommunen. Entsprechend gehört Kinder-, Jugend und Familienfreundlichkeit für uns zu den wesentlichen Zielen kommunaler Arbeit. Ein Beginn, die bestehenden Leistungen auf diesem Gebiet zu verbessern und zu vertiefen, ist die Etablierung unseres Projektes "KinderStadt Norderstedt".

Ansatzpunkt des Projektes ist, Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Norderstedt zu betrachten und Ziele und Projekte gemeinsam anzugehen.

Es gilt, mit Familien und für Familien zu arbeiten und in diesem Sinn gemeinsam die Stadtteile weiter zu entwickeln.

Es geht darum, im Sinne von Bürgerkommunen, zu einem neuen Verständnis des Zusammenwirkens von Bürgerschaft, Politik, Stadtverwaltung, Institutionen und Wirtschaftsbetrieben zu kommen.

"Mit dem Leitbild „KinderStadt Norderstedt“ wollen wir das Bild von einer zukunftsfähigen Stadt beschreiben. Kinder- und familienfreundlichkeit ist ein Querschnittsthema. In unserem Programm werden wir daher in allen wichtigen Bereichen das Thema immer wieder aufgreifen und Zielvorstellungen formulieren.", so Heiner Köncke weiter.

In dem Programmentwurf werden vier Bereiche identifiziert, die nicht nur besonders hohe Wirkung in Sachen Kinderfreundlichkeit entfalten, sondern auch durch die Stadt besonders beeinflussbar sein sollen:

Sport und Spiel

Erziehung und Bildung

Wohnen und soziales Umfeld

Risiken

(relevant sind hier u.a. die Kriminalität, der Straßenverkehr, die Emissionen sowie die Arbeitslosigkeit)

Mit Kernmaßnahmen in jedem Bereich werden die Sozialdemokraten zentrale politische Forderungen verbinden.

Kinder- und familienfreundlichkeit – wie herstellen in Norderstedt?

"Das Thema ist noch nicht in der Kommune verankert, es ist in Norderstedt nicht in ein Gesamtkonzept eingebunden. Eine Zielbestimmung fehlt. Norderstedt hat zwar ein Leitbild als Wirtschaftsstandort, wir aber wollen mit einem Leitbild „KinderStadt Norderstedt“ den Stellenwert von Kinderfreundlichkeit hervorheben und das Thema ganz oben auf der kommunalpolitischen Agenda verankern.

Wenn Norderstedt im Wettstreit um junge Familien wieder Boden gut machen will, ist Geduld unverzichtbar. Das ist eine Aufgabe, für deren Erfüllung Jahre ins Land gehen werden. Ein Grund mehr, sofort anzufangen.", betont der SPD-Vorsitzende.

Am Sonnabend, 25. März ab 10 Uhr veranstaltet die Norderstedter SPD in der De-Gasperi-Passage zwischen Herold-Center und Karstadt einen ersten Informationsstand zum Auftakt ihres Projektes »Kinder- und familienfreundliche Stadt Norderstedt«.

Dort haben alle Norderstedter Bürger Gelegenheit, ihre Meinungen und Ideen zum Thema einzubringen.

Anregungen, Ideen oder Meinungen können per E-Mail an Kinderstadt@wt.net an

oder postalisch an
SPD Norderstedt, Ulzburger Str. 308, 22846 Norderstedt
gesendet werden.

Thematische Internet-Links

- Das SPD-Familienforum mit Materialien und weiteren Link-Hinweisen
www.forumfamilie.spd.de
- Das Deutsche Jugendinstitut mit Datenbanken zur Jugend- und Familienforschung
www.dji.de
- Familienpolitische Seite des BMFSFJ
www.deutschland-wird-familienfreundlich.de
- Überblick über lokale Aktionen für Familien
www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de
- EU-Datenserver mit europäischen Strukturdaten
<http://epp.eurostat.cec.eu.int>
- Das Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung mit wichtigen Demografie-Daten
www.berlin-institut.org
- Das Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock mit interessanten Studien
www.demogr.mpg.de

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 25.03.2006, 14:04 Uhr - 2404 Clicks - Nr. 207

SPD-Engelsby: Oberfläche viel zu weich

Ein Anwohner aus Engelsby machte uns auf den Zustand des Verbindungsweges zwischen Alt-Engelsby und dem familia-Markt am Schottweg aufmerksam.
Die Oberfläche des Weges ist nach Einsetzen des Tauwetters total aufgeweicht, so dass man, egal ob zu Fuß oder per Fahrrad, im aufgeweichten Sand stecken bleibt.
Der Ortsverein Engelsby hat sich die Sache vor Ort angesehen und sich einen Eindruck von dem Zustand des Verbindungsweges verschafft.

Die SPD Engelsby wird sich an den zuständigen Fachbereich wenden und sich für eine Verbesserung der vielgenutzten Wegeverbindung zwischen Alt-Engelsby und dem Schottweg einsetzen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 26.03.2006, 12:26 Uhr - 9619 Clicks - Nr. 208

Schulstandort Kellinghusen

Zu den Aufregungen um die Zukunft des Schulstandortes Kellinghusen äußert sich die SPD-Landtagsabgeordnete **Birgit Herdejürgen**.

Die SPD hält die Gemeinschaftsschule nach wie vor für das Modell der Zukunft. Aus dieser Überzeugung heraus haben wir dieses Thema im Wahlkampf offensiv vertreten. In der großen Koalition ist die Bildungspolitik ein strittiges Thema..

Dennoch konnten wir uns durchsetzen, die Errichtung von Gemeinschaftsschulen in den Koalitionsvertrag aufnehmen. Längeres gemeinsames Lernen ist pädagogisch sinnvoll. Der Zusammenschluss von Schulen wird aber auch helfen, Schulstandorte zu sichern.

Der Koalitionsvertrag ist Richtschnur unseres Handelns. Die Gemeinschaftsschule wird im neuen Schulgesetz stehen. Damit wird den Schulverbänden die Möglichkeit gegeben, bestehende Schulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Die satzungsmäßigen Voraussetzungen können schon jetzt geschaffen werden.

Über die Ausgestaltung des Schulgesetzes werden die beiden großen Fraktionen im Landtag entscheiden. Mit der SPD wird es keine Abkehr von den getroffenen Vereinbarungen geben.

Wenn einzelne CDU-Abgeordnete andere Auffassungen haben, ist das für die Gesamtentscheidung der großen Koalition unerheblich. Ausschlaggebend ist der Koalitionsvertrag.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 26.03.2006, 20:55 Uhr - 9256 Clicks - Nr. 209

Neuer Vorstand in Molfsee - Kombination aus Erfahrung und Generationswechsel

Turnusgemäß fand am 23.3.2006 im Bärenkrug in Molfsee die Jahres-hauptversammlung der SPD Molfsee statt. Neben den aktuellen Themen wie Verwaltungsstrukturreform und Familienpolitik standen auch die Neuwahlen zum Vorstand statt. Bei den Wahlen wurde Ulf Daude (33) zum neuen Vorsitzenden der SPD Molfsee gewählt. Bodo Arlt und Ulrich Lange bleiben dem neuen Vorstand erhalten als stellvertretende Vorsitzende. Die Position der Kassiererin übernimmt Elena Pieper (21) und die des Schriftführers Johann Eggert (22). Zu Beisitzern wurden die "Molfseer Urgesteine" Albert Jeck, Wolfgang Wittenbecher und Uschi Labahn gewählt. Mit diesem neuen Vorstand setzt die SPD Molfsee auf das bewährte Konzept der neuen, gut kehrenden Besen gepaart mit der langjährigen Erfahrung in der Gemeindepolitik.

Ein kleiner Wehmutstropfen ist der geringe Anteil von Frauen im neuen Vorstand. Hier eine Veränderung zu erreichen wird eine der Hauptaufgaben des neuen Vorstands werden - besonders im Hinblick auf die nächste Kommunalwahl.

Hier möchten wir möglichst viele weibliche Kandidaten aufstellen.

Als weitere Arbeitsschwerpunkte hat sich der neue Vorstand ein Gelingen der Verwaltungsstrukturreform und somit eine Fusion der Ämter Flintbek und Molfsee auf die Agenda gesetzt. Es darf nicht sein, dass in einem kleinen Land wie Schleswig-Holstein mit dieser prekären Finanzlage nicht alles daran gesetzt wird, die Verwaltung zu verschlanken und effektiver zu machen. Dabei hat die SPD Molfsee überhaupt kein Verständnis für die Postensicherungspolitik der CDU. Es darf nicht im Vordergrund stehen, möglichst viele hauptamtliche Stellen für altgediente Leute zu erhalten! Die

Verwaltung muss den Bürgerinnen und Bürgern so günstig und effizient wie möglich dienen und die Aufgaben bearbeiten und bezahlen, die die Bürgerinnen und Bürger brauchen - nicht umgekehrt!

Die SPD Molfsee wird sich auch der KiTa-Problematik wieder verstärkt annehmen. Da wir schon seit

Jahren Möglichkeiten und Maßnahmen fordern, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich zu verbessern und für jedes Kind einen möglichst kostenlosen Kindergartenplatz zu stellen, sind wir sehr erfreut, dass diese Einsicht auch bei der CDU eingekehrt ist - zumindest im Bund. Wir werden nun wieder mit aller Kraft die Arbeit an diesem Thema vorantreiben.

Zur Diskussion und Mitarbeit möchten wir gerne auch alle Molfseer Bürgerinnen und Bürger einladen. Ansprechpartner, Veranstaltungen und Treffen werden regelmäßig auf unserer Homepage www.spd-molfsee.de veröffentlicht.

Ulf Daude (daude@spd-molfsee.de)

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 26.03.2006, 23:28 Uhr - 7536 Clicks - Nr. 210

MdB Sönke Rix: Das Bundesumweltministerium gibt Entwarnung

Zur Diskussion über die angebliche Gefährdung der zivilen Anschlussnutzung von Bundeswehrstandorten erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Sönke Rix: Bebaute Kasernenflächen, wie die Liegenschaft Carlshöhe in Eckernförde, kommen als nationales Naturerbe nicht in Betracht. Dies ist das Ergebnis eines Gespräches, das der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix am 22.3.06 mit dem stellv. Leiter der Abteilung Naturschutz im Bundesumweltministerium geführt hat.

Das zweite für den Kreis Rendsburg-Eckernförde wichtige Ergebnis: Für das Nationale Naturerbe stehen so viele Flächen zur Verfügung, dass auch nicht daran gedacht ist, ehemalige Bundeswehrliegenschaften einzubeziehen, für die eine sinnvolle wirtschaftliche Nutzung – wie z.B. die Errichtung eines Campingplatzes – möglich ist. Dazu werden ab dem 6. April noch die Landesumweltministerien einbezogen. Das heißt, die Landesregierung ist in dieser Frage beteiligt und hat alle Karten in der Hand. Vor diesem Hintergrund ist die Panikmache des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Austermann umso unverständlicher. Nicht „Berlin“ verschreckt potenzielle Investoren, wie Austermann behauptet, sondern er selbst hat dem Land mit seinen Einlassungen einen Bärendienst erwiesen.

Zum Hintergrund:

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, will die Bundesregierung zwischen 80.000 und 125.000 Hektar Bundeseigentum als „gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen“ in eine Bundesstiftung einbringen oder an die Bundesländer übertragen. Formal müssen dafür alle dem Bund gehörenden Flächen – und damit auch alle ehemaligen Bundeswehrstandorte – vor dem Verkauf an private Nutzer auf ihre Naturschutzrelevanz hin überprüft werden.

Rendsburg, 22.03.2006

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 27.03.2006, 15:02 Uhr - 4805 Clicks - Nr. 211

Schülerzahlen in Trave Schule steigen

MdL Astrid Höfs und Otto Marquardt: Kreis sollte sich am Nachmittagsangebot beteiligen
Schulleiter Peter Sester stellte Astrid Höfs (SPD) und dem SPD-Vorsitzenden Otto Marquardt aus Bad Segeberg den genehmigten Anbauplan für die Trave Schule vor.

Zur Zeit besteht von den Schülerzahlen her ein erhöhter Raumbedarf. 87 Schüler und Schülerinnen besuchen aktuell die Trave Schule. 25% der Kinder sind mehrfachbehindert. 13 neue Schüler und Schülerinnen werden im nächsten Schuljahr aufgenommen, aber nur 3 entlassen werden.

„In dieser Spezialschule können an die Fähigkeiten der behinderten Kinder angemessene Angebote gemacht werden. Das gelingt besser als in der Regelschule“, erläutert Peter Sester den beiden Politikern. Gute Erfahrungen wurden allerdings auch mit den Integrationsmaßnahmen in den Grundschulen gemacht.

Die Traveschule ist inzwischen anerkannte Offene Ganztagschule und bietet ihren Schülern und Schülerinnen interessante Nachmittagsangebote. Sehr beliebt ist die Fußball AG. Aber auch Kunstgruppen, Tanz AG und Musikgruppen stehen auf dem Programm.

Leider hat die Mittelzentrumsholding im vergangenen Jahr die Eintrittspreise für die Schwimmbäder erhöht. Das verteuert den Schwimmunterricht für die Kinder deutlich, bedauert der Schulleiter. Der enge Kontakt zur ERGON Schule bereichert die Arbeit mit den Kindern. Und auch die gemeinsamen Praxistage mit den Forstwirten bringen Abwechslung in den Schultag. In die Waldpflege können die Schüler und Schülerinnen sich gut einarbeiten.

Die Sparmaßnahmen des Kreises Segeberg sind in der Trave Schule natürlich auch zu merken. Die Zuschüsse für das Mittagessen wurde gekappt. Folge: Viele Eltern haben ihre Kinder abgemeldet. „Das ist sehr bedauerlich“, so Höfs und Marquardt. „Schade, dass die Eltern das Mittagessen für die Kinder offensichtlich für unwichtig halten.“

In der unteren Mittelstufenklasse wird gerade am Thema Feuerwehr gearbeitet als Schulleiter Peter Sester, Astrid Höfs und Otto Marquardt am Unterricht teilnehmen. Lehrerin Marit Jensen erarbeitet mit den Kindern gerade anhand eines Kaminfeuervideos die Merkmale für ein Feuer. Dann klebt jedes Kind nach eigenen Erkenntnissen ein Feuerbild und erklärt in der anschließenden Runde sein eigenes Kunstwerk, das wie die anderen später zu einer Ausstellung zusammengestellt wird.

Landtagsabgeordnete Astrid Höfs und Otto Marquardt zeigen sich stark beeindruckt von der Qualität und der Mitarbeit der Kinder am Unterricht.



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 27.03.2006, 15:45 Uhr - 1277 Clicks - Nr. 212

Möller und Fischer zur Zukunft der Kieler Müllverbrennung:

Kieler SPD entscheidet am 18. April - Todeskino ohne Meinung?

Zu der möglichen Erweiterung der Kieler Müllverbrennungsanlage äußern sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller und der Kreisvorsitzende der Kieler SPD Rolf Fischer heute :

"Die wichtige Entscheidung von kommunaler und landesweiter Bedeutung über den Ausbau der Kieler Müllverbrennung wird die Kieler SPD am 18. April auf einem Sonderparteitag treffen. Inzwischen liegen alle notwendigen Daten und Fakten vor. Der Termin ergibt sich aus unseren Ladungsfristen."

"Nach den Erfahrungen der bisherigen Gespräche erwarten wir auf dem Parteitag eine sachliche und verantwortungsbewusste Diskussion. Dabei geben wir den Pro- und Contra-Positionen Raum und entscheiden dann", so Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

SPD-Fraktionsvize Möller weiter: "Während die CDU sich bereits früh festgelegt hat, haben wir ganz bewusst zunächst eine parteiinterne Debatte mit Fachleuten von außen und Betroffenen vor Ort geführt. Jetzt können wir entscheiden. Die grüne Partei hat trotz Parteitags immer noch nicht entschieden. Die Vermutung, dass die ungeklärte "Personalie Pasternak" der Grund dafür ist, ist nicht widerlegt. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass der Umweltdezernent Todeskino sich bis heute nicht zu dieser Frage geäußert hat. Er ist völlig abgetaucht und hat zu der Erweiterung keine Meinung."

Kommentar von [Björn Sander](#) vom 29.03.2006, 13:04 Uhr:

RE:Möller und Fischer zur Zukunft der Kieler Müllverbrennung

Liebe Herren Möller und Fischer! Momentan ist die eigene Meinungsbildung in der SPD nicht abgeschlossen, es wird bis dahin noch 3 Wochen dauern. Eine Zeitspanne, die Sie in Ihrer Güte vielleicht auch Herrn Todeskino einräumen. MfG

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 27.03.2006, 16:53 Uhr - 1750 Clicks - Nr. 213

Beachtenswerte Vorschläge der Fachhochschule Kiel

Zur heutigen Pressekonferenz des Rektors der Fachhochschule Kiel, Prof. Dr. Constantin Kinias erklärte der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

„Ich begrüße es sehr, dass die Diskussion um die Novellierung des neuen Hochschulgesetzes durch einen konstruktiven Beitrag von Senat und Rektorat der Fachhochschule Kiel bereichert wird. Auch aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion sind die Stärkung der Fachhochschulen und die Wahrung der hochschulinternen Demokratie Kernpunkte, auf die wir bei der Verabschiedung des endgültigen Gesetzestextes großes Gewicht legen werden.“

Weber verwies darauf, dass nach der Einbringung eines Regierungsentwurfes in den Landtag Gelegenheit für alle Beteiligten sein wird, ihre Vorstellungen für ein neues Hochschulgesetz einzubringen.

„Kein Gesetz kommt so aus dem Parlament heraus, wie es hineingegangen ist!“

Keine Kommentare

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 27.03.2006, 22:14 Uhr - 4472 Clicks - Nr. 214

Neuer Vorstand der SPD-Wilster

Am letzten Freitag wählten die Wilsteraner Sozialdemokraten auf ihrer Jahreshauptversammlung die dreißigjährige Hauptschullehrerin Natascha Böhnisch zu ihrer neuen Vorsitzenden. Bei den Vorstandswahlen wurden Kirsten Hillebrecht-Kahl zur stellv. Vorsitzenden, Horst Langer zum stellv. Vorsitzenden, Carsten Schröder zum Kassenwart, Bernd Schwutzke zum Schriftführer und Robert Friedrichs, Eike Starck und Ann-Christin Martensen zu Beisitzern gewählt oder im Amt bestätigt. Der bisherige Vorsitzende Manfred Schmiade konnte in der Gaststätte „Zum Landhaus“ zahlreiche Mitglieder und als Gäste den SPD-Kreisvorsitzenden Rudolf Riep sowie den Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen begrüßen. Zu Beginn gedachte die Versammlung der kürzlich verstorbenen langjährigen Mitglieder Anke Selck und Willi Siedenburg sowie des früheren Bundespräsidenten Johannes Rau. MdB Jörn Thießen berichtete über seine Bundestagsarbeit und erklärte, dass er dagegen sei, 500 Bundeswehrsoldaten in den Kongo zu schicken. Er sah hierfür keinen Grund und befürchtete, dass der Kongo ein Dauer-Einsatzort werden könnte. Hierfür hätte die Bundeswehr in Anbetracht vieler internationaler Aufgaben zu wenig Soldaten. Er appellierte an die Mitglieder sich nicht von den schlechten SPD-Umfragewerten verunsichern zu lassen. Diese würden sich ohnehin bald bessern,

wenn die Bürgerinnen und Bürger erkennen würden, dass die rot-grünen Reformen allmählich greifen und dazu beitragen, die Konjunkturlage zu verbessern. Die Bundeskanzlerin werde sich langfristig auch um Innenpolitik kümmern müssen. Thießen sprach abschließend über die Förderalismusreform, die unbedingt gelingen müsse, damit es zu gerechteren Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern komme.

Otto Andresen wurde für 40-jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Manfred Schmiade bezeichnete ihn als besonderes Markenzeichen der Wilsteraner SPD. Er war viele Jahre Ratsherr und Stadtrat und habe sich immer verantwortungsbewusst und fleißig für die Ziele der SPD eingesetzt. In den vergangenen Wahlkämpfen habe er stets den größten Arbeitsanteil gehabt. Otto Andresen gab einen interessanten Rückblick über seine langjährige Parteiarbeit.

In seinem Jahresbericht ging Schmiade auf zahlreiche Aktivitäten des Ortsvereins ein. Nach einem harten Landtagswahlkampf habe man wenige Monate später bereits einen Bundestagswahlkampf gehabt. Man habe mehrere Diskussionsabende mit Heide Simonis, Claus Möller, Cornelia Sonntag, Helmut Jacobs und Jörn Thießen veranstaltet. Sicherheits- und Bildungspolitik seien die Schwerpunktthemen gewesen. Man sei viele Male auf dem Wochenmarkt präsent gewesen und habe auch Veranstaltungen geselliger Art durchgeführt. Manfred Schmiade wollte aus persönlichen Gründen nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden kandidieren. Er erhielt von Kirsten Hillebrecht-Kahl für seine lange Arbeit einen Blumenstrauß.

In seinem Fraktionsbericht ging Helmut Jacobs auf laufende Projekte in Wilster ein.

Sorge bereite die Finanzsituation der Stadt. Trotz leerer Kasse sei man gezwungen, mehrere Investitionen zu tätigen. Die Sanierung der Schleuse in Kasenort müsse zu Ende gebracht und das Menckestiftgebäude müsse dringend saniert werden. Weiterhin müssten die alten Klärwerksbauten verschwinden und die Turnhalle müsse ersetzt werden. Die jetzt bevorstehende Saunaerneuerung im Hallenbad sei bereits 2002 von der SPD-Mehrheit auf den Weg gebracht worden und wäre schon mehrere Jahre erledigt, wenn die CDU-Mehrheit nicht mit Zuschussversprechungen, die nicht erfüllt wurden, Wahlkampf gemacht hätte.

Jacobs erinnerte daran, dass sich die Sozialdemokraten frühzeitig für den Erhalt des Wasserwerks Kleve ausgesprochen hätten. Das Klever Wasser bedeute für Wilster ein Stück Lebensqualität. Wenn auch klar sei, dass der Wasserbeschaffungsverband (WBV) sein Wasser künftig aus wirtschaftlichen Gründen aus Wacken beziehen möchte, so könne man vom WBV erwarten, dass er bei den Rückbauinvestitionen finanziell helfe, damit für die Wilsteraner das Wasser nicht teurer werde. Er könne sich nicht vorstellen, dass sich die Wilsteraner bei der geplanten Umfrage für den Erhalt des Wasserwerks aussprechen, wenn die Wasserkosten ansteigen würden. Die Bürger seien durch höhere Gas- und Strompreise finanziell bereits stark belastet. Zufrieden äußerte sich Jacobs über das Zusammenwachsen der Verwaltungen. Der Informationsfluss zur Fraktion sei nie so gut gewesen. Carsten Schröder gab den Kassenbericht und musste einräumen, dass die Ausgaben im letzten Jahr um 600 € höher waren als die Einnahmen. Dafür seien zwei Wahlkämpfe verantwortlich. Er bedauerte, dass aufgrund von Todesfällen und mehrerer Austritte wegen der Bundespolitik der Ortsverein auf 70 Mitglieder geschrumpft sei. Uwe Martensen hatte gemeinsam mit Christa Pries die Kasse geprüft, Er beantragte die Entlastung des Vorstandes, die dann einstimmig erteilt wurde. Nach den Vorstandswahlen, der Wahl der Delegierten für den Kreisparteitag und der Wahl von Renate Hilgers zur Kassenprüferin schloss die neue Vorsitzende Natascha Böhnisch die Versammlung.

Auf dem Foto von links: Ann-Christin Martensen, Kirsten Hillebrecht-Kahl, Rudolf Riep, Bernd Schwutzke, Natascha Böhnisch, Carsten Schröder, Horst Langer, Robert Friedrichs, Eike Starck, Jörn Thießen, Helmut Jacobs

Kommentar von [Jürgen Klein](#) vom 02.04.2006, 16:40 Uhr:

RE: Neuer Vorstand der SPD-Wilster

Liebe Natascha, herzlichen Glückwunsch zur Wahl und viel Kraft für das neue Amt wünscht der OV Hohenlockstedt.

Beitragsfreie Kinderbetreuung - Rendsburger SPD lässt nicht locker

In dem Anliegen Kindern in Rendsburg eine kostenfreie Betreuung zu ermöglichen lässt die Rendsburger SPD nicht locker. Auf Bundesebene haben sich sowohl die Familienministerin Ursula von der Leyen als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel für die beitragsfreie Kinderbetreuung ausgesprochen. Bei der Rendsburger CDU stieß der Vorschlag der Rendsburger Sozialdemokraten jedoch auf Ablehnung. Aus diesem Grunde haben sich der Ortsvereinsvorsitzende Helge Hinz und die Vorsitzende der Rathausfraktion Karin Wiemer-Hinz in einem Offenen Brief an Angela Merkel gewandt.

Der Brief lautet:

Sehr geehrte Frau Parteivorsitzende Dr. Merkel,
der Berichterstattung vom Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern haben wir entnommen, dass Sie sich dort sehr vehement und engagiert für Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung in Tagesstätten eingesetzt haben. Wir haben Ihre Aussagen als sehr richtig empfunden. Sie decken sich natürlich auch mit der Position der Bundesregierung, die unter Ihrer Führung richtige und wegweisende Beschlüsse in Sachen Kinderbetreuung gefasst hat. Wir unterstützen Sie ausdrücklich in Ihrer Initiative! Wir müssen angesichts der demographischen Entwicklung umsteuern und etwas für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternehmen. Jungen Familien muss in Deutschland die Kinderbetreuung erleichtert werden. Unsinnige finanzielle Hürden gehören beseitigt.

Die Rendsburger SPD sieht es nun als ihre Aufgabe an, vor Ort die Voraussetzungen für die Beitragsfreiheit zu schaffen. Wir wollen zügig handeln und nicht einen langwierigen Abstimmungsprozess zwischen Interessenvertretern von Bund, Land und Kommunen abwarten. Wir glauben, dass eine für richtig befundene Sache nicht daran scheitern darf, dass sich niemand für zuständig erklärt. So hat die Rathausfraktion in die politischen Gremien der Stadt einen Antrag eingebracht, die Betreuung in Kindertagesstätten in Rendsburg zukünftig beitragsfrei zu machen. Wir gingen davon aus, dass dieses Ansinnen parteiübergreifend unterstützt wird. Leider ist das neue Denken einer großen Koalition aber noch nicht auf der kommunalen Ebene angekommen. Ausgerechnet Vertreter Ihrer Partei haben unsere Bemühungen abgelehnt und sich gegen eine Beitragsfreiheit ausgesprochen.

Wir würden uns freuen, wenn auch die Rendsburger CDU Ihren auf dem o.g. Parteitag formulierten familienpolitischen Vorstellungen folgen würde und wir uns in Rendsburg gemeinsam für eine beitragsfreie Kinderbetreuung einsetzen könnten.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung.

Keine Kommentare

Kietzer zur Ausschreibung Protonentherapiezentrum (PTZ): Land liegt im Zeitplan

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion erklärt zur heutigen Kabinettsentscheidung, das PTZ europaweit auszuschreiben:

"Die schnelle Kabinettsentscheidung verdeutlicht das gemeinsame Interesse von Stadt und Land, das PTZ in Kiel anzusiedeln.

Mit ihrer heutigen Entscheidung zur europaweiten Ausschreiben für das PTZ entspricht die

Landesregierung dem engen Zeitraster. Das UKSH rechnet mit einer Bauzeit für das PTZ von ca. 3 Jahren. Der Bebauungsplan sieht eine Größe des Baufeldes von 126 m x 50 m mit einer möglichen Gebäudehöhe von 18 m vor."

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 28.03.2006, 20:23 Uhr - 2397 Clicks - Nr. 217

SPD-Engelsby: Aufhebung der Einbahnstraßenregelung ist möglich

Die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung in der Richard-Wagner-Straße war Thema einer Bürgerversammlung in der Pausenhalle der Grundschule Engelsby. Der Einladung folgten ca. 30 interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Herr Gunther Vandeck vom Fachbereich 5 stellte die derzeitige Verkehrssituation in Engelsby dar.

Nach neuesten Erhebungen befahren heute nur noch ca. 1100 Fahrzeuge pro 24 Stunden die Richard-Wagner-Straße. Eine Aufhebung der Einbahnstraßenregelung würde ca. 200 Fahrzeuge zusätzlich bedeuten. Herr Gunther Leiser vom Fachbereich 5 zeigte eine mögliche Variante auf. Die Aufhebung der jetzigen Regelung würde den Wegfall des Radweges auf der Fahrbahn und die Freigabe für ein versetztes Parken auf beiden Fahrbahnseiten bedeuten.

Die zahlreichen Einwände und Bedenken, aber auch die Stimmen der Befürworter der vorgeschlagenen Änderung wurden schriftlich festgehalten. Diese werden dann mit in den endgültigen Entscheidungsprozess einfließen.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 29.03.2006, 08:56 Uhr - 2460 Clicks - Nr. 218

Neutralitäts-Klausel ist richtig

Zu der Klausel im Schulgesetzentwurf, die religiöse und weltanschauliche Neutralität der Lehrkräfte „auch durch ihr äußeres Erscheinungsbild“ festschreibt, erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Die weltanschauliche und religiöse Neutralität im Unterricht in Meinung und Erscheinung ist richtig und wichtig. Sie gilt für alle Fächer mit Ausnahme des Religionsunterrichts. Damit werden religiöse Demonstrationen, wie sie zum Beispiel ein Kopftuch darstellen kann, in den nicht religiösen Unterrichtsfächern verhindert. Diese Regelung schafft seitens der Schule in allen Fächern außer dem Religionsunterricht die notwendige Objektivität bei der Vermittlung von Inhalten.

Die Neutralitätsformel ist keinerlei Absage an die Vermittlung christlicher Werte in und durch die Schule. Ganz im Gegenteil: Kirchen und Religionslehrkräfte sind aufgefordert, dem Religionsunterricht neue Attraktivität zu geben, damit er an zusätzlicher Bedeutung gewinnt. Dies ist der richtige Weg, christliche Werte und Inhalte direkt und offen zu vermitteln. Damit schafft die Neutralitätsklausel auch den Kirchen die notwendige Sicherheit, dass im Unterricht nicht abseitige oder gar falsche christliche Werte an die Schüler weitergegeben werden.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 29.03.2006, 09:01 Uhr - 2740 Clicks - Nr. 219

Jürgen Weber und Rolf Fischer: Protonen-Therapiezentrum: Riesenchance für Kiel

Zur heutigen Kabinettsentscheidung zur europaweiten Ausschreibung des Protonen-Therapiezentrum (PTZ) erklären die beiden Kieler Landtagsabgeordneten Rolf Fischer und Jürgen Weber:

Mit der Entscheidung hat das Land die Voraussetzungen für eine Stärkung der Stadt Kiel geschaffen. Das PTZ, das auch Patienten aus Skandinavien in die Landeshauptstadt bringen wird, lässt die Stadt noch stärker zu einem Zentrum der Medizin und Wissenschaft werden.

Mit der Kabinettsentscheidung ist damit auch eine positive Vorentscheidung zur Finanzierung gefallen. Wir begrüßen es außerordentlich, dass das Zentrum nicht nur über Kredite, sondern auch durch private Sponsoren finanziert wird. Gerade in der finanziellen Frage ist höchste Transparenz erforderlich.

Wir gehen davon aus, dass die bau- und planungsrechtlichen Voraussetzungen und die endgültige Standortentscheidung in Kiel so schnell wie möglich von der Stadtverwaltung erledigt und in der Ratsversammlung beschlossen werden.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 30.03.2006, 12:14 Uhr - 6732 Clicks - Nr. 220

MdB Sönke Rix: Höhere Geburtenrate beginnt im Kopf

In jeder Gesellschaft gibt es Schwierigkeiten und akute Probleme. Manche pflegen sich zu wiederholen, die anderen wirken eher neu und unerwartet. Das Problem der niedrigen Geburtenrate ist für unsere moderne Gesellschaft allerdings weder neu noch unerwartet. Es hat viele Ursachen. Die erste Ursache ist mit der Ausbildung verbunden. Lange Studienzeiten, später Übergang in die Arbeitswelt und das damit verbundene niedrige Einkommen halten die jungen Leute bis zu einem Alter von 30 Jahren oder noch länger von einer Familiengründung fern. Zweitens gibt es zurzeit bei weitem nicht ausreichend Institutionen, die Eltern entlasten und Möglichkeiten der Kinderbetreuung anbieten. Die dritte – merkwürdige – Ursache ist eine relativ hohe Lebensqualität. Man ist gegen die meisten Lebensrisiken versichert und braucht keine große Nachkommenschaft mehr, um die eigene Zukunft dadurch zu sichern.

Das schließt trotzdem eine weitere Ursache nicht aus: Zukunftsangst. Dazu gehören zunehmende Globalisierung, schwer lösbare Umweltprobleme, Terrorismus und Gewalt in der Gesellschaft, Arbeitslosigkeit und Kürzung von Sozialleistungen. Potentielle Eltern fragen sich immer wieder: In was für einer Welt wird mein Kind leben? Ob ich genug verdienen kann, um Kinder großzuziehen?

Die Auswirkungen sind schon sichtbar: Bevölkerungsüberalterung, Fehlen von Arbeitskräften, Schulschließungen, leere Universitäten. Diese Situation wäre kurzfristig nicht einmal durch eine öffnende Einwanderungspolitik zu lösen. Umfassende Reformen sind notwendig und dürfen nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Zur Lösung sind unterschiedliche Ansätze denkbar. So kann man zum Beispiel über eine finanzielle

Unterstützung von Studenten mit Kindern nachdenken sowie über den Ausbau zusätzlicher kostenloser Kindereinrichtungen. Weiterhin sollte darüber nachgedacht werden, den Kündigungsschutz von Mitarbeitern mit Kindern in der Arbeitsgesetzgebung zu verankern.

Drittens sollte schnellstmöglich die Kindergeldpolitik überdacht und eine neue, ebenfalls verfassungsgemäße Lösung gefunden werden. Eine interessante Variante wäre es, gezielt kinderreiche Arbeitnehmer finanziell zu unterstützen bzw. zu fördern.

Aber es gibt auch ein Familienbild jenseits des Portmonees. Wer Familie und die Anreize zur Gründung von Familien immer nur auf das Finanzielle reduziert, springt zu kurz. Der Zusammenhalt und die Geborgenheit, die eine Familie bietet, lassen sich nicht erkaufen.

Der Weg aus der niedrigen Geburtenrate führt nur über kinder- und familienfreundliche Politik und muss jenseits der Frage, ob das Kindergeld noch einmal um 10 oder 30 Euro erhöht wird, in den Köpfen derer ankommen, die jetzt nach dem Generationenvertrag an der Reihe wären, eine neue Generation in die Welt zu setzen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.03.2006, 07:40 Uhr - 1104 Clicks - Nr. 221

Wagner zur Nutzung von Stattauto durch die Stadt: Der Anfang ist gemacht!

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner erklärt:

"Es ist erfreulich, wenn die Stadt durch die Kooperation mit einem Kieler Car-Sharing-Unternehmen neue Wege beschreitet und dadurch die Umwelt entlastet sowie das Haushaltsdefizit verringert wird. Noch ist die Zahl der Car-Sharing-Betriebe in Kiel überschaubar. Bei der Kooperation muss die Stadt zunehmend mögliche Wettbewerbsfaktoren beachten. Zur Zeit ist in Kiel nur Stattauto als Kooperationspartner am Markt. Dies mag sich in Zukunft anders darstellen. Deshalb muss die Stadt bedenken, dass zum Beispiel öffentliche Stellplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge nicht allein einem Unternehmen zur Verfügung gestellt werden."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.03.2006, 07:45 Uhr - 2011 Clicks - Nr. 222

Alte Meierei - ein Projekt für die InBA 2008

Die stellvertretende baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück und der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner erklären:

"Die Alte Meierei und ihre Besucher brauchen eine Perspektive. Deshalb muss die Stadt wieder in Gespräche mit dem Kulturzentrum eintreten. Die Stadt ist Eigentümerin und Vermieterin, sie muss ihren Pflichten nachkommen.

Lange Zeit hat die Verwaltung ja so getan, als wäre alles in Butter. Doch die jetzige Initiative der Bewohner zeigt, dass die alten Probleme immer noch ungelöst sind. Die Forderung nach einer ökologisch und ökonomischen Heizanlage ist mehr als legitim. Es ist skandalös, dass die Grünen und der grüne Baudezernent ernsthaft die Installation von energiefressenden Elektroradiatoren beabsichtigen.

Bürgermeister Todeskino sollte stattdessen die Alte Meierei und ihre energetische Sanierung in die Bauausstellung Kiel 2008 aufnehmen. Bekanntermaßen gibt es dabei eine günstige Finanzierung der Maßnahmen über Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau."

Kommentar von [lennart.orth](#) vom 18.04.2006, 14:38 Uhr:

RE:Alte Meierei - ein Projekt für die InBA 2008

hallo, frage1: ist das die offizielle meinung der spd/kiel oder zwei persoenliche/private aussagen?

frage2: "InBA" - ist ein Firma zur Arbeitssicherheit? Inwiefern ist denn die AlteMeierei ein Projekt fuer diese (oder eine andere) Firma? mfg, l.orth

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.03.2006, 07:47 Uhr - 1058 Clicks - Nr. 223

Versuch schwarz-grüner Parteienprofilierung schadet

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu dem Ansinnen von CDU und Grünen, eine Verwaltungsregion ohne Neumünster anzustreben:

"CDU und Grüne düpieren mit ihrem Ratsantrag Neumünster. Sie erwähnen diesen wichtigen Partner der Stadt in der K.E.R.N. - Region und einer möglichen Verwaltungsregion nicht. Neumünster bildet das Scharnier von K.E.R.N. in das Hamburger Umland und würde ein wichtiger Bestandteil einer gemeinsamen Verwaltungsregion sein.

Für die SPD-Ratsfraktion ist entscheidend, dass in der kommunalen Verwaltungsregion Synergien und Einsparungen erzielt werden. Dazu ist die Zusammenführung von Aufgaben und Personal in der Verwaltungsregion unerlässlich, um mittelfristig den städtischen Haushalt zu entlasten. Die Ablehnung einer neuen Verwaltungsebene durch schwarz-grün steht dazu im Widerspruch - und übrigens auch zu der im Koalitionsvertrag der schleswig-holsteinischen CDU und der schleswig-holsteinischen SPD vereinbarten Vorgehensweise zur Verwaltungsreform.

Unverständlich, dass sich die Kieler CDU-Ratsfraktion gegen die eigene Landesregierung bei der Verwaltungsstrukturreform wendet.

Wegen dieser Defizite und der Weigerung von CDU und Grünen, Neumünster in den Antrag aufzunehmen, hatte die SPD-Fraktion es abgelehnt, diesen Antrag interfraktionell mit zu tragen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 01.04.2006, 20:58 Uhr - 1202 Clicks - Nr. 224

Kieler Promis engagieren sich für die VHS

"Ein toller Einsatz für unsere Volkshochschule" freut sich SPD-Ratsherr Cai-Uwe Lindner über die Bereitschaft von Ratsmitgliedern, Stadträten und Verwaltungsangehörigen die Kieler VHS mit einer eigenen Vortragsreihe zu unterstützen. Lindner hatte im Dezember 2005 während der Haushaltsberatungen 2006 seine Ratskolleg/innen dazu aufgefordert.

Künftig werden die Stadtvertreter/innen immer Mittwochs ab 19.00 Uhr wöchentlich vom 5. April 2006 bis zur Kieler Woche im Kulturforum / Neues Rathaus zu ausgewählten Themen mit hinter sinnigen Beiträgen referieren und mit den Besuchern diskutieren. Die Veranstaltungsreihe eröffnet Cathy Kietzer, Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, am 5. April 2006. Ihr Thema lautet : "Kiel zwischen Danebrog und Hot-Dog - Dänische Einflüsse in der Landeshauptstadt Kiel".

Der Eintritt zu den Veranstaltungen beträgt 5,00 € (ermäßigt 3,00). Die Referenten verzichten auf ihre Honorare. Alle Einnahmen kommen der VHS direkt zu Gute.

Nachfolgend die vollständige Programmübersicht für diese Veranstaltungsreihe

5. April 2006 Ratsfrau Cathy Kietzer

> Kiel zwischen Danebrog und Hot-Dog < Dänische Einflüsse in der Landeshauptstadt Kiel

12. April 2006 Stadtrat Gert Meyer

> Malen nach Zahlen - Kulturpolitik im Spiegel des Haushalts <

19. April 2006 Ratsherr Lutz Oschmann

> Flughafen, Seehafen, Ostuferhafen, Bootshafen - wir haben genug! <

26. April 2006 Ratsherr Alexander Möller

> Der Flughafenmanager - eine Einführung in das beliebte Computerspiel <

3. Mai 2006 Ratsfrau Erika Diehr

> Endorphine und Adrenalin - Der Kick beim Shopping <

10. Mai 2006 Ratsherr Wolf-Dietmar Brandtner

> Krötenwanderung < Ökologische Betrachtungen zu Jack Kerouacs Kultroman "On the road"

17. Mai 2006 Bürgermeister Peter Todeskino

> Wir bauen das neue Kiel - Sandkistenprojektionen aus Kinderhand <

24. Mai 2006 Ratsherr Cai-Uwe Lindner

> Aus der Ferne betrachtet sind die Probleme ganz klein < Philosophische Einsichten eines Hinterbänklers

31. Mai 2006 Ratsherr Rainer Pasternak

> Debattierkunst im Ehrenamt - Redezeit nutzen und Geduld strapazieren <

7. Juni 2006 Ratsherr Henning Nawotki

> Das kleine Einmaleins der Haushaltsleere <

14. Juni 2006 Ratsfrau Ingrid Lietzow und Frauenbeauftragte Annegret Bergmann

> Kieler Woche gegen den Mainstream - Echte Kerle braucht die Stadt <

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 02.04.2006, 17:46 Uhr - 2407 Clicks - Nr. 225

SPD-Engelsby: Grünflächen im unansehnlichem Zustand

In einer Zuschrift erhielten wir den Hinweis auf die sehr ungepflegten Grünflächen in der Max-Reger-Straße.

Bemängelt wird das Beet an der Parkbucht, gleich zu Beginn der Straße und das unbebaute Eckgrundstück Max-Reger-Straße / Merkurstraße (Foto).

Auf den genannten Flächen steht das Unkraut zum Teil 60 cm hoch. Die Büsche müssen geschnitten und das Beet ggf. neu bepflanzt werden.

Der für die Grünpflege zuständige Fachbereich wurde von uns angeschrieben und gebeten, die besagten Flächen wieder in einen ansehnlichen Zustand zu bringen.

Vielen Dank für den Hinweis.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 03.04.2006, 09:39 Uhr - 10717 Clicks - Nr. 226

Sparkasse Südholstein - Bad Segeberg in der Abseitsfalle?

Wird der Standort Bad Segeberg der Sparkasse Südholstein langfristig zur automatisierten Zahlstelle ohne Beschäftigte?

"Was sind die Aussagen der Sparkassendirektoren und des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse Südholstein aus dem Jahre 2005 heute noch wert?" fragt sich die SPD-Fraktion im Segeberger Kreistag.

Dem Kreistag wurde das „Drei-Standorte-Modell“ bei der Fusion des Sparkassen Südholstein und der Stadtparkasse Neumünster als betriebswirtschaftlich sinnvoll gepriesen. Der Standort Neumünster war sofort als der "Große Gewinner" erkennbar. Der Zuwachs von Arbeitsplätzen um 100 auf 290 war nur ein Beleg dafür. Hinzu kam die Aufgabenverteilung zwischen den drei Hauptstandorten Neumünster, Pinneberg und Bad Segeberg. Im Bad Segeberger Standort sollte der umfangreiche Vertrieb geleistet werden. Ein Dienstleistungsbereich von großer Bedeutung, so die preisenden Banker. Aber schon wenige Monate danach haben sie diese Aufgaben für die Privatisierung freigegeben.

Zusammen mit der Hamburger Sparkasse, der Sparkasse Bremen und der Sparkasse Südholstein wird seit dem 01.01.06 die „Norddeutsche Retail – Service AG“ entwickelt. In dieser Gesellschaft sollen die gesamten Seviceleistungen abgewickelt werden. Es sollen 900 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz dort finden, davon allein 600 in der Metropolregion Hamburg.

Was wird aus dem Hauptstandort Bad Segeberg? Bleibt nur eine Zweigstelle oder eine Automatenhalle?

Droht der Kreisstadt der totale Gewerbesteuerausfall?

Werden die CDU und der Landrat des Kreises Segeberg für die Verpfändung der E-on Hanse Aktien zugunsten der Sparkasse Südholstein nun abgestraft?

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 03.04.2006, 09:42 Uhr - 10757 Clicks - Nr. 227

JAW des Kreises Segeberg wird gGmbH

In der Sitzung des Kreistages am 30. März 2006 trug der jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Gerd-Rainer Busch die Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Überleitung des Jugendaufbauwerk des Kreises an die große kreisangehörige Stadt Norderstedt zur dortigen Gründung einer eGmbH vor.

Lesen Sie seinen Beitrag

Herr Präsident, meine Damen und Herren,
das JAW des Kreises Segeberg, über dessen Zukunft wir heute sprechen und für das wir gemäß Verwaltungsvorschlag eine unumkehrbare Weichenstellung vornehmen sollen, ist eine auch überörtlich anerkannte Einrichtung der beruflichen Bildung für junge Menschen im Kreisgebiet. Derzeit liegt der regionale Schwerpunkt im Westkreis und umfasst das Gebiet von Norderstedt bis Bad Bramstedt. Eine weitere Vorstellung erscheint mir entbehrlich, weil es einen hervorragenden Internetauftritt des JAWs gibt und zudem die von der Verwaltung vorgelegte Begründung ihres Vorschlages vieles erklärt.

Es ist sicherlich unbestritten, dass es sich in erster Linie um eine wichtige Institution für Aus- und Fortbildung insbesondere benachteiligter Jugendlicher oder so genannter Späentwickler handelt. Gleichwohl ist die dort geleistete Arbeit m. E. auch von unschätzbare Wichtigkeit für Jugendhilfe- und Sozialpolitik. Hat es doch die Aufgabe auf eine erfolgreiche Berufswahl vorzubereiten und die nachhaltige Eingliederung in Ausbildung und Beschäftigung der bereits genannten Jugendlichen zu ermöglichen. Dies geschieht sehr erfolgreich durch umfassende arbeitsmarktnahe und berufliche Orientierung, Qualifizierung und Befähigung unter Einsatz von hervorragend motivierten Fachkräften.

Es fällt mir schwer, Ihnen heute die Annahme des Verwaltungsvorschlages zu empfehlen, weil ich wirklich lieber gesehen hätte, wenn der Kreis selbst eine gemeinnützige GmbH gegründet hätte, in die unser JAW überzuleiten wäre.

Nachdem aber feststeht, dass einerseits das JAW in der bisherigen Form konkurrenzfähig mit Mitbewerbern am Fortbildungsmarkt nicht existieren kann und andererseits ein Interesse des Kreises an einer Ausgründung einer solchen GmbH für uns nicht erkennbar ist regt meine Fraktion an, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen. Dies geschieht damit die Jugendförderung nicht deshalb Schaden nimmt, weil der Kreis offensichtlich das Risiko, dass sich eine öffentlich gesponserte GmbH ggfls. am Bewerbermarkt nicht durchsetzen kann höher einschätzt als es Norderstedt zu tun scheint. Außerdem ist es uns sehr wichtig, dem JAW und seinen Mitarbeitern zu signalisieren, dass eine wie auch immer geartete organisatorische Veränderung ausschließlich zum Wohle der Jugendlichen Bedarfsträger veranlasst und von einer breiten Mehrheit des Kreistages getragen wird.

Danke....

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 03.04.2006, 23:31 Uhr - 3131 Clicks - Nr. 228

CDU gefährdet aufblühendes Jugendzentrum

CDU erzwingt erneuten Wechsel in der Leitung des Jugendzentrums
CDU gefährdet aufblühendes Jugendzentrum

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD ist entsetzt, dass die örtliche CDU die Arbeit des Jugendzentrums gefährden will und offenbar eine Schließung anstrebt oder zumindest billigend in Kauf nimmt.

Das Jugendzentrum steht seit einigen Monaten unter neuer Leitung, die als Vertretung für die lange Zeit erkrankte Leiterin eingesetzt wurde. Das Jugendzentrum entwickelte sich in dieser Zeit ausgesprochen positiv. Die Besucherzahlen verdreifachten sich zwischenzeitlich.

Bei allen Parteien, außer der CDU, bestand die Vorstellung, die Stelle mit der neuen Kraft besetzt zu lassen und für die zurückkehrende bisherige Leiterin – mit deren Einverständnis – eine neue Tätigkeit zu suchen.

Für diese Lösung legte der Bürgermeister ein Konzept vor, das nach Ansicht der SPD, Grünen und FDP bei sehr geringem finanziellen Risiko für die Stadt gut umsetzbar erschien. Es hätte für alle Beteiligten eine optimale Übergangslösung geschaffen.

Doch trotz aller guten Argumente sagte die absolute Mehrheit der CDU im letzten Hauptausschuss Nein gegen die Stimme aller anderen Parteien.

In der Konsequenz muss die kommissarische Leiterin das Jugendzentrum sofort verlassen und damit entsteht ein erneuter Bruch im vertrauensvollen Umgang mit den Jugendlichen.

„Das ist ein völlig unverständliches Handeln“, so Dr. Manfred Spies, Vorsitzender des Sozialausschusses, „während in Berlin und anderswo die mangelnde Sozialarbeit für Jugendliche beklagt wird, setzt die CDU hier vor Ort gerade diese offene Jugendarbeit aufs Spiel. Und das bis zu einem Grad, dass selbst die Schließung des JUZ als Folge der Entscheidungen nicht ausgeschlossen werden kann.“

Die SPD kann nur vermuten, welche Beweggründe die CDU treiben. „Bei allem Verständnis für politische Taktik“ so SPD-Stadtverordnete und Hauptausschussmitglied Birgit Albrecht, „wäre es unverantwortlich, würde hier Bürgermeisterwahlkampf auf dem Rücken städtischer Angestellter und der Jugendlichen ausgetragen werden. Dieser Eindruck drängt sich auf, denn der Bürgermeister hat eine Lösung vorgeschlagen, die sowohl den Interessen der Jugendlichen als auch der Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen Rechnung trägt.“

Es war die CDU, erinnert die SPD, die in der Vergangenheit die teils geringen Besucherzahlen des Jugendzentrums im Verhältnis zu den Kosten beklagt habe, - das ging hin bis zu Stimmen aus der CDU, die laut über eine Schließung nachdachten.

Jetzt, wo die Zahlen deutlich stiegen, vertue die CDU die Chance, diese positive Entwicklung in der offenen Jugendarbeit zu unterstützen und zu fördern.

Die CDU lade eine sehr große Verantwortung auf sich und führe wieder einmal vor, wie sie mit ihrer absoluten Mehrheit umgeht.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.04.2006, 15:09 Uhr - 1189 Clicks - Nr. 229

Hahn zur Entwicklung des Kieler Hafens:

Grundstückserwerb richtig- Innenstadt attraktiver machen!

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn äußert sich zu der heutigen Berichterstattung der Kieler Nachrichten zum Kieler Hafen:

"Wir begrüßen, dass der Seehafen das Betriebsgelände der Firma Orthopedia am Ostuferhafen erworben hat. Seehafen stellt so die Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Ostufergelände sicher.

Es zeigt sich wieder einmal, dass der Seehafen in seiner jetzigen Organisationsform hervorragend aufgestellt ist, den Kieler Hafen zukunftsfähig weiter zu entwickeln", so Hahn weiter.

"Die Studie, in der Fährpassagiere aus Skandinavien die Attraktivität des Standortes Kiel bewertet haben, erzielt interessante Ergebnisse. Wir werden die Auftraggeber der Studie bitten, uns diese für die nächste Sitzung des Wirtschaftsausschusses für weitere Diskussionen zur Verfügung zu stellen".

"Eines zeige die Studie schon jetzt: Für die Innenstadt muss mehr passieren als Ankündigungen der Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU)," so Hahn abschließend.

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 05.04.2006, 15:23 Uhr - 2123 Clicks - Nr. 230

40 Jahre Gemeindevertreter!

Danke Klaus Hinrichs!

Unser Bürgermeister Klaus Hinrichs war am 1. April 2006 40 Jahre Gemeindevertreter der Gemeinde Mildstedt.

Schon im März 1965 trat er in die SPD ein wo er für verschiedene Tätigkeiten in den Vorstand gewählt wurde; Kassierer des Ortsvereins (damals wurden noch die Beiträge monatlich persönlich vom Kassierer bei den einzelnen Mitgliedern eingesammelt), über 15 Jahre Schriftführer und Vorstandsbeisitzender bis heute.

In der Gemeindevertretung nahm er mehrere Funktionen war; Vorsitzender der SPD-Fraktion für insgesamt 14 Jahre, im Bauausschuss war er 34 Jahre davon 30 Jahre als Vorsitzender, im Finanzausschuss 8 Jahre, im Sozialausschuss 4 Jahre, im Kommunalausschuss 12 Jahre, im Schulausschuss 4 Jahre, im Zweckverband Kanalisation Mildstedt-Rosendahl 7 Jahre, in der Waldgenossenschaft ist er seit 35 Jahren bis heute Vorsitzender, im Förderverein Naturerlebnisraum Mildstedter Tannen war er der Gründungs-Vorsitzende für die ersten 4 Jahre, dem Wasser- und Bodenverband Mildstedt-Rantrum gehört er seit 28 Jahren bis heute an, im Wasser- und Bodenverband Untere Mühlenau war er 5 Jahre, dem Amtsausschuss gehört er 34 Jahre an (seit 1986 bis heute Finanzausschussvorsitzender und seit 1994 1. Stellv. Amtsvorsteher), im Kuratorium der Sozialstation war er 7 Jahre, der Vorsitzender des Beirates des kommunalen Kindergartens ist er seit 8 Jahren.

Mitglied in den Mildstedter Vereinen ist er wie folgt: Bosselverein 50 Jahre, Schützenverein 45 Jahre, Feuerwehr ebenfalls 45 Jahre, Sportverein 35 Jahre, AWO-Mildstedt 34 Jahre und Sozialverband 6 Jahre.

Die gewonnenen Erfahrungen all dieser Tätigkeiten, sein enormes Wissen sowie die 30 jährige Erfahrung als Stellvertretender (1. und 2.) Bürgermeister erleichtern ihm heute seine Arbeit und sind unverzichtbar für unsere Gemeinde.

Im Mai vor fünf Jahren wurde er zum Bürgermeister gewählt. Die gute Arbeit, die er leistet erfährt nicht nur Anerkennung aus der gesamten Bevölkerung sondern findet auch in der Gemeindevertretung Hochachtung – seinen Worten wird vertraut!

Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 05.04.2006, 15:31 Uhr - 2202 Clicks - Nr. 231

Aus der Gemeindevertretung

Neue Baupläne für Mildstedt

Die Aufstellung eines Bebauungsplanes für Mildstedt wurde von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen. Das eine Neubaugebiet (B-Pln. 18) wird nördlich der Straße Langsteeven und zwischen Straßen Zu den Tannen und Engelscher Weg entstehen. Dort sollen im ersten Abschnitt bis 2010 maximal 30 Häuser gebaut werden.

Das angedachte Neubaugebiet (B-Pln. 19) östlich des Rosendahler Weges und zwischen der Husumer

Straße und der Bahnlinie Husum-Jübek wurde vorläufig zurück gestellt, da zur Zeit die Zustimmung der Landesplanung fehlt.

Umbesetzung von Ausschüssen

Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde eine Umbesetzung in dem Bau- und Planungsausschuss und im Finanzausschuss vorgenommen. Karsten Schlüter wechselte vom Bau- und Planungsausschuss in den Finanzausschuss und übernahm hier den Vorsitz. Im Gegenzug wechselte Alfred Wittern in den Bau- und Planungsausschuss und übernahm dort den stellvertretenden Vorsitz.



Vermögensstreit abgeschlossen

Im alten Jahr konnte die Vermögensauseinandersetzung der Gemeinde Mildstedt mit dem Amt über das Feuerwehrvermögen abgeschlossen werden. Die Gemeindevertretung stimmte dem Vorschlag der Kommission des Amtsausschusses zu, nach dem die Gemeinde Mildstedt eine Ausgleichszahlung in Höhe von 27.065,85 EUR erhält.

Gemeindevertretung unterstützt Antrag der SPD-Fraktion

Aufgrund der gerissenen Stromleitungen im Münsterland beantragte die SPD-Fraktion, dass die Stromerzeuger angeschrieben werden, damit diese ihre Hochspannungsmasten auf evtl. Materialfehler überprüfen. Ziel ist es zu erfahren, ob die Stromerzeuger für die auf dem Mildstedter Gebiet stehenden Masten Materialfehler verneinen können, um eine Situation wie im Münsterland auszuschließen.

Haushaltssatzung für 2006 verabschiedet

Die Gemeindevertretung beschloss einstimmig die Haushaltssatzung mit Investitionsprogramm und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006.

Der Haushaltsplan wurde im Verwaltungshaushalt auf der Einnahmenseite auf 3.074.00 EUR und auf der Ausgabenseite mit 3.201.900 EUR festgesetzt. Der Vermögenshaushalt wurde auf der Einnahmenseite wie auf der Ausgabenseite mit 357.900 EUR festgesetzt.

Die Hebesätze für die Realsteuern wurden für die Grundsteuer A auf 310 v. H. die Grundsteuer B auf 310 v. H. Die Gewerbesteuer wurde auf 340 v. H. festgesetzt.

Verkehrsregelung

Die Gemeinde unterstützt die Forderung mehrere Hundert Bürger zum Aufstellen einer Fussgängerbedarfsampel an der Osterfelder Landstraße in Höhe der Mehrzweckhalle.

Einen Antrag der Jägerschaft auf der Osterfelder Landstraße vom Ortsschild rund 1,6 Kilometer Richtung Osterfeld beidseitig eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 kmh sowie auf ein Überholverbot in diesem Bereich wird von der Gemeindevertretung, aufgrund der sehr hohen Anzahl von Wildunfällen, unterstützt.

Zusammenarbeit zwischen der Stadt Husum und den Umlandgemeinden

Eine von Mildstedt schon seit Jahren geforderte Abstimmung über Maßnahmen und Planungen der Stadt Husum, die auch die Umlandgemeinden betreffen (z. B.: Nahversorgungszentrum direkt an der Gemeindegrenze Mildstedt/Husum) soll nun endlich wirklich werden. Dazu schloss die Gemeindevertretung eine Grundsatzvereinbarung über die Kooperation der Stadt Husum mit den Umlandgemeinden ab.

Aufforderung zur Anhebung der Realsteuern

Eine vom Kreis Nordfriesland geforderte Anhebung der Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuern), am besten noch rückwirkend zum 1. Januar 2006, wurde an den Finanzausschuss verwiesen.

Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 05.04.2006, 15:40 Uhr - 2480 Clicks - Nr. 232

Ehrungen

60 Jahre Mitglied der SPD

Im Dezember konnte unser Vorsitzender Rudolf Knipfer Hans-Walter (Tesi) Clausen für seine 60jährige Mitgliedschaft mit einer Urkunde des Bundesvorsitzenden und einem kleinen Präsent des Ortsvereins ehren. Tesi Clausen hat viele Jahre in führender Funktion für die Arbeiterwohlfahrt gearbeitet.

Mitte Januar wurde Johannes (Hanne) Henkens, Ehrenvorsitzender des SPD-Ortsvereins Mildstedt/Rosendahl für seine 60jährige Mitgliedschaft vom SPD-Kreisvorsitzenden, Ralf Heßmann, und unserem Ortsvereinsvorsitzenden, Rudolf Knipfer, ebenfalls mit der Urkunde des Bundesvorsitzenden sowie kleinerer Anerkennungen des Kreisverbands und des Ortsvereins Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit in verschiedenen Funktionen innerhalb der SPD geehrt. (Siehe auch Vorwärts und auf diesem Internetauftritt.

Keine Kommentare

[SPD-Rethwisch](#) - veröffentlicht am 05.04.2006, 20:18 Uhr - 1505 Clicks - Nr. 233

Pflanzen und Krammarkt in Rethwisch

Auch in diesem Jahr findet der Pflanzen und Krammarkt am 22.04.2006 von 10.00-13.00 Uhr am Gemeinschaftshaus in Rethwisch statt.

Zum Beginn der Gartensaison laden wir dazu ein, die eigenen überschüssigen Pflanzen zu verkaufen oder zu tauschen. Für das leibliche Wohl ist natürlich auch in Form von Kaffee und Kuchen oder heisser Bratwurst gesorgt.

Damit sich auch die Kleinsten Gäste austoben können, haben wir eine Hüpfburg aufgebaut.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 05.04.2006, 23:04 Uhr - 2739 Clicks - Nr. 234

Täuschungsmanöver beim Nachtragshaushalt

Norderstedts Oberbürgermeister Grote wird zum Schuldenmacher

Neuer Nachtrag - neues Glück sollte man meinen, wenn man den von Oberbürgermeister Grote vorgelegten Nachtragshaushalt sieht.

"Doch bei genauer Betrachtung fällt einem nur noch der Satz ein: Nichts geht mehr! Insbesondere nicht für die Kitas und die Feuerwehr. Stattdessen mutiert Herr Grote zum Schuldenmacher und belastet die Stadt mit über 2 Millionen Euro neuen Schulden. Daß laufende Kosten durch Kredite finanziert werden, hat es in unserer Stadt seit 20 Jahren nicht mehr gegeben. Vor dem Hintergrund, daß die allgemeine Haushaltsrücklage rund 4,2 Millionen Euro schwer ist, ist dieses Verhalten mehr als fragwürdig, wenn nicht sogar als unsinnig zu bezeichnen. Wer als Privatmann so wirtschaftet ist ein klassischer Fall für die Schuldnerberatung. Für dieses Vorgehen hat Herr Grote gefälligst Rechenschaft gegenüber den Norderstedter Bürgern abzulegen! Selbst wenn man die Mehrkosten,

wie von uns gefordert, allein aus der Rücklage bezahlen würde, wäre diese für Unvorhergesehenes immer noch mehr als gut gefüllt. ", so der SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Paustenbach. Hintergrund des Zahlenspiels ist die finanzielle Mehrbelastung der Stadt Norderstedt durch die Erhöhung der Kreisumlage.

Doch die unnötige Erhöhung der Nettoneuverschuldung ist noch nicht die Krönung dieses Nachtragshaushaltes:

Für die durch den Beschluss des Ausschusses für junge Menschen vom 01.02.2006 zum Kostenausgleich für Norderstedter Kinder, die Betriebskindergärten in Hamburg besuchen, entstehenden Mehrausgaben in Höhe von 85.000 € wurde der Ansatz bei der entsprechenden Haushaltsstelle nicht angehoben; die Mehrausgaben sind innerhalb der Deckungsfähigkeit im Budget auszugleichen. - heißt es da im Begründungstext der Beschlußvorlage so nebenbei.

"Das heißt im Klartext, daß die Norderstedter Kitas wieder einmal den kürzeren ziehen und durch eigene Sparbemühungen 85.000 Euro irgendwo herzaubern sollen. Herr Grote hat demzufolge die Notwendigkeit alles für die Kitas zu tun, nur nicht Gelder einzusparen immer noch nicht verstanden.", kritisiert Paustenbach.

"Und trotz aller Beteuerungen zeigt Herr Grote auch der Glashütter Feuerwehr, daß sich die Ehrenamtlichen auf alles verlassen können, nur nicht auf das Wort des Oberbürgermeisters. Auch im jetzigen Nachtrag wird außer Planungskosten bis zum Jahr 2010 wird kein einziger Euro für den Neubau der Glashütter Feuerwache ausgegeben. Das ist politische Symbolik auf Kosten der Feuerwehrleute. Hochmotivierte Ehrenamtliche für dumm verkaufen zu wollen, ist ein schwerwiegender Fehler."

In dem derzeitigen finanziellen Nebel könnten die betroffenen Kitas und die Feuerwehr bestenfalls auf Sicht fahren, nicht aber die kommenden Jahre solide veranschlagen. Die SPD-Fraktion werde dem vorgelegten "Schuldenhaushalt" daher nicht zustimmen, betont der SPD-Fraktionschef.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 06.04.2006, 16:23 Uhr - 2638 Clicks - Nr. 235

Rolf Fischer: Danke, Bettina Hagedorn!

Zu den erfolgreichen Haushaltsverhandlungen zugunsten des Bundes deutscher Nordschleswiger im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer: „Wir freuen uns sehr, dass die Kürzungen der Bundes-Zuschüsse für den Bund deutscher Nordschleswiger deutlich abgemildert werden konnten und danken Bettina Hagedorn für ihr Engagement im Haushaltsausschuss des Bundestages.

Damit ist ein wichtiges Stück Planungssicherheit für die deutsche Minderheit in Dänemark erreicht worden und es ist sichergestellt, dass die wichtige Arbeit des BdN fortgesetzt werden kann.

Insbesondere vor dem Hintergrund der dänischen Kommunalreform muss der BdN sich mittel- und langfristig auf die Unterstützung aus der Bundesrepublik verlassen können, weil er sonst seinen Einfluss in der größer gewordenen Region verliert. Wir sehen die teilweise Rücknahme der Kürzungen als Bestätigung, dass Zuschüsse an die Minderheiten keine Subventionen sind.“ (SIB)

Keine Kommentare

CDU will K.E.R.N. versenken

SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer und der stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärten zur Absicht der CDU-Kreistagsfraktion Kreis Rendsburg/Eckernförde, die Technologie-Region K.E.R.N. aufzulösen:

"Der Auflösungsantrag ist ein politischer Torpedo gegen die K.E.R.N.-Region. Offensichtlich beabsichtigt die CDU, K.E.R.N. zu versenken. Nach dem Austritt des Kreises Plön und den entsprechenden CDU Bemühungen in Neumünster, hat nun die CDU aus Rendsburg/Eckernförde als dritte CDU-Kraft K.E.R.N. in Frage gestellt.

Dieses Verhalten schadet dem Aufbruch, den wir für K.E.R.N. brauchen und es schadet dem Image unserer Region landesweit. Es entsteht der Eindruck, dass hier ausschließlich parteipolitische Interessen umgesetzt werden sollen. Das vorliegende K.E.R.N.-Thesenpapier des K.E.R.N.-Vorstandes sollte der Anfang einer Debatte sein und kann keinesfalls als Begründung für den Abschluss der Region herhalten.

Wir sind aufgefordert, eine K.E.R.N.-Struktur zu entwickeln, die langfristig trägt, politische Identifikation schafft und ökonomisch erfolgreich ist. Die SPD-Kreisvorsitzenden von Rendsburg/Eckernförde, Neumünster, Plön und Kiel werden noch im April einen K.E.R.N.-Beirat ins Leben rufen, der einen Entwurf für eine Neukonzeptionierung beinhaltet. Dies wird in enger Absprache mit den Rats- bzw. Kreistagsfraktionen der SPD geschehen. Der neue K.E.R.N.-Vorsitzende Andreas Breitner hat unsere volle Solidarität.

Wir erwarten von der Kieler CDU-Oberbürgermeisterin, dass sie umgehend ihre Parteifreunde zurückpfeift und sich für eine konstruktive Weiterarbeit aller Partner einsetzt."

Keine Kommentare

Jahreshauptversammlung des OV- Glücksburg

Dr. Uwe Kötschau stellt die gute Zusammenarbeit von Fraktion und Vorstand heraus.

Dr. Rolf Glawischnig berichtet über die Verwaltungsfusionsgespräche.

" Kiel wird letztendlich entscheiden müssen !"

Uwe Kötschau stellt die guten Zusammenarbeit von Fraktion und Vorstand in den Mittelpunkt seiner Ausführungen; dabei unterläßt er es nicht, kritisch auf die Mitgliederbewegung in den letzten zwei Jahren einzugehen.

Rolf Glawischnig stellt in seinem Bericht die Entwicklung und den aktuellen Stand der Verwaltungsfusionsgespräche zwischen dem Amt Langballig und der Stadt Glücksburg dar.

Sein Fazit ist, dass die Standpunkte zur Zeit keinen Spielraum für weitere Gespräche zulassen.

Letztendlich müsse Kiel entscheiden !

In den folgenden Wahlen zum Vorstand, wurden die Funktionsinhaber bestätigt. Als Beisitzer wurden Gisela Nürnberger und Alexander Ebel gewählt.

Kassenprüfer sind Pelle Dose und Klaus-Dieter Neumann.

Kreisparteitagsdelegierte: Rolf Glawischnig, Alexander Ebel und Hermann Jobben

Keine Kommentare

Thema: Gewalt und Schule

In den vergangenen Monaten fanden sich in den Medien immer häufiger Berichte über Gewalt an Schulen. Den traurigen Höhepunkt bildeten die Übergriffe an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Die zunehmende Anzahl von Vorfällen und die vielen Hilferufe von Lehrern lassen vermuten, dass Gewalt inzwischen vielerorts zum Schulalltag gehört. In einer aktuellen Stunde hat sich der Bundestag bereits am vergangenen Mittwoch mit dem Thema befasst und dabei vor allem die Situation in den großstädtischen Problembezirken beleuchtet. Doch wie sieht es in unserer Region aus?

Der SPD-Kreisverband Flensburg will sich dieser Thematik widmen und Lehrer sowie Schüler dazu einladen und zu ihren Erfahrungen befragen.

„Wir wollen wissen, wie die Situation an Flensburger Schulen tatsächlich ist. Darüber hinaus wollen wir das Bewusstsein stärken, verschiedene Kulturen innerhalb unserer Gesellschaft und damit auch innerhalb der Schulen anzuerkennen. Wir sind froh, dass es in Deutschland so viele verschiedene Sprachen gibt, aber im Umgang miteinander müssen wir eine Sprache sprechen. Vor allem aber müssen verbindliche Regeln definiert werden, die für alle gleichermaßen gelten. Nur durch ein solches positives Miteinander und gegenseitigen Respekt können wir voneinander lernen.“ sagt Wolfgang Wodarg und lädt als Kreisverbandvorsitzender der Flensburger SPD verschiedene Experten rund um das Thema „Gewalt und Schule“ zu einem Runden Tisch ein. Direkt nach den Osterferien – geplant am 24. April 2006 - soll das Thema aufgegriffen und diskutiert werden mit dem Ziel, Initiativen der Gewaltprävention in und um die Schulen zu stärken.

Keine Kommentare

Jörn Thießen zu Abgeordnetenbezügen

In einem Gastkommentar für die "Dithmarscher Landeszeitung" äußert sich **Jörn Thießen** zur Diskussion um die Abgeordnetenbezüge. Durch Offenlegung der Ein- und Ausgaben will er zur Versachlichung dieses emotionsgeladenen Themas beitragen.

Der Beitrag im Wortlaut:

Die Bezüge der Mitglieder des Bundestages sind in aller Munde. Mein steuerpflichtiges "Gehalt" beträgt 7.009 Euro, Urlaubs-, Weihnachtsgeld oder dreizehntes Gehalt gibt es für Abgeordnete nicht. Ich bekomme außerdem eine steuerfreie Pauschale von 3.647 Euro, von der die Wohnung in Berlin und die Kosten im Wahlkreis getragen werden, inklusive meiner beiden Wahlkreisbüros. Faustregel: Je fleißiger der Abgeordnete, desto weniger kommt er mit diesem Geld aus.

Leider gilt auch: Je trüber die Sicht, desto größer das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger. Es gibt keine Nachweispflicht für die Verwendung der steuerfreien Pauschale. Wie MdBs dieses Geld zweckgebunden ausgeben, kann niemand prüfen. Natürlich tun sie das. Aber weil Politiker als Zunft sowieso im Generalverdacht stehen, absahnen zu wollen, ist mangelnde Transparenz nicht gerade förderlich.

Politik macht man nicht, um Geld zu verdienen. Zur persönlichen Bereicherung taugt dieser Beruf



kaum, wer ihn ausübt, muss wissen, dass die Höhe früherer Einkommen in der Regel nicht erreicht wird. Mir ging das auch so – ich habe es trotzdem nicht bereut. Aber was ist denn angemessen für einen Wahlkreisabgeordneten, der die Interessen von einer runden Viertelmillion Bürgerinnen und Bürgern vertritt? Wieviel zahlt das Volk seinen Vertretern, die darüber entscheiden, ob deutsche Soldaten ins Ausland geschickt werden oder nicht? Über die Zukunft unserer Kranken- und Rentenversicherung? Die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik?

Als erstes sollte die Altersversorgung reformiert werden. Versorgungsansprüche dürfen nur für die Jahre der Tätigkeit als Abgeordneter entstehen, genau wie bei normalen Arbeitnehmern. Dass jemand für nur acht Jahre Mandatsausübung im Bundestag eine volle Rente beziehen soll, ist ungerecht. Ich bin außerdem für die vollständige Offenlegung etwaiger Nebeneinkünfte von MdBs. Und die monatlichen Bezüge der Landtagsabgeordneten in Nordrhein-Westfalen folgen dem Modell, das ich auch für den Bundestag befürworten würde: Verdopplung der Diäten bei Wegfall der steuerfreien Pauschale. Wenn Abgeordnete nämlich ihre Ausgaben auch vor dem Finanzamt deklarieren müssen, sind wir auf dem richtigen Weg zu mehr Klarheit. Dann können wir auch mal wieder den Respekt einfordern, der den Vertretern des Volkes von einigen vorenthalten wird.

Kommentar von [Klaus Krieger](#) vom 03.05.2006, 13:29 Uhr:

RE:Jörn Thießen zu Abgeordnetenbezügen

Lieber Jörn Thießen, als evangelischer Pastor würde ihr monatliches Einkommen etwa bei der Hälfte liegen. Die weiterführenden Positionen, die Sie in Ihrem Leben besetzt haben, sind wohl politischer Tätigkeit zu verdanken. Was halten Sie als Christ und Sozialdemokrat davon, dass Abgeordnete sich in einer normalen Krankenkasse versichern lassen müssen?

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 11.04.2006, 17:40 Uhr - 2457 Clicks - Nr. 240

SPD diskutiert öffentliche Finanzen auf Sonderparteitag

Die SPD wird die Lage der öffentlichen Haushalte auf einem Sonderparteitag diskutieren. Dies hat gestern (28.3.) der Landesvorstand in Kiel

einstimmig beschlossen. Dabei geht es insbesondere auch um die von der Landesregierung beabsichtigten Einschnitte bei den Kommunen und im Personalbereich. Beides wird in der SPD kontrovers diskutiert und muss nach Auffassung des Landesvorstands auf einem Parteitag debattiert werden, weil diese Maßnahmen im Widerspruch zum Koalitionsvertrag stehen.

SPD-Landesvorsitzender Claus Möller erklärte nach der Vorstandssitzung: „Der Koalitionsvertrag ist auf einem Parteitag der SPD im letzten Jahr beschlossen worden, deshalb müssen gravierende Änderungen auch hier diskutiert werden. Ich sehe aber zu einem Solidarbeitrag der Kommunen keine Alternative, um das ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel der Halbierung der Nettoneuverschuldung bis 2010 zu erreichen. Der Landesvorstand geht davon aus, dass der Parteitag den Konsolidierungskurs der Landesregierung auch weiterhin unterstützt.“

Der außerordentliche Landesparteitag findet statt am 16. Juni um 17.00 Uhr in Kiel.

Keine Kommentare

Sportpolitischer Amoklauf der CDU-Mittelstandsvereinigung

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Erwin Stallbaum erklärt:

„ Die polemische Kritik des Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) Joachim Hess an der Entscheidung der Lübecker Bürgerschaft, die Rückzahlung der Schulden gegenüber der Hansestadt zu stunden, ist Beleg für die niedrige Wertschätzung, die der Lübecker Spitzensport bei Teilen der Lübecker CDU genießt. Sie ist eine schallende Ohrfeige für die zahlreichen Lübecker Fußballfans.

Es ist schade, dass die Lübecker CDU ihre Ressentiments pflegt und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellenwert des Profifußballs für eine Stadt viel zu niedrig bewertet.

Das ist umso unverständlicher, als zur gleichen Zeit die Landesregierung und die CDU geführte Landeshauptstadt wesentlich großzügiger sind und immerhin 1 Million € zur Sanierung des Stadions von Holstein Kiel in die Hand nehmen.

Wer durch ständiges Störfeuer und durchsichtige parteipolitische Polemik billigend in Kauf nimmt, dass der VfB Lübeck zum Zwangsabstieg verurteilt wird und nah an den wirtschaftlichen Ruin getrieben wird, handelt kurzsichtig.

Der VfB Lübeck steht dabei nicht nur für die Regionalliga - Mannschaft, sondern auch für die Jugend- und Breitensportabteilungen, die junge Menschen von der Straße holt und damit einen wichtigen Beitrag für eine lebenswerte Stadt leisten, welche sonst der Stadt Lübeck zusätzliches Geld für die Jugendarbeit kostet. Dieses Engagement verdient Unterstützung.

Der Versuch der Mittelstandsvereinigung, den VfB Lübeck und die anderen Fußballvereine gegeneinander auszuspielen, wird scheitern. Der Breitensport kann auf den Leistungsfußball als attraktives Aushängeschild für Kinder und Jugendliche nicht verzichten.

Die MIT verkennt mit ihrer kleinlichen Kritik an der Entscheidung der Bürgerschaft, den Werbewert des VfB Lübeck für die Hansestadt und die Bedeutung des Profifußballs als Wirtschaftsfaktor.“

Keine Kommentare

Verärgerung über kurzfristige Absage des Werkausschusses Entsorgungsbetriebe

Der abfallpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Henri Abler erklärt:

„Die kurzfristige Absage der April-Sitzung des Werkausschusses für den Entsorgungsbetrieb wird von der SPD - Bürgerschaftsfraktion scharf kritisiert.

Die Begründung „angeblich fehlende unaufschiebbare Vorlagen und Berichte“, halten wir mit Blick auf die Fülle der auf der politischen Tagesordnung stehenden Themen für vorgeschoben und nicht stichhaltig.

Fast gleichzeitig kündigt der neue kaufmännische Direktor der EBL Verwey im Vorstand der CDU-Fraktion eine Vorlage zur Zukunft der EBL für die Bürgerschaftssitzung im Mai an. Zum gleichen Termin soll nach uns vorliegenden Informationen die Bürgerschaft auch über eine Satzung zur Einführung einer Regenwassergebühr in der Hansestadt entscheiden.

Weitere Themen sind mögliche Probleme bei der Umsetzung der Elektroschrott-Richtlinie und der Baufortschritt der MBA.

Wir halten es für eine Brückierung wesentlicher Teile der Bürgerschaft, wenn wie bei LHG wichtige die Zukunft des Entsorgungsbetriebes betreffende und die Bürgerinnen und Bürger erhebliche belastende grundlegende Weichenstellung ohne gründliche vorherige Beratung im Werkausschuss durchgepeitscht werden würde.

Demokratisch gewählte Gemeindevertreter werden ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nur gerecht, wenn Entscheidungen nach gründlicher Bewertung des Für und Wider getroffen werden.

Die SPD fordert deshalb den CDU-Vorsitzenden Dr. Michael Gulski auf, noch im April eine Sitzung anzuberaumen, um eine rechtzeitige Einbeziehung des Werkausschusses des Eigenbetriebes und eine ordnungsgemäße Beratung zu gewährleisten.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 11.04.2006, 17:47 Uhr - 2225 Clicks - Nr. 243

Behauptung über angeblich ausreichende Information der CDU schleierhaft

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„Die Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Puschadel, seine Fraktion sei ausreichend informiert worden, ist für uns schleierhaft.

Der Ablauf der Beratungen spricht deutlich eine andere Sprache. Ohne vorherige Befassung der Vorlage durch den Wirtschaftsausschuss, ohne Votum des Hauptausschusses und ohne Empfehlung des Aufsichtsrates hat die CDU es für richtig gehalten, die berechnete Forderung der anderen Fraktionen, die Abstimmung über die Vorlage zu vertagen, um die zurückgehaltenen Unterlagen einzusehen, niederzustimmen.

Das Verfahren steht zudem im eklatanten Widerspruch zum sonstigen Gebaren der Lübecker CDU, wo selbst bei unstrittigen Vorgängen eine vorherige Behandlung in allen zuständigen Ausschüssen eingefordert wird und Vertagungsanträge an der Tagesordnung sind. Drohende Verzögerungen

werden dabei in Kauf genommen.

Wir halten es für unverantwortlich, dass die CDU diese grundlegende Weichenstellung über die Zukunft der Lübecker Häfen und der Beschäftigten alleine und ohne ausführliche Beratung und ohne Einsicht in alle Unterlagen getroffen hat.

Oder wusste der CDU – Fraktionsvorsitzende Klaus Puschadel im Vorfeld durch vertrauliche Hintergrundgespräche, wie schon früher beim Ausflug im Bademantel bei der allseits bekannten Regattabegleitfahrt, mehr als die Mitglieder der anderen Fraktionen?

Hierbei geht es nicht um parteipolitische Querelen, wie es Herr Puschadel herbeireden will, sondern um die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie um eine sichere Zukunft der Lübecker Häfen.“

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 11.04.2006, 17:49 Uhr - 3064 Clicks - Nr. 244

Grüner Pfeil - Feldversuch auf dem Rücken der Schulkinder hat endlich ein Ende

Der Moislinger SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Lienhard Böhning erklärt:

Mit der Ankündigung der Straßenverkehrsbehörde, den Grünen Pfeil an der Kreuzung August Bebel Straße / Andersenring abzumontieren und das Verkehrsschild endlich ins Depot zu verbannen, ist die Erfolgsgeschichte der Lübecker CDU noch kürzer geworden. Lediglich die Brötchen-Taste steht noch auf der Habenseite.

Der Kurswechsel war mit Blick auf die von der Polizei ermittelten Verkehrsverstöße und zahlreiche Fastzusammenstöße mit Kindern und in der Mobilität eingeschränkten Verkehrsteilnehmern längst überfällig.

Die Proteste von Eltern und der Lehrerinnen und Lehrer Moislinger Schulen, der Moislinger SPD und anderer ortsansässiger Vereine haben den längst überfälligen Sinneswandel der Verwaltung offensichtlich wesentlich beschleunigt.

Der gefährliche Feldversuch auf dem Rücken der Moislinger Schulkinder hat damit ein Ende. Erfreulich nur, dass die Schnapsidee der Lübecker CDU ohne schlimme Folgen geblieben und kein Kind bisher zu Schaden gekommen ist.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.04.2006, 07:57 Uhr - 1266 Clicks - Nr. 245

Mit dem Bau der Sporthalle Schilksee wie geplant beginnen - trotz InBA 2008

Zur Absicht der Verwaltung, die Sporthalle Schilksee als ein Projekt der Innovativen Bauausstellung Kiel 2008 (InBA) zu präsentieren, erklärt die Schilkseer Ratsfrau und stellv. baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück:

"Die Planung der Sporthalle ist auf einem guten Weg. Nun soll sie plötzlich eine "Niedrigstenergie-

Schulsporthalle" werden.

Wir haben bisher keine Information darüber, ob der uns im Januar vorgestellte Entwurf aufgrund der InBA verändert werden müsste und ob der Zeitplan dadurch in Gefahr geriete. Wie hoch wäre das Energieeinsparpotential? Und welche finanziellen Konsequenzen gäbe es für das Projekt? All diese Fragen sollen durch die Kleine Anfrage geklärt werden."

"Für den Stadtteil und auch für die Sportstadt Kiel ist es vor allem wichtig, mit dem Bau wie geplant in diesem Jahr zu beginnen. Wir werden den Abfluss der für dieses Jahr eingestellten Mittel beobachten," so die Schilkseer Ratsfrau abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.04.2006, 07:59 Uhr - 1089 Clicks - Nr. 246

Möller zu CDU-Äußerungen zur Wirtschaftsförderung:

Endlich weitere Übernahme einer SPD-Idee!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zu CDU-Äußerungen zur Wirtschaftsförderung:

"Die SPD-Ratsfraktion nimmt die jüngste Verlautbarung der Kieler CDU zur Zukunft der Wirtschaftsförderung mit Freude zur Kenntnis. Nachdem die SPD seit drei Jahren eine gemeinsame Wirtschaftsförderung immer wieder vorschlägt und selbst in dem CDU-Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde einen Befürworter für diese Idee gefunden hat, springt die CDU auf diesen Zug auf.

Bislang wurden unsere Anträge zu diesem Thema in der Ratsversammlung von schwarz-grün abgelehnt.

Wegen der vielen Konflikte innerhalb der schleswig-holsteinischen CDU finden scheinbar täglich selbsternannte Spitzengespräche zwischen deren Kreisverbänden statt. Die SPD-Ratsfraktion begrüßt diese Terminvielfalt. Vielleicht bekennen sich im Anschluss an die Termine die CDU-Funktionäre endlich zu der von der Landesregierung angestrebten Verwaltungsstrukturreform."

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 12.04.2006, 16:52 Uhr - 2303 Clicks - Nr. 247

Stellungnahme zur Entscheidung des OVG vom 12. April 2006

In einer ersten Reaktion auf die Entscheidung des OVG zur Beschwerde hinsichtlich der Bürgermeisterwahl erklärt Bürgermeister Helmut Trost:

„Es ist zu begrüßen, dass die Entscheidung vor Ostern gefallen ist. Im Vordergrund muss das Wohl der Stadt stehen. Eine weitere, lang andauernde rechtliche Auseinandersetzung hätte Energien gebunden, die dringend zur Lösung der Probleme unserer Stadt benötigt werden – wie zum Beispiel zur Entscheidung über wichtige stadtentwicklungspolitische Weichenstellungen, zur Haushaltskonsolidierung, zur Stärkung der Standortfaktoren Bildung und Kultur, für Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und für die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung Flensburgs.“

Seit dem Tod von Oberbürgermeister Hermann Stell sind fast genau zwei Jahre vergangen – Jahre der

Unsicherheit und Vakanzen, eines Oberbürgermeisterwahlkampfes, einer Auseinandersetzung um die Bürgermeisterfunktion. In diesen Zeitraum fielen aber auch neun Monate, in denen ich als amtierender Oberbürgermeister in schwierigen Zeiten die Geschicke des Rathauses steuern durfte. So standen u.a. Entscheidungen zur umstrittenen Südermarktpassage, über die Zukunft des TBZ, den Konsolidierungsbeitrag des Landestheaters, die Zukunft des Science-Centers Phänomenta und die ersten Schritte zur Umsetzung der Tourismus-Offensive an. Diese Herausforderungen habe ich gerne angenommen.

Persönliche Betroffenheit muss jetzt zurückstehen. Sicherlich hätte ich mir gewünscht, meine Erfahrungen und Kenntnisse, meine ganze Kraft weiter als Bürgermeister für unsere Stadt einbringen zu können. Für mich ist die Entscheidung natürlich auch persönlich von wesentlicher Bedeutung. Sie beendet eine lange Phase der Unsicherheit, eine Phase, in der ich immer wieder im Zentrum öffentlicher, aber auch hinter den Kulissen geführter Auseinandersetzungen stand. Dies hat nicht nur mich, sondern auch meine Familie sehr belastet. Insofern ist sicher vielen verständlich, dass ich mich in gewisser Weise auch befreit fühle – bei aller Enttäuschung, mein Engagement zu Gunsten Flensburgs nicht in bisheriger Form fortsetzen zu können.

All denjenigen, die mich in der schwierigen Zeit vor und insbesondere nach der Wahl unterstützt und die mir mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben, danke ich sehr herzlich. Denjenigen, die mich aus politischen Motiven heraus sehr kritisch begleitet haben, mir dabei aber auch weiterhin mit Offenheit und Respekt begegnet sind, danke ich für ihr faires Verhalten. Manchen Akteuren möchte ich jedoch ans Herz legen, künftig auch die persönlichen Wirkungen ihres Handelns stärker zu berücksichtigen.

Inhaltlich möchte ich noch auf folgendes hinweisen:

Das OVG beschränkt sich in seiner Entscheidung ausschließlich auf die Aussage, die Rechte einzelner Ratsmitglieder seien nicht beeinträchtigt worden. Eine inhaltliche Bewertung von Ausschreibungs- und Wahlverfahren sowie des geplanten Besetzungsverfahrens wurde nicht vorgenommen. Eine Bewertung dieser Vorgänge ist auch nicht Aufgabe des OVGs.

Ich danke all denjenigen in Rat und Verwaltung, die mich bei meiner Arbeit als Bürgermeister begleitet und unterstützt haben. Denjenigen, die sich an der Spitze der Verwaltung den zukünftigen Herausforderungen stellen müssen, wünsche ich bei ihrer Arbeit zum Wohle der Stadt Flensburg eine glückliche Hand.

Helmut Trost

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.04.2006, 07:59 Uhr - 1148 Clicks - Nr. 248

Wehner zum Seehafen: Verdacht eines Gefälligkeitsgutachtens drängt sich auf!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärt zu der heutigen Berichterstattung über den Seehafen Kiel in den Kieler Nachrichten: "Jetzt zeigt sich: Frau Volquartz hat das Gutachten erhalten, das sie bestellt hat. Der Verdacht eines Gefälligkeitsgutachtens drängt sich auf. Das Gutachten dient lediglich der Legitimation, eine erfolgreiche Unternehmenssparte des Seehafen Kiel privatisieren zu können. Eine Privatisierung



des Umschlaggeschäfts wird es mit der SPD-Ratsfraktion nicht geben. Es gibt kein ernst zu nehmendes Argument, das dafür spricht, maßgebenden städtischen Einfluss auf den Seehafen Kiel aufzugeben. Der Seehafen ist ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen, das im übrigen Monopole privater Hafenwirtschaftsbetriebe in Kiel verhindert. Er entlastet die Landeshauptstadt von den notwendigen Investitionen in die Hafententwicklung.

Private Investoren und Unternehmen der Hafen- oder auch Finanzwirtschaft haben verständlicherweise großes Interesse an dem Kieler Umschlaggeschäft, das der Seehafen bedient, weil dann die Gewinne aus dem Geschäft ihnen zufließen. Für die SPD-Fraktion ist es befremdlich, wenn ein von der Verwaltung als "äußerst nichtöffentlich" eingestuftes Gutachten, das nicht einmal den stellvertretenden Hauptausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde, in die Medien gelangt."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.04.2006, 15:19 Uhr - 1140 Clicks - Nr. 249

Möller zur Idee einer Business School:

Stärkung für Wissenschaftsstadt Kiel möglich-Volquartz soll sich zu MMC bekennen!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zur möglichen Gründung einer Business School in Kiel und der Zukunft des MMC:

"Einer unserer Schwerpunkte für Kiels Wirtschaftspolitik ist die Idee der Wissenschaftsstadt Kiel. Hier sind das IWF und der MMC Leuchttürme. Eine praxisnahe Stärkung durch eine Business School kann dabei ein großer Gewinn für Kiel sein.

Jetzt kommt es auf die Ausgestaltung einer solchen Kooperation an. Die Mittel, die der Stadt aus dem TXU-Vertrag bis 2008 für den MMC zur Verfügung stehen, sind an diesen gebunden. Eine Umleitung der Gelder zur Gründung einer Business School steht für die SPD-Ratsfraktion nicht zur Debatte. Vielmehr ist festzustellen, dass Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) eine zusätzliche Unterstützung des MMC aus Sponsorengeldern ausgeschlagen hat.

Die SPD-Ratsfraktion erwartet unmittelbar nach der Osterpause ein Bekenntnis der Oberbürgermeisterin zum MMC und Informationen zum Stand der Dinge."

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 14.04.2006, 10:45 Uhr - 1743 Clicks - Nr. 250

SPD: Schulwegsicherung - Vorschläge der Eltern ?

Nach der Osterpause findet die Sprechstunde der SPD-Fraktion wieder am 20.04.2006 statt und die Stadtvertreterin Kirsten Tödt steht allen Bürgerinnen und Bürgern in dieser Sprechstunde zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus (A0.05) statt und Kirsten Tödt ist dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde:

Schulwegsicherung - welche Vorschläge haben die Eltern ? Wo fehlen Ampeln ? Oder Zebrastreifen ? Oder eventuell nur Markierungen ? Ist die Beleuchtung überall ausreichend ?

Kirsten Tödt nimmt gerne alle Anregungen (per Telefon oder Brief in den Briefkasten am Rathaus) entgegen, um dies dann in die entsprechenden Ausschüsse einzubringen.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 18.04.2006, 09:00 Uhr - 2429 Clicks - Nr. 251

Ausweitung des Tariftreuegesetzes auf den gesamten ÖPNV derzeit nicht umsetzbar

Das Kieler Bus-Unternehmen Autokraft ist im Februar in die Kritik geraten, weil die Firma bei einer Ausschreibung im Kreis Stormarn mit einem Angebot erfolgreich war, das unter anderem einen Stundenlohn für die Busfahrer vorsieht, der unter dem gültigen Tarif liegt.

Vor diesem Hintergrund erreichten den Landtagsabgeordneten Jürgen Weber zahlreiche Briefe besorgter Angestellter der Kieler Autokraft.

Das folgende Antwortschreiben beschäftigt sich mit diesem Sachverhalt. Auch die SPD sieht die Gefahren einer nach unten gerichteten Lohnspirale, kann der Bitte um Ausweitung des Tariftreuegesetzes auf den ÖPNV jedoch zur Zeit leider nicht in dem gewünschten Maße nachkommen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Brief in Sachen Tariftreue, in dem Sie mir Ihre Argumente für eine Ausweitung des Schleswig-Holsteinischen Tariftreuegesetzes auf den gesamten öffentlichen Personennahverkehr vortragen.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die SPD-Landtagsfraktion würde Ihrer Bitte gerne nachkommen. Wir teilen Ihre Auffassung, dass das Ergebnis der Ausschreibung im Kreis Stormarn, die die Firma Autokraft gewinnen konnte, höchst problematisch ist. Die Unterbietung eigener Tarife durch Subunternehmer liegt nicht im Interesse der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und führt mittelfristig zu einer Lohnspirale nach unten. Wir sehen übrigens auch, dass damit schleichend die Qualität des ÖPNV in Frage gestellt werden kann.

Leider können wir das Tariftreuegesetz derzeit nicht in der von Ihnen gewünschten Art ausweiten.

Bereits 2003, als das jetzt geltende Tariftreuegesetz verabschiedet wurde, betraf es lediglich den Bereich des Landes Schleswig-Holstein selbst, nicht den der Kommunen.

Der Grund dafür liegt im so genannten „Konnexitätsprinzip“, mit dem das Land Schleswig-Holstein sich verpflichtet hat, den Kommunen zusätzliche Kosten zu erstatten, die es durch neue Gesetze zu tragen hat. Eine Verpflichtung der Kommunen zur Tariftreue bei kommunalen Ausschreibungen hätte für das Land Schleswig-Holstein unkalkulierbare Kosten zur Folge. Das Land müsste den Differenzbetrag zwischen den Kosten für einen tariftreuen Anbieter und dem „billigsten“ möglichen Anbieter überhaupt bezahlen. Das ist für uns nicht nur nicht zu finanzieren, das wäre auch ein sehr „undurchsichtiges Verfahren“. Daher haben wir seinerzeit entschieden, es den Gemeinden und Gemeindeverbänden freizustellen, das Gesetz ebenfalls anzuwenden. Tariftreue bei kommunalen Ausschreibungen kann nur politisch bei den Kommunen selbst durchgesetzt werden.

Für uns kommt ein Problem hinzu. Unser Koalitionspartner, mit dem wir seit 2005 in der Großen Koalition regieren, ist grundsätzlich nicht bereit, das Tariftreuegesetz auf weitere Bereiche

auszudehnen. Es gibt dort sogar Vorstellungen, auch das bisher Erreichte an Tariftreue wieder abzuschaffen. Das können wir abwenden. Eine Verpflichtung der Kommunen können wir leider nicht durchsetzen.

Der Schleswig-Holsteinische Landkreistag hat jetzt angekündigt, eine Selbstverpflichtung einzugehen, nach der künftig bei Ausschreibungen von Strecken die Tarifbindung zu beachten ist. Das ist immerhin ein gutes Signal. Meine Fraktion sieht in einer solchen Selbstverpflichtung derzeit die einzige Möglichkeit, flächendeckend Tariflöhne zu erreichen. Das gilt für die Landkreise und natürlich auch für Kiel und die anderen kreisfreien Städte.

Mit den Kolleginnen und Kollegen von ver.di in Kiel habe ich vereinbart, dass wir eng und gemeinsam an der Sache dran bleiben, damit Lohn- und Qualitätsdumping verhindert werden und Tarife gesichert bleiben.

Wenn Sie weitere Fragen oder Anregungen haben, wenden Sie sich jederzeit gerne an mich.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Weber

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.04.2006, 14:41 Uhr - 1305 Clicks - Nr. 252

Möller zur Erweiterung der MVK:

Entscheidung verpflichtet zu verantwortlichem Handeln!

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Alexander Möller erklärt zur Entscheidung der Kieler SPD, der Erweiterung der Kieler Müllverbrennungsanlage zuzustimmen:

"Diese Entscheidung ist in Verantwortung für Kiel gefallen. Die Müllverbrennungsanlage ist die umweltfreundlichste Form der Abfallentsorgung für Kiel und die Region.

Jetzt wird es darum gehen, diese parteipolitische Entscheidung in konkretes Handeln umzusetzen. Deshalb wird sich die SPD-Ratsfraktion in den anstehenden Beratungen innerhalb der MVK und in den städtischen Gremien dafür einsetzen, dass

1. die verkehrlichen Belastungen für den Stadtteil Hassee so gering wie möglich sein werden,
2. der ABK eine langfristige Garantie für die Abnahme der von ihm gesammelten Abfälle durch die MVK erhält,
3. eine Gebührenstabilität für die Kielerinnen und Kieler sichergestellt wird, die mittel- bis langfristig zu einer Senkung der Gebühren führt.

Nach einer guten und mehrmonatigen Diskussion in der Kieler SPD mit einem von einer großen Mehrheit getragenen Ergebnis werden jetzt in den Endverhandlungen vor der Erweiterungsentscheidung die Feinarbeiten geleistet."

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen erlebt Alltag von Menschen mit Behinderungen

Bereits zum zweiten Mal folgen Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion einer Einladung der Lebenshilfe Schleswig-Holstein zu Praktikumstagen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Vor zwei Jahren hatte die Lebenshilfe Schleswig-Holstein zu einem „Perspektivenwechsel“ aufgerufen und Politiker aufgefordert, sich mit der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung auseinander zu setzen. Die Erfahrungen damals waren positiv und flossen in die politische Arbeit der Abgeordneten ein. Deshalb haben sich die Politiker entschlossen, erneut solche Praktika zu absolvieren und ihre Eindrücke über den Alltag von Menschen mit Behinderung zu vertiefen. „Das schärft das Bewusstsein und die Sensibilität für die Bedürfnisse der Schwächsten unserer Gesellschaft“, sagt der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang Baasch.

Neben Birgit Herdejürgen werden 10 weitere Abgeordnete (Lothar Hay, Ingrid Franzen, Peter Eichstädt, Astrid Höfs, Hans Müller, Anette Langner, Thomas Hölck, Regina Poersch, Jutta Schümann, Thomas Rother und Wolfgang Baasch) in dieser oder in der nächsten Woche eigene Erfahrungen sammeln: In Werkstätten für Menschen mit Behinderung, in Förderschulen, Kindertagesstätten, in der Psychiatrie und in Beratungsstellen begleiten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen ganzen Tag lang Menschen mit Behinderung und ihre Betreuerinnen und Betreuer.

So wird Birgit Herdejürgen im Kindergarten der Lebenshilfe in Itzehoe tätig sein.

„Man betrachtet die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung doch aus einem anderen Blickwinkel, wenn man die Praxis erlebt hat“, meint Birgit Herdejürgen. „Man sieht, wie eigenständig diese Menschen ihr Leben gestalten. Man erkennt aber auch Probleme, die beseitigt werden können, z. B. mangelnde Barrierefreiheit.“ Die Abgeordneten werden ihre Praktika auswerten und ihre Erfahrungen und Anregungen für das Thema „Teilhabe von Menschen mit Behinderung“ nutzen, einem der Schwerpunkte der Fraktionsarbeit in diesem Jahr.

Zu der Auseinandersetzung mit dem Thema gehört auch eine Ausstellung in den Räumen der SPD-Landtagsfraktion: Vom 3. bis 24. Mai werden hier Aufnahmen aus dem Projekt Fotowerkstatt des Holländerhofes, einer Einrichtung des Diakonie-Hilfswerks für behinderte Menschen in Flensburg, zu sehen sein.

Keine Kommentare

Beibehaltung von Direktverbindungen nach Travemünde!

Die fremdenverkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Gisela Panther-Pätow erklärt:

„Die SPD-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft fordert die Beibehaltung des durchgehenden Zugverkehrs Hamburg - Travemünde wie in den vergangenen Jahren! Noch während der letzten Sommersaison fuhren die Regionalzüge von Hamburg täglich im Zwei-Stunden-Takt wechselweise nach Travemünde oder Ostholstein. Dieses Reiseangebot ohne beschwerliches Umsteigen in Lübeck

war und ist für die Tourismus-Region Lübecker Bucht eine wichtige Verkehrsanbindung, die gerade von älteren Urlaubsgästen – aber auch von Familien mit Kindern – gerne genutzt wurde

Die Pressesprecherin der Deutschen Bahn in Hamburg Sabine Brunkhorst wirft gezielt mit Nebelkerzen, wenn sie behauptet, das Angebot durchgehender Verbindungen nach Travemünde sei besser geworden. Dies gilt leider nur am Wochenende. An fünf Tagen in der Woche wurde es gravierend verschlechtert, - nämlich eingestellt!

Die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft (LVS) als Besteller der SPNV-Leistungen ist aufgefordert, gemeinsam mit der Deutschen Bahn schnellstmöglich für Abhilfe zu sorgen!“

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 20.04.2006, 21:51 Uhr - 1846 Clicks - Nr. 255

SPD:Bürgerbegehren zum Stadtbus - Information und Erklärungen !

Anne Hadinek, bürgerliches Mitglied in der SPD-Fraktion steht für alle Bürgerinnen und Bürger in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 27.04.2006 zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD (A0.05) statt und Anne Hadinek ist dort unter der Telefonnummer 04551-964-348 während der Sprechstunde zu erreichen.

Thema der Sprechstunde: Bürgerbegehren für den Stadtbus - Informationen und Erklärungen - Möglichkeiten zur Unterschrift für den Antrag zum Bürgerentscheid !www.prostadtbus.gmxhome.de

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 21.04.2006, 08:05 Uhr - 1287 Clicks - Nr. 256

Neue Erdgastankstelle schließt Treibstofflücke - Gratulation an Stadtwerke

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner erklärt:

"Endlich müssen die noch zu wenigen Kieler, die ein Ergasfahrzeug besitzen, nicht mehr zum tanken nach Neumünster oder Eckernförde fahren.

Mit der Neueröffnung der ersten Erdgastankstelle für eine breite Privatkundennutzung wird eine große Versorgungslücke in der Region Kiel geschlossen. Den Stadtwerken Kiel AG, die sich nachhaltig für die Realisierung dieser Tankmöglichkeit eingesetzt haben und die Nutzung für private Kunden auch finanziell fördern, gebührt ein großer Dank. Diese neue Möglichkeit der Treibstoffversorgung mit umweltfreundlichem und preiswertem Erdgas wird sich nach unserer Einschätzung auch auf den Automarkt in der Region auswirken. Kiel bietet damit einen neuen Anreiz für den Kauf dieser Fahrzeuge.

Auch die Betriebskosten des städtischen Fuhrparks und damit das Haushaltsdefizit könnten sinken, weil Erdgas deutlich preiswerter ist als Treibstoffe auf Rohölbasis: Ich erinnere an unsere entsprechende Initiative aus dem November 2005. Die SPD-Ratsfraktion wollte eine

Wirtschaftlichkeitsprognose für die Umstellung der gesamten Fahrzeugflotte auf Erdgas-/Erdgaskombifahrzeuge erstellen lassen und bei günstigen Ergebnissen in neue Fahrzeuge investieren. Grüne und CDU lehnten den Ratsantrag ab. Mein Fazit: Die neue Erdgastankstelle ist für Kiel ökologisch und ökonomisch ein Gewinn!"

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 21.04.2006, 09:16 Uhr - 2860 Clicks - Nr. 257

„Werte-Bündnis“ auch für Schleswig-Holstein denkbar

Rolf Fischer, kirchenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, erklärt zu dem heute durch Ministerin von der Leyen verkündeten „Bündnis für Erziehung“ und der damit verbundenen Wertedebatte: Wenn ein solches Bündnis die Wertedebatte stärken kann, dann sollte auch Schleswig-Holstein einen entsprechenden Kreis installieren.

Das Gespräch mit den großen Kirchen ist selbstverständlich; es wäre aber für die Landesebene zu empfehlen, den Kreis mindestens um jüdische und islamische sowie wissenschaftliche Vertreter zu ergänzen. Eine offensiv geführte Diskussion über die religiösen, humanistischen und sozialen Werte, die unsere Gesellschaft stützen, kann die Identität mit unserer demokratischen Gesellschaft erhöhen. Jeder Anschein von politischer Vorfestlegung und Ausgrenzung aber würde ein solches Gremium und seine Arbeit konterkarieren. Wir sollten auf eine Neuaufgabe der „Leitkultur“-Debatte verzichten.



Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 21.04.2006, 16:15 Uhr - 2383 Clicks - Nr. 258

SPD-Engelsby: Älter werden in Flensburg

Mit dieser Broschüre soll den Mitbürgerinnen und Mitbürgern ab 50, die Möglichkeit gegeben werden, sich über die große Vielfalt der Angebote in Flensburg zu informieren.

Dieses 50 Seiten umfassende Nachschlagewerk wurde so aktuell wie möglich gestaltet.

Der Wegweiser "Älter werden in Flensburg", den die Fachstelle für Senioren der Stadt Flensburg herausgibt, informiert über die zahlreichen Angebote und Kontaktadressen für ältere Menschen.

Die vielen Angebote ermutigen zum Aktivsein und zeigt auf, wo es Hilfe in Notlagen gibt.

Die Fachstelle für Senioren erreichen Sie unter der Telefonnummer: (0461) 85-2407 oder 85-2743.

Die Broschüre erhalten Sie im Bürgerbüro.

Keine Kommentare

[SPD-Krempe](#) - veröffentlicht am 21.04.2006, 17:58 Uhr - 4505 Clicks - Nr. 259

Irish-Folk-Abend – ein toller Erfolg

Der von der SPD Krempe veranstaltete Irish-Folk-Abend mit der Gruppe Stew`n`Haggis war ein großer Erfolg. Vor ausverkaufter Halle bei großartiger Stimmung musste die Band ihr volles Programm und einige Zugaben darbieten. In den Pausen marschierte ein Dudelsackspieler durch die Reihen und spielte bekannte schottische Weisen. Das Publikum war begeistert.

Unter den Gästen waren auch unser Bundestagsabgeordneter Jörn Thießen, unsere Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen und viele Freunde aus den benachbarten Ortsvereinen Glückstadt, Kellinghusen, Kremperheide usw. Aus dem Ortsverein Kremperheide haben sogar einige Genossinnen und Genossen aktiv an der Gestaltung dieses Abends mitgewirkt, indem sie beim Aufbau, am Tresen und auch beim Abbau halfen. Die Idee, insbesondere auch junge Familien anzusprechen, ist voll aufgegangen. In der Kinderbetreuung, die nebenan im Gebäude der Realschule stattfand, waren zeitweise mehr als 20 Kinder spielerisch aktiv. Die Whisky-Probierstation, in welcher Manfred Riemann und Thomas Pomarius kaum zum Durchatmen kamen, war ein großer Renner. Es ist zu vermuten, dass hier die schottischen und irischen Whiskysorten viele neue Freunde gefunden haben. Am Bierpilsz war soviel Andrang, dass leider vorzeitig die Bestände des leckeren Kilkenny vom Fass am Ende waren. Aber auch mit dem dann noch vorhandenen deutschen Bier tat das der Stimmung keinen Abbruch. Beim nächsten Mal wird aber ausreichend irisches Bier vorrätig sein. Versprochen !!!



Der SPD-Ortsverein Krempe bedankt sich beim Kreisverband Steinburg für die finanzielle Unterstützung und bei allen Helfern für die geleistete Arbeit.

Kommentar von [Jürgen Barnbrock](#) vom 01.05.2006, 13:09 Uhr:

RE:Irish-Folk-Abend – ein toller Erfolg

Verspäteter Kommentar: Super Veranstaltung, hat uns sehr gut gefallen! Freuen uns auf das nächste Mal. Susann + Jürgen

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.04.2006, 07:56 Uhr - 1275 Clicks - Nr. 260

CDU und GRÜNE kippen den Mettenhofer Naturschwimmteich

"Nun haben CDU und GRÜNE gegen alle ihre vorherigen Bekundungen dem Mettenhofer Naturschwimmteich doch den Garaus gemacht. Sie haben den Stöpsel gezogen, bevor das Wasser überhaupt eingelassen werden konnte," erklären die Mettenhofer SPD-Ratsmitglieder Cathy Kietzer und Cai-Uwe Lindner sowie der sportpolitische Sprecher ihrer Fraktion, Bernd Vogelsang. Im Schul- und Sportausschuss haben CDU und GRÜNE im Zusammenhang mit der Gründung einer Kieler-Bäder GmbH einen Änderungsantrag als Tischvorlage eingebracht und beschlossen, mit dem das Projekt "Naturschwimmteich in Mettenhof" beendet wird. Damit exekutieren CDU und GRÜNE das, was von der Verwaltungsspitze bereits seit längerem beabsichtigt wurde. Diese hatte das Projekt nur halbherzig verfolgt und es immer wieder mit neuen fadenscheinigen Argumenten und mit Billigung der Ratsmehrheit von CDU und GRÜNEN auf die lange Bank geschoben. Mit diesem Beschluss machen CDU und GRÜNE nun ein weiteres Leuchtturmprojekt des Städtebauförderungsprogrammes Soziale Stadt zunichte. Bereits 2003 hatten sie dem Projekt "Café Mette" den Todesstoß verpasst.

Abschließend erklären Kietzer und ihre Fraktionskollegen: "Entgegen allen vollmundigen Erklärungen in Ratsversammlung, Ortsbeirat und in Besprechungen machen CDU und GRÜNE den Mettenhofern den langgehegten Wunsch nach einer Bademöglichkeit zunichte. Mit dieser Entscheidung machen sie abermals klar, dass sie das Wort "Kinderfreundlichkeit" zwar häufig im Munde führen, es aber letztendlich immer wieder an konkreten Taten fehlen lassen. Der kinderreiche Stadtteil Mettenhof kann inzwischen ein Lied davon singen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.04.2006, 07:58 Uhr - 968 Clicks - Nr. 261

Kietzer und Fischer zu K.E.R.N.: Doppelzüngigkeit von Volquartz (CDU)

Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklären zu der K.E.R.N. Äußerung von Frau Volquartz (CDU) im Raisdorfer Wirtschaftsforum: "Anfang März unterstützt Frau Volquartz (CDU) die Neuorganisation der K.E.R.N.-Region durch ihre Ja-Stimme, unter anderem zur Stärkung der demokratischen Strukturen von K.E.R.N. und zur Bündelung der Kräfte für Wirtschaftsförderung und Vermarktung der Region.

Auf dem Wirtschaftsforum Raisdorf enthüllt die Kieler Oberbürgermeisterin die Doppelzüngigkeit ihrer Haltung

und Politik gegenüber regionalen Partnern, indem Sie verkündet: "Mit K.E.R.N. kann es so nicht weiter gehen." Keine wieder gegebene Äußerung zu dem von ihr gefassten Beschluss für die Neuorganisation, keine Auskunft, wie Kiel zu K.E.R.N. steht. Dabei hätte Frau Volquartz (CDU) als Vorstandsmitglied von K.E.R.N. für die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werben und die Neuorganisation der K.E.R.N.-Region aktiv unterstützen müssen.

Mit ihrer Doppelzüngigkeit verspielt Frau Volquartz (CDU) das Vertrauen von wichtigen Partnern, wie das der Stadt Neumünster oder der Industrie- und Handelskammer. "

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 22.04.2006, 13:28 Uhr - 2675 Clicks - Nr. 262

SPD-Engelsby: Festumzug durch die Gemeinde

Mit einem großem Festumzug durch Engelsby begann um 10.00 Uhr der Tag der offenen Tür bei der Freiwilligen Feuerwehr Engelsby. Anlass für dieses Ereignis war die Einweihung des neuen Feuerwehrgerätehauses.

Nach monatelangen Bauarbeiten, die ehrenamtlich erbracht wurden, nutzten viele Engelsbyer heute die Gelegenheit, um sich das Haus und die technischen Einrichtungen aus der Nähe anzusehen. An den Infoständen wurde die Arbeit der Ortswehr Engelsby anschaulich erklärt.

Wir wünschen der Freiwilligen Feuerwehr viel Freude in der neuen Unterkunft und viel Erfolg in der Ausbildung der Jugendfeuerwehr.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 24.04.2006, 10:29 Uhr - 1114 Clicks - Nr. 263

Kieler Jahrmarkt: Neuer Standort an der Hörn gibt wieder Zukunft!

Der innen- und ordnungspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner erklärt zum Umzug des Kieler Jahrmarktes auf das Hörn-Gelände:

"Die SPD-Fraktion freut sich mit den Schaustellerinnen und Schaustellern über den großen Erfolg des Kieler Jahrmarktes. Nach dem schweren letzten Jahr durch zu geringes Publikum auf dem

Wilhelmsplatz hat sich der Mut zum Risiko mit dem Wechsel auf das Hörn-Gelände bezahlt gemacht. Die neue Sichtbarkeit an einem der prominentesten Standorte der Stadt hat das Interesse am Jahrmarkt deutlich erhöht: Neue Gäste konnten gewonnen, die Stammbesucher gehalten und das Familienpublikum zurückgewonnen werden. Die Aufenthaltszeit der Besucher auf dem Markt hat sich deutlich verlängert. Das Interesse der Schaustellerbetriebe an der Kieler Veranstaltung wächst. Für den ebenfalls an der Hörn stattfindenden Sommermarkt ergeben sich damit sehr gute Aussichten: Der Erfolg des Frühjahrsmarktes zieht neue Fahrgeschäfte an, dies wird die Veranstaltung erneut attraktiver machen. Für Kiel kann ein schöner Jahrmarkt ein Pluspunkt für den Städtetourismus sein. Einen wesentlichen Faktor sehen wir in der Kostenkalkulation - v.a. für die zu schaffende technische Infrastruktur. Die SPD-Ratsfraktion setzt sich daher für einen verträglichen Interessenausgleich zwischen den Schaustellern, Energieanbietern und Platzvermietern ein."

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 25.04.2006, 20:17 Uhr - 4093 Clicks - Nr. 264

Wir sind Europäer

Schleswig-Holsteins Europaausschuss informiert sich in Brüssel

Die Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Europaausschusses informieren sich unter Leitung ihrer Vorsitzenden Astrid Höfs einige Tage über unterschiedliche europäische Themen und Aktivitäten vor Ort in Brüssel.

Astrid Höfs: „Die politische Arbeit wird heute bereits weitestgehend durch die EU bestimmt. Und so ist für es für Europapolitiker aller Fraktionen von großer Bedeutung die handelnden Akteure in Brüssel zu treffen und über die aktuellen Schwerpunkte am Ort des Geschehens zu diskutieren.“

U.a. werden wir über die Ziele der Lissabon Strategie (Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit) und die Demographische Entwicklung in Brüssel diskutieren. Auf der Tagesordnung des Ausschusses stehen ebenso der Haushalt 2007 – 2013 und die Auswirkungen der Strukturpolitik auf Schleswig-Holstein. Besonderes Interesse gilt auch der europäischen Integrierten Meerespolitik.

Die Schleswig-Holsteinischen Abgeordneten treffen in Brüssel den ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU Dr. Wilhelm Schönfelder, führen Gespräche mit dem ständigen Vertreter Österreichs bei der EU Dr. Klemens Fischer, ebenso mit dem Botschafter Dr. Christoph Jessen und dem Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Eine interessante Plenarsitzung im Ausschuss der Regionen über die europäische Politik für dynamische Städte wird ebenso besucht wie das Europäische Parlament. Dort werden die Schleswig-Holsteiner auch ihre Europaabgeordneten Willi Piecyk, Reimer Böge und Angelika Beer treffen.

„Uns erwarten eine Fülle von Informationen über unterschiedliche Politikfelder, die wir dann gezielt für unsere Arbeit in Kiel einsetzen werden“, so Astrid Höfs.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 25.04.2006, 21:14 Uhr - 2664 Clicks - Nr. 265

Hafenleitprogramm einstimmig verabschiedet

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt und der Kreisvorsitzende der Lübecker

SPD Wolfgang Baasch erklären:

Der Kreisvorstand der Lübecker SPD hat auf seiner gestrigen Sitzung intensiv über die rechtlichen und politischen Konsequenzen aus der von der CDU gegen die Bedenken der anderen Fraktionen durchgepeitschten Grundsatzentscheidung für ein Interessenbekundungsverfahren für die LHG befasst. Gleichzeitig wurde über die seit langem diskutierten Leitlinien für eine zukünftige Hafentpolitik in der Hansestadt abschließend beraten.

Breites Einvernehmen gab es darüber, dass Information und Kommunikation zwischen Bürgermeister, Partei und Fraktion in einer zentralen Frage der Lübecker Politik nicht optimal gewesen ist und bei zukünftigen wesentlichen Grundsatzentscheidungen besser laufen muss.

Konsens bestand darin, dass die SPD-Bürgerschaftsfraktion in dieser Frage politisch richtig und besonnen gehandelt hat. Für uns ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Politik bereits im Vorfeld einer Entscheidung der Bürgerschaft ausführlich und rückhaltlos informiert wird.

Nach der ungenügenden Unterrichtung des Aufsichtsrates der LHG, der fehlenden Beratung im Wirtschaftsausschuss, der Ablehnung des Vertagungsantrages durch die CDU und der endgültigen Weigerung der Verwaltung, die angeforderten Unterlagen vor der Entscheidung in der Bürgerschaft zur Verfügung zu stellen, war das Nein der SPD unausweichlich.

Die SPD geht davon aus, dass die bereits angekündigte Vorlage zur Zukunft der Entsorgungsbetriebe anders als bei der LHG gründlich vorbereitet wird und erst nach einer ausführlichen Diskussion auf der Ebene der Fachausschüsse in der Bürgerschaft zur Abstimmung gestellt wird. Eine Entscheidung über die zukünftige Struktur der EBL darf nicht übers Knie gebrochen werden, wie es in der letzten Bürgerschaftssitzung bei der LHG geschehen ist.

Gleichzeitig wurde einstimmig das von einer Arbeitsgruppe unter Federführung des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Bürgerschaftsfraktion erarbeitete Hafentleitprogramm 2013 angenommen und beschlossen.

Schwerpunkte sind darin unter anderem

- das Bekenntnis der SPD zu einem weiteren Ausbau der Lübecker Häfen auf Grundlage des bestehenden Hafententwicklungsplanes bei Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte wie Minimierung des Flächenbedarfes und Aktivierung von Industrie- und Gewerbebrachen,
- die Erkenntnis der Notwendigkeit, mehr privates Kapital für den Ausbau der Hafentinfrastruktur zu aktivieren und
- gleichzeitig verstärkt ökologische Anreize bei der Ausgestaltung der Hafententgelte und Anreize für den Einsatz leiserer und umweltverträglicherer Schiffe zu setzen.

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 25.04.2006, 23:42 Uhr - 2997 Clicks - Nr. 266

Baustellenbesichtigung ein voller Erfolg

Die SPD Fraktion Glücksburg hatte zu einer Besichtigung der Baustelle Erlebnisbad eingeladen. Der Fraktionsvorsitzende Rolf Glawischnig konnte 85 Bürgerinnen und Bürger aus Glücksburg begrüßen.

Auf einem Rundgang erläuterte der verantwortliche Bauleiter die einzelnen Bausegmente.

In der anschließenden Diskussion konnte man ein großes Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Glücksburg feststellen.

Alle waren sich einig, dass " man jetzt weiß " wie hier gebaut wird.

Mit einem kleinen Geschenk verabschiedete sich Rolf Glawischmig im Namen der SPD Glücksburg.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.04.2006, 09:44 Uhr - 961 Clicks - Nr. 267

Möller und Stadelmann zum Kommunalen Finanzausgleich:

"Oberbürgermeisterin muss Kiel vor Kürzungen bewahren!"

Zum Alternativantrag der SPD-Ratsfraktion und zur Resolution der Ratsfraktionen von CDU und Grünen gegen den von der Landesregierung angekündigten Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich erklären der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Möller und Ratsherr Falk Stadelmann:

"Unsere Stadt ist Landeshauptstadt und Oberzentrum. Deswegen muss auch nach der wahrscheinlichen Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs eine angemessene Beteiligung des Landes an der Finanzierung des Schulbaus, des Straßenbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Grundsicherung für Arbeitssuchende, der Jugendhilfe, der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen, der Büchereien, der Theater und des Orchesters gewährleistet sein. Die Blockadehaltung der Kieler CDU-Ratsfraktion gegen ihren eigenen Ministerpräsidenten und die von CDU und SPD getragene Landesregierung ändert nichts an der Notwendigkeit der Sanierung des Landeshaushalts. Von entscheidender Bedeutung ist es vielmehr, dass die Oberbürgermeisterin - gestärkt durch den von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Beschluss der Ratsversammlung - in Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten möglichst geringe Kürzungen der Zuwendungen an Kiel aus dem Kommunalen Finanzausgleich erreicht."

Beide Sozialdemokraten sind zuversichtlich, dass es der Oberbürgermeisterin als stellvertretender CDU-Landesvorsitzender gelingen kann, in Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Peter Harry Carstensen Kiel vor Kürzungen zu bewahren. Sie erinnern daran, dass im schleswig-holsteinischen Koalitionsvertrag von CDU und SPD eine Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs bei Wahrung der Ausgleichsfunktion zwischen strukturstarken und -schwachen Regionen vereinbart worden ist. Bei dieser Neuordnung muss die bisherige Unwucht zugunsten der kleineren, ländlichen Gemeinden und zu Lasten der Städte mit ihrer zentralörtlichen Funktion beseitigt werden, fordern Möller und Stadelmann.

"Wichtig ist auch zu erkennen, dass die Haushaltskonsolidierung auf Dauer nicht allein durch Ausgabenkürzungen bei Personal und Aufgaben gelingen kann. Erforderlich ist eine Verstetigung und Erhöhung der Einnahmen des Landes. Dazu ist eine Erweiterung der Gewerbesteuer zu einer Kommunalsteuer und die Erhöhung der Steuersätze für die Vererbung von Großvermögen unerlässlich, so Möller und Stadelmann abschließend.

SPD-Ratsfraktion

Antrag zur Ratsversammlung am 27.04.2006, Drucksache 0412/2006

Betreff: **"Konsolidierung der öffentlichen Finanzen im Land Schleswig-Holstein und seinen Kommunen" Alternativantrag** zu TOP 10.7 - Resolution zum beabsichtigten Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich, Drs. Nr. 0304/2006

Antrag:

1. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel erkennt die Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auf der Ebene des Landes und auf der Ebene der Kreise, Städte, Gemeinden und Ämter an.

Diese Haushaltskonsolidierung wird auf Dauer nicht allein durch Ausgabenkürzungen bei Personal und Aufgaben zu bewältigen sein. Erforderlich ist eine Verstetigung und Erhöhung der Einnahmen des Landes und der Kommunen. Dazu ist die Erweiterung der Gewerbesteuer zu einer Kommunalsteuer und die Erhöhung der Steuersätze für die Vererbung von Großvermögen unerlässlich.

2. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel fordert die Oberbürgermeisterin und Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Städtetages auf, mit dem Ministerpräsidenten und der Landesregierung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden über den vorgesehenen Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich zu verhandeln.

Ziel muss dabei die Erhaltung der Handlungsfähigkeit Kiels in bezug auf die übertragenen und eigenen öffentlichen Aufgaben sein, damit die Funktion als Oberzentrum in angemessener Weise aufrecht erhalten und ausgebaut werden kann.

Dazu müssen nach den zu erwartenden Kürzungen im Bereich der Investitionsförderung ausreichende Fördermittel für den kommunalen Schulbau, den kommunalen Straßenbau, den öffentlichen Personennahverkehr, die Grundsicherung für Arbeitssuchende und die Jugendhilfe, die Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen, die Büchereien, die Theater und das Orchester gewährt werden, auch bevor eine Verstetigung und Erhöhung der Einnahmen des Landes greifen. Spätere Mehreinnahmen des Landes müssen in angemessenem Verhältnis über den Kommunalen Finanzausgleich den die Kreise, Städte, Gemeinden und Ämter zur Finanzierung ihrer jeweiligen öffentlichen Aufgaben weitergereicht werden.

3. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel bittet die Oberbürgermeisterin, ihr zeitnah über das Ergebnis ihrer Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten und der Landesregierung zu berichten.

Begründung:

Das Land und die Kreise, Städte, Gemeinden und Ämter müssen bei der erforderlichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte konstruktiv zusammenwirken. Eine Investitionsförderung zugunsten Kiels muss dabei im Vordergrund stehen und eine Verstetigung der Einnahmen mit dem Ziel der Planungssicherheit erreicht werden.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.04.2006, 09:47 Uhr - 1003 Clicks - Nr. 268

Kietzer zum neuen K.E.R.N. Modell:

Gemeinsam für Schleswig-Holsteins starke Mittelpunktregion

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zum Neuschnitt der Verwaltungsregion, die K.E.R.N. einschließlich der Landkreise Segeberg und Plön umfassen soll und zum untenstehenden Änderungsantrag für die Ratsversammlung "Verwaltungsstrukturreform unterstützen!":

"Das neue K.E.R.N.-Modell ist ein mutiger Schritt und schafft für die beteiligten Landkreise

Rendsburg-Eckernförde, Plön und Segeberg sowie die kreisfreien Städte Neumünster und Kiel sehr gute Voraussetzungen, um sich im europäischen Wettbewerb der Regionen zu behaupten und gleichberechtigte Nachbarschaft mit dem Großraum Hamburg herzustellen.

Den bereits bestehenden Lebens- oder Arbeitsbezüge vieler Menschen in der Region würde eine gemeinsame Verwaltungsregion entgegen kommen.

Deshalb ist das neue K.E.R.N.-Modell sinnvoll. Die Region wird aber mit diesem Zuschnitt nur dann gewinnen, wenn alle erkennen: "Schleswig-Holstein braucht eine starke Mittelpunktregion mit Brückenschlag zu Hamburg, und diese müssen wir gemeinsam aufbauen!"

Antrag zu Ratsversammlung am 27.04.2006

Betreff: "**Verwaltungsstrukturreform unterstützen!**" - Änderungsantrag zu TOP 10.4 - Verwaltungsregionen, Drs. Nr. 0278/2006

Antrag:

Die Landeshauptstadt Kiel begrüßt die Verwaltungsstrukturreform des Landes Schleswig-Holstein. Die Ratsversammlung begrüßt außerordentlich, dass durch die Reform der Verwaltungsstrukturen die Kommunen von Aufgaben entlastet werden sollen.

Kiel strebt die Bildung einer Verwaltungsregion mit der kreisfreien Stadt Neumünster, den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Plön und Segeberg an. So rückt Kiel an die Metropolregion Hamburg heran und stärkt seine Position in Schleswig-Holstein. Der Gefahr, dass Kiel durch eine stärkere Anbindung von Teilen Schleswig-Holsteins an die Metropolregion Hamburg ins Hintertreffen gerät, wird so begegnet.

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister von Neumünster sowie den Landräten der Kreise Rendsburg-Eckernförde, Plön und Segeberg sowie mit Unterstützung des zuständigen Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein Aufgaben herauszuarbeiten, die innerhalb einer gemeinsamen Verwaltungsregion geleistet werden können.

Die Oberbürgermeisterin wird außerdem gebeten, die Struktur und Einrichtung der K.E.R.N.-Region in ihre Beratungen mit einzubeziehen.

Die Mitwirkungs- und Kontrollrechte der Ratsversammlung sind in der rechtlichen Ausgestaltung der Verwaltungsregion sicher zu stellen.

Der Hauptausschuss ist im Rahmen eines sog. ständigen Tagesordnungspunktes über den Stand der Gespräche zu informieren.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Kiel soll als kreisfreie Stadt die besonderen Chancen der Verwaltungsstrukturreform nutzen und die Kooperation mit den Umland- und Nachbarkreisen sowie Neumünster vertiefen.

Im Rahmen der Schaffung der Verwaltungsregionen mit Aufgaben des Landes sollen auch Aufgabenbereiche auf Möglichkeiten der Zusammenarbeit geprüft werden, wie z.B. die gemeinsame Wirtschaftsförderung, eine gemeinsame Aufgabenträgerschaft des ÖPNV sowie andere Bereiche.

Keine Kommentare

Lothar Hay und Claus Möller: Wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht

Zum Thema "ein Jahr Große Koalition in Kiel" erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay und der SPD-Landesvorsitzende Claus Möller:

In Schleswig-Holstein wollten wir nach der Landtagswahl im Februar 2005 mit dem Ein-Stimmen-Vorsprung eine Regierungskoalition links von der Mitte bilden. Das Desaster vom 17. März hat dieses Vorhaben zunichte gemacht. Wir waren gezwungen, uns zu entscheiden zwischen Opposition oder Großer Koalition. Wir haben uns entschieden

für die Große Koalition, also für die aktive politische Mitgestaltung und Mitverantwortung.

Und die Koalitionsverhandlungen mit der CDU haben gezeigt, dass eine Koalition auf gleicher Augenhöhe möglich war und dass wir im Koalitionsvertrag die sozialdemokratische Handschrift deutlich sichtbar machen konnten.

Auf dem SPD-Landesparteitag (23. April 2005) haben wir vier Vorhaben genannt, die mit breiter Mehrheit leichter umsetzbar sind als mit nur einer Stimme und für die eine Große Koalition sich lohnen würde:

1. Die Haushaltskonsolidierung mit zwangsläufig unpopulären Sparbeschlüssen.
2. Eine Verwaltungsstrukturreform bei durchweg schwarzen Mehrheiten in den Kommunen.
3. Mutige Entbürokratisierung.
4. Beseitigung von Unwuchten im kommunalen Finanzausgleich.

Nach der Bundestagswahl gibt es auch im Bund eine Große Koalition. In Kiel wie in Berlin ist jetzt die Zeit der großen Entscheidungen und damit der Bewährung. Wir sind sicher, dass wir für die großen Brocken wie den Doppelhaushalt 2007/2008, die Verwaltungsstrukturreform, die Schulgesetznovelle, das Hochschulgesetz und die Umweltpolitik faire und in der Sache gute Kompromisse finden werden. Das gilt auch für die großen bundespolitischen Themen: Gesundheitsreform, Föderalismusreform, Unternehmenssteuerreform und die Rentenpolitik.

Die Koalition in Schleswig-Holstein arbeitet gut und wesentlich reibungsloser als man vor einem Jahr erwarten konnte. Dies ist auch Verdienst der Ministerinnen und Minister der SPD, die wichtige Vorhaben der Koalition voran gebracht haben. Das Konfliktmanagement in der Regierung funktioniert; ein offizieller Koalitionsausschuss war bisher nicht erforderlich. Bedauerlich ist allerdings, dass die CDU-Landtagsfraktion zunehmend versucht, sich von Kabinettsentscheidungen, die auf der Basis des Koalitionsvertrages getroffen worden sind, zu distanzieren.

Für die jetzt anstehenden landespolitischen Entscheidungen, wollen wir die Position der SPD wie folgt umreißen:

1. Wir haben mit unserem vor zwei Jahren auf einem Landesparteitag beschlossenen Bildungskonzept – Stichwort „Längeres gemeinsames Lernen“ - genau die richtige Antwort auf die schlechten Ergebnisse des deutschen Bildungssystems bei PISA gegeben. In der Schulgesetznovelle von Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave wird jetzt die Gemeinschaftsschule verankert. Ich weiß, dass die CDU sich damit sehr schwer tut und mit verschiedenen Manövern dies verhindern will. Die Auffassung und Stimmungslage in der SPD Schleswig-Holstein dazu ist eindeutig: Wer die Gemeinschaftsschule in Frage stellt, stellt auch die Große Koalition in Frage.

2. Mit der SPD wird es in der Hochschulgesetznovelle keine Studiengebühren geben.

Wir haben bei der Einbringung des Koalitionsvertrages vor einem Jahr zugesichert, „dass vor einer endgültigen Entscheidung des Kabinetts ein Landesparteitag

das Thema Studiengebühren erneut berät“. Nach unserer Einschätzung gibt es bei uns für Studiengebühren auf einem Parteitag keine Mehrheit.

Im Gegenteil: eine große Mehrheit ist nach wie vor dagegen.

3. In der Umweltpolitik haben wir in der Koalitionsvereinbarung und in der Novelle des Naturschutzgesetzes für die SPD schwierige Kompromisse akzeptiert. Das gleiche gilt für die Gleichstellungspolitik. Wir nehmen diese Abstriche hin, weil ein Kernbestand von Umweltpolitik und Gleichstellung gewahrt bleibt, der ohnedie Regierungs-beteiligung der SPD auch weg gewesen wäre.

4. Die SPD ist entschlossen, die Verwaltungsstrukturreform so umzusetzen, wie sie im Koalitionsvertrag skizziert und von Innenminister Ralf Stegner konsequent umgesetzt wird. Diese Reform zielt darauf ab Kosten von Verwaltung und Bürokratie in Schleswig-Holstein in nennenswertem Umfang zu senken und die so frei werdenden Gelder in politische Ziele zu investieren: Bildung, Kindergärten, innere Sicherheit, soziale Entwicklung. Die Reform zielt zudem darauf ab, Macht und Einfluss des politischen Ehrenamts gegenüber den hauptamtlichen Verwaltungen zu stärken. Die Konflikte um die regionalen Zuschneidungen sorgen für Aufregung, werden aber die Verwaltungsstrukturreform nicht aufhalten.

5. Energiepolitik: Heute jährt sich das schreckliche Reaktorunglück von Tschernobyl zum 20. Mal. Die SPD in Schleswig-Holstein hatte sich schon in den 70er Jahren gegen die Atomenergie gestellt und hat sich 1986 auf dem Bundesparteitag in Nürnberg in der ganzen SPD durchgesetzt. Der 1999 zwischen der Bundesregierung und der Energiewirtschaft ausgehandelte Energiekonsens ist seither Gesetz. Auf dieser Grundlage findet ein langfristiger Atomausstieg statt.

Im Koalitionsvertrag in Berlin wurde der Atomausstieg bestätigt; in Schleswig-Holstein haben wir vereinbart, dass von hier aus keine Initiative zur Änderung des Energie-konsenses erfolgt. Daran ist auch der Energieminister gebunden.

Mit dem „roten Faden der sozialen Gerechtigkeit“ haben wir in den letzten Jahren die Identität und das Profil der schleswig-holsteinischen SPD geschärft und den Kristallisationspunkt für unsere Programmatik gefunden. Die genannten fünf Punkte zeigen, dass die SPD in der Lage ist, auch in einer Großen Koalition auf der Grundlage des Koalitionsvertrages Profil und scharfe Konturen zu zeigen.

Wir haben für den 16. Juni einen Sonderparteitag einberufen, weil die Landesregierung in den Eckwerten für den Doppelhaushalt 2007/2008 Entscheidungen getroffen hat, die in zwei gravierenden Punkten in Widerspruch zum Koalitionsvertrag stehen.

Es wurde vereinbart, dass das Land seine Finanzprobleme nicht zu Lasten der Kommunen lösen wird. Und die Arbeitszeitverlängerung für die Beamtinnen und Beamten wurde mit der Zusage verbunden, in dieser Legislaturperiode keine weiteren Abstriche beim Weihnachts- und Urlaubsgeld vorzunehmen. Hier wird der vom Parteitag beschlossene Koalitionsvertrag in zwei substanziellen Punkten verändert und deshalb muss bei der SPD auch ein Parteitag dazu Stellung beziehen.

Die Haushaltsberatungen der letzten Wochen haben gezeigt, dass das Land nahe an einer Haushaltsnotlage ist. Deshalb ist die Halbierung der Netto-Neuverschuldung bis 2010 unausweichlich und wir sehen zu den geplanten Maßnahmen keine Alternative.

Wir wollen die Kürzungen der Personalkosten sozial staffeln und den Kommunen im Gegenzug zu den Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich Kompensationen ermöglichen.

Keine Kommentare

SPD-Stadtmitte informiert über Hafententwicklung

Auf Einladung des SPD-Ortsvereins Stadtmitte, informierte Helmut Pagel, Abteilungsleiter Stadtentwicklung der Stadt Flensburg, über die aktuellen Entwicklungen im Hafenbereich, zwischen Nordertor und Hafenspitze.

Auf der westlichen Hafenseite haben sich nach Rückgang des Güterumschlages und der "Butterfahrten" verschiedene Vereine etabliert, die mit historischen Schiffen die Tradition des Flensburger Hafens bewahren. Hieraus ergeben sich Chancen für Flensburg als Tourismusort, die mit baulichen Maßnahmen unterstützt und erweitert werden sollen. Nachdem das Gebäude der alten Landeskasse vom Förderverein erworben wurde, soll das Schifffahrtsmuseum erweitert werden. Beschlossen sind auch Pavillons, die von verschiedenen Vereinen und zum Fahrkartenverkauf genutzt werden können. Kurz vor der Vollendung stehen die Schwimmbrückenanlage für die klassischen Yachten, sowie der Spielplatz an der Hafenspitze.

Ebenfalls an der Hafenspitze soll im nächsten Jahr ein Pavillon gebaut werden, der das gastronomische Angebot erweitern soll. Einig waren sich alle Teilnehmer der Veranstaltung darin, dass der geplante Promenadenverlauf am Wasser bis zum ehemaligen Schlachthof kommen muss und die bestehenden Freiflächen zwischen Hafenspitze und Fischereiverein aufgewertet werden müssen.

Keine Kommentare

Zwanzigster Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

Am 26. April 2006 jährt sich der zwanzigste Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Es explodierten an diesem Tag 180.000 Kilogramm hochradioaktives Material, das entsprach einer Menge von ca. 1000 Hiroshimabomben. Viele Menschen starben an den Folgen und ca. 500.000 bis 900.000 Menschen leiden noch heute und werden bis zu ihrem Tode an den Krankheiten leiden, welche diese Katastrophe verursachte, ganz zu schweigen von den Menschen, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht geboren waren und Schäden im Mutterleib erlitten. Nach der weltweiten Aufregung in den ersten Wochen und Monaten nach dem Unfall haben sehr viele Menschen vergessen, welche Gefahren von Kernkraftwerken ausgehen.

Auch in den noch so sichersten Kraftwerken kann durch technisches oder menschliches Versagen eine gleiche Katastrophe entstehen und es nützt dann nichts mehr, in der üblichen Aufregtheit von Politik und Medien Abwehrmaßnahmen zu ergreifen oder Schuldige zu suchen.

Angesichts der aktuellen Debatte, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern und den vereinbarten Ausstieg aus der Kernenergie infrage zu stellen, weist die SPD Lübeck deutlich auf die nicht absehbaren Gefahren eines Unfalls hin und spricht sich nach wie vor für den Ausstieg aus der Kernenergie aus.

Eine angeblich befürchtete Energielücke kann durch zwei wichtige Punkte vermieden werden: Erstens muss der Energieverbrauch durch sparsame Technik drastisch gesenkt werden und zweitens müssen die erneuerbaren Energien konsequent gefördert werden. In beiden Fällen wird das dazu führen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden.

Keine Kommentare

Claus Möller und Lothar Hay: Wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht

In Schleswig-Holstein wollten wir nach der Landtagswahl im Februar 2005 mit dem 1-Stimmen-Vorsprung eine Regierungskoalition links von der Mitte bilden. Das Desaster vom 17. März hat dieses Vorhaben zunichte gemacht. Wir waren gezwungen, uns zu entscheiden zwischen Opposition oder Großer Koalition. Wir haben uns entschieden für die Große Koalition, also für die aktive politische Mitgestaltung und Mitverantwortung. Und die Koalitionsverhandlungen mit der CDU haben gezeigt, dass eine Koalition auf gleicher Augenhöhe möglich war und dass wir im Koalitionsvertrag die sozialdemokratische Handschrift deutlich sichtbar machen konnten.

Auf dem SPD-Landesparteitag (23. April 2005) haben wir vier Vorhaben genannt, die mit breiter Mehrheit leichter umsetzbar sind als mit nur einer Stimme und für die eine Große Koalition sich lohnen würde: 1. Die Haushaltskonsolidierung mit zwangsläufig unpopulären Sparbeschlüssen. 2. Eine Verwaltungsstrukturreform bei durchweg schwarzen Mehrheiten in den Kommunen. 3. Mutige Entbürokratisierung. 4. Beseitigung von Unwuchten im kommunalen Finanzausgleich.

Nach der Bundestagswahl gibt es auch im Bund eine Große Koalition. In Kiel wie in Berlin ist jetzt die Zeit der großen Entscheidungen und damit der Bewährung. Wir sind sicher, dass wir für die großen Brocken wie den Doppelhaushalt 2007/2008, die Verwaltungsstrukturreform, die Schulgesetznovelle, das Hochschulgesetz und die Umweltpolitik faire und in der Sache gute Kompromisse finden werden. Das gilt auch für die großen bundespolitischen Themen: Gesundheitsreform, Föderalismusreform, Unternehmenssteuerreform und die Rentenpolitik.

Die Koalition in Schleswig-Holstein arbeitet gut und wesentlich reibungsloser als man vor einem Jahr erwarten konnte. Dies ist auch Verdienst der Ministerinnen und Minister der SPD, die wichtige Vorhaben der Koalition voran gebracht haben. Das Konfliktmanagement in der Regierung funktioniert; ein offizieller Koalitionsausschuss war bisher nicht erforderlich. Bedauerlich ist allerdings, dass die CDU-Landtagsfraktion zunehmend versucht, sich nach Kabinettsentscheidungen, die auf der Basis des Koalitionsvertrages getroffen worden sind, zu distanzieren.

Für die jetzt anstehenden landespolitischen Entscheidungen, wollen wir die Position der SPD wie folgt umreißen:

1. Wir haben mit unserem vor zwei Jahren auf einem Landesparteitag beschlossenen Bildungskonzept – Stichwort „Längeres gemeinsames Lernen“ – genau die richtige Antwort auf die schlechten Ergebnisse des deutschen Bildungssystems bei PISA gegeben. In der Schulgesetznovelle von Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave wird jetzt die Gemeinschaftsschule verankert. Wir wissen, dass die CDU sich damit sehr schwer tut und mit verschiedenen Manövern dies verhindern will. Die Auffassung und Stimmungslage in der SPD Schleswig-Holstein dazu ist eindeutig: Wer die Gemeinschaftsschule in Frage stellt, stellt auch die Große Koalition in Frage.
2. Mit der SPD wird es in der Hochschulgesetznovelle keine Studiengebühren geben. Wir haben bei der Einbringung des Koalitionsvertrages vor einem Jahr zugesichert, „dass vor einer endgültigen Entscheidung des Kabinetts ein Landesparteitag das Thema Studiengebühren

erneut berät“. Nach unserer Einschätzung gibt es bei uns für Studiengebühren auf einem Parteitag keine Mehrheit. Im Gegenteil: eine große Mehrheit ist nach wie vor dagegen.

3. In der Umweltpolitik haben wir in der Koalitionsvereinbarung und in der Novelle des Naturschutzgesetzes für die SPD schwierige Kompromisse akzeptiert. Das gleiche gilt für die Gleichstellungspolitik. Wir nehmen diese Abstriche hin, weil ein Kernbestand von Umweltpolitik und Gleichstellung gewahrt bleibt, der ohne die Regierungsbeteiligung der SPD auch weg gewesen wäre.
4. Die SPD ist entschlossen, die Verwaltungsstrukturreform so umzusetzen, wie sie im Koalitionsvertrag skizziert und von Innenminister Ralf Stegner konsequent umgesetzt wird. Diese Reform zielt darauf ab, Kosten von Verwaltung und Bürokratie in Schleswig-Holstein in nennenswertem Umfang zu senken und die so frei werdenden Gelder in politische Ziele zu investieren: Bildung, Kindergärten, innere Sicherheit, soziale Entwicklung. Die Reform zielt zudem darauf ab, Macht und Einfluss des politischen Ehrenamts gegenüber den hauptamtlichen Verwaltungen zu stärken. Die Konflikte um die regionalen Zuschneidungen sorgen für Aufregung, werden aber die Verwaltungsstrukturreform nicht aufhalten.
5. Energiepolitik: Heute jährt sich das schreckliche Reaktorunglück von Tschernobyl zum 20. Mal. Die SPD in Schleswig-Holstein hatte sich schon in den 70er Jahren gegen die Atomenergie gestellt und hat sich 1986 auf dem Bundesparteitag in Nürnberg in der ganzen SPD durchgesetzt. Der 1999 zwischen der Bundesregierung und der Energiewirtschaft ausgehandelte Energiekonsens ist seither Gesetz. Auf dieser Grundlage findet ein langfristiger Atomausstieg statt. Im Koalitionsvertrag in Berlin wurde der Atomausstieg bestätigt; in Schleswig-Holstein haben wir vereinbart, dass von hier aus keine Initiative zur Änderung des Energiekonsenses erfolgt. Daran ist auch der Energieminister gebunden.

Mit dem „roten Faden der sozialen Gerechtigkeit“ haben wir in den letzten Jahren die Identität und das Profil der schleswig-holsteinischen SPD geschärft und den Kristallisationspunkt für unsere Programmatik gefunden. Die genannten fünf Punkte zeigen, dass die SPD in der Lage ist, auch in einer Großen Koalition auf der Grundlage des Koalitionsvertrages Profil und scharfe Konturen zu zeigen.

Wir haben für den 16. Juni einen Sonderparteitag einberufen, weil die Landesregierung in den Eckwerten für den Doppelhaushalt 2007/2008 Entscheidungen getroffen hat, die in zwei gravierenden Punkten in Widerspruch zum Koalitionsvertrag stehen. Es wurde vereinbart, dass das Land seine Finanzprobleme nicht zu Lasten der Kommunen lösen wird. Und die Arbeitszeitverlängerung für die Beamtinnen und Beamten wurde mit der Zusage verbunden, in dieser Legislaturperiode keine weiteren Abstriche beim Weihnachts- und Urlaubsgeld vorzunehmen. Hier wird der vom Parteitag beschlossene Koalitionsvertrag in zwei substantziellen Punkten verändert und deshalb muss bei der SPD auch ein Parteitag dazu Stellung beziehen.

Die Haushaltsberatungen der letzten Wochen haben gezeigt, dass das Land nahe an einer Haushaltsnotlage ist. Deshalb ist die Halbierung der Netto-Neuverschuldung bis 2010 unausweichlich und wir sehen zu den geplanten Maßnahmen keine Alternative. Wir wollen die Kürzungen der Personalkosten sozial staffeln und den Kommunen im Gegenzug zu den Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich Kompensationen ermöglichen.

Keine Kommentare

1. Mai – Deine Würde ist unser Maß!

Die SPD in der Hansestadt Lübeck unterstützt die Aktivitäten der Gewerkschaften zum 1. Mai. Der 1. Mai steht in diesem Jahr unter besonderen Vorzeichen. Die Reform der Sozialsysteme, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die damit verbundenen tarifpolitischen Auseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst vor dem Hintergrund der Verschuldung der öffentlichen Haushalte stellt die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und SPD vor eine besondere Herausforderung.

Aktuell ist die Gesundheitsreform zu nennen, in der Gewerkschaften und SPD für eine solidarische Krankenversicherung streiten müssen. Eine Krankenversicherung, die jeden und jeder die medizinisch notwendige Versorgung sichert. Und der weiter gemeinsame Einsatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mehr als 18.000 arbeitslose Menschen in Lübeck fordern uns auf, alles zu tun, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

Die Lübecker SPD wird auf dem Markfest des DGB zum Mai-Feiertag mit einem Stand vertreten sein. Der SPD-Kreisvorsitzende Wolfgang Baasch, der Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt, sowie Abgeordnete der Bürgerschaft, des Landtags, des Kreisvorstands und die Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm stehen für Informationen und Gespräche zur Verfügung.

Keine Kommentare

SPD-Gewerkschaftsrat fordert Solidarische Gesundheitsreform

Der SPD-Gewerkschaftsrat hat gestern (26.4.) unter Leitung des SPD-Landesvorsitzenden, Claus Möller und des Vorsitzenden des DGB-Nord, Peter Deutschland die folgende Erklärung beschlossen:

„Die große Koalition in Berlin verhandelt über die Finanzierung der Krankenversicherung und Strukturreformen zur Begrenzung der Ausgaben im Gesundheitssektor. Hohe Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an eine nachhaltige und solidarische Reform begleiten die Gespräche. Eine gerechte, solidarische und nachhaltig angelegte Reform kann das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik und die Arbeit der Berliner Koalition von CDU/CSU und SPD stärken.

Es gibt eine anhaltende und breite Zustimmung der Bevölkerung zu unseren Konzepten einer solidarischen Bürgerversicherung. Das Konzept der Kopfpauschalen der CDU/CSU fiel bei der großen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler dagegen durch. Auf dieser Basis kann die SPD selbstbewusst verhandeln. Deshalb fordern wir, dass auch im Rahmen der großen Koalition zentrale Elemente einer solidarischen Bürgerversicherung angestrebt und realisiert werden, vor allem:

Jede und jeder soll auch künftig im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherungen das erhalten, was medizinisch notwendig ist.

Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung beteiligen. Dabei sind alle Einkommensarten zu berücksichtigen.

Der Beitrag jedes Einzelnen soll sich nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Wer viel verdient, gesund oder jung ist, darf sich nicht der Solidarität in der Krankenversicherung entziehen.

Wir wollen einen besseren Wettbewerb um gute Versorgungsangebote und keine "Rosinenpickerei".

Die Qualität der Versorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger im Zentrum stehen. Eine Zwei-Klassen-Medizin, die Einkommensschwache vom Fortschritt in der Medizin ausschließt, kommt für uns nicht in Frage.

Ein fairer Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Kassen und die Erweiterung eines modernisierten Risikoausgleichs sind notwendig.

Die SPD unterstreicht ihre Position:

- Einkommensunabhängige Kopfpauschalen in jeder Variante,
- ein Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages und
- weitere Leistungsausgrenzungen

sind als unsolidarisch abzulehnen.“

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 27.04.2006, 23:06 Uhr - 2585 Clicks - Nr. 275

Endlich Klarheit für die Tagesaufenthaltsstätte

SPD und CDU einigen sich auf Umzug und bessere finanzielle Ausstattung

"Besser spät als nie.", mit diesen Worten kommentierte der sozialpolitische Sprecher der Norderstedter SPD-Fraktion, Thomas Jäger, die einstimmige Entscheidung des Sozialausschusses am 27.4. zur Verlegung der Tagesaufenthaltsstätte (TAS) am Herold-Center und der Aufstockung der finanziellen Mittel für die Einrichtung.

Rückblick: Noch Anfang 2004 wurden von der CDU-Fraktion die finanziellen Zuwendungen der Stadt an die TAS um rund 10.000 € zurückgefahren. Die Existenz der Einrichtung stand bis zum heutigen Tag auf dem Spiel, da eingehende Spenden und Beiträge des Diakonischen Werkes, als Träger, das so entstandene Defizit nur knapp auffangen konnten.

An eine Sanierung der maroden Container oder eine professionellere Betreuung der Hilfesuchenden war nicht zu denken. Nur nach massivem öffentlichen und politischen Druck war die CDU-Fraktion bereit, plötzliche, für den Betrieb der Einrichtung anfallende, Mehrkosten doch von der Stadt übernehmen zu lassen. Alles andere hätte das klare Aus für die Einrichtung bedeutet.

"Man hat sich lange Zeit an einen orientalischen Basar erinnert gefühlt, wenn man das Geschachere der CDU um die Zukunft der Einrichtung und die Schicksale der Betroffenen miterlebt hat.", blickt Jäger zurück.

Anfang 2006 dann der plötzliche Sinneswandel der CDU: Nach dem der ins Auge gefaßte neue Standort auf einem Gelände gegenüber dem Copernicus-Gymnasium von der CDU schnell verworfen wurde, kam auf Vorschlag der Stadtverwaltung ein bereits vor zwei Jahren als angeblich ungeeignet erachtetes städtisches Grundstück wieder in den Fokus der Beratungen. Hinter der Stadtbücherei Garstedt gelegen, soll, so haben sich SPD und CDU jetzt geeinigt, eine neue, größere TAS ihren Platz finden.

"Das Diakonische Werk vollbringt dafür einen enormen finanziellen Kraftakt in Höhe von 100.000 €, die Stadt gibt 16.000 € für den Neubau und bezahlt für fünf Jahre die halbe Stelle einer Sozialpädagogin.

Bei einem Gesamtvolumen von rund 150.000 € bedarf es noch einiger Anstrengungen um das Projekt verwirklichen zu können. Der städtische Beitrag ist im Vergleich und vor dem Hintergrund der Millionen für die CDU-Leuchtturmprojekte verschwindend gering - aber mehr war mit der CDU nicht drin.", betont Jäger.

Dennoch seien die übernommenen Kosten ein wichtiges Signal für den Träger, daß die Einrichtung erhalten bleibt und die Hilfsangebote intensiviert werden können.

"Uns ist heute Abend ein wichtiger Verhandlungserfolg gelungen. Damit ist die sozialpolitische Geisterfahrt der CDU zwar noch nicht gestoppt, aber ihr geht langsam der Treibstoff aus. Der Druck aus den eigenen Reihen und die Proteste der Befürworter der TAS sind wohl doch zu groß geworden. Die SPD stand und steht weiter hinter der TAS und wir freuen uns mit den Verantwortlichen auf das neue Gebäude und die neuen Möglichkeiten der Einrichtung.", so der SPD-Sprecher.

Nach den Plänen des Diakonischen Werkes soll die vergrößerte Einrichtung Ende des Jahres ihre Einweihung feiern.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 29.04.2006, 19:00 Uhr - 1991 Clicks - Nr. 276

SPD: Ausbildungssituation Jugendlicher in Bad Segeberg ?

Otto Marquardt, bürgerliches Mitglied der SPD-Fraktion und Vorsitzender der SPD Bad Segeberg, steht allen Bürgerinnen und Bürgern in der Sprechstunde der SPD-Fraktion am 04.05.2006 zur Verfügung

Die Sprechstunde findet wie üblich, im Fraktionszimmer der SPD (A0.05) im Rathaus von 16.00 - 17.30 Uhr statt.

Otto Marquardt ist während der Sprechstunde im Rathaus unter 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde:

Wie viele Jugendliche aus Bad Segeberg haben nach Ihrer Schulentlassung im Sommer dieses Jahres jetzt noch keinen Ausbildungsplatz oder Schulplatz in einer berufsbildenden Schule ? Welche Hilfen benötigen diese Jugendlichen ?

Otto Marquardt würde sich über die Rückmeldung gerade dieser betroffenen Jugendlichen an ihn sehr freuen.

Keine Kommentare

Fischer und Hahn zu Innenstadtentwicklung: PACT-Chancen für Kiel nutzen!

Der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn erklären:

"Wir begrüßen den Gesetzesentwurf zur PACT-Regelung, den Innenminister Dr. Ralf Stegner vorgelegt hat. Damit setzt das Land den Rahmen. Die Kommunen können in eigener Zuständigkeit nun handeln. Grundeigentümer, Erbbauberechtigte und Gewerbetreibende, also alle, die von attraktiven Entwicklungsmaßnahmen in ihrem Stadtquartier Vorteile erfahren, können einen Antrag auf eine PACT-Satzung stellen.

Die Entscheidung darüber trifft die Ratsversammlung. Über das Konzept der Satzung befinden die privaten Antragsteller. Sie legen darin fest, in welchem Umfang sie Beiträge für Entwicklungsmaßnahmen leisten. Die Höhe dieser Abgabe und ihre Verwendung werden in der Satzung festgelegt. Die Satzung selbst lässt in ihrer fünfjährig vorgesehenen Geltungsdauer eine flexible Handhabung zu und kann in diesem Zeitrahmen geändert werden.

Wenn der Gesetzesentwurf verabschiedet ist, erwarten wir von der Verwaltung, dass sie die neue Gestaltungsmöglichkeit für Kiel nutzt und zum Beispiel mit der bereits vorhandenen Innenstadtinitiative eine spezifische Lösung erarbeitet.

Wir schlagen zudem vor, PACT auch für andere Stadtquartiere, zum Beispiel Friedrichsort, Gaarden oder Mettenhof anzuregen. Wir hoffen, dass die Handel- und Gewerbevereine in den Stadtteilen diese Chance nutzen und mitmachen.

Das Schwarz-Grüne Konzept der BID-Zwangsgemeinschaft ist durch die Einführung einer 2/3 Mehrheit der künftigen Teilnehmer für die PACT-Satzung überwunden. PACT bedeutet mehr eigene Gestaltung, mehr Verantwortung der Mitglieder und damit mehr Identifikation mit der Sache. Wir meinen: BID war Gestern, PACT ist Morgen."

Kommentar von [F. Spors](#) vom 16.05.2006, 10:59 Uhr:

RE:Fischer und Hahn zu Innenstadtentwicklung: PACT-Chancen f

PACT ist eine eingedeutschte Variante von BID. Die Abkürzung steht für "Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen", mit denen per Gesetz Zwangsmitgliedschaften und Zwangszahlungen von "abgabepflichtigen" Bürgern eines Quartiers eingefordert werden. Die Staatshaushalte sollen auf diese Weise entlastet / saniert werden, mit der Folge, dass die Bürger nicht nur, wie bisher, ihre Steuern zu zahlen haben, sondern auch Projekte vor ihrer Tür, die sie gar nicht haben wollen: Denn per Gesetz reichen 25 % der Stimmen aus dem betroffenen Quartier, um die Zwangsmaßnahmen umzusetzen. Eine Abstimmung über ein Konzept ist im Gesetzentwurf nicht vorgesehen, lediglich ein Widerspruchsrecht, allerdings in einem Zeitraum, in dem eine Aktion gegen eine Zwangsmaßnahme gar nicht organisiert werden kann: "Widersprechen insgesamt mehr als ein Drittel der potenziell Abgabepflichtigen dem geplanten Erlass der PACT-Satzung innerhalb eines Monats nach der Benachrichtigung, so darf die Gemeinde eine Satzung im Sinne des §3 nicht erlassen" (aus dem Entwurf zum SH-PACT-Gesetz). Die Betroffenen sollen über die geplanten Maßnahmen vor Satzungsbeschluss "in geeigneter Weise" unterrichtet werden, z.B. in Form einer Versammlung oder durch Auslegung (sie werden aber in jedem Fall hierzu nicht einzeln angeschrieben!). Also, liebe Mitbürger: Der Fahrplan für diese Maßnahmen ist somit bekannt. In Zukunft werden Sie höllisch aufpassen müssen - oder nur noch blechen! Maßnahmen dieser Art sollen in Quartieren mit negativen Entwicklungen ergriffen werden. "Für eine Schwächung dieser Bereiche müssen tatsächliche Anhaltspunkte bestehen ... insbesondere .. wenn dort eine signifikante Leerstandsquote anzutreffen ist, ein geringerer (d.h. unterdurchschnittlicher) Umsatz getätigt wird, das allgemeine Sicherheitsempfinden oder die Sauberkeit Defizite aufweisen." Insgesamt ist festzustellen, dass durch das Gesetz Quartiere mit negativer Entwicklung betroffen sind, d.h. solche,

die durch politische Fehlentscheidungen entstehen und entstanden sind (z.B. durch Bauflächen für Einkaufszentren auf der grünen Wiese, durch Leerstände in den Zentren, durch die Leitung des Autobahnverkehrs durch die Innenstadt, Armut in der Öffentlichkeit u.s.w.) und deren Korrektur durch die zwangsweise Privatisierung des urbanen Raumes mit Kostenübernahme durch die Bürger per PACT-Gesetz vorgesehen sind. Herangezogen zu den erforderlichen Maßnahmen werden "die Eigentümerinnen und Eigentümer und Erbbauberechtigten der im festgelegten Bereich gelegenen Grundstücke sowie die dort gewerblich oder freiberuflich tätigen Personen". Sie werden unter Vormundschaft von AufgabenträgerInnen gestellt, die die durch die Gemeinde eingetribenen Zwangsbeiträge treuhänderisch verwalten. Dabei gilt nur eine Stimme pro Grundstück. Gehört dies mehreren Besitzern mit unterschiedlichen Meinungen zu den PACT-Maßnahmen, gilt es, sich hier erst einmal zu einigen. Deutlich widersprüchlich ist der Gesetzesvorschlag zur Kostenbeteiligung der Mieter: "... wird ausgeschlossen, dass Wohnungseigentümerinnen bzw. Wohnungseigentümer und Wohnungsmieterinnen, bzw. Wohnungsmieter zu der Aufgabe herangezogen werden, da ansonsten Personengruppen für die Abgabe aufkommen, die keinen ökonomischen Nutzen aus den Maßnahmen eines PACT-Bereiches ziehen", während die "öffentliche Hand" eine Kostenbeteiligung verweigert, da sie die Wertsteigerung ihrer Grundstücke beispielsweise in Form von Mieterhöhungen nicht umsetzen kann (PACT-Gesetzentwurf im Absatz 3)! Selbstverständlich ist wohl eher, dass die Grundstücks- und Wohnungseigentümer die erhöhten Kosten durch die PACT-Maßnahmen an ihre Mieter weitergeben. Wohnungseigentümer und Mieter sind durch das Gesetz aber in jedem Fall nicht widerspruchsberechtigt: sie haben die Entscheidung von mindestens 25% der Grundeigentümer, Gewerbetreibenden und Freiberufler hinzunehmen, ob sie wollen oder nicht und das zu ertragen, was man ihnen vor die Tür setzt! Der größte Teil der betroffenen Bürger wird somit nicht beteiligt und ausgegrenzt. BID und PACT sind von ihrem Ansatz her also zutiefst undemokratisch. Wie es in den Zentren der Städte nach den "Säuberungen" weitergeht, hat Anette Baldauf in der "WOZ" (Die Wochenzeitung / Zürich) am Beispiel des "Times Square in New York als Modellfall für die Privatisierung des urbanen Raums" beschrieben: "Zwei Jahre später, nachdem der Disney-Konzern Interesse an einer Niederlassung an der berühmtesten Strassenkreuzung der Welt signalisiert hatte, verabschiedete die Stadt unterwürfig einen Flächenwidmungsplan." ... "Seit der umfassenden Sanierung kommt kaum noch ein Medienkonzern ohne repräsentative Niederlassung am Times Square aus. Wie kaum an einem anderen Ort inszenieren hier Konzerne ihre Marken als Unterhaltungsspektakel." Keine Rede also von Einzelhandel, Gewerbetreibenden und Freiberuflern, Mietern und Wohnungseigentümern. Die Verdrängung durch Konzerne ist nach den "Säuberungen" der Zentren offenbar vorprogrammiert. Groß frißt klein: Geld regiert die Welt. BID und PACT sind auf die kleinen Leute zentrifugal wirkende Kräfte und diese ausgegrenzten Bürger erhalten damit in unserer Gesellschaft den ihnen von den politischen und wirtschaftlichen Macheliten zugedachten "gebührenden" peripheren Platz. BID und PACT passen somit in die neoliberale Landschaft. Gruß, F. Spors b404-a21.de.vu/pact.htm

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.04.2006, 16:36 Uhr - 1191 Clicks - Nr. 278

Kietzer zu Großveranstaltungen im Mai:

Fr. Volquartz (CDU) und Stadtrat Kurbjuhn kinderfreundlich?

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu der Entscheidung von Frau Volquartz (CDU) und Stadtrat Kurbjuhn, das Kids-Festival und die Techno Parade "G-Move" am 13. Mai zeitgleich entlang der Wasserkante an der Hörn stattfinden zu lassen:

"Wieder einmal führt Frau Volquartz (CDU) Kinderfreundlichkeit im Munde und handelt entgegengesetzt.

Sie hat, wie Stadtrat Kurbjuhn in der Ratsversammlung berichtete, entschieden, dass beide Großveranstaltungen parallel, in wenigen hundert Meter Abstand voneinander, stattfinden.

Natürlich ist es gut, wenn Kiel für beide Groß-Events ein attraktiver Standort ist, aber doch nicht, wenn diese zeitgleich ablaufen. Techno-Music mit Basswummern werden über das Kids - Festival dröhnen. Sicherheitsfragen legt Frau Volquartz sehr großzügig aus. Dass Kinder und Familien das größte Kinderfest im Norden entlang der Kiellinie wirklich entspannt genießen können, ist eher unwahrscheinlich.

Der unprofessionelle Umgang der Stadt, die den engagierten Veranstaltern des Kids-Festival keine Informationen über die Verlegung des "G-Move" zukommen ließ, schadet dem Ruf Kiels als verlässlicher Partner bei Großveranstaltungen.

Die SPD-Fraktion hat Verständnis dafür, dass die Techno-Parade nicht am 20. Mai - wie ursprünglich geplant - stattfindet, weil vom 19.5. bis 21.5. am Bootshafen das Harley-Davidson-Treffen stattfindet. Aber es hätte ein anderer Termin gefunden werden müssen."

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 02.05.2006, 08:58 Uhr - 10740 Clicks - Nr. 279

Gewerkschaften unverzichtbar

Als unverzichtbar für die Gestaltung unserer Gesellschaft bezeichnete **Jörn Thießen** die Gewerkschaften. Er sprach auf der Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Lägerdorf.

Als unverzichtbar bezeichnete er den Kampf um die soziale Marktwirtschaft, da nur sie die Chancengleichheit und den Erhalt des sozialen Friedens sichern könne.



[HIER](#) gibt es einen Artikel der Norddeutschen Rundschau vom 2. Mai 2006.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 02.05.2006, 13:08 Uhr - 6807 Clicks - Nr. 280

Helmut Trost beendet seine Arbeit als Bürgermeister

Am vergangenen Freitag endete die Amtszeit vom Bürgermeister Helmut Trost. Zahlreich waren politische FreundInnen aus Partei und Ratsfraktion und MitarbeiterInnen aus der Verwaltung erschienen, um Helmut Trost an der Rathausstür in Empfang zu nehmen.

Trost, der sichtlich bewegt war, bedankte sich mit kurzen Worten für die gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden sechs Jahren und gab seiner Freude über die große Zahl der Anwesenden Ausdruck. Fraktionschef Rolf Helgert würdigte noch einmal Trosts engagierten Einsatz für die Stadt Flensburg, um die er sich gerade in der schwierigen Zeit nach dem Tod von OB Stell als dann amtierender Oberbürgermeister besonders verdient gemacht habe.

Der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Christian Reimer dankte Helmut Trost im Namen der Flensburger SPD und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Trost der Partei auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen möge.

Mit einem Glas Sekt, einem Blumenstrauß für Trosts Ehefrau Frieda und einer Heimfahrt in einer ehemaligen Staatslimousine des Dänischen Königshauses wurde die Abschiedsveranstaltung würdig abgeschlossen.

Keine Kommentare

AfA-Bundeskongress in Kassel

Schleswig-Holstein sehr erfolgreich auf dem AfA-Bundeskongress

Im April fand in Kassel der Bundeskongress der AfA statt. Bei den Wahlen zum Bundesvorstand waren wir aus Schleswig-Holstein sehr erfolgreich.

Zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde Kirsten Rölke aus Flensburg gewählt. Zu Beisitzern wurden Almut Auerbach und Jörg Wenghöfer als Schleswig-Holsteiner mit deutlicher Mehrheit gewählt.

Weitere Bilder dieses Kongresses findest Du auf dieser Startseite, links oben bei "Bilder".

Keine Kommentare

SGK gegen Eingriff in die kommunale Finanzausstattung

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Schleswig-Holstein hat in seiner Sitzung am 29.4.2006 in Malente den folgenden Beschluss gefasst. Er wird diese Position auf dem Sonderparteitag der SPD am 16.6.2006 vertreten:

1. Die SGK erkennt zurzeit keine nachvollziehbare Begründung für den geplanten Eingriff des Landes in die kommunale Finanzausstattung in Höhe von jährlich 120 Mio. € ab 2007.

2. Er fordert die Landesregierung daher auf:

2.1. Das Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2006 und den Abschluss des Verfahrens zum Haushaltsbegleitgesetz des Bundes (Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes ab 2007) abzuwarten und

2.2. Deren finanzielle Auswirkungen (Mehreinnahmen des Landes) bei dem weiteren Vorgehen zu berücksichtigen. Der Finanzminister prognostiziert für 2007 Steuermehreinnahmen von mehreren hundert Millionen Euro.

2.3. Den Kommunen schnellstmöglich die in Aussicht gestellten Kompensationsmaßnahmen nachprüfbar zu beziffern. Die Entlastungen (z.B. durch Aufgabenabbau) müssen ab 1.1.2007 haushaltswirksam bei den Kommunen ankommen.

3. Die SGK lehnt eine Kompensation des geplanten Eingriffs aus anderen kommunalen Mitteln, wie z.B. aus einem Verkauf des den Kommunen gehörenden Kommunalen Investitionsfonds (KIF), ab.

4. Die Landes-SGK fordert insbesondere die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder auf, die o.g. Positionen zu übernehmen und von dem geplanten Eingriff in die Kommunalfinanzen abzusehen.

Keine Kommentare

Reform der bundesstaatlichen Ordnung

Die Reform der bundesstaatlichen Ordnung („Föderalismusreform“) ist die umfassendste Grundgesetzänderung seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Ziel der Reform ist eine grundlegende Straffung politischer Entscheidungsprozesse und eine klare Zuweisung von Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. Diese Ziele sind auch unter dem Gesichtspunkt der „Europatauglichkeit“ des Bundesstaates von zentraler Bedeutung. Deutschland muss in den EU-Institutionen mit einer Sprache sprechen und die Umsetzung europäischer Gesetzgebung in Deutschland darf nicht zwischen Bundestag und Bundesrat auf die lange Bank geschoben werden, bis Strafzahlungen aus Brüssel angefordert werden.

Die Probleme der rot-grünen Bundesregierung bei Mehrheitsverhältnissen zu Gunsten der Union im Bundesrat hat in den letzten Jahren sehr deutlich gemacht, wie stark die Durchsetzungsfähigkeit der Bundesregierung eingeschränkt wird, wenn der Bundesrat zu viele Blockademöglichkeiten in Form von zustimmungspflichtigen Gesetzen hat. Deshalb begrüßen wir eine Föderalismusreform, deren Ziel es ist, die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze um 20-30% zu senken und damit einen entscheidenden Abbau der gegenseitigen Blockademöglichkeiten von Bund und Ländern durchzuführen.

Trotz der Notwendigkeit einer Reform, sehen wir auch große Gefahren, die eine Neuordnung der staatlichen Ordnung für wichtige Politikbereiche mit sich bringen könnte. Der Grundgesetzauftrag über die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland“ muss auf jeden Fall gewahrt bleiben. In wichtigen Politikbereichen darf der Unterschied zwischen den Bundesländern nicht so groß werden, dass diese Gleichwertigkeit gefährdet wird.

Im Zuge der weiteren Behandlung des im März 2006 auf den parlamentarischen Weg gebrachten Gesetzespaketes zur Umsetzung der Reform fordern wir deshalb die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsabgeordneten auf, sich im Deutschen Bundestag und im schleswig-holsteinischen Landtag insbesondere in den folgenden Bereichen für eine Überarbeitung der Reform einzusetzen:

- **klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern sicherstellen:** Die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern müssen nach einer Reform deutlich erkennbar sein. Ein Abweichungsrecht, das den Ländern eingeräumt werden soll, ist abzulehnen, da es den Grundsatz der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland“ in wichtigen Bereichen außer Kraft setzen kann. Ein Abweichungsrecht verhindert Transparenz und unterläuft das Ziel klarer Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern. Es fördert ein Auseinanderklaffen zwischen armen und reichen Bundesländern.
- **Bundespolitische Steuerung im Sozialrecht erhalten:** Die Abweichungsbefugnis für die Länder im Verwaltungsverfahren und das Totalverbot einer bundesgesetzlichen Aufgabenübertragung an Gemeinden (Art. 84 Abs. 1 GG im Entwurf) würden bewirken, dass der Bund Steuerungsmöglichkeiten verliert. Besonders gravierend ist dies im Sozialrecht, wo traditionell die Gemeinden als örtliche Träger der Sozialhilfe, Grundsicherung für Arbeitsuchende und Jugendhilfe Bundesgesetze ausführen. Begonnene bundesrechtliche Reformen in diesen Bereichen (z.B. persönliches Budget und Servicestellen für behinderte Menschen, Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und Arbeitsagentur nach SGB II, Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz) könnten nicht mehr weitergeführt

werden. Wir fordern, dass die bundesrechtliche Steuerung in diesem Bereich weiter möglich bleibt.

- **Kein Rückzug des Bundes aus dem Bildungsbereich:** Die geplante Neuordnung der Kompetenzen im Bereich der Bildungspolitik führt zu einem weiteren Rückzug des Bundes aus diesem Politikbereich. Verbindliche bundeseinheitliche Standards waren zwar schon bisher nicht möglich, doch nach der Reform entfällt auch noch die bisherige gemeinsame Bildungsplanung zwischen Bund und Ländern. Der vorgesehene Ausschluss von Finanzhilfen des Bundes in Bereichen der ausschließlichen Gesetzgebung der Länder (Art. 104 b Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz) hätte zur Folge, dass Förderprogramme des Bundes im Bildungsbereich – wie etwa das erfolgreiche 4 Mrd. Euro-Programm für den Ausbau der Ganztagschulen – zukünftig ausdrücklich verboten wären. Diese Folgen des derzeit vorgesehenen Gesetzestextes sind absolut kontraproduktiv im Hinblick auf die enormen Herausforderungen vor denen das deutsche Bildungssystem in den nächsten Jahren steht. Im Hinblick auf diese Herausforderungen wäre nicht weniger sondern mehr Bundeskompetenz im Bereich der Bildung notwendig.
- **Kein Abrücken von bundeseinheitlicher Umweltgesetzgebung:** Nach der Gesetzesvorlage zur Föderalismusreform soll den Ländern in der Umweltgesetzgebung in einigen Bereichen das Recht auf eine abweichende Gesetzgebung zugestanden werden. Da Umweltschutz immer auch eine Kostenfrage ist, ist bei dieser Möglichkeit eine Dumpingkonkurrenz zwischen den Bundesländern nicht auszuschließen. Es darf nicht sein, dass Bundesland A seine Umweltstandards zu Lasten des Bundeslandes B senkt, um dadurch zum Beispiel Unternehmen abzuwerben. Darüber hinaus macht Umwelt nicht an den Grenzen der Bundesländer halt. Es sollte nicht zu der grotesken Situation kommen, dass etwa auf einem Acker, der auf zwei verschiedenen Bundesländern liegt, künftig verschiedene Umweltstandards je nach Lage gelten.
- **Keine Kompetenzverlagerung auf die Länder im Heimrecht:** Gerade im sensiblen Bereich des Heimrechtes ist eine bundeseinheitliche Kompetenz notwendig, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Eine Verlagerung auf die Länder birgt die Gefahr, dass die Qualität der Pflege künftig von der Finanzkraft des jeweiligen Landes abhängig gemacht würde und unterschiedliche Standards geschaffen werden.
- **Wettbewerbsfähigkeit der Forschung sichern:** Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Forschung muss gesichert bleiben. Eine Verlagerung wichtiger Aufgaben auf die Länder kann dazu führen, dass finanzschwächere Länder abgehängt werden.
- **Rückzug des Bundes aus der Hochschulpolitik verhindern:** Ein Rückzug des Bundes aus der Hochschulpolitik kann zu deutlichen Wettbewerbsnachteilen in Europa führen und ist angesichts der großen Bedeutung der Wissens- und Innovationsfähigkeit unseres Landes kontraproduktiv. Ein Wegfall der bisherigen Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, ist nicht zu verantworten, der geplante Finanzierungsschlüssel benachteiligt die finanzschwachen Länder.
- **Strafvollzug bundeseinheitlich regeln:** Der Strafvollzug muss in Deutschland einheitlich geregelt werden. Eine Übertragung dieser wichtigen Aufgabe auf die Länder kann zu unterschiedlichen Qualitätsstandards bei der Verwirklichung des Resozialisierungszieles und zu einer Rechtszersplitterung führen.
- **Keine Verlagerung der Organisations- und Personalhoheit auf die Länder:** Eine Verlagerung der Organisations- und Personalhoheit für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes in den Ländern und Kommunen in die alleinige Zuständigkeit der Länder ist abzulehnen. Sie fördert ein Auseinanderklaffen der Besoldungsstrukturen, führt zu Ungerechtigkeiten und kann Abwerbungen finanzstarker Bundesländer zur Folge haben.

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 03.05.2006, 19:55 Uhr - 2418 Clicks - Nr. 284

SPD setzt sich durch: Elterngeld und Reichensteuer kommen

Wir haben dafür gesorgt, dass die beiden wichtigen Reformvorhaben Reichensteuer und Elterngeld in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden. Es ist unser Erfolg, dass sie jetzt auch in Gesetze umgesetzt werden.

Das Elterngeld kommt im Januar 2007

Wer Kinder bekommt, erhält nach der Geburt für bis zu 14 Monate das Elterngeld als Einkommensersatzleistung. Dies sichert den Lebensstandard in der Phase der Familiengründung und macht die Erziehungszeit auch für Väter attraktiv. Das Elterngeld beträgt 67% des Nettoeinkommens des Elternteils, das für die Kinderbetreuung aus der Erwerbstätigkeit aussteigt (Höchstgrenze: 1.800 Euro monatlich). Die Eltern erhalten das Elterngeld dann 14 Monate, wenn sich beide Elternteile mindestens im Umfang von 2 Monaten an der Erziehung beteiligen. Diese Partnermonate, die nun auch die Unionsfraktion nach langem internen Streit akzeptiert hat, sollen helfen, die Aufteilung der Familienarbeit gerechter zu gestalten. Das ist ein Gewinn für alle. Alleinerziehende bekommen das Elterngeld 14 Monate, da sie sich die Erziehungsverantwortung nicht mit einem anderen Erwachsenen teilen.

Wir wollen nicht, dass arbeitslose Menschen beim Elterngeld leer ausgehen. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass Nicht-Erwerbstätige für 12 Monate einen Sockelbetrag von 300 Euro monatlich erhalten, der nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet wird. Das Elterngeld ist eine kleine familienpolitische Revolution! Zusammen mit dem weiteren Betreuungsausbau für die Unter-Dreijährigen und der Fortsetzung des Ganztagschulprogramms ist die Einführung eines Elterngeldes ein weiteres zentrales Element sozialdemokratischer Familienpolitik, das wir durchsetzen konnten.

Die Reichensteuer ist beschlossene Sache

Die Reichensteuer kommt zum 1. Januar 2007. Sie bedeutet eine Erhöhung der privaten Einkommensteuer für besonders hohe Einkünfte (über 250.000 Euro bei Alleinverdienern /5000.000 Euro bei Doppelverdienern) um drei Prozentpunkte auf 45 Prozent. Gewerbliche Einkünfte sollen von der Erhöhung ausgenommen werden. Bereits zum Sommer sollen deshalb im Kabinett Eckpunkte der Unternehmenssteuerreform beschlossen werden, um verfassungsrechtlichen Bedenken bei der Reichensteuer Rechnung zu tragen. Die Unternehmensteuerreform soll dann unverändert 2008 in Kraft treten

Es bleibt bei unserem Prinzip: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Die Menschen in Deutschland haben viele Veränderungen der letzten Jahre mitgetragen. Für uns ist es entscheidend, dass es dabei gerecht zugeht. Deshalb wollen wir die Reichensteuer.

Wir stellen uns den Herausforderungen der Zeit. Wir sind die Kraft der Erneuerung in der großen Koalition und der Garant für soziale Gerechtigkeit.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 03.05.2006, 22:50 Uhr - 4834 Clicks - Nr. 285

Heinz Liebscher neuer Vorsitzender im OV Kiel-Südwest

Der SPD Ortsverein Kiel- Südwest ist zuständig für die Stadtteile Kronsburg, Wellsee, Rönne, Meimersdorf, Neumeimersdorf, Moorsee und Schlüsbek. Er ist der flächenmäßig größte Ortsverein in Kiel.



Bei der Jahreshauptversammlung am 20. April ist der bisherige stellvertretende Vorsitzende Heinz Liebscher aus Meimersdorf zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Der Büchereiverwaltungsangestellte ist 41 Jahre alt und seit 1998 Mitglied der SPD. Stellvertreter ist Gert Haack. Zum weiteren Vorstand gehören der Kassenwart Klaus Iser, der Schriftführer Bernd Fröhlich-Dierks sowie die Beisitzer Rolf- Dieter Barth, Thomas Gedig, Eckard Makoschey, Normen Mohr und Werner Neumann.

Der neue Vorstand wird sich aktuell mit der Verkehrsentwicklung in den Ortsteilen beschäftigen, da die Bürgerinnen und Bürger starke Beeinträchtigungen durch die Nebenverkehre der zukünftigen A 21 befürchten. Hier wird der Ortsvereinsvorstand mit seinem Ratsherren Bernd Heinemann sowie seinen Mitgliedern in den Ortsbeiräten sich dafür einsetzen, dass verträgliche Verkehrsführungen erreicht werden.

Mit Blick auf die Kommunalwahl 2008 ist der Vorstand gefordert das Personal für die Ortsbeiräte und die Ratsversammlung zu nominieren. Rechtzeitig vor der Kommunalwahl werden wir bekannt geben, wer unsere Kandidaten sind und sie den Wählerinnen und Wählern in unseren Ortsteilen vorstellen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 03.05.2006, 23:01 Uhr - 4519 Clicks - Nr. 286

Winfried Jöhnk bleibt SPD Chef in Russee

In der Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins Russee haben die Mitglieder dem bisherigen Vorsitzenden Winfried Jöhnk einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und für weitere zwei Jahre gewählt.



Ihm zur Seite stehen Olaf Busack und der Ratsherr Michael Wagner. Die Kasse wird weiter von Eckhard Frenzke verwaltet, alte und neue Schriftführerin ist Susanne Jäger. Komplettiert wird der Vorstand durch die Beisitzer Gundhild Matthiesen, Uwe Herzog und Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser.

Jöhnk konnte in seinem Rechenschaftsbericht auf ein erfolgreiches Jahr für den Ortsverein Russee zurückblicken. Ein großer Erfolg war der Gewinn des Direktmandates für den Deutschen Bundestag durch Dr. Hans-Peter Bartels. Er kündigte eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen Hammer und Hassee-Nord an, um noch schlagkräftiger die Interessen der Bürgerinnen und Bürger

bei der Stadt Kiel zu vertreten. Ziel der SPD Russee ist es, das Ratsmandat bei der Kommunalwahl 2008 wieder direkt zu gewinnen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 04.05.2006, 11:56 Uhr - 9578 Clicks - Nr. 287

Ein Tag in der KiTa der Lebenshilfe

Der Bus der Lebenshilfe hat bereits 5 Kinder aus dem gesamten Kreis Steinburg eingesammelt, als er um 8.15 Uhr bei mir zu Hause vorfährt. Es herrscht ein wenig Aufregung, dass ein unbekannter Gast zusteigt. Die Aufregung legt sich schnell. David und Nicole beginnen mit der interessierten Kontaktaufnahme.



Frau Glodnick ist schon seit Jahren Fahrerin bei der Lebenshilfe und man merkt ihr an, dass sie voller Freude und mit ganzem Herzen dabei ist.

Im Kindergarten der Lebenshilfe erwarten mich Heidi Winther, Geschäftsführerin und Sandra Rust, die pädagogische Leiterin der Einrichtung. Frau Rust zeigt mir das neue, helle und sehr zweckmäßige Gebäude. Beim Gang durch Verwaltungs-, Gruppen- und Funktionsräume erläutert sie mir die unterschiedlichen Aspekte ihrer vielfältigen Arbeit: angefangen bei der Frühförderung in Familien über die besondere Situation der Eltern von Kindern mit Behinderung bis hin zu der großen Bandbreite der Arbeit mit den Kindern selbst.

Diese kann ich auch miterleben: David hat beschlossen, dass ich am Gruppenfrühstück teilnehmen soll. Natürlich folge ich der nachdrücklich vorgetragenen Aufforderung gerne.

Weiter geht's mit dem Morgenkreis, an dem alle Gruppen teilnehmen. Die Arbeit der Pädagoginnen in der KiTa wird ergänzt durch Angebote Externer, z.B. Logopäden, Ergotherapeuten. Dadurch kann ich bei der Krankengymnastin zusehen und auch hier die Besonderheiten der Arbeit in der Lebenshilfe diskutieren,

In der Zwischenzeit sind draußen kleine Gärtner aktiv geworden, haben vorgezogene Erbsen und Blumen gepflanzt. Das große Außengelände ist schon jetzt ein natürlicher Abenteuerspielplatz und wird in den kommenden Monaten noch weiter naturnah gestaltet.

Nachmittags geht es bei dem Gespräch mit der Elternvertretung um die Neuordnung der Eingliederungshilfe auf kommunaler Ebene und die Umsetzung in der Praxis. Die Zusammenarbeit von Ämtern, Eltern und betreuender Einrichtung in der Hilfeplanung ist nötig, um im Sinne der Kinder schnell und verlässlich handeln zu können. Die Elternvertretung will zukünftig verstärkt Informationen für betroffene Familien anbieten, z.B. über Rechte, medizinische und therapeutische Angebote in der Region. Die Elternvertretung verbindet unser Gespräch mit einem großen Lob für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Die Hürde zu akzeptieren, dass das eigene Kind mit einer Beeinträchtigung leben muss ist für viele Eltern sehr hoch. Ist diese Hürde aber auch durch die Gesprächsangebote der Lebenshilfe überwunden, wird die Hilfestellung durch die Lebenshilfe als große Erleichterung und Unterstützung empfunden. Dies wird verstärkt durch spürbare Fortschritte, die viele Kinder gerade im Alter bis zum Schuleintritt durch gezielte Förderung machen können.

Im abschließenden Gespräch mit Frau Winther und Frau Rust stellen wir alle fest, dass dieser eine Tag in der KiTa der Lebenshilfe eine für beide Seiten gute Gelegenheit war, persönliche Eindrücke mit dem Austausch von Informationen und Positionen zu verbinden. Ich habe hohen Respekt vor den Mitarbeiterinnen der KiTa, denen es gelingt, im täglichen Geschäft auf die sehr unterschiedlichen, individuellen Bedürfnisse und Förderbedarfe der Kinder einzugehen.

Das Bild aus der Norddeutschen Rundschau zeigt Sandra Rust, Birgit Herdejürgen, Levke Johannson und Heidi Winther mit einigen Kindern.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 04.05.2006, 15:03 Uhr - 4894 Clicks - Nr. 288

Astrid Höfs (SPD): „Ein Praxistag ist besser als dreimal zu hören.“

Besseres Verständnis für Menschen mit Behinderungen erforderlich!



„Die Lebenssituationen von Menschen mit Behinderungen sehe ich nun aus einem anderen Blickwinkel“, sagt Landtagsabgeordnete Astrid Höfs aus Wahlstedt, die einen Tag lang mit behinderten Menschen in Bad Segeberg zusammen gearbeitet hat. Astrid Höfs lernte die Arbeit in der Werkstatt für psychisch kranke Menschen kennen, die unter der Leitung des Landesvereins der Inneren Mission geführt wird. Verschiedene Arbeitsangebote ermöglichen nach persönlichen Neigungen zu arbeiten, ob im Gartenbau, Büroservice oder auch in der Montage. Auftraggeber für die Bad Segeberger Einrichtung sind unter anderem die Firmen Grundfos und Arko, neuerdings auch die Sparkasse Südholstein. Und auch mit dem Erlebniswald Trappenkamp besteht eine enge Zusammenarbeit.

Bereits zum zweiten Mal folgten die SPD-Landtagsabgeordneten einer Einladung der Lebenshilfe Schleswig-Holstein zu Praktikumtagen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Vor zwei Jahren hatte die Lebenshilfe bereits zu einem „Perspektivenwechsel“ aufgerufen und Politiker aufgefordert, sich mit der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen auseinanderzusetzen. Die Erfahrungen waren positiv und flossen in die politische Arbeit der Abgeordneten ein. Astrid Höfs sammelte damals Erfahrungen in der Kindertagesstätte der Lebenshilfe in Wahlstedt. Deshalb haben sich die SPD-Politiker entschlossen, erneut solche Praktika zu absolvieren. „Das schärft das Bewusstsein und die Sensibilität für die Bedürfnisse der Schwächsten unserer Gesellschaft“, so die SPD-Politikerin aus Wahlstedt.

Einen ganzen Tag lang konnte Astrid Höfs eigene Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit behinderten Menschen sammeln. „Der gemeinsame Arbeitstag mit behinderten Menschen bereichert alle Beteiligten“, resümiert die Abgeordnete. „Ich konnte über die Lebenssituation und Schicksale meiner kurzfristigen Kollegen und Kolleginnen in der Werkstatt viel erfahren und habe auch Interesse an meiner politischen Arbeit erfahren.“

Und der Gedankenaustausch mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Einrichtung rundete die neuen Eindrücke ab. „Ich bin dankbar, dass ich die Möglichkeit hatte, vor Ort diese Erfahrung machen zu können. Ein Praxistag ist ergiebiger als dreimal über eine Situation zu hören. Ich habe die Gruppe zu einem Besuch in den Landtag eingeladen und hoffe, dass dieses Angebot auf Interesse stößt.“

Keine Kommentare

[SPD-Kiel-Süd](#) - veröffentlicht am 05.05.2006, 09:46 Uhr - 2369 Clicks - Nr. 289

Jasmin Bauer bleibt SPD Chefin beim OV Kiel-Süd

Auf seiner letzten Jahreshauptversammlung wurde Jasmin Bauer in ihren Amt als Ortsvereinsvorsitzende bestätigt. Ebenso wieder gewählt wurde ihr Stellvertreter Dirk Sievers. Dem neuen Vorstand gehören ferner an:

Christian Zeigerer (Kassenwart), Norina Ciemnyjewski (Schriftführerin und Kreisausschußvertreterin) sowie die Beisitzer(innen): Uschi Petersen (Seniorenbeauftragte), Kaarina Williams, Andreas Schulz und Ralf Ibs. Nicht mehr im Vorstand vertreten ist Katy Lange, die aus familiären Gründen nicht wieder kandidiert hatte. Für ihre kurze, aber intensive Mitarbeit im Vorstand sprach Jasmin Bauer ihr ihren vollen Dank aus und wünschte ihr für die Zukunft alles Gute.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.05.2006, 10:55 Uhr - 1127 Clicks - Nr. 290

CDU und Grüne gescheitert - peinliche Stunde für die Verwaltung

Die stellvertretende baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion und Schilkseer Ratsfrau Gesine Stück erklärt zur Beschlussvorlage der Verwaltung für den Bauausschuss am 04.05.2006, das Vorhaben, die großen Parkplätze in Schilksee zu bewirtschaften, nicht weiter zu verfolgen:

"Die SPD-Ratsfraktion sprach sich vor einem Jahr gegen die Einführung von Parkgebühren für die Strandbesucher in Schilksee aus.

Wir befürchteten eine Zunahme des wilden Parkens in den Wohngebieten und sahen auch nicht die rechtliche Grundlage für gegeben. Gegen diese Argumente beschlossen CDU und Grüne die Einführung der Parkraumbewirtschaftung. Heute müssen sie ihren Beschluss aus der Ratsversammlung vom 21.04.2005 aufheben, weil er gegen geltendes Recht verstößt. Das Scheitern von CDU und Grünen ist eine gute Nachricht für Schilksee und gleichzeitig eine peinliche Situation für die Verwaltung. Nach den Beratungen in den Ausschüssen und in der Ratsversammlung brauchte es schließlich über ein Jahr bis zu der Erkenntnis, dass die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in Schilksee rechtswidrig wäre."

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 06.05.2006, 00:05 Uhr - 2947 Clicks - Nr. 291

Kindertagesstätten - SPD begrüßt klares Signal des Jugendhilfeausschusses

Der Jugendhilfeausschuss der Lübecker Bürgerschaft hat in seiner Sitzung am gestrigen Donnerstag die Bürgerschaft aufgefordert, den gefassten Haushaltsbegleitbeschluss, der vorsieht das Budget für die Kindertagesstätten um jährlich 3 % und damit bis zum Jahr 2010 um insgesamt 18% zu kürzen, auszusetzen. Ferner wurden die Erhöhung der Elternbeiträge und die Reduzierung von Leitungsanteilen für die städtischen Kindertagesstätten abgelehnt.

Der Sprecher des Arbeitskreises Jugend der SPD-Bürgerschaftsfraktion und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Jan Lindenau, erklärt hierzu:

„Mit diesem Beschluss folgt der Jugendhilfeausschuss der Forderung der SPD, dem unüberlegten und kurzsichtigen Streichkonzert der CDU-Mehrheitsfraktion zu Lasten der Kinder unserer Stadt endlich entschieden entgegenzutreten. Wir begrüßen das eindeutige Handeln der Elternvertreterin im Ausschuss, die mit ihrem Antrag erneut auf den drohenden Kollaps in der Lübecker Kindertagesbetreuung hingewiesen haben, wenn die Streichbeschlüsse in die Realität umgesetzt werden.

Der jugendpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Christian Freitag, drückt sich mit seinem lapidaren Hinweis, die Jugendsenatorin „solle woanders kürzen“, wie üblich vor der Verantwortung und klaren Aussagen zum zukünftigen Kurs der Lübecker CDU. Christian Freitag sei an seine forschen Vorwürfe vom November vergangenen Jahres erinnert, wo er der SPD wegen ihrer Forderung nach einem demographischen Faktor und einer Kürzung des Budgets nur entsprechend der sinkenden Kinderzahlen „einen Wackelkurs“ vorwarf“, so Lindenau weiter.

„Die Bürgerinnen und Bürger können von der Mehrheitsfraktion zu Recht endlich konkrete Aussagen darüber erwarten, wie die von der CDU in der Bürgerschaft durchgepackten pauschalen Sparvorgaben umgesetzt werden sollen, wo sie kürzen will und für welche politischen Schwerpunkte sie steht. Das intensiv betriebene muntere Schwarze – Peter – Spiel zwischen Verwaltung und Mehrheitsfraktion darf keine weitere peinliche Fortsetzung finden. Eltern brauchen auch zukünftig Planungssicherheit in der Kindertagesbetreuung.

Angst bereitet uns, wenn wir – wie in der vergangenen Jugendhilfeausschusssitzung – feststellen müssen, dass die CDU den Überblick verloren hat, welche Streichbeschlüsse sie bereits gefasst hat. Anders können wir uns die Forderung von Christian Freitag nicht erklären, dass die Verwaltung eine Gesamtauflistung aller beschlossenen bzw. geplanten Konsolidierungsmaßnahmen noch einmal erstellen soll.

Für die SPD steht fest:

Kürzungen bei den Kindern und Jugendlichen sind kurzfristig. Wer heute dort spart, muss morgen das Doppelte und Dreifache für Versäumnisse in der Gegenwart zahlen und verwehrt der jungen Generation einen erfolgreichen Start in ihr zukünftiges Leben. Der Streichung finanzieller Ressourcen, die zu einer qualitativen Verschlechterung in der Kindertagesbetreuung führen und die bedarfsgerechte Betreuung der Kinder gefährden, stimmen wir auch zukünftig nicht zu! Konsolidierungsmaßnahmen, die unsere Grundprinzipien berücksichtigen, werden wir uns mit Blick auf die Haushaltsverantwortung nicht verschließen“, so Lindenau abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 06.05.2006, 10:42 Uhr - 4378 Clicks - Nr. 292

Neuer Vorsitzender im OV Schilksee

Dem SPD-Ortsverein Schilksee steht jetzt **Hans Mehrens** vor, der auf den nicht wieder angetretenen Stefan Johannsen folgt.

Stellvertreterin ist Heidi Behlen, Waltraud Herbst-Wenk übernimmt das Amt der Schriftführerin, Peter

Baumgardt ist Kassenwart. Beisitzer sind Stefan Johannsen, Gerd Müller, Gesine Stück und Manfred Wagner. Die Schilkseer SPD möchte sich künftig mehr für interessierte Bürger öffnen und die sachbezogene Arbeit im Ortsbeirat fortsetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.05.2006, 12:57 Uhr - 1324 Clicks - Nr. 293

Aufklärung über Erhalt des Jugendtreffs Russee dringend geboten

Die Jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion und der Russeer SPD-Ratsherr Michael Wagner erklären zu der entstandenen und auch wahrnehmbaren Unruhe unter den Russeer Jugendlichen über Gerüchte einer möglichen Schließung des Jugendtreffs Russee durch die Stadt: "Die Verwaltung hat bei ihrer Präsentation der Neustrukturierung der offenen Jugendarbeit im Jugendhilfeausschuss Anfang 2006 einen Sachbericht gegeben. Planungen oder auch nur Andeutungen darüber, dass Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit, wie zum Beispiel der Jugendtreff Russee, geschlossen werden sollen, machte die Verwaltung damals nicht. Der Jugendhilfeausschuss sprach sich einhellig dafür aus, dass die Fachgremien und die Ortsbeiräte frühzeitig von der Verwaltung zu beteiligen sind, wenn die Verwaltung Maßnahmen zur Neustrukturierung umzusetzen beabsichtigt. Die SPD-Fraktion erwartet von der Verwaltung, dass sie die Beunruhigung unter der Russeer Jugend ernst nimmt und zeitnah Informationen gibt, in welcher Form der Jugendtreff Russee von den Neustrukturierungsmaßnahmen betroffen sein wird."

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 08.05.2006, 14:12 Uhr - 2056 Clicks - Nr. 294

SPD: Mehr Reformen im Gymnasium ? Oder mehr Lehrer ?

Uwe Roennfeldt, bürgerliches Mitglied der SPD-Fraktion steht allen Bürgerinnen und Bürgern am 11.05.2006 in der Sprechstunde der SPD-Fraktion zur Verfügung.

Die Sprechstunde findet, wie üblich, von 16.00 - 17.30 Uhr im Fraktionszimmer der SPD im Rathaus (A0.05) statt und Uwe Roennfeldt ist dort während der Sprechstunde unter der Telefonnummer 04551-964-348 zu erreichen.

Thema der Sprechstunde:

Die Landesregierung plant weitreichende Reformen in der Schulstruktur - Zentralabitur - Hochschulreife nach 12 Schuljahren - brauchen wir mehr Reformen oder brauchen wir - auch in Bad Segeberg einfach nur mehr Lehrer für eine bessere Förderung und Ausbildung unserer Kinder ?

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 08.05.2006, 19:25 Uhr - 2769 Clicks - Nr. 295

Durch Zusammenarbeit von Institutionen Präventionsarbeit erweitern

Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren Bericht, unterstreicht er doch sehr deutlich die Notwendigkeit der Stärkung der Präventionsarbeit. Er macht aber auch deutlich, dass die sechs AIDS-

Hilfeeinrichtungen und drei Kreisgesundheitsämter, die mit regelmäßigen Präventionsmaßnahmen in Schleswig-Holstein arbeiten, nicht ausreichend sind, um umfassend in allen Regionen des Landes diese wichtigen Informations- und Beratungsangebote vorzuhalten.

Ihr Ziel, möglichst flächendeckende Angebote zu machen und dafür vorhandene Strukturen von haupt- und nebenamtlichen Kräften besser als gegenwärtig zu vernetzen und dadurch die Effizienz zu steigern, finde ich ein richtiges Vorgehen. Hierzu sollte der im Bericht hervorgehobene und von vielen Akteuren gelobte schleswig-holsteinische Präventionsparcours „Liebe, Sex und mehr“ weiter verbreitet werden. Es wäre schön, wenn dieser Präventionsparcours in größerer Anzahl in Schleswig-Holstein an Schulen und Jugendeinrichtungen eingesetzt werden könnte. Vielleicht gibt es ja Sponsoren aus dem Bereich der Krankenkassen oder der Gesundheitsinitiativen, die sich auch dem Ziel der Präventionsarbeit verpflichtet fühlen.

Aber auch gerade die Zusammenarbeit im Bereich der Jugend mit dem Ziel, möglichst alle jungen Menschen einmal zu Beginn ihres sexuell aktiven Lebens mit entsprechenden Präventionsbotschaften zu erreichen, ist wichtig und nur zu unterstützen. Die Zusammenarbeit von Institutionen wie pro familia, Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesjugendring mit seinen Einzelorganisationen, den homosexuellen Initiativen und den örtlichen AIDS-Hilfen ist der richtige Ansatz, um junge Menschen zu erreichen. Die Präventionsarbeit zu stärken, bleibt ein wichtiges Ziel.

Ich will aber noch auf zwei weitere Bereiche aufmerksam machen. Das eine ist, Präventionsarbeit auch mit Menschen aufzugreifen, die als Aussiedler oder Immigranten in unser Land kommen. Hier gilt es oft, Präventionsarbeit nachzuholen bzw. erstmalig auf die Gefahren von HIV und AIDS hinzuweisen. Präventionskonzepte für diesen Personenkreis zu erarbeiten, wäre aus meiner Sicht notwendig.

Als zweiten Punkt will ich die Veranstaltung vom 06.03. dieses Jahres aufgreifen, zu der der Staatssekretär Dr. Körner eingeladen hatte. Bei dieser Veranstaltung wurde deutlich, wie hoch der Erfahrungsschatz und vor allem die Fachkompetenz der AIDS-Hilfen in Schleswig-Holstein ist.

Und daher glaube ich, dass es für die Zukunft auch nur richtig sein kann, die AIDS-Hilfen, aber auch die Gesundheitsämter und alle anderen Akteure in Schleswig-Holstein bei der Erstellung von Konzepten in der AIDS-Prävention bzw. bei der Weiterentwicklung der AIDS-Hilfearbeit in Schleswig-Holstein zu beteiligen. Gelingt es uns doch, mit diesen Initiativen auch die ehrenamtliche Arbeit einzubeziehen. Und das Ehrenamt, das sich in diesem Bereich engagiert, verdient Anerkennung und Unterstützung.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 08.05.2006, 19:27 Uhr - 1940 Clicks - Nr. 296

Meilenstein künftiger Integrationspolitik

Zum Kompromiss der Innenminister-Konferenz zu Einbürgerung und Integration erklärt SPD-Landesvorsitzender Claus Möller:

„Der Kompromiss der Innenminister zu Einbürgerung und Integration ist ein wichtiger Meilenstein künftiger Integrations- und Einbürgerungspolitik. Insbesondere die in dem umstrittensten Punkt gefundene Lösung der zufolge Einbürgerungswillige, die einen deutschen Pass begehren, künftig

einen Staatsbürgerkudkurs erfolgreich zu absolvieren haben, ist ein Sieg der Vernunft. Der Einsatz unseres Innenministers Ralf Stegner hat sich in der Sache und auch für ein deutliches sozialdemokratisches Profil mehr als gelohnt.“

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 08.05.2006, 19:28 Uhr - 1889 Clicks - Nr. 297

Stammtischgerede vom CDU - Finanzminister

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„ Wer zur Lösung der Kieler Finanzkrise Städten und Gemeinden fest eingeplante Gelder wegekürzt und gleichzeitig eine happige Diätenerhöhung stemmt, sollte sich auch in einer launigen Rede bei Labskaus und kühlen Getränken vor polemischer Kritik an die Adresse der Hansestadt hüten.

Städte und Gemeinden können durch den geplanten dreisten Griff des Landes in die kommunalen Kassen ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen. Der Finanzminister des Landes sollte vor der eigenen Tür kehren und sich überflüssige Ausgaben verkneifen.

Anschaffung und Aufziehen von Sportfelgen und breiteren Reifen aus Gründen des eigenen Wohlbefindens passen nicht in eine Zeit, wo ständig neu Opfer von Bürgerinnen und Bürgern verlangt werden und die Lübecker CDU eine pauschale Kürzung aller städtischen Ausgaben mit dem Rasenmäher durchgesetzt hat.“

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 08.05.2006, 19:35 Uhr - 2615 Clicks - Nr. 298

Hafenleitprogramm der SPD Lübeck

I. Bedeutung der Hafen- und Logistik-Wirtschaft für den Standort Lübeck

Der Lübecker Hafen ist mit über 27 Millionen Tonnen Jahresumschlag (2005) nicht nur der größte deutsche Ostseehafen, sondern auch der größte Fährhafen Europas sowie der größte deutsche Containerhafen an der Ostsee. Bis 2015 werden bis zu 40 Millionen Tonnen Jahresumschlag erwartet. Das unterstreicht eindrucksvoll die Rolle des Hafens als führende Logistikkreuzung des Ostseeraums. Diese Rolle gilt es in der Zukunft zu behaupten und weiter auszubauen.

Rund 400 Firmen mit 7.000 Beschäftigten sind in der Lübecker Logistikwirtschaft tätig, die mittel- oder unmittelbar vom Hafen profitieren.

Der Hafen, Tourismus und die Gesundheitswirtschaft sind die unumstrittenen

Wachstumslokomotiven der Hansestadt.

Die EU-Osterweiterung ist für Lübeck eine große Chance, die zusätzliche Impulse für Wachstum und Beschäftigung auslöst. Schon jetzt ist der Ostseeraum die führende Boomregion Europas. Prognosen sagen deshalb voraus, dass der Hafenumschlag in Lübeck bis 2015 auf bis zu 40 Millionen Tonnen ansteigen wird.

Für die Wirtschafts- und Strukturpolitik der Hansestadt Lübeck genießt der Hafen auch in Zukunft eine hohe Priorität. In der Logistikwirtschaft und insbesondere in der weiteren Hafenentwicklung wird Lübeck konsequent seine Chancen nutzen, um damit dauerhaft zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Dafür gilt es aber schon heute die Weichen für die Zukunft zu stellen.

II. Flächenentwicklung und Investitionstätigkeit

Der Hafen, Hafenwirtschaft, hafenbezogene Logistikwirtschaft und hafenaffines Gewerbe werden auch zukünftig erhebliche Flächenbedarfe haben. Der aktuelle Hafenentwicklungsplan gibt die richtige Richtung vor und ist entsprechend sich ändernder Rahmenbedingungen anzupassen. Der Hafenentwicklungsplan zeigt die für die Hafenentwicklung geeigneten Flächen auf. Die Hansestadt Lübeck muss diese für die zukünftige Hafenentwicklung sicherstellen.

Ökologische Gesichtspunkte wie z. B. die Minimierung des Flächenverbrauchs, eine möglichst geringe Versiegelung von Flächen, die Einführung ökologischer Hafengebühren, die landseitige Stromversorgung von Schiffen oder die Minderung von Schiffsemissionen sind bei allen Planungen zu berücksichtigen.

Die Hansestadt Lübeck muss trotz ihrer tief greifenden und lang anhaltenden Finanzkrise Mittel und Wege finden, die erforderlichen Investitionen auch finanziell umsetzen zu können. Dazu wird es erforderlich sein, vermehrt privates Kapital in den weiteren Ausbau der Hafensuprastruktur zu lenken. Land, Bund und EU werden aufgefordert, die weitere Hafenentwicklung zu fördern und dabei Chancengleichheit im Wettbewerb der Häfen herzustellen.

III. Verwaltungszuständigkeiten bündeln

Ein wettbewerbsstarker Hafen braucht eine leistungsstarke und wettbewerbsorientierte öffentliche Hafenverwaltung. Deshalb sollen hier zur Schaffung von mehr Effektivität und Effizienz die bislang zersplitterten verwaltungsseitigen Hafenkompetenzen und Zuständigkeiten in einer Verwaltungseinheit gebündelt werden.

Mit der Errichtung einer zentralen Hafenbehörde wird diesem Gedanken Rechnung getragen. Dadurch erhält die Hansestadt ein effektives und effizientes Instrument für die weitere Hafenentwicklung, Hafenplanung und das Flächenmanagement.

Die Kundenorientierung wird gleichzeitig verbessert, indem für die Hafenbetreiber in der Gestalt der zentralen Hafenbehörde ein kompetenter Ansprechpartner seitens der Verwaltung der Hansestadt Lübeck zur Verfügung steht.

IV. Stärkung der LHG durch neue Organisationsstruktur im Wettbewerb gegenüber anderen Hafenstandorten

Der Erfolg des Lübecker Hafens in den vergangenen Jahren ist eng verbunden mit der exzellenten Arbeit der LHG, ihrer engagierten Beschäftigten und ihres professionellen Managements.

Auch bei steigenden Herausforderungen im Wettbewerb und die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen angesichts knapper öffentlicher Kassen sowie verschärfte Beihilfenrichtlinien der EU muss die Schlagkraft und Wettbewerbsfähigkeit der LHG weiter ausgebaut werden. Es ist sicherzustellen, dass die LHG auch zukünftig über die für diese Anforderungen notwendige Organisationsstruktur verfügt.

Die Organisationsstruktur der LHG muss u. a. die terminalbezogene Gründung von Suprastrukturgesellschaften ermöglichen, um strategische Partner zu beteiligen. Nur so lassen sich Hafenstandorte gemeinsam entwickeln, für die die Investitionen nicht von der LHG oder der Stadt aufgebracht werden können.

Die verkehrliche Anbindung der Häfen ist Grundlage für den Güterfluss und stetig zu optimieren. Der Modal-Splitt (Aufteilung der vor-/nachgelagerten Verkehrsträger Bahn – Kanal – Straße) ist zu Gunsten von Bahn und Kanal zu verändern. Die Auswirkungen einer möglichen festen Querung des Fehmarn-Belt auf den Hafenumschlag sind rechtzeitig in die weitere Entwicklung der Häfen einzubeziehen.

V. Wettbewerb im Hafen

Bislang werden ca. 95 % des Güteraufkommens im Lübecker Hafen von der stadteigenen LHG umgeschlagen. Es muss das erklärte Ziel sein, dass auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit der LHG sichergestellt wird.

Der Lübecker Hafen soll auch privaten Hafenbetreibern offen stehen. Dazu kann auch das Eingehen strategischer oder finanzieller Partnerschaften gehören.

Mehr Wettbewerb im Hafen darf nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder einer Senkung der tariflichen Leistungen für die Beschäftigten führen. Hohe soziale und Sicherheits-Standards müssen in den Lübecker Häfen erhalten bleiben.

Keine Kommentare

[Lothar Hay, MdL](#) - veröffentlicht am 09.05.2006, 08:41 Uhr - 3656 Clicks - Nr. 299

Lothar Hay: SPD-Landtagsfraktion besucht Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist das Ziel der Fraktionsreise der SPD-Landtagsfraktion vom 8. bis 12. Mai. Die Fraktion setzt damit ihre Tradition fort, in jährlichen Abständen ein Bundesland zu besuchen, dort Fachgespräche zu führen und sich über wirtschaftliche, politische und kulturelle Themen zu informieren und auszutauschen.

Erster Termin der Reise ist am morgigen Dienstag die BASF AG in Ludwigshafen. Im Gespräch mit

BASF-Managern geht es um die EU-Chemikalienrichtlinie REACH, insbesondere unter dem Aspekt Gesundheitsschutz und Wirtschaftlichkeit, sowie um gesellschaftliche Verantwortung als Unternehmensziel.

Ein Gespräch zur Medienpolitik – mit den Schwerpunkten Werbung, Rundfunkgebühren, Eigenproduktionen und barrierefreies Fernsehen – ist beim ZDF in Mainz anberaumt.

Neben dem Intendanten Markus Schächter werden mehrere Redaktionsleiterinnen und -leiter sowie die Kieler Studio-leiterin mit den Abgeordneten sprechen.

Selbstverständlich ist auch ein Treffen und Austausch mit den Kollegen der Rheinland-Pfälzischen Landtagsfraktion auf dem Programm. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen dabei die Themenkomplexe Konversion, Ganztagschule, Kita -Modellförderung und Öko-Land- und -Weinbau. Auch die Kultur kommt nicht zu kurz: So besucht die Fraktion das Gutenberg-Museum in Mainz sowie das Hambacher Schloss, das wegen des Hambacher Festes 1832 als Symbol für die deutsche Demokratiebewegung gilt.

„Wir freuen uns auf eine Fülle von Informationen und Gesprächen bei dieser Reise; wir werden dabei wie in den letzten Jahren dazulernen“, so Fraktionschef Lothar Hay.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 09.05.2006, 23:27 Uhr - 2612 Clicks - Nr. 300

Norderstedt und Neumünster sollen zusammenarbeiten

Die Norderstedter SPD-Fraktion wird Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote auffordern gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Neumünster nach Möglichkeiten zu suchen, eine Zusammenarbeit der Verwaltungen der beiden Städte Neumünster und Norderstedt zu vertiefen. Nachdem ein erster Schritt mit der Kooperation im Bereich der integrierten Rettungsleitstelle bereits getan wurde sind weitere Kooperationsfelder denkbar, z.B. Einkaufsgemeinschaften für sächliche Verwaltungsmittel, gemeinsames Finanzmanagement etc.. Und auch im Bereich der Wirtschaftsförderungsgesellschaften scheinen gemeinsame Aktivitäten denkbar, z.B. gemeinsame Präsentationen auf Messen.

Hintergrund für diesen Antrag ist die schwierige Haushaltslage der Stadt, die es geboten erscheinen lässt, alle Möglichkeiten von Kostensenkungen und Effizienzsteigerungen zu nutzen. Hier sind sicher auch Kooperationen zwischen Gebietskörperschaften Erfolg versprechend.

„Und für Norderstedt bietet sich die Stadt Neumünster als Partner in besonderer Weise an,“ erklärt der SPD-Vorsitzende Heiner Köncke.

„Beide Städte sind mit 79.500 Einwohnern (NMS) und 72.000 Einwohnern (Norderstedt) fast gleich groß, beide gehören demnächst zur kommunalen Verwaltungsregion Schleswig-Holstein-Mitte, und beide liegen an der gemeinsamen Entwicklungsachse A7. Über die AKN sind beide außerdem auch per Eisenbahn miteinander verbunden.“

„Dieser Antrag ist ein konkreter erster Schritt, um die von der Norderstedter Stadtvertretung gefaßte Resolution anlässlich der Erhöhung der Kreisumlagen mit Leben zu erfüllen“, erklärt hierzu der SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Paustenbach.

„Und wir sind sicher, dass die Initiative auch auf fruchtbaren Boden fallen wird, da die Ratsversammlung in Neumünster am 16. Mai einen ähnlichen Beschluss fassen wird.“

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 10.05.2006, 19:04 Uhr - 1917 Clicks - Nr. 301

Die Lübecker ARGE braucht endlich einen kompetenten Beirat

Der Vorsitzende des Sozialausschusses Lienhard Böhning erklärt:

„Die SPD wird durch die gegenwärtige Diskussion über die Zulässigkeit von Lebensmittelgutscheinen und deren Verwendung in ihrer Überzeugung bestärkt, zur Feinsteuerung und zur schnellen Lösung von auftauchenden Problemen, endlich auch in Lübeck einen Beirat bei der Lübecker ARGE einzurichten.

Wir halten dazu die Beteiligung der örtlichen Kammern, Gewerkschaften, der sozialen Initiativen und der Fraktionen in der Bürgerschaft bei der ARGE für überfällig. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Sozialpolitiker in der CDU endlich durchsetzen und die Mehrheitsfraktion den bisherigen Widerstand in der Bürgerschaft aufgibt.

Fragen des regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarktes und der Ausgestaltung öffentlich geförderter Beschäftigung können gleichzeitig im Interesse einer erfolgreichen Vermittlung der Arbeitslosen so schneller geklärt werden. Der Skandal von Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit muss endlich konsequent angegangen werden.

Die Zusammenführung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe hat sich grundsätzlich bewährt. Aber überall dort, wo sich bei der Umsetzung Probleme aufgetan haben, werden wir uns einer ergebnisoffenen Diskussion über gesetzliche Änderungen nicht verschließen.

Wir warnen davor, Bezahler von Arbeitslosengeld II unter Generalverdacht zu stellen und einseitig eine Diskussion über angeblichen flächendeckenden Missbrauch zu führen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch mehr Investitionen und höhere öffentliche Ausgaben gleichzeitig hinten runter fallen zu lassen.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.05.2006, 19:13 Uhr - 1161 Clicks - Nr. 302

Kietzer zu Business School in Kiel und Multimedia Campus:

Freude und Bedauern dicht beieinander!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:

"Mit seinem erneuten und sehr großzügigen Engagement für die Landeshauptstadt macht sich Herr Dr. Murmann verdient um Kiel als attraktiven internationalen Bildungsstandort. Dafür gebührt ihm der Dank der Stadt.

Dass Freude und Bedauern dicht beieinander liegen belegt die Nachricht über die bevorstehende Schließung des Multimedia Campus. Die SPD-Fraktion bedauert diese Entwicklung sehr. Wir hoffen, dass die Kieler Hochschulen Wege finden werden, um die im Multimedia Campus versammelten Kompetenzen für den Wissenschaftsstandort Kiel zu erhalten."

Keine Kommentare

Weg vom Erdöl

SPD-MdBs machen mobil für eine bessere Biokraftstoff-Strategie

Gegen die von der Koalition geplante Beimischungspflicht bei Wegfall der Steuererleichterung für Biodiesel formiert sich Widerspruch innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion.

„Der Verzicht auf die Steuerermäßigung für Biokraftstoffe führt uns vom eigentlichen Ziel weg“, erklärt der Abgeordnete des Kreises Steinburg, Jörn Thießen. „Als flankierende Maßnahme ist nichts gegen eine ergänzende Beimischungspflicht von Biokraftstoffen bei den marktbeherrschenden Mineralölkonzernen einzuwenden. Aber wichtiger ist die Steuerermäßigung für hundertprozentige Biokraftstoffe, sonst graben wir den mittelständischen Produzenten das Wasser ab, schaffen ungewollt ein Anbietermonopol bei den großen Konzernen und machen so den Bock zum Gärtner.“ Auch bei der Beimischung gibt es keine Garantie, dass die Verpflichtung zu 50 Milliliter Biodiesel je Liter Dieselmotorkraftstoff den hiesigen Produzenten zugute kommt: „Niemand hindert die Mineralölkonzerne daran, diese Quote durch Billigimporte zu erfüllen“, gibt Thießen zu bedenken. Gemeinsam mit mehreren SPD-Fraktionskollegen versucht er daher, die bisherige Weichenstellung seiner Partei und der Bundesregierung zu korrigieren. Unter Federführung von Hermann Scheer, dem Träger des Weltpreises für Bioenergie, soll diese Woche mit einem fraktionsinternen Gruppenantrag Position gegen das Eckpunktepapier bezogen werden, das im Koalitionsausschuss am 1. Mai verabschiedet worden war.

„Wenn wir unsere Bauern unterstützen und weg vom Öl wollen, brauchen wir eine systematische Unterstützung reiner Biokraftstoffe“, erklärt Thießen. „Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit diese nachwachsenden, ökologisch besseren Treibstoffe auf Dauer wirtschaftlicher sind als die Erdölprodukte.“ Nur dann habe die Automobilindustrie zum Beispiel auch ausreichende Anreize, um ihre Motoren von vornherein geeignet für Biokraftstoffe herzustellen. Beispiele, wo eine konsequente Politik zugunsten von nachwachsendem Kraftstoff funktioniert hat, gibt es genug: Brasilien habe dank seiner jahrelangen Förderung von Bioethanol als Treibstoff für Autos in diesem Markt heute schon weitgehende Unabhängigkeit vom Erdöl erzielt, und selbst beim notorischen Erdölgroßverbraucher USA sei die Biokraftstoffquote bald höher als bei uns. „Um das auch hier zu schaffen, reicht die Beimischungspflicht auf keinen Fall aus“, erklärt Thießen: „Wir müssen uns deshalb jetzt im Gesetzgebungsverfahren dafür stark machen, dass erdölbasierte Kraftstoffe ersetzt, nicht bloß ergänzt werden.“

Keine Kommentare

Ansprechendes Entree für die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:

"12 Jahre wurde am Bahnhof gebaut. Dieser unzumutbare Zustand für die Kielerinnen und Kieler und unsere Gäste ist jetzt zum Glück vorbei.

Die SPD-Ratsfraktion gratuliert der Bahn zum erfolgreichen Abschluss des Bahnhofumbaus. Wir freuen uns mit allen über das neue ansprechende Entree der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt."

Keine Kommentare

SPD-Fahrradtour mit Grillen

Auch in diesem Jahr veranstaltet der SPD-Ortsverein Krempe mit Stützpunkt Süderau/Steinburg wieder seine inzwischen schon traditionelle Fahrradtour mit anschließendem Grillen für Jedermann und lädt hierzu herzlich ein. Am Sonntag, den 21. Mai 2006 steht eine launige Fahrt ins Blaue an.

Gestartet wird um 13:00 Uhr vom Kremper Marktplatz aus. Die Organisationsleiter haben wieder eine schöne Tour ausgearbeitet und fröhlicher Temperaturen mit Sonnenschein bestellt. Einer vergnügten Tour durch die nähere Umgebung steht damit nichts im Wege.

Die zu bewältigende Strecke ist durch regelmäßige Pausen selbst für nicht so trainierte Freunde des Zweirades zu bewältigen. Zielort ist gegen 17:00 Uhr der Garten der Familie Keppner in 25361 Krempe, Westerstraße 3, wo bei geselligem Beisammensein ein Grillabend stattfindet. Natürlich dürfen auch Nichtradfahrer sich gerne zu dieser Zeit vor Ort einfinden. Also, machen Sie mit. Kommen Sie am Sonntag, den 21. Mai 2006 um 13:00 Uhr auf den Marktplatz vor das historische Rathaus oder um 17:00 Uhr zum Grillen. Es freut sich auf Sie der Vorstand des SPD-Ortsvereins Krempe mit Stützpunkt Süderau/Steinburg.



Keine Kommentare

Des Einen Freud und des Anderen Leid

Die Leistungsbilanz von Volquartz, CDU und GRÜNEN

Information der SPD in Mettenhof / Hasseldieksdamm zum Stadtteilstadtteilfest Mettenhof am 13. Mai 2006

Inzwischen sind drei Jahre seit der letzten Kommunalwahl vergangen und es ist wieder einmal an der Zeit, die Leistungsbilanz von CDU und GRÜNEN zu betrachten.

Für die Kieler Ratsfraktionen von CDU und GRÜNEN hat sich diese Wahlperiode schon bezahlt gemacht. Die Jobmaschine läuft auf Hochtouren. Bereits kurz nach der Kommunalwahl hatte Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) ihren Parteifreund Ratsherrn Jakob Vieregge zu ihrem persönlichen Referenten gemacht. Als Nachfolger des anerkannten Stadtbaurates Dipl.-Ing. Ronald Klein-Knott wurde der grüne Jurist Peter Todeskino von CDU und GRÜNEN ins Amt gehievt. Bereits kurze Zeit später und ohne den geringsten Leistungs- und Qualitätsnachweis wurde er außerdem zum Bürgermeister gewählt. Bürgermeister Todeskino arbeitet sehr geräuschlos und das ist ja bekanntlich immer dann der Fall, wenn man nichts bewegt und Konflikte vermeidet.

Nachdem Stadtrat Torsten Albig seinen Wechsel in das Bundesfinanzministerium bekannt gegeben hatte, nominierten CDU und GRÜNE umgehend den Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion Gert Meyer zu Albigs Nachfolger. Ohne das Ergebnis der vorgeschriebenen Stellenausschreibung abzuwarten,

wurden gleich Nägel mit Köpfen gemacht und potenziellen Bewerber/innen signalisiert, dass sie keine Chancen haben würden. Qualität im Rahmen der Bestenauslese war nicht gewünscht. Da der künftige Stadtrat Meyer jedoch nicht über ausreichende fachliche Qualifikationen verfügt, schnürten CDU und GRÜNE gleich ein ganzes Personalpaket. Meyer wird künftig der grüne Job-Joker, Ratsherr Rainer Pasternak, als persönlicher Referent zur Seite gestellt. Während Meyer inzwischen von der Ratsmehrheit gewählt worden ist, steht die Bestellung von Pasternak zum Referenten noch aus, da der Personalrat diese Einstellung noch nicht abgesegnet hat.

Alles in allem können CDU und GRÜNE mit ihrer bisherigen Personalbilanz zufrieden sein. Mit der eigentlichen Arbeit hapert es jedoch. Die Aktivitäten zur Verwaltungsreform sowie der Haushaltseckwertebeschluss haben nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht. Die Ratsmehrheit hat nach ihren ersten Sparmaßnahmen und Gebührenerhöhungen den Entscheidungsmut merklich gedrosselt. Frau Volquartz hat Sand in das Getriebe der KERN-Region gestreut und die gemeinsame Nutzung bzw. der Verkauf von Feuerwehrdrehleitern an Nachbargemeinden werden schon als Erfolge der interkommunalen Zusammenarbeit gefeiert. Die Seehafen Kiel GmbH soll zerschlagen werden. Warum, das hat sich bis heute noch keinem so recht erschlossen. Der Bau des Science Centers wurde verstolpert und nun werden mühsam die Scherben zusammen gekehrt. Der Ausbau des Flughafens Holtenau wurde nach gemeinsamer und erfolgreicher Verzögerungsstrategie von Volquartz & Co. zu den Akten gelegt. Die Umwandlung der Bühnen der Stadt in eine Anstalt des öffentlichen Rechts ist ins Stocken geraten. In der Verkehrspolitik werden wichtige Entscheidungen (z.B. Ostuferentlastungsstraße, Ausbau von B76 und A215 einschl. Anbindungen) wegen offensichtlicher Uneinigkeit unter den Mehrheitsfraktionen verschoben. Und so weiter und so fort

Auch in Mettenhof hinterlässt die Politik von CDU und GRÜNEN ihre Spuren: der Bau der Sporthalle für die Schule am Heidenberger Teich wurde bereits kurz nach der Wahl gestoppt und Schilksee vorgezogen. Bei der jüngsten Anhörung machten Vertreter von CDU und GRÜNEN hierzu unmissverständlich klar, dass mit einem Bau der Sporthalle in Mettenhof in dieser Wahlperiode nicht mehr zu rechnen sei. Das Programm „Soziale Stadt“ läuft im Jahr 2007 aus. Das dazugehörige Projekt Café Mette ist bereits 2003 beerdigt worden und nun haben CDU und GRÜNE auch noch das Aus für die Pläne eines Naturschwimmteichs in Mettenhof verkündet und hierfür auch noch die Zustimmung der CDU im Ortsbeirat Mettenhof gefunden.

Angesichts dieser Bilanz wird klar, wer zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern in dieser Stadt gehört. Trotz allem wünschen wir Ihnen ein schönes Stadtteilstfest und viel Spaß an diesem Tag.

Harald Jander (Vorsitzender)
Cathy Kietzer (Ratsfrau)
Cai-Uwe Lindner (Ratsherr)

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 13.05.2006, 20:19 Uhr - 3081 Clicks - Nr. 307

Mittagsverpflegung im Schulzentrum-Nord zügig einführen!

Die Norderstedter SPD-Fraktion setzt sich für eine zügige Einführung der Mittagsverpflegung am Schulzentrum Nord ein.

Dazu die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Renate Ehrenfort:

"Parteiübergreifend wird eine Mittagsverpflegung im Schulzentrum Nord als notwendig erachtet. Jetzt kommt es auf eine zügige Umsetzung an. Deshalb sprechen wir uns für eine Abkopplung der Mittagverpflegung vom neuen Raumkonzept für das Schulzentrum-Nord aus."

Hintergrund ist eine Erhebung des Amtes für Gebäudewirtschaft, welches eine deutliche Vergrößerung der Nutzflächen (durch den Bau von Musik- und Unterrichtsräumen und einer Mensa) als notwendig erachtet, um der herrschenden Raumnot am Schulzentrum zu begegnen.

"Da der Planungsprozeß hierfür langwierig und die Frage der Finanzierung unklar ist, wir aber vor dem Hintergrund der Änderungen, die auf die Schulen, insbesondere die Gymnasien, in Schleswig-Holstein zukommen, mit der Einführung der Mittagsverpflegung nicht warten können, ist für uns eine Mensa z.B. in Modulcontainern die schnellste und günstigste Übergangslösung. Die Durchführung des Ganztagsbetriebes am Schulzentrum-Nord darf nicht durch langatmige Planungsprozesse aufgehalten werden.

Wir werden daher am kommenden Mittwoch, in der Sitzung des Ausschusses für junge Menschen, die Verwaltung bitten, eine entsprechende Lösung noch in diesem Schuljahr zu realisieren."

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 14.05.2006, 19:14 Uhr - 2409 Clicks - Nr. 308

SPD-Engelsby: LIDL bald am Wasserlooser Weg

Die SPD-Fraktion stellte an die Verwaltung den Antrag, der Firma LIDL die Ansiedlung eines Marktes auf dem Grundstück Wasserlooser Weg 2 zu ermöglichen.

Ein Aufstellungsbeschluss soll noch vor der Sommerpause herbeigeführt werden.

Als Bedingung wird festgelegt, dass

- a) das vorhandene Hochhaus umgehend auf Kosten der Firma LIDL beseitigt wird,
- b) der vorhandene LIDL-Markt in der Merkurstraße mit der Neueröffnung geschlossen wird,
- c) LIDL zusichert, dass auf dem frei werdenden Grundstück an der Merkurstraße keine Anschlussnutzung mit Einzelhandel erfolgt und auch kein Verkauf an Dritte mit dieser Zielsetzung vorgenommen wird.

Voraussetzung ist auch die Ansiedlung eines Marktes mit rund 800 qm Verkaufsfläche "Am Katharinenhof" innerhalb von 12 Monaten zu realisieren.



Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 15.05.2006, 13:47 Uhr - 6282 Clicks - Nr. 309

Elterngeld wird kommen

Mit den Entscheidungen der Koalitionsrunde zum Elterngeld ist sichergestellt, dass dieses zentrale familienpolitische Projekt der SPD umgesetzt wird.

Das neue Elterngeld, das das bisherige Erziehungsgeld ersetzt, ist modern und sozial gerecht

ausgestaltet. Es ist ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch ein zusätzlicher Anreiz für eine partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Müttern und Vätern.

Dies ist ein großer Erfolg der SPD innerhalb der Koalition. Wie groß - das macht ein kurzer Rückblick auf die Wahlprogramme aus dem letzten Sommer deutlich: Noch vor wenigen Monaten wollte die Union vom Elterngeld und anderen modernen Instrumenten der Familienpolitik nichts wissen. Da stand Frau Merkel noch voller Überzeugung für Kinder, Küche, Kirchhof. Das macht klar: Eine moderne Familienpolitik gibt es nur mit der SPD !

Zu den wichtigsten Eckpunkten des Elterngelds im Einzelnen:

Die Kernkomponente des Elterngelds ist eine Einkommensersatzleistung von 67% des vorherigen Nettoeinkommens des betreuenden Elternteils bis maximal 1800 Euro pro Monat.

Ein monatlicher Sockelbetrag von 300 Euro wird sowohl Alleinverdienerelternpaaren als auch Beziehern von ALG II gewährt. Dieser Sockelbetrag wird nicht auf das ALG II angerechnet.

Als weiteres soziales Element des Elterngelds ist eine Geringverdienerkomponente geplant. Vorgesehen ist, dass Geringverdiener ein höheres Elterngeld als die 67% des letzten Nettoeinkommens gewährt wird. In diesen Fällen soll das Elterngeld höher sein als der Sockelbetrag. Einbußen gegenüber dem bisherigen Erziehungsgeld sollen möglichst vermieden werden.

Das Elterngeld wird über die Regeldauer von 12 Monaten hinaus für 2 weitere Monate (Partnermonate) gewährt, wenn jeder Elternteil seine Erwerbstätigkeit für mindestens 2 Monate zum Zwecke der Betreuung des Kindes unterbricht. Das gilt für verheiratete Eltern ebenso wie für unverheiratete mit gemeinsamem Sorgerecht. Alleinerziehende mit alleinigem Sorgerecht erhalten das Elterngeld stets 14 Monate. Elternpaare, die ALG-II-Empfänger sind, erhalten das Elterngeld nur für die Regeldauer von 12 Monaten.

Familien, bei denen Geburten in enger Folge liegen (Abstand von maximal zwei Jahren) wird das Elterngeld gesondert berechnet, wenn die unterbrochene Erwerbstätigkeit vor einer weiteren Geburt noch nicht wieder aufgenommen worden war. Dabei wird in geeigneter Weise an das Einkommen vor der vorangehenden Geburt angeknüpft.

Die weiteren Details des Elterngelds werden in einem Referentenentwurf des Familienministeriums geregelt, der bereits in dieser Woche in die Ressortabstimmung gehen soll. Die Kabinettsbefassung ist für den Juni geplant. Mit den Detailregelungen werden wir uns im Gesetzgebungsverfahren intensiv befassen. Die Anhörung des federführenden Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist für die erste Juli-Woche geplant.

Ich bin zuversichtlich, dass das Elterngeld zum 1.1.2007 steht!

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 16.05.2006, 19:56 Uhr - 2472 Clicks - Nr. 310

Pressemitteilung zum Bundesparteitag am 14. Mai 2006

Die SPD Lübeck gratuliert dem neuen Bundesvorsitzenden Kurt Beck zu seiner überzeugenden Wahl auf dem Berliner Parteitag am Wochenende. „In seiner Rede hat Kurt Beck kaum ein Thema

ausgelassen, das die Sozialdemokratie in der Zeit einer Großen Koalition und nach dem überraschenden Rücktritt von Matthias Platzeck bewegt – und er hat durchweg gute Antworten gefunden“, urteilen die beiden Delegierten aus Lübeck, Wolfgang Baasch und Cornelia Östreich (Kreisvorsitzender und stellv. Kreisvorsitzende). „Besonders gefreut hat uns das klare Bekenntnis für eine Ausweitung kostenfreier Kinderbetreuung, die eindeutige Positionierung gegen Studiengebühren und der konstruktive Ansatz in Sachen Mindestlöhne.“

Nicht so positiv sahen die Lübecker SPD-Vertreter den Leitantrag zum Parteitag, der Spielraum für eine weitere Absenkung von Unternehmenssteuern ließ und die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre als „richtig“ bezeichnete. Aufgrund dieser Passagen wurde der Antrag auch von den meisten anderen schleswig-holsteinischen Delegierten abgelehnt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.05.2006, 08:40 Uhr - 1190 Clicks - Nr. 311

Kietzer und Langfeldt zu Kitas der Kirche:

"Konfessionelle Plätze bereichern die Angebotsvielfalt - Kinderbetreuung hat Vorrang"

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und deren familienpolitische Sprecherin Gesa Langfeldt erklären:

"Die SPD-Ratsfraktion kann die Finanzprobleme der Kirche nachvollziehen und verfolgt die Entwicklung mit Sorge. Über die Zukunft der kirchlichen Kindertagesstätten wird es zu konkreten Verhandlungen zwischen Stadt und Kirche kommen müssen.

Deshalb begrüßen wir den Beschluss, dass der Kirchenkreis Kiel auch in Zukunft Träger der Kindergärten bleiben will. Die konfessionellen Kindertagesstätten werden von vielen Eltern gewünscht und tragen entscheidend zur Angebotsvielfalt der Kieler Kindertagesstätten bei. Bedarfsgerechte Kinderbetreuung in guter Qualität hat für die SPD-Fraktion Priorität. Sie ist für Familien sehr wichtig. Aus diesem Grunde erwarten wir von der Verwaltung, dass sie gemeinsam mit dem Kirchenkreis Kiel, wie auch der katholischen Kirchengemeinde, die Möglichkeiten einer abgestuften Ausweitung der städtischen Förderung der kirchlichen Kindergärten bis zum Jahr 2009 verhandelt.

Der um 10 % reduzierte städtische Zuschuss für kirchliche Kindertagesstätten ist heute nicht mehr vertretbar, weil es den Kirchen seit Jahren zunehmend finanziell schlechter geht. Die städtischen Leistungen für kirchliche Kindertagesstätten sind deshalb denen für freie Träger anzugleichen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.05.2006, 08:42 Uhr - 1008 Clicks - Nr. 312

Fischer und Kietzer zur CDU-Klausur: Antworten schuldig geblieben

Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklären:

"Die Kieler CDU ist nicht in der Lage, den Eckwertebeschluss umzusetzen, aber sie kündigt an: "eisern weiter zu sparen".

Die Antworten darauf, wie das geschehen soll, bleibt sie schuldig. Verbesserungen im Haushalt

wurden nicht durch CDU-Politik bewirkt. Positive Entwicklungen bei den Gewerbesteuern helfen seit 2005, die städtischen Einnahmen zu erhöhen. Ohne diese Einnahmeerhöhung könnte das Haushaltsdefizit nicht abgebaut werden.

Bevor Stadtwerke und KVG verkauft werden, sind die Vor- und Nachteile abzuwägen. Dies ist eine Selbstverständlichkeit und braucht nicht besonders herausgestellt zu werden. Auch beim Kieler Hafen muss in der CDU eine Abwägung der Vor- und Nachteile stattfinden, bevor dessen Privatisierung weiter verfolgt wird.

Warum wagt die CDU es nicht, Frau Volquartz vor der Kommunalwahl als OB-Kandidatin zu präsentieren? Will die OB 2009 in Rente? Mit der am Wochenende getroffenen Beschlusslage hat sich die Kieler CDU in ein Dilemma gebracht. Die Bürger haben vor der Kommunalwahl ein Recht darauf zu wissen, wer kurz darauf an der Stadtverwaltungsspitze stehen soll. Insofern kann die CDU diese Frage nicht aus der Kommunalwahl heraushalten."

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 17.05.2006, 10:10 Uhr - 12817 Clicks - Nr. 313

Diskussion um Aufgaben der Bundeswehr

Die Diskussionen um zukünftige Aufgaben der Bundeswehr hat durch das noch nicht verabschiedete Weißbuch der Bundesregierung neue Nahrung erhalten. **Jörn Thießen**, Mitglied im Verteidigungsausschuss, meldet erhebliche Bedenken gegen die Absicht von Verteidigungsminister Jung an, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen.

In der [Hamburger Morgenpost](#) vom 13. Mai heißt es:

*Der designierte SPD-Chef Kurt Beck wandte sich gegen eine Verfassungsänderung: «Ich warne vor einer Diskussion, die statt Sicherheit Unsicherheit produziert», sagte er der «Allgemeinen Zeitung» aus Mainz. Er sehe derzeit keine Notwendigkeit für eine Grundgesetzänderung. Es sei bewährte verfassungsmäßige Ordnung, innere und äußere Sicherheit auseinander zu halten. Der SPD-Verteidigungspolitiker **Jörn Thießen** sagte dem Internetportal [truppen.info](#), ein solcher Einsatz «wäre mit erheblichen Konsequenzen verbunden». «Das halte ich für falsch.»*

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, Mdl](#) - veröffentlicht am 17.05.2006, 11:04 Uhr - 2263 Clicks - Nr. 314

Die Botschaft ist bereits angekommen: Mehr Sprachförderung für Migrantenkinder

Zu dem gestern vorgestellten Bericht der OECD, der die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien anhand der Daten von PISA 2003 untersucht hatte, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber: „Die OECD hat auf Mängel bei der Sprachförderung hingewiesen. Hier haben wir in Schleswig-Holstein bereits Konsequenzen gezogen und die Sprachförderung sowohl in den Kindertagesstätten als auch in den Schulen erheblich ausgebaut.

Dazu gehören u.a. die frühzeitige Sprachfähigkeitsuntersuchung vor der Einschulung, das Integrative Sprachförderkonzept mit rund 300 Kursen, die Sprachintensivförderung SPRINT, die von KiTas und Schulen getragen wird. Die von der OECD vorgelegten Zahlen sind für Deutschland erneut bestürzend: Wir sind neben Dänemark das einzige Land, in dem bereits hier geborene Kinder aus

Migrantenfamilien noch schlechtere Leistungen erzielen als Kinder, die mit ihren Eltern eingewandert sind. Länder mit weit höherer Zuwanderungsquote sind hier erfolgreicher. Besonders die schrittweise Umstellung des deutschen Schulsystems auf Ganztagschulen wird die sprachliche Integration von Kindern und Jugendlichen nicht deutscher Herkunft entscheidend fördern.“

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 17.05.2006, 13:44 Uhr - 2809 Clicks - Nr. 315

SPD-Engelsby: Golfen bald auch in Engelsby

Schon mal Golf gespielt oder daran gedacht es einmal auszuprobieren?

Vielleicht haben Sie in ein bis zwei Jahren Gelegenheit dazu und zwar hier in Engelsby. Genauer gesagt in Twedt. Dort befindet sich eine ca. 70 Hektar große Fläche zwischen dem Osterholzweg im Norden, dem Trögelsbyer Weg im Süden, dem Weesrieser Gehölz im Osten und dem Reiterhof Twedt im Westen.



Auf diesem Areal, so die Planung, möchte Investor Thomas Petersen, Inhaber des Reiterhofs Twedt, einen Golfplatz anlegen. Geplant ist eine stufenweiser Ausbau der Anlage. Begonnen wird mit einer Sechs- Loch- Übungsanlage und einer Driving Range. Stufe 2 sieht dann einen Platz mit neun Löchern vor. Später im Endausbau soll der Platz dann zu einer 18- Loch- Anlage ausgebaut werden.

Der SPD-Ortsverein Engelsby und die SPD-Ratsfraktion stehen der Planung positiv gegenüber. Ortsverein und Fraktion sehen hier eine deutliche Attraktivitätssteigerung für Flensburg und den Stadtteil Engelsby.

Obwohl die für den Golfplatz vorgesehene Fläche sich im Landschaftsschutzgebiet befindet, geht die Stadtplanung davon aus, dass die Ziele des Landschaftsschutzes eingehalten werden können.

Wie geht´s weiter?

Zunächst sind Änderungen im Flächennutzungsplan und im Landschaftsplan erforderlich. Eine Änderung im Bebauungsplan erfolgt nur, wenn größere Gebäudeerweiterungen geplant sind.

Zu klären sind die Fragen nach der verkehrlichen Anbindung, welche Verkehre durch den Golfplatz entstehen und wie viele Parkplätze für die Anlage erforderlich sind.

Oberste Priorität hat jedoch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung bei diesem, für Engelsby wichtigen Vorhaben.

Selbstverständlich werden wir Sie in unserer Stadtteilzeitung dat Pussloch über den aktuellen Stand informieren.

Kommentar von [Fred Franke](#) vom 16.06.2006, 10:33 Uhr:

RE:SPD-Engelsby: Golfen bald auch in Engelsby

Wie schön, dass die SPD-Ratsfraktion und der SPD-Ortsverein der Planung eines Golfplatzes positiv gegenüber stehen. Ob das auch die vielen Kinder und Jugendlichen tun, die zur Zeit auf dem Reiterhof

Petersen/Twedt ihrem Hobby nachgehen? Wie steht denn die SPD zur Problematik des dort ansässigen Flensburger Reitclub Engelsby-Twedt? Der Verein hat zum jetzigen Zeitpunkt ca. 450 Mitglieder, davon ca. 260 Kinder und Jugendliche (ca. 60% Anteil, dies ist der höchste prozentuale Anteil aller Flensburger Sportvereine). Diese Kinder kommen zum allergrößten Teil aus "dem Brennpunkt" Engelsby. Sollen alle diese Kinder auf ein lieb gewonnenes Hobby verzichten, um dann Golf spielen zu lernen? Golf ist in der Regel ein Sport für gut verdienende Erwachsene und nicht für Familien mit Kindern. Auch die Verkehrsbelastung ist nicht zu verharmlosen. Die Kinder und Jugendlichen kommen in der Regel mit dem Fahrrad oder zu Fuß zum Hof. Auch viele der Erwachsenen tun dies. Golfer werden wohl kaum per Fahrrad, Bus oder zu Fuß kommen. Die armen Anwohner..... Ich glaube, dass die Flensburger die gerne Golf spielen, dies weiterhin in Glücksburg, Leck usw. machen sollten. Sollte dieses Projekt weiterhin von allen Flensburger Ratsfraktionen vorangetrieben werden, bleibt wieder einmal die so oft geforderte Familien- und Jugendarbeit auf der Strecke. Als Alternative wäre doch ein Minigolfplatz eine sinnvolle Maßnahme, dass können auch Kinder und Jugendliche spielen.

Kommentar von [Schwitzkowski](#) vom 22.05.2006, 09:45 Uhr:

RE:SPD-Engelsby: Golfen bald auch in Engelsby

Golfen bald in Engelsby ? Ja? Reiten bald nicht mehr ? Nehmen wir den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bald ihr Hobby weg ? Müssen die Pferde weichen für einen Golfplatz ? Muss der Reitverein mit seinen ca 800 Mitgld (davon ca 450 Kindern) bald aufgelöst werden ? Diese Fragen beschäftigen uns hier in Engelsby. Bekommen wir bald eine Antwort von Politikern die lieber einen Golfplatz für Erwachsene statt Naturverbundenheit für Kiinder möchten ?

Kommentar von [Hinrichsen](#) vom 21.05.2006, 16:40 Uhr:

RE:SPD-Engelsby: Golfen bald auch in Engelsby

Golfplatz Engelsby Viele Jahre wohnt meine Familie in Engelsby. Meine Kinder sind mit dem Reistall und Reitverein groß geworden. Familien mit Kindern wurden zum wohnen ,und bauen von Häusern nach Engelsby geworben. Viele Kinder und Jugendliche, der Verein hat mehr als 250 Kinder, sind im Reitstall zu finden. Sie reiten, voltigieren, pflegen ihre Tiere und halten soziale Kontakte. Hieß es nicht Brennpunkt Engelsby, wohin mit den Jugendlichen? Hier ist ein Verein der sich engagiert , der sich um Kinder und Jugendliche kümmert. Viele verbringen ihre gesamte Freizeit im Verein. Sie sitzen nicht vor dem Computer oder auf der Straße. Ist dies bei der Planung des Golfplatzes auch bedacht worden? Finden wir unsere Jugendlichen auf dem Golfplatz wieder?

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 17.05.2006, 21:13 Uhr - 2393 Clicks - Nr. 316

Bund investiert in Schleusen und Brücken

Zum heutigen LN-Bericht "Staatssekretär: Kanal wird nicht ausgebaut" erklärt die Lübecker Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm:

"Ich bedaure sehr, dass die Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Großmann zum Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals zu Irritationen geführt haben. Tatsache ist, dass die im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Ersatzinvestitionen an den Anlagen de facto sehr wohl ein Beitrag zum Ausbau des Kanals sind. Sie entsprechen dem aktuellen Stand der Planung, der sich übrigens seit der Erstellung des Bundesverkehrswegeplans im Jahr 2003 nicht geändert hat."

Im Bundesverkehrswegeplan seien neben der Instandhaltung damals wie heute "nur" Mittel für die Erhöhung der Durchfahrtshöhe von Brücken auf 5 Meter 25 sowie die Verlängerung der Schleusen auf 115 Meter vorgesehen. Hiller-Ohm: "Diese qualifizierte Substanzerhaltung, die wir seinerzeit mit

großem Druck aus der Region in Berlin durchgesetzt hatten, ermöglicht nach der Fertigstellung die Durchfahrt von Großmotorschiffen und Containerschiffen der heute üblichen Größe und auch von Schubverbänden, wenn sie teilentladen sind. Das ist nach der Freigabe der modernisierten Schleuse in Lauenburg bereits heute in einem ersten Abschnitt des Kanals möglich. Für voll beladene Schiffe müsste zusätzlich eine Vertiefung und Verbreiterung der Strecke stattfinden.

Diese war jedoch noch nie Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans.

Meines Erachtens hätte die Aussage von Herrn Großmann richtigerweise lauten sollen, dass der erste Schritt des Ausbaus, nämlich die Brücken und Schleusen, vom Bund finanziert wird."

Ein genauer Zeitplan liege dafür nicht vor, weil es anders als bei den Investitionen ins Straßen- und Schienennetz bei den Wasserwegen kein Finanzierungsgesetz gebe. "Demnächst steht aber die Erstellung eines neuen 5-Jahres-Planes für die Realisierung der Vorhaben im Bundesverkehrswegeplan an. Hierfür habe ich bereits die Fortführung der Ersatzinvestitionen am Elbe-Lübeck-Kanal als Priorität angemeldet. Nach Informationen des Wasser- und Schifffahrtsamtes ist als nächste Etappe der Ausbau der Schleuse Witzezeze vorgesehen. Für dessen zügige Umsetzung werde ich mich stark machen."

Von einem Desinteresse des Bundes am Elbe-Lübeck-Kanal könne angesichts der bereits erfolgten Investitionen in Höhe von rund 120 Millionen Euro keine Rede sein. "Eine starke Lobbyarbeit der Region pro Kanalausbau ist dennoch sehr wichtig. Ich freue mich daher, dass Herr Halbedel mit der LHG, der IHK und den Spediteuren in Berlin vorstellig werden möchte, um mich dabei zu unterstützen, den Ausbau zu forcieren. Hilfreich wäre im Übrigen auch die seit langem geplante und nie zustande gekommene Demonstrationsfahrt auf den Kanal. Hier ist die Wirtschaft gefragt!"

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 18.05.2006, 16:46 Uhr - 9151 Clicks - Nr. 317

Kampagne „abpfiFF – Schluss mit Zwangsprostitution“

Zur Initiative des Itzehoer Frauenbüros erklärt Birgit Herdejürgen (MdL): Ich begrüße es ausdrücklich, dass auch im Kreis Steinburg Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „abpfiFF – Schluss mit Zwangsprostitution“ stattfinden.

Der Landtag Schleswig-Holstein hat sich in großer Einigkeit mit dem Thema befasst. Dass Deutschland innerhalb Europas das häufigste Zielland für den Handel mit Frauen zu Prostitutionszwecken ist, sollte uns zu denken geben.



Die SPD-Landtagsfraktion misst der Bekämpfung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution nicht nur während der Fußballweltmeisterschaft eine hohe Bedeutung zu. Neben den Kooperationen von Landeskriminalamt, Bundespolizei und Zoll sind gerade in diesem angstbehafteten Feld Fachberatungen wie „contra“ zur Unterstützung betroffener Frauen dringend erforderlich.

Wir diskutieren nicht über Moral. Dass Sklaverei aber auch in der modernen Form

verabscheuungswürdig ist, steht außer Frage. Hier gilt das Gleiche wie beim Thema Folter: Es gibt kein Grau, sondern nur Schwarz oder Weiß, also eine kategorische Ablehnung dieser Dinge. Ich unterstütze das [Schreiben](#) an den Bundespräsidenten.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 19.05.2006, 11:44 Uhr - 7526 Clicks - Nr. 318

Haushaltskonsolidierung hat Vorrang

Zu den heute vorgelegten Bemerkungen 2006 des Landesrechnungshofs erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, **Birgit Herdejürgen**:

„Der Landesrechnungshof hat Recht: Die Haushaltskonsolidierung hat absoluten Vorrang. Nur mit einem ausgeglichenen Haushalt können wir langfristig unserer politischen Verantwortung nachkommen und in Bildung, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit investieren. Wenn wir jetzt nicht in großen Maßstäben denken und radikale Kürzungen vornehmen, werden wir in absehbarer Zeit nur verwalten, nicht aber gestalten können.“

Birgit Herdejürgen weiter:

„Die SPD-Landtagsfraktion wird alle Vorschläge des Landesrechnungshofs intensiv prüfen. Die Vorschläge, bei denen Einsparungen mit besserer Qualität verbunden sind, verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit.“

Die vom Landesrechnungshof vorgeschlagene organisatorische Verbindung von Schulen, um bei zurückgehenden Schülerzahlen ein ortsnahe Angebot erhalten zu können, stützt unser Vorhaben, Gemeinschaftsschulen einzurichten. Damit werden wir gleichzeitig die Effizienz steigern und mehr soziale Gerechtigkeit erreichen.

Auch die Vorschläge zur Verbesserung der Strukturen bei der Polizeipräsenz in ländlichen Gebieten dienen Effizienz und Qualitätsgewinn gleichermaßen.

Wir sollten die Struktur der GMSH nutzen, um bei notwendigen Neu- und Umbauten sicherzustellen, dass nicht über den Bedarf hinaus gebaut wird.

Der Grundsatz einer am tatsächlichen Bedarf orientierten, knapp bemessenen Planung gilt auch für den Bereich des Straßenbaus.

Wir danken dem Landesrechnungshof für seine konstruktiven Vorschläge.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 19.05.2006, 16:51 Uhr - 6705 Clicks - Nr. 319

Ulf Daude, OV-Vorsitzender: SPD Molfsee auf dem Bundesparteitag

Anlässlich des Sonderparteitages am 14.5.2006 in Berlin waren 100 neue Ortsvereinsvorsitzende eingeladen, bei der Wahl des neuen Vorsitzenden und der Bestimmung des neuen Kurses der SPD

dabei zu sein. Ich habe gerne stellvertretend für euch teilgenommen.

Entgegen unserer Befürchtungen war es aber keine Einnordung der Neulinge! Vielmehr sollte dies den Beginn eines neuen Dialoges zwischen der Parteispitze und der Basis darstellen.

Neben einer einleitenden Gesprächsrunde mit Hubertus Heil haben wir auch sehr offen mit Peter Struck, Hans-Jochen Vogel und Kurt Beck diskutieren können. Den größten Teil dieser Gespräche nahmen nicht die Vorträge, sondern unsere Themen ein.

Der Basta-Stil ist somit wohl endlich Geschichte!

Am Sonntag wurden auf dem Parteitag Kurt Beck zum Vorsitzenden und Jens Bullerjahn zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. In seiner Rede stellte Kurt Beck auch die Eckpunkte für seine zukünftige Arbeit und die Richtung der SPD vor.

Besonders gut fand ich, dass sich Michael Sommer (DGB) und Kurt Beck wieder stark aufeinander zu bewegen wollen. Eine Arbeiterschaft ohne politisches Sprachrohr steht auf genauso dünnem Eis, wie eine "Partei der kleinen Leute" ohne die Arbeiterschaft.

Der Leitspruch des Parteitages hieß "Kraft der Erneuerung". Ich hoffe, dass wir alle zusammen die Chancen ergreifen und uns daran machen, die Worte und Vorhaben mit Taten zu füllen! Jeder von Euch ist eingeladen, an diesen Diskussionen teilnehmen in Molfsee, in Kiel und in Berlin.

Für den Ortsverein Molfsee: Ulf Daude, OV-Vorsitzender

"Kraft der Erneuerung" - Auszüge aus der Rede von Kurt Beck

1. Verantwortung für unser Land

Wir wollen die wirtschaftliche Globalisierung politisch gestalten. Wir werden das neue Europa als wirtschaftliche und soziale Einheit aktiv weiterentwickeln. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft erneuern, damit langfristiges Wachstum sich gegen kurzfristiges Profitdenken durchsetzen kann. Wir wollen unseren Sozialstaat als vorsorgenden Sozialstaat finanziell sichern und in seiner Wirksamkeit verbessern.

2. Wir setzen auf einen handlungsfähigen Staat.

3. Wohlstand und Beschäftigung

Wohlstand und Beschäftigung brauchen erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer und selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

4. Arbeitnehmerrechte sichern

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland haben eine hohe Leistungsmotivation. Die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sichert bis heute ein gutes soziales Klima. Mit uns wird es keinen Weg geben, die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

im Unternehmensbereich oder in den Betrieben zurückzunehmen.

5. Wir können und wir wollen den Wettlauf um die niedrigsten Löhne nicht gewinnen. Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit.

6. Die Gestaltung der deutschen Einheit bleibt eine gesamtdeutsche Aufgabe.

7. Zukunftsfrage Energie

Wir haben den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Dabei bleibt es. Unsere Vision lautet: Weg vom Öl. Hin zu erneuerbaren Energien.

8. Gesundheit

Alle Menschen sollen in Zukunft krankenversichert sein.

Auch zukünftig bleibt die Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt gesichert. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung beteiligen. Die Bemessungsgrundlage der Finanzierung ist dabei zu verbreitern.

9. Sozialer Zusammenhalt und Integration

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein gutes, vertrauensvolles und partnerschaftliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen, Nationen und Religionen in Deutschland. Wir setzen uns ein für faire Chancen und klare Regeln. Das heißt für uns: Zuwanderer und ihre Kinder brauchen eine aktive Förderung, die im Kindergarten beginnt, die schon vor der

Schule den Erwerb der deutschen Sprache garantiert und die über Bildung und Qualifizierung die Hürden auf dem Weg zum Arbeitsplatz überwinden hilft. Im Gegenzug erwarten wir eine starke, eine entschlossene und eine dauerhafte Bereitschaft zur Integration.

10. Zukunft für Kinder und Familien

Wir wollen eine Gesellschaft, die eine gute Zukunft hat, weil Kinder in ihr eine gute Zukunft haben. Mit dem Elterngeld, dessen Einführung wir im Koalitionsvertrag durchsetzen konnten, leisten wir unseren Beitrag, damit junge Frauen und Männer Familien gründen und mit Kindern leben können.

11. Geschlechtergerechtigkeit voranbringen

Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen verwirklichen. Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen ihre Berufs- und Karrierewünsche verwirklichen und sich partnerschaftlich die Fürsorge für die Familie teilen können.

12. Internationale Verantwortung

Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sind Kernpunkte sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik und sie sind Bestandteile unserer nachhaltigen und präventiven Sicherheitsstrategie. Im Einklang mit der Internationalen Gemeinschaft wollen wir verhindern, dass sich der Iran

Atomwaffen verschafft. Eine Atommacht Iran hätte nicht nur für die unmittelbare Region eine destabilisierende Wirkung.

13. Für eine lebendige, kampagnenfähige Mitgliederpartei

Eine starke Mitgliederpartei SPD ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Als älteste demokratische Partei in Deutschland haben wir eine große Verantwortung. Wir wollen den Menschen Orientierung geben und eine "politische Heimat" bieten. In unserer sozialen Zusammensetzung wollen wir Spiegelbild der Gesellschaft sein.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.05.2006, 08:00 Uhr - 1381 Clicks - Nr. 320

Wagner: "Einsatzbereitschaft des Feuerlöschschiffes umgehend sicherstellen"

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner erklärt:

"Die umgehende Gewährleistung der Einsatzbereitschaft des Feuerlöschschiffes "Kiel" muss hergestellt werden. Deshalb hat die SPD-Fraktion in der gestrigen Ratsversammlung einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, dessen Dringlichkeit aber von CDU und Grünen abgelehnt wurde.

Am 31. Mai steht der Übergang des jetzigen Kapitäns in den Altersruhestand an. Es besteht die Gefahr, dass das Schiff ab diesem Termin keine Einsätze mehr fahren kann. Die Verwaltung hat bis zum heutigen Tage offenbar nicht für eine Nachfolge gesorgt oder es für notwendig gehalten den Innen- und Umweltausschuss über das Sicherheitsdefizit zu informieren. Die anstehende Pensionierung war in der Stadtverwaltung lange schließlich bekannt. Frau Volquartz (CDU) hätte rechtzeitig für eine Nachfolge sorgen können und müssen.

Bei der SPD-Ratsfraktion erhärtet sich der Verdacht, dass die "Kiel" hier auf kaltem Weg, noch vor dem Auslaufen des Vertrages mit dem Land, stillgelegt werden soll. Damit sind vielleicht Einsparungen zu erzielen, aber nur auf Kosten der Sicherheit im Hafen."

Keine Kommentare

Kietzer und Fischer kritisieren Auswahlverfahren für Rüdel - Nachfolge:

"Fortgesetzte Strategie der Schwächung!"

Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklären:

"Anfang 2006 erklärten CDU, Grüne und Frau Volquartz (CDU) öffentlich: Dr. Claus, bislang für die KIWI in Immobilienfragen tätig, wird neuer Geschäftsführer des Seehafen Kiel GmbH. Trotz dieser Vorfestlegung schrieb die Stadt die Stelle des Geschäftsführers der Seehafen Kiel GmbH im April aus. Die unverzichtbaren Schlüsselqualifikationen für das Seehafenmanagement, wie Verkehr, Transport, Logistik, Hafenvirtschaft wurden in der Stellenausschreibung nicht gefordert.

Wenn nicht einmal der Anschein eines fairen offenen Verfahrens gewollt ist, muss jeder Arbeitnehmer die Vorfestlegung und das gesamte Besetzungsverfahren als Schwindel empfinden. Zu Konkurrentenklagen wird geradezu aufgefordert.

Als schlechte Realsatire bewerten wir die Dreistigkeit der Oberbürgermeisterin, Dr. Claus sich am 23.05.2006 als einzigen Kandidaten aus 30 Bewerbungen in einem Auswahlgespräch präsentieren zu lassen. Wie wird dieses Auswahlgespräch wohl ausgehen?

Die SPD wird sich aus den genannten Gründen nicht an dem Auswahlgespräch beteiligen. Wir sind nicht die Statisten der Oberbürgermeisterin!

Die Frage zur Zukunft des Seehafen soll in einem Workshop zum Seehafen-Gutachten am 29.06.2006, also einen Monat nach der Bestimmung von Dr. Claus zum Geschäftsführer der Seehafen Kiel GmbH durch Frau Volquartz (CDU) erörtert werden. Im Gegensatz dazu steht die Pressemitteilung der Oberbürgermeisterin vom 28.11.2005:

"...Es gehe einzig und allein um die Frage, wie die Seehafen GmbH aufgestellt sein muss, um auch in Zukunft möglichst erfolgreich wirtschaften zu können. "Erst wenn diese Frage schlüssig beantwortet ist, macht es Sinn, die Geschäftsführerposition neu auszuschreiben, die im Sommer 2006 vakant ist", so die Oberbürgermeisterin abschließend.

Übrig bleibt bei alledem ein beschädigtes Image der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt. Kiel ist als attraktiver Arbeitsort für externe Spitzenkräfte aus Wirtschaft, Kultur, Finanzen und Verwaltung demontiert. Scheinausschreibungen für Führungspositionen sprechen sich bundesweit herum. "

Keine Kommentare

Erste „offizielle“ Besuchergruppe

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen besuchten 50 politisch Interessierte die Bundeshauptstadt. Es war die erste offizielle Besuchsgruppe, die auf Anregung von Jörn Thießen ein umfangreiches Informationsprogramm absolvierte.

Neben Informationen über das Auswärtige Amt, Besuch des Plenarsaales und einer Diskussion mit Jörn Thießen beeindruckten insbesondere der Besuch des Jüdischen Museums, des Denkmals für die ermordeten Juden



Europas (Holocaust-Denkmal) und des angeschlossenen Informationszentrum, sowie Informationen in der Gedenkstätte Normannenstraße (ehemalige Stasi-Zentrale). Eine Teilnehmerin: „Beim Besuch dieser Orte wird deutlich, wie wichtig es ist, sich in und für unsere demokratische Gesellschaft zu engagieren – denn das, was diese Orte erzählen, darf sich nie wiederholen!“

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 21.05.2006, 23:23 Uhr - 3296 Clicks - Nr. 323

SPD macht Mittagsverpflegung im Gymnasium Harksheide zur Dringlichkeitssache

Die Norderstedter SPD-Fraktion hat das Thema Mittagsverpflegung im Gymnasium Harksheide als Dringlichkeitsangelegenheit bei der nächsten Sitzung der Stadtvertretung am 30. Mai angemeldet.

"Wir wollen damit erreichen, daß die Stadtvertretung als höchstes politisches Gremium eine Mittagsverpflegung im Gymnasium Harksheide als notwendig ansieht und beschließt, daß eine zügige Bereitstellung noch im Schuljahr 2006/2007 erfolgt.

Wir werden die Verwaltung bitten, hierfür eine Lösung zu erarbeiten oder die schon im Ausschuss für junge Menschen vorgestellte Möglichkeit der Mittagsverpflegung im „Mehrzweckraum“ wieder aufzugreifen und weiter zu verfolgen.", so Renate Ehrenfort, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Das Gymnasium Harksheide hat eine große Zahl der Unterrichtsstunden und auch Kurse am Nachmittag.

Die Schule hat seinerzeit selbst ein Konzept für eine Essenausgabe entwickelt, das seit langer Zeit in den Gremien bekannt ist.

"Durch den unsinnigen Beschluss der CDU, die baulichen Maßnahmen hierfür mit neuen Räumen für die Musikschule zu verknüpfen, hat sich eine unnötige Verzögerung in der Umsetzung der Mittagsverpflegung ergeben.

Nachdem nun bekannt ist, dass es die Kooperation (Übertragung) von Kulturstiftung/Musikschule nicht geben kann, entfällt die angedachte Variante dieser „großen“ baulichen Lösung für die Mittagsverpflegung der Schule. Deshalb haben wir, im Interesse der Schüler und Lehrkräfte, frühere Überlegungen wieder aufgegriffen.", so Ehrenfort abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 22.05.2006, 10:50 Uhr - 8893 Clicks - Nr. 324

Finanzausgleich: Sozialdemokraten problembewusst

Die Sozialdemokraten im Kreis Segeberg sehen Land und Kommunen in gemeinsamer Verantwortung für die Sanierung der öffentlichen Haushalte. „Die vom Land geplanten Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs bedeuten für Kreise, Städte und Gemeinden empfindliche Einschnitte“, stellte SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran zum Abschluss einer Ortsvereinskonferenz am 18. Mai in Mözen fest.

„Die Notwendigkeit der Einsparungen für das Land müssen aber auch wir, auf der kommunalen Ebene, einsehen.“

Mit dem SPD-Landesvorsitzenden Claus Möller und dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Holger Astrup, hatten die Kreis-Segeberger Genossen zwei prominente Referenten aus Kiel zur Diskussion gebeten. Astrup erläuterte den gut 30 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern die Haushaltslage des Landes. Durch die Steuergesetze des Bundes habe Schleswig-Holstein erhebliche Einnahmeausfälle zu verkraften. Ohne drastische Maßnahmen drohe der Haushaltsnotstand. Die Landesregierung müsse dann in Berlin um Hilfe bitten. „Schleswig-Holstein will aber nicht am Gängelband des Bundes hängen“, beschrieb der Parlamentarier mögliche Konsequenzen. Mit Einsparungen will die Landesregierung nun gegensteuern. 120 Millionen Euro sollten bei den Kommunen gekürzt werden, 100 Millionen sollen beim Personal des Landes gespart werden, weitere 80 Millionen sollen die Einzel-Ressorts erbringen.

Das Land könne derzeit auf aktuelle Problemlagen finanziell nicht mehr angemessen reagieren. „Über die Notwendigkeit einer Haushaltkonsolidierung besteht kein Zweifel, auch nicht bei der Opposition“, stellte Holger Astrup klar. Dabei sei die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes um ein Vielfaches höher als die der Kommunen.

Claus Möller stellte die Finanzpolitik in einen größeren Zusammenhang. „Es gibt Projekte, die man mit einer großen Koalition besser durchsetzen kann, als mit einer Ein-Stimmen-Mehrheit“, erklärte der Landesvorsitzende. Die Verwaltungsstrukturreform und die Haushaltkonsolidierung gehörten dazu. Bei den Beratungen über das SPD-Grundsatzprogramm müsse die öffentliche Daseinsvorsorge einen großen Stellenwert haben. „Was soll der Staat leisten, was nicht? Wir müssen neu definieren, was öffentliche Güter sind“, gab der SPD-Chef den Anwesenden auf. Für seine Aufgaben müsse der Staat dann auch angemessen finanziert werden. Über Ausgabenkürzungen allein seien die Haushalte nicht zu sanieren.

Die Kommunalpolitiker forderten in der Diskussion eine Kompensation für die wegfallenden Mittel aus Kiel. Kreise, Städte und Gemeinden könnten entlastet werden, indem sie von Aufgaben befreit werden, die das Land vorgibt. Hoffnungen setzt die kommunale Ebene dabei auch in die Verwaltungsreform. Wo Verwaltungen zusammengelegt werden, entstehen Einsparpotentiale. „Das Verhältnis von Land und Kommunen ist in der Sozialdemokratie von gegenseitigem Verständnis geprägt. Die Sparmaßnahmen zu Lasten der Kommunen werden jedoch nur mit der Faust in der Tasche akzeptiert“, so das Fazit des Kreisvorsitzenden Andreas Beran.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 22.05.2006, 10:51 Uhr - 2606 Clicks - Nr. 325

Bemerkungen des Rechnungshofes eröffnen Spielräume für Minderheit

Zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofes zum Schulwesen der deutschen und dänischen Minderheit erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer: Begrüßenswert ist aus minderheitenpolitischer Sicht, dass der LRH keine Kürzungen der Zuschüsse für die Minderheiten vorschlägt. Damit bleibt das hohe Niveau in dieser tragenden Säule der Minderheitenpolitik in SH erhalten und die besondere verfassungsrechtliche Stellung wird noch einmal betont.

Innerhalb dieses hohen Niveaus wären die Minderheiten gut beraten, auch weiterhin Synergieeffekte zu erzielen, Kooperationen auszubauen und mit Blick auf die Finanzlage des Landes ökonomisch zu wirtschaften. Die vom LRH angeregten stärkeren Kooperationen der dänischen Schulen ist generell zu

begrüßen. Es kann aber nur die Aufgabe der Minderheit selbst sein, diese Schritte zu diskutieren und zu entwerfen. Wir unterstützen den Vorschlag des LRH, für die Förderung der Schulen der deutschen Volksgruppe in Dänemark ein Konzept zu erarbeiten, in dem insbesondere die Entwicklung der nationalen, sprachlichen und kulturellen Identität der Deutschen in Dänemark dokumentiert wird.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 22.05.2006, 14:00 Uhr - 2976 Clicks - Nr. 326

Burgkloster - Heimstatt für zukünftiges Hansemuseum?

Der stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Frank Thomas Gaulin erklärt:

„Ein Hansemuseum als stadtgeschichtliches Museum mit dem Schwerpunkt Hansezeit fehlt in der Hansestadt. Es würde eine wichtige Anreicherung für die Lübecker Museums- und Kulturlandschaft darstellen und Lübeck als Ziel für Stadt- und Kulturtouristen weiter aufwerten.

Die SPD begrüßt deshalb die Initiative von Kultursenatorin Annette Borns und der Kulturstiftung der Hansestadt. Mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe von Museumsleuten, Historikern und weiteren Fachleuten, ist ein großer Schritt nach vorn getan worden.

Fragen der Finanzierung, des Denkmalschutzes und des Ausstellungskonzeptes sind dort gut aufgehoben. Eine endgültige Entscheidung der Bürgerschaft kann so vernünftig vorbereitet werden.

Wir halten den in der von Possehl - Stiftung in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie für ein Hansemuseum bevorzugten Standort Burgkloster für gut geeignet. Er ist eng mit der Lübecker Geschichte, ihren Höhen und Tiefen eng verknüpft.

Die vorhandenen Bausteine von archäologischer Sammlung, Münzschatz, jüdisches Leben, Verfolgung und Widerstand, Arbeiterbewegung und Industrialisierung sind dort bereits als Grundstock vorhanden und können durch eine Dauerausstellung zur Geschichte Lübecks und der Hanse sinnvoll ausgebaut werden.

Das Konzept soll dabei auf jeden Fall Raum für einen zeitweisen Ausstellungsort für hiesige Künstler bieten“.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 22.05.2006, 14:06 Uhr - 2544 Clicks - Nr. 327

Elterngeld

Informationen zum Thema Elterngeld gibt es [hier](#)

Mehr dazu auf www.spd.de

Keine Kommentare

Landeshauptstadt Kiel darf nicht zur Medienbranche werden

Der Sitz der künftigen Landesmedienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein soll nach Auffassung des Kieler SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Rolf Fischer die Landeshauptstadt Kiel sein. Kiel habe durch die Fachhochschule eine große Kompetenz in der Ausbildung von Medienmachern der verschiedensten Bereiche. Dies gelte auch für den Offenen Kanal im Bereich der Medienpädagogik und Bürgerbeteiligung am medialen Geschehen.

Die URL biete sich zudem als Standort für die gemeinsame Medienanstalt an, da sie u. a. bundesweit einmalig ein Qualitäts- und Zertifizierungskonzept für die Gebrauchstauglichkeit von Geräten zur Nutzung digitaler Medienangebote entwickelt habe. „Es gilt, den Medienstandort Kiel zu stärken und zu entwickeln.

Nicht nur eine künftige Medienanstalt Nord sollte ihren Sitz in Kiel haben, sondern auch die geplante neue bundesweite Kommission der Landesmedienanstalten. Mit der Filmförderung hat Hamburg bereits eine wichtige Funktion übernommen, die bisher bei der ULR angesiedelt war. Schließlich haben wir auch die berechtigten Wünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ULR zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund der negativen Entwicklung des Multi-Media-Campus darf die Landeshauptstadt nicht zur Medien-Brache werden.“



Kommentar von [Martin Preuschhof](#) vom 25.05.2006, 10:32 Uhr:

Interessantes Eingeständnis

Hallo Ralf, das Euch in Kiel die Firmen weglauen glaube ich gerne. Aber wer war denn über die Jahrzehnte für die Unternehmensansiedlung und Bindung verantwortlich im Rathaus. Doch wohl wir als SPD bzw. Ihr als Kieler SPD. Wenn Du nun davon sprichst, das Euch viele Firmen verlassen (übrigens hier im Hamburger Umland, das dank einer vorausschauenden Planung der LandesSPD fest in der Hand der CDU Direkt MdL ist - kommen viele neue Firmen, auch weil die Umstände hier von vielen SPD GenossInnen und Genossen geschaffen wurden) dann finde ich es ja mutig das Du das so frei zugibst. Aber es kann ja dann wohl nicht als Argument dienen, alle staatlichen Stellen nach Kiel zu verlagern, nur weil Ihr bei der Unternehmensbindung und - neuansiedlung nach eigenem Eingeständnis wohl nicht viel gebacken kriegt. Macht Euch mal schlau, z. b. bei WilhelmTel hier in Norderstedt, was moderne Medien leisten können ;-)) Und dann ist die Einstellung der Landtagsfraktion ja wohl kein Maßstab. Von dort wird z. b. der nach Kiel und Lübek drittgrößte Ballungsraum in SL H (Kaltenkirchen, Henstedt - Ulzburg und Norderstedt haben zusammen über 120.000 Einwohner) ja gar nicht betreut. Darum kümmert sich nur die CDU (MdL) mit Oberbürgermeister und Stadtpräsidentin aus Norderstedt und Bürgermeister aus H- U alle von der CDU. Tja, die nächsten Landtagwahlen werden für uns dann ja wohl im Hamburger Umland verloren gehen. Aber das ist dann, wie das sich kümmern um Unternehmen - flotte Parteitagebeschlüsse reichen da eben nicht. Rote Grüße von Martin

Kommentar von [Ralf Ibs](#) vom 24.05.2006, 13:46 Uhr:

RE:Alles nach Kiel

Sorry, Martin, aber darum geht es hier nicht. 1. soll nicht alles nach Kiel, sondern nur das, für das es hier ein geeignetes Umfeld gibt. Und dies träge für eine Landesmedienanstalt zu, wie in Rolf's Pressemitteilung dargestellt wird. Das übrigens Norderstedt eine falsche Standortentscheidung ist, scheint in der Landtagsfraktion verbreitete Meinung zu sein. Siehe die Pressemitteilung von Peter Eichstedt auf der Internetseite der Landtagsfraktion. 2. Unsere Bemühungen für derartige Projekte sind angesichts der wirtschaftliche Entwicklung, von der Kiel betroffen ist, zu verstehen. Wenn du mal mit der Bahn nach Kiel kommen solltest und kurz vor der Einfahrt in den (mittlerweile endlich renovierten) Bahnhof nach rechts in Richtung Hafen siehst, dann wirst du verstehen, was ich meine.

Dort, wo HDW einmal U-Boote gebaut hat, befindet sich eine große freie Fläche, die hin und wieder für Veranstaltungen genutzt wird. Auf den Kieler Werften arbeiten noch noch 1/3 der Beschäftigten, die ursprünglich mal gearbeitet haben. Viele traditionelle Kieler Firmen, wie Hagenuk, Elac, Anschütz und Hell sind entweder verschwunden oder mittlerweile Tochterunternehmen von zumeist amerikanischen Konzernen und damit von globalen Entscheidungen abhängig. Angesichts dürfte es verständlich sein, dass wir uns für das einsetzen, was für unseren Standort als wichtig und passend erachten.

Kommentar von [Martin Preuschhof](#) vom 23.05.2006, 17:59 Uhr:

Alles nach Kiel

Wunderbar, alles nach Kiel. Nach dem die Kieler die Uni für sich reklamieren (und damit mal wieder Lübeck wie so oft gegen Kiel das Nachsehen haben wird) und nachdem der neue Bischofssitz statt in Schleswig oder Lübeck auch nach Kiel soll nun also der nächste Fang der Kieler. Warum stellen wir nicht im Rest von Schleswig Holstein Schilder auf: bitte wenden Sie sich an Kiel. Dann könnten wir alle öffentlichen Funktionen in Zukunft in Kiel machen lassen. Nur nicht schwächeln und irgend was abgeben: Solche Haltung wird jemand wie ich (geboren in Schleswig wohne in Norderstedt) wohl nie begreifen. Wie war das doch mit der Landesliste der SPD: für das Hamburger Umland die hinteren Plätze und für die Prominenz (Minister und ähnliches) aus Kiel und Rendsburg die besten Plätze. Vielleicht sollte sich das Hamburger Umland mal ganz deutlich nach Hamburg orientieren, vielleicht würden die Kieler dann ja mal aufwachen. Aber vielleicht ja auch nicht. Mit zornig roten Grüßen, Martin Preuschhof, SPD Mitglied

[Ralf Stegner, MdL](#) - veröffentlicht am 22.05.2006, 18:23 Uhr - 3049 Clicks - Nr. 329

Gemeinsame Kandidatur für den SPD Landesvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Sommer des vergangenen Jahres hat der Landesvorsitzende Claus Möller angekündigt, dass er für eine weitere Wahlperiode nicht mehr kandidieren möchte. Unsere SPD braucht also bald einen neuen Vorstand und einen neuen Vorsitzenden.

Dr. Ralf Stegner
Bettina Hagedorn
Andreas Breitner

Kiel, im Mai 2006

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Sommer des vergangenen Jahres hat der Landesvorsitzende Claus Möller angekündigt, dass er für eine weitere Wahlperiode nicht mehr kandidieren möchte. Unsere SPD braucht also bald einen neuen Vorstand und einen neuen Vorsitzenden.

Claus Möller hat angeregt, dass vor der Entscheidung durch den Landesparteitag im nächsten Frühjahr ein durch und durch transparentes Verfahren stattfindet. Nach der Sommer--pause sollen die Parteimitglieder in den Kreisverbänden, wenn sie es wünschen, die Gelegenheit haben, Bewerberinnen und Bewerber für die engere Parteiführung besser kennen zu lernen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Das ist ein guter Vorschlag und weil die Kreisverbände für ein solches Verfahren und ihre Planungen

natürlich ein bisschen Vorlaufzeit haben müssen, haben wir drei uns entschlossen, unsere Absicht, gemeinsam für die Führung der schleswig-holsteinischen SPD zu kandidieren, jetzt öffentlich zu machen. Ralf Stegner wird im Frühjahr 2007 für den Landesvorsitz, Bettina Hagedorn und Andreas Breitner für die Positionen der Stellvertreterin und des Stellvertreters kandidieren.

Wir wollen mit diesem Schritt zeigen, dass die Führung unserer Nord-SPD, bei Wahrung der in der Satzung vorgeschriebenen Struktur, eine Führung im Team sein kann und muss. Die vielfältigen Aufgaben müssen, um erfolgreich arbeiten zu können, auf mehrere Schultern verteilt werden. Wir drei repräsentieren dabei die Bereiche der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik und spiegeln damit wichtige Politikfelder. Nicht minder wichtig – gerade in Zeiten großer Koalitionen in Berlin und Kiel – vielleicht sogar entscheidend - ist aber die Arbeit in die Partei hinein. Nach den Tiefschlägen, die wir im letzten Jahr verkraften mussten, muss die Partei in ihrer ganzen Breite mitgenommen werden. Wir wollen deshalb auf dem Landesparteitag auch dafür werben, einen Landesvorstand zu wählen, der Frauen und Männer, die Jungen und die Älteren, die verschiedenen „Flügel“ und die Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Regionen des Landes vereint.

Im Landesvorstand sollten deshalb, so meinen wir, alle Kräfte der SPD konstruktiv-kritisch und solidarisch zusammenwirken, damit es uns gelingen kann, bei den nächsten Wahlen wieder stärkste politische Kraft in Schleswig-Holstein zu werden. Das gilt als erstes für die Kommunalwahl. Wir haben wirklich alle Chancen, unser schlechtes Ergebnis von 2003 erheblich zu verbessern. Die SPD war immer auch eine kommunale Partei, die ihre Wurzeln fest in den Gemeindevertretungen, den Stadtparlamenten und den Kreistagen hat. Wenn wir in den Städten, Gemeinden und Kreisen stark sind, dann haben wir auch wieder eine ausgezeichnete Basis geschaffen, um in den Bundestags- und Landtagswahlen Wahlerfolge zu erkämpfen.

Wir drei werden nach der Sommerpause den Gliederungen der schleswig-holsteinischen SPD für alle gewünschten Diskussionen zur Verfügung stehen. Dabei geht es uns darum, über wichtige politische Themenfelder ins Gespräch zu kommen. Die Nord-SPD war immer - und besonders in der letzten Zeit - ein Landesverband, der richtungsweisende Konzepte in die bundesweite Diskussion eingebracht hat. Wir haben dabei mit unseren Vorschlägen für eine gerechte Steuerpolitik, eine zukunftsorientierte Bildungspolitik oder zur Bürgerversicherung eine gute Ausgangslage geschaffen, um auch zukünftig für die Menschen in unserem Land sozial gerechte Lösungen für die wichtigsten Herausforderungen zu entwickeln. Das wird besonders für die nächste Landtagswahl von großer Bedeutung werden. Wir wollen die moderne Volkspartei der Kompetenzen und der Zukunftskonzepte bleiben und mit qualifizierten Frauen und Männern auf allen Ebenen für unsere Politik werben. Mit einer solchen Orientierung wird es uns auch wieder besser gelingen, Menschen davon zu überzeugen, bei uns mitzuarbeiten und eine politische Heimat in der SPD zu finden. Wir wollen nicht, wie unsere Hauptkonkurrenten, ein eher vergangenheitsorientierter Wahlverein für einen freundlich auftretenden Spitzenkandidaten werden.

Die SPD in Schleswig-Holstein hat eine große Tradition und eine lange Geschichte.

Wir wollen an der Zukunft verantwortlich gestaltend mitarbeiten und freuen uns über konstruktive Kritik ebenso wie über jede Form der Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ralf Stegner
Bettina Hagedorn
Andreas Breitner

Keine Kommentare

"Klares Votum für eine kinderfreundlichere Stadt"

"Mehr Toleranz für Kinder, denn Kinder sind unsere Zukunft" mit diesen Worten am Infostand der Norderstedter Sozialdemokraten brachte es eine junge Mutter auf den Punkt.

Im Nachgang zu ihrem Infostand am 25. März präsentierten die Sozialdemokraten nun die Ergebnisse der Straßenumfrage zum Projekt "KinderStadt Norderstedt".

"Erfreulich viele Kinder, Jugendliche und Familien hatten sich zu uns auf den Weg gemacht, um ihre Ideen, Wünsche, Anregungen und Kritik für eine kinderfreundliche Stadt Norderstedt in unser Projekt einzubringen.", so Heiner Köncke, Ortsvorsitzender der SPD.

Die zahlreichen Stichwortkarten, die von den Besuchern des Standes ausgefüllt wurden, haben die Projektmacher in folgende Bereiche unterteilt: Allgemeines, politische Forderungen, Wünsche, Spielplätze, Schule, Kitas, Jugendliche und Integration.

"Es ist deutlich geworden, wo der Schuh drückt. Die mit Abstand meisten Beiträge betreffen den Pflegezustand der Norderstedter Spielplätze. Sicherheit und Sauberkeit lassen seit einiger Zeit, so die Meinung der Besucher, sehr zu wünschen übrig.

Das vor mehreren Jahren von uns ins Leben gerufene Pflegekonzept für die Spielplätze scheint nicht mehr den aktuellen Anforderungen zu entsprechen. Wir werden die Verwaltung daher bitten, eine umgehende Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung in diesem Bereich vorzunehmen.", verspricht Köncke.

An zweiter und dritter Stelle werden die Raumnot bestimmter Schulen, das mangelnde Angebot/Flexibilität bei Hortplätzen für Kinder, lange Wartezeiten bei der Vergabe von Kitaplätzen und fehlende Treffpunkte für Jugendliche genannt.

"In Sachen der Wartezeiten haben wir einen detaillierten Sachstandsbericht von der Verwaltung angefordert. Bezüglich der akuten Raumnot in beiden Schulzentren und dem Gymnasium Harksheide haben wir im zuständigen Ausschuss für junge Menschen und in der Stadtvertretung Anträge gestellt, die die akuten Nöte lindern könnten. Und weitere Einschränkungen bei der Jugendarbeit werden wir nicht akzeptieren.", stellt Köncke mit Blick auf die Irritationen um das Jugendfreizeitheim Buschweg fest.

Der zweite Infostand zur "KinderStadt Norderstedt" am vergangenen Samstag habe erneut "ein klares Votum für eine kinderfreundlichere Stadt" gebracht, so der SPD-Vorsitzende.

"Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten unsere Arbeit für das Ziel "KinderStadt Norderstedt" klar und für jedermann nachvollziehbar präsentieren. Wir werden unsere Anträge in den entsprechenden Ausschüssen veröffentlichen und auch klar sagen, warum und an wem bestimmte Maßnahmen unter Umständen scheitern. Die Prämissen in der Norderstedter Kommunalpolitik sind durch dieses Votum neu gesetzt worden.", betont Heiner Köncke.

Schritte zu einer Vernetzung der Einzelinteressen der Ideengeber und die Entwicklung des Begriffes "KinderStadt" zu einem Markenzeichen für Norderstedt sind Ziele, die die Sozialdemokraten in den kommenden Monaten in Angriff nehmen wollen. Für den Herbst sind zwei große Experten-Veranstaltungen in Planung. Bereits nach den Sommerferien wird die Serie der Informationsstände zum Thema fortgesetzt werden.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen: Kürzungen konsequent umsetzen

Zur Vorstellung der Haushaltsbeschlüsse durch die Landesregierung sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Die notwendigen Kürzungen führen zu Einschnitten in allen Bereichen. Es ist uns dabei gelungen, Akzente im Sinne sozialdemokratischer Politik zu setzen.

Schmerzhafte Kürzungen im Personalbereich treffen untere Einkommensgruppen und Familien mit Kindern wegen der Staffelung und der neu eingeführten Kinderkomponente beim Weihnachtsgeld weniger hart. Die Standards in Kindertagesstätten und die Lernmittelfreiheit bleiben von den Kürzungen verschont, die zugesagten neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer werden geschaffen. Somit haben unsere politischen Schwerpunkte Bildung und Erziehung weiterhin einen zentralen Stellenwert.

Die Vorschläge von Innenminister Dr. Ralf Stegner erleichtern den Kommunen, ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu erbringen. Der weitere Abbau von Verfahrensvorschriften muss folgen.

Die SPD-Landtagsfraktion erwartet zudem von denjenigen Ministerien, deren Vorschläge zur Kürzung noch nicht vorliegen, diese kurzfristig nachzureichen. Wir werden den Konsolidierungskurs der Landesregierung weiter konstruktiv begleiten.

Keine Kommentare

Claus Möller zur Kandidatur von Ralf Stegner

Zu der von Ralf Stegner bekannt gegebenen Kandidatur zum SPD-Landesvorsitzenden erklärt SPD-Landesvorsitzender Claus Möller:

„Bereits auf dem Landesparteitag 2005 habe ich erklärt, den Landesvorsitz definitiv nicht über das Jahr 2007 hinaus auszuüben.“

Die frühzeitige Bewerbung von Ralf Stegner ist ein gutes Signal. Seine Kandidatur bedeutet Kontinuität in der politischen Grundausrichtung des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein als linke Volkspartei für mehr soziale Gerechtigkeit. Dafür stehen beispielsweise sein Steuerkonzept und aktuell der Kurs in der Einbürgerungs- und Integrationspolitik. Seine Kandidatur steht darüber hinaus auch für einen Generationenwechsel.“

Der amtierende Landesvorstand wird nach dem vereinbarten transparenten Kandidatenfindungsverfahren wie in der Satzung vorgesehen einen Personalvorschlag vor dem nächsten Parteitag im Frühjahr 2007 für den gesamten neuen Landesvorstand machen.

Keine Kommentare

Zusammenarbeit mit Norderstedt

Für Neumünster bietet sich die Stadt Norderstedt als Partner in besonderer Weise an. In der Ratsversammlung am 16.5.2006 hat die SPD-Rathausfraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion einen Beschluß gefaßt, mit dem der Oberbürgermeister aufgefordert wird, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt nach Möglichkeiten zu suchen, eine Zusammenarbeit der Verwaltungen der beiden Städte Neumünster und Norderstedt zu vertiefen.

Nachdem ein erster Schritt mit der Kooperation im Bereich der integrierten Leitstelle bereits getan wurde sind weitere Kooperationsfelder denkbar, z.B. Einkaufsgemeinschaften für sächliche Verwaltungsmittel, gemeinsames Finanzmanagement etc.. Auch im Bereich der Wirtschaftsförderungsgesellschaften scheinen gemeinsame Aktivitäten denkbar (z.B. gemeinsame Messestände).

Hintergrund für diesen Beschluss ist die schwierige Haushaltslage der Stadt, die es geboten erscheinen lässt, alle Möglichkeiten von Kostensenkungen und Effizienzsteigerungen zu nutzen. Hier sind sicher auch Kooperationen zwischen Gebietskörperschaften Erfolg versprechend.

„Für Neumünster bietet sich die Stadt Norderstedt als Partner in besonderer Weise an,“ erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Hering. „Beide Städte sind mit 79.500 Einwohnern (NMS) und 72.000 Einwohnern (Norderstedt) fast gleich groß, beide gehören demnächst zur kommunalen Verwaltungsregion Schleswig-Holstein-Mitte, und beide liegen an der gemeinsamen Entwicklungsachse A7. Über die AKN sind beide Städte außerdem auch per Eisenbahn miteinander verbunden.“

„Dieser Beschluss ist ein konkreter erster Schritt, um die Brückenfunktion Neumünsters zwischen der Metropolregion Hamburg und der KERN-Region, die der SPD-Kreisparteitag jüngst beschlossen hat, mit Leben zu erfüllen“, erklärt hierzu die SPD-Kreisvorsitzende Jutta Schümann. „Wir sind sicher, dass die Initiative auf fruchtbaren Boden fallen wird, da die Stadtvertretung in Norderstedt einen ähnlichen Beschluss in ihrer Sitzung am 21.03.2006 gefasst hat.“

Keine Kommentare

Vorstandswahlen im OV Ellerbek

Peter Kokocinski bleibt 1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Ellerbek. Der 34-Jährige wurde auf der Jahreshauptversammlung einstimmig für weitere zwei Jahre in das Amt gewählt.

Einstimmig wiedergewählt wurden auch **Michael Jacobsen** (2. Vorsitzender), **Birgit Böhm-Marzunski** (1. Kassenwartin), **Günther Mischke** (1. Schriftführer) sowie **Inge Lindner** und **Arno Henkel** (beide Beisitzer). Neu in den Vorstand rückten **Rold Rabusch** (2. Kassenwart), **Julia Marzinski** (2. Schriftführerin) und **Wanda Schmul** (Beisitzerin).



Einer der Schwerpunkte der diesjährigen Arbeit des Ortsvereins ist die Vorbereitung der 100-Jahr-Feier am 1. September. Bis dahin soll auch die 80 Jahre alte Vereinsfahne restauriert sein.

Kommentar von [Hajo Schneider](#) vom 06.06.2006, 12:42 Uhr:

RE:Vorstandswahlen im OV Ellerbek

Hallo Peter, herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl.Gruß auch an Günther Mischke. Liebe Grüße Hajo Schneider (ehem.OV Gaarden, jetzt OV West)

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 28.05.2006, 20:46 Uhr - 3358 Clicks - Nr. 335

2008 sind wir wieder vorn

Die SPD Neumünster läutet den Wahlkampf ein

Die SPD-Kreisvorsitzende Jutta Schümann und der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Hering erklärten in ihrer vorgelegten Halbzeitbilanz die CDU-FDP Mehrheit für politisch gescheitert.

Mit einem Info-Flyer wollen Kreisvorstand und Fraktion die Bürger und Bürgerinnen über die Erfolge ihrer politischen Arbeit in der Rathausfraktion unterrichten. Vor allem bei den Themen Seniorenbüro/Pflegeberatungsstelle, Betreute Grundschule, Neubau eines Tuch- und Textilmuseums, Förderung des Ehrenamtes, Einsatz für den Erhalt des Eisenbahnmuseums, um nur einige zu nennen.

Gleichzeitig wirft die SPD der CDU/FDP- Mehrheit massives Scheitern und planlosen Aktionismus vor. Sie verfüge über kein Gesamtkonzept. Die von ihr angekündigte Haushaltskonsolidierung finde nicht statt. Mit ihrem Modell, im Haushalt nach „Rasenmähermethode“ Sparmaßnahmen zu ergreifen, sei sie gescheitert. Die SPD fordert intelligentes Sparen statt zehn Prozent auf „Alles“.

So hat die CDU u.a. den Bau des zweiten Bauabschnittes des erfolgreichen und für unsere Stadt so wichtigen Logistik- und Innovationszentrums „Log-In“ verhindert, die Zustimmung zu dem für die Wirtschaft wichtigen Tariftreugesetz verweigert und die Baumschutzsatzung aufgehoben.

Aus diesem Grunde wollen Jutta Schümann und Andreas Hering bei der Kommunalwahl im Jahre 2008 die absolute Mehrheit der SPD im Rathaus mit Hilfe der Wähler und Wählerinnen zurückholen, damit unsere Stadt Neumünster nicht länger durch unselige Blockadehaltungen in seiner Entwicklung gelähmt wird.

Für das Kommunalwahlprogramm 2008 wurden folgende inhaltliche Schwerpunkte gesetzt:

Verwaltungsstrukturreform
Schule- und Berufsschule
Bildungscampus
Älter werden in Neumünster (Versorgung/Wohnen)
Wirtschaft, Innenstadt, FOC
Familienfreundliche Stadt

Keine Kommentare

Die neue Diätenreform

Kieler Abgeordnete werden zu normalen Steuerzahlern

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Landtagspräsident Kayenburg hat im Landtag den Gesetzentwurf zur Reform der Abgeordneten-Diäten vorgestellt. Die fünf Fraktionen haben sich gemeinsam auf einen Entwurf geeinigt, der sich an den Vorschlägen der Benda-Kommissionen von 2002 weitgehend orientiert. Damit setzen wir das um, was das Bundesverfassungsgericht den Abgeordneten in den Landtagen und auch im Bundestag mit auf den Weg gegeben hat. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die Abgeordneten zu normalen SteuerzahlerInnen. Die Zeit der steuerfreien Pauschalen ist damit vorbei. Zukünftig müssen die Abgeordneten für ihre Altersversorgung selbst sorgen, und die Funktionszulagen werden bis auf wenige Ausnahmen abgeschafft. Dies war so vom Bundesverfassungsgericht gefordert.

Wir gehen in Schleswig-Holstein damit einen Weg, den bisher nur Nordrhein-Westfalen gegangen ist und zu dem sich andere Bundesländer und auch der Bundestag bisher noch nicht entschieden haben.

Damit wird Transparenz gewährleistet und das Land für die Zukunft von Ruhestandsgehältern befreit. Damit wird der Landeshaushalt langfristig entlastet.

Die wesentliche Kritik aus den Debatten des Jahres 2003 haben wir mit dieser Reform aufgenommen. Dabei bin ich mir bewusst, dass für eine Reform, die auch eine Erhöhung der Diäten beinhaltet im Grunde immer der falsche Zeitpunkt ist.

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Hay
Fraktionsvorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Keine Kommentare

SPD Lübeck unterstützt notwendige Diätenstrukturreform!

Die geplante Diätenstrukturreform wird von der SPD in der Hansestadt Lübeck unterstützt. Nach intensiver Diskussion über die Ausgestaltung der Diätenstrukturreform wurde ein Antrag, diesen zurückzunehmen und zu überarbeiten, abgelehnt. Kritisch wurde in der Sitzung des Kreisvorstandes die Höhe der zukünftigen Diäten diskutiert und die Umstellung der Altersversorgung hinterfragt.

„Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Empfehlungen der „Benda-Kommission“ die Grundlagen für den vorliegenden Gesetzentwurf bilden und der Grundsatz des Bundesverfassungsgerichtes umgesetzt wird, dass alle Abgeordneten die gleiche Entschädigung erhalten,“ so der SPD-Kreisvorsitzende Wolfgang Baasch.

In der Diskussion des Kreisvorstandes der SPD Lübeck wurde angemahnt, dass die Diätenstrukturreform in der Summe zu keinen Mehrausgaben führen sollte. Dieses Ergebnis ist allerdings erst zukünftig zu erreichen, wenn die Kosten der Abgeordnetenversorgung von zurzeit ca 2,64 Millionen Euro auf 1,24 Millionen Euro jährlich sinken.

Die bereits in der letzten Legislaturperiode beschlossene Verkleinerung des Landesparlamentes war in diesem Zusammenhang auch ein Schritt, der bereits aktuell zu einer Kostenreduzierung geführt hat.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 31.05.2006, 09:42 Uhr - 2526 Clicks - Nr. 338

Regionales Berufsbildungszentrum (RBZ) in Kiel zügig verwirklichen!

Zur aktuellen Debatte über die Zukunft der drei RBZ in Kiel erklären die Kieler Landtagsabgeordneten Rolf Fischer und Jürgen Weber: Wir erwarten, dass die Landesregierung ihre Finanzierungszusage zum RBZ in vollem Umfang erfüllt. Dieser Leuchtturm muss den Weg der beruflichen Bildung in Kiel anzeigen.



In verschiedenen Gesprächen haben wir auf die Notwendigkeit dieses bundesweit einzigartigen Vorhabens und seine Bedeutung für die Landeshauptstadt hingewiesen. Wir begrüßen die Realisierung in Form eines PPP-Projektes, denn es gibt keinen fachlichen und politischen Grund, das Verfahren zu verzögern. Zudem gehen wir davon aus, dass die Stadt Kiel alle notwendigen Informationen und Unterlagen der Landesregierung zur Verfügung gestellt hat, so dass auch keine administrativen Verzögerungen auftreten werden.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.05.2006, 11:05 Uhr - 1045 Clicks - Nr. 339

"Mutmaßungen zu Anteilsverkäufen nicht hilfreich"

Zu den Spekulationen in den letzten Tagen um die Zukunft der städtischen Beteiligungen erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Jürgen Hahn:

"In der Frage der Zukunft der städtischen Beteiligungen helfen weder Mutmaßungen über weitere Anteilsverkäufe, wie sie jüngst vom Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates zu hören waren, noch Utopien über den Rückkauf städtischer Beteiligungen.

Die SPD-Ratsfraktion hat in diesen Fragen eine eindeutige Position. Mit uns gibt es keinen weiteren Anteilsverkauf an die privaten Gesellschafter bei den Stadtwerken und der Kieler Verkehrsgesellschaft sowie keine Zerschlagung des Seehafen Kiel.

Wir erwarten von grün-schwarz eindeutige Aussagen zu diesen konkreten und aktuellen Fragen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Kunden nicht weiter verunsichert werden und den Unternehmen so geschadet wird."

Keine Kommentare

Kietzer zu PPP für Regionale Bildungszentren:

"Wahrnehmungsstörungen zwischen Stadt und Land?"

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zur vorläufigen Weigerung des Landes belastbare Finanzierungszusagen abzugeben, zur notwendigen Sanierung der Beruflichen Schulen Kiels über ein PublicPrivatePartnership-Modell und ihre Weiterentwicklung zu Regionalen Bildungszentren:

"In der SPD-Fraktion kommt ein déjà-vu-Gefühl bei der Nachricht auf, das Land verweigert klare Aussagen zum Finanzierungsbeitrag für die Sanierung der Beruflichen Schulen Kiels und deren Weiterentwicklung zu Regionalen Bildungszentren. Der Ablauf und das vorläufige Ergebnis erinnern uns fatal an das Versagen der Oberbürgermeisterin bei der Finanzierung der Drittligatauglichkeit des Holsteinstadions.

Sind die Wahrnehmungsstörungen zwischen Stadt und Land chronisch, wenn es um Projekte in eigener Verantwortung der Stadt geht?

Am 4. Mai erklärt die Landesregierung:, dass eine Zusage über die Höhe der Landesförderung zur Zeit nicht gemacht werden kann." Seit über einem Jahr arbeiten Stadt, Investitionsbank Schleswig-Holstein und das Land an dem Thema und legen Ende Februar die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vor. Ohne Vorwarnung droht das Projekt jetzt zu scheitern. Statt im Hauptausschuss oder in der Ratsversammlung kurzfristig zu berichten, schweigt Frau Volquartz (CDU) sich bis gestern aus. Fast vier Wochen vergehen zwischen dem Ministerschreiben und einer Reaktion der Stadt. Das bietet nicht den Eindruck einer ordentlichen Vorbereitung für ein 70 Millionen € Projekt."

Keine Kommentare

SPD-Fraktion verabschiedet Notschlepperkonzept

Eine erhebliche Verbesserung der deutschen Notfallvorsorge in Nord- und Ostsee hat am Dienstag breite Unterstützung durch die SPD-Bundestagsfraktion gefunden. „Damit ist der Weg frei, den Antrag für das Notschleppkonzept noch in dieser Woche von den Ausschüssen absegnen zu lassen“, freut sich **Jörn Thießen**, Dithmarschens SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag. „Und wir können noch vor der Sommerpause im Bundestag darüber abstimmen.“

„Für die Nordsee fordern wir schon lange einen hochwertigen Notschlepper ein, der optimale Einsatzfähigkeit mit dem notwendigen Eigenschutz der Besatzung verbindet. Wir setzen dort auf einen Notschlepper mit 200 Tonnen Pfahlzug und 19,5 Knoten Geschwindigkeit bei einem auf sechs Meter reduzierbaren Tiefgang, der für den Einsatz in gefährlicher Atmosphäre geeignet ist. Das Gefährdungspotenzial der immer größer werdenden Schiffe mit immer mehr Gefahrguttransporten muss für uns Maßstab der Entscheidung sein.“

Dass die Notschlepper unter Bundesflagge fahren und deutsch sprechende Besatzung haben müssen, sei nach Aussage von Thießen Wetzels selbstverständlich. „Die Notschlepper, für deren Bau und Charter jetzt Entscheidungen fallen, sollen der Verkehrsbelastung unserer Meere in den nächsten Jahrzehnten gerecht werden. Die Verantwortung dafür haben wir Parlamentarier und dieser Verantwortung werden wir mit unserer Entscheidung gerecht.“

Keine Kommentare

Antrag des SPD-Kreisparteitag gegen den Eingriff in die kommunalen Finanzen

Auf dem Kreisparteitag der Dithmarscher SPD am 31. Mai 2006 sprachen sich die Delegierten - nur mit einer Gegenstimme - für den folgenden Antrag zum Landesparteitag aus:

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag wird aufgefordert, die Landtagsfraktion und die Minister zu verpflichten, den Koalitionsvertrag einzuhalten und Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich zu Lasten der Kommunen zu unterlassen.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag ist den Kommunen zugesichert worden, dass kein Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich erfolgen solle, um den Gemeinden, Städten und Kreisen eine Planungssicherheit zu bieten.

Der Eingriff würde unabweisbar dazu führen, dass die Verschuldung der kommunalen Seite in gleichem Umfang steigt.

Die Finanzen müssen aufgabengerecht verteilt werden. Unter diesem Gesichtspunkt müsste eine Aufstockung der Einnahmen der Kommunen erfolgen, insbesondere im Hinblick auf die anstehenden Aufgaben:

- Betreuung der unter dreijährigen
- Ganztagskindergarten
- Ganztagschulen
- Betreute Grundschulen
- Umsetzung von Hartz IV
- Übernahme der Aufgaben SGB XII (Integrationshilfen)

Schwache Kommunen sind nicht in der Lage, die Vorhaben des Landes umzusetzen. Bei Investitionen sind sie nicht in der Lage die Komplementärmittel aufzubringen, die beispielsweise für EU – Projekte notwendig sind.

Der kommunale Finanzausgleich soll gemäß der Landesverfassung den Kommunen notwendige Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen. Willkürliche Eingriffe, mit dem Ziel, den Landeshaushalt zu sanieren, gefährden diesen Verfassungszweck.

Deshalb darf Wortbruch nicht zum probaten Mittel der Politik werden, sondern es muss wieder das Vertrauen in die Politik wachsen um zukünftig Wahlen zu gewinnen und dem Bürger wieder an die Wahlurne zu holen.

Kommentar von [Wöllfert, Johannes](#) vom 02.06.2006, 09:28 Uhr:

RE:Antrag des SPD-Kreisparteitag gegen den Eingriff in die k

Der Finanzminister unseres Landes hat auf einer GEW-Konferenz am 8.5. in NMS sein SPAR-Konzept erläutert und es als alternativlos bezeichnet. Wie sehen Eure etwaigen Alternativen aus?? Bin auf die Antwort aus naheliegenden Gründen sehr gespannt!! Johannes Wöllfert, GEW-Kreisvorsitzender

Steinburger SPD diskutierte über die Schulentwicklung vor Ort

Mit dem aktuellen Thema der Schulentwicklung beschäftigte sich die SPD in Kremperheide. Dazu gewann man mit Hajo Hoffmann, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in Schleswig-Holstein, einen kompetenten Gesprächspartner. Hajo Hoffmann, der selbst Leiter einer Schule in Nordfriesland ist, referierte über drei Themenblöcke. Zum einen schilderte er die Schulgesetzentwicklung im Lande, zum anderen sprach er über die Berufsbildenden Schulen, um dann anhand des neuen Schulgesetzentwurfs im Lande über die Schulentwicklung vor Ort zu diskutieren.

Der Entwurf des neuen Schulgesetzes in Schleswig-Holstein wird das Aus für viele kleinere Schulen bedeuten, da durch das Absinken von Schülerzahlen und unter wirtschaftlichen Aspekten einige Schulen deutlich zu klein sind, um über einen weiteren Zeitraum zu existieren. Hier wird es verwaltungstechnische Zusammenschlüsse geben. Und auch die Frage der Schulträgerschaft wurde aufgebracht. Wir haben in Schleswig-Holstein über 200 Schulträger, die eine Schule verwalten. Da sollten in Zukunft Kräfte gebündelt werden und größere Einheiten durch einen Schulträger versorgt werden.

Die Berufsbildenden Schulen sind in der Vergangenheit stetig in ihrem Kompetenzen und Angeboten gewachsen und werden zu regionalen Bildungszentren aufgewertet. Hier ist der Kreis Steinburg für die Zukunft sehr gut aufgestellt und das Angebot der Kreisberufsschule ist sehr umfangreich.

„Eigentlich handelt es sich hier um schon um eine Gemeinschaftsschule, denn hier werden vor Ort fast alle schulischen und Berufsbildenden Angebote vorgehalten“, meinte Hajo Hoffmann leicht schmunzelnd, denn natürlich blieb eine ideologische Diskussion um die richtige Schulform nicht aus. Die ewig Gestrigen favorisieren weiterhin das dreigliedrige Schulsystem. Wobei hier eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu einem Zweig und eine elitäre Eigenstellung der Gymnasien durch das neue Schulgesetz stark ermöglicht werden. Für die Schulentwicklung vor Ort, könnte das für Kremperheide bedeuten, dass die Verwaltungseinheiten zu klein strukturiert seien und es zu Konkurrenzsituationen mit umliegenden Gemeinden kommen könnte. „Gemeinsam denken und nicht gegenseitiges Handeln sei hier gefragt“, betonte Hajo Hoffmann abschließend in der Runde. Einige Fragen blieben momentan ungeklärt, da sich die Novellierung des Schulgesetzes bis zum Jahresende hinziehen wird. „Seien Sie kritisch und mischen Sie sich ein, wenn es um die Gestaltung von Schule geht“, wandte sich Hajo Hoffmann appellierend an die Zuhörer.

Keine Kommentare

AfA übt Kritik an der Diätenreform

Erhöhung der Abgeordnetendiäten ist nicht Zeitgemäß!

„Wir sind sehr enttäuscht, dass der Landtag Schleswig-Holstein mit dem Beschluss über die Diätenreform deutlich von den Vorschlägen der Benda Kommission abweicht und die Kritik von der SPD Basis sowie des Steuerzahlerbundes keine Berücksichtigung gefunden hat“, betont Nils Bolwig (32), Vorsitzender der Stormarner Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA).

„Auch wenn diese Reform nur 69 Abgeordnete in Schleswig-Holstein betrifft, spielt diese Reform für die Menschen im Lande eine große Rolle für das Vertrauen in die Politik“, so Bolwig weiter.

Mit dem Blickwinkel eines betrieblichen Kollegen, sieht die Vergütung der Politiker wie folgt aus: Ein Industriemeister erhält in der höchsten Gehaltsgruppe 3.893 Euro im Monat. Mehrarbeit ist für die Meister in den Betrieben an der Tagesordnung und ein Ausgleich der Mehrarbeit durch Freizeit nahezu unmöglich. Der Meister trägt eine enorme Verantwortung über das Erreichen der Produktionsziele und somit über ein Großteil des wirtschaftlichen Erfolgs des Unternehmens. Hier wird aber auch schon deutlich, dass es nur wenige Beschäftigte in den Betrieben gibt, die ein so gutes Gehalt erhalten, denn die meisten Beschäftigten sind Facharbeiter und keine Meister und erhalten daher ein deutlich niedrigeres Einkommen.

Positiv wird von den Beschäftigten nun aufgenommen, dass Sitzungsgelder wegfallen, denn in den Betrieben sind durch die Gruppenarbeit „Meetings“ ständig auf der Tagesordnung und mit dem Grundeinkommen bereits abgedeckt. Ebenfalls positiv zu bewerten ist, dass die Altersabsicherung der Abgeordneten von einer staatlichen Pension zukünftig wegfällt und die Abgeordneten wie jeder Arbeitnehmer privat vorsorgen muss, z.B. über die gesetzliche Rentenversicherung. Warum hierfür aber, bei einer Grunddiät von 6.700 Euro noch ein Rentenzuschlag in Höhe von 1.500 Euro notwendig sein sollte ist nicht zu erklären und deutlich zu hoch. Die Übergangsgelder werden nun in der Bezugsdauer deutlich reduziert, für Arbeitnehmer wären dies aber trotzdem traumhafte Regelungen. Die Beschäftigten, die jeden Tag, aufgrund von Vorstandsentscheidungen mit Arbeitsplatzverlust rechnen müssen, sind froh, wenn es einen Sozialplan gibt, indem Abfindungen in Höhe von einem halben Monatseinkommen pro Beschäftigungsjahr geregelt sind.

„Bei all den Kritikpunkten wird leider deutlich, wie weit sich die Politik von der betrieblichen Wirklichkeit der Menschen im Land entfernt hat und die im gleichen Atemzug geplante Kürzung der Weihnachtsgelder der Landesbeamten ist Ausdruck von politischer Instinktllosigkeit“, so der AFA Vorsitzende abschließend.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 01.06.2006, 18:58 Uhr - 2414 Clicks - Nr. 345

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung

Ausgabe Juni "dat Pussloch" ist soeben erschienen und wird in Engelsby an die Haushalte verteilt.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Hier unsere Themen:

- Golfen bald auch in Engelsby
- Ein schwarzer Tag für Flensburg
- Ein Zug durch die Gemeinde
- Skat - ein beliebtes Angebot der SPD-Engelsby
- Älter werden in Flensburg
- Kosten auch bei ausgeschaltetem Handy!
- und vieles interessantes aus dem Stadtteil



Wenn Sie inserieren möchten, sichern Sie sich bitte umgehend einen gebührenden Platz für Ihre Anzeige.

Anzeigenschlusstermin ist der 12. August 2006.

Kommentar von [Jochen Kalisch](#) vom 02.06.2006, 08:46 Uhr:

RE:SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung

Hallo, könnten sie 2dat Pussloch" nicht auch in elektronischer Form (PDF) auf ihrer Homepage anbieten? Gruß Jochen Kalisch

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.06.2006, 08:12 Uhr - 1037 Clicks - Nr. 346

Kietzer zur Landesmedienanstalt:

"Kiel verliert 40 Arbeitsplätze - Wo war der Einsatz von Frau Volquartz (CDU)?"

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zur Entscheidung, den Standort Kiel der Landesmedienanstalt Schleswig-Holstein zu schließen und ihn nach Norderstedt zu verlegen:

"Die SPD-Fraktion ist in großer Sorge darüber, dass die Oberbürgermeisterin zu schwach agiert, um die Interessen der Landeshauptstadt Kiel in wichtigen Infrastrukturanangelegenheiten gegenüber der Landesregierung erfolgreich zu vertreten. Der Flughafen wurde beerdigt, die Sanierung des Holsteinstadion wird teurer als zugesagt, die Entwicklung Regionaler Bildungszentren über ein PublicPrivatePartnership-Modell ist völlig ungeklärt und jetzt wird Kiel zu einer Medienwüste.

Die Landesregierung hat entschieden, die Landeshauptstadt verliert den Sitz der Landesmedienanstalt Schleswig-Holstein. Kiel als Medienstandort wird dadurch deutlich geschwächt und 40 Arbeitsplätze sind für Kiel verloren.

Was Frau Volquartz für den Erhalt dieser wichtigen Infrastruktureinrichtung in Kiel und der 40 Arbeitsplätze getan und wann sie es getan hat, fragt die SPD-Ratsfraktion in der nächsten Ratsversammlung.

Keine Kommentare

[Lothar Hay, MdL](#) - veröffentlicht am 06.06.2006, 08:49 Uhr - 3475 Clicks - Nr. 347

Lothar Hay: Diätenstrukturreform ist angemessen, vernünftig und zukunftsweisend

Einen Vorbildcharakter für andere Parlamente habe die Diätenstrukturreform des Schleswig-Holsteinischen Landtages, so der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay.

Bei der Bewertung – vor allem der vorgesehenen Höhe - der Grunddiät sei zu berücksichtigen, dass die Funktionszulagen zum größeren Teil entfallen, dass die steuerfreie Kosten-pauschale

gestrichen wird, dass das Tagegeld entfällt und dass die Fahrtkostenpauschale ebenfalls abgeschafft wird. Statt der bisherigen pensionsähnlichen Altersentschädigung erhalten die Abgeordneten zur Finanzierung ihrer Altersversorgung einen zu versteuernden zusätzlichen Betrag. Hay räumt ein, dass die Entscheidung über die Diätenstrukturreform wegen der schwierigen Haushaltslage in eine ungünstige Zeit fällt. Sie erfülle jedoch viele Forderungen, die seit Jahren immer wieder gestellt worden seien, und sei insgesamt angemessen, vernünftig und zukunftsweisend.

Die Rede im Wortlaut:

Ich bin mir sicher, dass die Diätenstrukturreform, die wir heute verabschieden werden, in ihren wesentlichen Bestandteilen Vorbildcharakter für weitere Landtage und auch den Deutschen Bundestag haben kann. Wir haben das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt und die Funktionszulagen weitestgehend abgeschafft. Zulagen erhalten künftig nur noch der/die LandtagspräsidentIn, VizepräsidentIn, Fraktionsvorsitzende, parlamentarische Geschäftsführer und die Vorsitzende des SSW.

Herr Kayenburg hat mit seiner Bewertung recht: Dieser Gesetzentwurf ist ein guter Kompromiss, der in seinen Grundzügen mit dem Modell in Nordrhein-Westfalen vergleichbar ist und sich an den Empfehlungen der Benda-Kommission orientiert. Für die Öffentlichkeit gab es je nach Bewertung zwei wichtige Kritikpunkte - der eine die Altersversorgung, der andere die Höhe der Grunddiät. Das Hauptziel dieser Diätenstrukturreform ist sicher, dass die Abgeordneten zukünftig für ihre Altersversorgung selbst sorgen müssen. Die bisherige pensionsähnliche Altersentschädigung wird abgeschafft! Stattdessen erhalten die Abgeordneten zur Finanzierung der Altersversorgung eine nach allgemeinen steuerrechtlichen Grundsätzen zu versteuernde zusätzliche Entschädigung in Höhe von monatlich 1.500 € brutto. Voraussetzung hierfür ist, dass sie mindestens in Höhe des jeweils geltenden Höchstbeitrages zur Rentenversicherung der Angestellten, zur Zeit 1.023 €, für die eigene Altersversicherung und die ihrer hinterbliebenen Ehegatten verwandt wird und ein Kapitalwahlrecht vollständig ausgeschlossen ist.

Was die Höhe der Grunddiät angeht, so wird unsere Entscheidung vieler Orts wegen der Höhe kritisiert. Ich möchte darauf hinweisen, dass es wichtig ist, bei der Bewertung der Grunddiät zu berücksichtigen, dass die Funktionszulagen zum größeren Teil entfallen, dass die steuerfreie Kosten-pauschale gestrichen wird, dass das Tagegeld entfällt und dass die Fahrtkostenpauschale ebenfalls abgeschafft wird.

Wer auch nur im Ansatz über die sicher schwer zu vermittelnde Summe eine angemessene Diskussion führen will, der kommt hier nicht umhin, getrennt auf das Brutto- und auf das Nettoeinkommen zu schauen. Völlig klar ist: Diejenigen, die bisher Funktionszulagen hatten, werden in Zukunft weniger gut dastehen als der sogenannte „einfache“ Abgeordnete. Da aber die steuerfreien Pauschalen entfallen, wirkt die Versteuerung sich individuell in erheblichem Maße unterschiedlich aus. Das heißt, ein Abgeordneter, verheiratet

mit zwei Kindern, steht ganz anders da als ein Alleinstehender mit der Steuerklasse I. Und es bleibt richtig: In Einzelfällen ist nicht auszuschließen, dass Abgeordnete sich nicht besser stellen als vor der Strukturreform.

Anders als im Jahre 2003 wird die heute zu verabschiedende Reform auf unserer Seite sowohl vom SPD-Landesvorstand als auch vom Landesparteierrat – dem kleinen Parteitag – unterstützt.

Natürlich können wir nicht leugnen: Die Entscheidung über die Diätenstrukturreform fällt wegen der sehr schwierigen Haushaltslage in eine ungünstige Zeit. Wir alle wissen aber auch, dass es in den nächsten Jahren für diese Entscheidung keinen günstigen Zeitpunkt geben wird.

Es ist sehr bedauerlich, dass einzelne Medien anstelle eines kritischen Umgangs mit dem Entwurf, der jedem zusteht, eine Kampagne gegen die Reform führen, bei der nicht immer darauf geachtet wird, dass die Informationen im Detail auch korrekt sind. Da wird so manches weggelassen und zurechtgebogen, damit es in die eigene populistische Argumentation passt. Unterschiedliche Auffassungen: ja, kritische Stellungnahmen: ja, aber persönliche Feldzüge sind für mich nicht akzeptabel!

Bereits im Jahre 2003 hat der Landtag durch die Verkleinerung eine Vorleistung erbracht, an die hier noch einmal erinnert werden darf. Und wenn es um die finanziellen Auswirkungen geht, so ist es natürlich richtig, dass die Einsparungen für den Landeshaushalt erst in Zukunft erfolgen, aber man darf auch zur Kenntnis nehmen, dass bereits ab 01.01.2007 ein Drittel der Abgeordneten für ihre Altersversorgung selbst sorgen. Die Entlastungswirkung erhöht sich beispielsweise bei den Abgeordneten der SPD-Fraktion auch dadurch, dass eine große Zahl von Abgeordneten erst seit dem Jahr 2000 dem Landtag angehört. Das heißt, die Zahl der „teuren Altfälle“ wird eher überschaubar. Herr Professor Krause von der Uni Kiel hat recht, wenn er feststellt, dass die Reform sich auf Dauer auch für den Steuerzahler auszahlt.

Ich bin sehr gespannt, in welcher Form unsere Entscheidung die Debatten in anderen Landtagen und auch im Deutschen Bundestag über eine Diätenstrukturreform beeinflussen wird.

Ich finde es gut, dass wir uns alle bei den Grundentscheidungen zur Reform einig sind.

Gleichzeitig bedaure ich, dass die Grünen sich für eine Enthaltung bei der Schlussabstimmung entschieden haben, weil wir ihrem Vorschlag nach Spitzabrechnung bei der bisherigen Kostenpauschale nicht folgen. Für mich wäre dies eine Wiedereinführung der steuerfreien Kostenpauschale. Auch die Überprüfung der zu versteuernden 1.500 € brutto für die Altersversorgung unter Berücksichtigung des Alterseinkünftegesetzes halte ich für angemessen, um die Zustimmung aller MdL zu erreichen. Wir können die Diätenstrukturreform selbstbewusst nach außen vertreten. Sie erfüllt viele Anforderungen, die über Jahre immer wieder an den Landtag herangetragen worden sind. Ich halte sie für angemessen und ebenso vernünftig wie zukunftsweisend.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.06.2006, 13:58 Uhr - 1383 Clicks - Nr. 348

Schulz zu verstärkter Nutzung europäischer Förderprogramme:

"Stadt soll mit den Vorbereitungen beginnen!"

Ratsherr Wolfgang Schulz, wohnungs- und migrationspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, erklärt zu der Ratsinitiative seiner Fraktion zur "verstärkten Nutzung europäischer Förderprogramme durch die Landeshauptstadt Kiel":

"Die SPD-Ratsfraktion fordert die Oberbürgermeisterin auf, schon jetzt mit Vorbereitungen für eine zukünftige Nutzung europäischer Förderprogramme in der Förderperiode 2007 - 2013 zu beginnen.

Die Nutzung der EU-Förderprogramme für Kieler Projekte muss intensiviert werden.

Die bisherigen städtischen Aktivitäten waren - außer beim EU-Förderprogramm "URBAN" - für Kiel nicht erfolgreich. Bereits im Oktober 2003 hatte die SPD einen ersten Vorstoß zur Nutzung von grenzüberschreitenden Programmen (INTERREG-Programmen) u.a. im Ostseeraum unternommen. Dies hat zumindest dazu geführt, dass im November 2005 eine Diskussionsgrundlage zur Ostseekooperation vorgelegt wurde und nunmehr die Kieler Wirtschaftsförderung (Kiwi) konkret diesen Bereich bearbeitet.

Diese kraftlose Vorgehensweise ist nicht ausreichend. Deshalb muss Kiel seine Bemühungen nach dem Auslaufen des Programms "URBAN" auf Grundlage der neuen Förderbedingungen intensivieren und sich der ganze Themenbreite - Kultur, Umwelt, Wissenschaft, Wirtschaft, Soziales - widmen. Dabei ist auch zu prüfen, ob neben der Ostsee-Orientierung auch der Nordseeraum für einzelne Projekte von Interesse für die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt ist."

Antrag zur Ratsversammlung am 08.06.2006

Betreff: Verstärkte Nutzung europäischer Förderprogramme durch die Landeshauptstadt Kiel

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, die Landeshauptstadt Kiel zusammen mit Partnern (u.a. Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Hochschulen) auf die Nutzung von europäischen Programmen der neuen Förderperiode 2007-2013 vorzubereiten und einen Handlungsvorschlag für eine erste Nutzung der Programme sowie eine Positionierung für das Städteforum zur Ostseekooperation im Rahmen der Kieler Woche 2007 im 1. Quartal 2007 der Ratsversammlung vorzulegen.

Zur Vorbereitung des Handlungsvorschlages und der Positionierung wird ein Workshop durch die Landeshauptstadt Kiel im Herbst 2006 durchgeführt, in dem die konzeptionellen Ausrichtungen der

Ziel-3-Programme ("Ostsee", "Nordsee", "grenzüberschreitende Programme") sowie der Ziel-2 und anderer Programme (z.B. Zukunftsprogramm SH, 7. Forschungsrahmenplan) vorgestellt werden.

Begründung:

Die inhaltlichen Vorbereitungen für die neue EU-Programmperiode 2007-2013 in allen Programmbereichen sind im vollen Gange. Wenn die Landeshauptstadt Kiel in Zukunft verstärkt diese Programme nutzen will, müssen entsprechende Vorarbeiten schon jetzt erfolgen.

Hierzu gehört eine Bestandsaufnahme der Zielrichtungen und Förderschwerpunkte der zukünftigen Programme und die Entwicklung von ersten Aktivitäten für eine Bewerbung in einzelnen Programmen bereits zu Beginn der Ausschreibungen im 1. Halbjahr 2007.

Die geplante Kieler-Woche-Konferenz zur Ostseekooperation im Jahre 2007 ist überdies eine gute Gelegenheit, mit den Kieler Partnerstädten die Entwicklung von Projekten vorzubereiten bzw. zu vertiefen.

Dazu ist es hilfreich, wenn die Landeshauptstadt Kiel mit einer Positionsbeschreibung als Fortsetzung des Berichtes zur Ostseekooperation und im Kontext der Ziel- und Schwerpunktsetzungen der zukünftigen EU-Programme in die Diskussion einsteigt.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 07.06.2006, 18:53 Uhr - 2767 Clicks - Nr. 349

Mahnung ernst nehmen – Amoklauf der CDU gegen Kindertagesstätten beenden

Der Sprecher des Arbeitskreises Jugend der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Jan Lindenau erklärt zur aktuell vorliegenden „Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung“, die am morgigen Donnerstag im Jugendhilfeausschuss beraten wird:

„Die gründliche Lektüre des vorliegenden „Bedarfsplanes Kindertagesbetreuung“ lässt nur einen Schluss zu:

Das Nein der Lübecker CDU zur Forderung der SPD, Angebote für Kinder und Jugendliche von den durch die Bürgerschaft beschlossenen pauschalen Kürzungen auszunehmen, ist unverantwortlich. Bei einer Umsetzung des von der CDU durchgepeitschten Streichkonzerts sind Qualitätseinbußen und weitere Versorgungslücken in Kindertagesstätten und Krippen die logische Konsequenz.

Wir fordern die Lübecker CDU auf, die dringende Mahnung der Jugendsenatorin Annette Borns, der freien Träger, der Elternvertretungen und der Mehrheit der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, endlich ernst zu nehmen. Lübeck braucht eine jugendpolitische Wende. Der Amoklauf der Lübecker CDU gegen eine bedarfsgerechte und eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Kindertagesstätten und Krippenplätzen muss endlich gestoppt werden.

Auch wenn die finanziellen Möglichkeiten der Hansestadt Lübeck begrenzt sind, gilt es endlich ein klares Signal zu setzen, wohin Lübeck zukünftig in der Familienpolitik steuern will. Ein bloßes Beitreten zum Lokalen Bündnis für Familien reicht hier nicht aus. Wir fordern die CDU-Fraktion erneut auf, die Einsparvorgaben von 18% bis 2010 für die Kindertagesbetreuung in Lübeck zurückzunehmen.

Ferner lehnen wir den vom jugendpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Freitag, in die Diskussion gebrachten Vorschlag ab, einen erneuten Eingriff in die Finanzierung der Jugendarbeit vorzunehmen. Die Jugendzentren in der Stadt haben ihren Beitrag bereits erbracht. Weitere Einsparungen über die eingeleiteten Maßnahmen hinaus würden die Jugendarbeit in Lübeck an die Wand fahren“, so Lindenau abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 07.06.2006, 18:56 Uhr - 2622 Clicks - Nr. 350

Pflegeforschung stärken

Zu der Berichterstattung über Pflegeforschung in Lübeck erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Lübecker Abgeordnete Wolfgang Baasch: Pflegewissenschaft und -forschung finden ungeteilte Unterstützung im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Der Landtag hat in seiner gestrigen Tagung beschlossen, bis zum Jahresende 2006 zu prüfen, wie Pflegewissenschaft, Pflegeforschung und Weiterbildung in der Pflege gestärkt werden können. Ein Antrag der GRÜNEN, der eine Einrichtung eines entsprechenden Lehrstuhls für das Jahr 2008 fordert, wurde nicht abgelehnt, sondern – wie auch der Prüfauftrag – in die zuständigen Ausschüsse des Landtages überwiesen.

Im Ziel, die Pflege von kranken und pflegebedürftigen Menschen zu verbessern und die Qualität der Pflege zu optimieren, gibt es keinen Dissens. Entscheidend ist dabei, eine verlässliche und auf Dauer angelegte Finanzierung zu schaffen. Dass Pflegewissenschaft neben den medizinischen Wissenschaften ein eigenständiger Zweig im wissenschaftlichen Bereich, ist, wird von niemandem bestritten, erwarten wir doch heute eine Pflege und ein professionelles, qualitativ bestmögliches Pflegemanagement.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 08.06.2006, 14:03 Uhr - 6251 Clicks - Nr. 351

MdB Sönke Rix: Wir brauchen dringend mehr Ausbildungsplätze

Am Freitag um 18:00 Uhr beginnt die Fußballweltmeisterschaft 2006 mit dem Eröffnungsspiel in München. Egal, ob man Fan der Nationalmannschaft ist oder nicht: Es wird schwer, sich in den kommenden vier Wochen dem runden Leder zu entziehen.

Jeden Tag werden zwei bis drei Spiele live von den öffentlich-rechtlichen Sendern übertragen; zwei Drittel der Bundesbürger trauen der deutschen Mannschaft zu, mindestens das Viertelfinale zu erreichen. Sie wären aber auch nicht enttäuscht, wenn es nicht klappt. Dann eben 2010.

Das ist ein Szenario, dem sich die großen Sponsoren der WM so gar nicht anschließen mögen. Unternehmen wie Adidas und die Deutsche Telekom investieren dreistellige Millionenbeträge, um das Image der Fußball-WM für den eigenen Umsatz zu nutzen. Nicht auszudenken, wenn Klinsmanns Jungs vorzeitig ausscheiden.

Szenenwechsel: Allein in Schleswig-Holstein sind immer noch ca. 8000 Jugendliche ohne einen Ausbildungsplatz. Die Abschlussprüfungen sind zu Ende und der Run auf die wenigen Plätze hat längst begonnen. Die Zeiten, in denen fünf Ausbildungswillige auf sechs Ausbildungsplätze kamen, sind vorbei und werden in absehbarer Zeit auch nicht wiederkommen.

Heute drängen sich die fünf Auszubildenden um maximal vier Ausbildungsplätze und müssen sich dabei noch vorwerfen lassen, sie seien unflexibel, weil sie die Ausbildungsstelle im westlichen Nordfriesland nicht annehmen wollen. So lobenswert es ist, wenn Handwerksbetriebe in entlegenen Landesteilen ausbilden: Diese dafür anzuführen, dass noch Ausbildungsplätze unbesetzt seien, ist keine Lösung und geht sogar am Problem vorbei. Mit Sicherheit würde sich auch hier ein Auszubildender finden lassen, wenn er denn von seinem Lehrlingsgehalt Essen, eine Wohnung und eine gelegentliche Heimfahrt bezahlen könnte. Das geht aber nicht mehr in Zeiten, in denen selbst ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft nicht mehr zweihundert DM sondern inzwischen zweihundert Euro kostet. Die Ausbildung der eigenen Kinder ist für Eltern längst nicht mehr die Zeit der finanziellen Entspannung. Viele Jugendliche brauchen die elterliche Finanzspritze bis zum Ende der Ausbildung.

Viele, die jetzt rufen, die Ausbildung sei zu teuer, die Lehrlingsgehälter zu hoch, die Berufsschule zu lang und der Bildungsstand zu schlecht, tragen ihren Kampf gegen unser bewährtes dualistisches System der Berufsausbildung auf dem Rücken der Jugendlichen aus. Mancher mag da wieder vom „Angelernten“ träumen, der mit seinem Wissen nur im Anlernbetrieb bestehen kann. Das spart viel Geld. Geld, das dann für den Imagegewinn genutzt werden kann.

Ich finde, etwas weniger Geld für die Werbung und dafür ein paar Ausbildungsplätze mehr, das wäre für das eigene Image deutlich besser.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 08.06.2006, 14:07 Uhr - 3085 Clicks - Nr. 352

SPD-Landtags-Fraktion zum Mindestlohn

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen eigenen Entwurf zur gegenwärtigen Diskussion zum Thema Mindestlohn gefasst.

SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein 20. März 2006

Wolfgang Baasch, Olaf Schulze

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland brauchen verlässliche Arbeitsbedingungen. Dazu gehören

§ der Erhalt der Tarifautonomie und Flächentarifverträge,

§ ein verlässlicher Kündigungsschutz,

§ der Erhalt der Mitbestimmung,

§ der Erhalt von Steuerfreiheit für Sonn- und Feiertags- und Nachtzuschläge sowie die

Pendlerpauschale und

§ ein gesetzlicher Mindestlohn.

Erfahrungen in anderen europäischen Staaten zeigen, dass ein gesetzlicher Mindestlohn weder zu Beschäftigungseinbrüchen geführt hat noch die Tarifautonomie geschädigt hat. Ein Mindestlohn sorgt dafür, dass eine gleichmäßigere Einkommensverteilung erfolgt. Durch die Ausweitung der Minijobs und Midijobs, die Einführung der Ich-AGs, die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien (Beschäftigung unterhalb der tarif- oder ortsüblichen Bezahlung) und die Ausweitung der Arbeitsmöglichkeiten (1-Euro-Jobs) nimmt der Niedriglohnssektor stetig zu.

In nur drei Jahren (2003-2005) stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten um rund 660.000 auf 4,8 Millionen im Jahr 2005. Hier sind die 205.000 Zusatzjobs (1-Euro-Jobs) noch nicht mit eingerechnet. Mit dem Anstieg des Niedriglohnssektors erhöht sich der Druck auf die Entlohnung bestehender Arbeitsplätze. Eine Lohnspirale nach unten ist unübersehbar. Eine weitere Ausweitung des Niedriglohnssektors würde zu einer weiteren Verarmung in unserer Gesellschaft führen. Bereits heute arbeiten 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte für Armuts-löhne, also für weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens. Ein gesetzlicher Mindestlohn dagegen ist ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der privaten Nachfrage und stärkt damit das Wirtschaftswachstum und ist ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der zunehmenden Armut in unserer Gesellschaft.

Die Bundesrepublik liegt beim Zuwachs der Arbeitskosten mit nur 0,8% im Jahr 2005 im Europavergleich weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Der EU-Durchschnitt liegt bei 2,9%. Andere Industriestaaten in Europa, die sowohl über einen durch Tarifpartner oder Gesetz festgelegten Mindestlohn als auch über geringere Arbeitslosigkeit verfügen, haben weit höhere Zuwächse (z.B. Schweden mit 2,8% und Großbritannien mit 3,3%).

Maßnahmen gegen Einkommensarmut und Lohndumping:

1. Ausweitung des Entsendegesetzes:

Wir sehen in der Ausweitung des Entsendegesetzes auf weitere Branchen und die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein Mittel um Lohndumping zu verhindern. Gerade bei ausländischen Arbeitnehmern ist die Möglichkeit gegeben, über einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag und einen somit geregelten Mindestlohn Dumpinglohn zu verhindern.

2. Tariftreue:

Wir wollen das Tariftreuegesetz erhalten und ausweiten. Wir setzen uns für ein bundeseinheitliches Gesetz ein, welches alle Bereiche der öffentlichen Auftragsvergabe umfasst.

3. Mindestlohn:

Tarifparteien vereinbaren Mindeststandards, die für alle in Deutschland arbeitenden in- und ausländischen Firmen gelten und als allgemein verbindlich für die jeweilige Branche festgeschrieben werden. In Bereichen, in denen es keine Tarifstrukturen gibt, ist ein Mindestlohn einzuführen. Bei der Einführung eines Mindestlohngesetzes sollte sich der Mindestlohn an den nichtpfändbaren Einkommen orientieren. Bemessungsgrundlage für den jeweiligen Stundenlohn sollte die in Deutschland durchschnittlich tariflich geregelte Wochenarbeitszeit sein.

Mit dem Ziel, durch einen Mindestlohn die private Nachfrage zu stärken, damit das Wirtschaftswachstum zu befördern und die Armutsentwicklung in unserer Gesellschaft zu bekämpfen, wird deutlich: der gesetzliche Mindestlohn ist als ein politischer Lohn anzusehen und auch so zu regulieren.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 08.06.2006, 16:51 Uhr - 14482 Clicks - Nr. 353

Bundestag vergibt Stipendien für Austauschjahr in USA

Die Bürgerbüros des Bundestagsabgeordneten **Jörn Thießen** in Itzehoe und Meldorf sind ab sofort Anlaufstelle für Jugendliche, die sich für ein Austauschjahr in den USA interessieren. Schon seit 1983 vergibt der Deutsche Bundestag gemeinsam mit dem amerikanischen Kongress Stipendien für Schüler und junge Berufstätige, die den Teilnehmern einen einjährigen Aufenthalt in den USA ermöglichen.



Auch in diesem Jahr stehen im Rahmen der „Parlamentarischen Praktikumschaft“ (PPP) wieder rund 350 Stipendien zur Verfügung, um Reise- und Programmkosten sowie die notwendigen Versicherungskosten abdecken. In den Büros des Abgeordneten Thießen liegen jetzt Bewerbungsunterlagen für das PPP 2007 bereit, das im Sommer nächsten Jahres startet. Schülerinnen und Schüler sollten zwischen dem 1.8.1989 und dem 31.7.1992 geboren sein und ihren ersten Wohnsitz in Deutschland haben. Junge Berufstätige können sich bewerben, wenn sie zum Zeitpunkt der Ausreise zwischen 16 und 22 Jahre alt sind. Auch Auszubildende und arbeitslose Jugendliche können am PPP teilnehmen, wenn ihre Berufsausbildung bis zum 31.7.2007 abgeschlossen ist.

PPP-Schülerinnen und Schüler leben in Gastfamilien und besuchen für die Dauer eines Schuljahres eine amerikanische High School. Für die jungen Berufstätigen sieht das Programm den Unterricht an einem Community-College und ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb vor. Die Teilnehmer können auch selbst Praktikantenplätze in den USA vorschlagen. Wer sich für weitere Informationen interessiert, melde sich im Büro von Jörn Thießen
Sandkuhle 12-16, 25524 Itzehoe
Tel.: 04821-2715, Fax: 04821-3930
per E-Mail an joern.thiessen@wk.bundestag.de
oder
Domstr. 2a, 25704 Meldorf,
Tel.: 04832-3038, Fax: 04832-6200
per E-Mail an joern.thiessen@wk2.bundestag.de.

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 08.06.2006, 18:48 Uhr - 2067 Clicks - Nr. 354

Wasser-Deal – noch nicht alle Bedenken ausgeräumt

Der Vorsitzende der SPD - Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„Die SPD sieht für den Wasser-Deal mit den Hamburger Wasserwerken noch erheblichen Klärungsbedarf.“

Eine langfristige Absicherung der Wasserrechte in Geschendorf ist für uns unverzichtbar. Ohne eine vorherige und unmissverständliche Klarstellung der Landesregierung halten wir ein Ja zum Bezug von Wasser von den Hamburger Wasserwerken mit Blick auf die langfristige Versorgungssicherung der Lübeckerinnen und Lübecker für nicht zu verantworten.

Trinkwassergewinnung und – verteilung sind ureigenste Aufgaben der kommunalen Daseinsversorgung. Die Sicherung elementarer Grundbedürfnisse wie dem Trinkwasser darf nicht zur kurzfristigen Haushaltssanierung privaten Konzernen überlassen werden.

Eine wirksame öffentliche Kontrolle ist dringend notwendig. Eine weitere Privatisierung ist deshalb mit der SPD nicht zu machen. Die in England mit privaten Anbietern gemachten Erfahrungen sind wenig ermutigend.

Eine Entscheidung über einen Kauf von Wasser aus Großhansdorf wird zudem durch die in Hamburg zur Zeit intensiv geführte Diskussion über eine Privatisierung der Hamburger Wasserwerke und damit untrennbar verbundene Unwägbarkeiten hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausrichtung des möglichen Partners zusätzlich erschwert.“

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 08.06.2006, 18:52 Uhr - 2659 Clicks - Nr. 355

Herrentunnel - SPD lehnt diskutierte Verlängerung der Laufzeit für Mauterhebung

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Ulrich Pluschkell erklärt:

„Die SPD lehnt eine Revision des Konzessionsvertrages ab. Eine Verlängerung der Laufzeit für die Erhebung der Maut über das Jahr 2035 hinaus wäre eine zusätzlich Verschuldung zu Lasten kommender Generationen.

Nicht erfüllte Gewinnerwartungen und Verluste privater Gesellschaften sind eine Seite des in Sonntagsreden immer wieder beschworenen unternehmerischen Risikos. Sie dürfen deshalb nicht zu Lasten der öffentlichen Hand und des Steuerzahlers gehen.

Die Haltung der SPD ist unverändert:

1. Die gesetzlichen Bestimmungen des Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes sind einzuhalten.
2. Die geschlossenen Verträge sind Grundlage des Betriebs des Herrentunnels.
3. Fußgänger, Radfahrer und der Öffentliche Personen-Nahverkehr sind von Maut frei zu halten.
4. Die Maut muss für motorisierte Tunnelnutzer und insbesondere Pendler möglichst niedrig sein.“

Keine Kommentare

[SPD-Lübeck](#) - veröffentlicht am 08.06.2006, 18:55 Uhr - 1852 Clicks - Nr. 356

SPD sagt Nein zu einer Privatisierung der städtischen Kindertagesstätten

Der Sprecher des Arbeitskreises Jugend der SPD-Bürgerschaftsfraktion Jan Lindenau erklärt:

„Die SPD erteilt der Forderung der FDP nach einer echten Privatisierung der städtischen Kindertagesstätten bzw. nach einer Übertragung aller städtischen Kitas auf freie Träger eine eindeutige Absage.

Das bewährte Nebeneinander von öffentlichen und privaten Angeboten gilt es zu erhalten und zu stärken, um die Trägervielfalt zu erhalten.

Der vorliegende Bericht widerlegt die Märchen von angeblich teureren städtischen Kindertagesstätten und deutlichen Kostenvorteilen der privaten Träger.

Bei der Umsetzung der Forderung von Lübecks Liberalen sind erhebliche Mehrkosten zu erwarten. Der Vergleich der Personalkosten spricht eine eindeutige Sprache. Demnach sind die Personalkosten bei der Hansestadt Lübeck im Durchschnitt 3% günstiger als bei freien Trägern.

Der Kostenvergleich zeigt, dass die Höhe der Verwaltungskosten noch Raum für intelligente Sparvorschläge gibt. Eine Straffung der Verwaltungsabläufe ohne Qualitätsverlust für die Kinderbetreuung ist machbar und möglich. Hier setzen wir an und überprüfen diese Verwaltungskosten im Sinne einer intelligenten Haushaltskonsolidierung. Entsprechende Berichts- und Prüfaufträge sind im letzten Jugendhilfeausschuss auf den Weg gebracht worden.

Für uns unverständlich ist, dass die städtischen Kindertagesstätten anteilig mit den Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt oder die Sitzungen der Bürgerschaft belastet werden und deshalb im Kostenvergleich gegenüber privaten Trägern schlechter abschneiden.

Auch die FDP ist gefordert, intelligente Sparvorschläge zu machen. Sie macht es sich viel zu einfach, wenn sich hinter populistischen Forderungen nach einer Privatisierung der Kinderbetreuung verschanzt, anstatt sich mit den Tatsachen zu befassen.“

Keine Kommentare

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 09.06.2006, 07:46 Uhr - 2310 Clicks - Nr. 357

Veranstaltung für gentechnikfreie Felder in Schleswig-Holstein

Tanz um den Mais !

Am 13.06. 2006 in der Zeit von 17.00 bis 21.00 Uhr beteiligt sich der SPD Ortsverein Schuby an einer Veranstaltung "für gentechnikfreie Felder in Schleswig - Holstein".

Die Veranstaltung findet in der Nähe der Versuchsstation der Landwirtschaftskammer statt.

13/06/2006

Beginnt um 17:00

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 09.06.2006, 23:34 Uhr - 2796 Clicks - Nr. 358

Ausgespielt - Gerät die "Tribühne" zunehmend in Schwierigkeiten?

Mit großem Engagement haben CDU und FDP unter der Federführung von Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote darauf gedrungen, die Durchführung der Theater-Abonnements vom FORUM auf die

TriBühne zu übertragen. Es sollte alles besser, schöner und günstiger werden. Doch schon nach kurzer Zeit kommen vielen Abonnenten Zweifel an der Weitsicht dieses Beschlusses. Sie denken wehmütig an die professionelle Betreuung durch das FORUM zurück.

"Üblicherweise wurden bereits Anfang des Jahres Termine und Theaterstücke bekanntgegeben. Die TriBühne scheint den Charme der Langsamkeit entdeckt zu haben, Ende Mai wurden jetzt die Abonnenten informiert. Doch bei einigen Abonnenten währte die Freude nur kurz. Sie rechneten nach und mussten überraschend feststellen, dass sie für den gleichen Sitz 44,85% mehr zahlen müssen als vorher.", so der SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Paustenbach.

Was war geschehen? Die differenzierten Eintrittspreise je nach Aboreihe wurden aufgegeben, es gelten nur noch die bisher höchsten Preise. Und auch bei den Preisgruppen gab es Veränderungen. Es wird nicht mehr unterschieden, ob man in der Mitte des Parketts sitzt oder rechts oder links am Rande.

"Das als Schnellübersicht titulierte Schreiben enthält kein Wort über diese deftigen Preisanhebungen. Mit etwas mehr Fingerspitzengefühl und Respekt gegenüber zum Teil jahrzehntelangen Abonnenten hätte die TriBühne sich sicherlich etwas mehr Zeit genommen, diese Veränderungen mitzuteilen und zu erläutern. Oder hatte man die Hoffnung, die Abonnenten würden das schon nicht merken? Wir sehen uns in unserer Ablehnung der Übertragung der Theater-Abos auf die TriBühne bestärkt und befürchten, dass diese dilettantische Kommunikationspolitik Abonnenten vergrault und weitere Einschnitte im Angebot folgen.

Weitere Sorge bereitet den Sozialdemokraten die Auslastung des Restaurants "Kulisse" in den Räumen der städtischen Mehrzwecksäle.

"Man braucht kein Fachmann zu sein um zu erkennen, daß das Geschäft mehr schlecht als recht läuft. Zu oft herrscht dort gähnende Leere und die Frage nach der Wirtschaftlichkeit einer solchen Gaststätte stellt sich von selbst.

Unter dem Strich scheint sich die "Tribühne" nicht so zu entwickeln wie bei der Übertragung der zusätzlichen Aufgaben erwartet wurde. Deshalb werden wir Oberbürgermeister Grote bitten zügig über die Situation des städtischen Unternehmens zu berichten."

Keine Kommentare

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 11.06.2006, 15:02 Uhr - 3296 Clicks - Nr. 359

Neuer AfA-Kreisvorstand

Der neue Vorstand zwischen MdB Sönke Rix und AfA-Landesvorsitzender Wolfgang Mädél
Im Kreis Rendsburg-Eckernförde gibt es einen neuen AfA-Vorstand

Auf einer Versammlung im Eckernförder Stadthallen-Restaurant wurde Anfang Juni 2006 ein neuer AfA-Kreisvorstand gewählt. In seiner Begrüßung betonte der Vorsitzende der Kreispartei und MdB Sönke Rix, wie wichtig die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen als Bindeglied zwischen der SPD und den Gewerkschaften für den Kreis Rendsburg-Eckernförde ist.

Der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädél erklärte danach den Sinn und Zweck der AfA allgemein und im Besonderen deren wichtige Rolle hier in Schleswig-Holstein. Nur aktive Gewerkschafter innerhalb der SPD können der Partei das gewerkschaftliche Denken und Handeln näher bringen.

Bei den anschließenden Wahlen wurde Helmut Ulbrand aus Kronshagen als Vorsitzender sowie Gerd Finke aus Gettorf zu seinem Stellvertreter einstimmig gewählt. Zu Beisitzern wählte die Versammlung einstimmig Thomas Hofmann, Frank Schischefsky und Michael Most.

Als ersten Arbeitsschwerpunkt will der neue Vorstand in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorsitzenden des DGB der Kern-Region, Ralf Müller-Beck, und weiteren interessierten Genossen aus dem Gewerkschaftsbereich sich und seine Vorstellungen der künftigen Zusammenarbeit darstellen.

Keine Kommentare

[AfA Stormarn](#) - veröffentlicht am 12.06.2006, 14:22 Uhr - 2178 Clicks - Nr. 360

AfA fordert eine verantwortungsvolle Politik für die Zukunft der Jugendlichen

54,6% mehr unvermittelte Jugendliche als im Vorjahr

„Es wird für die jungen Menschen immer schwieriger einen Ausbildungsplatz zu erhalten, der Arbeitsmarktreport der Agentur für Arbeit zeigt dies deutlich, fast 1000 Jugendliche (966) suchen zur Zeit einen Ausbildungsplatz im Bezirk der Arbeitsagentur. Die gemeldeten Ausbildungsplätze sind zwar leicht angestiegen, die Ausbildungsplatzlücke wird aber durch ebenfalls steigende Bewerberzahlen trotzdem größer“, stellt der Nils Bolwig (31), AfA Kreisvorsitzender Stormarn fest. „Die Menschen glauben schon lange nicht mehr an den Erfolg des Ausbildungspaktes, die erschreckende Bilanz spricht für sich“, betont der Bolwig weiter. „Wir als AfA Kreis Stormarn erwarten, das die große Koalition endlich den Mut aufbringt und in Verantwortung gegenüber den jungen Menschen eine Ausbildungsplatzabgabe einführt, damit alle eine Chance auf Ausbildung erhalten und sich endlich die gesamte Wirtschaft an der beruflichen Erstausbildung beteiligt“, so der Vorsitzende abschließend.

Es bilden nur ca. 1/3 der ausbildungsfähigen Betriebe aus, hier liegt das eigentliche Problem. Wenn Wirtschaftsvertreter so tun, als würden sie die finanzielle Hauptlast der Ausbildung tragen, sagen sie nicht die Wahrheit. Brutto gaben die Unternehmen 2003 zirka 27,5 Milliarden Euro für betriebliche Ausbildung aus. Hiervon muss aber der von den Unternehmen aus den Azubis gezogene Nutzen abgezogen werden (z.B. aus dem Arbeitsertrag oder den eingesparten Rekrutierungskosten). Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) hat errechnet, dass die für einen Azubi anfallenden Nettokosten pro Jahr durchschnittlich 526,34 Euro betragen. Bei rund 1,5 Millionen betrieblichen Ausbildungsplätze macht das bundesweit einen Nettojahresaufwand von knapp 800 Millionen Euro. Bund, Länder und Bundesagentur für Arbeit hingegen mobilisierten 2003 etwa 8,4 Milliarden für die Finanzierung von Berufsschulen, Berufsvorbereitungsmaßnahmen und Ausbildungsplätzen. Es zeigt sich also ein drastisches Missverhältnis zwischen den öffentlichen und privaten Aufwendungen für Ausbildung. Jedem Euro, den die Unternehmen hier netto investieren, stehen mehr als zehn Euro aus Staatstöpfen gegenüber.

Keine Kommentare

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 12.06.2006, 17:35 Uhr - 1373 Clicks - Nr. 361

Zusage jetzt einzuhalten!

Der Koalitionsvertrag für die Jahre 2005 bis 2010 enthält die Zusage des Landes, keinen Eingriff in die Finanzausstattung der Kommunen zur alleinigen Entlastung des Landeshaushalts vorzunehmen. Diese

Zusage erfolgte, obwohl die damals bekannte Finanzlage des Landes erheblich schlechter war als heute. Um so mehr ist diese Zusage jetzt einzuhalten!

Der Vorstand der SGK Schleswig-Holstein beschließt:

1. Aufgrund der Ergebnisse der Steuerschätzung, nach denen das Land in den Jahren 2006 bis 2009 über Steuermehreinnahmen in Höhe von 829,9 Mio. € gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung verfügen wird, ist die Geschäftsgrundlage des Landes für den vorgesehenen Eingriff in die kommunale Finanzausstattung entfallen. Die SGK Schleswig-Holstein lehnt den Eingriff daher als unbegründet ab.

2. Das Land wird aufgefordert, vorrangig alle eigenen Einsparmöglichkeiten wahrzunehmen. Die nach der Kabinettsklausur am 24.5.2006 vorgestellten Beispiele für Einsparungen in den Etats der Fachministerien sind nicht ausreichend. Die Haushaltslage des Landes erfordert strukturelle Maßnahmen, zu denen die Aufgabenreduzierung und daraus folgend ein Personalabbau gehören. Die Landesregierung wird aufgefordert, sowohl die Vorschläge aus den aktuellen Bemerkungen des Landesrechnungshofes als auch die Ergebnisse des Seitz-Gutachtens zum Abbau der Landesverwaltung umzusetzen. Nur so kann der Landeshaushalt dauerhaft und nachhaltig konsolidiert werden.

3. Dem Eingriff in die kommunale Finanzausstattung dürfen nicht die zu erwartenden eigenen Steuermehreinnahmen der Kommunen als Entlastungen gegenübergestellt werden, weil zum einen das Land selbst über erhebliche Steuermehreinnahmen verfügen wird und zum anderen die Mehreinnahmen der Kommunen bei der Gewerbesteuer gewolltes Ergebnis der letzten Gemeindefinanzreform sind. Diese sollten vor allem für den Ausbau der Kinderbetreuung verwendet werden.

4. Die Kommunen verschließen nicht die Augen vor der angespannten Finanzlage des Landes. Eingriffe in die kommunale Finanzausstattung dürfen aber nur mit einem zeitgleichen finanziellen Ausgleich für die Kommunen erfolgen. Diese müssen durch Kostenfolgenabschätzungen nachvollziehbar begründet sein.

Die SGK Schleswig-Holstein fordert die Delegierten des SPD-Landesparteitages am 16. Juni 2006 auf, den vorgesehenen Eingriff in die Kommunalfinanzen abzulehnen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.06.2006, 08:28 Uhr - 963 Clicks - Nr. 362

Kietzer zu drei Jahren Volquartz (CDU):

"Kaum Erfolge, aber ein völlig ungeordnetes Haus."

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt:

"Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) kann kaum Erfolge für Kiel aufweisen. Ihre ständigen Hinweise auf CITTI-Park und Voith gehen ins Leere. Das wirtschaftliche Engagement und die Bereitschaft zum Risiko der örtlich bekannten Herren Lütje und Krey kann sie natürlich nicht für sich verbuchen. Ihre immer wieder stattfindenden Workshops, die keine Zielsetzung haben und keine Ergebnisse vorweisen können, haben in der Wirtschaft deutlich zum Verdruss geführt, da gerade Wirtschaftsleute kein Verständnis und keine Zeit für derlei ziellose Veranstaltungen haben.

Ihre tagtäglichen Briefe an Ministerpräsident Carstensen gehen immer an den zuständigen Ansprechpartnern vorbei, was zu den blamablen Ergebnissen der "Zusagen", wie beim Ausbau Holteinstadion oder der Errichtung der Berufsbildungszentren, führt.

Ihr Taktieren mit Oschmann von den Grünen führte zu der Einstellung der Ausbaupläne Flughafen, wobei dafür 22 Mio. € vorgesehen waren. Aus den gleichen taktischen Gründen forcierte sie den sogenannten Schienenflieger, obwohl der 700 Mio. € kosten sollte. Glücklicherweise hat der Wirtschaftsminister diesen totalen Irrweg rechtzeitig gestoppt.

Dass die Gewerbesteuer eine unstete Größe ist, wissen wir alle; wenn sie zurück geht, hat Frau Volquartz (CDU) keine Schuld, aber ebenso ist es auch nicht ihr Verdienst, wenn sie besser sprudelt. Haushaltserfolge kann sie nicht vorweisen. Echte Aufgabenkritik hat bisher nicht stattgefunden, wie auch das Rechnungsprüfungsamt bestätigt hat. Im Gegenteil stellen wir fest, dass immer mehr teures unbefristetes Personal in der richtig hohen Preisklasse, trotz Eckwertebeschluss und Einstellungsstopp, eingestellt wird. Die Anstellung der Geschäftsführer bei dem Eigenbetrieb Beteiligungen wird sich als die allertuerste Lösung herausstellen, gepaart mit der Tatsache, dass - wie von uns prognostiziert - der Eigenbetrieb in der jetzigen Form ein Flopp ist.

Der Umgang mit Personal und die Entscheidungen zu Kündigungen und/oder Versetzungen der Mitarbeiter/innen (bis zur Vorzimmerdame des Oberbürgermeisterbüros) sind kaum sachlich, sondern fast immer persönlich begründet.

Der Satz in der Antrittsrede der Oberbürgermeisterin, sie sei eine Teamspielerin, hatte nur bis zum nächsten Tag Bestand.

Die gesamte Verwaltung kommt inzwischen einem Verschiebebahnhof gleich und dementsprechend ist die Arbeit. Unendlich viele Vorlagen oder Geschäftliche Mitteilungen werden bis zwei Stunden vor der Sitzung überarbeitet, verändert oder zurückgezogen. Die Rechtssicherheit solcher Vorlagen müssen wir immer häufiger in der Sitzung hinterfragen oder direkt unsere Bedenken zu Protokoll geben. In der letzten Ratssitzung mussten wir die Vorlage zum ärztlichen Bereitschaftsdienst, die der Dezernent wegen Einspruchs von Frau Volquartz (CDU) nicht einbringen durfte, als Ratsversammlung übernehmen, um sie auf die Tagesordnung zu bekommen und zu beschließen."

Kietzer: "Das Haus ist in Unordnung und meine bereits früher gestellte Frage nach der Qualität der Arbeit der Verwaltungsspitze stellt sich immer drängender."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.06.2006, 09:22 Uhr - 1272 Clicks - Nr. 363

Lietzow und Langfeldt zu Mitarbeitern/innen im Freizeitbereich:

"Pädagogische Angebote gesichert - Massenkündigung abgewehrt!"

Die personalpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Ingrid Lietzow und die jugendpolitische Sprecherin Gesa Langfeldt erklären zur Rücknahme der Kündigungen für pädagogische Mitarbeiter durch die Stadt:

"Die SPD-Ratsfraktion gratuliert den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ganztagschulen und in Freizeiteinrichtungen zu dem Erfolg. Wir freuen uns mit den Kindern und den Familien, die auch in der Zukunft davon ausgehen können, dass städtische Beschäftigte eine gute freizeitpädagogische Betreuung, zum Beispiel in Ganztagschulen, sichergestellt ist.

Mit Befriedigung stellen wir fest, dass sich der Sozialdezernent mit dem Vorstoß zu einer Massenkündigung von tariflich Beschäftigten hin zu Scheinselbständigen nicht durchsetzen konnte."

Keine Kommentare

Sönke Rix zu den Plänen zur Haushaltskonsolidierung

Zähneknirschende Zustimmung der SPD Rendsburg-Eckernförde zu den Plänen zur Haushaltskonsolidierung des Landes – SPD Rendsburg-Eckernförde für Kompromiss
Der SPD-Kreisvorstand Rendsburg-Eckernförde hat auf seiner Klausursitzung am 10. Juni 2006 im Nordkolleg in Rendsburg beschlossen, den Plänen der Landesregierung zur Haushaltskonsolidierung beim bevorstehenden Parteitag am 16. Juni zuzustimmen. „Die massiven Eingriffe in den Kommunalen Finanzausgleich sind zwar sehr schmerzlich für die Kommunen, können aber durch erhebliche Einsparungen und höhere prognostizierte Steuereinnahmen abgemildert werden“, sagte Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Sönke Rix. „Deshalb können wir zähneknirschend zustimmen. Allerdings werden wir auf einer Änderung des Leitantes des Landesvorstands für den SPD-Parteitag bestehen, worin festgeschrieben werden muss, dass 50 Prozent der Mehreinnahmen aus dem prognostizierten Steuereinkommen als Konsolidierungsbeitrag den Kommunen zugute geschrieben wird. Wir halten es für unabdingbar, eine Haushaltsnotlage des Landes zu vermeiden, die auch massive und sehr negative Auswirkungen auf die Kommunen hätte.“ Ferner soll geklärt werden, welche Maßnahmen konkret zu einer Kompensation für die Kommunen beitragen.

Weitere Änderungen des Koalitionsvertrages lehnt die SPD Rendsburg-Eckernförde ab. Dies betrifft vor allem die von der CDU diskutierten Absenkungen der Kita-Standards, Einführung von Studiengebühren, Einschränkung der Lehr- und Lernmittelfreiheit, Privatisierung der Uniklinika, substantielle Veränderungen im Bereich des Naturschutzes, weitere Einschränkungen der kommunalen Gleichstellungsarbeit oder auch eine Verlängerung der Restlaufzeit der Atomkraftwerke.

Weiterhin hat der Kreisvorstand den Bericht des Kreistagsabgeordneten und Umwelt- und Bauausschussvorsitzenden Kai Dolgner zur geplanten Nordumfahrung in Rendsburg entgegengenommen. Der Kreisvorstand stellte fest, dass die Variante 1 Nord ohne Anbindung, für die auch die SPD-Kreistagsfraktion votiert hatte, von den Beschlüssen des Kreisvorstandes gedeckt wird. Bei aller Problematik der Lärmbelastung der Ortschaften und ökologischen Auswirkungen, sei sie die umweltfreundlichste Streckenführung und die nächstgelegene geschlossene Siedlung liege erst in 800 Meter Entfernung.

Der Kreisvorstand wird den Genossinnen und Genossen der SPD Rendsburg-Eckernförde die Möglichkeit eröffnen, sich intensiv an der Debatte zum neuen Grundsatzprogramm der SPD zu beteiligen. Beschlossen wurde deshalb, im Herbst 2006 öffentliche Diskussions-Foren in den vier Wahlkreisen des Kreises zum Grundsatzprogramm zu veranstalten. Die Ergebnisse dieser Diskussionen werden in die weitere Debatte der Partei eingespeist.

Keine Kommentare

MdL Günter Neugebauer: Enttäuscht über Fahrplangestaltung der DB-Fernverkehr AG

„Bei genauerer Betrachtung der Fahrpläne für den Fernverkehr zum Fahrplanwechsel 28. Mai 2006 gab es für viele Fahrgäste mancherlei negative Überraschungen“, so der SPD-Landtagsabgeordnete

Günter Neugebauer, „besonders die Verbindungen aus dem und in den Landesteil Schleswig zum ICE-Fernverkehr haben negative Auswirkungen erfahren.“

Eine Anfrage bei der LVS Schleswig–Holstein (Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH) hat ergeben, dass durch die Inbetriebnahme des Nord-Süd-Tunnels in Berlin zahlreiche Fahrplanänderungen im Fernverkehr von und nach Berlin erfolgt sind. Dies hat natürlich auch Einfluss auf die Anschlüsse an die ICE-Verbindungen in Hamburg in Richtung Frankfurt/M./Basel und in Richtung Neumünster/Kiel. Besonders betroffen sind die sogenannten Tagesrandzeiten.

Neugebauer sieht darin eine weitere Benachteiligung des Schienenpersonenverkehrs für das Land Schleswig–Holstein. Besonders negativ betroffen sind die nördlichen Landesteile in den Regionen Kiel/Schleswig und Flensburg, sowohl im Geschäftsreiseverkehr als auch im privaten Reiseverkehr.

Neugebauer fordert die DB-Fernverkehr AG auf, durch den Einsatz zusätzlicher Züge zwischen Neumünster und Hamburg die zum 28. Mai entstandenen Benachteiligungen auszugleichen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.06.2006, 08:43 Uhr - 1348 Clicks - Nr. 366

Stadelmann zum Getränkeverkauf auf der "Kieler Woche 2006":

"Mehr Jugendschutz beim Getränkeverkauf"

Zur in der Sitzung des Innen- und Umweltausschusses am 13. Juni 2006 bekundeten Haltung der Oberbürgermeisterin im Zusammenhang mit der Genehmigung zum Verkauf alkoholischer Getränke an Verkaufsständen der "Kieler Woche" erklärt Ratsherr Falk Stadelmann (SPD):

"So groß die Freude auf die Kieler Woche ist, so umsichtig muss die öffentliche Hand den unliebsamen Nebenerscheinungen solcher Volksfeste entgegenwirken. Alkoholmissbrauch - gerade von Kindern und Jugendlichen - gilt es abzuwehren.

Dies darf nicht nur durch den lobenswerten Einsatz von Jugendschutzstreifen geschehen. Die Oberbürgermeisterin - als zuständige Ordnungsbehörde - kann darauf auch Einfluss nehmen, wenn sie die Erteilung einer Genehmigung für einen Getränkeverkaufsstand auf der Kieler Woche davon abhängig macht, dass am selben Stand mindestens ein nichtalkoholisches Getränk nicht teurer verabreicht wird als das billigste alkoholische Getränk.

Dies will sie offenbar nicht. Vielmehr hält sie es für ausreichend - so lässt sie durch den zuständigen Stadtrat mitteilen -, wenn jedenfalls irgendwo in der Nähe eines Bierausschankes irgendein anderer Gewerbetreibender ein nichtalkoholisches Getränk billiger verkauft.

Diese Verwaltungspraxis steht nicht nur im Widerspruch zu den Gesetzen. Es stellt auch eine Gefährdung der Verkehrssicherheit durch Alkoholisierte dar und verzerrt den Wettbewerb unter den Standbesitzern zum Nachteil derer, die sich gesetzestreu verhalten. Und schließlich: Es ist in keinsten Weise jugendschützend und damit kinderunfreundlich.

Die Oberbürgermeisterin entlarvt sich wieder einmal selbst: Das große Wort der "Kinderfreundlichkeit" im Munde führen und den Jugendschutz, wenn es drauf ankommt, mit den Füßen treten!

Keine Kommentare

Kietzer zum Medienstaatsvertrag:

"Neue Missverständnisse zwischen Frau Volquartz (CDU) und dem Ministerpräsidenten?"

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu der Äußerung von Ministerpräsident Carstensen (CDU) in Zusammenhang mit der Standortverlagerung der Landesmedienanstalt "Kiel hat in der Diskussion keine Rolle gespielt":

"Meine Kleine Anfrage in der Ratsversammlung am 08. Juni zur Landesmedienanstalt wurde von der Oberbürgermeisterin nicht beantwortet (siehe unten). Nach der gestrigen Äußerung des Ministerpräsidenten stellt sich heute die deutlich Frage nach dem Einsatz von Frau Volquartz (CDU) für Kiel.

Hat sie überhaupt für Kiel als Standort der Landesmedienanstalt gekämpft und wann und in welchem Umfang haben die "zahlreichen" Gespräche mit der Landesregierung zur Landesmedienanstalt stattgefunden?

Bis heute legte Frau Volquartz (CDU) keine konkreten Gesprächsdaten offen oder Protokollnotizen vor."

Kleine Anfrage zur Ratsversammlung am 08.06.2006

Landesmedienanstalt

1. Wann hat die Oberbürgermeisterin erfahren, dass Kiel als Standort der Landesmedienanstalt Schleswig-Holstein aufgegeben wird?

2. Was hat die Oberbürgermeisterin im Detail unternommen, um die Landesmedienanstalt Schleswig-Holstein am Standort Kiel zu erhalten?

3. Wann geschahen die Unternehmungen zu Frage 2?

Antworten auf die Kleine Anfrage

Die zur Sitzung der Ratsversammlung am 08.06.2006 gestellte Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Antwort zu Frage 1:

Die Entscheidung für die Aufgabe des Standortes ist noch nicht gefallen, der Medienstaatsvertrag ist noch nicht unterschrieben. Im Juni wird sich das Landeskabinett mit der Frage beschäftigen.

Antwort zu Frage 2:

Die Oberbürgermeisterin hat sich seit mehreren Monaten in zahlreichen Gesprächen mit der Landesregierung für den Erhalt in Kiel eingesetzt.

Antwort zu Frage 3:

Siehe Antwort zu Frage zwei.

**Angelika Volquartz
Oberbürgermeisterin**

Keine Kommentare

Konstruktives Engagement sehr willkommen!

Kiel, 14.06.2006, Nr.: 119/2006 Jürgen Weber: Konstruktives Engagement sehr willkommen! Mit Zustimmung hat der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, auf die Aktionen der Mitglieder der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel reagiert, die von den Hochschulgremien ebenso wie vom Allgemeinen Studierenden Ausschuss (AStA) getragen werden. Weber verwies darauf, dass der Hochschulgesetzentwurf bisher noch nicht vom Kabinett beschlossen und dem Parlament zugeleitet worden sei.

Es gebe daher nach dem Anhörungsverfahren des Wissenschaftsministeriums für den Referentenentwurf im Herbst ein weiteres Anhörungsverfahren des Landtages auf der Grundlage des Kabinettsentwurfes. „Die SPD bleibt unverändert bei ihrer Beschlusslage, dass wir aus sozialpolitischen ebenso wie aus bildungspolitischen Gründen für die Gebührenfreiheit des Erststudiums eintreten, zumal es immer deutlicher wird, dass die Advokaten von Studiengebühren von ihren ursprünglichen Zusagen, die Gebühren sollten ausschließlich für die Verbesserung der Lehre verwendet werden, immer weiter abrücken und sie in den Zusammenhang mit der Haushaltssanierung stellen. Dafür werden wir nicht die Hand heben!“ Die Konstruktion von Wissenschaftsminister Austermann, einen gemeinsamen Universitätsrat für die Universitäten in Kiel, Flensburg und Lübeck zu bilden, ist vor einigen Monaten von Vertretern aller Rektorate als „kleineres Übel“ im Grundsatz akzeptiert worden. Die SPD sei nicht grundsätzlich gegen gemeinsame Gremien der drei Universitäten und ggf. weiterer Hochschulen. Bedingung sei aber eine Sicherung qualifizierter hochschulinterner Mitbestimmung, vor allem in allen Budget- und Personalfragen. „Die SPD wird alles unterstützen, was zu einem effizienteren Mitteleinsatz beiträgt, lehnt aber eine einseitige Ausrichtung der Hochschule an externen wirtschaftlichen Interessen ab.“

Keine Kommentare

OV Glücksburg belegt 2. Platz

Beim diesjährigen Pokalschießen der Glücksburgischen Friedrichsgarde von 1801 belegte die Mannschaft des Ortsvereins Glücksburg bestehend aus Rolf Glawischnig, Klaus-Dieter Schmidt, Alexander Ebel und Hermann Jobben den zweiten Platz in der Gesamtwertung der beteiligten Vereine, Verbände und Institutionen.

Insgesamt waren 28 Mannschaften, davon neun Damenmannschaften am Start.

Sieger war die Mannschaft der Freiwilligen Feuerwehr Glücksburg.

Bei den Damen siegte die Mannschaft des Kegelclubs " Alle Neune " aus Glücksburg.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion unterstützt Regionales Bildungszentrum (RBZ)

Die SPD-Ratsfraktion informierte sich bei einem Besuch bei den Gewerblich Beruflichen Schulen über das Projekt „Regionales Bildungszentrum“. Schulleiter Hartmut Maume stellte in einem kurzen

Referat das Projekt vor, das ein erstes, ausgesprochen positives Ergebnis in der Verleihung des Innovationspreises des Bundesinstitutes für Berufliche Bildung (BIBB) für die duale berufsbegleitende Weiterbildung zum Techniker Mechatronik aufzuweisen hat.

In der anschließenden Diskussion konnten noch einige offene Fragen geklärt werden, so dass sich die SPD-Fraktion vom positiven Ergebnis der Erprobungsphase RBZ überzeugen konnte.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Regina Porath stellte abschließend fest:

„Das Regionale Bildungszentrum ist eine hervorragende Einrichtung in der Bildungsstadt Flensburg und wird auch bei seiner weiteren Entwicklung die Unterstützung der SPD-Ratsfraktion erhalten.“

Weitere Auskünfte: Kai List, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion

Christian Reimer
Pressesprecher

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 16.06.2006, 13:46 Uhr - 2419 Clicks - Nr. 371

SPD und SSW einig: Stadtratstelle soll ausgeschrieben werden.

In der Diskussion um eine Wiederbesetzung der Stadtratstelle nach dem Ausscheiden von Dr. Rainer Heinz haben sich die Ratsfraktionen von SPD und SSW geeinigt. Die Stelle soll wiederbesetzt werden und dazu ist eine entsprechende Ausschreibung erforderlich.

Mit dieser Position gehen die beiden Fraktionen in die Entscheidungsgremien der Stadt.

„Gerade in Zeiten besonderer finanzpolitischer Herausforderungen für die Stadt Flensburg ist es auch weiterhin geboten, eine starke Verwaltungsspitze zu haben. Auf drei Paar Schultern ist die Last besser verteilt. Über eine Ausschreibung wollen wir die beste Person für dieses Amt finden“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Helgert.

Christian Reimer
Pressesprecher

Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 16.06.2006, 14:35 Uhr - 2142 Clicks - Nr. 372

Jahreshauptversammlung 2006 des SPD Ortsvereins Mildstedt-Rosendahl.

Zu Beginn der Versammlung bedankte sich der 1. Vorsitzende Rudolf Knipfer für die über das letzte Jahr geleistete Arbeit. Besonderen Dank sprach er unserem Bürgermeister Klaus Hinrichs aus, der mit seiner ganzen Person mit großem Einsatz die Geschicke unserer Gemeinde leitet. So konnten wir ihm

für 40 Jahre Arbeit als Gemeindevertreter in unserer OV-Zeitschrift sowie im Internet danken. Die allgemeine Lage der SPD wurde thematisiert. Anschließend ging er auf die reine Parteiarbeit ein, die sich im Wesentlichen nicht verändert hat, und stellte die Mitgliederbewegung dar. Die dringend notwendige Werbung von neuen Mitgliedern wurde thematisiert.

In der reinen Parteiarbeit hat es keine größeren Veränderungen gegeben. Der Vorstand tagt weiterhin in der Regel jeden letzten Montag im Monat, alle Sitzungen des Vorstandes und der Fraktion sind parteiöffentlich.

Zum Schluss seiner Ausführungen wurden die Aktivitäten des Ortsvereins dargestellt:

Im abgelaufenen Jahr haben wir:

- Regelmäßig unsere OV-Zeitschrift herausgegeben (Weihnachtsausgabe = 100.)
- Im Februar eine MV mit Grünkohlessen durchgeführt; Schwerpunkt mögliche zukünftige Schulentwicklung
- Im Februar Heide Simonis und Gerhard Schröder in der Husumer Messehalle besucht
- Im Februar Landtags- und Landratswahlen organisiert
- Im März mit einer Mannschaft am Bürgermeisterpokalschießen teilgenommen
- Im Juni unsere ganztägige Radtour mit Grillen auf Föhr durchgeführt
- Im September die vorgezogene Bundestagswahl gestaltet (Mildstedt: 1. Stimmen = 47,4%; 2. Stimmen = 42,3%)
- Im November unser Mitgliederlotto veranstaltet
- Seit September arbeiten wir an der Kommunalwahl 2008
- Im Dezember/Januar konnten wir Tesi Clausen und Hanne Henkens für 60 Jahre Mitgliedschaft danken

In diesem diesem Jahr:

- Seit Januar arbeit an der neuen Satzung (wg. Änderung des Orgstatutes)
- Im Februar eine MV mit Grünkohlessen durchgeführt
- Im März mit einer Mannschaft am Bürgermeisterpokalschießen teilgenommen (diesesmal einen guten 5. Platz erreicht)
- Internetauftritt weiter verbessert

Monika Knipfer berichtete als Vorsitzende der SPD Fraktion über die Fraktionsarbeit seit der letzten JHV:

Bei letzter JHV in Arbeit:

- Weitere Verbesserungen im NER; Übergabe NER, mit kleiner Feier, an die Öffentlichkeit
- Weitere vier ha Nadelwald in Mischwald umgewandelt
- Reparatur der Heizungsanlage im Rentnerwohnheim „Am Dornbusch“
- Schadensersatzverfahren wg. des 5. Tennisplatzes für die Gemeinde positiv ausgegangen

Weiterhin durchgeführt:

- Umweltpreis 2005 an das Ehepaar Lebens
- Fenstererneuerung im Ev. Kindergarten
- Rückbau der Einfädelungsspuren an der Ostenfelder Landstraße (Baumtor ist inzwischen angepflanzt)
- Dacherneuerung Wohn- und Sozialgebäude am Bauhof
- Endgültiges Ausscheiden aus den Feuerwehrverbund des Amtes (Gemeinde erhält als Ausgleichszahlung 27.000,-- €)
- Antrag auf Überprüfung der Strommasten

- B-Plan 18 beschlossen; B-Plan 19 zurückgestellt (fehlende Zustimmung der Landesplanung)

Zurzeit in Arbeit:

- Ämterzusammenlegung (Treene mit Friedrichstadt)
- Kinderbetreuung der unter Dreijährigen
- Erneuerung der Straßendecken (Old Dörp, Schulweg und Karlshagener Weg)
- Geforderte Anpassung (Erhöhung) der Realsteuerhebesätze
- Neues Feuerwehrauto
- Sanierung der Notbeleuchtung in der Turnhalle
- Klassenräume werden neu gestrichen
- Umbesetzung von Ausschüssen; Nachbesetzung GV

Als KPA-Delegierter berichtet R. Knipfer über 4 Versammlungen, wo es um die Vorbereitung der Wahlkreis Konferenzen, die finanzielle Situation des KV, um Vorstandswahlen, die Neuorganisation des Kreisverbandes und die Verwaltungsstrukturreform ging.

In der Aussprache über die Berichte wurde das Schulsystem thematisiert. Bgm. Hinrichs berichtete über die Veränderungen im Schulwesen ab 2007 (freie Schulwahl) und über den Stand der Ämterreform.

Folgende Ehrungen wurden bekannt gegeben:

50 Jahre: Harro Clausen
40 Jahre: Friedrich Carstens
Walter Thomas Carstens
Uwe Rabe

R. Knipfer erläuterte die Notwendigkeit der erforderlichen Satzungsänderung. Die Änderungen wurden Ziffer für Ziffer durchgegangen, gegebenenfalls korrigiert und jeweils nach der Besprechung der einzelnen Ziffer mehrheitlich angenommen.

Turnusmäßig standen Teile des Vorstandes zur Wahl. Das Ergebnis der Wahlen ist der folgenden Übersicht zu entnehmen:

Stellvertr. Vors: Jürgen Gleitsmann
Stellvertr. Vors :Hans-Dieter Schulz

KassiererIn: Gabriela Schütt

Orgwart: Reinhard Taube

Delegierte auch für WK/WKV:

Johannes Henkens
Klaus Jahnz
Monika Knipfer
Hans-Dieter Schulz

Ersatz Delegierte:

Manfred Bredlau
Jürgen Gleitsmann
Rudolf Knipfer

Der Vorsitzende R. Knipfer bedankte sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 16.06.2006, 14:42 Uhr - 2115 Clicks - Nr. 373

SPD Mildstedt:Öffnung für Gastmitglieder!

Wer die Grundwerte der SPD anerkennt, kann ohne Mitglied der SPD zu werden, den Status eines Gastmitglieds erhalten. Gastmitglieder können an allen Mitgliederversammlungen der Partei teilnehmen. Sie haben dort Rede-, Antrags- und Personalvorschlagsrecht. Das Recht an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen sowie gewählten Gremien anzugehören ist für Gastmitglieder auf Projektgruppen beschränkt.

Der Antrag auf Gastmitgliedschaft ist schriftlich zu stellen, und mit der Anerkennung der Schiedsgerichtsbarkeit der Partei verbunden. Gastmitglieder zahlen zur Zeit einen Beitrag in Höhe von € 2,50/mtl.

Die Gastmitgliedschaft gilt für ein Jahr. Sie kann längstens um ein weiteres Jahr verlängert werden. Jugendliche können in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten die vollen Mitgliedsrechte wahrnehmen. Die Juso-Gastmitgliedschaft ist beitragsfrei. Sie gilt für zwei Jahre. Sie kann längstens um zwei weitere Jahre verlängert werden. Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in Gremien der Partei müssen Parteimitglied sein.

Die Mitarbeit von Nichtmitgliedern ist ausdrücklich erwünscht.

Die Gastmitgliederregelung soll die Schwelle zum endgültigen Parteieintritt absenken.

Dazu wird das Modellprojekt einer Juso-Mitgliedschaft mit Teilrechten auf die Gesamtpartei ausgeweitet. Die Gastmitgliedschaft ist befristet und an einen Mindestbeitrag gekoppelt. Der Mindestbeitrag dient (obwohl nicht kostendeckend) dazu, ein Mindestmaß an Verbindlichkeit herzustellen. Gastmitgliedern, die der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten angehören, sollen jedoch auch weiterhin keiner Beitragspflicht unterliegen. Das bei den Jusos bewährte Instrument der Beitragsfreiheit der Juso-Gastmitgliedschaft wird nicht angetastet werden. Die Beitragsfreiheit bezieht sich auf die Juso-Hauptzielgruppen (Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende, Studierende, etc.).

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 17.06.2006, 13:16 Uhr - 4648 Clicks - Nr. 374

Die Kieler SPD steht hinter der CAU

Die Kieler SPD unterstützt die Ziele der Kampagne „Für eine starke Kieler Uni, für eine starke Stadt, für ein starkes Land“ aller Gremien und der Studierendenschaft der Kieler Universität.



„Studiengebühren und Entdemokratisierung der Hochschulen sind mit der Kieler SPD nicht zu machen! Studiengebühren verschlechtern die Bildungschancen junger Menschen aus finanziell schwächeren Elternhäusern.

Die – hier viel zu weit geöffnete – Schere zwischen arm und reich muss aber geschlossen und darf nicht weiter geöffnet werden. Wir wollen die gleichen Bildungschancen für alle und die Gesellschaft braucht mehr Akademikerinnen und Akademiker, nicht weniger. Es ist äußerst bedauerlich, dass schwarz-grün unseren Antrag, an das Land gegen Studiengebühren zu appellieren, im Rat abgelehnt hat. Wir fordern die Oberbürgermeisterin und schwarz-grün auf, sich hier für die Studierenden und Hochschulen einzusetzen!

Die `Fernsteuerung´ der Hochschulen durch einen demokratisch sehr fragwürdig legitimierten Hochschulrat, wie Austermann ihn vorschlägt, ist Gift für den Wissenschaftsstandort Kiel und schränkt die Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden, Mitarbeiter und Professoren drastisch ein. Kiel ist eine Hochschulstadt! Wir stehen hinter den Studierenden und den Kieler Hochschulen, das haben wir in unserem `Neue Stärke!´-Beschluss deutlich gemacht.“

Erklärte der Vorsitzende der Kieler SPD und Landtagsabgeordnete Rolf Fischer.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 17.06.2006, 22:12 Uhr - 8229 Clicks - Nr. 375

Neuer AfA-Vorstand im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Auf einer Versammlung im Eckernförder Stadthallen-Restaurant wurde Anfang Juni 2006 ein neuer AfA-Kreisvorstand gewählt. In seiner Begrüßung betonte der Vorsitzende der Kreispartei und MdB Sönke Rix, wie wichtig die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen als Bindeglied zwischen der SPD und den Gewerkschaften für den Kreis Rendsburg-Eckernförde ist.

Der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler erklärte danach den Sinn und Zweck der AfA allgemein und im Besonderen deren wichtige Rolle hier in Schleswig-Holstein. Nur aktive Gewerkschafter innerhalb der SPD können der Partei das gewerkschaftliche Denken und Handeln näher bringen. Bei den anschließenden Wahlen wurde Helmut Ulbrand aus Kronshagen als Vorsitzender sowie Gerd Finke aus Gettorf zu seinem Stellvertreter einstimmig gewählt. Zu Beisitzern wählte die Versammlung einstimmig Thomas Hofmann, Frank Schischefsky und Michael Most.

Als ersten Arbeitsschwerpunkt will der neue Vorstand in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorsitzenden des DGB der Kern-Region, Ralf Müller-Beck, und weiteren interessierten Genossen aus dem Gewerkschaftsbereich sich und seine Vorstellungen der künftigen Zusammenarbeit darstellen.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 20.06.2006, 18:55 Uhr - 8772 Clicks - Nr. 376

Wald bleibt öffentliches Gut

Wald nicht verkaufen fordert die SPD-Kreistagsfraktion

Sie schaltet sich damit in die Diskussion über den Verkauf – es ist ja wohl eher eine Verschleuderung öffentlicher Flächen – ein. Der Wald dient der Erholung der Bevölkerung und nicht dem Vergnügen von Spekulanten.

Viele Areale werden kaum zu verkaufen sein. Es werden dann nur die „Sahnestücke“ verschleudert.

Was passiert mit dem Rest?

Für die exzellente Arbeit des Wildparks Trappenkamp gibt es dann wohl nicht mehr die erforderlichen

Areale.

Vielleicht möchte man ja einen Walt Disney Park anlegen. Warum sollte dann nicht auch die gute Waldluft gesondert zum Verkauf angeboten werden, wie es ja schon in Bayern passiert, wo für den Waldbesuch kräftig Eintritt verlangt wird?

Wir wollen solche bayerischen Verhältnisse nicht in Schleswig-Holstein!

Neben den Naturfreunden und Umweltverbänden ist auch die Jägerschaft von einem Verkauf betroffen. Das waldärmste Bundesland darf seine Flächen nicht verkaufen, sondern muss mit der Neuwaldbildung fortfahren.

Fraktionschef Wilken: „Nach einem Verkauf unserer Wälder kann ich meinen Enkeln nicht mehr im Wald die Naturvielfalt zeigen, dann bleiben nur noch Fernsehen und Internet als Ersatz übrig.“

Einen Vorteil sieht er bei einem Verkauf aber doch: „Die abgeblasene Präsidentenjagd im Segeberger Forst könnte dann endlich ungestört auf Privatflächen stattfinden“.

Wir wenden uns entschieden dagegen, dass die Staatsforste im Kreis Segeberg privatisiert werden.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 20.06.2006, 19:21 Uhr - 8843 Clicks - Nr. 377

SPD fordert strikte Beachtung der Demographischen Entwicklung

Heute säen um morgen erfolgreich ernten zu können, meint die SPD Kreistagsfraktion und fragt sich dabei, was aus unserem Kreis in der Zukunft werden soll, wenn man einmal die langfristige Entwicklung der Bevölkerung betrachtet.

Gerade im kommunalen Bereich beginnen sich die Auswirkungen des Demographischen Wandels niederzuschlagen. Viele Gemeinden diskutieren bereits jetzt kritisch die Entwicklung der Kindergärten. Soll man die Standards absenken, die Gruppen verkleinern oder vergrößern um der drohenden „Stilllegung“ zu entkommen? Die Jugendarbeit muss auf den Prüfstand gestellt werden. Neben diesen „weichen“ Faktoren stehen aber auch der Wohnungsbau und die technische Infrastruktur vor neuen Herausforderungen.

Der Ausweisung von Neubaugebieten auf Kosten einer Verödung der Ortskerne ist vorzubeugen. Was wird aus dem Wasser – Abwasserpreis, wenn die Einwohnerzahlen sinken, die Kunden weiter sparen, und für ihren sparsamen Verbrauch dann noch mit höheren Gebühren „belohnt“ werden? Jetzt gilt es die Chancen zu ergreifen, die der Ausbau der A20 und der A21 bieten. Auf der anderen Seite verhindert „schwarzer Sozialismus“ die Erweiterung vieler Betriebe, und wenn es auch nur mit Hilfe eines Trassenbandes geschieht, wie es z.B. in einer Stadt wie Bad Segeberg praktiziert wird.

Diese abzusehenden Probleme müssen heute schon nicht nur breit diskutiert werden, sondern es müssen umgehend Problemlösungen erarbeitet werden.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat die Situation erkannt und deshalb einen „Arbeitskreis Demographischer Wandel“ ins Leben gerufen, der die vielfältigen Themen – sie wurden bisher zumeist nur am Rande von Ausschusssitzungen behandelt - aufgreift, bearbeitet und Vorschläge erarbeiten soll. Die Federführung liegt bei Jürgen Sass – Olker. „Wir müssen endlich in die Hufe kommen, andere Kreise in Deutschland sind da schon viel früher aufgewacht und aktiv geworden“, stellt Sass – Olker kritisch fest.

Keine Kommentare

MdB Sönke Rix: Gesundheitsreform muss gerecht und solidarisch sein

Wie die meisten von uns gehofft haben und den Vorhersagen der meisten Experten folgend, bleibt die deutsche Fußballnationalmannschaft der Weltmeisterschaft über die Vorrunde hinaus erhalten. Durch die flächendeckende Berichterstattung über „König Fußball“ gerät aber auch einiges aus dem medialen Blickfeld.

Und weil die Presse nicht weiß, wo sie neben den Berichten über Jürgens Jungs noch die aktuelle Politik unterbringen soll, wird den Politikern allenthalben unterstellt, sie würde im Schatten des runden Leders im Verborgenen schlimme Dinge beschließen. Ob die Beschlüsse, die wir in den kommenden zwei Sitzungswochen hier in Berlin fassen, nun schlimm sind oder nicht, lasse ich einmal unkommentiert. Aber natürlich wird auch in Zeiten der Fußballweltmeisterschaft Politik gemacht. Wir sind nicht dafür gewählt worden, um im Büro am Fernseher zu sitzen.

Die große Koalition in Berlin verhandelt über die Finanzierung der Krankenversicherung und über Strukturreformen zur Begrenzung der Ausgaben im Gesundheitswesen. Hohe Erwartungen an eine nachhaltige und solidarische Reform begleiten die Gespräche.

Die schleswig-holsteinische SPD hat auf ihrem Landesparteitag in der letzten Woche - auch mit meiner Stimme - noch einmal bestärkt, was sie von einer Gesundheitsreform erwartet:

Wir fordern, dass auch im Rahmen der großen Koalition zentrale Elemente einer solidarischen Bürgerversicherung angestrebt und realisiert werden, vor allem:

Jede und jeder soll auch künftig im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen das erhalten, was medizinisch notwendig ist.

Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung beteiligen. Dabei sind alle Einkommensarten zu berücksichtigen.

Der Beitrag jedes Einzelnen soll sich nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Wer viel verdient, gesund oder jung ist, darf sich nicht der Solidarität in der Krankenversicherung entziehen. Wir wollen einen besseren Wettbewerb um gute Versorgungsangebote und keine "Rosinenpickerei". Die Qualität der Versorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger im Zentrum stehen. Eine Zwei-Klassen-Medizin, die Einkommensschwache vom Fortschritt in der Medizin ausschließt, kommt für uns nicht in Frage.

Ein fairer Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Kassen und die Erweiterung eines modernisierten Risikoausgleichs sind notwendig.

Dies sind Merkmale, an denen sich die Ergebnisse der Verhandlungsführer messen lassen müssen.

Mir ist klar, dass Eile geboten ist. Bei den Krankenkassen bauen sich schon wieder Defizite in einer erwarteten Höhe von 7 Milliarden Euro für das Jahr 2007 auf. Trotzdem warne ich vor übertriebener Hektik. Die Gesetze werden nicht von Expertengruppen und nicht von Koalitionsausschüssen beschlossen, sondern im Parlament von den Bundestagsabgeordneten. Sie müssen Sinn machen und in sich schlüssig sein oder besser abgelehnt werden. Nur eine gerechte, solidarische und nachhaltig angelegte Reform kann das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik und die Arbeit der großen Koalition stärken.

Keine Kommentare

Halbherzige Forderung nach neuem Bürgerschaftsausschuss

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„Die FDP bleibt leider auf halben Wege stehen. Sie springt mit ihrer Forderung nach einem zusätzlichen Bürgerschaftsausschuss zur „Haushaltskonsolidierung“ viel zu kurz. Die FDP schließt sich damit leider nur halbherzig der langjährigen Forderung der SPD nach einem Sonderausschuss mit Vertretern von Politik und wichtigen gesellschaftlichen Gruppen an.

Die in unserer Stadt vorhandene Fachkompetenz kann nach unserer Auffassung so erfolgreich gebündelt werden, um kurzfristig umzusetzende Vorschläge zur weiteren Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten.

Die Sanierung der städtischen Finanzen ist anders als FDP und CDU aus durchsichtigen parteitaktischen Gründen ständig wiederholen, nicht allein Aufgabe der Verwaltung, sondern vor allem der Politik.

Die schwierige Haushaltssituation der Hansestadt schließt durchsichtige Vorwürfe an die Adresse des Bürgermeisters und der Verwaltung aus.

Wir brauchen mutige Entscheidungen der Politik und nicht endlose Diskussionen zwischen Politik und Verwaltung.“

Keine Kommentare

Forderung der EU-Kommission nach Landstrom

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Jörg Hundertmark erklärt:

„Der politische Flankenschutz aus Brüssel für das Projekt einer landseitigen Stromversorgung für Seeschiffe während des Hafenumschlages ist ein wichtiger Schritt vorwärts. Die jahrelangen Bemühungen der Stadtwerke Lübeck, die für das Vorhaben federführend sind, tragen damit endlich Früchte. Die Initiative der EU weist den richtigen Weg. Bei einer isolierten Lübecker Lösung würde eine Abwanderung von Kunden im großen Stil drohen.

Die SPD fordert seit langem, mit den anderen Ostseehäfen einheitliche technische Standards zu vereinbaren und damit die technischen und ökonomischen Voraussetzungen für eine umweltschonende landseitige Stromversorgung während der Liegezeiten der Schiffe zu schaffen. Wir haben deshalb bereits 1998 entsprechende Anträge in die Bürgerschaft eingebracht.

Den neuen Schwung aus Brüssel gilt es für den Abschluss von zukunftsweisenden Vereinbarungen mit Lübecks Partnerhäfen zu nutzen.

Nur so kann für Travemünde bei der von allen Seiten gewollten Zunahme des Fährverkehrs der Status als Seeheilbad langfristig gesichert werden.“

Keine Kommentare

Absage des Bürgermeisters an Gespräche über Verkauf der Trave

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt erklärt:

„Die FDP versucht sich parteipolitisch als Maklerpartei zu profilieren. Sie schürt dadurch wieder Ängste der Mieterinnen und Mieter bei der Trave.

Mit ihrer Forderung nach Aufnahme von „unverbindlichen“ Gesprächen will die FDP einer vollständigen Privatisierung des städtischen Wohnungsbestandes und einer unkontrollierten Spekulation Tür und Tor öffnen.

Dabei, ein Blick ins Internet genügt um den Vorstoß der FDP als mehr als abenteuerlich zu entlarven.

Die von der FDP als ein möglicher Interessent für den städtischen Wohnungsbestand ins Gespräch gebrachten G+U Beratungsgesellschaft ist als Entwickler, Berater und Makler tätig.

Sie bietet Grundstücke zum schlüsselfertigen Bau von Einzelhandelsunternehmen, Ladenflächen zur Anmietung, von Wohnanlagen und Seniorenimmobilien an

Die Erfahrung andernorts zeigen auch, dass eine zur Beruhigung der Mieter zwischen öffentlicher Hand und privatem Erwerber vereinbarte Sozialcharta keinen wirksamen Schutz vor einer Umwandlung in Eigentumswohnungen, Kündigungen und Mieterhöhungen bietet.

Mit der SPD ist eine Privatisierung der Grundgesellschaft Trave nicht zu machen.“

Keine Kommentare

Wenig Neues vom Lübecker CDU-Vorsitzenden

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Peter Reinhardt und der Kreisvorsitzende der Lübecker SPD Wolfgang Baasch erklären :

„Das von Sauter behutsam angedeutete Umdenken der Lübecker CDU bei der von der Landesregierung seit langem zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt angemahnten Fremdenverkehrsabgabe war überfällig. Weitere in die Zukunft gerichtete Vorschläge sind leider Fehlanzeige.

Sauter und die CDU machen es sich viel zu einfach, wenn sie bei der Umsetzung der Sparvorgaben der Bürgerschaft den „Schwarzen Peter“ an den Bürgermeister weiter reichen wollen. Die CDU hat die Mehrheit in der Bürgerschaft und muss sich deshalb der Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern auch stellen.

Sauter wirft bewusst Nebelkerzen. Er versucht von dem nicht zu leugnenden fehlenden eigenen Gestaltungswillen und der täglich zu spürenden Konzeptionslosigkeit abzulenken, wenn er der Lübecker SPD nur noch Abwehrschlachten vorwirft“, so Reinhardt.

Beispielhaft sind unsere zukunftsgerichteten Initiativen, wie

- die Entsorgungsbetriebe in eine Anstalt öffentlichen Rechtes umzuwandeln,
- die Lübecker Forsten in einen Eigenbetrieb zu überführen,
- eine gerechte Lösung für die von der Schließung des Schlachthofes betroffenen städtischen Beschäftigten zu finden,
- den Verkauf des Grünstrandes in Travemünde

„Sauter verschweigt beredt die schweren Niederlagen der Lübecker CDU bei den Wahlen für Bundes- und Landtag und bei der zweiten Direktwahl des Lübecker Bürgermeisters.

Die Lübecker SPD wird nach der Sommerpause eine breit angelegte Gesprächs- und Informationsoffensive mit den Stadtteilen und mit allen wichtigen gesellschaftlichen Kräften in der Stadt starten.

Die begonnene personelle Verjüngung und die Schärfung des Kommunalpolitischen Profils werden die Arbeit der Lübecker SPD in den kommenden Wochen und Monaten bestimmen und zusätzlichen Schub für die Kommunalwahl 2008 geben.

Die Messe für die nächste Kommunalwahl ist noch nicht gesungen. Die Chancen der SPD sind sehr gut, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen und 2008 als stärkste Fraktion in die Bürgerschaft einzuziehen“, so Baasch abschließend.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 23.06.2006, 09:21 Uhr - 2780 Clicks - Nr. 383

Kiel muss Standort für das Schiffsregister werden

Zur bevorstehenden Entscheidung der Landesregierung über den Standort für das Schiffsregister Schleswig-Holstein erklärt der Kieler Abgeordnete Rolf Fischer in einem Brief an Justizminister Döring: Der Standort für das Schiffsregister für Schleswig-Holstein muss Kiel werden. Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, die fünf Schiffsregister-Standorte auf einen Standort zu konzentrieren, kann nur die Landeshauptstadt dafür in Frage kommen.

Dafür gibt es drei zentrale Gründe:

- Kiel und die KERN-Region sind das profilierte Zentrum maritimer Wirtschaft und internationaler Schifffahrt,
- das maritime Cluster ist das ausgeprägte Profil dieser Region,
- mit dem Amtsgericht Kiel ist ein in jeder Beziehung geeigneter Standort gefunden; hier sind Kompetenzen in hoher fachlicher Hinsicht vorhanden.
- Kiel ist zudem der Werftenstandort Schleswig-Holsteins. Die Werften sind als Nutzer des Registers sehr daran interessiert, den Standort Kiel zu realisieren. Deshalb habe ich mich entschieden, den Minister auch öffentlich zu bitten, eine Entscheidung für Kiel zu treffen.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 23.06.2006, 12:16 Uhr - 1886 Clicks - Nr. 384

WM-Nachmittag bei der SPD-Stadtmitte

Das Achtelfinalspiel Deutschland gegen Schweden überträgt der SPD-Ortsverein Stadtmitte.

Auch das Achtelfinalspiel Deutschland gegen Schweden, am Samstag den 24.06.2006 überträgt der

SPD-Ortsverein Stadtmitte im SPD-Büro, Große Str. 69. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.
Einlaß ist um 16:30, Anstoß um 17:00.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 23.06.2006, 21:25 Uhr - 3258 Clicks - Nr. 385

Mindestlohn

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zum Mindestlohn
Lösungen aus gewerkschaftlicher Sicht
18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB
Die Delegierten des 18. Ordentlichen Bundeskongresses
sehen in der bisher ungebremsten Ausweitung des Niedriglohnsektors
eine große Gefahr für die Arbeitsbedingungen
der Beschäftigten, die Einkommens- und Beschäftigungssituation
sowie die Lage der öffentlichen
Haushalte. Die in der Politik geführte Diskussion um eine
weitere Absenkung des ALG II-Niveaus gehen in die falsche
Richtung: Sie machen Druck auf die Einkommen
von Arbeitslosen und Beschäftigten. Dadurch können die
Probleme der Massenarbeitslosigkeit keinesfalls gelöst
werden. Im Gegenteil: Bei einer flächendeckenden Ausweitung
des Niedriglohnsektors ist mit einem weiteren
Verlust an Binnenkaufkraft zu rechnen. Dies wirkt sich
wiederum negativ auf die Beschäftigungssituation vor allem
für Dienstleistungen und Inlandsproduktionen sowie
die Einnahmen des Staatshaushaltes aus. Deshalb muss
der Niedriglohnsektor deutlich eingedämmt, seine Verfestigung
vermieden und seine negativen Rückwirkungen
auf die Beschäftigungs-, Finanz- und Einkommenssituation
ausgeschlossen werden.

Maßnahmen:

Von der Arbeit muss man leben können!

Um Armutslöhne zu bekämpfen, sind tarifvertragliche
Lösungen vorzuziehen und durch gesetzliche Maßnahmen
abzusichern.

Der DGB fordert eine gesetzliche Regelung, die ein
branchenbezogenes Mindestentgelt auf der Grundlage
von Tarifverträgen ermöglicht. Das jeweilige unterste
Tarifentgelt ist dafür die Grundlage und unterste Grenze,
die einen vom Gesetzgeber fixierten notwendigen
einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreiten
darf. Sollten Tarifentgelte unterhalb dieses
Niveaus liegen oder in der Branche keine Tarifverträge
greifen, gilt der gesetzliche Mindestlohn als unterste
Grenze. Als Einstieg sind dafür 7,50 € pro
Stunde vorzuschreiben. Die effektive Kontrolle und
Durchsetzung muss gewährleistet sein.
Zur Stärkung der Tarifautonomie und der Einführung gesetzlicher

Mindestentgelte gehören mindestens:

- Die Erleichterung der Voraussetzungen zur Erteilung der Allgemeinverbindlicherklärung.
- Die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche.
- Eine gesetzliche Regelung, die das unterste Tarifentgelt in der jeweiligen Branche als Mindestentgelt sichert.
- Die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns.

Spezifische Integrationsmaßnahmen statt Kombilohn zur Ausweitung des Niedriglohnsektors

Eine flächendeckende Einführung von Kombilöhnen zur Förderung und Ausweitung eines Niedriglohnsektors als beschäftigungspolitisches Instrument wird abgelehnt. Der DGB und seine Gewerkschaften unterstützen allerdings spezifische Kombinationen von Arbeitseinkommen und Transfereinkommen, um Langzeitarbeitslose und andere Personengruppen mit Problemen auf dem Arbeitsmarkt einzugliedern. Die Förderung dieser spezifischen Integrationsmaßnahmen muss so ausgestaltet sein, dass sie

sozial-, tarif- und beschäftigungspolitischen Zielen gerecht wird. Dies umfasst eine sozialversicherungspflichtige, auf tarifvertraglichem Niveau entlohnte Beschäftigung, die möglichst zu einer Dauerbeschäftigung führt und einen Weg aus dem Niedriglohnbereich eröffnet.

Gleichbehandlung von Mini- und Midijobs

Die Delegierten fordern bis auf eine Bagatellgrenze alle Arbeitsverhältnisse gleichbehandeln und dafür wirksamere Kontrollen ein- und durchführen lassen. In einem allerersten Schritt muss die Erhöhung der Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung bei Mini-Jobs auf den für reguläre Beschäftigung geltenden Satz erfolgen sowie die Überwälzung der Steuerlast auf den Arbeitnehmer unterbunden werden. Neben einer Hauptbeschäftigung ausgeübte Mini-Jobs sollen voll der Steuer- und Abgabepflicht unterliegen. Auch Midi-Jobs sind zukünftig steuer- und sozialversicherungsrechtlich mit „normalen“ Arbeitsverhältnissen gleichzusetzen.

Begründung:

Nach Antragsschluss wurde die politische Diskussion zur Klärung der Vorstellungen der Regierungsparteien zur Neugestaltung des Niedriglohnsektors intensiv aufgenommen.

Diese erfolgt derzeit noch in den Regierungsparteien getrennt. Der DGB und die Gewerkschaften sind in den Arbeitsgruppen beteiligt bzw. werden dort angehört. Eine politische Entscheidung ist im Herbst d.J. zu erwarten.

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten weitet sich insbesondere seit 1997 in Deutschland aus. Von den Beschäftigten in diesem Sektor haben ca. 70 % eine Berufsausbildung oder mindestens eine entsprechende Qualifikation. Lediglich 30 % der Niedriglöhner üben tatsächlich einfache Tätigkeiten aus. Der Anteil der Frauen

im Niedriglohnssektor beträgt ca. 75 %. Die Niedriglöhner sind zu fast zwei Dritteln älter als 30 Jahre. Dieser Belinitiativantrag Empfehlung der Antragsberatungskommission

18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB Seite 3 reich ist nicht durch die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern entstanden, denn sie sind nur mit einem Anteil von 9 % vertreten. Niedriglohnjobs sind instabil und nur von kurzer Dauer und damit einer langfristigen Integration in den Arbeitsmarkt abträglich. Die in diesem Bereich Beschäftigten verbleiben auch dort (Verfestigung). Ein Aufstieg in besser bezahlte Jobs ist kaum möglich (Niedriglohnfalle). Nur ein Drittel schaffte es, in der Zeit von 1996 bis 2001 in eine bessere Position aufzusteigen. Das sind viel weniger als im untersuchten Vergleichszeitraum davor.

Niedriglohn und die Kombination mit Sozialleistungen bzw. mit steuerlicher Subventionierung sind bereits Realität. Dies gilt für die Mini-Jobs ebenso wie für Hartz IV-Empfänger mit Erwerbseinkommen. So erzielten z.B. etwa 700.000 Haushalte von Hartz IV-Empfängern ein Erwerbseinkommen, das zur Deckung des gesellschaftlichen Existenzminimums nicht ausreicht. Mit den Hartz-Gesetzen wurden auch andere Kombi-Instrumente, wie das Einstiegsgehalt oder der Kinderzuschlag für Familien oder die Entgeltssicherung für ALG I-Empfänger (ältere Arbeitslose ab 50) bei Aufnahme einer geringer bezahlten neuen Stelle geschaffen. Zudem gibt es eine Fülle verschiedener Formen von Lohnkostenzuschüssen für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Arbeitslose sehr wohl bereit sind, niedrig bezahlte Beschäftigung anzunehmen; bereits die Einstellung gering Qualifizierter scheitert daran, dass sie von besser Qualifizierten verdrängt werden. Zudem sind Kombilöhne nicht finanzierbar, wie Berechnungen ergaben. Diese generelle Bewertung von Kombilöhnen basiert auf der Grundlage der bisher erfolgten, evaluierten Modellversuche, die nicht erfolgreich waren.

Die in Aussicht gestellten Beschäftigungswirkungen von Kombilöhnen sind nicht nachgewiesen. Es müssen zudem die zu erwartenden negativen Folgewirkungen für die Tarifpolitik und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten berücksichtigt werden: Arbeitgeber würden sich zunehmend auf die staatlichen Zuschüsse verlassen und ihr Lohnniveau entsprechend absenken. Tariflich entlohnte Arbeitsplätze würden mehr und mehr wegfallen. Drehtüreffekte wären die Folge.

In Deutschland werden die Arbeitsbedingungen von den Tarifparteien im Rahmen der Tarifautonomie gestaltet und dies hat sich bewährt. Gleichwohl gibt es auch in Deutschland in den letzten Jahren eine steigende Zahl

von so genannten prekären Beschäftigungsverhältnissen, die sich durch ein inakzeptables Einkommens- und Schutzniveau auszeichnen. Dies ist Anlass, nach Maßnahmen zu suchen in den Bereichen, wo die Tarifautonomie nicht greift und gesellschaftlich unerwünscht niedrige Einkommenssituationen vorliegen. Damit kann u.U. auch erreicht werden, dass staatliche Zuschüsse in geringerem Maße ergänzend erforderlich werden.

Diese Maßnahmen sollen zudem so ausgestaltet werden, dass sie die Tarifautonomie nicht relativieren, sondern stützen. Die spezifische deutsche Lage lässt eine einfache Übertragung der Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen, wie sie in den Nachbarländern existieren, nicht zu. Vielmehr müssen wir Lösungen finden, die der herausragenden Rolle entsprechen, die die Tarifautonomie in Deutschland besitzt. Dies verlangt eine Politik, die die Arbeit der Tarifparteien schützt, Beschäftigung fördert und eine größere Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes ermöglicht.

Lohndumping, Tariferosion und die Hartz-Gesetze haben den Druck auf das Lohngefüge in den letzten Jahren deutlich erhöht. Das Ergebnis ist eine Spirale nach unten: Die Einkommenssituation führt zur Zurückhaltung beim Konsum, Arbeitsplätze können deshalb schlechter gesichert oder gar aufgebaut werden; die Staatseinnahmen gehen zurück. Öffentliche Leistungen werden deshalb zurückgefahren.

Zur Vermeidung von verzerrendem Wettbewerb in einer Branche, von Druck auf Tarifstandards und von Mitnahmeeffekten auf Kosten des Staates sowie zur Sicherung eines Erwerbseinkommens, das oberhalb von Armutslöhnen liegt, ist die Geltung eines Mindestentlohnungsniveaus sowohl für den Niedriglohnbereich insgesamt als auch für spezifische Integrationsmaßnahmen von besonderer Bedeutung. Bei spezifischen Integrationsmaßnahmen ist dies erforderlich, um den Finanzierungsaufwand zu begrenzen und Mitnahmeeffekte auszuschalten. Die jeweilige tarifliche Entgeltstruktur einer Branche ist deshalb jeweils zugrunde zu legen bzw. allgemeinverbindliche Tarifverträge sowie Tarifverträge auf der Basis des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes.

Die Evaluierung der Hartz-Gesetze hat ergeben, dass die bisherigen Reform-Instrumente zur Integration von Arbeitslosen nur wenig beitragen und zusätzliche Beschäftigungseffekte zum Teil einhergehen mit der Verdrängung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

Dies gilt vor allem für die Ich-AG und die Mini-Jobs. Die weitere Verdrängung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung muss daher verhindert werden.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 25.06.2006, 17:00 Uhr - 2328 Clicks - Nr. 386

SPD-Engelsby: Anbindung Fruerlund im Herbst

Am Montag, 26. Juni beginnen die Arbeiten zur Verlängerung der Mozartstraße nach Fruerlund.

Mit dieser Baumaßnahme erhält dieser Stadtteil eine Verbindung zur Osttangente und nach Engelsby.

Die Querverbindung soll im Herbst fertig sein und für den Verkehr freigegeben werden. Behinderungen durch die Baumaßnahmen werden nicht erwartet.

Die Kosten für die Anbindung betragen ca. 40.000 Euro.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 26.06.2006, 16:01 Uhr - 2204 Clicks - Nr. 387

Radexkursion der Arbeitsgruppe Planung durch Mürwik.

Arbeitsgruppe informierte sich vor Ort über aktuelle und künftige Bauvorhaben.

Traditionell bereist die Arbeitsgruppe Planung der Ratsfraktion in den Sommermonaten die Flensburger Stadtteile. Schwerpunkt der Radexkursion war diesmal der Stadtteil Mürwik, mit dem Ausgangspunkt Volkspark. Hier wurden die Kleingartenkolonien in einen ersten Augenschein genommen. Bekräftigt wurde die Haltung der SPD-Fraktion, einer Umwandlung von Kleingartenkolonien in Bauflächen nur zuzustimmen, wenn funktionierende Strukturen nicht zerstört und gleichzeitig dem Bedarf an Kleingärten vor Ort gerecht wird.

Vorbei am Baugebiet auf dem Gelände der ehemaligen PH, führte dann der Weg nach Sonwik. Nach einer kurzen Information über die Freianlagenplanung folgte vor Ort ein Gespräch mit Herrn Naeve von Bauplan Nord, der über den Sachstand berichtete. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe zeigten sich beeindruckt von der Entwicklung und bezeichneten Sonwik als Erfolgsmodell für militärische Konversionsflächen. Bestärkt würde die Forderung nach Öffnung des Geländes der Marineschule, um den Wanderweg über Sonwik hinaus fortsetzen zu können.

Fortgesetzt wurde die Exkursion mit dem Twedter Plack und den Baugebieten am Tremmeruper Weg und dem Naturschutzgebiet.

Für September ist als Nächstes eine Exkursion durch die Nordstadt geplant.

Stephan Menschel
Stv. Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender der AG Planung

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 26.06.2006, 22:26 Uhr - 1682 Clicks - Nr. 388

Willy-Brandt-Medaille für Helga Renger!

Der Kreisvorsitzende Rolf Fischer und der Vorsitzende des Ortsvereins "Kieler Mitte", Jürgen Röpstorff, haben die Genossin Helga



Renger (80) mit der "Willy-Brandt-Medaille" der SPD ausgezeichnet. Diese Medaille ist eine der höchsten Auszeichnungen der Partei und wir würdigen damit eine große politische Lebensleistung für Kiel. Helga Renger gehört zu den Gründungsmitgliedern der Kieler SPD von 1945/46; sie hat über lange Jahre verschiedene Funktionen inne gehabt; dazu gehören Vorstandstätigkeiten auf Ortsvereins- und Arbeitsgemeinschaftsebene, Einsatz für Frauenfragen und für Fragen der Parteiorganisation. Noch bis vor wenigen Wochen war sie aktives Vorstandsmitglied in der AG 60plus, sie ist Ehrenvorsitzende des Ortsvereins "Kieler Mitte".

Keine Kommentare

[SPD-Ellerau](#) - veröffentlicht am 27.06.2006, 14:46 Uhr - 2823 Clicks - Nr. 389

SPD-aktuell Juni 2006

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

im ersten Halbjahr 2006 fanden drei Sitzungen der Gemeindevertretung statt. Über die Beratungen und Beschlüsse möchten wir Sie nachstehend informieren.

1. Gründung eines gemeindeeigenen Kommunalbetriebes

Nach fachtechnischer Beratung durch einen Wirtschaftsprüfer und Beratung im Hauptausschuss hat die Gemeindevertretung die Gründung eines kommunalen Eigenbetriebes in der Form einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) beschlossen. Diese AöR soll eine Biogasanlage und ein Blockheizkraftwerk bauen und betreiben (einschl. Finanzierung) sowie die erzeugte Fernwärme und elektrische Energie vertreiben. Weiterhin werden der AöR die Wasserversorgung, die Kanalisation, das Freibad und der Bauhof angegliedert. Eine Zusammenarbeit im Bereich Telekommunikation mit wilhelm-tel ist geplant. Da viele Fragen in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen noch ungeklärt sind, hatte die SPD weitere Beratungen im Hauptausschuss und Vertagung auf Ende August beantragt, wurde aber mehrheitlich überstimmt. In den Verwaltungsrat wurden 3 Vertreter der CDU, und je ein Vertreter der SPD und des Bürgervereins gewählt.

2. Änderung des Flächennutzungsplanes / Biogasanlage / Blockheizkraftwerk

Für den geplanten Bau einer Biogasanlage an der Alvesloher Straße/Alter Alvesloher Weg wurde eine entsprechende Änderung des Flächennutzungsplanes (nach vorheriger Beratung im Bauausschuss) beschlossen. Die Biogasanlage soll auf einer Fläche von ca. 15.000 m² errichtet werden. Das erzeugte Biogas wird über eine Gas-Transportleitung zum Freibad geleitet, dort soll es ein Blockheizkraftwerk (Gasmotor zur Erzeugung von Strom und Fernwärme) betreiben. Die Fernwärme wird (im Winter) für die Wärmeversorgung des neuen Baugebietes hinter dem Hochhaus genutzt und im Sommer für die Beheizung des Freibades. Der erzeugte Strom wird in das allgemeine Stromnetz eingespeist, hierfür gibt es die sogenannte „Einspeisevergütung“ für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (in diesem Falle aus Biomasse). Der geänderte Flächennutzungsplan liegt einen Monat lang öffentlich aus, während dieser Zeit können Einwendungen erhoben werden.

3. Einrichtung von Krippenplätzen

Auf Grund einer Umfrage unter den in Frage kommenden jungen Familien hat sich ein erheblicher Bedarf an Krippenplätzen ergeben. Die Einrichtung von Krippenplätzen ist eine gemeindliche Aufgabe, insbesondere sollen in diesen Bereich die durch „Hartz IV“ eingesparten Beträge investiert werden. In Ellerau ist das ca. 80 % einer Vollzeit-Kraft im Rathaus.

Es wurde einstimmig beschlossen, die ehemalige Hausmeisterwohnung an der Schule hierfür umzubauen und mit der entsprechenden personellen Ausstattung Krippenplätze anzubieten. Der Betrieb

soll am 1. Oktober 2006 beginnen. Trotz erheblicher Elternbeiträge wird ein laufender hoher gemeindlicher Zuschuss (im 6-stelligen Bereich) erforderlich sein.

4. Verwaltungsstrukturreform / Bürgerentscheid

Der Bürgerentscheid vom 5. März 2006 hat ein eindeutiges Votum für den Erhalt einer eigenen hauptamtlichen Verwaltung in Ellerau ergeben. Das Ergebnis wurde den Parlamentariern und den Mitgliedern der Landesregierung in Kiel übermittelt. Allerdings ist die Gesetzeslage nach wie vor so, dass sich Ellerau verwaltungsmäßig mit einer anderen Verwaltung zusammenschließen muss, um eine Verwaltungseinheit für mehr als 8.000 Einwohner zu bilden. Hierfür liegen zur Zeit Angebote von Norderstedt und Henstedt-Ulzburg vor und eine Erklärung von Quickborn. Ein verwaltungsmäßiger Zusammenschluss mit Quickborn ist wegen der Kreisgrenze im Detail sehr kompliziert und wird daher nicht weiter verfolgt.

Eine weitere Option ist eine Zusammenarbeit mit dem Amt Kaltenkirchen-Land (wie bis 1998), Detailfragen müssen aber noch geklärt werden. Weitere Beratungen finden nach der Sommerpause statt. Auf jeden Fall wird es in unserem Rathaus ein „Bürgerbüro“ geben, in dem z.B. Personalausweis- und Reisepassbeantragung und –ausgabe, Anmeldungen aller Art sowie Beratungen durchgeführt und auch Anträge abgegeben werden können. Die jetzigen Öffnungszeiten und der derzeitige Service für den „Normalbürger“ sollen also im wesentlichen erhalten bleiben.

Der Bürgerentscheid hat übrigens direkte Kosten von € 4.289 verursacht, wie auf eine Nachfrage der SPD von der Verwaltung mitgeteilt wurde.

5. Neubaugebiet Bebauungsplan 22 (Hinter dem Hochhaus)

Die Erschließungsarbeiten für dieses Gebiet wurden Ende März vergeben, die Arbeiten sind schon weit voran geschritten. Die Verwaltung wurde von der Gemeindevertretung mit dem Verkauf der Bauplätze beauftragt. Für Einfamilien- und Doppelhäuser beträgt der Preis 170 €/m², weitere Einzelheiten können bei der Gemeindeverwaltung erfragt werden.

Eine Fläche des Baugebietes ist für den Neubau einer Senioren-Wohnanlage bestimmt. Angebote von entsprechenden Bauträgern werden zur Zeit eingeholt. Die weiteren Beratungen hierüber erfolgen nach den Sommerferien.

6. Amtliche Bekanntmachungen und Sonstiges

Amtliche Bekanntmachungen werden wie bisher in den Aushangkästen veröffentlicht. Darüber hinaus stehen sie im Internet zur Verfügung. In den Zeitungen und insbesondere in der „Quickborner Umschau“ wird im Anzeigenteil auf die Veröffentlichungen hingewiesen.

Für den Kindergarten an der Schule wurde ein Name gesucht. Aus den verschiedenen Vorschlägen ist der Name „Liliput“ ausgewählt und beschlossen worden.

Verschiedene öffentliche Gebäude und insbesondere die Kindertagesstätten wurden zwischenzeitlich mit Alarmanlagen ausgestattet, da es leider häufig zu Einbrüchen bzw. Einbruchversuchen gekommen ist.

Wir hoffen, Ihnen hiermit wieder einige interessante Informationen gegeben zu haben und wünschen Ihnen sonnige Ferientage und eine gute Erholung.

Ihre SPD Ellerau

P.S. Haben Sie Interesse, in den politischen Gremien am Ort mitzuarbeiten und damit in der Ortspolitik mitzuwirken? Es ist interessant und spannend zugleich, an den zum Teil wichtigen und weitreichenden Entscheidungen für die Gemeinde beteiligt zu sein. Wir suchen noch Mitstreiter! Rufen Sie gern an (Tel.: 71429), wir freuen uns über

jeden Anruf und geben ihnen gern alle gewünschten Informationen.

Einladung zum Flohmarkt

Der traditionelle SPD-Flohmarkt findet am

Sonntag, den

20. August 2006 von 1000 bis 1600 Uhr

zwischen Bürgerhaus und Freibad statt.

Hierzu laden wir herzlich ein

V.i.S.d.P.: Eckart Urban, 1. Vorsitzender, Geschäftsstelle Berliner Damm 13, 20149 Ellerau

Keine Kommentare

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 27.06.2006, 20:39 Uhr - 3389 Clicks - Nr. 390

Bericht aus dem Landtag: "leidenschaftlich und manchmal lautstark"

Zu Beginn der kürzlich durchgeführten Mitgliederversammlung der SPD-Wilster in der Gaststätte „Neue Börse“ konnte die neue Ortsvorsitzende Natascha Böhnisch trotz Fußballfieber zahlreiche Mitglieder und als Gast die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen begrüßen.

Zu Beginn der Versammlung ehrte die Vorsitzende Manfred Schmiade, Renate Jacobs und Hans-Peter Marler für 20-jährige Mitgliedschaft in der SPD. Sie bedankte sich für die langjährige Treue zur „alten Mutter SPD“.

MdL Birgit Herdejürgen berichtete aus dem Landtag und aus der Arbeit in der großen Koalition in Kiel. Die Abgeordnete bewertete die Arbeit in der Landesregierung als sachlich, wies aber auf strittige Bereiche zwischen SPD und CDU hin – besonders in der Bildungs- und der Umweltpolitik werde in den Ausschüssen „leidenschaftlich und manchmal lautstark“ gerungen.

Die SPD möchte im neuen Schulgesetz verankern, dass die Gemeinden das Recht zur Errichtung der Gemeinschaftsschule haben und diese auch entsprechend fördern. Die immer geringer werdende Kinderzahl mache eine Schulentwicklungsplanung dringend nötig. Auch wolle die SPD die Schulstandorte finanziell entlasten, hier müssten die kleinen Gemeinden stärker herangezogen werden. „Immerhin sieht auch die CDU angesichts der Bevölkerungsentwicklung, dass die Gemeinschaftsschule zumindest für kleine Schulstandorte die geeignete Schulform der Zukunft ist!“

Für Kindertagesstätten sei eine Schuleingangsprüfung geplant, um eventuell bei sprachlichen Störungen helfend eingreifen zu können. Dies betreffe im Übrigen nicht nur Kinder von Einwanderern, sondern auch zwanzig Prozent der deutschen Kinder seien betroffen.

Schließlich habe die SPD durch ihren Widerstand die Pläne von Wirtschaftsminister Austermann, Studiengebühren einzuführen, zunächst verhindern können.



Differenzen mit der CDU gebe es auch in der Umweltpolitik. Birgit Herdejürgen glaubt nicht, dass die EU in Brüssel das Zusammenstreichen des Vogelschutzgebiets in Eiderstedt auf ein Zehntel der bisherigen Fläche akzeptieren wird. Ebenfalls stößt der Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes von Minister Böttcher auf Kritik. Die CDU will bestimmte Vogelarten wie z. B. Kormorane erheblich weniger schützen.

Am Ende ihrer Ausführungen nannte Herdejürgen wichtige Gesetzesvorlagen und Zukunftsaufgaben wie Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen, kommunale Neugliederung (Ämterzusammenlegung), Aufteilung der EU-Fonds für regionale und soziale Entwicklung und einen Gesetzesentwurf namens PACT (Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen). Mit diesem Wortmonster solle der rechtlich notwendige Rahmen geschaffen werden, um die Innenstädte zu stärken. Ein Gesetz, das auch Wilster gut anwenden könnte.

In der anschließenden Diskussion musste sich die SPD-Abgeordnete bohrenden Fragen zur Kürzung der Landeszuweisungen für Gemeinden, zu der Erhöhung der Abgeordneten-Diäten, zum Schulgesetz und zu den Studiengebühren stellen.

Anschließend sprach Helmut Jacobs über die Arbeit der Stadtfraktion. Er erinnerte zunächst an die miserable Finanzsituation der Stadt. Man werde auf der kommenden Ratsversammlung einen 1. Nachtragshaushalt beschließen. Der Verwaltungshaushalt weise trotz höherer Steuereinnahmen immer noch einen Fehlbedarf von rund 2,1 Mio. Euro auf. Es müssten insbesondere höhere Ausgaben für die Stadtbücherei und für das Jugendzentrum veranschlagt werden. Große Probleme mache das Menckestiftgebäude. Das Jugendzentrum sei bereits ausgegliedert worden, weil in dem Bereich erhebliche Sicherheitsmängel bestehen würden. Es sei jetzt im ehemaligen Altenheim untergebracht. Das Archiv werde ins Neue Rathaus ausgelagert. Es gebe Überlegungen, wie die Kindertagesstätte erweitert werden könne. Dabei werde auch darüber nachgedacht, trotz fehlender Haushaltsmittel eine neue Kindertagesstätte zu bauen oder am jetzigen Standort neubauähnlich tätig zu werden. Der Bau der Begegnungsstätte Wilstermarsch werde zunächst wegen des beabsichtigten Turnhallenneubaus verschoben. Die Fördermittel in Höhe von 80.000 € aus dem Programm „Zukunft auf dem Lande“ sollen aber demnächst beantragt werden. Die Saunaerneuerung sei ins Stocken geraten. Das gesetzte Limit von 150.000 € sei bei der Ausschreibung bei weitem überschritten worden. Die Vergabe sei zunächst zurückgestellt worden. „Das Wasserwerk in Kleve zu erhalten, bleibt weiter unser Ziel!“ versprach Jacobs. Man erwarte vom Wasserverband Vertragserfüllung. Wenn man gewusst hätte, dass die Trennung von Schmutz- und Niederschlagswasser mit einem derartig aufwendigen Bürokratismus verbunden ist, dann hätten die Sozialdemokraten hier vermutlich nicht zugestimmt. Der Hauptausschuss habe sich inzwischen zum Festausschuss für das 725-jährige Stadtjubiläum gewandelt. Die Vorbereitungen für die Festwoche in der Zeit vom 1. bis 8. Juli 2007 seien im vollen Gange. Das Versprechen, die gefälltten Bäume in der Bahnhofstraße wieder zu ersetzen, sei jetzt von der CDU-Mehrheit eindeutig gebrochen worden. Jetzt bekomme die eigentliche Straße gegen den Willen der Anwohner keine Bäume, denn es sollen lediglich fünf am Anfang und vier ganz am Ende gepflanzt werden. Jacobs führte weiter aus, dass die SPD die Auffassung der CDU teile, kleine Aufträge, die der Bauhof erledigen könne, nicht an Fremdfirmen zu vergeben. Hier hätte sich die CDU mit ihrer Kritik an die Verwaltung aber zurückhalten sollen. Schließlich seien die kritisierten Vergaben vom Bürgermeister abgesegnet worden.

Den Ausführungen schloss sich eine rege Diskussion an. Uwe Watzlaw beantragte, sich auf den kommenden Versammlungen mehr mit dem Zustand der SPD auf allen Ebenen zu befassen. Natascha Böhnisch schloss die Versammlung mit dem Hinweis, dass der Ortsverein am 20. August eine Radtour mit anschließendem Grillen durchführe.

Keine Kommentare

Politisch falsch, handwerklich schlecht

Grüne Alternative und SPD Norderstedt fordern Aufklärung und neue Konzepte für die "Tribühne"

Es sei schon nicht mehr allein eine Frage des politischen Stils, so Johannes Paustenbach (SPD) und Anette Reinders (GALiN) übereinstimmend, sondern eine Frage ob man demokratische Gepflogenheiten und Zuständigkeiten anerkenne.

Die beiden Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien in der Norderstedter Stadtvertretung kritisieren das Vorgehen von Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote (CDU) bei der Erweiterung des Geschäftsfeldes der städtischen Mehrzwecksäle GmbH "Tribühne".

Dieser hatte mit Hinweis auf seine Zuständigkeit die Übertragung der Gastronomie "Brunnenhof", die bis dato an einen privaten Betreiber verpachtet war, an die "Tribühne" durchgesetzt.

"Nachdem Herrn Grote klar war, daß ihm die CDU als seine politische Hausmacht die Zustimmung hierfür verweigern könnte, zog er die Angelegenheit aus der politischen Ebene zurück und titulierte die Entscheidung als bloßes "Geschäft der laufenden Verwaltung". Eine politische Zustimmung brauchte er hiernach nicht mehr.", so Johannes Paustenbach.

Oberbürgermeister Grote sei, so die Fraktionsvorsitzenden, als alleiniger Vertreter des Gesellschafters der Hauptverantwortliche für die schwierige Situation der städtischen Mehrzwecksäle.

Im Vorwege von der Opposition beantragte Prüfaufträge zur Wirtschaftlichkeit des durch den Gastronomiebetrieb, die Abonnentenbetreuung und den Kartenvorverkauf ohne Not erweiterten Geschäftsfeldes seien abgebugelt worden und bis heute unbeantwortet geblieben.

Die öffentliche Ausschreibung für den Betrieb der Gastronomie sei vom Oberbürgermeister darüber hinaus rechtzeitig einkassiert worden.

Die Übertragung weiterer Geschäftsfelder sollte der Defizitabsenkung für die "Tribühne" - deren eigentliche Aufgabe und Zweck die Vermietung der Säle war - dienen. Jetzt scheint sich genau dieser Schritt zur Fallgrube für die städtische Gesellschaft entwickelt zu haben.

Langjährige Theaterabonnenten springen aufgrund der saftigen Preiserhöhungen reihenweise ab, der Gastronomiebetrieb „Kulisse“ erinnert zu oft an eine leergefegte Wartehalle.

"Oberbürgermeister Grote handelt wie ein Kapitän auf See, der feststellt, dass sein Schiff Schlagseite bekommen hat und jetzt befiehlt, dass alle Mann auf die dieselbe Seite rennen sollen, um das Schiff wieder aufzurichten. Herr Grote ist nicht mehr Teil der Lösung, er ist Teil des Problems. Wir wollen, dass die Jahresbilanz der "Tribühne" offen auf den Tisch des Hauses kommt, um endlich politisch eingreifen zu können!", fordert der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Um der Gesellschaft eine bessere wirtschaftliche Perspektive bieten zu können, müsse auch die Verantwortung des "Tribühne"-Geschäftsführers Rüdiger Flemer geklärt werden.

Die verbleibenden Monate bis zum Ende des Geschäftsjahres sollten für die Suche nach einem tragfähigen Konzept genutzt werden.

"Kulturarbeit ist, auch wenn Herr Grote und die CDU es nicht wahrhaben wollen, immer von öffentlichen Zuschüssen abhängig. Auch eine Rückkehr zum Zustand vor der

Geschäftsfelderweiterung der "Tribühne" wird hieran nichts ändern. Es darf aber keine Verlustabdeckung in beliebiger Höhe daraus werden. Das praktizierte Konzept ist politisch falsch und handwerklich schlecht - dieses müssen wir ändern.", sind sich die Fraktionschefs einig.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 28.06.2006, 20:28 Uhr - 2019 Clicks - Nr. 392

Stadtrundgang mit der SPD-Stadtmitte am 02. Juli

Flensburger Stadtentwicklung seit 1994 ist der Schwerpunkt des nächsten Stadtrundgangs. Im Focus des Stadtrundgangs stehen Flensburger Bauprojekte seit 1994. Gestartet wird am Kloster, danach geht es u. a. weiter zur Flensburg Galerie, zum ZOB und zum Hafen. Anhand der Bauprojekte soll die Kommunalpolitische Sichtweise erläutert werden. Den Stadtrundgang führt Stephan Menschel, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses. Treffpunkt ist am 02. Juli um 11:00 am Parkhaus Rote Straße.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 29.06.2006, 10:07 Uhr - 3834 Clicks - Nr. 393

Astrid Höfs im Landtag am 28.06.06 zum Thema Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat sich in den vergangenen Jahren zu einer festen Einheit in der Parlamentsarbeit des Schleswig-Holsteinischen Landtages entwickelt.

Die Abgeordneten der Partnerparlamente - Mecklenburg-Vorpommern, Westpommern (Stettin), Pommern (Danzig), dazu kommen außerdem Kaliningrad und Skane - befassen sich jährlich während wiederkehrender Tagungen in wechselnden Regionen mit Themen, die für alle Parlamente und Regionen von Bedeutung sind.

In diesem Jahr vereinte die Integrierte Meerespolitik die Regionen, um eine gemeinsame Stellungnahme zum Grünbuch Meerespolitik der EU zu erarbeiten, um auch deutlich zu machen, dass hier im Bereich der südlichen Ostsee bereits aktive integrierte Meerespolitik betrieben wird.

Der Europaausschuss war bereits im Mai 2005 in das Thema eingestiegen und hatte eine Anhörung zur Meerespolitik durchgeführt.

Die fachliche Kompetenz für die diesjährige Tagung des Parlamentsforums wurde durch Anhörungen der Fachleute verschiedener Bereiche in Stettin und Warnemünde ergänzt.

Unsere Partnerregionen haben sich sehr engagiert und es wurde sehr deutlich, dass sie die Bedeutung des Themas für ihre Regionen genau erkannt haben, sei es u.a. im Bereich der Hafen- oder Schiffssicherheit, der Meeresumwelt, Meereswirtschaft und auch die Ausbildung des Fachpersonals des maritimen Berufsfeldes muss weiter in das Bewusstsein gerückt werden.

Unsere gemeinsamen Ergebnisse sind dann bereits frühzeitig an den zuständigen EU-Kommissar Dr. Borg gesandt worden. Während der Gespräche des Europaausschusses in Brüssel wurde auch klar, dass unsere Stellungnahme in Brüssel Beachtung gefunden hat.

Inzwischen wurde das Grünbuch Meerespolitik der EU vorgelegt. Eine Delegation des Arbeitskreises Europa der SPD-Landtagsfraktion hatte Gelegenheit am 8. Juni 2006 an der ersten Konferenz in Brüssel teilzunehmen.

Haitze Siemers von der Maritimen Task Force in Brüssel, der auch an unserem Parlamentsforum in Kiel teilgenommen hat, lobte unsere Zusammenarbeit im Parlamentsforum Südliche Ostsee ganz besonders. Diese Zusammenarbeit sei einmalig und als wegweisend zu bezeichnen, sagte er, und auch deshalb weil wir an unserer Arbeit Jugendliche aus den Regionen beteiligen.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Begegnungen ist nämlich auch die Jugendpolitik. Jugendliche aller Regionen diskutieren ebenfalls - wie laut Vorlage aus Misdroy und im Landtag Schleswig-Holstein beschlossen - während dieser Tagungen des Parlamentsforums südliche Ostsee.

Seit dem Parlamentsforum 2005 in Mecklenburg-Vorpommern bis zur diesjährigen Tagung in Kiel wurde unter Leitung des Landesjugendringes mit EU-Mitteln ein Jugendhospitationsprojekt durchgeführt.

Zwei Jugendliche jeder Region lernten jeweils die Arbeit des eigenen Parlamentes und eines Partnerparlamentes kennen.

Mehrere Abgeordnete haben sich daran beteiligt.

Ich selbst habe verschiedene Termine in meinem Wahlkreis gemeinsam mit den Hospitanten wahrgenommen und dabei Themen gewählt, die die Jugendlichen am ehesten interessieren könnten, wie z.B. Information in einer Ganztagssschule, einer Kreisberufsschule, Kindertagesstätte, Jugendhaus, Suchtberatungsstelle.

Die Beteiligung der jungen Menschen ist in den Regionen unterschiedlich geregelt worden. In Schleswig-Holstein delegierte der Landesjugendring die Teilnehmer dieses Projektes, in Mecklenburg-Vorpommern entschied der Landtag darüber, wer am Projekt teilnehmen durfte.

Und in einer polnischen Region wurde sich für die Teilnahme am Hospitationsprojekt durch einen Aufsatzwettbewerb qualifiziert.

Für die jungen Menschen entstehen über das Lernen voneinander und über einander wichtige menschliche Kontakte für zukünftige Begegnungen, für zukünftige Arbeitsprojekte und natürlich für gemeinsame politische Aktivitäten.

Aus dem Hospitationsprojekt heraus wird sich z. B. eine Schulpartnerschaft mit einer Schule aus Kaliningrad entwickeln.

Und über eine Teilnehmerin aus Danzig wurde schon ein Kontakt für eine Einrichtung aus Bad Segeberg zu einer Organisation hergestellt, um ein gemeinsames europäisches Konzept auf den Weg zu bringen. An diesem Projekt wird sich übrigens auch eine Einrichtung aus Dänemark beteiligen.

Für unsere Haushälter ist es mit Sicherheit auch wichtig, dass hierfür keine extra Haushaltsmittel eingestellt werden mussten.

Ich meine, dieses Hospitationsprojekt ist sehr erfolgreich verlaufen und sollte deshalb auch in Folgeprojekte münden.

Und die Partnerregionen haben sich deutlich für die weitere Beteiligung Jugendlicher während des Parlamentsforums ausgesprochen.

Mit EU-Mitteln ist ein Folgeprojekt möglich, das jetzt über einen längeren Zeitraum gefördert werden kann. Ein Konzept wurde uns bereits im Europaausschuss vorgestellt. Unsere Partnerregionen

Mecklenburg-Vorpommern, Westpommern, Pommern und Kaliningrad stimmen dem Projekt auch zu.

Und ich meine, wir müssen jungen Menschen rechtzeitig Einblicke in die Arbeit der Fraktionen, der Ausschüsse, des Landtages und der Abgeordneten geben. Das ist doch das, was wir alle wollen und brauchen, dass junge Menschen sich für die Politik und die Parlamentsarbeit interessieren. Und dafür müssen wir ihnen auch in unserem Interesse die Chance geben.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 29.06.2006, 10:15 Uhr - 4221 Clicks - Nr. 394

Vorfahrt für Kinder – Kostenlose Kinderbetreuung umsetzen

Astrid Höfs am 29.06.2006 im Plenum:

Vorfahrt für Kinder – dieser Aufruf ist immer richtig, ist doch die Familie und die Kinderbetreuung zur Zeit deutlich in den Mittelpunkt gerückt.

Viel zu lange hat es gedauert bis vielen deutlich wurde, dass Kinder ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind.

In Deutschland besuchen 10% der Kinder unter 3 Jahren Kinderbetreuungseinrichtungen. Das heißt natürlich nicht, dass die übrigen Einrichtungen alle leer sind. Es heißt klar und deutlich, dass einfach zu wenige Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren vorhanden sind.

Auf die Nachfrage bei den Jugendämtern der Kreise und kreisfreien Städte nach dem betreffenden Ausbaubedarf haben zwei Kreise überhaupt keine Angaben gemacht, andere haben oder sehen keinen Ausbaubedarf für Plätze für unter Dreijährige.

Das ist wirklich erstaunlich, denn spricht man mit jungen Eltern – gerade im ländlichen Bereich - die einen Betreuungsplatz für das Krippenkind suchen, bleiben sie oft erfolglos. Und es ist mir schon wiederholt in diesem Zusammenhang von einem Umzug berichtet worden, dorthin wo Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ausreichend angeboten werden. Dann finde ich es schon ehrlicher auch zu sagen, dass noch kein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren vorhanden ist. Der Bedarf an sich ist in jedem Falle da.

Unsere gesellschaftliche Einstellung ist einfach noch zu wenig darauf eingestellt, dass Mütter mit kleinen Kindern ihren Beruf ausüben. Viele Berufe sind so strukturiert, dass Familie und Kinder kaum möglich sind, also nicht vereinbart werden können.

In anderen Ländern ist es eher selbstverständlich. Und dort wo viele Frauen berufstätig sind – wie z.B. in Skandinavien, von Grönland hörten wir es gerade während des Kieler Woche Gespräches – werden auch mehr Kinder geboren als bei uns in Deutschland.

Für Eltern von 40 000 Kindern in Rheinland-Pfalz begann 2006 mit einer guten Nachricht. Sie brauchen für ihre Kinder keinen Beitrag mehr für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung zu bezahlen. Die Beitragsfreiheit versteht sich als Anreiz, damit möglichst alle Kinder eine Kindertagesstätte besuchen und zumindest im letzten Jahr vor der Einschulung von den dortigen Förderangeboten profitieren.

25 Mio Euro wendet das Land Rheinland-Pfalz jährlich für diese Beitragsfreiheit auf. Das ist eine Investition in eine gute schulische, berufliche und persönliche Zukunft.

Eine optimale Förderung vor der Schule ist natürlich auch für Kinder in Schleswig-Holstein gut. Das Land Schleswig-Holstein gibt deshalb auch als freiwillige Leistung jährlich bis zum Jahr 2010 60 Mio Euro für die Arbeit in den Kindertagesstätten aus.

Außerdem stellt das Land für die zusätzliche Sprachförderung Mittel von 27 Mio Euro in dieser Wahlperiode bereit.

Dazu stehen wir und halten deshalb an der bisherigen Förderung fest.

Jedes Kind soll gut vorbereitet und mit soliden Sprachkenntnissen in die Schule kommen. Wer nicht in die Kindertagesstätte geht, erhält die Förderung auf anderem Weg.

Auch diese Mittel sind gut angelegt, um heute Chancengleichheit auch von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zu verbessern.

Damit der Übergang zur Schule besser klappt und jedes Kind individuelle Hilfe bekommt, arbeiten die Erzieherinnen und Erzieher der Kindertagesstätten und Lehrerinnen und Lehrer der Grundschulen enger zusammen.

Kinder müssen schon in der Kindertagesstätte so auf die Schule vorbereitet werden, dass sie mit dem Eintritt in die Grundschule gleiche Bildungschancen haben.

Gerade unter dem Aspekt der Chancengleichheit rücken die frühkindliche Bildung und vorschulische Bildung und Erziehung in den Mittelpunkt.

Zumindest im letzten Jahr vor der Schule sollte deshalb jedes Kind eine Kindertagesstätte besuchen. Die Beitragsfreiheit wie in Rheinland-Pfalz mag dazu ein wichtiger Schritt sein.

Wir wissen aber, dass nicht alles Wünschenswerte auch machbar ist. Und wir wissen auch, dass nicht alles über Geld zu regeln ist.

Deshalb wird es nicht die alleinige Lösung sein, mit einer Beitragsfreiheit zu winken.

Beitragsfreie Kindertagesstätten werden nicht allein dazu führen, dass wirklich alle Kinder in die Kindertagesstätte kommen.

Gestaffelte Beiträge ermöglichen bereits jetzt auch Familien mit geringem Einkommen ihre Kinder in die Kindertagesstätte zu schicken. Das heißt, eigentlich müssten somit alle Kinder eine Kindertagesstätte besuchen. Da dies nicht der Fall ist, gehe ich davon aus, dass hier eine Fehleinschätzung mancher Eltern vorliegt. Ihre Gewichtung ist einfach anders.

Und unter diesen Umständen ist sicher auch über eine Kindergartenpflicht nachzudenken.

Kindergartenpflicht muss übrigens nicht automatisch Beitragspflicht bedeuten.

Beitragsfreie Kindertagesstätten sollten kein Konkurrenzangebot der einzelnen Bundesländer untereinander sein.

Wenn wir es genau nehmen, müsste dieses eigentlich bundeseinheitlich geregelt werden. Kinder sind in allen Bundesländern gleich viel wert. Der Bund hat auch vor Jahren den Anspruch auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder ab 3 Jahren beschlossen.

Gut wäre es, wenn der Bund sich an den Kosten beteiligt und so überall in den Bundesländern das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung beitragsfrei wäre. Das wäre echte Chancengleichheit.

Aus dem Bericht geht auch hervor, dass für die Kinder in Schleswig-Holstein im Alter ab 3 Jahren bis

zum Schuleintritt ein bedarfsgerechtes Angebot vorhanden ist.

In einigen Bereichen wie z.B. im Hamburger Randbereich wächst die Zahl der Kinder noch an. Es wird also noch erforderlich auch hier Anpassungen vorzunehmen.

Eins ist aber festzuhalten, die Verantwortlichen in den Kreisen und kreisfreien Städten haben zu lange gezögert, einen Entwicklungsplan für die Tagesbetreuung der unter Dreijährigen zu erarbeiten. Das hätte ja eigentlich schon im letzten Jahr geschehen sollen.

Längst hätten mehr Betreuungsplätze bereitgestellt werden müssen.

Die Öffnung der Kindertagesstätten für Kinder unter 3 Jahren bietet sich einfach an, insbesondere dort wo auch jetzt schon Plätze frei geworden sind, weil die Kinderzahlen bereits insgesamt sinken. Dafür müssen keine extra Gebäude erstellt werden. Es gibt diese Möglichkeiten in fast allen Bereichen des Landes.

Allein die Frage, ob man das so will, muss hier gestellt werden.

Wer Kindern eine gute Zukunft sichern will, der muss jetzt die Gegenwart nutzen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 29.06.2006, 13:40 Uhr - 1310 Clicks - Nr. 395

"Kunst im öffentlichen Raum"

- öffentliche Podiumsdiskussion
der SPD-Ratsfraktion am 4. Juli 2006

Architektur und Baukultur leisten einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung von Städten. Kunst im öffentlichen Raum spielt dabei - oft zu Unrecht in der öffentlichen Wahrnehmung - eine untergeordnete Rolle. Insbesondere die öffentliche Hand, aber auch private Initiativen, sind aufgefordert, Projekte in diesen Bereichen zu unterstützen.

Die Landeshauptstadt Kiel baut selbst immer weniger. Zusätzlich zeichnet sich ab, dass die Mittel zur Förderung der Kunst im öffentlichen Raum auf Stadt- und Landesebene weiter gekürzt werden.

Die SPD-Ratsfraktion hat sich zum Ziel gesetzt, das Thema "Kunst im öffentlichen Raum" zukünftig mehr in den Vordergrund zu rücken. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde in der Ratsversammlung im Mai 2006 ein Antrag zur Förderung von Kunst im öffentlichen Raum gestellt - insbesondere in Verbindung mit Ankauf städtischer Grundstücke. Wie so oft wurde der Antrag von Schwarz-Grün abgelehnt.

Die SPD-Ratsfraktion lädt daher alle kunstinteressierten Bürgerinnen und Bürger ein, an der öffentlichen Podiumsdiskussion "Kunst im öffentlichen Raum" am Dienstag, dem 4. Juli 2006 um 18:00 Uhr, in der Stadtgalerie teilzunehmen.

Auf dem Podium werden neben der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und dem SPD-Kreisvorsitzenden Rolf Fischer als Referenten für Bürgerfragen zur Verfügung stehen: Prof. Dr. Dipl.-Ing. Fromm, Rektor Muthesius-Kunsthochschule, Anne Nilges, Referatsleiterin Bildende Kunst, Staatskanzlei, Prof. Bernhard Schwichtenberg, Künstler und Designer sowie Roger Tetzlaff, Bundesverband bildender Künstler (BBK).

Keine Kommentare

Schulz und Schmalz zu Wettbüros in Gaarden:

Druck auf Betreiber weiter verstärken!

Die Gaardener SPD - Ratsherren Wolfgang Schulz und Michael Schmalz äußern sich zum Vorgehen der Stadt gegen neun Wettbüros in ihrem Stadtteil:

"Die SPD-Ratsfraktion begrüßt, dass die Kieler Ordnungsbehörde mit Untersagungsverfügungen gegen den Betrieb dieser unerwünschten "Zocker-Domizile" vorgeht. Der Einsatz wirksamer Rechtsmittel gegen ausufernde Wettbüros in Gaarden ist dringend notwendig. Wir erwarten von der Gesamtverwaltung, dass sie den Druck auf die Betreiber weiter verstärkt.

Dabei muss der Missbrauch von Widerspruchsverfahren gegen diese Untersagungsverfügungen durch die Betreiber, um Schließungen von Wettbüros zeitlich hinauszuzögern, verhindert werden. Verwaltung und später vermutlich die Gerichte sind aufgerufen, sich um kurze Verfahrenszeiten zu bemühen.

Die SPD-Fraktion sieht weitere Möglichkeiten für die Verwaltung, den Druck zur Schließung der Wettbüros zu verstärken. Die "Zocker-Domizile" behindern die Umsetzung des Gaardener Einzelhandelsgutachtens. Auf die Eigentümer bzw. Vermieter der Räumlichkeiten sollte eingewirkt werden, damit diese Mietverträge gekündigt und die Läden für eine einzelhandelsverträgliche Nutzung der Räume frei werden. Permanente behördliche Kontrollen der Wettbüros durch Ordnungsamt, Jugendschutzstelle, Gesundheitsamt oder Feuerwehr können mithelfen, dass in den Wettbüros bis zu deren Schließung keine Ordnungswidrigkeiten begangen werden."

Keine Kommentare

Jörn Thießen zur Abstimmung über das Steueränderungsgesetz 2007

Das Steueränderungsgesetz 2007 verfolgt das Ziel, weitere Steuervergünstigungen und Ausnahmetatbestände abzubauen, den Finanzierungsbeitrag von Spitzenverdienern zumindest in geringem Umfang zu erhöhen und damit die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Diese Zielsetzung halten wir für richtig. Deshalb stimmen wir dem vorliegenden Gesetzentwurf der Regierungskoalition zu.

Wir halten jedoch die Kürzung der Entfernungspauschale für falsch. Die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz sind eindeutig berufsbedingte Kosten und müssen damit auch steuerlich als Werbungskosten anerkannt werden. Die dabei vorgenommene Pauschalierung darf nicht willkürlich vorgenommen werden sondern muss zumindest annähernd den realen Kosten entsprechen. Angesichts der steigenden Mobilitätserwartungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der in ländlichen Regionen unvermeidbar weiteren Arbeitswege und der steigenden Kosten für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz ist eine Kürzung nicht angemessen.

Das nun zur Entscheidung stehende Modell, das die Wegekosten erst ab dem 21. Kilometer berücksichtigt, ist nicht sachgerecht. Es führt zu einer ungerechten Verteilung der zusätzlichen Belastungen und ist verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Im Lichte der Ergebnisse der Experten-Anhörung haben wir deshalb versucht diesen Punkt zu korrigieren und das vorgegebene Konsolidierungsvolumen durch eine geringere lineare Kürzung der Pendlerpauschale sowie eine Absenkung des Arbeitnehmer-Pauschetrags zu erreichen. Diese Lösung hätte zumindest die Belastungen gerechter verteilt, verfassungsrechtliche Bedenken ausgeräumt und die tatsächliche

Subventionierung durch die Arbeitnehmer-Pauschale reduziert. Obwohl Teile der Union sich außerhalb des Parlaments vorgegeben haben für eine sachgerechte Lösung offen zu sein, hat die CDU/CSU-Fraktion sich einer Verbesserung des Regierungsentwurfs verweigert.

Wir gehen auf Basis der juristischen Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums davon aus, dass die Herausnahme der Pendlerpauschale aus den Werbungskosten keine negativen Auswirkungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Arbeitsrecht haben wird.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.06.2006, 09:29 Uhr - 1223 Clicks - Nr. 398

Kietzer zur Entwicklung MMC: Was wird aus den Menschen?

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer erklärt zu der heutigen Meldung in den KN über das vermutlich schnellere Ende des Multimedia Campus:

"Wir bedauern die sich abzeichnende Schließung der Hochschule außerordentlich und erwarten Antworten auf die wichtigen Fragen: Was wird aus den Professoren, die am Multimedia Campus lehren, wie sieht die Zukunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MMC aus und was wird aus den Studierenden?"

Nach Gesprächen und Erkundungen im Umfeld des Multimedia Campus erhielt die SPD-Vorsitzende deutlich den Eindruck, dass die in den Fragestellungen genannten Personengruppen bis heute keine Informationen über den wirtschaftlichen Zustand ihrer Schule und den sich daraus ergebenden Zeitabläufen bis zur eventuellen Einstellung des Lehrbetriebs erhalten haben.

"Die SPD-Ratsfraktion erwartet von der MMC-Leitung, dass sie die Lehrenden, Angestellten und Studierenden über deren Perspektiven umgehend unterrichtet."

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 30.06.2006, 16:06 Uhr - 3773 Clicks - Nr. 399

Offenes Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Astrid Höfs, SPD, am 26.06.06

Unterschiedlichste Themen im Offenen Wahlkreisbüro

In der Sprechstunde von Astrid Höfs, SPD, erschienen zu Beginn zwei Vertreter des Sozialvereins für Hilfesuchende e.V. aus Klein Rönnau. Sie stellten die Aufgaben ihres Vereins vor. Der Sozialverein arbeitet ehrenamtlich und gewährt seinen Mitgliedern Hilfestellung bei allen sozialen Belangen. Beklagt wurde, dass der Sozialverein teilweise Probleme mit Behörden hat.

Eine Bürgerin aus Bad Segeberg bemängelte unter anderem den Zustand der Verkehrsinseln, Spielplätze, der Bahnhofanlage und den Hamdorfer Weg. Nicht nur für die Gäste der Stadt sollte diese besser gepflegt sein, auch die Einwohnerinnen und Einwohner selber würden sich über eine saubere Stadt freuen. Dabei soll nicht nur die Stadt, sondern auch jeder Bürger Verantwortung für die Reinigung der Straßen und Wege zeigen. Auch die Geschäftsleute sollten Interesse haben, dass es vor ihren Eingängen sauber ist, damit man gerne in ihre Geschäfte geht.

Außerdem wurde in der Sprechstunde das jetzige Schulsystem angesprochen, das zur Zeit in den Gremien des Landtages beraten wird. (Hierzu gibt es am 29. August eine Informationsveranstaltung in

Wahlstedt). Beklagt wurde, dass Schülerinnen und Schüler immer weniger gesellschaftliche Umgangsformen haben und angeregt, dass dieses nicht nur im Elternhaus, sondern auch von den Lehrern besser vermittelt werden soll.

Auch telefonische Anfragen erreichten die Landtagsabgeordnete. So gab es eine Beschwerde über die „doppelten Telefongebühren“ in der Rheumaklinik in Bad Bramstedt. Wer als Patient in der Rheumaklinik Bad Bramstedt ein Telefon benutzt, wird quasi doppelt zur Kasse gebeten. Zuerst kommt die Grundgebühr, die auch bei Nichtbenutzen fällig wird und dann die regulären Telefonkosten pro Einheit.

Wird der Patient von seinen Angehörigen angerufen, so müssen diese eine 0180 vorwegwählen und die Klinik verdient noch mal.

Da kann man dann doch öffentlich die Frage stellen: „Will die Klinikleitung die für die Patienten wichtigen Familienkontakte weitgehend unterbinden?“

„Die Kontakte mit der Familie sind auch während eines Klinikaufenthaltes für die Genesung von Bedeutung und in jedem Fall zu fördern,“ so Astrid Höfs

Keine Kommentare